

Friso Wielenga

Vom Feind zum Partner

Die Niederlande und Deutschland
seit 1945



AGENDA

Friso Wielenga

Vom Feind zum Partner

Die Niederlande und Deutschland seit 1945

agenda Politik 21

Friso Wielenga

Vom Feind zum Partner

Die Niederlande und Deutschland seit 1945

Mit einem Vorwort von Wolfgang Clement



agenda Verlag
Münster
2000

Für freundliche Unterstützung danken Autor und Verlag

dem niederländischen Außenministerium, Den Haag,
der Staatskanzlei des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf,
der Botschaft des Königreichs der Niederlande, Berlin,
dem I. Deutsch-Niederländischen Korps, Münster,
der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft zu Münster,
der Deutsch-Niederländischen Gesellschaft zu Aachen,
Koninklijke Wöhrmann B.V., Zutphen,
Dr. Wouter Rademaker, Münster.

Die Deutsche Bibliothek – CIP-Einheitsaufnahme

Wielenga, Friso:

Vom Feind zum Partner : die Niederlande und Deutschland seit 1945 /
Friso Wielenga. Mit einem Vorw. von Wolfgang Clement. [Übers.:
Christoph Strupp ; Anne Wielenga-Flohr]. – Münster : Agenda-Verl.,
2000

(Agenda Politik ; 21)

Einheitssacht.: Van vijand tot bondgenoot <dt.>

ISBN 3-89688-072-1

Titel der niederländischen Originalausgabe:

Van vijand tot bondgenoot. Nederland en Duitsland na 1945.

© 1999 Friso Wielenga

Erschienen 1999 bei Uitgeverij Boom, Amsterdam.

Übersetzt von Dr. Christoph Strupp und Dr. Anne Wielenga-Flohr.

© 2000 agenda Verlag GmbH & Co. KG

Hammer Str. 223, D-48153 Münster

Tel. +49-(0)251-79 96 10, Fax -79 95 19

E-mail: info@agenda.de

Internet: www.agenda.de

Satz: Marc Blanqué, Zentrum für Niederlande-Studien der Universität Münster

Umschlagmotiv mit freundlicher Genehmigung von Uitgeverij Boom

Umschlagbearbeitung: Christian Huppert

Druck und Bindung: Koninklijke Wöhrmann B.V., Zutphen/NL

ISBN 3-89688-072-1

Inhalt

Geleitwort von Wolfgang Clement Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen	9
1 Einleitung	13
<i>Teil 1 Europäische Sicherheit und deutsche Frage 1945–1990</i>	
2 Die Niederlande, das besiegte Deutschland und die Großmächte 1945–1949	23
Einleitung	23
Die internationalen Beziehungen und die niederländische Außenpolitik	26
Wirtschaftliche Erholung	30
Ressentiments, Schadenersatz und Annexionen	36
Schlußfolgerung	45
3 Kalter Krieg und deutsche Frage 1949–1961	47
Einleitung	47
Wiederbewaffnung	51
Das Budel-Abkommen (1963)	62
Die deutsche Frage in den fünfziger Jahren	68
Die Berlin-Krise 1958–1962	83
Die Oder-Neiße-Grenze	88
Schlußfolgerung	93

4	Entspannung und Status quo 1961–1989	101
	Die NATO, Europa und die deutsch-französische Zusammenarbeit in den sechziger Jahren	101
	Stagnation und Unsicherheit 1963–1969	115
	Die Multilateral Force (MLF)	125
	Internationale Entspannung und deutsche Frage	133
	Die ‚Entdeckung‘ der DDR	146
	Die neue Ostpolitik	153
	Die Anerkennung der DDR	167
	Deutsche Teilung und europäische Stabilität 1975–1989	171
	Schlußfolgerung	181
5	Die deutsche Vereinigung 1989–1990	187
	Vierzig Jahre Bundesrepublik und DDR	187
	Der Fall der Mauer und der ‚Zehn-Punkte-Plan‘ Kohls Lubbers	192
	Brainstorming im Außenministerium	199
	„You are not part of the game“	202
	Primat der NATO	207
	Meinungsumfragen und die Medien	211
	Schlußfolgerung	218
		223

*Teil 2 Ein Strich unter die Vergangenheit?
Die Kriegsjahre und die bilateralen
Beziehungen 1949–1989*

6	Blockierte bilaterale Normalisierung 1949–1957	229
	Einleitung	229
	Beendigung des Kriegszustands	229
	Grenzen und andere Fragen	232

7	Die Generalbereinigung (1957–1963), Staatsbesuche (1969, 1971) und Begnadigung deutscher Nazi-Verbrecher (1964–1989)	247
	Beginn der Verhandlungen	247
	Stillstand	253
	Durchbruch	256
	Ergebnis	261
	Reaktionen und Ratifizierung	265
	Die Krönung von 1969	270
	Die Vier, Drei, Zwei von Breda (1964–1989)	276
	Schlußfolgerung	290

*Teil 3 Bildformung und
Politische Kultur 1945–1995*

8	Von 1945 bis in die späten fünfziger Jahre: ein deutsch-niederländisches Minenfeld	297
	Einleitung	297
	Typisch deutsch?	302
	Nuancierung	309
	Deutsche Demokraten?	316
	Schlußfolgerung	319
9	Die Aktualität der Vergangenheit in den sechziger Jahren	323
	Das wiederauflebende Interesse an der Besatzungszeit	323
	„Holland-Studie“ und Deutsche Woche	329
	Die Hochzeit von Prinzessin Beatrix und Claus von Amsberg	340
	Die Affäre von Kielmansegg	350
	Wachsendes Vertrauen in die Demokratie	358
	Schlußfolgerung	368

10	Politisch-psychologische ‚Normalität‘ seit 1969?	373
	Meinungsumfragen über Deutschland und die Deutschen	373
	Demokratie und politische Kultur	389
	Empfindlichkeiten und Ambivalenz	404
	Schlußfolgerung	415

Teil 4 Die Niederlande und Deutschland 1945–1995

11	Schlußbetrachtung	423
	Nachwort	439

Anhang

	Anmerkungen	443
	Tabellen	493
	Literatur	495
	Archive	511
	Abkürzungen	515
	Personenregister	517
	Über den Autor	522

Geleitwort
von
Wolfgang Clement

Das Verhältnis zwischen Niederländern und Deutschen hat sich seit dem Zweiten Weltkrieg und der deutschen Besatzungszeit 1940–45 stetig verbessert. Das ging nicht von Anbeginn so und auch nicht ohne Rückschläge vonstatten, und es ging auch nicht auf allen Ebenen der Beziehungen beider Länder gleichmäßig schnell. So funktionierte vor allem die wirtschaftliche Zusammenarbeit relativ rasch wieder, während die Politik sich zunächst schwer tat, dann aber über den europäischen Einigungsprozeß und das atlantische Bündnis zu einer soliden Partnerschaft kam. Da aber, wo Politik und die individuelle Gefühlsebene der Menschen zusammentreffen, dauerte es über vierzig Jahre, bis es zu einer wirklichen „Entspannung“ kam. Die Wunden des Zweiten Weltkriegs sind in den Niederlanden unterschiedlich verheilt. In der zweiten, ja sogar dritten Nachkriegsgeneration zeigt sich immer wieder, wie sehr sie die kulturelle Identität unserer westlichen Nachbarn beeinflussen.

Eine „schichtenweise“ Normalisierung der deutsch-niederländischen Nachkriegsbeziehungen nennt Friso Wielenga, der Leiter des Zentrums für Niederlande-Studien in Münster, diese Entwicklung, die im Zuge des europäischen Einigungsprozesses und durch die Ostorientierung der niederländischen Außenpolitik seit 1994 eine neue, starke Dynamik erhalten hat. Das Interesse der Niederlande richtet sich seitdem zunehmend auf uns als Nachbarn im Osten. Und das sind in erster Linie wir in Nordrhein-Westfalen als nächste Nachbarn. Wir haben schon jetzt in Wirtschaft, Verwaltung, Politik und Kultur enge Verbindungen mit den Niederlanden und wollen diese ausbauen. Denn mit dem europäischen Einigungsprozeß bekommen die bilateralen Beziehungen zwischen den Niederlanden und Nordrhein-Westfalen in jeder Hinsicht eine neue Qualität. Wir leben rund um Schelde, Maas und Rhein in einer europäischen Region, in der die nationalstaatlichen Grenzen immer mehr ihre Bedeutung verlieren. Diese „Narben der Ge-

schichte“ zwischen Nordrhein-Westfalen und den westlichen Nachbarn Niederlande, Belgien und Luxemburg verblassen und die Gemeinsamkeiten in Kultur, Politik, Wirtschaft und Verkehr treten in den Vordergrund. Die Dynamik der Integration sucht ihresgleichen in Europa. Hier leben 40 Millionen Menschen, die bei aller kulturellen Eigenständigkeit der Länder und Staaten eine große Bandbreite an Gemeinsamkeiten, an kulturellen und sozialen Grundwerten und ein gemeinsames Interesse an Wettbewerb in guter Nachbarschaft haben.

Hier, zwischen Den Haag, Brüssel, Luxemburg, Düsseldorf und – natürlich auch – Paris, wird konkret an der zukünftigen Gestalt Europas gebaut. In dieser Region steckt eine erhebliche Kraft und ein enormes Entwicklungspotential, das wir uns auf dem Weg in die Wissensgesellschaft gemeinsam zunutze machen sollten. Dabei gehört es zu unseren wichtigsten Aufgaben, vor allem junge Menschen nach besten Kräften für die Welt von morgen zu qualifizieren und zu befähigen. Das Lernen im internationalen Umfeld ist die beste Voraussetzung für die Suche nach den besten Erfahrungen, den besten Lösungen, dem besten Know-how in Europa. Die Chance, daß Mehrsprachigkeit, internationales Lernen und Studieren, daß Toleranz für die junge Generation selbstverständlich wird, ist hier in der „Euro-Rhein-Region“ greifbar nahe. Weltweit ist keine Region besser mit Schulen, Hochschulen und Kultureinrichtungen ausgestattet als die um Schelde, Maas und Rhein. Weltweit sucht die Vielfalt der Sprachen und Kulturen auf so engem Raum ihresgleichen. Unser Ziel ist es, die Schulen, Hochschulen und Kultureinrichtungen noch enger miteinander zu verflechten. Diesem Ziel nähern wir uns mit großen Schritten. Das läßt sich an den Knotenpunkten der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit wie dem Zentrum für Niederlande-Studien in Münster und den Deutschland-Instituten in Amsterdam und Antwerpen gut ablesen.

Das Buch von Friso Wielenga ist ein wichtiger Beitrag zum gegenseitigen Verstehen zwischen Niederländern und Deutschen. Es schließt eine Wissenslücke im beiderseitigen Miteinander und ist gleichzeitig ein Dokument für die neue Qualität der Zusammenarbeit in unserer gemeinsamen europäischen Region: Die detaillierte Geschichtsschreibung über das Verhältnis zweier Nachbarn, die sich zunächst den Rücken zuwandten, sich aber im Laufe der Jahre immer enger mit einander verflochten und die Zusammenarbeit verstärkt haben. Dieses Buch ist bereits in den Nieder-

landen und in niederländischer Sprache erschienen und liefert damit einen Beitrag zur Verständigung auf beiden Seiten der Grenze.

Ich wünsche diesem Buch, daß es große Verbreitung findet. Wir müssen noch viele solcher Wissenslücken schließen. Nicht nur bei uns und in den Niederlanden, sondern auch zwischen uns und unseren Nachbarn in Belgien und Luxemburg. Auch dort gibt es viel zu vieles, was wir noch nicht von- und übereinander wissen. Ich wünsche mir, daß mit dem Interesse der Nachbarn aneinander auch das Verständnis füreinander wächst. Denn wir, in dieser eng verflochtenen europäischen Region an Rhein, Maas und Schelde, sind geradezu prädestiniert, europäische Werte und Orientierungen zu entwickeln, mit Leben zu erfüllen und zum Motor der europäischen Integration zu werden. Dazu müssen wir alle Möglichkeiten des gemeinsamen Handelns ergreifen, damit wir fortan nicht mehr mit dem Rücken zueinander stehen, sondern gemeinsam in eine gute europäische Zukunft gehen.

Wolfgang Clement
Ministerpräsident des Landes Nordrhein-Westfalen

Einleitung

„Im Schatten Deutschlands“, „Argwohn und Profit“, „Westdeutschland: notwendiger Partner“: Bereits eine kleine Auswahl der Buchtitel über das deutsch-niederländische Verhältnis seit 1945 verweist auf die Spannung, die die Beziehungen zwischen diesen beiden „ungleichen Nachbarn“ kennzeichnet.¹ Dafür gibt es zahlreiche Beispiele, und es ist leicht möglich, diejenigen aufzuzählen, die aus niederländischer Sicht auf ein problematisches Verhältnis hindeuten. Um nur einige zu nennen, die noch frisch im Gedächtnis sind: 1993 veröffentlichte das Institut Clingendael die Ergebnisse einer Befragung über das Deutschlandbild niederländischer Jugendlicher, aus denen eine sehr negative Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen sprach. Im selben Jahr erhoben die Niederlande massenhaft ihren ‚wütenden‘ Zeigefinger in einer Postkartenaktion nach einer Welle rassistisch motivierter Anschläge auf Ausländer in Deutschland. Als ein Jahr später die Kandidatur des niederländischen Ministerpräsidenten Ruud Lubbers für den Vorsitz der Europäischen Kommission u.a. an einem Veto Bundeskanzler Kohls scheiterte, reagierten die Niederlande zwar nicht wütend, aber fühlten sich doch ungerecht behandelt. Und daß kurz zuvor ausgerechnet ein deutscher Konzern die Mehrheit an dem Flugzeughersteller Fokker, dem Stolz der nationalen Industrie, erworben hatte, hatte den niederländischen Seismographen bereits in heftige Schwingungen versetzt. Über diese und andere Aspekte der deutsch-niederländischen Beziehungen wurde in der ersten Hälfte der neunziger Jahre viel diskutiert und veröffentlicht.² Wie weit verbreitet und wie tief verwurzelt waren die anti-deutschen Gefühle der Niederländer? Welche Erklärung gab es für die niederländische Empfindlichkeit gegenüber Deutschland? Wurde das Verhältnis noch immer vom Trauma der Besatzungszeit des Zweiten Weltkriegs überschattet? Oder war alles nicht so dramatisch, und mußte man in den Spannungen hauptsächlich einen Ausdruck normaler ambivalenter Gefühle eines kleinen Landes gegenüber seinem größeren und mächtigeren Nachbarn

sehen? Die Antworten auf diese Fragen fielen unterschiedlich aus, aber der Tenor der Diskussion lautete, daß in den Niederlanden ein hartnäckiges antideutsches Ressentiment vorherrschte.

Dies ist auch das dominierende Bild der deutsch-niederländischen Beziehungen seit 1945. Sucht man nach einer Bestätigung dieses Bildes, dann kann man die oben genannte Reihe der Beispiele tatsächlich ohne große Mühe mit Zwischenfällen und Spannungen aus der gesamten Nachkriegszeit ergänzen. Die Folge wäre aber, daß die problematischen Aspekte vergrößert würden und ein ungenügend differenziertes und zu wenig vielfältiges Bild der bilateralen Beziehungen entstünde. Um einer solchen Einseitigkeit zu entgehen, bedarf es einer Analyse des deutsch-niederländischen Verhältnisses, in der politische, ökonomische und psychologische Aspekte ebenso wie Facetten der politischen Kultur und der internationalen Beziehungen in ihrem wechselseitigen historischen Zusammenhang präsentiert werden. Allein dadurch gewinnt man Einsicht in die komplexe Struktur der bilateralen Beziehung, in der parallele und divergierende Interessen, Annäherung und Distanz, Normalisierung und dauerhafte Ambivalenz nebeneinander existieren. Nur durch einen solchen Zugriff erkennt man die vielen Facetten des Bildes von Deutschland und den Deutschen, den Zusammenhang zwischen Bildformung und Politik sowie das Ausmaß, in dem Zwischenfälle ein Ausdruck tieferliegender Spannungen sind.

Die vorliegende Studie hat sich eine solche Analyse der Entwicklung der deutsch-niederländischen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart zum Ziel gesetzt. Im Mittelpunkt steht die Entwicklung und Periodisierung des bilateralen Normalisierungsprozesses nach dem Tiefpunkt des Verhältnisses in den Jahren 1940–1945. Unter Normalisierung der Beziehungen wird dabei nicht nur die Lösung der aus dem Krieg stammenden bilateralen Probleme oder die Verbesserung des politisch-psychologischen Klimas nach den für die Niederlande traumatischen Kriegserfahrungen verstanden. In den deutsch-niederländischen Beziehungen ging es nach 1945 um mehr als nur die Verminderung der Spannungen, die mit der Besatzungszeit zusammenhingen. Schließlich hatte auf der internationalen Ebene durch den Kalten Krieg und die Gründung der Bundesrepublik 1949 eine Entwicklung hin zu einem bundesgenossenschaftlichen Verhältnis eingesetzt, und dies implizierte den psychologischen Druck, einen Status zu erreichen, den man als Normalisierung-*plus* bezeichnen könnte: Der ehemali-

ge Feind mußte als Partner in der atlantischen und europäischen Gemeinschaft akzeptiert werden. Dasselbe galt für die Wirtschaftsbeziehungen. Auch hier war Annäherung und Zusammenarbeit erforderlich, weil sich bereits früh herausstellte, daß für einen niederländischen Wiederaufbau die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland von zentraler Bedeutung war. Dies machte die Normalisierung zu einem komplizierten Prozeß auf verschiedenen Ebenen: Auf dem Feld der Wirtschafts- und Sicherheitspolitik verwiesen vitale niederländische Interessen auf die Notwendigkeit der Normalisierung, und dort steuerte man bereits kurz nach 1945 auf eine Annäherung zu. Bereits 1950 war Deutschland wieder der wichtigste Handelspartner der Niederlande, und 1955 wurde die Bundesrepublik mit niederländischer Unterstützung in die NATO aufgenommen. Die Normalisierung der bilateral-politischen und vor allem der psychologischen Beziehungen verlief dagegen viel langsamer. Erst 1960 wurden die langwierigen und mühsamen Verhandlungen über die aus dem Krieg herrührenden finanziellen und territorialen Fragen zu einem Ende geführt, und danach dauerte es noch drei Jahre, bis diese sogenannte Generalvereinbarung ratifiziert wurde. Die Krönung dieser bilateral-politischen Normalisierung in Form eines Staatsbesuchs des deutschen Bundespräsidenten hielt die niederländische Regierung bis 1969 für verfrüht. Dies deutet bereits darauf hin, daß die Verbesserung des psychologischen Verhältnisses ein Prozeß von noch viel längerer Dauer war.

Diese ‚schichtweise‘ Normalisierung der deutsch-niederländischen Nachkriegsbeziehungen mit ihren unterschiedlichen Ebenen und Geschwindigkeiten steht im Mittelpunkt der vorliegenden Studie. Das Kriterium für ein normalisiertes Verhältnis liegt dabei nicht im Fehlen von Spannungen – auch Bündnisbeziehungen schließen sachliche Gegensätze oder Interessenkonflikte ja nicht aus. Von Bedeutung ist dagegen die Frage, bis wann, in welchem Ausmaß und auf welchen Gebieten der Faktor des Zweiten Weltkriegs das Verhältnis in den Nachkriegsjahrzehnten beeinflusste. Welche Grundlagen hatte die niederländische Deutschlandpolitik nach 1945? Welche materiellen und immateriellen Forderungen brachten die Niederlande vor, um Genugtuung für den Schaden der Besatzungszeit zu erhalten, und wie erfolgreich war Den Haag bei ihrer Durchsetzung? Betrachtete man die Bundesrepublik schon bald als ein ‚neues‘ Deutschland, demokratisch und friedliebend? Oder dominierten in der Bildformung noch lange alte Wahr-

nehmungsmuster, deren wichtigste Faktoren Mißtrauen und Wachsamkeit waren? Und schließlich: Wie ist im Jahre 2000, 55 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs, das deutsch-niederländische Verhältnis zu charakterisieren?

Diese Fragen zeigen, daß die Betrachtung der niederländischen Seite den Schwerpunkt der vorliegenden Studie bildet. Das ist auch insofern naheliegend, als die Beziehung durch Asymmetrie gekennzeichnet ist: In der niederländischen Außenpolitik nach 1945 nahm Deutschland aufgrund seiner jüngeren Geschichte, seiner Größe, Lage und seines politisch-ökonomischen Gewichts vielfach eine Schlüsselposition ein, während es umgekehrt nur um die Beziehungen zu einem der kleinen Nachbarländer ging. In den niederländischen Ministerien, im Kabinett, im Parlament und in den Medien hat man in den Nachkriegsjahrzehnten den Beziehungen zu Deutschland vielfältige und intensive Aufmerksamkeit gewidmet, während auf deutscher Seite die Niederlande nur eine bescheidene Rolle spielten und oft in einem Atemzug mit den anderen Benelux-Staaten genannt wurden. Trotz dieser Asymmetrie hatte auch die Bundesrepublik ein Interesse an den Beziehungen zu den Niederlanden. Erstens wurde die Wiederherstellung des deutschen Ansehens in der Nachkriegszeit in der westlichen Gemeinschaft durch die Art und Weise mitbestimmt, in der Bonn die Normalisierung der bilateralen Beziehungen mit den ehemaligen Feinden inhaltlich gestaltete. Zweitens hatte Den Haag explizite Vorstellungen über die Integration der Bundesrepublik in den Westen, und obwohl der niederländische Einfluß auf diesen Prozeß durchgehend gering war, mußte Bonn dies berücksichtigen. Drittens ging es in der Wirtschaftsbeziehung und später auch in der engen Währungsbeziehung auch um deutsche Interessen, und obwohl die Niederlande die wirtschaftliche Verflochtenheit stärker spürten, darf man die Bedeutung der Niederlande für Deutschland auf dieser Ebene nicht unterschätzen. Ein anderer Grund für die Betrachtung der deutschen Haltung zu den Niederlanden liegt darin, daß bilaterale Beziehungen nur in Form einer Wechselwirkung Gestalt annehmen und daß ohne Einblick in die deutsche Politik und die deutsche Bildformung eine Analyse der niederländischen Seite nur eingeschränkt möglich wäre. Wie wurde in deutschen politischen und diplomatischen Kreisen das niederländische Kriegstrauma wahrgenommen, und war dieses Bild zutreffend? Auf welche Weise versuchte die Bundesrepublik, sich als das ‚neue‘ Deutschland zu präsentieren? Führte das bundesdeutsche Interesse

an einer Normalisierung zu einer entgegenkommenden Haltung bei der Lösung der aus dem Krieg herrührenden bilateralen Fragen? Wie verlief aus deutscher Perspektive der Normalisierungsprozess?

Das wissenschaftliche und öffentliche Interesse an den deutsch-niederländischen Beziehungen hat in den letzten Jahren stark zugenommen. Überblickt man die Literatur zu diesem Thema, fällt allerdings auf, daß eine Untersuchung über die bilateralen Beziehungen von 1945 bis zur Gegenwart bis jetzt fehlt. Horst Lademacher schlägt in seinem Buch „Zwei ungleiche Nachbarn“ einige große Bögen aus dem neunzehnten ins zwanzigste Jahrhundert, beschränkt sich aber hinsichtlich der Nachkriegsjahrzehnte hauptsächlich auf die ersten Jahre nach 1945. Die Studie von Henri Beunders und Herman Selier, „Argwaan en profijt“ (Argwohn und Profit), erstreckt sich zwar über den Zeitraum 1945–1981, hat jedoch eher den Charakter einer Aufsatzsammlung zu verschiedenen Aspekten der Beziehungen als einer integralen Analyse und beruht außerdem hauptsächlich auf veröffentlichten Quellen. Ausführlich untersucht wurde bisher nur das erste Nachkriegsjahrzehnt. Melchior Bogaarts und Herman Schaper publizierten Arbeiten über die niederländischen territorialen Forderungen an Deutschland in der zweiten Hälfte der vierziger Jahre.³ Über die niederländische (und belgische) Sicherheitspolitik in der Frühphase der europäischen und atlantischen Zusammenarbeit liegt die Dissertation von Cees Wiebes und Bert Zeeman vor.⁴ 1954 erschien die immer noch lesenswerte Dissertation von J. Wemelsfelder über die deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen in den ersten Jahren nach 1945, und schließlich veröffentlichte der Verfasser der vorliegenden Studie eine Monographie über das bilaterale Verhältnis zwischen 1949 und 1955.⁵ Über die Beziehungen in den folgenden Jahrzehnten liegt dagegen viel weniger Literatur vor; der Ertrag beschränkt sich auf einige Studien über Einzelaspekte des Verhältnisses und eine Reihe von Aufsätzen.⁶

Es bedarf einer breiten niederländischen und deutschen Quellenbasis, um diese Lücke zu füllen und die oben gestellten Fragen zu beantworten. Mit Blick auf die niederländische Seite geht es dabei um Material, das Aussagen über die niederländische Deutschlandpolitik in ihren verschiedenen Facetten, über das Ausmaß des Konsenses über diese Politik und über die Entwicklung der Wahrnehmungsmuster auf der Ebene der Politik, in den Medien und bei der Bevölkerung ermöglicht. Für die Analyse der Politik wurden

vor allem das Archiv des Außenministeriums, Kabinettsprotokolle sowie Parlamentsakten verwendet. Als besonders günstig erwies sich dabei die gute Zugänglichkeit des Archivs des Außenministeriums, wo ohne nennenswerte Einschränkungen alle gewünschten Akten aus der gesamten Nachkriegszeit eingesehen werden konnten. Dieses Material wurde stets ergänzt durch Betrachtungen aus der Tages- und Wochenpresse sowie die Ergebnisse von Meinungsumfragen. Auf deutscher Seite war die Zugänglichkeit diplomatischer und politischer Quellen beschränkter, da in der Bundesrepublik Regierungs- und Behördenarchive grundsätzlich erst nach dreißig Jahren für die Forschung zugänglich sind. Demzufolge konnte Material des Auswärtigen Amts nur bis ungefähr Mitte der sechziger Jahre eingesehen werden. Teilweise wurde das Fehlen deutscher Primärquellen aus den folgenden Jahren durch Pressematerial, Politikermemoiren⁷ sowie durch indirekte Verweise auf die deutsche Haltung im Archiv des niederländischen Außenministeriums aufgefangen.

Darüber hinaus muß auf Einschränkungen anderer Art hingewiesen werden. In erster Linie geht es in dieser Studie um die Beziehungen zur Bundesrepublik Deutschland, während auf das Verhältnis zur DDR nur beiläufig eingegangen wird.⁸ Angesichts der Fragestellung liegt das auf der Hand: Für die Niederlande (und die anderen westlichen Staaten) war die Bundesrepublik sowohl Rechtsnachfolgerin des Deutschen Reichs als auch Partner in der europäischen und atlantischen Gemeinschaft. Dagegen nahm man den anderen deutschen Staat lange Zeit nur als Bestandteil des osteuropäischen Machtblocks wahr. Er spielte in der niederländischen Außenpolitik nie eine bedeutende Rolle. Dies zeigte sich auch in der Benennung: ‚Bundesrepublik‘, ‚Westdeutschland‘ und ‚Deutschland‘ wurden für den westdeutschen Staat gleichrangig verwendet. Diesem Sprachgebrauch schließt sich die vorliegende Studie an. Eine zweite Einschränkung ergibt sich ebenfalls aus der Fragestellung. In dieser Untersuchung über die Normalisierung der Beziehungen nach 1945 war es unmöglich, alle Aspekte des Verhältnisses über den Zeitraum eines halben Jahrhunderts darzustellen. So wichtig z.B. die Wirtschaftsbeziehungen bis heute sind, so endet deren Analyse doch in dem Augenblick, in dem ihre Normalisierung als abgeschlossen betrachtet werden kann.⁹ Diese Einschränkung beinhaltet auch, daß bilaterale Angelegenheiten wie die Rheinschifffahrt, Verkehr und Umwelt nicht behandelt werden. Schließlich bleibt auch das wechselseitige Bild von dem

anderen in der Romanliteratur, im Film und in Schulbüchern außerhalb der Betrachtung. Gewählt wurde ein politischer Blickwinkel mit drei Schwerpunkten: die niederländische Sicht der deutschen Frage und der Stellung Deutschlands in der europäischen und atlantischen Gemeinschaft (Teil 1), die politische Beziehung zwischen Den Haag und Bonn, sofern sie sich auf Nachwirkungen des Zweiten Weltkriegs bezog (Teil 2) und die Entwicklung der politisch-psychologischen Beziehungen (Teil 3).

TEIL 1

EUROPÄISCHE SICHERHEIT
UND
DEUTSCHE FRAGE 1945–1990

Die Niederlande, das besiegte Deutschland und die Großmächte 1945–1949

Einleitung

„Unsere Lage bestimmt uns dazu, ein Verbindungsglied zu sein ... zwischen Deutschland und dem überseeischen Verkehr und auch selbst mit Deutschland eine ausgedehnte Ein- und Ausfuhr zu unterhalten. So fordert auch das Interesse Europas und insbesondere das unseres eigenen Landes, daß Deutschland sich erholen kann und wieder eingeschaltet wird. Wirtschaftlich eingeschaltet, in der Hoffnung, daß es auch geistig wieder einzuschalten sein wird.“ Dies schrieb Willem Drees, der 1940–41 als Geisel im KZ Buchenwald interniert und danach ein führender sozialdemokratischer Widerstandskämpfer war, 1943–44 in Amsterdam im Untergrund über die niederländische Politik gegenüber dem Deutschland der Nachkriegszeit.¹ Mit großer Nüchternheit plädierte der spätere Sozialminister (1945–48) und Ministerpräsident der Niederlande (1948–58) für eine gemäßigte alliierte Politik gegenüber Deutschland, wenn es einmal besiegt sei. Natürlich müsse der deutsche Militarismus endgültig ausgeschaltet werden, NS-Verbrecher müßten bestraft werden, und Deutschland müsse einen Teil der Kriegsschäden ersetzen. Gleichzeitig dürften die alliierten Sieger aber nicht denselben Fehler wie nach dem Ersten Weltkrieg machen, und dies bedeute: keine astronomisch hohen Reparationsverpflichtungen, keine umfänglichen territorialen Veränderungen, sondern Aufnahme Deutschlands in die normalen Beziehungen der internationalen Gemeinschaft und nach einer Übergangszeit auch wieder die Zuerkennung einer gleichberechtigten Stellung. Es sei niemandem damit gedient, wenn das deutsche Volk durch schwere Bestrafung zu „völliger Verzweiflung“ getrieben werde. Nach dem Krieg, so der spätere Ministerpräsident, werde es sicher eine verständliche antideutsche Stimmung in der niederländischen Bevölkerung geben, aber Drees warnte vor Rachemaßnahmen gegen das deutsche Volk als Ganzes und wies die Vorstellung einer Kollekt-

tivschuld zurück. Trotz des Terrors der Besatzungsjahre dürfe man nicht vergessen, daß Hitler bei freien Wahlen in der Endphase der Weimarer Republik nie eine Mehrheit der Wählerstimmen bekommen habe und auch im eigenen Land Hunderttausende zur Emigration gezwungen, in Konzentrationslager gesperrt habe oder habe ermorden lassen.

Bei der Befreiung der Niederlande im Mai 1945 war die Bevölkerung für solch differenzierte Überlegungen nur begrenzt aufnahmefähig. Nach fünf Jahren Besatzung, Erniedrigung und Terror, ungefähr 250.000 Toten und einem geschätzten Schaden von 25,75 Milliarden Gulden waren die Niederlande 1945 beinahe einstimmig ‚antideutsch‘. Deutsche – das waren die Nazis und die ‚Moffen‘, und nur langsam sollte Raum für einen anderen Blick über die Ostgrenze entstehen. Bestrafung Deutschlands und der Deutschen, große Schadenersatzforderungen, Annektierung deutscher Gebiete, Ausweisung aller Deutschen aus den Niederlanden und die Abschaffung des Deutschunterrichts: Solche Forderungen paßten besser in das Klima der ersten Nachkriegsjahre als Drees' vernünftige Warnungen vor einer harten Politik.

Gleichzeitig waren sich aber viele darüber im klaren, daß eine schwere wirtschaftliche Bestrafung Deutschlands nicht im niederländischen Interesse lag und daß die Wiederherstellung der Handelsbeziehungen der Vorkriegszeit unverzichtbar für den niederländischen Wiederaufbau war.² „Sind Sie der Meinung, daß unser Land wie vor dem Krieg wieder viel Handel mit Deutschland treiben und wirtschaftlich zusammenarbeiten soll, oder sollen wir dies nicht tun?“ Diese Frage stellte das Meinungsforschungsinstitut NIPO Anfang 1947 im Rahmen einer Untersuchung über die Haltung der niederländischen Bevölkerung zu Deutschland. „Ja, Geschäfte machen“, antworteten 77% der Befragten, während 11% „Nein“ und 12% „Weiß nicht“ zu Protokoll gaben.³ In derselben Untersuchung wurde gefragt, ob man dem deutschen Volk „freundlich“ oder „unfreundlich“ gesinnt sei. Hierauf antworteten 29%, daß sie dem deutschen Volk freundlich und 53%, daß sie ihm unfreundlich gegenüberstehen würden.⁴ Die Antworten auf beide Fragen lassen einen deutlichen Unterschied erkennen zwischen der noch sehr großen Aversion gegenüber Deutschland einerseits und andererseits der Bereitschaft, auf wirtschaftlichem Gebiet zu der früheren Orientierung auf den östlichen Nachbarn zurückzukehren. Selbst die Niederländer, die am ungünstigsten über Deutsche urteilten, sprachen sich mehrheitlich (66%) für die Wiederauf-

nahme der deutsch-niederländischen Wirtschaftsbeziehungen aus.⁵ Selbstverständlich bedeutete diese Stimmung keinen ‚Blankoscheck‘ für den deutschen Wiederaufbau. Man hoffte, einen Rahmen zu schaffen, in dem „eine gesunde Wirtschaft der Deutschen sozusagen ungefährlich blühen konnte“.⁶ So ließ eine große Mehrheit der niederländischen Bevölkerung sich von der nüchternen Kaufmannswahrheit leiten, daß Freundschaft und Handel nicht zusammengehören müssen. „Ein Geschäft ist ein Geschäft, auch wenn der Teufel der Partner ist“, hat Hermann von der Dunk einmal mit Blick auf die niederländische Handelsmentalität festgestellt.⁷ Für die ersten Jahre nach 1945 charakterisiert dies zutreffend die Einstellung gegenüber Deutschland.

Starke antideutsche Gefühle, der Wunsch nach Bestrafung und Schadenersatz, die Verhinderung einer neuen deutschen Gefahr, aber auch das Zusteuern auf eine ökonomische Erholung Deutschlands und das Bewußtsein, daß harte Friedensbedingungen nicht im niederländischen Interesse lagen – eine konsistente Deutschlandpolitik ließ sich auf der Grundlage dieser Elemente kaum formulieren. Außerdem konnten die Niederlande als kleiner alliierter Partner auch kaum Einfluß auf die Politik der Vereinigten Staaten, der Sowjetunion, Großbritanniens und Frankreichs ausüben, die als Besatzungsmächte die oberste Autorität in Deutschland bildeten. Über Fragen wie die Verwirklichung der Reparationen, Annexionsforderungen, die Rückgabe geraubter Güter und die Wiederingangsetzung der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland mußten in erster Linie die Großen Vier entscheiden. Bereits 1945 wurde aber deutlich, daß eine gemeinsame Deutschlandpolitik der Großen Vier kaum zu erwarten war, was die niederländische Stimme noch weiter schwächte. So blieb den Niederlanden nicht viel anderes übrig als abzuwarten, wie sich das rasch schlechter werdende Ost-West-Verhältnis entwickeln und welche Folgen dies für Deutschland haben würde.

1945 befand sich Den Haag also in einer besonders ungünstigen Ausgangssituation für die Sicherung nationaler Interessen. Die formulierten Ziele und Interessen liefen zu sehr auseinander, um in einem kohärenten Ganzen gebündelt zu werden, und es fehlte das politische Gewicht, um wenigstens in Teilbereichen Ziele zu verwirklichen. Bedeutete dies, daß die niederländische Politik in den Jahren 1945–1949 tatsächlich keine klare Richtung und wenig Erfolg hatte? Oder muß man von mehr Kohärenz ausgehen, als auf den ersten Blick sichtbar ist? Nahm der Einfluß der Niederlande

zu, als Ende 1947 die Kriegskoalition endgültig zerfiel, oder blieb die niederländische Stimme in der Beziehung zu den westlichen Großen Drei genauso schwach, wie sie vorher gegenüber den Großen Vier gewesen war? Und schließlich: was bedeuteten der einsetzende Kalte Krieg und die damit einhergehende deutsche Teilung für die niederländische Deutschlandpolitik? Bevor auf diese Fragen näher eingegangen wird, erfolgt erst eine knappe Übersicht über die Politik der Besatzungsmächte und die Grundzüge der niederländischen Außenpolitik von 1945 bis 1949.

Die internationalen Beziehungen und die niederländische Außenpolitik

Mit der bedingungslosen Kapitulation des Dritten Reichs am 8. Mai 1945 war ein gemeinsames Ziel der Alliierten erreicht worden, aber zugleich rückte damit ein neues deutsches und europäisches Problem in den Vordergrund: Wie sollte man mit dem besiegten Feind umgehen? Dabei ging es nicht nur um die Festsetzung von Reparationen, die Demontage der (Kriegs-)Industrie, Entnazifizierung, Demilitarisierung usw., sondern mindestens so wichtig war eine Antwort auf die Frage, ob Deutschland als Einheit behandelt werden und welche Grenzen dieses Nachkriegsdeutschland haben sollte. In engem Zusammenhang damit stand ferner die Frage nach der Ordnung Gesamteuropas und nach dem Platz der ost- und südosteuropäischen Staaten, die die russische Armee von der NS-Herrschaft befreit hatte. Im Februar 1945 hatten die Führer der Alliierten, Roosevelt, Churchill und Stalin, in Jalta vorläufige Absprachen über die Besetzung Deutschlands in vier Zonen getroffen und sowohl für Deutschland als auch für den Rest Europas die Grundsätze der Politik festgelegt. Hinter dieser Fassade der Gemeinsamkeit verbargen sich aber machtpolitische und ideologische Gegensätze, die im Juli 1945 auf der Potsdamer Konferenz zu ersten Rissen in der Kriegskoalition führten. Sie waren nicht nur eine Folge von Spannungen über Stalins Politik der vollendeten Tatsachen in Ost- und Südosteuropa und seiner Forderung nach einer endgültigen Festlegung der polnischen Westgrenze entlang Oder und Neiße. Wichtig waren auch fundamentale Gegensätze hinsichtlich der deutschen Reparationen. Die Sowjetunion, die der Krieg am schwersten getroffen hatte, hielt an den bereits in Jalta geforderten 10 Milliarden US-Dollar fest und stieß dabei vor allem

auf britischen Widerstand. Ein Kompromiß wurde erst erreicht, nachdem der amerikanische Außenminister James F. Byrnes vorgeschlagen hatte, die Reparationsfrage den Behörden in den jeweiligen Zonen zu überlassen.⁸ Dieser vorläufige Beschluß stieß die ebenfalls in Potsdam getroffene Vereinbarung um, Deutschland als ökonomische Einheit zu behandeln. Schließlich durfte man annehmen, daß die Sowjetunion sich umfangreiche Reparationen aus der eigenen Zone aneignen würde, während man vor allem in der amerikanischen und britischen Zone eine gemäßigte Linie verfolgen würde.

Obwohl auch in den drei westlichen Zonen Unterschiede bestanden und Frankreich im Alliierten Kontrollrat konsequent jede Beschlußfassung über Deutschland als Ganzes blockierte, wurde vor allem der Ost-West-Gegensatz bestimmend. Demokratisierung, Entnazifizierung, der Aufbau einer neuen wirtschaftlichen und politischen Struktur – von einer gemeinsamen Politik auf diesen Feldern konnte von Anfang an kaum die Rede sein. Schärfere Konturen bekamen die Gegensätze zwischen Ost und West ab September 1946, als der amerikanische Minister Byrnes für seine Regierung einen Kurswechsel in der Deutschlandpolitik ankündigte. Nicht länger sollte die Bestrafung im Mittelpunkt stehen, sondern Deutschland sollte der wirtschaftliche und politische Wiederaufbau ermöglicht werden, mit dem Ziel eines eigenen Platzes in der Gemeinschaft der freien Völker. Bereits zuvor hatten die Vereinigten Staaten die anderen Besatzungsmächte zum wirtschaftlichen Zusammenschluß der Besatzungszonen eingeladen, aber auf diesen Vorschlag reagierte nur England positiv. Mit der daraus resultierenden Gründung der sogenannten Bizone zum 1. Januar 1947 begann sich die Teilung Deutschlands deutlicher abzuzeichnen. In demselben Jahr 1947 verschwand auch der letzte Rest an Gemeinsamkeit der Großen Vier im Umgang mit Deutschland. Mit dem Scheitern der Konferenzen der Außenminister der Großen Vier in Moskau (März–April 1947) und London (November–Dezember) war die Kriegskoalition endgültig auseinandergefallen. Damit war auch die Teilung Deutschlands unabwendbar geworden. Die Einführung der D-Mark durch die Westmächte im Juni 1948 und die Blockade Berlins durch die Sowjetunion (Juni 1948–Mai 1949) markierten eine weitere Vertiefung der Spaltung zwischen Ost und West über Deutschland. Wichtiger noch waren die Beschlüsse der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz von 1948, an der außer den westlichen Großen Drei teilweise auch die Benelux-

Staaten teilnahmen. Auf dieser Konferenz wurde nicht nur beschlossen, die westlichen Besatzungszonen in das Europäische Wiederaufbau-Programm (Marshall-Plan) einzubeziehen, sondern hier fiel auch der Entschluß zur Gründung eines westdeutschen Staates.

Die Niederlande befanden sich bei dieser Entwicklung in einer Randposition. Dies lag nicht nur an der grundsätzlich schwachen Stimme eines Kleinstaates oder daran, daß nur die Großen Vier für Deutschland Verantwortung trugen. Ebenso wichtig war, daß die niederländische Außenpolitik sich in den ersten Nachkriegsjahren in einer Übergangsphase befand, deren Ergebnis seinerseits wieder von den Entwicklungen der internationalen Beziehungen abhing. Bereits während des Krieges hatte sich gezeigt, daß die niederländische Exilregierung nicht zu der fehlgeschlagenen Neutralitätspolitik der Vorkriegszeit zurückzukehren wünschte, sondern eine aktive Außenpolitik anstrebte. Dies kam u.a. in dem wiederholten Eintreten Außenminister van Kleffens' für ein weltumspannendes System von fünf oder sechs regionalen Sicherheitsorganisationen zum Ausdruck, das in der Nachkriegszeit geschaffen werden sollte. Da das Königreich der Niederlande aus Gebieten in Europa, Asien und der Karibik bestand, mußten die Niederlande in vier von diesen Pakten mitwirken. Eine zentrale Rolle sollten van Kleffens zufolge die Vereinigten Staaten und Großbritannien spielen, die an allen regionalen Organisationen teilnehmen sollten. Aus diesen Plänen wurde allerdings nichts. Unter Führung der Vereinigten Staaten steuerte man während des Krieges auf ein kollektives weltweites Sicherheitssystem zu, das 1945 mit der Gründung der Vereinten Nationen verwirklicht wurde. Für die Niederlande, die sich als Mittelmacht betrachteten und Mitbestimmung und einen entsprechenden Status in verschiedenen regionalen Pakten angestrebt hatten, war diese Entwicklung enttäuschend. „Was möglich war, wollte man nicht, und was man wollte, war nicht möglich“ – so charakterisiert der Historiker Herman Schaper die Sackgasse der niederländischen Sicherheitspolitik im Jahre 1945.⁹

Die Ideen van Kleffens' brachten das während des Krieges gewachsene Bewußtsein zum Ausdruck, daß ein Bruch mit der Neutralität der Vorkriegszeit notwendig war. Von einer klaren Richtschnur für die Außenpolitik der Nachkriegszeit konnte aber keine Rede sein.¹⁰ Dafür fügten sich seine Pläne nicht nur zu schlecht in die internationale Wirklichkeit des Jahres 1945 ein, sondern van Kleffens' ausgesprochen atlantische Orientierung

stand auch im Widerspruch zu Ideen, die sich mehr auf eine europäische Zusammenarbeit richteten und in den Niederlanden weit verbreitet waren. Alles in allem erwies sich, daß die Aufrufe zu einer aktiven Außenpolitik über Absichtserklärungen kaum hinausgingen. Man war sich darüber im klaren, daß es nicht mehr so wie vor dem Krieg ging, aber konkret brachte man nicht mehr als vage Aussagen zustande.¹¹ Infolgedessen fehlte es der niederländischen Außenpolitik in den ersten Jahren nach 1945 an klaren Konturen, und Den Haag entschied sich – trotz aller Pläne aus der Kriegszeit – für eine abwartende Haltung und verhielt sich angesichts der wachsenden Ost-West-Spannungen neutral. Bis weit in das Jahr 1947 hinein klammerte sich Den Haag an die Hoffnung, daß die Großen Vier sich doch noch über eine gemeinsame Deutschlandpolitik einigen würden und der wirtschaftliche Wiederaufbau in einem ungeteilten Europa stattfinden könnte. Von einem wirklichen Bruch mit der Vorkriegspolitik konnte man in den ersten Jahren nach 1945 denn auch nicht sprechen; es ist eher die Kontinuität, die ins Auge fällt.

Sehr viele Alternativen zu dieser abwartenden Haltung hatten die Niederlande übrigens nicht. Dafür waren die zukünftigen Beziehungen in Europa zu ungewiß und die Möglichkeit einer Einflußnahme zu gering. Außerdem verfügten die Niederlande über keine Tradition einer aktiven Außenpolitik, und der nationale Wiederaufbau, die innere politische Erneuerung und zunehmend auch die Kolonialfrage (Indonesien) beanspruchten alle Aufmerksamkeit. Mit dem Bruch zwischen Ost und West von 1947 entstand allerdings eine Situation, die den Niederlanden die Gelegenheit bot, mit mehr Erfolg als zuvor auf der internationalen Bühne zu agieren. Die Beteiligung an der nun beginnenden westeuropäischen Blockbildung bedeutete zugleich, daß das Ende der Sackgasse der niederländischen Sicherheitspolitik eingeläutet wurde.

Am Anfang dieser Entwicklung stand die Ablehnung des Europäischen Wiederaufbau-Programms (Marshall-Plan) durch die Sowjetunion und die osteuropäischen Länder. Dadurch wurde die wirtschaftliche Teilung Europas im Sommer 1947 unvermeidlich. Die russische Weigerung, an dem Wiederaufbau-Programm teilzunehmen, vergrößerte aber die Möglichkeiten der kleinen westlichen Länder, bei der Umsetzung dieses amerikanischen Plans selbst etwas einzubringen. Nach dem Historiker Albert Kersten kann man eine Parallele zwischen der während des Krieges von den Niederlanden angestrebten Stellung einer Mittelmacht und

dem tatsächlichen Status erkennen, den die Benelux-Länder zusammen 1947–48 erwarben.¹² Die ‚kleinen Drei‘ nutzten erfolgreich ihre Chance, indem sie im Sommer 1947 auf der Pariser Konferenz über den Marshall-Plan gemeinsam auftraten. Zugleich profilierten sie sich damit als potentieller Motor der westeuropäischen Integration, und dies hielt man nicht zuletzt mit Blick auf die Vereinigten Staaten für bedeutsam. Schließlich konnte man in Washington so zeigen, wie sehr die amerikanischen Wünsche hinsichtlich einer europäischen Zusammenarbeit ernst genommen wurden. Im Februar 1948 lud der britische Außenminister Ernest Bevin Frankreich und die Benelux-Länder ein, sich in einer westlichen Union zusammenzuschließen, und bei der Meinungsbildung über diese Einladung spielten vergleichbare Überlegungen eine wichtige Rolle. Ein westeuropäischer Sicherheitspakt bot den Niederlanden nicht nur die Möglichkeit, im Benelux-Verbund mehr Einfluß im Kreis der Großmächte auszuüben, sondern er konnte darüber hinaus das amerikanische Vertrauen in die Stärke Europas vergrößern. So erhob sich in Den Haag in vieler Hinsicht die Frage, welche Schritte auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik dem amerikanischen Engagement für die europäische Sicherheit zugute kommen würden. Rund ein Jahr nach dem Brüsseler Pakt zwischen Großbritannien, Frankreich und den Benelux-Staaten (März 1948) bekam man mit der Unterzeichnung des Nordatlantischen Vertrags am 4. April 1949 die amerikanische Sicherheitsgarantie, die man sich so sehr gewünscht hatte.

Wirtschaftliche Erholung

Die zurückhaltende niederländische Außenpolitik der ersten zwei Nachkriegsjahre bedeutete keine völlige Passivität auf der internationalen Bühne. Die drohende Entkolonialisierung Indonesiens forderte ein aktives Handeln, und mit Blick auf Deutschland legte Den Haag 1946 und 1947 wiederholt finanzielle und ökonomische Forderungen auf den Tisch. Ganz auf der Linie des oben zitierten Sozialdemokraten Drees hatte die niederländische Exilregierung in London bereits während des Krieges die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland zu einem Eckpfeiler der Nachkriegspolitik gemacht. Obwohl die Vorstellung von den Wirtschaftsbeziehungen der Nachkriegszeit vage blieb, war es

keine Frage, daß im Mittelpunkt dieser Pläne nicht eine strenge Bestrafung Deutschlands, sondern Kontrolle durch Integration stand.¹³ Ebenso deutlich lag auf der Hand, daß Konzepte wie der amerikanische Morgenthau-Plan, der auf eine vollständige Demontage der Industrie und eine ‚Agrarisierung‘ Deutschlands abzielte, den niederländischen Interessen diametral entgegengesetzt waren. Schließlich hätte dies den niederländischen Agrarsektor, der für den Außenhandel von grundlegender Bedeutung war, bedroht, während Deutschland in diesem Fall seine traditionelle Rolle als Lieferant von Kapitalgütern nicht wieder aufnehmen konnte. Dieser Blickwinkel blieb vorherrschend, auch nachdem durch die Verwüstungen des letzten Kriegsjahres der Ruf nach Reparationsleistungen stärker in den Vordergrund getreten war.

Nach der Befreiung im Mai 1945 entschieden sich die Niederlande für eine Politik, die beiden Zielen dienen sollte. Konkret forderten die Niederlande im November 1946 in einem an die Großen Vier gerichteten Memorandum sowohl Schadenersatz von Deutschland als auch Regelungen, die die niederländische Position im Handelsverkehr mit Deutschland stärken sollten. Abgesehen von der Annexion von 1750 km² deutschen Gebietes und der Verfügung über die deutschen Kohlebergwerke wünschten die Niederlande u.a. die Bevorzugung der eigenen Häfen auf Kosten der deutschen sowie ein Verbot der Verbreitung der deutschen Kanäle, die die Rheinfahrt über Rotterdam hätte benachteiligen können. Außerdem trat Den Haag für ein Währungssystem in Deutschland ein, das dem Wirtschaftsverkehr mit den Niederlanden keine Hindernisse in den Weg legte.¹⁴ Deutlicher kam das niederländische Interesse am deutschen Wiederaufbau in einem neuen Memorandum an die Großen Vier vom 14. Januar 1947 zum Ausdruck. Darin plädierte Den Haag für Zurückhaltung bei der Demontage des deutschen industriellen Sektors (abgesehen von der Kriegsindustrie) und hielt es außerdem für „in principle inadvisable to lay down maximum quota for the production of German industries“.¹⁵ Um einen gesunden deutsch-niederländischen Handel zu ermöglichen, mußten die Niederlande außerdem ihre landwirtschaftlichen Produkte nach Deutschland exportieren können. In dieser ausführlichen Stellungnahme, die als niederländischer Beitrag zu der Diskussion über einen Friedensvertrag mit Deutschland gedacht war, wurde explizit auf eine deutsche wirtschaftliche Gesundung im Rahmen des europäischen Wiederaufbaus und der Zusammenarbeit gedrungen. Das Memorandum atmete noch den

Geist der niederländischen Hoffnung auf ein wirtschaftlich und sicherheitspolitisch ungeteiltes Europa und hinkte damit den sich weiter verschlechternden Ost-West-Beziehungen hinterher. Schon deswegen kann es nicht überraschen, daß die niederländischen Vorschläge und Forderungen auf der Konferenz der Großen Vier in Moskau (März–April 1947) nicht einmal thematisiert wurden.¹⁶

Nicht anders ging es im Herbst 1947. Nach dem Erfolg des gemeinsamen Auftritts der Benelux-Staaten im Sommer dieses Jahres auf der Pariser Konferenz über den Marshall-Plan präsentierten die drei kleinen Länder im November erstmals eine gemeinsame Deutschland-Note. Darin beklagten sie sich nicht nur über die ausbleibende Wiederherstellung der ökonomischen Beziehungen zu Deutschland. Mindestens ebenso wichtig war ihr Wunsch, dauerhaft in die alliierte Deutschland-Politik einbezogen zu werden. Kurzfristig verlangten sie, auf der bevorstehenden Londoner Konferenz der Großen Vier angehört zu werden. Diese Note hatte ebensowenig irgendeine positive Wirkung wie das Memorandum vom Januar 1947: Nicht nur blieb eine Einladung zur Teilnahme an der Londoner Konferenz aus, man erhielt nicht einmal eine Antwort.¹⁷

So muß man für den Zeitraum von 1945–1947 eine für die Niederlande enttäuschende Bilanz ziehen. Die Versuche, für die spezifisch niederländischen Wirtschaftsinteressen Verständnis zu wecken und in die Deutschland-Politik der Großen Vier einbezogen zu werden, waren ins Leere gelaufen. Der endgültige Bruch zwischen Ost und West Ende 1947 verstärkte jedoch, wie oben bereits erwähnt, die niederländische Position. Nun, nachdem die Großen Drei den Weg zu einer westlichen Blockbildung eingeschlagen hatten, war die Mitwirkung der kleinen Staaten notwendig. Dies verschaffte den Niederlanden im Benelux-Verband einen Ansatzpunkt für ihre Forderung, bei der weiteren Beratung über den Westen Deutschlands eingeschaltet zu werden. So erreichte Den Haag die Zulassung zur Londoner Konferenz über Deutschland, die von Februar bis Juni 1948 tagte.¹⁸

Für die Benelux-Länder, die hofften, in London als gleichberechtigte Partner der Großen Drei auftreten zu können, waren aber der Verlauf und die Ergebnisse der Konferenz in verschiedener Hinsicht erneut enttäuschend. Von einer vollen Mitwirkung war keine Rede, und ebensowenig erlangte man Zusagen über zukünftige Mitspracherechte. Die Großen Drei wollten nicht über das Versprechen hinausgehen, die Kleinen Drei in regelmäßigen

Konsultationen über für sie wichtige Beschlüsse zu informieren. Besonders mager war das Ergebnis der Konferenz bei den wirtschaftlichen und territorialen Forderungen. Die Niederlande hatten ihre früheren Forderungen unverändert in London vorgebracht und beabsichtigt, die Gebietsansprüche gegen wirtschaftliche Kompensationen einzutauschen. Mit der amerikanischen Weigerung, diese ökonomischen Forderungen auch nur zu prüfen, scheiterte nicht nur diese Verhandlungsstrategie. Gleichzeitig gaben die Vereinigten Staaten zu erkennen, keinerlei Gebietsansprüche honorieren zu wollen, die das zukünftige Deutschland geschwächt hätten. Andererseits war der Ausgang der Konferenz nicht nur enttäuschend. Den Benelux-Staaten wurde die gleichberechtigte Mitwirkung in den bevorstehenden Beratungen über die internationale Kontrolle des Ruhrgebiets und über die ausländischen Kapitalinteressen in Deutschland zugesagt – zwei Bereiche, in denen die Niederlande erhebliche Interessen zu wahren hatten. Positiv verbuchen konnte man auch den Beschluß, die westlichen Besatzungszonen in das Europäische Wiederaufbauprogramm einzubeziehen und so mit einem westeuropäischen Aufbau gemeinsam mit Deutschland Ernst zu machen. Obwohl dieser Beschluß ohne die Benelux-Staaten getroffen wurde, war damit ein Wunsch der Kleinen Drei in Erfüllung gegangen, den sie bereits 1947 vorgebracht hatten. Schließlich beendeten diese Resultate nun wenigstens teilweise eine drei Jahre währende Ungewißheit über das deutsche Problem. Auch wenn die Pille der unerfüllten Wünsche bitter schmeckte – und dies auch zukünftig noch oft tun sollte –, so war doch deutlich geworden, entlang welcher Linien sich die westliche Deutschlandpolitik entwickelte. Und darauf konnten sich nun auch die Niederlande einstellen.

Mit dem Eintreten für einen deutschen Wiederaufbau steuerte Den Haag in dieselbe Richtung wie die Amerikaner und Briten. Der bereits erwähnte amerikanische Kurswechsel vom September 1946 und die Gründung der amerikanisch-britischen Bizone am 1. Januar 1947 wurden in Den Haag dementsprechend positiv aufgenommen. Wie läßt sich dann erklären, daß bis 1949 die Entwicklungen auf der wirtschaftlichen Ebene für die Niederlande so enttäuschend verliefen und Den Haag seine Forderungen immer wieder neu vorbringen mußte? Die Antwort darauf lautet, daß die Auswirkungen der Politik der angelsächsischen Mächte keineswegs mit den niederländischen Bedürfnissen übereinstimmten. Die Entwicklung des Handels blieb hinter den Möglichkeiten zurück,

weil die Besatzungsmächte nur geringe Importe aus anderen europäischen Ländern zuließen. Aus den Vereinigten Staaten ergoß sich ein breiter Strom an Waren nach Deutschland, die zu mehr als 10% auch europäische Länder hätten liefern können. Durch den so künstlich niedrig gehaltenen deutschen Import aus Westeuropa blieb auch das Wachstum der deutschen Exporte geringer, als es für die deutsche Industrie möglich gewesen wäre.¹⁹ Auch organisatorische Probleme behinderten das Wachstum des Handelsverkehrs. Die *Joint Export-Import-Agency* (JEIA), die Umfang und Zusammenstellung der Ein- und Ausfuhr der Bizone festlegte, hielt nicht nur das Handelsvolumen niedrig, sondern verkündete auch Importregelungen, die so kompliziert und bürokratisch waren, daß sie ebenfalls eine rasche Abwicklung der Einfuhr behinderten. Schließlich standen auch monetäre Probleme einer Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen im Weg. Obwohl die Niederlande 1947 als erste einen Zahlungsvertrag mit der Bizone abschlossen, nach dem der Import aus Deutschland nicht länger bar in Dollar abgewickelt werden mußte, leitete dieses Abkommen aufgrund bleibender Exportbeschränkungen noch keine neue Phase ein. Auch der Handelsvertrag mit der Bizone vom August 1948 – erneut gehörten die Niederlande zu den ersten, die einen solchen Vertrag abschlossen – brachte noch keine wesentliche Erleichterung. Die Kontingente blieben niedrig, bei der Abwicklung kam es zu zahllosen Problemen, und bis März 1949 waren zwei ergänzende Verträge nötig, um die niederländische Ausfuhr zu erhöhen, da die Handelsbilanz auf niederländischer Seite stets große Defizite aufwies.

Abgesehen von der enttäuschenden Entwicklung des Handels blieb auch der Dienstleistungs- und Kapitalverkehr erheblich gestört. In der Vorkriegszeit hatten die Niederlande ihre Defizite in der Handelsbilanz immer größtenteils mit Einkünften aus dem Kapital- und Dienstleistungssektor gedeckt. Die Besatzungsmächte blockierten aber nach 1945 jeden Kapitaltransfer aus Deutschland mit dem Argument, daß daran nicht zu denken sei, solange Deutschland sie Geld koste. Die Einnahmen aus dem Dienstleistungsverkehr waren ebenfalls stark zurückgegangen, und auch dafür lag die Verantwortung bei den Besatzungsmächten. Mit demselben finanziellen Argument, mit dem sie ihre Weigerung rechtfertigten, Kapitaleinkünfte zu transferieren, begünstigten sie den Verkehr über Bremen, Emden und Hamburg zum Nachteil der niederländischen Seehäfen. Dabei spielte außerdem eine wichti-

ge Rolle, daß die norddeutschen Hafenstädte durch die (wirtschaftliche) Teilung Deutschlands schon kurz nach 1945 einen großen Teil ihres alten Hinterlandes verloren hatten. Nicht zuletzt dadurch war ein Überschuß an Schiffsraum im deutschen Binnenverkehr entstanden, und dies wiederum hatte zur Folge, daß die Niederlande von der Teilnahme an diesem Binnenverkehr auf dem Rhein und anderen Flüssen ausgeschlossen wurden.

Durch den Wegfall Deutschlands als wichtigstem Lieferanten von Kapitalgütern waren die Niederlande – gerade in einer Zeit, in der aufgrund der Kriegsverwüstungen auf diesem Gebiet großer Bedarf bestand – für solche Einfuhren beinahe ganz auf die Vereinigten Staaten angewiesen. Diesen notwendigen Importen aus dem Dollarraum konnten die Niederlande nur Agrarexporte gegenüberstellen, die keinen Zugang zum amerikanischen Markt hatten. Neben dem so entstehenden erheblichen Dollardefizit hatten die Niederlande schließlich bis 1949 mit allen westeuropäischen Ländern eine passive Handelsbilanz, was zum Kapitalverzehr ausländischer Besitzungen und der nationalen Goldreserve führte. Damit ist die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß sich die Niederlande während der ersten Nachkriegsjahre im internationalen Wirtschaftsverkehr in einer äußerst schwachen Position befanden. Die Marshall-Hilfe, die 1948 begann, bot zwar Erleichterung und vereinfachte eine eigene niederländische Industrialisierung, aber für eine grundlegende Genesung mußten eindeutig die Behinderungen im Wirtschaftsverkehr mit Deutschland verschwinden.²⁰

Das geschah im September 1949. In Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der JEIA, bei denen auch eine deutsche Delegation anwesend war, boten die Amerikaner zur allgemeinen Überraschung den Niederlanden einen beinahe völlig freien Export nach Deutschland an. Dadurch wurden mit „einem Schlag ... alle Hindernisse [weggefegt], die bis in die allerjüngste Vergangenheit bei uns fortwährend Besorgnis und Ärger hervorriefen“, meldete äußerst zufrieden der niederländische Delegationsleiter Teppema. Der amerikanische Vorschlag führte zu einem für die Niederlande sehr günstigen Handelsvertrag mit der kurz zuvor gegründeten Bundesrepublik und beendete den bis dahin bestehenden „unhaltbaren Zustand“ einer strukturell defizitären niederländischen Handelsbilanz mit Deutschland. Zwar blieb der bilaterale Dienstleistungs- und Kapitalverkehr noch Beschränkungen unterworfen, aber durch die beinahe völlige Liberalisierung der niederländischen Ausfuhr nach Deutschland konnten die Nieder-

lande ihre Position in der Bilanz stärken – um so mehr, da die Einfuhr aus Deutschland weiterhin kontingentiert blieb.²¹ Die JEIA, „diese oft geschmähte Institution“, hatte kurz vor ihrer Auflösung noch eine „gute Tat getan“, hieß es in einer Vorlage für die niederländische Regierung.²² Dieser Handelsvertrag hatte spektakuläre Folgen. Stand Westdeutschland im September 1949 auf der Liste niederländischer Exporte noch auf dem sechsten Platz, rückte es im Oktober auf Platz 3 vor, und noch einen Monat später war die Bundesrepublik zum größten Abnehmer der Niederlande geworden. Allerdings waren damit nicht alle Probleme gelöst. Auf die Phase des blockierten Wachstums des Wirtschaftsverkehrs (1945–1949) folgte eine zwei Jahre dauernde Zeit explosiven, aber auch instabilen Wachstums mit Zahlungsschwierigkeiten auf der deutschen Seite.²³ Ende 1951 war auch dies vorüber, und die Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland waren im großen und ganzen wiederhergestellt.

Ressentiments, Schadenersatz und Annexionen

Dieses Kapitel begann mit Überlegungen des späteren Ministerpräsidenten Drees aus den Besatzungsjahren. Darin hatte er die Sorge geäußert, daß viele Niederländer nach Kriegsende die Deutschen kaum noch als Menschen ansehen und sie auch nicht menschlich behandeln würden.²⁴ So dramatisch entwickelten sich die Dinge in der Praxis der Nachkriegszeit nicht, aber die antideutschen Gefühle führten anfänglich doch zu inhumanen politischen Vorhaben und erstaunlichen Plänen. Das galt z.B. für den Beschluß von Justizminister Kolfshoten (Katholische Volkspartei, KVP) vom August 1945, alle in den Niederlanden wohnenden Deutschen des Landes zu verweisen.²⁵ Daß es das Bedürfnis gab, alle diejenigen zu entfernen, die den deutschen Besatzungsbehörden angehört hatten, war selbstverständlich, aber diese Deutschen (und Österreicher) waren größtenteils bereits weggegangen, interniert oder warteten in einer Reihe von Fällen auf ihren Prozeß. Der Plan Kolfshotens mit dem Decknamen „Black Tulip“ ging darüber hinaus und beinhaltete die Ausweisung ohne Ansehen der Person. Dies hätte zur Folge gehabt, daß auch Deutsche, die seit langem in den Niederlanden wohnten und nichts mit dem Nationalsozialismus zu tun gehabt hatten oder sogar in den dreißiger Jahren vor den National-

sozialisten geflüchtet waren, das Land verlassen mußten. Obwohl Kolfshoten auf große öffentliche und politische Unterstützung rechnen konnte, formierte sich auch Widerstand gegen diese Pläne, die zur Ausweisung von schätzungsweise 25.000 Deutschen geführt hätten. Außerdem ließen die Besatzungsbehörden in Deutschland wissen, daß sie an der Durchführung derartiger weitreichender Pläne nicht mitarbeiten wollten. Unter diesem Druck gab Kolfshoten im Herbst 1945 bekannt, für verschiedene Kategorien von Deutschen Ausnahmen zu gewähren (u.a. für politische Flüchtlinge und für diejenigen, die sich während der Besetzung als ‚aufrechte Freunde‘ der Niederlande erwiesen hatten). Dies hätte die Anzahl der auszuweisenden Deutschen auf schätzungsweise 17.000 verringert.

Trotz dieser Abmilderung kritisierte vor allem die katholische Seite, daß dieser Politik noch immer Unschuldige zum Opfer fallen konnten. Auch die Behandlung derjenigen, die in Erwartung ihrer Ausweisung in zwei speziellen Durchgangslagern interniert wurden, warf Fragen auf. In manchen Orten wurden deutschen Familien Adressen zum Untertauchen angeboten, in anderen Fällen weigerte sich die Polizei, Verhaftungen vorzunehmen. Die Kritik verstummte nicht, nachdem im August 1947 erneut abgeschwächte Richtlinien formuliert worden waren. Kurz darauf forderte Kardinal de Jong von Kolfshotens Nachfolger, Justizminister van Maarseveen (KVP), den sofortigen Stop der Ausweisungen. Der Kardinal drohte nicht nur mit einer öffentlichen Mißbilligung dieser Politik, sondern sogar damit, katholischen Beamten die Mitwirkung an Ausweisungsverfahren zu verbieten. Der Minister wich vor dieser Drohung zwar nicht zurück, aber die Intervention de Jongs führte doch zu einer genaueren Untersuchung der Akten von ca. 2000 sogenannten Zweifelsfällen. Obwohl 1948 noch einige Hundert Deutsche über die Grenze geschickt wurden, kam es in diesem Jahr endgültig zu einer Wende. Ausschlaggebend war dabei nicht so sehr die andauernde katholische Offensive gegen die Ausweisungspolitik, sondern die veränderte Situation in Deutschland und Europa. Seitdem man den Weg zur westlichen Blockbildung eingeschlagen hatte und die Gründung eines westdeutschen Staates bevorstand, hatten die ohnehin kritischen Großen Drei für die niederländische Politik nichts mehr übrig. Auch in Den Haag war man sich inzwischen bewußt, daß eine Politik massenhafter Ausweisungen nicht in diese neue Situation paßte und außerdem kontraproduktiv auf die

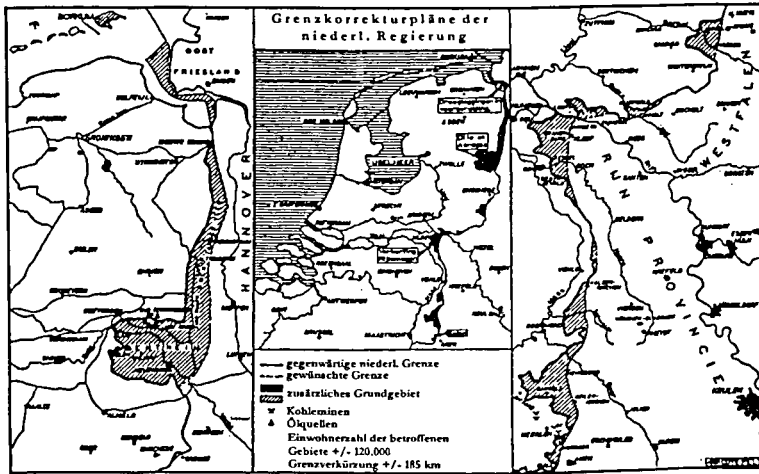
Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen wirken konnte. Damit gingen die Ausweisungsbestrebungen 1948 zu Ende, die trotz zweimaliger Veränderung der Richtlinien stets einen unbittlichen Charakter gehabt hatten. Daß letztendlich nur 3691 Personen tatsächlich ausgewiesen wurden, ändert daran nichts, denn noch im Sommer 1947 standen 10.000 Deutsche auf der Abzugsliste. Diese Politik war nicht nur hart, sondern auch inkonsequent: Während man einerseits auf den Abzug Tausender Deutscher zusteuerte, hätte andererseits die Umsetzung der Annexionswünsche zu ca. 119.000 ‚neuen‘ Deutschen innerhalb der niederländischen Grenzen geführt. Außerdem wollte die Regierung 1947–48 technische und wissenschaftliche Experten in Deutschland anwerben, um bestimmte Industriezweige in den Niederlanden weiterzuentwickeln. Der Historiker Melchior Bogaarts, der die Ausweisungspolitik detailliert untersucht hat, spricht zu Recht von einer inkonsequenten und zusammenhanglosen Politik.²⁶ So litt auch diese Politik unter der Spannung, einerseits nichts mehr mit den Deutschen zu tun haben zu wollen, andererseits aber zu wissen, daß man sie für den eigenen Wiederaufbau brauchte.

In derselben Phase, als man die Deutschen von niederländischem Grund und Boden entfernen wollte, plädierte man auch für eine starke Reduzierung oder sogar Abschaffung des Deutschunterrichts. Einer derjenigen, die dafür eintraten, war der Kultusminister der Londoner Jahre, G. Bolkestein. In einem nach ihm benannten Bericht von 1947 über eine allgemeine Unterrichtsreform wurde gefordert, Deutsch als Pflichtfach abzuschaffen und es nur als freiwilliges Wahlfach fortbestehen zu lassen.²⁷ Für den früheren Minister war Deutsch die Sprache eines verbrecherischen Volkes. Die niederländischen Schulen dürften ihrem Erlernen nicht dienstbar gemacht werden, „denn gesellschaftlicher Verkehr ist mit diesem Volk im allgemeinen nicht notwendig“.²⁸ Die weitgehende Ansicht Bolkesteins sollte nicht in die Praxis umgesetzt werden, aber im Vergleich zu der Vorkriegszeit verloren die weiterführenden Schulen in Deutsch doch 20–30% der Unterrichtsstunden. Dieser Rückgang ließ sich nicht mehr ungeschehen machen, trotz wiederholter Anläufe in späteren Jahren.

Wichtiger als die bemerkenswerten Pläne zur Ausweisung der Deutschen und der Abschaffung des Deutschunterrichts waren die konkreten Forderungen hinsichtlich der Reparationen und des Schadenersatzes in Form von Annexionen. Auf der Pariser Reparationskonferenz von 1945–46 reichten die Niederlande eine Forde-

zung von 25,75 Milliarden Gulden (nach dem Wert von 1938) ein, aber der Ausgang dieser westlichen Konferenz mußte Den Haag enttäuschen. Auf Vorschlag der Großen Drei beschränkte die Konferenz sich auf die Festlegung eines prozentualen Verteilungsschlüssels, wobei den anderen Mächten nicht viel anderes übrigblieb als ihre Vorschläge zu akzeptieren. Über konkrete Summen wurden keine Absprachen getroffen, was dem britischen und amerikanischen Wunsch entsprach, Deutschland nicht übermäßig zu belasten. Die Niederlande sollten nach dem Verteilungsschlüssel 5,6% der industriellen Demontagegüter und der Schiffe sowie 3,9% der übrigen Güter (darunter beschlagnahmter Besitz) erhalten. In den Niederlanden wurde dieses Ergebnis kritisiert: Nicht nur seien die zugeteilten Prozentanteile zu niedrig, auch herrschte Unzufriedenheit darüber, daß man im ungewissen blieb, in welchem Verhältnis der Ertrag zu der Forderung von rund 25 Milliarden Gulden stehen würde.²⁹

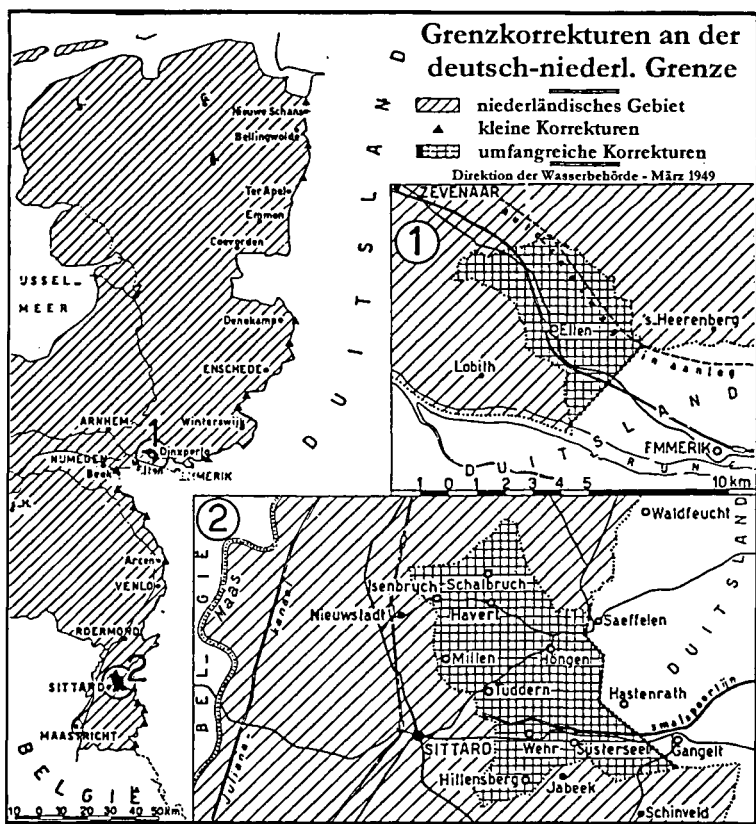
Seit dem letzten Kriegsjahr hatte man in niederländischen Regierungskreisen vor allem an Schadenersatz in Form von Annexionen deutschen Grund und Bodens gedacht. Nach der Befreiung kursierten darüber die wildesten Pläne, nicht zuletzt deshalb, weil die Bevölkerung aufgerufen war, über Umfang, Ort und Ausführung „mitzudenken“. Auf Betreiben von Außenminister E.N. van Kleffens wurde ein nationales *Nederlandsch Comité voor Gebiedsuitbreiding* (Niederländisches Komitee für Gebietserweiterung) gegründet, das eine wichtige Propagandafunktion erfüllte. Noch 1945 kam trotz der Papierknappheit eine „wahre Pamphletlawine“ mit unterschiedlichsten und weitreichenden Vorschlägen für Annexionen in Gang.³⁰ Insgesamt erschienen rund 60 Broschüren, von denen nur ca. 20% Kritisches zur Gebietserweiterung enthielten.³¹ Auch das Kabinett selbst nahm regen Anteil am Pläneschmieden, wenn sich auch der geforderte Umfang von 1945 bis 1947 rasch verringerte. Im September 1945 wollte Außenminister van Kleffens die Niederlande um ein Drittel vergrößern, was auf rund 10.000 km² mit anderthalb Millionen deutschen Einwohnern hinauslief. Im Sommer 1946 war davon in der ersten offiziellen Regierungsverlautbarung ungefähr die Hälfte übriggeblieben (4980 km², ca. 550.000 Deutsche). Anschließend wurde im Herbst 1946 den Großen Vier eine Forderung von 1750 km² mit ca. 119.000 deutschen Bewohnern präsentiert. Daran sollten die Niederlande in den folgenden Jahren festhalten.



Die niederländischen Forderungen in der Frage der Grenzkorrekturen von Oktober/November 1946 (1750 km²)
Quelle: *Keesings Historisch Archief*, 3.–9. November 1946, Nr. 803, S. 6934.

Inwiefern die annexionistischen Pamphletschreiber die Meinungsbildung in der Bevölkerung beeinflussten, läßt sich schwer bestimmen. Immerhin fällt auf, daß die Zahl der Befürworter von Annexionen in den Nachkriegsjahren beinahe konstant blieb und stets höher war als die Zahl der Gegner. So sprachen sich im Juni 1946 bei einer NIPO-Umfrage 41% der Befragten für Annexionen aus, 31% dagegen und 28% hatten keine Meinung. Beinahe zwei Jahre später, im März 1948, war die Zahl der Befürworter nicht wesentlich kleiner geworden (39%), aber die Zahl der Gegner auf 37% gestiegen (24% ohne Meinung).³² Besonders Katholiken unterstützten die Gebietserweiterung, während Sozialdemokraten und Kommunisten überwiegend dagegen waren.

Auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz von 1948 über die Zukunft Deutschlands und bei den anschließenden Gesprächen in Paris über den genauen Verlauf der deutschen Westgrenze hatten die Niederlande die Amerikaner und Briten gegen sich. Inzwischen war man auf dem Weg zur Gründung der Bundesrepublik, und die Honorierung der niederländischen Forderungen nach Gebietserweiterung um 1750 km² paßte keineswegs in diese neue Deutschlandpolitik. Die Amerikaner hatten übrigens schon zuvor wissen lassen, daß sie die niederländischen Wünsche nicht erfüllen woll-



Die Grenzkorrekturen von April 1949.

Quelle: *Archief Buitenlandse Zaken, Ambassade Bonn, A 4114, Grenscorrecties 1949.*

ten, und so wurden 1948 die ambitionierten Annexionspläne endgültig auf Grenzkorrekturen minimalen Umfangs reduziert. Das Abschlußprotokoll der Pariser Besprechungen (1948) legte fest, welche deutschen Gebiete bis zu einem zukünftigen Friedensvertrag unter französische, luxemburgische, belgische und niederländische Verwaltung kommen sollten. Insgesamt ging es dabei um 135 km² mit ca. 13.500 deutschen Bewohnern, von denen die Niederlande den Löwenanteil erhielten. Verkehrstechnisch und wasserwirtschaftlich hatten diese Grenzkorrekturen einige Bedeutung, aber wirtschaftlich waren sie völlig wertlos. Am 23. April 1949 war es dann soweit: Die Niederlande wurden vorläufig 69 km²

größer und beherbergten von diesem Tag an ca. 10.000 Deutsche mehr in ihren Grenzen. Bemerkenswert konstant war die öffentliche Meinung geblieben: Ebenso wie bei der NIPO-Umfrage vom März 1948 befürworteten nun 41% die Grenzkorrekturen, 39% waren dagegen.³³

Dieser „Leidensweg der Annexionsfrage“ bis 1949 braucht nicht erneut detailliert beschrieben zu werden, denn er ist bereits ausreichend untersucht worden.³⁴ Zu erwähnen ist jedoch, daß nur wenige mit dem im April 1949 erreichten Ergebnis zufrieden waren. Der Regierungskommissar für deutsche Angelegenheiten H.M. Hirschfeld, der die Gebietsansprüche bereits 1948 gegen ökonomische Zugeständnisse von deutscher Seite hatte eintauschen wollen, teilte Mitte Januar 1949 Außenminister Stikker mit, daß er „von den jetzt vorgenommenen Gebietserweiterung nichts als Ärger“ erwarte.³⁵ Der Rechtsberater des Außenministeriums, J.P.A. François, schloß sich dem an und sah „endlose Schwierigkeiten mit der Stellung der sogenannten Minderheiten“ voraus. Außerdem befürchtete er, daß sich die Niederlande fortwährend vor den kritischen Augen der Welt verteidigen müßten, mit allen Folgen für die internationale Stellung des Landes.³⁶ Auch im Kabinett hatte sich die Begeisterung Anfang 1949 stark abgekühlt, aber nachdem die Regierung sich jahrelang für Grenzveränderungen eingesetzt hatte, war ein Schritt zurück schwierig zu vermitteln.

Im Parlament gingen die Meinungen weit auseinander. Im Namen der Mehrheitsfraktion der sozialdemokratischen Partei der Arbeit (PvdA) erklärte G. Ruygers, daß die Annexions- und Grenzkorrekturfrage „in die Atmosphäre des ersten Nachkriegsjahres“ passe, während die niederländische Deutschlandpolitik sich nun auf „den Aufbau eines demokratischen und wirtschaftlich gesunden Deutschlands und die Einschaltung Deutschlands in den Wiederaufbau Europas“ richten müsse. Dies sei „viel wichtiger“ als die Frage, ob „unsere Ostgrenze 10 km weiter im Osten liegen wird oder nicht“. Daß er dennoch den Grenzkorrekturen zustimmte, hing u.a. mit den scharfen deutschen Protesten dagegen zusammen. Unter diesen Umständen darauf zu verzichten, hätte als ein Zurückweichen „vor der Agitation des deutschen Nationalismus“ ausgelegt werden können.³⁷ Die KVP, die sich in den vorangegangenen Jahren stark für die Annexion eingesetzt hatte, kritisierte durch ihren Sprecher J.H. Maenen gerade deren mageres Ergebnis. Dennoch ließ die größte Regierungspartei das Kabinett nicht im Stich und stimmte geschlossen für den Gesetzentwurf.

Dasselbe galt für die protestantische Christlich-Historische Union (CHU) und die liberale Volkspartei für Freiheit und Demokratie (VVD), wenn auch für die Liberalen eher der geringe Umfang der Grenzkorrekturen ein Grund zur Zustimmung war. Konsequenter in ihrem Widerstand war die oppositionelle protestantische Anti-Revolutionäre Partei (ARP), die aus ihrer Beschwerde darüber, daß nur ganz wenig von den ursprünglichen Forderungen anerkannt worden war, die Konsequenz zog und dagegen stimmte. Stimmte die Zweite Kammer dennoch mit großer Mehrheit zu (54 zu 24), so erhielt das Kabinett in der Ersten Kammer erst grünes Licht (25 zu 17), als Außenminister Stikker mit einer Regierungskrise drohte. Stärker als in der Zweiten Kammer hieß es im Senat, daß Grenzkorrekturen anno 1949 ein Anachronismus seien und nicht in die Zukunft der deutsch-niederländischen Beziehungen und der westeuropäischen Zusammenarbeit paßten.

Bei einem Aspekt war man sich im Parlament allerdings einig: Viele Redner brachten ihre Verärgerung über die deutschen Versuche, die Umsetzung der Grenzkorrekturen zu verhindern, zum Ausdruck. Darin sah man den Beweis für die „erschreckende Unbußfertigkeit“ der Deutschen, die offenbar „nicht die leiseste Ahnung“³⁸ von den im Krieg begangenen Verbrechen hätten. Vor allem das Verhalten von Karl Arnold (CDU), dem Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, rief große Irritationen hervor. Arnold, der Politiker, der sich auf deutscher Seite am aktivsten gegen die Grenzkorrekturpolitik wandte, erschien am Vorabend der Debatte in der Ersten Kammer plötzlich in Den Haag, um in letzter Minute Parlament und Regierung von der Ungerechtigkeit des niederländischen Vorhabens zu überzeugen. Arnold erreichte mit seiner Intervention nur das genaue Gegenteil von dem, was er beabsichtigte und stärkte die Position der Befürworter der Grenzkorrekturen. Auf deutscher Seite lobte man ihn dagegen für seine unangekündigte und überraschende Reise nach Den Haag. Aus dem *Deutschen Büro für Friedensfragen*³⁹ erreichte Arnold die Mitteilung, „daß die Reise nach den Haag das Gute gehabt hat, daß der deutsche Verständigungswille ad oculos demonstriert wurde. Durch ihre starre Haltung hat sich die holländische Regierung noch mehr als bisher moralisch ins Unrecht gesetzt“.⁴⁰

Diese gegensätzlichen niederländischen und deutschen Reaktionen auf den Besuch Arnolds illustrieren, wie weit beide Länder auf der politisch-psychologischen Ebene noch von einander entfernt waren. Was man auf der deutschen Seite als „Verständigungswil-

len“ charakterisierte, betrachtete man in den Niederlanden als eine unerlaubte Einmischung, die mangelndes Schuldbewußtsein zeigte. Kennzeichnend ist in diesem Zusammenhang der Vorschlag des stellvertretenden niederländischen Ministerpräsidenten van Schaik an Außenminister Stikker. Bei der Vorstellung der Regierungspolitik in der Ersten Kammer sollte Stikker – so van Schaik – seine Argumentation mit der Feststellung bekräftigen, „daß die Deutschen uns kleines unschuldiges Volk 5 Jahre lang auf menschenentehrende Weise gequält haben, und daß ihre Einstellung zu diesen unbedeutenden Korrekturen darauf hinweist, daß sich in ihrer Geisteshaltung nichts zum Guten verändert hat. Sonst würden sie mit Freuden dieses Opfer bringen ...“⁴¹

Als die Niederlande Ende April 1949 vorläufig um 69 km² deutschen Gebietes erweitert wurden, war beinahe niemand mit diesem Ergebnis zufrieden. Manche hatten ein viel größeres Gebiet in die Niederlande einbeziehen wollen, andere hatten gerade aus prinzipiellen oder politischen Erwägungen von jeder Grenzveränderung absehen wollen. Die verkehrstechnischen und wasserwirtschaftlichen Vorteile, die Möglichkeit, die Grenzkorrekturgebiete als ‚Wechselgeld‘ in späteren Verhandlungen mit Deutschland einsetzen zu können, die Empörung über das deutsche ‚Geschrei‘ und nicht zuletzt die Verhinderung einer Regierungskrise – es war dieses Bündel von Motiven, das dem Grenzkorrekturbeschluß die Zustimmung des Parlaments einbrachte. Auf der Regierungsebene hatten zweifellos auch Prestigeüberlegungen eine Rolle gespielt. Die Niederlande hatten seit 1945 stets mehr gefordert als z.B. Belgien und Luxemburg. Dadurch hatte sich Den Haag in eine Position manövriert, die scheinbar nur schwer ohne großen Gesichtsverlust geräumt werden konnte. Würde sich außerdem im Ausland nicht die Frage stellen, wie ernst andere Forderungen der Niederlande zu nehmen seien, wenn im letzten Moment auf die Grenzkorrekturen verzichtet wurde? Solche Überlegungen waren stärker als die Sichtweise, daß die Grenzkorrekturen 1949 ein Anachronismus geworden waren und daß sie nicht in die Zukunft der deutsch-niederländischen Beziehungen und der westeuropäischen Zusammenarbeit paßten.

Schlußfolgerung

In der Zeit zwischen 1945 und 1949 wurde die niederländische Politik gegenüber Deutschland durch eine Kombination von Zielen, Interessen und Gefühlen gekennzeichnet, die eine konsistente Politik beinahe unmöglich machte. Nach fünf Jahren der Besetzung dominierte der Wunsch nach Bestrafung und materieller Genugtuung, und es bestand Übereinstimmung, daß Deutschland nie wieder zu einer aggressiven Außenpolitik in der Lage sein durfte. Gleichzeitig war man sich bereits vor Kriegsende bewußt, daß eine schwere Bestrafung Deutschlands und ein dadurch ausbleibender deutscher Wiederaufbau eine wirtschaftliche Gesundung der Niederlande unmöglich machen würde. Damit war ein Widerspruch in der Haltung gegenüber Deutschland unvermeidlich, der sich vor allem 1945-46 in aller Deutlichkeit zeigte. Das Plädoyer für umfangreiche Annexionen und Reparationen kollidierte schließlich mit dem gleichzeitig verfolgten Ziel der Wiederherstellung der früheren engen Wirtschaftsbeziehungen. Außerdem wurden in derselben Zeit Maßnahmen ergriffen (Ausweisung der Deutschen aus den Niederlanden, Reduzierung der Schulstunden für Deutschunterricht), die diesem Ziel ebensowenig förderlich waren. So konnte bis Anfang 1947 von einer kohärenten Deutschlandpolitik keine Rede sein, sondern nur von einer unzusammenhängenden Liste von Wünschen und Absichten.

Für Den Haag war die Formulierung einer konsistenten Deutschlandpolitik in den ersten Nachkriegsjahren allerdings auch nicht einfach. Die Forderung nach Schadenersatz und Bestrafung war ebenso gerechtfertigt und verständlich wie der Wunsch nach Wiederherstellung der ökonomischen Verbindungen. Man mußte eine starke gefühlsmäßige Abneigung gegen alles, was mit Deutschland zu tun hatte, mit dem verstandesmäßigen Bewußtsein kombinieren, daß die Annäherung für den eigenen Wiederaufbau notwendig war. Dementsprechend konnte der innere Gegensatz zwischen den verschiedenen Forderungen und Interessen dann auch nicht überraschen. Hinzu kam, daß die Großen Vier anfänglich nur um die Einreichung von Forderungen auf verschiedenen Gebieten baten, so daß der Weg, den Den Haag beschritt, nahelag.⁴² Weiterhin war von Bedeutung, daß die Niederlande in dieser Phase kaum eine andere Wahl hatten als abzuwarten, wie sich die Ost-West-Beziehungen und die Deutschlandpolitik der Großen Vier

entwickeln würden. Und als Den Haag im Januar 1947 mit dieser abwartenden Haltung brach und in einem Memorandum an die Großen Vier die Umriss eines gemeinsamen europäischen Wiederaufbaus, der Ost-West-Zusammenarbeit und einer darin eingebetteten deutschen Gesundung skizzierte, mußte man feststellen, daß die Großmächte die niederländischen Ideen nicht beachteten. Außerdem entwickelte sich das Ost-West-Verhältnis genau in die entgegengesetzte Richtung.

Der Bruch zwischen Ost und West über das Europäische Wiederaufbau-Programm im Sommer 1947 bedeutete für die Niederlande den Beginn eines neuen Kurses in der Außenpolitik. Wirtschaftlicher Wiederaufbau, Sicherheit und politische Zusammenarbeit konnten offensichtlich nur in einem westeuropäischen und atlantischen Rahmen stattfinden, und Den Haag hatte keine andere Wahl als sich auf die beginnende Blockbildung in Europa einzustellen. Dieser Kurswechsel beendete auch die Sackgasse in der Deutschlandpolitik. Zwar blieb der mangelnde Einfluß auf die Politik der Großen Drei eine Quelle der Enttäuschung – die verbesserte Konsultation führte nicht zu mehr Mitwirkungsmöglichkeiten –, aber die Blockbildung in Europa und die sich ankündigende deutsche Teilung beeinflussten die Kohärenz der Haager Deutschlandpolitik positiv. Die Forderung nach Schadenersatz verschwand gewiß nicht, aber der innere Widerspruch zwischen diesem Ziel und dem deutschen Wiederaufbau sowie der Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen trat in den Hintergrund. Pragmatisch und realistisch sollte Den Haag ab 1948–49 auf die Wiederherstellung der Beziehungen und die Integration der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft zusteuern. Bei der Gründung des westdeutschen Staates im Mai 1949 hatten wirtschaftliche Motive und der allmählich einsetzende Kalte Krieg dafür gesorgt, daß der Feind von gestern dabei war, ein notwendiger Partner zu werden.

Kalter Krieg und deutsche Frage 1949–1961

Einleitung

Die niederländische Regierung zweifelte 1949 nicht an der Notwendigkeit, daß die Bundesrepublik ein Partner im Kalten Krieg werden sollte. Gleichzeitig führte diese Zukunftsaussicht zu einem sicherheitspolitischen Dilemma. Bereits vor Gründung der Bundesrepublik stießen im Außenministerium die Meinungen aufeinander, ob in der Politik gegenüber Westdeutschland der Schutz vor Deutschland oder der gemeinsame Schutz vor der Sowjetunion Priorität bekommen sollte. Das Regierungskommissariat für Deutschland, das die niederländische Deutschlandpolitik koordinierte, stellte im Frühjahr 1949 in einem ausführlichen Bericht für den Ministerrat nüchtern fest, daß der Kalte Krieg, wie beklagenswert er auch sei, eine Tatsache war, und daß daraus Konsequenzen gezogen werden mußten, um einen echten Krieg zu verhindern. Nötig sei, so die Empfehlung des Regierungskommissariats an das Kabinett, der Aufbau eines starken und einigen Westeuropas, gesichert durch amerikanische Unterstützung. Diese Zielsetzung schloß die Bundesrepublik mit ein: „Ein politisch und wirtschaftlich schwaches Deutschland diesseits des Eisernen Vorhangs, ein deutsches Volk, das von politischer und sozialer Unruhe erfüllt ist, von Widerwillen und Haß gegenüber dem Westen, würde im ‚Kalten Krieg‘ eine Gefahr für Westeuropa bilden.“ Vor diesem Hintergrund mußte die Bundesrepublik nicht nur in die westliche Zusammenarbeit aufgenommen werden, sie mußte sogar ein „wichtiger Teil“ davon sein und einen entsprechenden Beitrag zur westeuropäischen Verteidigung leisten. Freilich erkannte das Regierungskommissariat, daß es zwischen dieser Zielsetzung und dem „Wunsch, die Welt heute wirksam vor einer erneuten deutschen Bedrohung zu schützen“, einen Widerspruch gab. Andererseits hielt man es angesichts der veränderten politischen und militärischen Situation in Europa für „sehr unwahrscheinlich“, daß von Deutschland erneut eine Bedrohung für den Westen ausgehen

könnte. Eine wirkliche Gefahr drohe nur, wenn sich ein wiedererstarktes Deutschland mit der Sowjetunion verbünden würde.¹

Im Außenministerium stieß diese realistische Analyse auf großen Widerstand. In einer „Gegendarstellung“ der Politischen Abteilung des Ministeriums vom Juni 1949 wurde zwar anerkannt, daß der Kalte Krieg eine Tatsache war, aber der Wunsch nach Eindämmung der sowjetischen Bedrohung dürfe nicht zu einer nachlassenden Wachsamkeit gegenüber Deutschland führen: „Die Erkenntnis, daß ein wiedererstandenes Deutschland eine konstante reale Gefahr für die kleinen Nachbarländer bleiben wird, muß der Kernpunkt der niederländischen Deutschlandpolitik sein.“² Auch Außenminister Stikker selbst schloß nicht aus, daß „Deutschland dem Westen nochmals Überraschungen“ bringen könnte. Damit war auch für ihn der Schutz vor Deutschland der Kern der niederländischen Sicherheitsproblematik.³

Diese Gegensätze in der Einschätzung Deutschlands standen jedoch einer geschlossenen niederländischen Politik nicht im Wege. Ob man mehr auf eine neue deutsche oder auf eine sowjetische Gefahr fixiert war, in beiden Fällen war die Integration der Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit die passende Antwort. Denn eine in den Westen eingebundene und dadurch auch von der westlichen Zusammenarbeit abhängige Bundesrepublik hätte zu wenig Spielraum für neue machtpolitische Abenteuer. Zugleich bedeutete die Integration eine notwendige Verstärkung des Westens gegenüber der Sowjetunion. Darüber hinaus ermöglichte die westdeutsche Integration es den westlichen Ländern, ohne Risiken den deutschen Wiederaufbau fortzusetzen und dabei selbst vom westdeutschen Potential zu profitieren. Ebenso wichtig war, daß hiermit auch eine politisch-ideologische Interessengemeinschaft entstehen würde, die die demokratische Basis im jungen westdeutschen Staat vergrößern könnte, was wiederum der Sicherheit zugute käme. Nicht zuletzt könnte die Einbindung der Bundesrepublik eine deutsch-russische Annäherung verhindern, die auf Kosten des Westens ginge. In Den Haag war die Angst groß, daß die Bundesrepublik für sowjetische Lockungen empfänglich war, falls Moskau Vorschläge zur Wiedervereinigung präsentieren würde. Es bedurfte schließlich wenig Vorstellungsvermögens, um zu erkennen, daß Westeuropa in diesem Fall politisch, militärisch und wirtschaftlich in eine hoffnungslose Lage geraten würde.

Der Primat der Eingliederung der Bundesrepublik in den Westen war sogar so stark, daß Den Haag in den frühen fünfziger Jahren von der Notwendigkeit einer *positiven* Integration sprach. Das bedeutete, daß Westdeutschland als gleichberechtigter Verbündeter und nicht als zweitrangiges Mitglied aufgenommen werden sollte. Eine zu strenge Behandlung Deutschlands sowie die zu langsame Auflockerung des Besatzungsstatuts könnten antiwestliche Ressentiments in Deutschland provozieren und die Beziehungen zum Westen unnötig belasten, ja sogar die Integration gefährden. Darum setzten sich die Niederlande bei den westlichen Besatzungsmächten wiederholt für eine großzügige Behandlung Deutschlands ein. Natürlich mußte das Recht der Alliierten bestehen bleiben, einzugreifen, etwa im Falle eines antidemokratischen Umschwungs in Deutschland. Aber die Betonung lag auf der Unterstützung der wenigen „politisch wertvollen Deutschen, die die Zusammenarbeit mit dem Westen als wichtig und wünschenswert betrachteten“. ⁴ Der ‚wertvollste‘ Deutsche, daran gab es in den Niederlanden keinen Zweifel, war Bundeskanzler Konrad Adenauer, für den die Integration der Bundesrepublik in den Westen absolute Priorität hatte. „Der einzige heutige Garant in Deutschland ist Adenauer“, stellte der niederländische Botschafter in Bonn, de Booy, im August 1951 fest, „aber es ist fraglich, ob die Leute, die Adenauer folgen werden, denselben Weg einschlagen“. ⁵ Im Gegensatz zu seinem sozialdemokratischen Gegenspieler Schumacher entwickelte sich Adenauer sogar zur Personifizierung des vertrauenswürdigen Deutschlands, ja zum Rettungsanker vor neutralistischen Tendenzen, welche niederländische Beobachter in den frühen fünfziger Jahren immer wieder der deutschen Bevölkerung und der sozialdemokratischen Opposition unterstellten. Weil für Schumacher nicht die Integration in den Westen, sondern die deutsche Einheit an erster Stelle stand, weckte er in den Niederlanden tiefes Mißtrauen. Dabei ging es nicht nur um seine politische Botschaft, auch seine heftige, durch patriotische Gefühle durchtränkte Opposition gegen Adenauers prowestliche Politik machte ihn in weiten Kreisen zu einem der am meisten beargwöhnten demokratischen deutschen Politiker. „Ein Deutschland unter seiner Führung könnte schwierig, ja widerspenstig und dadurch gefährlich werden“, hieß es in einer Aufzeichnung, die die Meinung der Spitze des Außenministeriums widerspiegelte. ⁶ Wenn Adenauer abtreten müßte und Schumacher Bundeskanzler würde, könnte Deutschland in eine neutralistische Richtung driften, und

in einem wiedervereinigten Deutschland könnte dann „das Ausspielen von Ost gegen West und vice versa nach Herzenslust beginnen“, so der äußerst besorgte Botschafter de Booy im Herbst 1951.⁷

Die von Den Haag befürwortete positive Integration der Bundesrepublik hatte übrigens auch eine Kehrseite. Erstens endete sie abrupt, wenn finanzielle Interessen der Niederlande ins Spiel kamen. In solchen Fällen – etwa bei der Rückzahlung von während der Besatzung geraubten Wertpapieren – wurden die Großen Drei gebeten, die Bundesrepublik zur Erfüllung der niederländischen Ansprüche zu zwingen. Zweitens kritisierte man regelmäßig das Selbstbewusstsein, mit dem die Bundesrepublik eine gleichberechtigte Position anstrebte. Auch Adenauer blieb von dieser Kritik nicht ausgespart. „Er fordert alles, gibt aber nichts“, bemerkte Botschafter de Booy im August 1951 über Adenauers Verhandlungsstil beim Abbau des Besatzungsstatuts und brachte damit die in den Niederlanden weitverbreitete Auffassung zum Ausdruck, die zuviel verlangende Bundesrepublik wolle die Vergangenheit zu schnell hinter sich bringen.⁸ In Kapitel 6 wird noch näher eingegangen auf die niederländische Kritik, die Bundesrepublik zeige sich nicht hinreichend schuldbewußt. Hier soll die psychologische Kehrseite der auch von den Niederlanden befürworteten gleichberechtigten Stellung der Bundesrepublik in der westlichen Zusammenarbeit betont werden: Wenn Bonn zu sehr darauf pochte, löste das nicht nur Irritationen aus, sondern bestätigte auch das Bild, Deutschland und die Deutschen hätten sich seit 1945 nur wenig verändert.

Seit 1949 war die Verankerung der Bundesrepublik in den Westen der Kern niederländischer Deutschlandpolitik. Abgesehen von der europäischen Integration (Europarat, Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl, Europäische Wirtschaftsgemeinschaft und EURATOM) ging es dabei um die sicherheitspolitische Einbindung, die in diesem Kapitel zu analysieren ist. Zunächst ist auf die niederländische Haltung zur deutschen Wiederbewaffnung einzugehen. Ebenfalls im Rahmen der niederländischen Sicherheitspolitik wird anschließend ausführlich die Haltung zur Wiedervereinigung behandelt. Fühlten die Niederlande sich sicherer durch die Teilung Deutschlands oder unterstützten sie die Bundesrepublik in der deutschen Frage? Und wenn das zweite zutrifft, unter welchen Bedingungen sollte sich eine Wiedervereinigung vollziehen?

Wiederbewaffnung

Die niederländische Regierung gehörte bereits früh zu den Befürwortern einer aktiven deutschen Rolle bei der westlichen Verteidigung. Außenminister van Boetzelaer hatte schon im März 1948 bei der Gründung des Brüsseler Paktes hinter den Kulissen auf die Notwendigkeit hingewiesen, das westliche Deutschland künftig einzubeziehen. Ein Jahr später äußerte Ministerpräsident Drees denselben Gedanken in bezug auf eine deutsche Einbeziehung in die gerade gegründete NATO. Zwar ging es bei diesen Überlegungen noch nicht um eine Wiederbewaffnung Deutschlands, sondern lediglich um die Einbeziehung des deutschen Grundgebietes, doch zeigen sie die Nüchternheit und Sachlichkeit, mit denen die Niederlande an die Frage der Wiederbewaffnung herangingen. Für diese Nüchternheit gab es gute Gründe: Die damalige westliche Verteidigungslinie verlief an Rhein und IJssel entlang, und im Falle eines sowjetischen Angriffs auf den Westen würden die Niederlande zum Schlachtfeld. So lag die Ostverschiebung der Verteidigungslinie im vitalen nationalen Interesse der Niederlande.

Vorerst jedoch blieb die Bewaffnung der Bundesrepublik ein nationales und internationales Tabu. Zwar hatten im März 1950 mehrere Fraktionen der Zweiten Kammer die Notwendigkeit einer Bewaffnung Deutschlands unumwunden zur Sprache gebracht, die Regierung hielt das jedoch für voreilig und wollte im Mai 1950 noch nicht über ein Plädoyer für einen deutschen Finanzbeitrag zur westlichen Verteidigung bei den Großen Drei hinausgehen. Hiermit ging Den Haag übrigens bereits weiter als die Besatzungsmächte, die als Reaktion auf den diesbezüglichen Vorstoß der niederländischen Regierung bekanntgaben, daß sie die Zeit für solche Schritte noch nicht für gekommen hielten. Der einzige Regierungschef, der in dieser Phase das Tabu der Wiederbewaffnung durchbrach, war Bundeskanzler Adenauer. Im Dezember 1949 bot er in einem bekannten Interview mit der amerikanischen Zeitung *Cleveland Plain Dealer* die Beteiligung deutscher Truppen in einer europäischen Armee an, wurde jedoch von den Besatzungsmächten unverzüglich abgewiesen.

Mit dem Ausbruch des Koreakrieges im Juni 1950 trat die Diskussion in eine neue Phase: War bislang von einem *zukünftigen* deutschen Beitrag die Rede gewesen, wobei Form und Zeitpunkt

unklar blieben, so schien ab dem Sommer 1950 ein Aufschub der Entscheidung nicht länger vertretbar und suchte der Westen unter der Führung der Vereinigten Staaten eilig nach einer Lösung des Problems der deutschen Wiederbewaffnung. Viele Zeitgenossen befürchteten ein ‚europäisches Korea‘, obwohl diese Gefahr in Wirklichkeit sehr klein war. Auch die niederländische Regierung gab im Sommer 1950 ihre bisher zurückhaltende Position auf. Außenminister Stikker profilierte sich in westlichen Kreisen sogar als nachdrücklicher Befürworter einer westdeutschen Bewaffnung. Seine britischen und französischen Kollegen Bevin und Schuman, die sich beide noch im Juli 1950 gegen eine Wiederbewaffnung aussprachen, wies er darauf hin, „daß die Wiederbewaffnung Deutschlands in anderen Ländern womöglich auf politische Bedenken stößt, doch daß die niederländische Bevölkerung in der Wiederbewaffnung Deutschlands eine Bedingung für eine schlagkräftige NATO-Verteidigung sieht“.⁹ Es war ebenfalls Stikker, der auf amerikanischen Wunsch hin das heikle Thema in der NATO-Ratsitzung vom September 1950 in New York zur Sprache brachte.¹⁰ Dem war vorausgegangen, daß der amerikanische Außenminister Dean Acheson am Vorabend der Sitzung vergeblich versucht hatte, seine britischen und französischen Kollegen von der Notwendigkeit einer verstärkten und integrierten NATO-Streitmacht zu überzeugen, an der auch deutsche Truppen teilnehmen sollten. Die britische Zurückhaltung und die französische Ablehnung veranlaßten Acheson, Stikker zu bitten, das Thema im größeren Kreis des NATO-Rats zur Diskussion zu stellen, wonach er, Acheson, die amerikanischen Vorschläge präsentieren könnte. „Just plain lunacy“, nannte Stikker die westeuropäische Verteidigungslinie, die noch immer entlang des Rheins und der IJssel verlief, und bat gleichzeitig um Entschuldigung für den gewählten Begriff. Nicht nur sei es nötig, diese Linie möglichst weit nach Osten zu verschieben, gleichzeitig müßten auch verstärkte Truppen entlang dieser Linie stationiert werden, entweder aus England, den Vereinigten Staaten und Kanada oder – und damit war es ausgesprochen – „Germany should take its share of the defence of Europe“. Zweifellos ging es Stikker dabei nicht um sich gegenseitig ausschließende Alternativen, sondern um die Kombination der genannten Optionen. In der anschließenden Diskussion griff Stikker das besonders von Schuman vorgeführte Mißtrauen gegenüber Deutschland auf. Auch „the Dutch really had no reason to like the Germans, and in fact they did not“, sagte er. 80% der niederlän-

dischen Parlamentarier jedoch würden den amerikanischen Wiederbewaffnungsvorschlägen gewiß zustimmen. Und sie täten das vor allem, weil es die amerikanische Verbundenheit mit Europa weiter verstärken würde. Stikker beendete seine Ausführungen dann auch mit einem leidenschaftlichen Plädoyer für das atlantische Sicherheitsbündnis.¹¹

Mit diesem Glaubensbekenntnis an die Adresse der NATO ist zugleich der Ausgangspunkt sichtbar geworden, der die niederländische Haltung bezüglich der deutschen Wiederbewaffnung in den folgenden Jahren bestimmen sollte: Sie mußte im NATO-Verband erfolgen und nicht nur im europäischen Rahmen. Die Diskussion sollte in den folgenden Jahren jedoch der europäischen Schiene folgen, nachdem Frankreich als einziges Land auf seinem Standpunkt beharrte und die Annahme der amerikanischen Vorschläge auf der NATO-Ratssitzung vom September 1950 blockierte. Um eine Isolierung Frankreichs in der westlichen Zusammenarbeit zu verhindern, trat Paris im Oktober 1950 die Flucht nach vorn an. Ministerpräsident René Pleven lancierte den Vorschlag einer europäischen Armee, in der auch deutsche Truppen einen Platz bekommen sollten. Ebenso wie dem französischen Vorschlag einer Integration der westeuropäischen Kohle- und Stahlindustrie vom Mai 1950 (Schuman-Plan) lagen auch diesem sogenannten Pleven-Plan supranationale Überlegungen zugrunde. Unter Leitung eines europäischen Verteidigungsministers sollte eine integrierte Armee aufgebaut werden. Dieser Minister sollte über ein gemeinsames europäisches Verteidigungsbudget verfügen und einem europäischen Parlament verantwortlich sein. Mit diesem Plan waren jedoch so viele politische, militärische und organisatorische Probleme verbunden, daß eine schnelle Ausführung äußerst unwahrscheinlich war. Aber gerade diese Verzögerung gehörte – und gewiß nicht an letzter Stelle – zu den Zielen der französischen Initiative. Darüber hinaus war diese gespickt mit diskriminierenden Bestimmungen gegenüber der Bundesrepublik. Westdeutsche Truppen sollten nur auf Bataillons- oder Regimentsniveau aufgestellt und allesamt in internationale Divisionen integriert werden. Demgegenüber sollten die anderen Teilnehmerländer auch über nationale Divisionen verfügen dürfen. Die Bundesrepublik sollte als einziges Land kein eigenes Verteidigungsministerium haben, und auch auf der höheren militärischen Ebene sollte für Deutsche nur wenig Platz sein.

Von Anfang an standen die Niederlande der Bildung einer europäischen Armee äußerst skeptisch gegenüber. Der Pleven-Plan hatte einen wunden Punkt der niederländischen Außenpolitik getroffen. Minister Stikker befürchtete, daß mit dem französischen Plan der erste Schritt in Richtung einer europäischen Föderation getan würde und hielt eine Teilnahme der Niederlande für inakzeptabel. Denn damit wäre die kontinentale „Verstrickung“ der Niederlande besiegelt und der ohnehin geringe niederländische außenpolitische Spielraum weiter eingeschränkt. Außerdem bestand die Gefahr, daß sich das Engagement der Vereinigten Staaten für die Sicherheit Europas durch eine kontinentale Armee vermindern würde, womit der Eckpfeiler der niederländischen Sicherheitspolitik untergraben würde. Die supranationale Struktur der europäischen Armee nach französischem Modell würde darüber hinaus die Teilnahme Englands und der skandinavischen Länder unwahrscheinlich machen. Der so entstehenden französischen Vorherrschaft auf dem Kontinent würde künftig zweifellos eine deutsche folgen, und beide waren aus niederländischer Perspektive unerwünscht. Laut Stikker durfte daher auch „nichts unversucht“ bleiben, um „sich aus der kontinentalen Umklammerung zu lösen“, eine Entwicklung, die mit dem Verlust Indonesiens (1949) bereits in Gang gekommen war. Um nicht noch mehr „durch den hinter uns liegenden Kontinent landeinwärts gezogen“ zu werden, mußten die Niederlande ihre Beziehungen zu England, den Vereinigten Staaten und Asien so intensiv wie möglich pflegen.¹²

Die Überzeugung, daß die französische Vorherrschaft auf dem Kontinent künftig einer dominierenden Position Deutschlands weichen müsse, blieb ein wichtiges Argument gegen die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Wie ein roter Faden durchzog diese Befürchtung, die eng mit der Angst vor einer aggressiven deutschen Wiedervereinigungspolitik zusammenhing, die nächsten Jahre. So betonte Minister Stikker wiederholt die Gefahr, „das deutsche Streben nach Wiedervereinigung von Ost- und Westdeutschland könnte einmal zu einem provozierenden Auftreten Deutschlands führen, wobei wir verpflichtet wären, Westdeutschland beizustehen“. Lediglich die NATO könne ein solches Risiko begrenzen.¹³ Nicht nur zur Eindämmung der Gefahr einer neuen deutschen Aggression, die die Niederlande in einen Krieg um die Wiedervereinigung ziehen könnte, sondern auch zur Verhinderung einer deutsch-russischen Annäherung mußte die atlantische Bindung so weit wie möglich vertieft werden. Auch wenn sich die

Niederlande seit dem Sommer 1950 ausdrücklich für eine deutsche Wiederbewaffnung ausgesprochen hatten, die Suche nach Sicherheitsgarantien gegenüber Deutschland hatte nicht an Bedeutung verloren und spielte in den abweisenden Reaktionen auf den Plevan-Plan eine zentrale Rolle.

Diese ablehnende Haltung kam auch darin zum Ausdruck, daß die Niederlande anfänglich nur als Beobachter an den Besprechungen über den Plevan-Plan teilnahmen, die 1951 in Paris begannen. Im Herbst dieses Jahres mußte jedoch die Hoffnung aufgegeben werden, daß die Besprechungen erfolglos bleiben würden, und daß doch noch eine NATO-Lösung für die deutsche Wiederbewaffnung gefunden würde. Inzwischen war deutlich geworden, daß eine französische Mitarbeit bei der Aufrüstung Deutschlands ohne eine europäische Armee nicht zu bekommen war. Weil die anderen Partner – und nicht zuletzt die Vereinigten Staaten – nun eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft ansteuerten, drohte die Isolierung der Niederlande.¹⁴ So blieb den Niederlanden kaum etwas anderes übrig, als sich dem anzuschließen und sich für ein möglichst festes Band zwischen EVG und NATO einzusetzen. Zwar schienen die Vereinigten Staaten und Großbritannien zu Sicherheitsgarantien für den Kontinent bereit, aber diese angelsächsische Zusage konnte den Niederländern ihre Sorgen nicht ganz nehmen. Wiederum wohlwissend, daß es keine andere Wahl gab, stimmte der Ministerrat am 26. Mai 1952 trotz Bedenken der Unterzeichnung des EVG-Vertrages zu, welche einen Tag später in Paris stattfinden sollte.¹⁵ Fast zwei Jahre nach Ausbruch des Koreakrieges schien mit diesem Vertrag eine Lösung für das Problem eines aktiven westdeutschen Verteidigungsbeitrages gefunden zu sein, die sowohl eine Verstärkung der westlichen Verteidigung als auch Sicherheit vor Deutschland garantieren sollte.

Mehr als zwei Jahre später, am 30. August 1954, scheiterte die EVG an dem Land, welches die Initiative dazu ergriffen hatte: an Frankreich. Seit der Unterzeichnung des Vertrages im Jahre 1952 hatte Paris versucht, den Vertrag durch Zusatzprotokolle zu untergraben, um die französische Machtposition auf dem Kontinent sowie den Handlungsspielraum als Kolonialmacht aufrechtzuerhalten. Da dies erfolglos geblieben war, blockierte Frankreich im Sommer 1954 – ebenso wie im Herbst 1950 – einen gemeinsamen Beschluß des Westens in bezug auf die deutsche Wiederbewaffnung. Obwohl die niederländischen Bedenken gegen die EVG großenteils unverändert geblieben waren, führte das Scheitern der

europäischen Armee zu großer Unruhe. Bereits vor dem französischen Beschluß hatte man in Den Haag festgestellt, daß eine für alle Parteien akzeptable Alternative zur EVG nicht in Sicht war und daß ihr Scheitern die gesamte westliche Deutschlandpolitik in eine Sackgasse führen würde.

Genau in dieser Situation befand man sich im Spätsommer 1954. Besorgt berichtete Botschafter Lamping aus Bonn, daß der „Einbindung Deutschlands in die freie Welt“ ein empfindlicher Schlag versetzt worden sei. Um zu verhindern, daß „das deutsche Volk vom Kurs abkomme“, müsse an erster Stelle der Glaube an die Bedeutung der europäischen Konzeption und der atlantischen Zusammenarbeit aufrechterhalten werden. Adenauer, der sich wie kein anderer mit dem Gelingen der EVG identifiziert hatte, stand jetzt mit leeren Händen vor einer Öffentlichkeit, der er jahrelang vorgehalten hatte, daß es zu seiner Politik keine Alternative gebe. Weil der „Durchschnittsdeutsche“, so Lamping, nur dann bereit sei, „einem Führer zu folgen“, wenn dieser Erfolge vorweisen könne, sei die Stellung Adenauers deutlich gefährdet.¹⁶ Auch im niederländischen Kabinett bestanden große Sorgen. Minister Luns betonte mögliche aggressive Absichten Deutschlands. Falls die entstandene Sackgasse eine unzureichend kontrollierte deutsche Wiederbewaffnung nach sich ziehen würde, könne Deutschland nicht nur künftig als „Schiedsrichter“ in Europa auftreten, sondern sich auch anschicken, „die Deutschen auf der anderen Seite von Oder und Neiße zu befreien“.¹⁷ Von welcher Seite aus man die Krisensituation auch betrachtete, die einzig vernünftige Devise lautete: baldige Initiativen zur weiteren Integration der Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit, damit diese nicht im Sande verlief.

Diese Initiativen kamen von britischer Seite und sollten eine rasche Lösung für das Problem bringen, das mittlerweile schon vier Jahre währte. Ende Oktober 1954 wurde man sich in Paris einig: Die 1948 mit dem Brüsseler Pakt errichtete Westliche Union sollte um die Bundesrepublik und Italien erweitert werden und fortan Westeuropäische Union heißen; gleichzeitig sollte die Bundesrepublik der NATO beitreten. Gut ein halbes Jahr später, am 5. Mai 1955, traten die sogenannten Pariser Verträge in Kraft. Dieses Resultat kam dem sehr nahe, was die Niederlande seit dem Sommer 1950 beabsichtigt hatten: die Aufnahme der Bundesrepublik in die NATO, keine Supranationalität sowie eine vertraglich festgelegte Anbindung der angelsächsischen Mächte an die

europäische Sicherheit. Die Niederlande, so könnte man meinen, konnten zufrieden damit sein, daß sie diesmal auf einer Linie mit den tonangebenden Mächten lagen. Ganz unzutreffend ist das zwar nicht, aber die Zufriedenheit der Niederländer hielt sich in Grenzen. Die Anbindung der Bundesrepublik an den Westen war zwar durch die Pariser Verträge verstärkt und vertieft worden, sicher gestellt war sie jedoch aus Sicht der Niederlande keineswegs. Auch die erwiesene französische Launenhaftigkeit und Unberechenbarkeit vergrößerten die Unsicherheit der Niederländer. Könnte sich nicht darüber hinaus Großbritannien innerhalb der WEU als Fremdkörper fühlen und seinen Anschluß an den Kontinent bedauern?¹⁸ Wohin man auch blickte, auch die Pariser Verträge verringerten nicht das Gefühl der Niederländer, verletzlich und abhängig zu sein. Die Notwendigkeit der Wachsamkeit, besonders gegenüber Deutschland, hatten die Verträge nach niederländischer Auffassung auf jeden Fall nicht beendet.

In der ersten Hälfte der fünfziger Jahre stieß die Regierungspolitik in bezug auf die deutsche Aufrüstung nicht auf nennenswerten Widerstand in der Öffentlichkeit. Umfrageergebnisse aus den Jahren 1950 und 1951 zeigen, daß es deutlich mehr Befürworter als Gegner der deutschen Wiederbewaffnung gab. So sprachen sich im November 1950 49% der Befragten für westdeutsche Einheiten in einer europäischen Streitmacht aus, während 31% dagegen waren und 20% sich der Antwort enthielten. Im August 1951 waren 49% für eine NATO-Mitgliedschaft Westdeutschlands und lediglich 14% dagegen, 37% hatten „keine Meinung“.¹⁹ Nur wenige schlossen sich dem Widerstand gegen eine deutsche Wiederbewaffnung entschieden an, der von der Kommunistischen Partei der Niederlande (CPN) und von Friedensgruppen wie „Der Dritte Weg“ und „Kirche und Frieden“ ausging. Die unabhängig linke Wochenzeitung *De Groene Amsterdammer* vertrat ebenfalls einen prinzipiell ablehnenden Standpunkt. Überblickt man den Widerstand gegen die deutsche Wiederbewaffnung, so kann er nur als schwach bezeichnet werden. Dies erklärt sich zunächst aus der Kluft zwischen Kommunisten und anderen Wiederbewaffnungsgegnern. Die CPN protestierte lediglich gegen die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik, während sich andere Gruppen auch gegen die ostdeutsche Wiederbewaffnung aussprachen. Der Gegensatz wurde besonders 1954/55 deutlich, als die CPN und die Gruppe „Nie wieder“ eine „Anti-Wehrmachts-Petition“ gegen die Pariser Verträge organisierten. Daß 215.000 Menschen einen solchen Aufruf

unterschrieben, war gewiß ein respektables Resultat, aber diese Zahl war immer noch um 100.000 geringer als die Zahl der CPN-Wähler.²⁰ Die nichtkommunistischen Gegner der Wiederbewaffnung reagierten auf diese Initiative unterschiedlich. Prominente unabhängige linke Intellektuelle wie Jacques Presser, Jan und Annie Romein, W.F. Wertheim und J.B. Charles gehörten zu den Unterzeichnern. Dagegen startete „Der Dritte Weg“ eine eigene Unterschriftenaktion gegen die Wiederbewaffnung in der Bundesrepublik und der DDR.

Ein weiterer Grund für den geringen Widerstand gegen die deutsche Wiederbewaffnung waren neben der Zerstrittenheit unter den einzelnen Gruppen die Aufrufe in der Presse, sich nicht an den Unterschriftenaktionen zu beteiligen. Anfang Februar 1955 warnte die protestantische Tageszeitung *Trouw* davor, „eine von den Kommunisten inspirierte oder den Kommunisten entgegenkommende“ Aktion zu unterstützen.²¹ Auch die sozialdemokratische Zeitung *Het Vrije Volk* hatte unter der Überschrift „Seid auf der Hut“ den warnenden Finger gehoben und die „sogenannten neutralen Komitees“ der Wiederbewaffnungsgegner als „Bauernfängerei“ abgetan.²² Dasselbe galt für die katholische *Volkskrant*, die die Beteiligung an der Unterschriftenaktion sogar als „Untergrabung der Fundamente der europäischen Zivilisation“ abkanzelte.²³ So wurde jeder öffentliche Widerstand gegen die deutsche Wiederbewaffnung als grundsätzlich prokommunistisch an den Pranger gestellt. Die Frage der Unterzeichnung wurde zu einer Art Test, auf welcher Seite man im Kalten Krieg stand. Das war für viele gewiß ein Anlaß, nicht zu unterzeichnen. Vor diesem Hintergrund verwundert es nicht, daß die Aktivitäten von Kommunisten, Pazifisten und anderen Gegnern der deutschen Wiederbewaffnung keinen Einfluß auf die Regierungspolitik hatten. Dies entsprach auch der Stimmung im Volk: Die große Mehrheit der niederländischen Bevölkerung hatte sich unter dem Einfluß des Kalten Krieges mit der Unvermeidlichkeit abgefunden, den früheren Feind als Waffenbruder zu akzeptieren.

Nach der Ratifizierung der Pariser Verträge im Jahre 1955 wurde die deutsche Wiederbewaffnung in die Tat umgesetzt, verlief allerdings viel langsamer als geplant. Im Herbst 1956 mußte der deutsche Verteidigungsminister Theodor Blank zurücktreten, weil er den zahlreichen neuen Aufgaben – Regelung der Wehrpflicht sowie Planung und Aufbau der Bundeswehr – nicht hinreichend gewachsen war.²⁴ Franz Josef Strauß, den man 1956 in der

niederländischen Botschaft in Bonn als „sehr aggressiven Mann ... mit ungestümem Tatendrang und überdurchschnittlich hoher Intelligenz“ charakterisierte, wurde Blanks Nachfolger.²⁵

Die Niederlande betrachteten den Aufbau der Bundeswehr mit derselben Nüchternheit, die auch die Debatte über die Wiederbewaffnung in den frühen fünfziger Jahren geprägt hatte. Den Haag wie auch die niederländische Botschaft in Bonn erwarteten geradezu, daß die Wiederbewaffnung nicht reibungslos verlaufen würde, denn, so Botschafter Lamping im Herbst 1955, die Bundesrepublik war auf „den Ruinen der militärischen Niederlage“ und den „Trümmern einer Diktatur“ errichtet.²⁶ Bedenklich sei das jedoch dann – und hier wurde wieder einmal deutlich, für wie wichtig man einen deutschen Beitrag zur Verteidigung hielt –, wenn dadurch die Stärkung der westlichen Position gegenüber der Sowjetunion gefährdet würde. Lamping hielt diese Gefahr für real gegeben, zumal die Rekrutierung der hohen Offiziere für die Bundeswehr nur schleppend verlief. So hatte der Bundestag die Einrichtung einer Kommission, des Personalgutachterausschusses, zur Überprüfung der entsprechenden Kandidaten beschlossen. Vor dem historischen Hintergrund des Dritten Reiches bezweifelte niemand innerhalb und außerhalb Deutschlands die Notwendigkeit einer solchen Kommission. Ihre Vorgehensweise jedoch stieß beim niederländischen Botschafter in Bonn sowie im niederländischen Außenministerium auf Bedenken. Nicht weil die Vorgehensweise als zu oberflächlich, sondern vielmehr, weil sie als zu genau galt. Lamping, der gewiß kein unkritischer Beobachter der deutschen Politik war, konstatierte im September sogar „einen Mangel an Selbstvertrauen der verschiedenen Staatsorgane sowie ... eine übertriebene Angst vor einer Gefährdung der jungen Demokratie“. Erläuternd fügte er hinzu, daß viele Politiker „eine nahezu krankhafte Angst vor einer erneuten Macht ‚des Militärs‘ haben, daß sie sogar das Ausland vor dem Wiederaufleben von Militarismus und Rechtsradikalismus bei einer Remilitarisierung warnen“. Der Botschafter befürchtete, daß durch eine zu strenge Überprüfung der Kandidaten in den künftigen Streitmächten ein Klima der Enttäuschung und Unsicherheit entstehen könnte.²⁷ Besorgt beobachtete er den mühsamen Prozeß, einen Mittelweg zwischen notwendiger und übertriebener Wachsamkeit zu finden.

Lampings kritische Anmerkungen zum schleppenden Aufbau der deutschen Streitkräfte wurden im niederländischen Außenministerium geteilt und gründeten auf dem vitalen niederländi-

schen Interesse an einer stabilen, in die westliche Verteidigung integrierten Bundeswehr. Dies erklärt auch die gemäßigten niederländischen Reaktionen auf verschiedene Skandale rund um die deutschen Streitkräfte zu dieser Zeit. So wurde 1960 bekannt, daß es deutsch-spanische Überlegungen zu möglichen deutschen Waffendepots in Spanien gegeben hatte. Außenminister Luns ordnete an, dieses Problem „so weit wie möglich herunterzuspielen“. Der ständige Vertreter der Niederlande bei der NATO wurde beauftragt, innerhalb des Bündnisses deutlich zu machen, daß Den Haag keineswegs an den guten Absichten oder der NATO-Treue Deutschlands zweifelte und daß die Niederlande diesen Vorgang lediglich als militärisch-technische und logistische Angelegenheit betrachteten. Allerdings sollte darauf hingewiesen werden, daß diese „peinliche Situation“ hätte vermieden werden können, wenn Bonn die Allianz frühzeitig konsultiert hätte.²⁸ Auch wenn die Bedeutung dieser Sache nicht überschätzt werden sollte – von deutsch-spanischen Verhandlungen war gar nicht die Rede gewesen, lediglich von informellen Beratungen am Rande von Gesprächen über den Ankauf von Munition –, so betraf sie doch einen empfindlichen Punkt. Beim mißtrauischen Beobachter konnten Erinnerungen an die deutsch-spanische Zusammenarbeit zur Zeit des Dritten Reiches wiederaufleben und die Frage aufkommen: Hat sich Nachkriegsdeutschland wirklich von der früheren Verbundenheit mit dem faschistischen Spanien distanziert? Ebenso wie die anderen Verbündeten wollten die Niederlande eine solche Diskussion jedoch vermeiden, da sie nur zu einer Vertrauenskrise innerhalb der NATO und zur Schwächung des Bündnisses geführt hätte.²⁹

Einige Monate später, im August 1960, machte der deutsche Generalstab durch eine offizielle schriftliche Erklärung Schlagzeilen, in der die Wehrpflicht, die NATO-Mitgliedschaft und die atomare Bewaffnung des Westens als militärische Forderungen der Bundeswehr genannt wurden. In der Bundesrepublik stießen diese politischen Äußerungen der militärischen Führung auf Kritik. Auch Bundeskanzler Adenauer reagierte verärgert, so berichtete Lampings Nachfolger van Vredenburg aus Bonn, weil hierdurch im Ausland der Eindruck entstehen konnte, die „unverbesserlichen“ deutschen Generäle mischten sich in die Politik ein.³⁰ Aus van Vredenburgs Sicht handelte es sich nur um „einen taktischen Fehltritt“, für den Minister Strauß verantwortlich war, durch dessen Hände die Erklärung noch vor ihrer Veröffentlichung

gegangen war. Auch im niederländischen Außenministerium wollte man der innerdeutschen Aufregung über diese Generalstabs-erklärung nicht folgen und nannte die Affäre politisch bedeutungslos. Gewiß seien die Äußerungen „ungeschickt“, so der Leiter der NATO- und WEU-Abteilung des Ministeriums, aber inhaltlich stehe in dieser Erklärung „nichts, dem die Niederlande nicht völlig zustimmen könnten“.³¹

Vier Jahre später, im Jahre 1964, kritisierte der Wehrbeauftragte des Deutschen Bundestages, Vizeadmiral a.D. Heye, im Magazin *Quick* das Klima innerhalb der Bundeswehr und äußerte seine Befürchtung, es könnte sich ein Staat innerhalb des Staates bilden. Auch diesmal ließen sich der niederländische Botschafter in Bonn und das niederländische Außenministerium nicht zu kritischen Stellungnahmen verleiten. Van Vredenburgs Nachfolger van Ittersum versuchte nachdrücklich, die Aufregung, die Heyes Enthüllungen in der deutschen und internationalen Presse verursacht hatte, „auf das rechte Maß zurückzuführen“. Zwar leugnete der Botschafter nicht, daß es innerhalb der Bundeswehr Probleme gab und daß die Befähigung zahlreicher Offiziere zu wünschen übrig ließ, dennoch warf er Heye mangelnde Objektivität vor. Der Wehrbeauftragte habe die „ganz eindeutig bestehenden, positiven Merkmale der modernen Bundeswehr“ zu wenig berücksichtigt und alles, was nur entfernt an eine Rückkehr zu alten militärischen Untugenden erinnerte, maßlos übertrieben. Auch der niederländische Heeresattaché in Bonn, Oberst von Balluseck, berichtete, daß in der Bundeswehr im Vergleich zu anderen Streitkräften von einer alarmierenden Situation keine Rede sein könne.³² Obwohl Luns im Ministerrat meinte, daß Heye einmal recht behalten könnte, und der Verteidigungsminister de Jong von einer „gefährlichen Entwicklung“ sprach, blieb auch in Den Haag die Besorgnis begrenzt.³³

Aus den obigen Ausführungen wird deutlich, daß Spannungen und Affären, die den Aufbau der Bundeswehr begleiteten, von den niederländischen Diplomaten in Bonn und im niederländischen Außenministerium in Den Haag zwar kritisch und wachsam verfolgt wurden, man sich jedoch immer um ein abgewogenes Urteil bemühte. Ebenso wie bei den Diskussionen zur Wiederbewaffnung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre dominierte das niederländische Interesse an einem militärischen Beitrag der Bundesrepublik zur westlichen Verteidigung. Vor diesem Hintergrund vermied man es, Probleme hochzuspielen, vielmehr hielt man sich bewußt

zurück. Wie Luns' Reaktion auf mögliche deutsche Waffendepots in Spanien zeigte, glaubte man offensichtlich, daß sich das Hochspielen heikler Themen kontraproduktiv auf den ohnehin nicht reibungslosen Aufbau der Bundeswehr auswirken könnte. Auch bei den anderen ‚Affären‘ neigte man nicht dazu, möglichen historischen Assoziationen freien Lauf zu lassen. Vielmehr distanzierte man sich von den Aufregungen in der Bundesrepublik und anderswo und relativierte die potentiell gefährlichen Tendenzen. Mißtrauen und Unbehagen gab es zwar, es überwog jedoch die unvoreingenommene Urteilsbildung. Diese Nüchternheit ist bemerkenswert, weil sie in scharfem Kontrast zum allgemein negativen Deutschlandbild stand, das zu dieser Zeit auch in diplomatischen Kreisen herrschte. „Der Deutsche ist folgsam, Gehorchen liegt ihm seit vielen Jahrhunderten im Blut“, schrieb Botschafter van Vredenburg Jahre später in seinen Memoiren.³⁴ Ein solches klischeehaftes Wahrnehmungsmuster war typisch für die niederländische Kommentierung der Entwicklungen in Deutschland. Zwar schloß diese stereotype Bildformung die Bundeswehr nicht aus, spielte beim Aufbau der deutschen Streitkräfte jedoch eine untergeordnete Rolle.

Das Budel-Abkommen (1963)

Gegen Ende der fünfziger Jahre wurde innerhalb der NATO im Rahmen der Ostverschiebung der Verteidigungslinie zur Weser hin eine Stationierung niederländischer Truppen auf deutschem Grundgebiet erwogen. Auf dem Höhepunkt der von 1958 bis 1962 dauernden Berlin-Krise hielt man das für dringend geboten, und so wurde im Oktober 1961 eine Brigade von etwa 3.500 Mann nach Deutschland verlegt. Die Entsendung niederländischer Soldaten hatte zunächst nur vorläufigen Charakter. Das veränderte sich, als die Bundesrepublik im Jahre 1962 Kasernen und Übungsgelände anbot, was der niederländischen Präsenz in der norddeutschen Tiefebene einen permanenten Charakter geben sollte. Im Gegenzug sollte eine deutsche Übungseinheit von etwa 3.000 Mann in den Niederlanden untergebracht werden. Im Januar 1963 führte dieser deutsche Vorschlag zur Unterzeichnung des Budel-Abkommens, das nach jenem Ort im niederländischen Brabant genannt war, in dem die deutsche Übungseinheit im August 1963 stationiert wurde.

Im Februar 1962 empfahl Botschafter van Vredenburg nachdrücklich eine positive niederländische Reaktion auf den von der Bundesrepublik vorgeschlagenen Truppenaustausch. Obwohl er sich darüber im klaren war, daß es in den Niederlanden „einen psychologischen Widerstand hohen Ausmaßes“ gegen die Anwesenheit deutscher Militärs in Uniform geben würde, sah er selbst ausschließlich Argumente für den Truppenaustausch. Es liege im niederländischen Interesse, daß die Beziehungen zu Deutschland „wieder ganz normal werden“, und der Truppenaustausch könne hierzu beitragen. Er bringe jedoch, so der Botschafter, noch weitere Vorteile: „Aus Sicht der NATO gibt es keinen Grund, einen Unterschied zwischen deutschen und niederländischen Truppen zu machen. Vielmehr kann es einen positiven Effekt auf den Zusammenhalt der NATO haben, wenn gerade unser Land, das verhältnismäßig mehr als irgendein anderes NATO-Mitglied unter der Nazi-Besatzung gelitten hat, durch Taten zeigt, daß die heutigen Realitäten und die gemeinsamen Interessen der NATO schwerer wiegen als die während der Besatzungszeit entstandenen psychologischen Hemmungen.“ Hinzu komme, daß eine positive Aufnahme des deutschen Vorschlags auch einen günstigen Effekt auf die Bundesrepublik haben würde, weil es die Gleichwertigkeit Deutschlands als Partner unterstreichen und die Verankerung des deutschen Militärapparates im Bündnis verstärken würde. Auch könne dies die deutsche Einstellung gegenüber den Niederlanden verbessern, weil die Niederlande dann als erster NATO-Staat deutsche Truppen auf ihrem Grundgebiet zuließen.³⁵

Im niederländischen Außen- und Verteidigungsministerium stimmte man van Vredenburgs positivem Urteil vollends zu. Schließlich hatte Den Haag seit Beginn der fünfziger Jahre für eine gleichberechtigte Position der Bundesrepublik in den westlichen Organisationen plädiert, und das galt auch für die militärische Zusammenarbeit. Im Jahre 1960, bevor von einem Truppenaustausch die Rede war, war man sich an der Spitze des niederländischen Außenministeriums darüber einig, daß das Tabu uniformierter deutscher Soldaten in den Niederlanden gebrochen werden müsse. Äußerste Behutsamkeit war hierbei gewiß geboten, aber das Ziel der Gleichberechtigung der Bundesrepublik verlangte nun einmal Konsequenzen.³⁶

Zwischen dem niederländischen Verteidigungs- und Außenministerium bestanden also über das Prinzip des Truppenaustausches keine Meinungsverschiedenheiten, uneins war man jedoch im

Herbst 1962 über das anzuwendende Genehmigungsverfahren. Es war zu erwarten, daß sich Bonn und Den Haag schnell über den Inhalt des Abkommens einigen würden, allerdings erhob sich die Frage, in welcher Weise das niederländische Parlament einbezogen werden mußte. Das Verteidigungsministerium befürwortete das sogenannte stillschweigende Verfahren. Das beinhaltete, daß das Abkommen beim Präsidium des Parlaments vorgelegt werden würde, und daß es – sollten keine Einwände bestehen – schnell und ohne Parlamentsdebatte in Kraft treten könnte. Das Außenministerium war zwar auch der Meinung, daß Eile geboten war, wollte aber eine gesetzliche Regelung und – mit Blick auf die öffentliche Meinung – das Parlament ausdrücklich in die Verantwortung für den Truppenaustausch einbeziehen. Obwohl sich die öffentliche Meinung kaum kundgetan hatte und die Berichterstattung in der Presse über den geplanten Truppenaustausch keine negativen Stellungnahmen enthielt, erwartete man im Außenministerium doch beträchtliches Aufheben, wenn die 3.000 deutschen Soldaten tatsächlich in die Niederlande kommen würden. Das Argument des Verteidigungsministeriums, dies würde sich durchaus in Grenzen halten, weil doch bereits so viele Deutsche in die Niederlande kämen, hielt man im Außenministerium für wenig überzeugend: „Ein Deutscher, der Kaffee kauft“, falle nun einmal weniger unangenehm auf als „ein uniformierter Deutscher“, hieß es schlicht, aber nicht zu Unrecht in einer Aufzeichnung des Leiters des Mitteleuropa-Büros, de Beun, an den Staatssekretär des Außenministeriums. Ferner schloß de Beun nicht aus, daß manche Politiker im Vorfeld der Parlamentswahlen im Jahre 1963 den geplanten Truppenaustausch kritisieren würden, um politischen Nutzen daraus zu ziehen.³⁷ Nicht weniger wichtig war, daß genau zu dieser Zeit die Parlamentsdebatte zum deutsch-niederländischen Vertrag auf der Tagesordnung stand, der auf politischer Ebene einen Strich unter die Kriegsjahre ziehen sollte (siehe Kapitel 7). Die sogenannte Generalbereinigung war im Parlament auf großen Widerstand gestoßen, und die ohnehin schon gereizte Stimmung konnte sich durch den Versuch, den Truppenaustausch stillzuschweigen, weiter verschlechtern. Kurz, das Außenministerium brachte zahlreiche Argumente gegen das stillschweigende Verfahren vor und wollte Vorwürfe an die Adresse der Regierung vermeiden, das Abkommen durch das Parlament ‚schmuggeln‘ zu wollen. Das Verteidigungsministerium mußte sich diesen überzeugenden

Argumenten beugen, und so wurde der Gesetzentwurf zum Budel-Abkommen Anfang April 1963 im Parlament behandelt.

Der Truppenaustausch stieß nur auf geringen parlamentarischen Widerstand. Der Abgeordnete Bakker (CPN) verkündete zwar, daß die große Mehrheit des niederländischen Volkes das Abkommen ablehne und daß die Niederlande durch die Stationierung deutscher Soldaten „in eine Position militärischer und politischer Unterordnung“ gerieten – er sprach sogar von „Besatzungscharakter“ –, aber außerhalb kommunistischer Kreise nahm niemand solche Argumente ernst.³⁸ Die CPN bediente sich in ihrer Kritik bestehender antideutscher Gefühle, der Widerstand der PSP basierte in erster Linie auf einem grundsätzlichen Antimilitarismus. Der PSP-Sprecher Lankhorst äußerte, keineswegs zu beabsichtigen, „Haß gegen das deutsche Volk wachzuhalten“, allerdings würde dem niederländischen Volk durch die Stationierung deutscher Truppen „seelische Gewalt“ angetan.³⁹ Nach Auffassung der überwältigenden Mehrheit der Zweiten Kammer lag der Truppenaustausch jedoch im atlantischen und daher auch im niederländischen Sicherheitsinteresse im Rahmen der Vorwärtsverteidigung. Zwar befürchteten die Sprecher aller übrigen Parteien künftige Widerstände in der Öffentlichkeit – der Abgeordnete Assmann (KVP) hielt den Gesetzentwurf „bestimmt nicht für das Sympathischste, das die Regierung seit ihrem Antritt vorgebracht hat“ –, aber solche Äußerungen des Unbehagens waren fast eine Pflichtübung, die u.a. dazu dienten, die erwarteten Widerstände zu kanalisieren. Außer der CPN und der PSP stimmten nur drei PvdA-Abgeordnete gegen den Gesetzentwurf, der mit 102 gegen 8 Stimmen angenommen wurde.⁴⁰ In der Ersten Kammer verlief die Debatte noch reibungsloser als in der Zweiten Kammer, und außer der zu erwartenden Ablehnung der CPN hatte nur die PvdA durch van der Stoel ein paar kritische Randbemerkungen. Er sprach von gemischten Gefühlen und nannte es einen „psychologischen Fehler ersten Ranges“, daß die Debatte ausgerechnet in der Gedenkwoche vom 4. und 5. Mai stattfand⁴¹, stimmte dem Gesetzentwurf jedoch zu: „Rationale Erwägungen haben uns zu dem Schluß gebracht, daß die Aufnahme der Bundesrepublik in eine möglichst enge europäische und atlantische Zusammenarbeit die beste Gewähr gegen einen wiederauflebenden deutschen Nationalismus ist. Und wenn wir dieser Politik zustimmen, dann müssen wir auch den Mut haben, ihre Konsequenzen zu tragen.“⁴² Nach einer kurzen

Debatte stimmte der Senat mit 49 Stimmen gegen 2 Stimmen der Kommunisten für die Gesetzesvorlage.

Das Unbehagen unter der niederländischen Bevölkerung, das alle Redner in der Zweiten Kammer angesprochen hatten, wurde in der Öffentlichkeit allerdings kaum geäußert. Aus einer Umfrage ging hervor, daß 56% der Bevölkerung für und 34% gegen das Budel-Abkommen waren.⁴³ Zwar gab es ein paar Demonstrationen, aber viele Menschen konnten nicht mobilisiert werden. So gab es bei einer Demonstration in Budel nur 1.200 Teilnehmer, welche vor allem aus den großen Städten im Westen der Niederlande kamen. Die Ablehnung äußerte sich ferner in einer Handvoll Leserbriefe und polemischen Kolumnen, wie sie in der protestantischen Zeitung *Trouw* erschienen: „NATO schön und gut, aber gibt es in der Heimat nicht viel mehr Platz, um NATO-Soldaten zu stationieren als in unserem überbevölkerten Ländchen, in dem noch immer Wartelisten für Wohnungen bestehen, auch als Folge eines früheren verbrecherischen Versuchs, die deutschen Streitkräfte in fremden Ländern zu stationieren?“⁴⁴ Wahrscheinlich fanden derartige Texte die Zustimmung vieler, aber die Ablehnung blieb zu schwach, um sich zu gesellschaftlichem Widerstand zu formieren. Ähnlich wie bei der Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung in den frühen fünfziger Jahren haben vermutlich viele ihr Unbehagen verdrängt zugunsten der rationalen Einsicht, daß der Truppenaustausch im Dienste der westlichen Sicherheit war. Manche sprachen sich sogar explizit für das Abkommen aus. So wies der Kommentator der im Krieg gegründeten linken Widerstandszeitung *Het Parool* auf die moralische und politische Erneuerung Deutschlands seit dem Jahr 1945 hin. In einem besonders gegen die Kommunisten gerichteten Kommentar kritisierte die Zeitung, daß die Demonstranten gegen das Budel-Abkommen hartnäckig an überholten Vorstellungen über Deutschland festhielten.⁴⁵ Hier zeigt sich eine zweite Parallele zur Diskussion über die Wiederbewaffnung: Neben einigen unabhängigen linken Intellektuellen organisierte vor allem die CPN den gesellschaftlichen Widerstand gegen das Budel-Abkommen, und das war für viele eher Hindernis als Grund, sich dem Protest anzuschließen.

Das Budel-Abkommen wurde also relativ problemlos von Parlament und Öffentlichkeit angenommen. Verärgert reagierten die Niederländer jedoch auf die vom deutschen Verteidigungsministerium verteilte Informationsbroschüre *Als Soldat der Bundeswehr in den Niederlanden*, die die deutschen Rekruten auf ihren

Aufenthalt in Budel vorbereiten sollte. Treffend formulierte der PvdA-Abgeordnete van der Stoep Anfang Mai 1963 in der ersten Kammer die niederländische Erwartung, daß die Deutschen in Budel „Verständnis für die Tatsache zeigen sollten, daß die Erinnerungen an die Kriegsjahre in den Niederlanden noch keinesfalls verblichen sind“. ⁴⁶ Aus dieser Perspektive hielt man es für selbstverständlich, daß die deutschen Soldaten ausführlich über die Besatzungszeit und ihre Folgen informiert würden. Nach Durchsicht der Broschüre stellte de Beun vom Mitteleuropa-Büro des niederländischen Außenministeriums jedoch nicht ohne Bestürzung fest: „Kein Wort über die Verletzung unserer Neutralität, kein Wort über die Judenverfolgung, kein Wort über die Erschießung von Geiseln!“ Soweit der Zweite Weltkrieg überhaupt zur Sprache kam, so de Beun, wurde er in Begriffen wie „Naturereignis“ oder „Schicksal“ beschrieben. So hielt er die Abhandlung der Kriegszeit in der Bundeswehr-Broschüre für „ausgesprochen ärgerlich“. ⁴⁷ Unrecht hatte de Beun nicht. In der Broschüre wurde ausführlich auf Themen wie den niederländischen „Volkscharakter“ eingegangen, der vom jahrhundertelangen Kampf gegen das Wasser, den Handel und die Seefahrt geprägt sei. Die Tulpenfelder fanden ebenso Beachtung wie die berühmten Trachten und die Bauernhochzeit in Drente. Die Jahre 1940–1945 hingegen wurden äußerst undeutlich im Abschnitt „Gemeinsames Streben“ behandelt. Auch der Text zu dieser Periode war nicht deutlicher. Er war kurz und enthielt keinerlei Hinweise auf Nazi-Deutschland. Zwar enthielt er eine Warnung vor möglichen Empfindlichkeiten, aber der Hintergrund der niederländischen Verletzlichkeit blieb unklar. Aus niederländischer Perspektive traf es außerdem kaum zu, daß mögliche Äußerungen antideutscher Gefühle hauptsächlich auf der durch den Ostblock gesteuerten antideutschen Propaganda gründeten, wie in der Broschüre zu lesen war. ⁴⁸

Die Verärgerung über die Broschüre macht den psychologischen Graben deutlich, der in den frühen sechziger Jahren noch zwischen beiden Ländern bestand. In den folgenden Kapiteln wird darauf näher einzugehen sein, hier genügt die Feststellung, daß man in den Niederlanden nicht nur die Anerkennung der Leiden der Besatzungszeit erwartete, sondern auch eine schuldbewußte Haltung der Deutschen. Die Bundeswehr-Broschüre entsprach diesen Erwartungen in keiner Weise und schien eher darauf hinzuweisen, daß die Deutschen der Vergangenheit nicht ins Auge sehen konnten oder wollten. Tatsächlich war die deutsche Haltung zum

Dritten Reich und zum Zweiten Weltkrieg nuancierter und konstruktiver als die niederländische Verdrängungs-These suggerierte. Aber sie war gewiß zu distanziert, zu abstrakt und zu implizit, um den niederländischen Erwartungen zu entsprechen.⁴⁹ Die Normalisierung der deutsch-niederländischen Beziehungen im Bereich der Sicherheit auf NATO- und bilateraler Ebene war zwar inzwischen weit fortgeschritten, die niederländische Reaktion auf die deutsche Informationsbroschüre zeigt jedoch, wie schnell es noch zu psychologischen Spannungen kommen konnte.

Die deutsche Frage in den fünfziger Jahren

Die deutliche Präferenz der Niederländer für eine deutsche Wiederbewaffnung im NATO-Rahmen war, so wurde oben gezeigt, unter anderem auf die Angst zurückzuführen, die Bundesrepublik könne künftig militärische Abenteuer provozieren, um die deutsche Wiedervereinigung voranzutreiben. Offensichtlich war die Perzeption Deutschlands noch stark durch Vorkriegsmuster geprägt. So überschätzte Den Haag die Macht und den Handlungsspielraum der Bundesrepublik in den internationalen Beziehungen der Nachkriegszeit. Man übersah auch, daß die deutsche Bevölkerung nach 1945 für ein derartiges Risikospiel nicht zu gewinnen war. Ausgangspunkt der niederländischen Unsicherheit war, daß die Wiedervereinigung das wichtigste politische Ziel der Deutschen sei. „Die deutsche Einheit?“, schrieb die katholische Tageszeitung *de Volkskrant* im Dezember 1950 und fuhr fort: „Natürlich, im Notfall mit dem Teufel. Die ‚Sehnsucht‘ nach dem einen Deutschland macht sie blind für die Wirklichkeit und taub gegen alle Warnungen.“⁵⁰ Nicht anders war die Perzeption bei anderen Zeitungen sowie in diplomatischen und politischen Kreisen. Deutscher Nationalismus, Neutralismus, ‚Rapallo‘-Neigungen, die Angst, daß die Bundesrepublik im Alleingang die nationale Karte spielen könnte, das waren die größten Befürchtungen in den frühen fünfziger Jahren.

Um unerwünschten Initiativen zur Wiedervereinigung entgegenzutreten und die Integration der Bundesrepublik in den Westen sicherzustellen, gab es neben der bereits genannten positiven Integrationspolitik gegenüber Bonn noch eine weitere, damit zusammenhängende Strategie: Die westdeutsche öffentliche Meinung sollte davon überzeugt werden, daß der Westen die Wieder-

vereinigung wolle, und Moskau müßte für ein mögliches Scheitern verantwortlich gemacht werden. „Es wäre katastrophal, wenn sich in Deutschland die Meinung festsetzen würde, daß der Westen keine Politik hinsichtlich der Frage der Wiedervereinigung aufzuweisen hat und diese Wiedervereinigung im Grunde genommen auch nicht will“, so die Instruktion aus Den Haag für die niederländische Delegation bei der Vollversammlung der Vereinten Nationen Ende 1951.⁵¹ Denn falls ein solcher Eindruck entstehen sollte, könnte sich Moskau als Vorkämpfer der deutschen Einheit aufspielen, mit allen Konsequenzen für die „immer mehr zur Neutralität“ neigende öffentliche Meinung in Westdeutschland. Der Westen mußte daher eine auf Wiedervereinigung ausgerichtete Politik führen, um Moskau in die Defensive zu zwingen. Hierbei verfügte der Westen über einen wichtigen und demokratisch legitimierten Trumpf: die Forderung nach freien und geheimen Wahlen in ganz Deutschland. Zu erwarten war, daß solche Wahlen die SED wenn nicht hinwegfegen, so doch in eine schwache Minderheitsposition bringen würden. Dem Ruf nach freien Wahlen schloß sich die Forderung an, daß es dem vereinigten Deutschland freistehen müsse, Mitglied der westlichen Bündnisse zu werden. Vor diesem Hintergrund traten die Niederlande in den Jahren 1950–1952 für eine offensive westliche Reaktion auf die verschiedenen Vorschläge aus Ost-Berlin und Moskau zur Wiedervereinigung ein, von denen die Stalin-Note vom 10. März 1952 die wichtigste war.⁵²

Zur Propagandaschlacht zwischen Ost und West um die Wiedervereinigung sollten die Niederlande auch einen kleinen Beitrag leisten. Auf westliche Initiative hin richteten die Vereinten Nationen Ende 1951 eine Kommission ein, die die Möglichkeit freier Wahlen in ganz Deutschland untersuchen sollte. Neben einem Brasilianer, einem Isländer und einem Pakistani gehörte der Niederländer Max Kohnstamm zu dieser Kommission. Schon bald zeigte sich, daß Kohnstamm, der Leiter des Deutschland-Büros im niederländischen Außenministerium, als einziger über die nötige Kompetenz hinsichtlich der deutschen Frage verfügte. Mit großem publizistischen Aufwand besuchte die Kommission die Bundesrepublik und führte Gespräche mit der Alliierten Hohen Kommission und der Bundesregierung. Mit nicht geringerem Aufwand wurde die fehlende Kooperation der Sowjetunion und der DDR angeprangert. So verlief das propagandistische Szenario der UNO-Kommission planmäßig. Der undemokratische Charakter der

DDR konnte zwar nicht an Ort und Stelle festgestellt werden, aber zu dieser Erkenntnis konnte man auch gelangen, ohne dazugewesen zu sein. Die negative Haltung Moskaus und Ost-Berlins wurde detailliert geschildert, während – mit Hinweis auf die Unterstützung, die die Kommission von westlicher Seite bekommen hatte – das Urteil über die westdeutsche Demokratie positiv ausfiel. Der propagandistische Effekt der Arbeit der Kommission blieb jedoch begrenzt. Denn noch während die Kommission tätig war, ergriff die Sowjetunion mit der Stalin-Note die Initiative und lenkte die Aufmerksamkeit von Presse und Politik auf sich. Darüber hinaus wurden in der Bundesrepublik auch kritische Töne laut über den offensichtlich propagandistischen Charakter der UNO-Kommission.⁵³

Entsprach die nachdrückliche Forderung der Niederlande nach der Wiedervereinigung Deutschlands ihren wirklichen Zielen, oder handelte es sich hierbei lediglich um Lippenbekenntnisse? Liebt man Deutschland hinter den Haager Kulissen möglicherweise so sehr, daß man froh war, zwei davon zu haben? Die Meinungsbildung in den niederländischen diplomatischen und politischen Kreisen war freilich komplizierter als dieses Bonmot François Mauriacs und wies eher in eine andere Richtung. Die Wiedervereinigung, so eine Kabinettsvorlage von Außenminister Beyen im Sommer 1953, könne nur nach einer Entspannung zwischen Ost und West erfolgen. Hiermit machte der Minister nicht nur deutlich, daß Adenauers Politik der Stärke die Wiedervereinigung noch keinen Schritt weiter gebracht hatte, sondern bezweifelte auch die Angemessenheit dieser Strategie. Denn eine westliche Politik der Stärke, die die Sowjetunion letztlich zu Konzessionen in der deutschen Frage zwingen sollte, implizierte die Fortsetzung des Kalten Krieges und würde die deutsch-deutsche Kluft nur vertiefen. Glaubte Adenauer, daß es zur Ost-West-Entspannung erst nach Moskaus Zustimmung zur Wiedervereinigung nach westlichen Bedingungen kommen würde, drehte Beyen diese Überlegung um: Entspannung sei eine Voraussetzung für die Wiedervereinigung. Aus diesem Gedanken – und unlogisch war er gewiß nicht – ergab sich die Frage, wo die Priorität der Deutschlandpolitik des Westens liegen mußte: Fortsetzung des eingeschlagenen Weges (Integration der Bundesrepublik, Weiterführung der Konfrontation und damit Verzicht auf Fortschritt in der Deutschen Frage) oder Hinwendung zu Entspannung und deutscher Wiedervereinigung. Vor die Wahl gestellt, gab Beyen ersterem eindeutig den Vorzug.

Eine Entscheidung gegen die deutsche Einheit war dies allerdings nicht: „Die ‚Wiedervereinigung‘“, so Beyens Aufzeichnung, „wird ... nach dem zweiten Plan verschoben werden müssen, so lange die Russen nicht bereit sind, zu akzeptablen Bedingungen daran mitzuarbeiten.“⁵⁴ Mit anderen Worten: Aus niederländischer Perspektive war die Wiedervereinigung zwar ein festes Ziel, die Integration der Bundesrepublik durfte dadurch jedoch nicht gefährdet werden. Das bedeutete, daß als Alternative zum Status quo eines in den Westen integrierten Westdeutschlands lediglich ein *Status quo plus* in Betracht kam, bei dem das wiedervereinigte Deutschland zum Westen gehören würde. Weil letzteres zu Recht als „vorläufig nur theoretische Möglichkeit“ abgetan wurde, blieb nichts anderes übrig, als den eingeschlagenen Weg fortzusetzen. Da Beyens Vorlage im Ministerrat nicht auf Widerspruch stieß, kann man schlußfolgern, daß die niederländische Regierung eine deutsche Wiedervereinigung unter westlichen Bedingungen für wünschenswert hielt. Obwohl die niederländische Politik primär die Integration der Bundesrepublik in den Westen verfolgte und im Hinblick auf die Wiedervereinigung vor allem eine offensive westliche Propaganda befürwortete, wäre es unzutreffend, die niederländische Haltung lediglich als Lippenbekenntnis für eine deutsche Wiedervereinigung zu bewerten. Vielmehr wurde die deutsche Teilung als Risiko für Europas Sicherheit betrachtet. So wies Ministerpräsident Drees (PvdA) während einer Besprechung von Beyens Aufzeichnungen im Ministerrat darauf hin, „welch große Bedeutung die Vereinigung Deutschlands für die Erhaltung des Weltfriedens haben könnte“.⁵⁵

Die niederländische Position zur deutschen Wiedervereinigung in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre kann auch anhand der Reaktion des Außenministeriums auf verschiedene Leitartikel des liberalen *Nieuwe Rotterdamse Courant (NRC)* – der für die Auslandsberichterstattung wichtigsten niederländischen Tageszeitung – von Anfang 1955 illustriert werden. Der unmittelbare Anlaß des ersten *NRC*-Kommentars waren einige Neujahrsansprachen deutscher Politiker, in denen das Ziel der Wiedervereinigung nachdrücklich genannt wurde. Weiterer Hintergrund war die seit der Unterzeichnung der Pariser Verträge (Oktober 1954) erneut aufgeflammete Auseinandersetzung in der Bundesrepublik über die Wiederbewaffnung und die Westintegration. Unter dem Titel „Kein Öl ins Feuer gießen“ nannte der *NRC* die ständige Bonner Forderung nach Wiedervereinigung „ein bedenkliches Signal ... gegen das wir

nicht früh genug unsere Stimme erheben können“. Obwohl „nicht gleich mit Säbeln gerasselt“ werde, sei ein solcher Umgang mit der Wiedervereinigung schon gefährlich genug, weil er eine explosive politische Atmosphäre bewirken könne. „Die Verbündeten Deutschlands dürfen es nicht tolerieren, daß diese politische Zeitbombe weiter tickt“, so der *NRC*, und die Deutschen sollten sich nicht an nationale Hoffnungen klammern, die nicht zu erfüllen seien.⁵⁶ Der Artikel löste in der Bundesrepublik heftige Proteste aus, und im Auswärtigen Amt ließ man einen Mitarbeiter der niederländischen Botschaft wissen, daß man einen derartigen Artikel ausgerechnet im ansonsten so ausgewogenen *NRC* scharf ablehne. Auf die westdeutsche Kritik reagierte die Zeitung mit einem zweiten Leitartikel, in dem sie erneut vor einer „illusionistischen Politik“ in bezug auf die Wiedervereinigung warnte. Zwar wandte sich dieser Artikel nicht gegen eine Wiedervereinigung zu für den Westen akzeptablen Bedingungen, aber er hielt der Bundesrepublik noch eindringlicher das „Gebot der Vernunft“ vor Augen. Trotz aller „verständlichen Emotionen“ sollten die Deutschen erkennen, daß ein geteiltes Deutschland die öffentliche Meinung im Westen eher beruhige als ein wiedervereinigtes Deutschland. Das bedeutete, daß vom Westen nicht mehr als ein „Lippenbekenntnis für das Ideal der deutschen Wiedervereinigung“ zu erwarten war, solange das Streben nach Wiedervereinigung Unruhe und Kriegsgefahr mit sich bringen würde. Mit anderen Worten: Der Westen sei durchaus bereit, sich mit der Sowjetunion auf einen *modus vivendi* auf Basis des *status quo* zu verständigen. Auch die Deutschen würden sich fürs erste darauf einstellen müssen, da eine Wiedervereinigung unter den heutigen Umständen nur auf Kosten der Freiheit zu bekommen sei. „Sollten die Deutschen jedoch ... bereit sein, diesen Preis zu bezahlen, dann wird sie niemand davon abhalten können, ihrem eigenen Untergang entgegenzugehen. Menschen, die von einem derartigen Drang zur Selbstvernichtung besessen sind – übrigens kein neuartiges Phänomen in der deutschen Geschichte – sollte man besser nicht zu Verbündeten haben.“⁵⁷

Die an die deutsche Adresse gerichteten Warnungen vor nationalen Illusionen, von der Chefredaktion des *NRC* bewußt als „shock-treatment“ eingesetzt⁵⁸, wurden im Mitteleuropa-Büro des niederländischen Außenministeriums zwar grundsätzlich geteilt, ernsthafte Bedenken gab es jedoch gegen die Botschaft als Ganzes. Beispielsweise fand man die Behauptung „unerwünscht und auch

überflüssig“, der Westen fühle sich bei der Teilung Deutschlands sicherer. Das galt ebenfalls für die These, daß der Westen gerne einen Modus vivendi mit Moskau finden würde. „Völlig unannehmbar“ sei es, wenn sich der *NRC* selbst als Befürworter eines solchen Modus vivendi präsentierte und damit über eine Wiedergabe der öffentlichen Meinung im Westen hinausginge. Schließlich war es „etwas ganz anderes, sich aus praktischen Gründen mit einer bestimmten Situation abzufinden“ als diese aus Überzeugung zu bejahen, hieß es in einem Memorandum an den Leiter der Europa-Abteilung, Beelaerts van Blokland.⁵⁹ Die Befürchtung im Außenministerium, daß solche Artikel der Opposition gegen Adenauers Politik „zumindest vorübergehend Auftrieb“ geben würden, war so groß, daß der Leiter der Politischen Abteilung, Eschauzier, dem *NRC*-Chefredakteur Rooy persönlich die Bedenken des Ministeriums darlegte.⁶⁰

Nicht nur das Außenministerium reagierte kritisch auf die beiden Leitartikel im *NRC*. Auch die sozialdemokratische Tageszeitung *Het Parool* und der *Friese Koerier* wiesen die Rotterdamer Zeitung zurecht, weil sie sich gegen die Wiedervereinigung gewandt habe. Es war wahrscheinlich besonders diese Pressekritik, die den *NRC* veranlaßte, seinen Standpunkt nochmals ausführlich darzustellen. Die Chefredaktion erklärte, ein „überzeugter“ Befürworter der Wiedervereinigung zu sein. In den betreffenden Artikeln sei lediglich beschrieben worden, wie die westliche öffentliche Meinung sei und nicht, wie sie sein sollte. Daher habe man sich nicht dazu geäußert, ob ein Modus vivendi mit Moskau auf der Basis des Status quo moralisch wünschenswert sei. Hiervon distanzierte sich der *NRC* jetzt öffentlich, sprach jedoch gleichzeitig deutlich aus, daß der Westen diesen Status quo beibehalten wolle. „Die Tatsache, daß er nicht bereit sei, etwas Konstruktives gegen den Status quo zu unternehmen,“ belege dies. Das Blatt bevorzuge eine „ehrliche Konfrontation mit der Unmöglichkeit einer baldigen Wiedervereinigung“ vor der Pflege von Illusionen, die nur zu Enttäuschungen führen könnten.⁶¹ Auch wenn diese Präzisierung des Standpunktes des *NRC* im Außenministerium positiv aufgenommen wurde, war die Kritik damit noch nicht verschwunden. Nicht nur galt es noch immer als unpassend, die Deutschen zu „maßregeln“ und ihnen ein „Gebot der Vernunft“ vorzuhalten, auch hätte gegen diejenigen im Westen, die den Status quo der Wiedervereinigung vorziehen, deutlicher Position eingenommen werden müssen.⁶²

Der Kern der niederländischen Haltung zur deutschen Frage in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre waren also die Ablehnung des Status quo und das Erreichen der Wiedervereinigung zu westlichen Bedingungen (*Status quo plus*). Inwiefern änderte sich dies, nachdem im Mai 1955 die Pariser Verträge in Kraft getreten waren? Zwar hatten die westlichen Länder in diesen Verträgen feierlich erklärt, am Ziel der Wiedervereinigung festzuhalten, in Wirklichkeit war jedoch 1955 die „formative Phase“ (Werner Weidenfeld) der europäischen Nachkriegsordnung abgeschlossen. Die Bundesrepublik wurde NATO-Mitglied und ein nahezu souveräner und gleichberechtigter Partner in der europäischen Zusammenarbeit. Noch im Monat des Inkrafttretens der Pariser Verträge wurde der Warschauer Pakt gegründet, dem auch die DDR beitrug. Ferner fand 1955 in Genf zum ersten Mal seit 1945 wieder eine Gipfelkonferenz der Großmächte statt, die trotz aller fundamentalen Gegensätze bereit schienen, sich mit der bestehenden europäischen Ordnung arrangieren zu wollen. Auch einigten sich Ost und West in diesem Jahr auf das Ende der Besatzung Österreichs, das mit dem Staatsvertrag ein souveräner und neutraler Staat wurde. Der Kalte Krieg war nicht vorbei, aber die implizite Anerkennung der gegenseitigen Einflusssphären in Europa zeigte deutlich, daß Ost und West den Status quo in Deutschland und Europa zum Ausgangspunkt ihrer gegenseitigen Beziehungen gemacht hatten. Hatte die Sowjetunion bis dahin wiederholt ein vereinigtes, neutrales Deutschland in Aussicht gestellt, so entwickelte sie im Jahre 1955 die Zweistaatentheorie. Obwohl der Westen diese Theorie zurückwies und auch weiterhin die Wiedervereinigung forderte, stellte er sich de facto in zunehmendem Maße darauf ein. So bekam die Wiedervereinigung allmählich einen niedrigeren Stellenwert auf der internationalen Agenda.

Rückblickend kann das Jahr 1955 daher als Zäsur betrachtet werden. Dennoch war die niederländische Haltung zur deutschen Frage unverändert: Den Haag hielt daran fest, daß der Westen im Hinblick auf die Wiedervereinigung eine offensive und glaubwürdige Politik führen sollte. Die Formulierung einer derartigen Politik erwies sich jedoch ab 1955 noch schwieriger als zuvor. Einerseits erkannte man – und Außenminister Beyen hatte das bereits 1953 festgestellt –, daß die Politik der Stärke versagt hatte und auch künftig nicht weiterführen würde. Andererseits konnte aus niederländischer Sicht von Entspannung keine Rede sein, weil diese nur durch eine Anerkennung des Status quo erreichbar wäre.

Und letztere wiederum würde nicht nur die politisch und moralisch verwerfliche Gewaltherrschaft der Sowjetunion über die osteuropäischen Staaten sanktionieren, auch würde sich die Bundesrepublik vom Westen im Stich gelassen fühlen mit allen damit zusammenhängenden Gefahren für eine erfolgreiche Fortsetzung der Westintegration. Was blieb in dieser Situation anderes übrig als das Festhalten an den Ausgangspunkten der frühen fünfziger Jahre? Vor diesem Hintergrund entwickelte der Leiter der politischen Abteilung im Außenministerium, van Houten, im April 1958 einen Plan, mit dem der Westen die Initiative in der deutschen Frage an sich ziehen und die Sowjetunion in die Defensive drängen sollte. Obwohl der Vorschlag aus Den Haag nicht weiter kam als bis zu einer Präsentation im Auswärtigen Amt in Bonn und anschließend als unrealistisch beiseite gelegt wurde, verdient er es, erwähnt zu werden. Erstens belegt er, daß die deutsche Wiedervereinigung für Den Haag kein bloßes Lippenbekenntnis war. Zweitens zeigt die deutsche Reaktion, wie schnell man in Bonn die Aufrichtigkeit der ausländischen Unterstützung bei der deutschen Frage bezweifelte.

Anlaß für den Den Haager Vorschlag war die interne westliche Meinungsbildung zur europäischen Sicherheit im Frühjahr 1958. Der Westen war stets davon ausgegangen, daß eine Lösung der europäischen Sicherheitsfrage nur im Zusammenhang mit einer Regelung der deutschen Wiedervereinigung gefunden werden konnte. Um den Dialog zwischen Ost und West zur deutschen Frage in Gang zu bringen, entwarf van Houten einen Plan, den er für beide Seiten als akzeptabel erachtete. Falls die Sowjetunion ihn ablehnen sollte, so van Houten, geriete sie „öffentlich in eine schwierige Position“, während der Westen seine Bereitschaft zu einer Lösung der deutschen Frage nochmals konstruktiv demonstriert hätte. Als erster Schritt sollten in Ostdeutschland unter Aufsicht der Vereinten Nationen Wahlen stattfinden. Anschließend sollte der Westen die frei gewählte ostdeutsche Regierung anerkennen, und die beiden demokratischen deutschen Staaten sollten selbständig Verhandlungen über eine Wiedervereinigung aufnehmen können. Diesem Plan zufolge hätte die Selbständigkeit der beiden deutschen Staaten darin bestanden, ihre Verbindungen zur NATO und zum Warschauer Pakt lösen zu können, und auf ihren Wunsch hin hätten sich die ausländischen Truppen aus Deutschland zurückziehen müssen. Gänzlich neu waren diese Überlegungen nicht. Schon in früheren westlichen Überlegungen

zur deutschen Wiedervereinigung ging man davon aus, daß das ‚vereinigte‘ Deutschland selbst entscheiden sollte, welchem Bündnis es angehören wolle. Dabei hatte man stets angenommen, daß ein solches Angebot gefahrlos war, weil die Entscheidung sicherlich zugunsten des Westens ausgehen würde. Van Houten schloß sich dem an und schlug für *beide* deutsche Staaten die freie Wahl des Bündnisses vor. Er erachtete es für unwahrscheinlich, daß eine westdeutsche Regierung den Abzug der westlichen Truppen verlangen würde. Eine frei gewählte ostdeutsche Regierung hingegen würde die sowjetischen Einheiten fortschicken wollen. Ob sich die 17 Millionen „politisch völlig aus dem Gleichgewicht geratenen Ostdeutschen“ auch für die NATO entscheiden würden, hielt er zwar für ungewiß, aber ein erster Schritt in diese Richtung wäre mit dem Abzug der sowjetischen Truppen aus der DDR getan. Nicht auszuschließen sei, daß eine unabhängige DDR die westdeutsche Neigung zum Neutralismus verstärken könne. In diesem Fall „sollte eine Wiedervereinigung aufgeschoben werden können, während Ostdeutschland bereits aus der sowjetischen Einflußsphäre herausgelöst wäre“. ⁶³ In einer Erläuterung des Plans hieß es ein paar Tage später, er hätte für Westdeutschland den Vorteil, daß „eine Befreiung Ostdeutschlands sowie die Aussicht auf eine Wiedervereinigung in greifbare Nähe rücken würde.“ ⁶⁴

Dieser Optimismus ist bemerkenswert, weil van Houtens Plan kaum Anhaltspunkte enthielt, die verfahrenere deutsche Frage zu lösen. Zwar kam er dem offiziellen sowjetischen Standpunkt entgegen, die deutsche Einheit sei eine Angelegenheit der beiden deutschen Staaten. Aber mit diesem Standpunkt wollte die Sowjetunion selbstverständlich nicht einen Prozeß in Gang setzen, bei dem sie selbst nur verlieren konnte. Mit der Zweistaatentheorie beabsichtigte Moskau schließlich nicht die Veränderung, sondern die Verstärkung des Status quo. Warum sollte Moskau nun freien Wahlen zustimmen, nachdem es sich stets dagegen gewehrt hatte? Welches Interesse hatte die Sowjetunion an einer demokratisch gewählten ostdeutschen Regierung, die sie höchstwahrscheinlich bitten würde, das Land zu verlassen? Und warum sollte sie sich in der Frage der Bündniszugehörigkeit eines vereinigten Deutschlands freiwillig aus dem Rennen begeben? Ob sich die Wiedervereinigung nun schnell oder – wie man in Den Haag hoffte – in Phasen vollzog, die Sowjetunion würde auf jeden Fall ihren Zugriff auf die DDR verlieren und nichts dafür zurückbekommen.

Auch für den Westen war der Den Haager Plan nicht ohne Risiken. Bislang hatte der Westen stets freie Wahlen für ganz Deutschland verlangt, während nun von der Zwischenlösung separater Wahlen in der DDR die Rede war. Welche Garantien hatte der Westen, daß diese ungestört verliefen? Würde die Sowjetunion ihre Präsenz in der DDR nicht nutzen, um prowestliche Kandidaten und Wähler einzuschüchtern? Van Houten hatte diese Gefahr zwar erkannt, aber seine Lösung – die Konzentration der sowjetischen Truppen fernab von Ballungsgebieten, neutrale Beobachter sowie die Zusicherung an die Wahlverlierer, nach West- oder Osteuropa abwandern zu können – bot noch keine Garantie für wirklich freie Wahlen. Undeutlich und inkonsequent war schließlich der Teil von van Houtens Plan über einen eventuellen Aufschub der Einheit für den Fall, daß die Ostdeutschen den Bazillus des Neutralismus unverhofft in die Bundesrepublik weitertragen und die Interessen des Westens dadurch gefährden würden. Mußten sie zunächst dem Westen politisch ‚gleichgeschaltet‘ werden und der Mitgliedschaft in der NATO zustimmen, bevor ihnen Gehör geschenkt werden konnte? Daß in diesem Fall nicht die Sowjetunion, sondern der Westen ein Problem mit der demokratischen Legitimation hatte, war van Houten offenbar nicht aufgefallen. Unbeantwortet blieb auch die Frage, welche Mittel er einsetzen wollte, um die Wiedervereinigung aufzuschieben, wenn eine für den Westen nachteilige Entwicklung einträte.

Obwohl der Leiter der Mitteleuropa-Abteilung im niederländischen Außenministerium, de Beun, auf einige dieser Schwachpunkte nachdrücklich hinwies und davon abriet, mit dem Plan an die Öffentlichkeit zu gehen,⁶⁵ hatte die Spitze des Ministeriums anscheinend keine Bedenken, und Botschafter Lamping wurde Ende April 1958 damit beauftragt, den Plan informell im Auswärtigen Amt vorzustellen. Sollten die Deutschen positiv reagieren, würden die Niederlande den Vorschlag auch den anderen Verbündeten unterbreiten. Für Lamping war das keine einfache Mission, denn ebenso wie de Beun tat er sich schwer mit dem Wahlszenario, das Den Haag entworfen hatte. Gerade in einem Bereich, der „von den Deutschen bereits jahrelang detailliert durchdacht“ war, mußte man gut ausgearbeitete Pläne anbieten, und diese lagen hier nicht vor, so die Botschaft Lampings an das niederländische Außenministerium. Welche Rolle sollten die Nationale Volksarmee, die Volkspolizei sowie die zahlreichen Betriebskampfgruppen während der Wahlen spielen? Hatte man auch berücksichtigt, daß die

Sowjetunion erst dann der Konzentration ihrer Truppen zustimmen würde, wenn der Westen dasselbe täte? Und wie stellte man sich die Mitarbeit Ostdeutschlands und der Sowjetunion bei der Bildung freier Parteien vor, die den Wahlen vorangehen mußte?⁶⁶ Ebenso wie de Beuns Skepsis stießen auch Lampings Fragen nur auf Schweigen in der Spitze des Außenministeriums, und so präsentierte der Botschafter den niederländischen Plan der deutschen Wiedervereinigung Ende April 1958 im Auswärtigen Amt.

Daß man dort bekundete, die „aktive Hilfe“ des befreundeten Den Haags bei der Lösung der deutschen Frage besonders zu würdigen, kann als diplomatische Gepflogenheit gewertet werden. Wichtiger war, daß Lamping Den Haag berichten mußte, das Auswärtige Amt lehne den Inhalt des Planes „uneingeschränkt“ ab. Freie Wahlen in der DDR und eine anschließende Anerkennung der ostdeutschen Regierung könnten nur dann zum gewünschten Ergebnis führen, wenn Moskau glaubhaft mitwirken würde, und diese Chance sei außerordentlich klein. Denn es gebe keinen Grund anzunehmen, die Sowjetunion würde sich an der Untergrabung ihrer Position in der DDR beteiligen. Außerdem geriete der Plan in die gefährliche Nähe der sowjetischen These von den ‚zwei Staaten in Deutschland‘. Auch eine demokratisch gewählte DDR-Regierung wäre noch keine legitime Regierung, und es sei nicht undenkbar, daß der Westen letztlich den Nachteil haben würde: kein Fortschritt in der Frage der Wiedervereinigung, wohl aber eine schleichende Annäherung an die ‚Zweistaatentheorie‘. Natürlich mußte der Westen weiterhin Vorschläge für eine Wiedervereinigung präsentieren, so hieß es in der Stellungnahme des Auswärtigen Amtes, aber diese durften nie in wesentlichen Aspekten von den bisherigen Ausgangspunkten abweichen: freie Wahlen in *ganz* Deutschland und keine Anerkennung irgendeiner DDR-Regierung. Andernfalls bestehe das unverantwortliche Risiko, und das gelte auch für den niederländischen Plan, daß die Sowjetunion „böswillig die gutgemeinten Vorstellungen des Westens zu Bumerangs ... werden läßt.“ Damit wurde auch die niederländische Überlegung zurückgewiesen, der Vorschlag könne einen positiven propagandistischen Effekt haben. Aus deutscher Perspektive stand der Plan also auf tönernen Füßen. Er war nicht nur unrealistisch, sondern auch gefährlich, weil er Moskau zahlreiche Möglichkeiten zu Verzögerungen bot, Unfrieden zu stiften und den Westen zu schwächen.⁶⁷

Tatsächlich enthielt der niederländische Plan im Vergleich zu früheren westlichen Vorschlägen zur Wiedervereinigung zu viele Schwachpunkte, um öffentlich präsentiert zu werden. So fragte man sich auf deutscher Seite mißtrauisch, wie man im niederländischen Außenministerium nun wirklich dachte. Der Botschaftsrat der deutschen Botschaft in Den Haag, Dvorak, meinte zwar, daß van Houten gegenüber Deutschland „eine sehr vorurteilsfreie und aufgeschlossene Haltung einnimmt“, aber wollte er die Wiedervereinigung wirklich oder konnte er sich auch eine andere Lösung der deutschen Frage vorstellen? „Unverkennbar ist die niederländische Seele in der Frage der Wiedervereinigung gespalten“, berichtete Dvorak an das Auswärtige Amt. Der offizielle Standpunkt würde zwar nicht von demjenigen der Bundesrepublik abweichen, aber das bedeute nicht, daß es keine Ängste vor einem in den Westen integrierten vereinigten Deutschland gebe. Größer sei noch die Angst, daß das Ausbleiben einer Lösung der deutschen Frage neutralistische Tendenzen verstärken könnte und zu einem vom Westen losgelösten vereinigten Deutschland führen könnte. So könnten die Niederlande darauf abzielen, vermutete Dvorak, „sich die Qual der Wahl zu ersparen, indem sie mithelfen, einen Zustand herbeizuführen, der ... die Gefahr einer Neutralisierung Deutschlands ausschließt und die Wiedervereinigung im Endeffekt doch nicht herbeiführt“. Diese Situation würde nach einem Mißlingen der deutsch-deutschen Gespräche und einer Anerkennung der frei gewählten ostdeutschen Regierung gegeben sein. In diesem Fall würde der für die Niederlande „wahrscheinlich ideale Zustand“ entstehen, „daß sich auch die SPD mit der Unlösbarkeit der deutschen Frage abfinden müßte“, was die innenpolitische Situation in der Bundesrepublik stabilisieren würde. Der Plan aus Den Haag ginge möglicherweise in diese Richtung, „denn ohne diese Hintergedanken wäre er eigentlich naiv“.⁶⁸

Naiv war der niederländische Vorschlag tatsächlich, aber die Vermutung Dvoraks, Den Haag wolle die Wiedervereinigung eigentlich nicht, sondern beabsichtige insgeheim eine dauerhafte deutsche Teilung, traf nicht zu. Gewiß ging man in Den Haag nicht davon aus, daß der Plan eine sofortige Wiedervereinigung zur Folge hätte. Das Ziel war ein mehrphasiger Vereinigungsprozeß, der die „politischen Erschütterungen“ einer plötzlichen Vereinigung vermeiden oder zumindest abschwächen würde.⁶⁹ Nichts in den Überlegungen in Den Haag wies darauf hin, daß man den europäischen Status quo akzeptieren oder durch die

Hintertür die deutsche Teilung zementieren wollte. Van Houtens Plan hatte keinen doppelten Boden, vielmehr war er ein integrierter Versuch, Bewegung in die deutsche Frage zu bringen. Weil der Plan schlecht durchdacht war und zahlreiche Ungereimtheiten enthielt, war man auf deutscher Seite jedoch alarmiert, und Den Haag erzielte genau das Gegenteil dessen, was es beabsichtigt hatte. In einer Zeit, in der in Deutschland ohnehin der Eindruck wuchs, daß der Westen den deutschen Wunsch nach Wiedervereinigung nur halbherzig unterstützte, schien der niederländische Plan diesen Eindruck zu bestätigen. Das positiv gemeinte Signal warf die mißtrauische Frage auf, ob Den Haag hinsichtlich der deutschen Frage einen geheimen Zeitplan verfolgte. Diese Zweifel beruhten auf einer unzutreffenden Interpretation der niederländischen Absichten und hätte vermieden werden können, wenn die Spitze des niederländischen Außenministeriums die Kritik aus den eigenen Reihen ernst genommen und den unreifen Plan nicht nach außen getragen hätte.

So hielt Den Haag an den Ausgangspunkten der frühen fünfziger Jahre zur deutschen Frage fest und befürwortete eine offensive Politik des Westens. Im Zusammenhang damit herrschte auch Kontinuität in der Einschätzung der deutschen Bevölkerung. Die permanente Wachsamkeit der niederländischen Beobachter im Hinblick auf die deutsche Frage war in den frühen fünfziger Jahren auch deshalb so groß gewesen, weil das deutsche Volk oftmals als „politisch unreif“, „instabil“ und „unberechenbar“ charakterisiert wurde. Kaum anders lautete im September 1959 eine Äußerung von Lampings Nachfolger als Botschafter in Bonn, van Vredenburg: „Wer die wohlgenährten Deutschen betrachtet, wer auf die blühende Wirtschaft und die Kurse der deutschen Börsen achtet, wird vielleicht nicht glauben wollen, daß sich das deutsche Volk als Ganzes noch immer in einem labilen Gleichgewicht befindet. Der Patient ist nicht gesund, dieses Volk ist außerdem noch nie besonders ausgeglichen gewesen ...“⁷⁰ In den Niederlanden rechnete man auch am Ende der fünfziger Jahre noch damit, daß die Deutschen die durch Adenauer aufgebaute Anbindung an den Westen aufs Spiel setzen könnten, falls die Sowjetunion doch noch verlockende Angebote zur Wiedervereinigung machen würde. Solche Einschätzungen der mittelfristigen Entwicklung Deutschlands gehörten inzwischen zum Standardrepertoire auf niederländischer Seite, und so war die deutsche Teilung immer noch ein

Quell des Zweifels über die Standfestigkeit der Bundesrepublik als Partner.

Trotz dieser Kontinuität im niederländischen Deutschlandbild gab es am Ende der fünfziger Jahre auch Nuancierungen. Das galt zwar nicht für das, was man für den deutschen Volkscharakter hielt, aber die deutsche politische Elite schien an Vertrauen zu gewinnen. Freilich blieb Adenauer für Lamping die Personifizierung der Zuverlässigkeit Westdeutschlands, zum Ende des Jahres 1958 erwartete er jedoch von einem möglichen plötzlichen Ende der Kanzlerschaft Adenauers kurzfristig keine Gefahr mehr. Nach seinen fast sechs Jahren als Botschafter in Bonn erörterte er im abschließenden Bericht vom Dezember 1958 ausführlich die Frage, ob die Bundesrepublik inzwischen ein stabiler Verbündeter genannt werden konnte. In der beruhigenden Antwort, die er darauf gab, hieß es, daß sich der Kredit, den die Bundesrepublik in dieser Hinsicht aufgebaut hatte, nicht länger nur auf den Bundeskanzler beschränkte. Sollte Adenauer von der Bühne abtreten, so der scheidende Botschafter, stünden innerhalb der CDU geeignete Nachfolger bereit: Erhard, Etzel, Gerstenmaier, keiner von ihnen konnte als „politischer Haudegen“ angesehen werden, und das gelte auch für „den übrigens etwas zu dynamischen Strauß“. So seien für die Ära nach Adenauer unter einer weiteren CDU-Regierung keine außenpolitischen Veränderungen zu erwarten. Sogar über eine eventuelle SPD-Regierung – bislang das große Schreckensbild – schrieb er mit großer Nüchternheit. Natürlich, die Sozialdemokraten lehnten Adenauers harte Linie gegenüber der Sowjetunion ab, aber auch bei der FDP und innerhalb der CDU selbst waren Zweifel über die Opportunität einer kompromißlosen Haltung gegenüber Moskau entstanden. Eine solche Wahrnehmung hätte in früheren Jahren sogleich den Rapallo-Reflex hervorgerufen; jetzt stellte Lamping mit bemerkenswertem Realismus fest, daß die geographische Lage Deutschlands „das Verfolgen einer eigenen ‚Ostpolitik‘ unentbehrlich macht“. Wenn die Bundesrepublik in ihren Beziehungen zu Osteuropa etwas abweiche vom Kurs, den der Westen gerne sehe, dann müsse das nicht sogleich als „Hinweis darauf, daß man mit den Deutschen doch nicht rechnen kann, wenn es darauf ankommt“, interpretiert werden, „sondern als logische Folge der besonderen Beziehungen zwischen Deutschland und seinen östlichen Nachbarn“.⁷¹

Noch nie war auf diplomatischer Ebene so positiv über die politische Zuverlässigkeit Deutschlands geschrieben worden, und

es verwundert daher auch nicht, daß Lampings Nüchternheit im niederländischen Außenministerium auf Widerspruch stieß. So kritisierte Staatssekretär van Tuyl, daß Lamping den bestehenden deutschen „Vereinigungsdrang“ nur ungenügend berücksichtigt hatte. Beziehe man diese Tendenzen ein, stelle sich die Frage, ob Lampings beruhigende Beobachtung gerechtfertigt sei.⁷² Auch in den folgenden Jahren sollte noch wiederholt an der westdeutschen Standfestigkeit und Zuverlässigkeit gezweifelt werden. So stellte Lampings Nachfolger Van Vredenburg im April 1961 nicht ohne Sorge fest, daß „das deutsche Selbstwertgefühl wächst und man wieder anfängt, der eigenen Stärke zu vertrauen. Rapallo ist nicht vergessen, ebensowenig der Anschluß (Österreichs, F.W.)“. Dies zeige nochmals die Notwendigkeit – besonders angesichts der sich vollziehenden Wiederbewaffnung –, Deutschland so in Europa einzubinden, daß es keine selbständige Außenpolitik mehr führen könne. Anderenfalls, so der Botschafter, „werden wir ständig damit rechnen müssen, daß ... irgendwann eine Rapallo-Politik verlockender ist als das Bündnis mit dem Westen“.⁷³

Lampings nüchterne Analyse von Ende 1958 darf daher nicht als Umschwung der niederländischen Perzeptionen Deutschlands betrachtet werden. Allerdings war sie ein erstes Fragezeichen hinter den ansonsten reflexartigen Reaktionen in bezug auf die deutsche Frage sowie ein erster Ausdruck der Erkenntnis, daß die deutsche Treue gegenüber dem Westen nicht per definitionem die Verfolgung eigener Interessen in Osteuropa blockieren mußte. Ging es in den ersten Jahren der Bundesrepublik noch darum, ob die Bundesrepublik überhaupt ein stabiler Verbündeter werden konnte, so erhob sich zum Ende der fünfziger Jahre erstmals die Frage, ob sie sich inzwischen dazu entwickelt hatte. Auch wenn nur wenige diese Frage zustimmend beantworteten und sich das gewachsene Vertrauen auf die politische Elite Deutschlands beschränkte – die Diskussion darüber hatte zumindest eingesetzt.

Diese Nuancierung in der niederländischen Meinungsbildung kann nicht losgelöst von der Sackgasse betrachtet werden, in der die deutsche Frage steckte. Wie sehr man diese Sackgasse in Den Haag auch bedauerte und versuchte, sie auf eine für den Westen günstige Weise zu öffnen, die Integration der Bundesrepublik in den Westen war ein fortschreitender Prozeß, der umso schwieriger rückgängig gemacht werden konnte, je länger er dauerte. Dazu kam, daß Moskau, seit es 1955 die Theorie der ‚zwei Staaten in Deutschland‘ propagierte, mehr an einer Stabilisierung und Auf-

wertung der DDR als an Vorschlägen zur Wiedervereinigung interessiert war, und auch das verringerte in Den Haag die Angst vor einem neuen ‚Rapallo‘. Obwohl man nicht ausschloß, daß die Sowjetunion künftig erneut die deutsche Karte spielen und verlockende Vorschläge zur Wiedervereinigung präsentieren würde, entging den niederländischen Beobachtern natürlich nicht, daß Moskau in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre einen entgegengesetzten Kurs ansteuerte.

Die Berlin-Krise 1958–1962

Das Berlin-Ultimatum Chruschtschows vom November 1958 war hierfür ein deutliches Beispiel. Mit gewachsenem Selbstvertrauen – der Start des Sputnik 1957 und das gelungene Aufholmanöver auf dem Gebiet der Atomwaffen hatten hierfür die Basis gelegt – forderte der sowjetische Führer einen Friedensvertrag mit Deutschland und das Ende des Vier-Mächte-Status Berlins, wobei West-Berlin eine ‚freie Stadt‘ werden sollte. Verweigerten die Westmächte ihre Zustimmung hierzu, dann würde Moskau einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen und alle Rechte bezüglich Berlins und seiner Zugangswege an die DDR übertragen.⁷⁴ Zwar ging der Westen nicht auf diese Forderungen ein, und die Sowjetunion setzte ihre Drohung in den folgenden Jahren nicht in die Tat um, aber Moskau konnte dennoch einen Erfolg verbuchen. Zunächst gelang es Chruschtschow, Uneinigkeit im westlichen Lager zu stiften. Während Washington und London zu einem Kompromiß in der Berlin-Frage bereit schienen, solange ihre Präsenz im westlichen Teil der Stadt nicht zur Diskussion gestellt wurde, wollten Bonn und Paris den sowjetischen Forderungen gegenüber hart bleiben. Den Haag stellte sich in „völliger Übereinstimmung“ hinter die amerikanische Position, wie Luns Ende November 1958 mitteilte. Nötig sei eine „vorsichtige, aber dennoch deutliche Politik“, die zum Ausgangspunkt haben müsse, daß der Westen „nötigenfalls auf die Gefahr eines Konfliktes hin“ seine Position in West-Berlin beibehalte. Eine implizite oder explizite Anerkennung der DDR bleibe weiterhin tabu, aber das solle die Suche nach einer davon losgelösten Regelung für Berlin nicht ausschließen. Denkbar sei beispielsweise – und dieser Gedanke kam vom amerikanischen Außenminister Dulles –, ostdeutsche Grenzposten als „Agenten“ der Sowjetunion zu betrachten und sie

als solche die Zugangswege nach Berlin kontrollieren zu lassen.⁷⁵ Das Einverständnis Den Haags war jedoch an die Bedingung geknüpft, daß die Hinnahme der DDR als „faktische Tatsache“ die Position der Bundesrepublik nicht berühren durfte, und daß die Westdeutschen nicht den Eindruck gewannen, „im Stich gelassen zu werden“.⁷⁶

Der zweite Aspekt des Moskauer Erfolges bestand darin, daß Amerikaner und Briten die bis dahin gemiedene Formel von den ‚zwei Staaten in Deutschland‘ nun aussprachen. Auch wenn das noch keine Anerkennung der DDR beinhaltete, eine Aufwertung der ‚Ostzone‘ war es doch, und es verdeutlichte, wie sehr der europäische Status quo für Washington und London inzwischen zum Ausgangspunkt der Ost-West-Beziehungen geworden war. Letzteres bedeutete auch, daß der frühere Standpunkt des Westens – Fortschritt auf dem Weg zur deutschen Wiedervereinigung als Bedingung für Übereinkommen zwischen Ost und West über Sicherheit und Entspannung in Europa – von den angelsächsischen Mächten gelockert worden war. Diese Entwicklung wurde auf niederländischer Seite mit Besorgnis beobachtet. Natürlich hatte auch Den Haag bereits früher festgestellt, daß der alte westliche Standpunkt nicht zu Ergebnissen geführt hatte, aber gleichzeitig befürchtete man die Konsequenzen einer Entkopplung von deutscher Frage und Entspannung. In militärischer Hinsicht, so Luns im März 1959, war die Sowjetunion in Europa bei weitem überlegen. Nur durch die militärisch-strategische Stärke der Vereinigten Staaten könne das Gleichgewicht gehalten werden. Wäre man unter diesen Umständen zu militärischen Konzessionen an Moskau bereit, während die zugrundeliegenden politischen Probleme ungelöst blieben – und besonders der britische Premier Macmillan schien zu weitgehenden Kompromissen bereit –, drohten die „lebenswichtigen Interessen“ Europas aufs Spiel gesetzt zu werden.⁷⁷

Insgesamt nahmen die Niederlande eine Mittelstellung zwischen den angelsächsischen Mächten einerseits und der Bundesrepublik und Frankreich andererseits ein. In der Berlin-Frage wählte Den Haag den amerikanischen Standpunkt: keine Schwächung der westlichen Position in West-Berlin, aber durchaus die Bereitschaft, eine begrenzte Mitwirkung der DDR-Organen bei der Kontrolle der Zugangswege in die Stadt zu akzeptieren. Im Hinblick auf den Zusammenhang zwischen Entspannung und deutscher Frage lag die niederländische Position näher bei derjenigen der Bundesrepublik und Frankreichs. Auf diesem Gebiet befürchtete man in Den

Haag, daß die angelsächsischen Länder eine zu große Bereitschaft zu Konzessionen an den Tag legen wollten, wobei man besonders die britische Regierung mit Argusaugen beobachtete.

Trotz aller Unterschiede zwischen den westlichen Reaktionen auf die Berlin-Krise war ihnen eines gemeinsam: ihr defensiver Charakter. Auch wenn man, wie in Den Haag, noch an der alten Kopplung von einer Lösung der deutschen Frage und Entspannung festhielt, glaubte niemand mehr, daß dieser maximalistische Standpunkt zum gewünschten Ergebnis führen würde. In Wirklichkeit drehte sich die Diskussion kaum mehr um die Verwirklichung des Zieles der Wiedervereinigung, sondern um die angemessene Strategie zur Verteidigung des Status quo in Europa, der immer mehr zum Ausgangspunkt der Ost-West-Beziehungen wurde. Was 1955 auf der Genfer Konferenz mit der impliziten Anerkennung der zwei Einflusssphären in Europa sichtbar geworden war, wurde in der sich bis Ende 1962 hinziehenden Berlin-Krise immer mehr bestätigt. Deutlich wurde das auch auf der Ost-West-Konferenz im Sommer 1959 in Genf. Ebenso wie frühere Unterredungen über europäische Sicherheit, die deutsche Frage und Berlin blieb zwar auch diese Konferenz ergebnislos, aber Ost und West schienen durchaus auf der Suche nach einem *modus vivendi* in bezug auf die europäische und deutsche Teilung zu sein.⁷⁸

Zwei Jahre später, im Sommer 1961, formulierte der amerikanische Präsident Kennedy seine sogenannten „three essentials“ zu West-Berlin: freier Zugang für die West-Alliierten, keine Infragestellung des westlichen Rechts auf Truppenstationierung sowie die politisch-ökonomische Lebensfähigkeit der Stadt. Sollten diese „essentials“ bedroht werden, würden die Vereinigten Staaten vor Gewalt nicht zurückschrecken, selbst nicht vor einem Atomkrieg, wie Washington Moskau hinter den Kulissen mitteilte. Darüber hinaus kündigte Kennedy eine drastische Erhöhung des Verteidigungsbudgets an. Damit beantworteten die Vereinigten Staaten zwar die sowjetische Bedrohung, aber gleichzeitig war klar, daß Kennedy sich lediglich für den westlichen Teil der Stadt stark machte. Der amerikanische Präsident formulierte seine „essentials“ in einer Zeit, in der die Sowjetunion den Druck auf Berlin erneut erhöhte. Noch vor Jahresende, so drohte Chruschtschow im Sommer 1961, würde Moskau einen separaten Friedensvertrag mit der DDR abschließen, wenn der Westen die sowjetischen Forderungen bezüglich Berlins weiterhin ablehnen sollte.

Die wachsende Spannung im Sommer 1961 wurde in Den Haag mit großer Sorge kommentiert. Wenige Tage vor Kennedys Rede vom 25. Juli prophezeite Minister Luns im Ministerrat „eine sehr schwere Krise“, und er schloß sogar nicht aus, „daß es zum Kampf kommt“.⁷⁹ Diese düstere Prophezeiung führte allerdings nicht zu einem Plädoyer, der Sowjetunion in bezug auf Berlin mehr entgegenzukommen. Im Gegenteil, der Westen sollte ein Bündel politischer, wirtschaftlicher und militärischer Gegenmaßnahmen zusammenstellen, welche – je nach Ernst der Lage – eingesetzt werden könnten, um dem sowjetischen Druck entgegenzutreten. So hieß es Ende Juni in einem Telegramm aus Den Haag an die kombinierte niederländische Vertretung bei der NATO und der OEEC, daß alles getan werden mußte, um „zu verhindern, daß in Moskau Zweifel aufkommen an der Einigkeit und dem ernsthaften Willen der westlichen Regierungen, ihre Rechte bis zum Äußersten zu verteidigen.“⁸⁰ Ganz überzeugt von der Einigkeit des Westens war man in Den Haag allerdings nicht, zumal die öffentliche Meinung in mehreren europäischen Ländern zu einer entgegenkommenden Haltung drängte. Aus taktischen Erwägungen galten Unterredungen mit Moskau daher auch als durchaus nützlich, aber der Westen sollte an den früheren Forderungen bezüglich der deutschen Frage festhalten.

In dieser angespannten Lage stellten Moskau und Ost-Berlin den Westen am 13. August 1961 vor die vollendete Tatsache einer hermetischen Abriegelung Ost- und West-Berlins. Der Bau der Mauer war neuer Höhepunkt der Spannungen und vorläufiger Schlußpunkt zugleich. „Der Osten handelt ... Der Westen tut nichts!“, kritisierte die *Bild*-Zeitung am 16. August auf ihrer mit Stacheldraht umsäumten Titelseite. Tatsächlich waren die westlichen Reaktionen zurückhaltend und kamen nur langsam in Gang. Nicht zu Unrecht schrieb Sebastian Haffner am 15. August in *Die Welt*, der amerikanische Präsident habe mit einem „Seufzer der Erleichterung“ festgestellt, daß die amerikanische Position in Berlin nicht direkt in Gefahr war.⁸¹ Und so war es auch: Die „essentials“ von kaum drei Wochen zuvor waren nicht unmittelbar gefährdet, und solange das so blieb, konnte sich der Westen auf verbale Proteste und symbolische Gesten wie den demonstrativen Vorstoß eines militärischen Konvois über DDR-Grundgebiet nach West-Berlin beschränken.

Mit dem Bau der Mauer waren Moskau und Ost-Berlin ihrem Maximalziel nicht nähergekommen. Sie hatten allerdings erreicht,

daß die Abwanderung aus der DDR ein Ende fand. Damit hatte die Berlin-Krise, so kann im Rückblick festgestellt werden, ihren Höhepunkt hinter sich. Direkt sichtbar war das freilich nicht. Beim Checkpoint Charlie standen sich amerikanische und sowjetische Panzer direkt gegenüber. Noch Anfang Oktober zog die niederländische Regierung die Möglichkeit in Betracht, daß der Konflikt um Berlin in einen Krieg münden könnte.⁸² Einen Monat zuvor hatte sie auf amerikanische Bitten einer Verstärkung der niederländischen Verteidigung positiv reagiert. Auch auf die Vorschläge von NATO-Oberbefehlshaber Norstadt, die Wehrdienstzeit auf 21 Monate zu verlängern sowie niederländische Truppen in Deutschland zu stationieren, reagierten die Niederlande loyal.⁸³ Eine weitere Folge der Zuspitzung der Berlin-Krise war der Abschluß des bereits erwähnten Budel-Abkommens vom Januar 1963 über einen Stationierungsaustausch niederländischer und deutscher Truppen.

Parallel zu diesen sicherheitspolitischen Maßnahmen richtete Den Haag sich gegen westlichen Defätismus in der deutschen Frage. Während der Berlin-Krise wurden wiederholt die „Laxheit“, die „Hypokrisie und Doppeldeutigkeit“ der Politik der West-Alliierten zur Wiedervereinigung kritisiert, dem die Notwendigkeit von positiven Initiativen gegenübergestellt wurde. Im November 1962 charakterisierte Reinink von der NATO- und WEU-Abteilung des Außenministeriums das Auftreten der NATO in der Berlin-Krise und der deutschen Frage als „retro-dynamisch“ und erkannte darin starke Parallelen zu dem Verhalten eines „sich schwach wählenden, mehr oder weniger geschickten Boxers, der den härtesten Schlägen seines Gegners nur durch Rückwärtsbewegungen auszuweichen weiß“. Nach dem günstigen Ausgang der Kuba-Krise an Stärke und Selbstvertrauen gewonnen, sollte der Westen, so Reinink, auch in der deutschen Frage die Initiative an sich ziehen und „nunmehr endlich konkrete Schritte einleiten, die das Ziel haben, die Wiedervereinigung Deutschlands voranzutreiben und die Lage in Berlin zu normalisieren“. Gewiß wußte Reinink, der übrigens später niederländischer Botschafter in Ost-Berlin (1973–1977) und Bonn (1982–1986) wurde, daß das eine Politik des langen Atems bedeuten würde, aber das gewünschte Resultat würde nur durch eine „dynamische NATO-Politik“ und eine dadurch in die Defensive gedrängte Sowjetunion zu erreichen sein.⁸⁴

Diese Überlegungen, die typisch für die Haager Meinungsbildung während der gesamten Berlin-Krise waren, zeigen wieder einmal, wie sehr man in den Niederlanden am Ziel der Wiedervereinigung festhielt. Inzwischen jedoch waren die Ost-West-Beziehungen – und damit auch die deutsche Frage – in eine neue Phase eingetreten, in der solche Überlegungen innerhalb des Westens in zunehmendem Maße als überholt galten. Die nukleare Parität zwischen Moskau und Washington, die Unlösbarkeit der deutschen Frage, die Niederlage Chruschtschows in der Kuba-Krise sowie das darauf folgende Ende sowjetischer Ultimaten in bezug auf Berlin führten zu einer veränderten Prioritätensetzung in den Vereinigten Staaten. Rüstungskontrolle und Verminderung der Spannungen zwischen Ost und West traten als Ziele in den Vordergrund, und sie waren, so die nun stärker werdende Meinung, lediglich auf der Basis des Status quo in Europa zu erreichen. Auch der Bau der Mauer trug wesentlich zu dieser Entwicklung bei. Die Berliner Mauer verkörperte das Scheitern der Politik der Stärke, ‚zementierte‘ den Status quo der deutschen und europäischen Teilung und zwang zu neuen Konzepten auf dem Gebiet der europäischen Sicherheit und der deutschen Frage. Galt die deutsche Teilung in den fünfziger Jahren als Bedrohung der Sicherheit und Stabilität in Europa, so wandelte sich die Betrachtungsweise nun grundlegend. Seit 1961/62 wurde die Existenz der zwei deutschen Staaten zunehmend als Voraussetzung der europäischen Stabilität gesehen. Ebenso wie die Bundesrepublik mußten sich auch die Niederlande dem anpassen.

Die Oder-Neiße-Grenze

Oben wurde deutlich, daß man zur Zeit der Berlin-Krise besonders in London, aber auch in Washington mehr Flexibilität in den Ost-West-Beziehungen anstrebte. Die Bundesrepublik mußte ihre Deutschlandpolitik anpassen, wollte sie innerhalb der westlichen Zusammenarbeit nicht isoliert werden. Ihre völlige Entfaltung sollte diese Anpassung erst im Laufe der sechziger Jahre finden, aber auch Adenauer sah sich bereits in den letzten Jahren seiner Kanzlerschaft gezwungen, seine Politik der Stärke zu überdenken. Besonders unter dem Druck der veränderten amerikanischen und britischen Haltung und getrieben von Adenauers alter Angst, Ost und West würden sich auf Kosten Deutschlands einigen, entstand

zu Beginn des Jahres 1959 der sogenannte Globke-Plan, genannt nach Adenauers Staatssekretär im Bundeskanzleramt. Kurz zusammengefaßt beinhaltete er die Bereitschaft der Bundesrepublik, die deutsche Teilung für fünf oder zehn Jahre zu akzeptieren, unter der Bedingung wachsender politischer Freiheiten in der DDR. Obwohl dieser geheime Plan nie in die offizielle Politik einging, gab Adenauer den West-Alliierten hinter den Kulissen zu erkennen, daß er zu gewissen Konzessionen bereit sei. Außerdem erwog er, diplomatische Beziehungen mit Polen und der Tschechoslowakei aufzunehmen sowie eine Erklärung abzugeben, die Oder-Neiße-Grenze nicht mit Gewalt antasten zu wollen – unter Vorbehalt aller Rechtsstandpunkte über Deutschland in den Grenzen von 1937.⁸⁵ Für die Praxis der westdeutschen Regierungspolitik bedeutete das alles jedoch wenig. Manche dieser Überlegungen blieben hinter den Mauern des Bundeskanzleramtes, andere waren halbherzig und machten in Washington und London nur wenig Eindruck.

Auf niederländischer Seite tappte man hinsichtlich Adenauers Vorstellungen fast völlig im Dunkeln. Obwohl Botschafter van Vredenburg im September 1959 nicht ausschloß, daß Adenauer „durchaus konkrete Überlegungen zur deutschen Ostgrenze im Kopf hat“, hatten ihn seine diesbezüglichen Nachforschungen in Bonn kaum weitergebracht. „Es gibt keine klaren politischen Leitlinien hierzu“, berichtete er nach Den Haag, „alles bleibt vage und unbeständig und wird auf später verschoben“. Die Erklärungen von Adenauer, Außenminister von Brentano und anderen Politikern, die Oder-Neiße-Grenze nicht mit Gewalt verschieben zu wollen, seien gewiß ehrlich gemeint, aber die „Zögerlichkeit“, mit der sie abgegeben wurden, sei nicht gerade vertrauenerweckend, so der Botschafter. Um der öffentlichen Meinung in Ost und West ein deutlicheres Signal für die friedlichen Absichten der Bundesrepublik zu geben, schlug van Vredenburg die Einschaltung des NATO-Ministerrats vor. Wenn die Bundesregierung, so der Botschafter, im NATO-Rat einen unmißverständlichen Gewaltverzicht bekanntgäbe, könne sich das Bündnis dem anschließen. Mit einer solchen Erklärung müßte die Bundesrepublik ihre juristischen Ansprüche nicht preisgeben, die vage deutsche Haltung zur Oder-Neiße-Grenze wäre jedoch Vergangenheit. Außerdem würde ein gemeinsamer Standpunkt der NATO in Polen und anderen mitteleuropäischen Staaten stärkeren Eindruck machen als eine losgelöste deutsche Erklärung und könnte ein politisches

Klima schaffen, das eine Lösung des Problems der Wiedervereinigung näher bringen könnte. „Es liegt im niederländischen Interesse, daß die deutsche Frage nicht ewig ‚in der Schwebe‘ bleibt, sondern daß eine positive Lösung gesucht wird,“ so van Vredenburg. Nachdrücklich widersetzte er sich der im Westen wachsenden Bereitschaft, sich mit der deutschen Teilung abzufinden. Als Führungsmacht der atlantischen Welt müßten die Vereinigten Staaten bei der Lösung der deutschen Frage die Initiative ergreifen, und so regte van Vredenburg im Außenministerium an, bei den Amerikanern hinsichtlich seines Vorschlages vorzufühlen.⁸⁶

Zwar ließ van Houten, der inzwischen Staatssekretär im Außenministerium geworden war, den Botschafter wissen, daß er es „zweifelloos für einen verlockenden Gedanken“ hielt, mit einer Gewaltsverzichtserklärung zur Oder-Neiße-Grenze der Sowjetunion „eine politische Waffe aus der Hand zu nehmen“, ohne selbst eine echte Konzession gemacht zu haben, dennoch wies er den Vorschlag van Vredenburgs ab. Freilich war auch er der Meinung, daß es bei der ungelösten deutschen Frage nicht bleiben dürfe, aber Van Vredenburgs Vorschlag biete keinen angemessenen Ausweg. So befürchtete van Houten einen entgegengesetzten psychologischen Effekt, da ein Gewaltverzicht der Bundesrepublik zwangsläufig die fehlende deutsche Bereitschaft zur Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze akzentuieren würde. Darüber hinaus würde sich in der Bundesrepublik eine „lautstarke Opposition“ gegen eine derartige Erklärung manifestieren, die wiederum dem Ansehen der Bundesrepublik schaden würde. Von einem niederländischen Vorstoß bei den Amerikanern hielt der Staatssekretär ebenfalls nichts. Er erachtete es für vernünftiger abzuwarten, wie sich die von Adenauer vorsichtig eingeleitete neue Politik weiter entwickeln werde.⁸⁷

Sehr überzeugend war van Houtens Antwort nicht. Gewiß hätte die Verwirklichung von van Vredenburgs Vorschlag eine Lösung der deutschen Frage nicht nähergebracht, aber die friedlichen Absichten der Bundesrepublik wären bekräftigt worden, und dies wiederum hätte einen psychologischen Gewinn bedeuten können. Auch van Houtens Befürchtungen einer umfangreichen und „lautstarken Opposition“ in der Bundesrepublik waren kein schwerwiegendes Argument. Wenn die Bundesregierung ihre juristische Position im Hinblick auf die deutsche Ostgrenze aufgeben hätte, wäre dies gewiß eintreten, aber einen solchen weitgehenden Schritt hatte van Vredenburg gar nicht befürwortet. So

waren van Houtens politische Argumente gegen eine niederländische Initiative nicht sehr überzeugend, seine Zurückhaltung war jedoch angemessen. Bei der schwierigen Diskussion über die Oder-Neiße-Grenze konnte man weder von den West-Alliierten noch von der Bundesrepublik ein besonderes Interesse für eine niederländische Initiative erwarten. Außerdem ist nicht ausgeschlossen, daß van Houten, der das Fiasko seiner eigenen Initiative zur Wiedervereinigung vom Frühjahr 1958 zweifellos noch in frischer Erinnerung hatte, instinktiv vor einer aktiven niederländischen Rolle zurückschreckte.

Von den beiden ehemaligen Außenministern Stikker (1948–1952) und van Roijen (1945–46) erhielt van Houten Unterstützung bei seiner abwartenden Haltung. Stikker, inzwischen ständiger niederländischer Vertreter bei der NATO und der OEEC in Paris, warnte, es sei unvernünftig, wenn der Westen in dieser Frage politischen Druck auf Adenauer ausüben würde. Das könne beim Bundeskanzler die Sorge verstärken, der Westen strebe „auf Kosten Deutschlands“ eine Annäherung an die Sowjetunion an. Diese Sorge, die Adenauer tatsächlich während seiner gesamten Kanzlerschaft verfolgte,⁸⁸ müsse berücksichtigt werden, und das besonders in einer Zeit, in der der Bundeskanzler sowieso weniger Vertrauen in die Standhaftigkeit des Westens hatte als in den Jahren zuvor. Außerdem vertraute Stikker Adenauers potentieller Bereitschaft zu Konzessionen in der Auseinandersetzung zwischen Ost und West, wenn die Zeit dafür reif war. Diese Zeit hielt auch Stikker für noch nicht gekommen, weil die Sowjetunion den Kampf um Deutschland unvermindert fortsetzte und ebenfalls nicht zu Konzessionen bereit war.⁸⁹

Van Roijen, der nach seiner kurzen Zeit als Außenminister im ersten Nachkriegskabinett zum Botschafter in Washington ernannt worden war, reagierte mit einer ausführlichen Expertise zu den Grundlagen der Ost-West-Beziehungen. Die sowjetischen Absichten charakterisierte er so: Verstärkung der eigenen Position „zur weiteren Durchdringung Europas, um die Untergrabung und letztlich die Vernichtung der westeuropäischen Demokratien vorzubereiten“. Daß die Sowjetunion dabei Gewalt anwenden würde, erwartete er nicht, zumal der Westen seit 1945 stets zu Konzessionen bereit gewesen sei, ohne dafür etwas zurückzubekommen. Auch durch die mittlerweile erreichte nukleare Parität mit dem Westen hatte sich allmählich eine grundlegende Änderung im Kräfteverhältnis zugunsten der Sowjetunion ergeben. Wenn die

Bundesrepublik und der Westen jetzt zu Konzessionen hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze bereit wären, würde der Westen seine eigene Position weiter schwächen und erneut etwas einbringen, ohne dafür Gegenleistungen zu bekommen.

Damit wählte van Roijen ebenso wie Stikker und van Houten eine harte Gangart: Erst wenn eine entgegenkommende Haltung des Westens zur deutschen Ostgrenze erfolversprechend wäre und die Wiedervereinigung „entscheidend voranbringen würde“, könne über Konzessionen nachgedacht werden. Nachdrücklich vertrat er den Standpunkt, daß der Westen keinen Fingerbreit von seiner ursprünglichen Ausgangsposition abweichen dürfe: der Kopplung der Normalisierung der Ost-West-Beziehungen mit einer Lösung der deutschen Frage. „Es ist meine feste Überzeugung, daß an dieser Bedingung gleichermaßen festgehalten werden muß wie an dem Ziel der Wiedervereinigung selbst. Denn ohne diese Bedingung wird die westliche Position prinzipiell und praktisch unwiederbringlich geschwächt.“ Van Roijen bedauerte daher, daß die Selbstverständlichkeit der westlichen Position seit einiger Zeit unter Druck geraten war und daß „unter der Fahne des sogenannten Realismus (eigentlich will niemand die Wiedervereinigung‘ und ‚schließlich gibt es heute zwei deutsche Staaten‘) der Weg ... des geringsten Widerstandes“ drohte. Gewiß, auch der Botschafter erwartete nicht, daß freie Wahlen in Deutschland und die Wiedervereinigung in nächster Zukunft zu verwirklichen waren, aber dieser „Umstand ... darf kein Argument dafür sein, den falschen Weg einzuschlagen“.⁹⁰

Überblickt man die Diskussion, die auf van Vredenburgs Vorschlag folgte, fällt zunächst die streng ablehnende Haltung sowohl des Außenministeriums als auch der beiden diplomatischen Schwergewichte Stikker und van Roijen auf. Auch wenn van Vredenburgs Vorschlag nicht sehr weit ging – gewiß nicht im Vergleich mit dem öffentlichen Plädoyer de Gaulles für die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze in dieser Periode –, stieß er doch auf grundsätzlichen Widerstand. Obwohl Den Haag schon länger erkannt hatte, daß eine Lösung der deutschen Frage zu westlichen Bedingungen vorläufig eine Illusion bleiben würde, bedeutete das nicht, daß der Westen an diesen Bedingungen rütteln durfte. Das galt sogar für eine Gewaltverzichts-Erklärung im Hinblick auf die Oder-Neiße-Grenze, und es lag daher gewiß nicht im niederländischen Interesse, diesbezügliche Vorschläge zu machen. Zweitens wurde deutlich, daß diese prinzipielle und entschlossene niederlän-

dische Auffassung aus der Einschätzung der sowjetischen Absichten hervorging. Nach van Houten war die deutsche Frage nicht so sehr ein aus dem Krieg hervorgegangenes Problem, das mit einem Friedensvertrag geregelt werden könnte, sondern „der euphemistische Deckname ... , unter dem die Sowjetunion den bereits vor dem Ende des Krieges begonnenen Streit um Deutschland mit dem Westen fortsetzt“. Solange dieser Streit anhielt, mußte der Westen standfest bleiben. Vor diesem Hintergrund wurden westliche Konzessionen ohne sowjetische Gegenleistungen als Ausdruck von Defätismus und Schwäche betrachtet, wofür der Westen letztlich einen hohen Preis bezahlen müßte. In dieser Argumentation liegt der wichtigste Grund für das niederländische Festhalten am Ziel der deutschen Wiedervereinigung.

Schlußfolgerung

Die niederländische Haltung zur deutschen Wiederbewaffnung und Wiedervereinigung in den Jahren 1949–1961 zeigt, in welcher kurzer Zeit Deutschland sicherheitspolitisch vom Feind zum Verbündeten wurde. Bereits vor dem Aufbau der Bundesrepublik plädierten die Niederlande für eine Einbeziehung Westdeutschlands in die westliche Verteidigung, und in den frühen fünfziger Jahren gehörte Den Haag zu den entschiedenen Befürwortern der deutschen Wiederbewaffnung. Besonders zur Verhinderung möglicher künftiger Machtansprüche Deutschlands sollte dies im Rahmen der NATO stattfinden, und die niederländische Regierung widersetzte sich zunächst den Plänen für eine Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Die breite Zustimmung zur Wiederbewaffnung unter amerikanischer Führung schloß gewiß nicht aus, daß es weiter Unbehagen, Mißtrauen und Wachsamkeit gab. Aber eine starke westliche Verteidigung verlangte es, den ehemaligen Feind als Verbündeten zu akzeptieren.

Befürwortete man die deutsche Wiederbewaffnung, so die damalige Auffassung, müsse man auch in Kauf nehmen, daß ehemalige Wehrmachtsoffiziere eine zentrale Rolle beim militärischen Wiederaufbau spielen würden. Das führte natürlich nicht zu einem niederländischen ‚Blankoscheck‘ für frühere Nazis, aber durchaus zu einer recht hohen Toleranzgrenze. Das erklärt, warum die Niederlande seit 1955 den Aufbau der Bundeswehr, der nicht ohne

Affären und Spannungen verlief, zurückhaltend und sachlich begleitet.

Vergleicht man die niederländische Perzeption des Aufbaus der deutschen Streitkräfte damit, wie über deutsche Politiker, den deutschen ‚Volkscharakter‘ und die Entwicklung der Demokratie in der Bundesrepublik gedacht wurde, so kann man feststellen, daß die Bundeswehr in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre mit einer relativen Milde betrachtet wurde. Die Diskussion über das Budel-Abkommen zeigt, daß sich diese Milde in den frühen sechziger Jahren fortsetzte. Der vernehmbare Widerstand beschränkte sich genauso wie bei der Wiederbewaffnung auf die äußerste politische Linke, und die anfänglichen Sorgen des Außenministeriums vor öffentlicher Empörung erwiesen sich als unbegründet. Natürlich war die Wiederbewaffnung der fünfziger Jahre von viel größerer Bedeutung als die Stationierung von 3.000 deutschen Soldaten in einem Dorf der niederländischen Provinz Brabant, aber diese Stationierung brachte eine viel direktere Konfrontation mit der Bundeswehr als deren Gründung und Aufbau in Deutschland selbst. Das niederländische Wahrnehmungsmuster war allerdings dasselbe: Wieder wurde das Unbehagen von sachlichen Erwägungen verdrängt, und im Vordergrund stand das Sicherheitsinteresse. Wie im folgenden Kapitel gezeigt wird, gab es bei der breiten Zustimmung zur Wiederbewaffnung und sicherheitspolitischen Zusammenarbeit eine wichtige Ausnahme: die mögliche atomare Bewaffnung Deutschlands. Zu wahrscheinlich keinem anderen außenpolitischen Thema gab es in den Niederlanden einen so breiten Konsens wie darüber, daß es keinen ‚deutschen Finger am atomaren Abzug‘ geben durfte.

Die niederländische Haltung zur deutschen Wiedervereinigung muß vor demselben sicherheitspolitischen Hintergrund gesehen werden wie diejenige zur deutschen Wiederbewaffnung. Ebenso wie beim Haager Plädoyer für eine militärische Integration der Bundesrepublik in die NATO bestand das Ziel einer offensiven westlichen Wiedervereinigungspolitik in der Stärkung des Westens.

Ob man die Diskussion im Kabinett anlässlich des Berichts von Minister Beyen zur deutschen Frage im Jahre 1953 betrachtet, die Reaktionen des Außenministeriums auf die *NRC*-Artikel von 1955, den van Houten-Plan von 1958 oder die Meinungsbildung während der Berlin-Krise – aus alledem geht hervor, daß die deutsche Einheit für die Niederlande kein Lippenbekenntnis, sondern tatsächlich ein außenpolitisches Ziel war. Eine Bedingung war

allerdings, daß sich die Wiedervereinigung auf demokratischer Grundlage vollzog und für den Westen zu einem *Status quo plus* in Europa führte. Das vereinigte Deutschland durfte nicht als neutraler Block zwischen Ost und West angesiedelt sein, sondern mußte ebenso wie die Bundesrepublik in die westliche Zusammenarbeit integriert werden. Diese positive Haltung in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung galt nicht nur für die Regierung, sondern auch für die Presse und die breite Mehrheit im Parlament. „Sinnvoll, vertretbar und wünschenswert“, nannte das Mitglied der Zweiten Kammer Frans Goedhart (PvdA) im Dezember 1954 eine Wiedervereinigung, die Ostdeutschland in „ein freies und demokratisches Westdeutschland und in Europa“ integrieren würde, und diese Meinung teilten bis auf die Kommunistische Partei der Niederlande (CPN) auch die anderen Parteien.⁹¹

Dennoch gab es durchaus einige, die die deutsche Teilung als beruhigend betrachteten. So erklärte Joseph Luns zurückblickend im Jahre 1986, daß er sich als Minister „nicht gerade für ein wiedervereinigtes Deutschland im politischen Hinterland der Niederlande erwärmen konnte“.⁹² Ferner ist denkbar, daß manchen Diplomaten oder Politikern die Plädoyers für die Wiedervereinigung in den fünfziger Jahren so leicht über die Lippen gingen, weil jeder wußte, daß die Chancen für eine Wiedervereinigung sowieso minimal waren. Die schriftlichen Quellen bieten jedoch keinen Anhaltspunkt für derartige Relativierungen, sondern zeigen das Gegenteil. Aus niederländischer Perspektive ging die eigentliche Gefahr für Europa nicht von Deutschland, sondern von der Sowjetunion aus, und Deutschland war unverzichtbar, um diese Gefahr abzuwehren. Im Vergleich zu einer in die westliche Zusammenarbeit integrierten Bundesrepublik würde ein wiedervereinigtes (und ebenso in den Westen eingebundenes) Deutschland Vorteile mit sich bringen: Es würde die westliche Position gegenüber der Sowjetunion wesentlich verstärken und die Zuverlässigkeit Deutschlands als Partner erhöhen.

Gerade über die Zuverlässigkeit Deutschlands im Bündnis machte man sich in Den Haag in den frühen fünfziger Jahren große Sorgen. Wenn in Westdeutschland der Eindruck entstehen würde, daß Moskau eine Wiedervereinigung anstrebte und daß der Westen diese zu verhindern suchte, könnte sich die Bundesrepublik zu einem Alleingang in Richtung Osten mit allen dramatischen Folgen für die westliche Sicherheit verleiten lassen. Schon aus diesem Grund mußte der Westen eine positive und offensive

Politik der Wiedervereinigung führen. Denn dann würde die deutsche Bevölkerung erkennen, daß der Westen und eben nicht die Sowjetunion bereit war, sich für die deutschen Forderungen einzusetzen. Und diese Einsicht galt in Den Haag als sehr wichtig für die Loyalität der Bundesrepublik im Bündnis. Die Notwendigkeit, die Wiedervereinigung aktiv zu propagieren, überzeugte um so mehr, als das Gespenst von Rapallo und die Gefahr eines deutschen Neutralismus in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre aus niederländischer Perspektive noch ein explosives Gemisch bildeten. Die ‚labile‘ öffentliche Meinung in Deutschland könnte durch die Sowjetunion eingelullt werden, wenn diese den Trumpf der Wiedervereinigung und einer deutschen Neutralität tatsächlich ausspielen würde. Vor diesem Hintergrund fand in der ersten Hälfte der fünfziger Jahre eine heftige Propagandaschlacht zwischen Ost und West um die öffentliche Meinung in Deutschland statt. Auch wenn deshalb ebenfalls in Den Haag propagandistische Erwägungen die Debatte zur deutschen Frage dominierten, bestand doch das Ziel in der Wiedervereinigung zu den Bedingungen des Westens.

Nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Jahre 1955 hielten die Niederlande unvermindert an den Ausgangspunkten der frühen fünfziger Jahre fest. Der einzige Unterschied zu den Jahren zuvor war, daß die Angst vor einem deutschen Alleingang mit dem inzwischen verfestigten Status quo in Europa abnahm. Im April 1959 charakterisierte Botschafter van Vredenburg die deutsche Position in der westlichen Allianz: „Wirtschaftlich ist die Bundesrepublik bereits eine Stütze des Westens, militärisch ist sie auf dem besten Wege, es zu werden, und politisch ist sie unter der heutigen Bundesregierung unbeirrbar antikommunistisch und intransigent gegenüber sowjetischer Infiltration und Einschüchterungsversuchen.“⁹³ Hier zeigte sich das gewachsene Vertrauen zum deutschen Bündnispartner, was jedoch nicht bedeutete, daß die Angst vor einem neuen ‚Rapallo‘ gänzlich verschwunden war. Auch wenn das Vertrauen in die Bundesrepublik zum Ende der fünfziger Jahre nicht mehr ausschließlich an Bundeskanzler Adenauer gekoppelt war, blieb doch die Unsicherheit über die künftige Politik Deutschlands unter der Oberfläche immer bestehen und konnte unter Umständen in tiefes Mißtrauen umschlagen. Das galt beispielsweise, wenn sich die Aufmerksamkeit auf die Vertriebenenverbände richtete oder die Art und Weise, mit der die Bundesregierung diesen gegenübertrat. Als Staatssekretär Thedieck vom

Ministerium für Gesamtdeutsche Fragen Ende 1960 dafür plädierte, neben der Wiederherstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937 auch das Heimatrecht der Vertriebenen aus den weiter östlich gelegenen Gebieten anzuerkennen, reagierte van Vredenburg äußerst gereizt: „Was soll das? Ist das politische Kurzsichtigkeit, Hypokrisie oder pure Wahlkampfaktik? Vermutlich eine Kombination aus diesen Faktoren, gewürzt mit dem traditionellen Mangel an Taktgefühl, für den die Deutschen bekannt sind.“ Ob diese Forderungen nun die „Wunschträume eines Geisteskranken oder Irreführung des Volkes in sehr bedenklichem Ausmaß“ waren, der Botschafter machte sich große Sorgen darüber, daß sich weder Adenauer noch die westlichen Großen Drei veranlaßt sahen, solche Äußerungen zu korrigieren.⁹⁴ Das Plädoyer des Botschafters, diese Frage im Rahmen der NATO zur Sprache zu bringen, wurde von Den Haag zunächst abgelehnt. Staatssekretär van Houten teilte zwar die Befürchtungen van Vredenburgs, versteckte sich jedoch hinter den West-Alliierten, die, so vermutete er, von einem Eingreifen bewußt abgesehen hatten.⁹⁵

Die Grenze der niederländischen Bereitschaft, die deutschen nationalen Forderungen zu unterstützen, ist daher deutlich zu erkennen: Heimatrecht östlich der alten Grenzen gehörte nicht dazu. Theoretisch reichte die niederländische Unterstützung bis hin zur Wiederherstellung von Deutschland in den Grenzen von 1937. Um die Position der Bundesrepublik nicht zu schwächen und der Sowjetunion nicht schon Konzessionen zu machen, bevor es überhaupt Verhandlungen über die Wiedervereinigung gegeben hatte, ging aus Sicht Den Haags sogar eine deutsche Erklärung zum Gewaltverzicht an die Adresse Polens gegen Ende der fünfziger Jahre noch zu weit. Die Meinungsbildung hinter den Kulissen zeigte jedoch, daß unter Wiedervereinigung eher ein Zusammenfügen von Bundesrepublik, DDR und Berlin verstanden wurde. Die internationale Lage machte die Aufrechterhaltung der Teilung vorläufig zwar unvermeidlich, aber dies durfte nicht zur Hinnahme des Status quo oder der allmählichen Anerkennung der DDR führen.

In Bonn war man sich über die niederländische Unterstützung bei der deutschen Frage nicht ganz sicher. Einerseits begrüßte man die niederländische Position: „Die Haltung der niederländischen Regierung ist durchaus positiv zur Frage der Wiedervereinigung Deutschlands,“ hieß es in der Instruktion, die der neue deutsche Botschafter Josef Löns 1958 aus Bonn mit nach Den Haag bekam:

„Die niederländische Regierung hat unser Anliegen bisher stets loyal unterstützt und auch vor der Weltöffentlichkeit vertreten.“ Beruhigend war außerdem, daß sich die niederländische Regierung an die „bindende Zusage“ gebunden fühlte, daß sie „niemals und in keiner Form die SBZ anerkennen würde“. Positiv war auch die überwiegend antikommunistische Einstellung der Niederländer: Vor diesem Hintergrund hatte „die auch in den Niederlanden zu beobachtende Werbetätigkeit der SBZ ... nur geringe Aussicht auf Erfolg“. Andererseits zeigte die Reaktion auf den Van-Houten-Plan aus dem Jahre 1958, daß es hinter den deutschen Kulissen auch Zweifel an den tatsächlichen niederländischen Absichten gab. Auch die Instruktionen für Löns brachten diese – ungerechtfertigten – Zweifel zum Ausdruck: „Die Aussicht auf eine weitere Zementierung des Status quo bereitet der niederländischen Regierung trotz gegenteiliger offizieller Erklärungen keine Sorgen.“⁹⁶ Wahrscheinlich ergab sich diese deutsche Unsicherheit aus dem seit 1955 in der Bundesrepublik gewachsenen Bewußtsein, daß sie mit dem Ziel der Wiedervereinigung allein stand. Auch wird dabei eine Rolle gespielt haben, daß man sich angesichts des Weiterbestehens antideutscher Gefühle in den Niederlanden in Bonn kaum vorstellen konnte, daß die niederländische Unterstützung wirklich aufrichtig war.

Für Den Haag war die Isolierung der DDR sowie das Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung jedoch mehr als eine höfliche Geste an die Adresse Bonns. Vielmehr trifft es zu, daß Den Haag bis Anfang der sechziger Jahre aus Überzeugung – und stärker als manch anderer Verbündete – am Ziel der deutschen Einheit festhielt. Die Auffassungen zur deutschen Frage in Den Haag waren nicht weit von denjenigen Bonns entfernt. In einer Bestandsaufnahme der niederländischen und deutschen Standpunkte, die Ende Oktober 1961 im Außenministerium in Den Haag vorgenommen wurde, sah man das genauso. Ob es um das Ziel der Wiedervereinigung selbst und die dabei günstigste Strategie ging, die Frage der europäischen Sicherheit oder die Nicht-Anerkennung der DDR – in den wichtigen Bereichen stimmten die Auffassungen nahezu völlig überein. Das galt auch für die Oder-Neiße-Grenze. Die Niederlande unterstützten die deutsche Rechtsauffassung, Deutschland bestehe in den Grenzen von 1937 fort, und die deutsche Ostgrenze könne erst auf einer Friedenskonferenz definitiv festgelegt werden. Der einzige Unterschied zwischen Den Haag und Bonn war, daß auf niederländischer Seite nicht von konstitu-

tionellen Bindungen zwischen der Bundesrepublik und West-Berlin die Rede war, und daß Den Haag im Gegensatz zu Bonn anfänglich der Änderung des Status Berlins zustimmte, unter der Voraussetzung, daß dadurch die Position des Westens nicht geschwächt würde.⁹⁷

Warum unterstützten die Niederlande die Bundesrepublik in der Frage der Wiedervereinigung so nachdrücklich? Gewiß nicht aus Solidarität mit dem deutschen Volk. Das wäre auch kaum zu erwarten gewesen: Solidarität – ohnehin ein äußerst seltenes Motiv außenpolitischen Handelns – setzt Sympathie voraus, und die Sympathie für Deutschland war in den Niederlanden, auch auf politischem und diplomatischem Niveau, in den fünfziger Jahren nicht groß. Die Erklärung für die Standfestigkeit Den Haags in bezug auf die deutsche Wiedervereinigung liegt in der niederländischen Perzeption der sowjetischen Absichten im Ost-West-Konflikt. Im Kern faßte Reinink diese in der bereits oben zitierten Aufzeichnung vom November 1962 zusammen: „Es ist eine alte, aber darum nicht weniger aktuelle Wahrheit, daß der ‚Tropfen den Stein nicht durch Gewalt, sondern durch stetiges Fallen aushöhlt‘. Nach dieser Maxime führt die Sowjetunion bereits jahrelang ihre Außenpolitik. Propagandaparolen, Drohungen und Vorschläge wechseln sich ... fortwährend ab mit dem Ziel, daß der Gegner schließlich mürbe wird und nachgibt“.⁹⁸ Und genau diese Gefahr drohte, so die ständige Angst in Den Haag, wenn der Westen der Sowjetunion nicht stark und geschlossen gegenübertreten würde. Eine offensive und glaubwürdige Politik in bezug auf die Wiedervereinigung war ein zentraler Bestandteil einer derart energischen Politik gegenüber Moskau. Zugespitzt formuliert: In den niederländischen Plädoyers für die Wiedervereinigung ging es nicht so sehr um die Beendigung der deutschen Teilung *als solche* oder um eine positive Lösung eines *deutschen* Problems, sondern um die Standfestigkeit und Sicherheit des Westens im Kalten Krieg. So gesehen wurde allein schon das *Ziel* der deutschen Wiedervereinigung als im westlichen (und damit auch im niederländischen) Sicherheitsinteresse liegend betrachtet, weil es im Streit mit Moskau Entschlossenheit demonstrierte. Daß die Verwirklichung dieses Zieles vorläufig nicht zu erwarten war, war zwar bedauernswert, stellte aber keinen Grund zur Änderung des westlichen Standpunkts dar. Kurz- und mittelfristig blieb daher nur die Möglichkeit, die Integration der Bundesrepublik in den Westen fort-

zusetzen und das Ziel der deutschen Wiedervereinigung weiter zu unterstützen.

Entspannung und Status quo 1961–1989

Die NATO, Europa und die deutsch-französische Zusammenarbeit in den sechziger Jahren

Die weitgehende Übereinstimmung zwischen Den Haag und Bonn in der Frage der Wiedervereinigung wurde in den frühen sechziger Jahren überschattet durch eine heftige Kontroverse über die deutsch-französische Zusammenarbeit und die Europäische Integration. Zusammen mit Belgien blockierten die Niederlande 1962 das Zustandekommen der Europäischen Politischen Union, die de Gaulle initiiert und Adenauer unterstützt hatte. Der Widerstand ging hauptsächlich von Den Haag aus und führte zu einer ernsthaften Störung des Verhältnisses zwischen Luns und Adenauer. Zur Enttäuschung des Bundeskanzlers war nun – nach dem Fehlschlagen der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft im Jahre 1954 – zum zweiten Mal ein Projekt der europäischen Zusammenarbeit gescheitert, und der niederländische Außenminister war der Hauptschuldige. Adenauers Empörung über Luns sollte auch in den folgenden Jahren anhalten. Im Oktober 1963, kurz nach seinem Abtreten als Bundeskanzler, beklagte er sich in einem Gespräch mit dem früheren amerikanischen Außenminister Dean Acheson, Luns habe die Europäische Politische Union kaputt gemacht.¹ Und im Sommer 1964 sagte er de Gaulle, daß „das Europa von heute ... geradezu lächerlich (ist). Nur weil es Herrn Luns nicht gefällt, stehen alle Räder still“.² Diese deutsch-niederländische Kontroverse gründete auf unterschiedlichen Auffassungen über die künftige Struktur der europäischen Integration, die Rolle Großbritanniens und die atlantische Zusammenarbeit. Damit rüttelte der Konflikt an den Kernpunkten niederländischer und deutscher Außenpolitik, was zugleich die Beharrlichkeit Luns' und die tiefe Empörung Adenauers verständlich macht.

Im Jahre 1960 lancierte de Gaulle einen Plan, der die Institutionalisierung der Zusammenarbeit zwischen den sechs EWG-Mitgliedern auf den Gebieten Wirtschaft, Außenpolitik, Verteidigung

und Kultur zum Ziel hatte. Die Zusammenarbeit sollte auf Regierungsebene stattfinden, und die Entscheidungsbefugnis sollte bei den Regierungschefs liegen, die sich auf regelmäßig stattfindenden Gipfelkonferenzen treffen würden. Vier Kommissionen sollten die Beschlüsse auf den unterschiedlichen Sachgebieten vorbereiten und dabei von einem ständigen Sekretariat in Paris unterstützt werden. Gleichzeitig war vorgesehen, die supranationalen Elemente der bestehenden EWG-Struktur zu reduzieren.³

Zu Recht vermutete man in Den Haag hinter diesem Vorschlag die Absicht de Gaulles, die Führungsrolle im Kontinentaleuropa der Sechs, das sich von der amerikanischen Dominanz emanzipieren sollte, zu übernehmen. Ebenso wie Den Haag im Jahre 1950 die Pläne für europäische Streitkräfte aus Angst vor einer Schwächung der atlantischen Bindung abgelehnt hatte, stand dieses Argument auch jetzt wieder an erster Stelle. Anfang Oktober 1960 sagte Ministerpräsident de Quay in der Zweiten Kammer, daß „die Regierung diesen Plan primär vor dem Hintergrund unserer NATO-Politik beurteilen wird ... Alles, was die NATO und besonders die enge Zusammenarbeit zwischen den Vereinigten Staaten und dem Vereinigten Königreich schwächen könnte, muß abgelehnt werden.“⁴ Eine Schwächung der Bindung an die angelsächsischen Mächte würde nicht nur die europäische Sicherheit in Gefahr bringen, sondern auch dazu führen, daß die Niederlande einem Kontinentaleuropa unter deutsch-französischer Führung ausgeliefert wären. Die deutsch-französische Dominanz würde sich außerdem durch die von de Gaulle beabsichtigte Entscheidungsfindung auf Regierungsebene noch stärker bemerkbar machen als innerhalb der bestehenden supranationalen EWG-Strukturen. Darüber hinaus stand eine ausgedehnte politische Zusammenarbeit in einem begrenzten Kontinentaleuropa im Widerstreit zu den wirtschaftlichen Interessen der Niederlande, die in Richtung einer Zusammenarbeit mit den sieben EFTA-Ländern unter der Führung Großbritanniens in einem größeren europäischen Verband gingen. Auch könnte die Einbindung Großbritanniens in die europäische Zusammenarbeit ein Gegengewicht gegen die Achse Bonn-Paris bilden.

In mancher Hinsicht wurden diese niederländischen Bedenken auch auf deutscher Seite geteilt, doch Adenauer stimmte den Hauptpunkten des französischen Vorschlags zu.⁵ Seit Beginn seiner Kanzlerschaft war die Versöhnung mit Frankreich der Kern seiner Europapolitik. Nur durch gute Beziehungen zu Frankreich

konnte die Bundesrepublik fest in der europäischen Zusammenarbeit verankert werden, und nur mit französischer Unterstützung konnte sie eine gleichberechtigte Position erlangen. Die Gründung der EGKS (1952), die Lösung der Saarfrage (1957) sowie die Gründung von EWG und EURATOM (1958) waren wichtige Schritte auf diesem Weg. Dem stand das von Adenauer als schweren Rückschlag empfundene Scheitern der EVG im Jahre 1954 gegenüber. Bis zum Ende der fünfziger Jahre hatte die Bundesrepublik die europäische Integration und die atlantische Zusammenarbeit als komplementär betrachten können und war nicht vor die Alternative gestellt worden, sich für das eine oder andere zu entscheiden. Mit dem Amtsantritt de Gaulles 1958 und dem Ausbruch der Berlin-Krise im selben Jahr veränderte sich das allmählich. In den bisherigen Ausführungen wurde bereits herausgestellt, daß Washington und London in dieser Periode zunehmend bereit waren, den europäischen Status quo als Basis der Ost-West-Beziehungen zu akzeptieren, und daß sie eine Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion auch ohne eine Lösung der deutschen Frage nicht länger ausschlossen. Die britische Entspannungspolitik unter Macmillan und die zweifelhafte Standfestigkeit der Vereinigten Staaten, verstärkt durch das Abtreten und den Tod von Dulles im Frühjahr 1959, waren für Adenauer Zeichen einer schwindenden amerikanischen und britischen Unterstützung in der Frage der Wiedervereinigung. Gleichzeitig entpuppte sich de Gaulle als möglicher Ausweg für Adenauers Sorgen. Zwar hatte der französische Regierungschef im Herbst 1958 ein NATO-Direktorium der drei führenden Westmächte erwogen und damit Adenauers Befürchtungen einer Isolierung Deutschlands vorübergehend bekräftigt, schlug jedoch bald eine antiatlantische und kontinentaleuropäische Richtung ein, und das bedeutete vor allem die Konzentration auf die deutsch-französische Zusammenarbeit.⁶ Einerseits schloß sich de Gaulle damit Adenauers Europapolitik seit 1949 an, andererseits stand sein Antiamerikanismus im Gegensatz zu den westdeutschen Interessen an einem atlantischen Sicherheitsbündnis. Adenauer hatte das erkannt und versuchte zunächst, eine Wahl zwischen Frankreich und den Vereinigten Staaten durch eine Schwächung der antiatlantischen Elemente von de Gaulles Plänen zu vermeiden. Dennoch orientierte er sich zunehmend am französischen Präsidenten, der mit seinem europäischen Blickwinkel, seiner festen Haltung gegenüber Moskau und seiner expliziten Unterstützung der deutschen Wiedervereinigung (wenn auch nicht

in den Grenzen von 1937) ein zwar unbeständiger, aber gleichzeitig unentbehrlicher Partner war. In Adenauers engerer Umgebung, die den Plänen de Gaulles eher kritisch gegenüberstand, herrschte sogar der Eindruck, so der Politologe Hans-Peter Schwarz, daß der Kanzler „seine Seele an die Franzosen verkauft hatte“.⁷ Auch wenn das zu einfach gedacht war,⁸ war Adenauer tatsächlich für de Gaulles Avancen in Richtung einer deutsch-französischen Entente besonders empfänglich. Nach dem Scheitern der Europäischen Politischen Union im Jahre 1962 sollte dann der Deutsch-Französische Freundschaftsvertrag im Januar 1963 abgeschlossen werden.

Den Haag betrachtete die Zusammenarbeit zwischen Adenauer und de Gaulle vor dem Hintergrund der drohenden Perspektive, Frankreich und die Bundesrepublik könnten in Europa gemeinsam den Ton angeben. Als man Botschafter Lamping nach dem erfolgreichen ersten Treffen zwischen Adenauer und de Gaulle in Colombey-les-deux-Églises im September 1958 im Auswärtigen Amt ungefragt versicherte, daß „die Verbündeten nicht befürchten mußten, Frankreich wolle mit Deutschland und vielleicht auch mit Italien zusammen eine Führungsrolle übernehmen“, fühlte er sich veranlaßt, genau das Gegenteil zu vermuten. Träte diese Entwicklung ein, so gäbe es jedenfalls für die Niederlande „keinen Grund, die deutsche Freude über das Treffen in Colombey zu teilen“.⁹ So wuchs in den Jahren 1958–1963 das niederländische Mißtrauen gegen die deutsch-französische Zusammenarbeit. Erst mit dem Amtsantritt von Adenauers Nachfolger Ludwig Erhard im Jahre 1963 sollte dies wieder abnehmen.¹⁰ Botschafter van Vredenburg charakterisierte die niederländischen Sorgen im August 1962 in einem Bericht an Den Haag: „Wir Niederländer haben unter Napoleon erfahren, was ein französisches Europa bedeutet, und unter Hitler lernten wir, wie ein deutsches Europa aussehen könnte. Es scheint mir nicht schwer vorherzusagen, daß ein Europa unter einer französisch-deutschen und später deutsch-französischen Hegemonie – vorsichtig ausgedrückt – nicht unserem Volkscharakter entsprechen wird und wahrscheinlich nicht im Interesse unseres Volkes liegt.“¹¹ Es verwundert daher nicht, daß Den Haag während der Verhandlungen über eine Politische Union 1960–1962 auf die deutsch-französische Vorgehensweise, sich zunächst untereinander zu einigen und erst dann das Ergebnis den Partnern zur Billigung vorzulegen, ablehnend reagierte.¹²

Zunächst hatte der niederländische Standpunkt kaum Aussichten auf Erfolg. Zwar konnte sich Luns auf der Pariser Gipfelkonferenz vom Februar 1961, auf der die Sechs zum ersten Mal gemeinsam über eine politische Union sprachen, durch eine erfolgreiche Verzögerungstaktik dem deutsch-französischen Druck widersetzen: Er weigerte sich, dem von de Gaulle und Adenauer vorbereiteten Abschlußkommuniqué zuzustimmen, in dem die politische Zusammenarbeit der Sechs bereits festgelegt war, und erreichte – zur Entrüstung Adenauers –, daß lediglich die Einrichtung eines Ausschusses zur eingehenden Prüfung der Pläne beschlossen wurde. Doch damit schien der niederländische Erfolg bereits vorbei zu sein. In diesem Ausschuß, nach seinem Vorsitzenden Fouchet-Kommission genannt, stand der niederländische Vertreter de Vos van Steenwijk mit seiner Forderung, Großbritannien müsse in die Unterredungen einbezogen werden, völlig allein.¹³ Enttäuschend war darüber hinaus, daß sich die Niederlande, die sich für eine Verstärkung der EWG und der atlantischen Zusammenarbeit einsetzten, in Washington kein Gehör verschaffen konnten. Der niederländische Botschafter in den Vereinigten Staaten, van Roijen, berichtete im April 1961 an Den Haag, daß das State Department die niederländischen Sorgen nicht teilte. Washington ging es allgemein um eine Stärkung Europas, aber in welcher Form die Integration stattfinden sollte – als supranationale EWG-Struktur oder als Zusammenarbeit auf Regierungsebene –, war zweitrangig. Auch daß die kleineren europäischen Partner bei einer Verwirklichung von de Gaulles Plänen unter einer deutsch-französischen Hegemonie an Spielraum verlieren würden, machte in Washington wenig Eindruck. Dasselbe galt für das niederländische Plädoyer, Großbritannien in die europäische politische Zusammenarbeit einzubeziehen, sowie für die Einschätzung, de Gaulle ziele darauf ab, „die NATO zu sabotieren“, wie van Roijen es ausdrückte. Aus amerikanischer Perspektive war ein festes deutsch-französisches Band eine wichtige Grundlage für die künftige westliche Zusammenarbeit, da es dazu beitrage, die Bundesrepublik so effektiv wie möglich einzubinden. Daß van Roijens Bedenken in Washington abgewiesen wurden, bedeutet übrigens nicht, daß die Amerikaner die niederländischen Befürchtungen gänzlich beiseite schoben. Zweifellos bereitete der antiatlantische Kurs des französischen Präsidenten auch in den Vereinigten Staaten Sorgen, aber für Washington stand zu dieser Zeit fest, daß eine

Konfrontation mit Paris für die westliche Zusammenarbeit nur nachteilig sei.

Die isolierte Position der Niederländer fand im Frühjahr 1961 ein Ende, nachdem in Belgien Paul Henri Spaak durch einen Regierungswechsel erneut Außenminister wurde. Zwar leistete Spaak weniger heftigen Widerstand gegen die Politische Union als Luns, aber Den Haag hatte nun doch einen Verbündeten. Günstig war auch, daß Großbritannien Ende Juli 1961 ankündigte, Mitglied der EWG werden zu wollen. Damit hatte Den Haag ein stichhaltiges Argument, die Verzögerungstaktik fortzusetzen: Solange die Besprechungen mit Großbritannien über den Beitritt noch nicht abgeschlossen waren, konnte die Unterzeichnung eines Vertrages über die politische Zusammenarbeit durch die Sechs als voreilig betrachtet werden. Zeit gewinnen war also weiter die wichtigste Devise, auch wenn Ende 1961 eine Übereinkunft nah schien und in der Fouchet-Kommission einige niederländische Einwände berücksichtigt worden waren.¹⁴

Zu einem Vertrag kam es dann doch nicht, weil de Gaulle im Januar 1962 unvermittelt ein Vorhaben präsentierte, das seinen ursprünglichen Plänen sehr ähnelte und in dem alle bisherigen Konzessionen unberücksichtigt blieben. Obwohl Adenauer de Gaulle zu einem gewissen Einlenken überreden konnte und sie sich Anfang 1962 gemeinsam für eine erfolgreiche Abrundung der Politischen Union einsetzten, war diese Chance im April 1962 endgültig vertan. Während de Gaulle, von Adenauer unterstützt, eine Fortsetzung der Verhandlungen über den britischen Beitritt blockierte und zunächst die Politische Union verwirklichen wollte, war für Luns und Spaak nur die umgekehrte Vorgehensweise akzeptabel. In dieser Pattsituation bekamen die Niederlande und Belgien Anfang April endlich die langersehnte Unterstützung aus London: Nach dem britischen Antrag auf Mitgliedschaft in der EWG zeigte sich London nun auch interessiert an der europäischen politischen Zusammenarbeit und bat um Aufnahme in die Fouchet-Kommission. So konnten Luns und Spaak ihre *préalable anglais* nachdrücklicher als je zuvor ins Spiel bringen. Am 17. April erklärten sie, weitere Gespräche hätten keinen Sinn ohne Einbeziehung der Briten. Da auch Paris und Bonn nicht von ihrem Standpunkt abrückten, war das Schicksal der Europäischen Politischen Union besiegelt.¹⁵

„Ich könnte ihm den Hals umdrehen“, sagte Adenauer kurz darauf über Luns und sprach empört über diesen „langen Kerl“,

den er als „stur, wie nur ein Holländer sein kann“, charakterisierte.¹⁶ Derartige Bemerkungen kamen auch Luns zu Ohren. So telegraphierte der italienische Außenminister Fanfani an Luns, daß Adenauer ihm erzählt habe, in Momenten der Rückschläge und der Unzufriedenheit an eine Person zu denken, die es noch schwerer hatte: Frau Luns.¹⁷ Anfang März des Jahres 1963 beklagte sich Luns bei Walter Hallstein, der früher Staatssekretär im Auswärtigen Amt gewesen war und seit 1958 Vorsitzender der Europäischen Kommission, über „die besonders scharfen und unwahren Beschuldigungen“, die der Bundeskanzler in größerem Kreis verbreite. Hallsteins Behauptung, nichts davon zu wissen, war wahrscheinlich eher Ausdruck von Loyalität zu Adenauer als von Wahrheitsliebe. Adenauer fühlte sich jedenfalls in seiner Europapolitik vom niederländischen Außenminister blockiert und sollte Luns das nicht mehr verzeihen. Die Antipathie war übrigens gegenseitig und auch bei Luns äußerst dauerhaft. Zur Zeit seines Rücktritts im Jahre 1971 bemerkte er, daß seine Beziehung zu Adenauer „mit dem Wort kühl vielleicht zu euphemistisch, aber doch diplomatisch angemessen umschrieben werden kann“.¹⁸ Auch zwanzig Jahre später war Luns' Einstellung zu Adenauer keineswegs milder geworden. Zurückblickend charakterisierte Luns Adenauer zu Beginn der neunziger Jahre noch immer als „den unfreundlichsten und grobschlächtigsten Mann“, an den er sich in seiner politischen Laufbahn erinnern könnte.¹⁹

Der Politologe Duco Hellema umschrieb die niederländischen Widerstände gegen die Europäische Politische Union in den Jahren 1960–1962 als „einen der Höhepunkte niederländischer Außenpolitik seit dem Krieg“.²⁰ Auf den ersten Blick hat Hellema gewiß recht: Der von den Niederlanden initiierte und später zusammen mit Belgien konsequent geleistete Widerstand hat schließlich die Politische Union zerstört. So verhinderte Den Haag – gegen starken Druck aus Paris und Bonn – eine europäische Entwicklung, die den außenpolitischen und wirtschaftlichen Interessen der Niederlande nicht entsprach. Bei näherer Betrachtung waren die Niederlande jedoch weniger erfolgreich: Der britische Beitritt zur EWG scheiterte am französischen Veto und sollte erst im Jahre 1973 erfolgen. Noch wichtiger war, daß Adenauer und de Gaulle nach dem Mißlingen ihrer Europäischen Politischen Union eine bilaterale Entente ansteuerten, weshalb die niederländischen Befürchtungen einer deutsch-französischen Dominanz in Europa sowie einer Schwächung der NATO unvermindert weiterbestanden.

Schon zuvor hatten de Gaulle und Adenauer über eine weitgehende bilaterale Zusammenarbeit gesprochen, und die Basis hierfür wurde in der zweiten Hälfte des Jahres 1962 bei gegenseitigen Staatsbesuchen gelegt. Der überwältigende Empfang, den man Adenauer im Juli bei dessen Frankreich-Besuch bereitete, sowie der deutsche Jubel bei de Gaulles Gegenbesuch im September sind zu Recht als Höhepunkte der deutsch-französischen Aussöhnung charakterisiert worden.²¹ Trotz aller Sorgen angesichts der engen Beziehung zwischen Adenauer und de Gaulle zeigte der niederländische Botschafter van Vredenburg Verständnis für die symbolische Bedeutung der gegenseitigen Staatsbesuche. In dem überwältigenden Enthusiasmus der deutschen Bevölkerung bei de Gaulles Staatsbesuch sah er in erster Linie ein Zeichen der Befreiung: Die „ausgestreckte Hand“ des französischen Präsidenten bedeutete für die Deutschen einen Strich unter die Vergangenheit und eine Bestätigung der Gleichrangigkeit Deutschlands.²² Übrigens hielt er es für unwahrscheinlich, daß die Deutschen hiermit maßvoll umgehen würden: „Das wäre eine undeutsche Reaktion, eher ist das Gegenteil zu erwarten“, schrieb er mit einem deutlichen Gefühl des Unbehagens.²³

Das niederländische Unbehagen und Mißtrauen konkretisierte sich im Herbst 1962, als die Konturen der verstärkten deutsch-französischen Zusammenarbeit sichtbar wurden. Adenauer orientierte sich trotz heftiger Widerstände der ‚Atlantiker‘ innerhalb der eigenen Regierung und Partei an Frankreich. Die geplante institutionalisierte Zusammenarbeit zwischen Bonn und Paris auf den Gebieten Außenpolitik, Verteidigung, Wirtschaft und Kultur führte in Den Haag zu dem inzwischen bekannten Reflex. In einer Aufzeichnung von Anfang Dezember 1962, die die Zustimmung der Spitze des Außenministeriums hatte, war von „fatalen Folgen“ für die NATO und die Europäischen Gemeinschaften die Rede. Zwar seien die ursprünglichen französischen Vorschläge ein wenig abgeschwächt, die „hegemonistischen Tendenzen“ in Paris und Bonn jedoch unverkennbar. Und diese würden zu einer Situation führen, in welcher der Begriff „europäisch“ durch deutsch-französische Übereinkommen definiert würde. Für die übrigen Länder bliebe dann lediglich die Möglichkeit, sich dem anzuschließen „gegen Vorlage eines Zertifikats für gutes Benehmen“, das Bonn und Paris ausstellten. Kurzfristig, so hieß es in der Aufzeichnung weiter, drohe außerdem eine deutliche Verschlechterung der Chancen für einen britischen Beitritt zur EWG.²⁴

Wie sehr die letztgenannte Prophezeiung zutraf, wurde Mitte Januar deutlich, als de Gaulle sein Veto gegen den britischen Beitritt einlegte. „Ein schwarzer Tag für Europa“, kommentierte Luns im Namen der tief enttäuschten und sehr besorgten niederländischen Regierung.²⁵ Gut eine Woche später, am 22. Januar 1963, unterzeichneten Adenauer und de Gaulle den Deutsch-französischen Freundschaftsvertrag. Zurückhaltend lautete am Tag darauf die offizielle Reaktion des niederländischen Außenministeriums, daß alles, was zu guten deutsch-französischen Beziehungen beitragen würde, „im Prinzip von den Niederlanden begrüßt wird“, aber damit war auch schon alles Positive gesagt. Die europäische Einigung, dozierte Den Haag, könne nur auf „der Gleichheit aller Partner“ begründet sein, und der deutsch-französische Vertrag erwecke den Eindruck, als ob „einige Länder gleicher sind als andere“. Deshalb sei es „schwierig“ zu erkennen, daß der Vertrag einen Beitrag zur europäischen Integration leisten könne, „wie sie allgemein gewünscht wird“.²⁶ Gemeint waren damit besonders die niederländischen Vorstellungen von einer Integration.

Adenauer nahm die niederländische Kritik zum Anlaß, erneut seine Unzufriedenheit über Luns zum Ausdruck zu bringen. Ende Januar bemerkte er in einem Hintergrundgespräch mit Journalisten zur deutsch-französischen Zusammenarbeit: „Aber wissen Sie, wer in der ganzen Sache so furchtbar hetzt? Das ist Holland, das ist der Herr Luns“, woraufhin er Luns noch einmal für das Scheitern der Europäischen Union im Jahre 1962 verantwortlich machte.²⁷ Besonders die Kombination aus Freundschaftsvertrag und Veto gegen die britische EWG-Mitgliedschaft begründete die niederländischen Sorgen. Bei den Gesprächen über eine Politische Union hatte Den Haag unerwünschte Entwicklungen noch verhindern können, nun aber stand man im Abseits und mußte hilflos zusehen, wie die europäische Zusammenarbeit in intergouvernementales, kontinentales und antiatlantisches Fahrwasser zu geraten drohte.

„Alle latenten Ressentiments gegen die Bundesrepublik werden wieder wach“, berichtete der deutsche Botschafter in Den Haag, Löns, einige Wochen später nach Bonn. Zwar richte sich die niederländische Verbitterung vor allem gegen de Gaulle, aber die Enttäuschung über Adenauers profranzösischen Kurs habe gleichzeitig „zu einer ernsten Belastung des deutsch-niederländischen Verhältnisses“ geführt, wobei „Ausfälle gegen den Herrn Bundeskanzler und die Bundesregierung ... an der Tagesordnung (sind)“.²⁸

Damit meinte der Botschafter besonders die PvdA und ihren Fraktionsvorsitzenden in der Zweiten Kammer, Anne Vondeling, der öffentlich spekulierte, ob die Bundesrepublik überhaupt noch ein loyaler NATO-Partner war. In Kombination mit den atomaren Ambitionen Frankreichs könne sich die Bundesrepublik durch die deutsch-französische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Verteidigung zur Atommacht entwickeln. So drohe die „lebensgefährliche Entwicklung“ einer selbständigen deutschen Militärmacht. „Es könnte sein, daß ‚der Weg zurück‘ eingeschlagen ist,“ so Vondeling mit einer kaum verhüllten Anspielung auf das Dritte Reich.²⁹ Ob es dem PvdA-Führer mit dieser drastischen Zuspitzung wirklich ernst war, ist übrigens zweifelhaft. Wahrscheinlicher ist, daß die oppositionelle PvdA antideutsche Gefühle in Politik und Gesellschaft aufgriff, um die Regierung bei der anstehenden Ratifizierungsdebatte zur sogenannten Generalvereinbarung zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik in Bedrängnis zu bringen. Mit diesem Vertrag wollten Den Haag und Bonn nach jahrelangen mühsamen Verhandlungen unter die noch aus dem Krieg stammenden bilateralen Fragen einen Schlußstrich ziehen (siehe Kapitel 7). Weil das Ergebnis der Verhandlungen in den Niederlanden stark kritisiert wurde und vielen als Beweis der geringen deutschen Reue galt, war die Stimmung gegen Deutschland ohnehin sehr gereizt. Die PvdA schürte dieses Feuer, plädierte mit Blick auf den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag für eine Aufschiebung der Ratifizierung der Generalvereinbarung und wollte abwarten, wie sich die deutsche Außenpolitik weiter entwickeln würde. In der Zweiten Kammer drückte PvdA-Sprecher C.L. Patijn diese Haltung mit der Bemerkung aus, daß es ihm „sehr unglücklich schien, wenn die Niederlande Deutschland die Genugtuung der Generalvereinbarung anbieten würden in einem Augenblick, in dem die Bundesrepublik im Kielwasser de Gaulles dabei sei, der europäischen Entwicklung großen Schaden zuzufügen.“³⁰ Die PvdA erreichte keine Verschiebung der Ratifizierungsdebatte, profilierte sich aber als wachsame Partei gegenüber Deutschland. Das ohnehin schon von vielen als dürftig betrachtete Verhandlungsergebnis der Generalvereinbarung stand nun in noch schlechterem Licht da.

Auch außerhalb sozialdemokratischer Kreise reagierte man kritisch auf Adenauers Orientierung an de Gaulle. In einem Leitartikel der protestantischen Tageszeitung *Trouw* war zu lesen, daß der Bundeskanzler von seinen früheren europäischen und födera-

listischen Ideen abrücke und unter dem Einfluß des französischen Präsidenten „immer nationalistischer wurde“. Die Bundesrepublik stehe nun vor der Wahl zwischen Adenauers neuer Politik, die „auf starken und gefährlichen Gefühlen von Teilen des deutschen Volkes“ gründete, und der proeuropäischen Richtung von Ludwig Erhard. Der so konstruierte Gegensatz zwischen Adenauer und Erhard zeugt zwar von einer nur wenig zutreffenden Analyse der Politik des Bundeskanzlers, zeigt jedoch die großen Sorgen, die sich *Trouw* über die künftige deutsche Politik machte: „Es ist ... deutlich, daß das uns alle etwas angeht. Ein nationalistisches Deutschland ist eine sehr schlimme Sache. Weil wir die deutsche Energie kennen, müssen wir allzusehr befürchten, daß es bald die stärkste Macht in Europa werden kann, mit all den Risiken, die das in sich birgt. Aber wenn diese Energie in ein europäisches, dem Westen zugewandtes Deutschland investiert würde, wäre das ein Segen für die ganze Welt.“³¹ Auch die katholische *Volkskrant* äußerte sich negativ über die Politik des „eigensinnigen Bundeskanzlers“, fügte dem jedoch beruhigend hinzu, daß „der politische Kredit des Kanzlers“ in der Bundesrepublik abnehme. Mit Hinweis auf den für dasselbe Jahr angekündigten Rücktritt Adenauers stellte die Zeitung zufrieden fest, daß der Bundeskanzler dem französischen Präsidenten nur noch für kurze Zeit zu Diensten sein könne.³² Der liberale *NRC* reagierte hingegen nüchtern, nannte den Vertrag „kaum mehr als eine leere Hülse“ und wies dabei auf die unterschiedlichen Interessen von Bonn und Paris hin. Obwohl der *NRC* außer in Frankreich auch in manchen westdeutschen Kreisen antiamerikanische Ressentiments ausmachte, befürchtete diese Zeitung nicht, daß sich die Bundesrepublik vom atlantischen Bündnis abwenden könnte. Denn die Deutschen wüßten, daß sie „von der Gnade der Macht Amerikas“ lebten und daß Frankreich ihnen diese Sicherheit nicht bieten könnte.³³

Zur Zeit der Fouchet-Kommission hatten die Niederlande mit ihrem Widerstand gegen die deutsch-französische Zusammenarbeit meist allein gestanden, jetzt war Den Haag eine laute Stimme im Chor der Kritiker. Herbert Blankenhorn, ein früherer enger Mitarbeiter Adenauers und von 1958 bis 1963 deutscher Botschafter in Paris, notierte in seinem Tagebuch, daß der deutsch-französische Vertrag der Bundesrepublik großen Schaden zugefügt habe. Er sprach sogar von einer „einfach schlechten Außenpolitik“: die Beziehungen zu Großbritannien auf dem Tiefpunkt, wachsendes Mißtrauen in den Vereinigten Staaten, „ein tief verärgertes Bel-

gien“ und „ein aggressiv negatives Holland“.³⁴ Wichtiger als die von ihm erwähnte Kritik aus dem Ausland war jedoch, daß der deutsch-französische Vertrag auch in der Bundesrepublik stark unter Beschuß geriet. Der Bundestag versah den Vertrag bei der Ratifizierung im Frühjahr 1963 mit einer korrigierenden Präambel und schwächte ihn damit erheblich ab. So wurden mehrere Ziele westdeutscher Außenpolitik formuliert, die zum Freundschaftsvertrag in einem gespannten Verhältnis standen: gemeinsame Sicherheit im Rahmen der NATO, enge Zusammenarbeit zwischen Europa und den Vereinigten Staaten, europäische Einigung in der Form, die durch die EWG vorgegeben war, einschließlich des britischen Beitritts und einer Liberalisierung des internationalen Handels.

Damit hatten die ‚Atlantiker‘ im Bundestag einen Sieg über die deutschen ‚Gaullisten‘ errungen und Adenauer ein empfindliche Niederlage beigebracht. Den Haag konnte damit nur zufrieden sein. Erneut schien eine Entwicklung aufgehalten zu sein, die den Ausgangspunkten der niederländischen Außenpolitik zuwiderlief. Mit dieser parlamentarischen Entschärfung des deutsch-französischen Vertrages war die Unsicherheit über die Position der Bundesrepublik und die europäische und atlantische Zusammenarbeit allerdings nicht vorbei. Die Präambel hatte den Vertrag zwar großenteils neutralisiert, aber bot sie eine Garantie für einen eindeutigen außenpolitischen Kurs? Den Haag befand sich hierüber im Zweifel. Im Streit zwischen ‚Atlantikern‘ und ‚Gaullisten‘ hatten letztere zwar eine Niederlage erlitten, die jedoch keineswegs definitiv sein mußte. Die Dilemmata der deutschen Außenpolitik waren jedenfalls nicht gelöst, jetzt stand lediglich vertraglich fest, daß eine eindeutige Richtung fehlte.

Diese Unsicherheit über die Zukunft der deutschen Außenpolitik hing auch mit dem oben bereits erwähnten nahenden Ende der Ära Adenauer zusammen. Schon seit einigen Jahren wurde in der Bundesrepublik über die Frage seines Nachfolgers spekuliert und verbittert debattiert. Adenauer hatte sich im Laufe der Nachwehen der ‚Spiegel-Affäre‘ im Herbst 1962 auf seinen Rücktritt im darauffolgenden Jahr festlegen müssen, und im Frühjahr 1963 fanden die letzten Turbulenzen rund um die Frage seines Nachfolgers statt.³⁵ Aus niederländischer Perspektive galt ‚der Alte‘ lange Zeit als Personifizierung der deutschen Stabilität und Bündnistreue. In seinen letzten Jahren als Bundeskanzler hatte er in den Augen vieler jedoch schwere innenpolitische Fehler begangen

(siehe Kapitel 9), und hierzu kam seit 1960 die Kontroverse über die europäische und deutsch-französische Zusammenarbeit. „Die Verhältnisse in Deutschland haben sich alles andere als konsolidiert“, hatte van Vredenburg im März 1960 nach Den Haag berichtet.³⁶ Aus dieser allgemeinen Einschätzung der Nachkriegsentwicklung sprach die Unsicherheit über die Zukunft der Bundesrepublik, und diese Einschätzung sollte durch den Ablauf der Nachfolgedebatte nicht positiver werden.

Seit dem Jahre 1959 hatte der Bundeskanzler nichts unversucht gelassen, um seinen erfolgreichen Wirtschaftsminister Ludwig Erhard als Nachfolger zu verhindern. Die Passivität, mit der Erhard den Angriffen Adenauers begegnete, bestätigte den Bundeskanzler in seiner Auffassung, Erhard sei als Kanzler ungeeignet. Auch die Niederländer hatten ihre Zweifel an Erhards Eignung zum Bundeskanzler. Van Vredenburg nannte zwar in seinem Abschlußbericht als Botschafter in Bonn im Herbst 1962 Erhard einen Mann gesunder Überzeugungen auf sozialem und wirtschaftlichem Gebiet, einen „rechtschaffenen Menschen“ und „überzeugten Demokraten“, aber er sei „kein Vollblutpolitiker“, „kein Kämpfer“, eher „ein typisch zerstreuter Professor, ohne Rückgrat“. Falls er Kanzler werden sollte, so van Vredenburgs zutreffende Voraussage im Oktober 1962, „wird er das Amt vermutlich nicht lange ausüben“.³⁷ Positiv sei gewiß, daß Erhards Haltung zur europäischen und atlantischen Zusammenarbeit den niederländischen Auffassungen viel näher kam als diejenige Adenauers. Ob dies aber zur gewünschten Außenpolitik führen würde, sei zweifelhaft angesichts des weitaus geringeren politischen Durchsetzungsvermögens Erhards und des zu erwartenden Widerstands der profranzösischen Kräfte in der Bundesrepublik. Mit dieser Skepsis stand van Vredenburg nicht allein. Auch im niederländischen Außenministerium zweifelte man an Erhards Führungsqualitäten. P.W. de Beun, Leiter des Mitteleuropa-Büros, befürchtete, „daß die Bundesrepublik unter Erhard bald einem Diadochenkampf zwischen denjenigen, die sich als geeignete Nachfolger Adenauers berufen fühlen, entgegengehen wird“.³⁸ Genauso urteilte van Vredenburgs Nachfolger van Ittersum, als er Anfang 1963 mit Sorge über die internen Widerstände in der Bundesrepublik berichtete und in der Außenpolitik keinen „geraden Kurs“ ausmachen konnte.³⁹ Nachdem Ende April 1963 die CDU/CSU-Fraktion Ludwig Erhard definitiv zum Nachfolger Adenauers nominiert hatte, befürchtete van Ittersum, daß der verbitterte Adenauer mit „seiner

scharfen Zunge und seiner berüchtigten Rücksichtslosigkeit Erhard, der CDU und der gesamten Bundesrepublik noch großen Schaden zufügen könnte. Es ist, nicht nur für dieses Land, zu hoffen, daß die Ära Adenauer nicht auf dramatische Weise zu Ende gehen wird.⁴⁰

Diese Ungewißheit über die Zukunft der Bundesrepublik wurde durch Adenauers Ankündigung noch verstärkt, daß er auch nach seinem Rücktritt als Kanzler seinen Einfluß auf die Regierungspolitik in seiner Eigenschaft als CDU-Vorsitzender weiter ausüben werde. Van Ittersum sah hierin kein gutes Vorzeichen, weil so die politischen Meinungsverschiedenheiten in der Bundesrepublik weiter angefacht würden. So vermißte er anlässlich Adenauers Verabschiedung im Oktober 1963 eine substantielle politische Botschaft des alten Staatsmannes. Er habe lediglich „den bekannten, erhobenen Zeigefinger Adenauers“ ausgemacht, der „jeden außer seinen treuen Freunde de Gaulle ermahnte, den falschen Weg endlich zu verlassen“. Insgesamt ein enttäuschender Abschiedsgruß.⁴¹

Auch wenn Adenauers Verabschiedung von Kritik und Sorgen begleitet wurde, fiel doch die niederländische Bilanz seiner Kanzlerschaft zweifelsfrei positiv aus, wie *de Volkskrant* es in einem Kommentar ausdrückte. „An diesem Tag ist es angemessener, daran zu denken, was Adenauer in seiner oftmals eisigen Uner-schütterlichkeit im Interesse Westeuropas getan hat, als seine typischen Fehler in die Waagschale zu werfen“.⁴² Ähnlich urteilte die sozialdemokratisch orientierte Zeitung *Het Parool*, die die Fehler der letzten Adenauer-Jahre nicht verschwieg, aber die positive „historische Bedeutung seiner Ära“ in den Mittelpunkt stellte.⁴³ Das galt auch für den *NRC*, der distanziert von Adenauers „kühler Schläue“ sprach, andererseits jedoch seinen „Ehrenplatz in der deutschen Geschichte“ betonte, den der Bundeskanzler verdient habe.⁴⁴ Die katholische Zeitung *De Tijd* charakterisierte ihn als einen „großen Deutschen“, dem die atlantische Welt viel zu verdanken habe, und der liberale *Haagsche Courant* rühmte den Kanzler als einen „großen Staatsmann“.⁴⁵

Dieses Lob bezog sich jedoch auf Adenauers Politik in den fünfziger Jahren. Auf einem anderen Blatt standen die Sorgen und die Kritik der frühen sechziger Jahre. Überblickt man die niederländische Perzeption der Bundesrepublik am Ende der Ära Adenauer, so zeigt sich, daß neue Sorgen die alten Unsicherheiten abgelöst hatten. In den fünfziger Jahren richtete sich die Aufmerk-

samkeit vor allem darauf, ein Deutschland zu verhindern, das zwischen Ost und West laviert. Als diese Angst durch Adenauers erfolgreiche Politik der Westintegration geringer wurde und das wirtschaftliche und politische Gewicht der Bundesrepublik zunahm, erhob sich die Frage, für welche Form der Zusammenarbeit innerhalb des Westens sich die Bundesrepublik entscheiden würde. Diese Überlegung war eng verknüpft mit den internen westlichen Meinungsverschiedenheiten über eine angemessene Politik im Ost-West-Konflikt, über eine europäische und atlantische Zusammenarbeit und über Verfügungsgewalt von Atomwaffen. Zwar war der Gefahr einer einseitig kontinentaleuropäischen Politik der Bundesrepublik nach dem Scheitern der Europäischen Politischen Union und der hinzugefügten Präambel zum deutsch-französischen Vertrag vorläufig Einhalt geboten, Anlaß zur Beruhigung gab das jedoch nicht. Der neue Kanzler Erhard schien wenig tatkräftig, de Gaulle sollte gewiß noch für unangenehme Überraschungen sorgen, der britische Beitritt zur EWG war vorläufig blockiert und die sich ankündigende Entspannung brachte aus niederländischer Perspektive zusätzliche Unsicherheiten. Würde sich die in den fünfziger Jahren errichtete euro-atlantische Zusammenarbeit gegen die zentrifugalen Tendenzen behaupten können? Welche Folgen würden solche Tendenzen für die Einbindung der Bundesrepublik haben, die sich zunehmend selbstbewußt gab? Zu Adenauers Verabschiedung hatte das euro-atlantische Gebäude, zu dem er selbst mit seiner Integrationspolitik einen zentralen Beitrag geliefert hatte, an innerem Zusammenhalt und Stabilität verloren. Für Den Haag gab es genügend Gründe, die Entwicklungen in der Bundesrepublik mit unverminderter Wachsamkeit zu verfolgen.

Stagnation und Unsicherheit 1963–1969

Nach der Wahl Ludwig Erhards zum Bundeskanzler im Oktober 1963 verschwanden die Spannungen zwischen Den Haag und Bonn hinsichtlich der europäischen und atlantischen Politik weitgehend. Sowohl Erhard als auch sein Außenminister Schröder waren davon überzeugt, daß ein gutes deutsch-amerikanisches Verhältnis im vitalen Sicherheitsinteresse der Bundesrepublik lag und daß nach Adenauers einseitiger Orientierung auf de Gaulle ein Kurswechsel in atlantischer Richtung erforderlich war. Auch auf dem Feld der europäischen Integration kamen die Vorstellungen Erhards den

niederländischen Ideen viel näher als die Adenauers. Erhard befürwortete energisch den Beitritt Großbritanniens zur EWG: Politisch sah er in Großbritannien ein Verbindungsglied, das zur Festigung der europäisch-atlantischen Beziehung beitrug, und wirtschaftlich stellten die Briten mit ihrer Tradition des Freihandels für ihn einen wichtigen Bundesgenossen beim Abbau internationaler Handelsbeschränkungen dar. Erhard betrachtete die europäische Zusammenarbeit in erster Linie aus der ökonomischen Perspektive, und für den deutschen Export bot ein kontinentales ‚Europa der Sechs‘ zu wenig Möglichkeiten. Seine Zukunftsvision war eine große europäisch-atlantische Freihandelszone, und dies bedeutete – wie schon in der Sicherheitspolitik –, von einer exklusiven deutsch-französischen Freundschaft im Sinne Adenauers Abschied zu nehmen.⁴⁶

Nach den Turbulenzen der vorangegangenen Jahre zwischen Bonn und Den Haag sah man in den Niederlanden die Kanzlerschaft Erhards als einen willkommenen Wachwechsel in Bonn. Zwar bezweifelte man, ob Erhard in der Lage sein würde, gegen den ‚gaullistischen‘ Flügel seiner Partei der Außenpolitik einen kräftigen atlantischen Stempel aufzudrücken, aber die Übereinstimmung seiner Intentionen mit denen Den Haags wurde jedenfalls positiv bewertet. Es war bezeichnend für die Klimaverbesserung, daß Erhard Anfang März 1964 schon kurze Zeit nach seinem Amtsantritt gemeinsam mit Schröder nach Den Haag kam, um über die europäische Zusammenarbeit zu sprechen.⁴⁷ Da dies zugleich der erste offizielle Besuch eines Bundeskanzlers in den Niederlanden war, symbolisierte Erhards Visite mehr als nur das Ende der deutsch-niederländischen Auseinandersetzung über die europäische Gemeinschaft. „Die Zeit ist mehr als reif für den Beginn gegenseitiger offizieller Besuche“, schrieb die katholische *Volkskrant*. Das sozialdemokratisch orientierte *Parool* und das liberale *Algemeen Dagblad* würdigten, daß Erhard mit seiner Reise nach Den Haag tat, was Adenauer während seiner Kanzlerschaft versäumt hatte, und so erhielt der Besuch den Charakter eines Beginns einer neuen Phase deutsch-niederländischer Beziehungen.⁴⁸

Die Gespräche auf Regierungsebene konzentrierten sich jedoch auf europäische Fragen und bestätigten, daß Den Haag und Bonn im allgemeinen dasselbe dachten. In seinem Bericht an das Kabinett sprach Luns dann auch erfreut über die „ausgezeichnete Atmosphäre“, in der die Gespräche stattgefunden hätten. Dazu dürfte zweifellos beigetragen haben, daß Erhard unverblümt über sein

schwieriges Verhältnis zu de Gaulle berichtet hatte, den er ebenso wie Luns und Ministerpräsident Marijnen wegen seiner NATO-feindlichen Politik und seines Machtstrebens in Europa scharf kritisiert hatte.⁴⁹ Aus niederländischer Sicht war diese Übereinstimmung mit Bonn besonders wichtig, und man hoffte in Den Haag, durch die Intensivierung der Beziehungen dazu beizutragen, daß dies auch so blieb. Es mußte das Ziel der niederländischen Politik sein, die ‚atlantische‘ Strömung Erhards und Schröders zu stärken und die für die Niederlande günstige Entwicklung der deutschen Europapolitik weiter zu fördern. Vor diesem Hintergrund trat man im Außenministerium im Frühjahr 1964 dafür ein – und auch Luns unterstützte diese Überlegung –, die Einladung Erhards zu einem niederländischen Gegenbesuch in Bonn kurzfristig anzunehmen. Außerdem dachte man an regelmäßige deutsch-niederländische Konsultationen auf hoher offizieller Ebene, die zu einer Harmonisierung der niederländischen und deutschen Politik hinsichtlich der europäischen Zusammenarbeit führen sollten.⁵⁰ Dieser Wunsch war sicher verständlich, brachte aber die Gefahr mit sich, den niederländischen Einfluß auf die Bonner Europapolitik zu überschätzen. Für Erhard und Schröder blieb trotz aller Kritik an de Gaulle ein gutes deutsch-französisches Verhältnis von großer Bedeutung. 1964 standen sie unter erheblichem innenpolitischen Druck, die inzwischen schlechter gewordene Beziehung zur französischen Regierung zu verbessern. Dies bedeutete, daß die Bundesregierung auf Paris mehr Rücksicht nehmen mußte, als Den Haag für wünschenswert hielt, und daß der Bundeskanzler sich einen allzu prononcierten angelsächsischen Kurs nicht erlauben konnte. So überrascht es nicht, daß der Gegenbesuch Luns' und Marijnens in Bonn im September 1964 nicht zu der Harmonisierung führte, die Den Haag gewünscht hatte. Ebensowenig kam es zu den regelmäßigen bilateralen Konsultationen auf offizieller Ebene.⁵¹

Damit sind zugleich die Grenzen einer Annäherung Den Haags und Bonns in der europäischen Zusammenarbeit während der Kanzlerschaft Erhards (1963–1966) sichtbar geworden. Die Spannungen der letzten Jahre der Regierung Adenauer gehörten zwar der Vergangenheit an, und die neue deutsche Regierung hatte zweifellos beruhigend auf Den Haag gewirkt, aber von einer synchronen deutsch-niederländischen Europapolitik konnte angesichts des internen deutschen Gegensatzes zwischen ‚Atlantikern‘ und ‚Gaullisten‘ keine Rede sein. Dieser Gegensatz spiegelte das

Dilemma der bundesdeutschen Außenpolitik Mitte der sechziger Jahre wider. Solange de Gaulle in Frankreich an der Macht war und die Bundesrepublik in ein antiatlantisches Fahrwasser zu ziehen versuchte, war es für die Bundesrepublik aus sicherheitspolitischen Überlegungen heraus notwendig, ein Gegengewicht zu bieten und die Bedeutung der Beziehung zu Washington hervorzuheben. Gleichzeitig war die Bundesrepublik in der Europäischen Gemeinschaft aber auf Paris angewiesen und konnte sich keine tiefgehende Krise im Verhältnis zu Frankreich erlauben. Dies galt umso mehr, als de Gaulle aus Enttäuschung über die deutsch-französischen Beziehungen Avancen in Richtung Moskau machte, die in Bonn verständlicherweise zu Besorgnis Anlaß gaben. So fiel die Bilanz für die Niederlande trotz des hohen Grades an politischer Übereinstimmung doch enttäuschend aus: Erhards Außenpolitik machte in Den Haag einen unentschlossenen und unsicheren Eindruck.⁵²

Die Niederländer machten dafür vor allem den Bundeskanzler selbst verantwortlich. In einer Notiz der Europaabteilung des Außenministeriums vom Dezember 1964, die ein Fazit der Kanzlerschaft Erhards bis zu diesem Zeitpunkt zog, äußerte man die Hoffnung, daß der Kanzler seine wirtschaftlich so erfolgreiche ‚laissez faire‘-Haltung nicht länger auch in der Außenpolitik zum Tragen bringe und endlich seine eigenen Vorstellungen zur europäisch-atlantischen Zusammenarbeit in eine kraftvolle Politik umsetze.⁵³ Zweifellos hatte man in Den Haag recht, daß Erhards fehlende Tatkraft eine konsistente deutsche Außenpolitik erschwerte. Es ist aber zweifelhaft, ob sie unter einem stärkeren Kanzler wesentlich anders hätte aussehen können. Es kam einer Quadratur des Kreises ziemlich nahe, einen atlantischen Kurs mit der Vermeidung von Spannungen im Verhältnis zu de Gaulles Frankreich verbinden zu wollen. So gesehen brauchten die Niederlande – und dies machte man sich hinter den Haager Kulissen nicht ausreichend klar – mit der Politik Erhards und Schröders nicht unzufrieden zu sein. Zwar blieb die Gefahr deutscher Zugeständnisse an Frankreich bestehen, und es gab erhebliche Unsicherheit über die Zukunft der Europäischen Gemeinschaft, aber die Atlantiker Erhard und Schröder garantierten jedenfalls, daß es nicht zu einer einseitig kontinental orientierten Europapolitik der Bundesrepublik kommen würde.

Mit dem Beginn der Großen Koalition im Dezember 1966 unter Führung von Bundeskanzler Kurt-Georg Kiesinger (CDU)

und Außenminister Willy Brandt (SPD) verlor diese atlantische Unterströmung der westdeutschen Politik an Boden. Obwohl Kiesinger und Brandt davon ausgingen, daß eine Weiterentwicklung der europäischen Zusammenarbeit illusionär bleiben würde, solange de Gaulle in Frankreich an der Macht war, waren ihre Bemühungen unverkennbar, die unter Erhard in den deutsch-französischen Beziehungen entstandenen Schäden zu reparieren. Unabhängig davon verschärfte sich 1967 die Spannungen zwischen Bonn und Washington; auch dies trug dazu bei, daß der unter Erhard noch so heftige Streit zwischen ‚Atlantikern‘ und ‚Gaullisten‘ in der Großen Koalition in den Hintergrund trat.⁵⁴ Diese Gewichtsverlagerung in der westdeutschen Außenpolitik bedeutete, daß zwischen Den Haag und Bonn die Meinungsverschiedenheiten auf dem Feld der europäischen und atlantischen Politik wieder zunahmen – umso mehr, als die niederländische Kritik an de Gaulle in dieser Zeit einem neuen Höhepunkt zustrebte. Dies hing nicht nur mit den anhaltenden Bemühungen des französischen Präsidenten zusammen, die Bundesrepublik für eine exklusive deutsch-französische Zusammenarbeit in einem *Europe des patries* zu gewinnen, sondern auch mit seiner konkreten EG- und NATO-Politik: der Politik des sogenannten ‚leeren Stuhls‘, mit der Frankreich sich von Juli 1965 bis Januar 1966 weigerte, an den Sitzungen des EG-Ministerrates teilzunehmen und – wichtiger noch – de Gaulles Beschluß vom März 1966, Frankreich aus der integrierten Militärstruktur der NATO zurückzuziehen.⁵⁵ Außerdem legte de Gaulle 1967 zum zweiten Mal sein Veto gegen einen britischen EG-Beitritt ein. Insofern verwundert es nicht, daß Minister Luns eine europäische politische Zusammenarbeit mit Paris in diesen Jahren für „unmöglich“ hielt und häufig „die vollkommene Unversöhnlichkeit und Halsstarrigkeit“ des französischen Präsidenten kritisierte. Luns hörte auch nicht auf, die Bundesregierung wiederholt auf die „verwerflichen Aspekte“ der französischen Außenpolitik hinzuweisen, wobei er auch seine Enttäuschung darüber durchscheinen ließ, daß die Bundesregierung „praktisch nie deutlich gegen Frankreich vorgeht, so daß de Gaulle ... in seinen fixen Ideen noch bestärkt wird“.⁵⁶ So hoffte Den Haag, deutschen Druck auf de Gaulle zu erzeugen, Frankreich innerhalb der Gemeinschaft zu isolieren und Unterstützung für den britischen Beitritt zur EG zu erhalten, aber die Bundesregierung hatte für eine solche Rolle nichts übrig. Sie drehte im Gegenteil den Spieß um und versuchte die Niederlande dafür zu gewinnen, den

von Frankreich und Deutschland angestrebten regelmäßigen europäischen Gipfeltreffen zuzustimmen. Das wollten nun wiederum die Niederlande nicht. Dies hing nicht nur mit der alten niederländischen Sorge zusammen, daß eine zwischenstaatliche europäische Zusammenarbeit zu Lasten des Einflusses der kleinen Länder gehen würde, sondern man dachte auch, daß solche Konferenzen angesichts der Politik de Gaulles nur zu einer neuen Verschärfung der Gegensätze führen würden.

Diese Meinungsverschiedenheiten zwischen Den Haag und Bonn kennzeichneten die Jahre 1966–69 und traten auch bei dem Besuch von Ministerpräsident de Jong und Minister Luns in Bonn im September 1968 zutage. Diese Gespräche fanden kurz nach der Beendigung des ‚Prager Frühlings‘ durch Truppen des Warschauer Paktes statt, und dementsprechend lag es auf der Hand, daß neben der europäischen Zusammenarbeit auch die Ost-West-Beziehungen ausführlich zur Sprache kamen. Erneut ergriffen die Niederlande die Gelegenheit, Frankreich scharf zu kritisieren, und de Jong und Luns versuchten Bonn zu einer distanzierteren Haltung gegenüber Paris zu bewegen. De Jong erklärte das Fehlen einer gemeinsamen europäischen Stimme in der tschechoslowakischen Krise in erster Linie mit dem Verhalten Frankreichs. Ein zweiter Grund, so ließ er Kiesinger und Brandt wissen, liege in dem „Widersinn der Bundesrepublik, eine Rolle zu spielen, die ihrem tatsächlichen politischen und wirtschaftlichen Einfluß entspricht“. Dieser Widersinn hing dem schulmeisterlichen Ministerpräsidenten der Niederlande zufolge zusammen mit „einer zu innigen deutsch-französischen Zusammenarbeit, die Bonn völlig in den Mittelpunkt stellt“, und er fügte hinzu: „Der Moment ist nun gekommen, die deutsch-französische Bindung etwas lockerer zu gestalten ... Frankreich gefährdet unsere Sicherheit.“ Darum müsse Bonn in der EG die Führung übernehmen, enge Bande zwischen den übrigen fünf Mitgliedsstaaten schmieden und einer „vereinigten Front“ gegen Frankreich Form geben. Zufrieden notierte Luns in seinem Bericht über das Gespräch, daß die „eindringliche“ niederländische Darlegung „entschieden Eindruck“ auf die deutschen Gesprächspartner gemacht habe.⁵⁷

In Wirklichkeit hatte die niederländische Führung mit ihrer oberlehrerhaften Litanei ihren Mangel an Realismus offengelegt. Schließlich war deutlich, daß die Bundesrepublik die Rolle, die ihr Den Haag abverlangte, weder spielen konnte noch wollte. Natürlich teilten Kiesinger und Brandt die niederländischen Sorgen in

bezug auf die Außenpolitik de Gaulles. Auch unterstützten sie im Prinzip den britischen EG-Beitritt, aber von einer stärkeren deutschen Profilierung oder gemeinschaftlichem Druck auf Paris hielten sie nichts. Davon erwarteten sie nicht nur keinerlei positive Wirkung auf de Gaulle, sondern eine solche Haltung hätte auch im Widerspruch zu dem deutschen Interesse gestanden, Frankreich der Bundesrepublik nicht zu entfremden. So mußte der niederländische Versuch fehlschlagen, Bonn zu einer – wie Luns es ausdrückte – „nuancierteren“ Politik gegenüber Frankreich anzuspornen.⁵⁸ Infolgedessen verstärkte sich in der niederländischen Regierung Ende 1968 der Eindruck, daß Bonn immer wieder vor de Gaulle „in die Knie“ ging.⁵⁹ Dieser Eindruck sagt allerdings mehr über die antifranzösische Voreingenommenheit Den Haags und über das niederländische Unvermögen, die für Bonn so zentrale Bedeutung der deutsch-französischen Zusammenarbeit richtig einzuschätzen, als über die tatsächliche Politik der Bundesregierung. Die Außenpolitik der Bundesrepublik zeichnete sich nicht durch fortlaufende Verbeugungen vor Paris, sondern durch das notwendige Balancieren zwischen verschiedenen, z.T. entgegengesetzten Interessen aus. Dabei ging es nicht nur um die deutsch-französische Zusammenarbeit, die Zukunft der EG und den atlantischen Zusammenhalt, sondern auch um Spielraum in der deutschen Frage in einer Zeit beginnender Entspannung zwischen Ost und West. Hinsichtlich der europäischen Zusammenarbeit hat Klaus Hildebrand die Rolle der Bundesrepublik als die eines „ehrlichen Maklers“ zwischen Frankreich einerseits und den übrigen EG-Mitgliedern andererseits charakterisiert, wodurch Bonn dazu beigetragen habe, daß die EG das Zeitalter de Gaulles ohne großen Schaden überstand. „Dieser Aufgabe mit gewissem Erfolg gedient zu haben“, meint Hildebrand sogar, „stellte die eigentliche Leistung der Bundesregierung in diesen Jahren dar.“⁶⁰ Dies ist vielleicht zu weitgehend formuliert, aber es ist unverkennbar, daß eine solche erweiterte Perspektive aus dem niederländischen Blickwinkel völlig herausfiel. Für Den Haag stand die eigene frankophobe Einstellung so sehr im Mittelpunkt, daß man für die vielfältigen Koordinaten und Interessen der deutschen Außenpolitik keinen Blick hatte. Nach ihrem Besuch in Bonn im September 1968 hatten die niederländischen Regierungsmitglieder geglaubt, ihre deutschen Gesprächspartner beeindruckt zu haben. Wahrscheinlicher ist, daß sie in Bonn den Eindruck verstärkt hatten,

daß nicht nur Frankreich sondern auch die Niederlande ein unbequemer Partner innerhalb der Europäischen Gemeinschaft waren.

1969 erfolgte die Wende zum Guten, sowohl hinsichtlich des deutsch-niederländischen Einvernehmens innerhalb der EG als auch für die Gemeinschaft selbst. Auf der europäischen Gipfelkonferenz in Den Haag im Dezember 1969 gab Frankreich seinen Widerstand gegen eine Erweiterung der EWG auf, und man erzielte in bezug auf den britischen Beitritt einen Durchbruch. Außerdem wurden Vereinbarungen über eine Intensivierung der Zusammenarbeit getroffen, und die Europäische Kommission erhielt den Auftrag, kurzfristig einen Plan für eine europäische Wirtschafts- und Währungsunion vorzulegen. Dieser Impuls für die EG war möglich geworden, nachdem de Gaulle im April 1969 von der Bühne abgetreten und sein Nachfolger Pompidou zu einer konstruktiveren Haltung bereit war. Als günstig erwies sich auch, daß die neue deutsche Regierung unter Führung Willy Brandts (1969-1974) großen Wert darauf legte, die seit Jahren schwelende EG-Krise zu beenden. Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund hatte man in der niederländischen Regierung die Bildung der sozialliberalen Koalition in Bonn begrüßt. Man erwartete, daß Bundeskanzler Brandt, der in Den Haag als „guter Europäer“ galt, auf dem Feld der europäischen Zusammenarbeit eine tatkräftigere und mit den Niederlanden stärker im Gleichklang verlaufende Politik betreiben würde, als er es seit 1966 unter Kiesinger hatte tun können.⁶¹ In dieser Erwartung wurden die Niederlande nicht enttäuscht. Brandt kündigte in seiner Regierungserklärung im Oktober 1969 an, daß die Zeit nun reif sei, die EG um Großbritannien und andere Staaten zu erweitern, und er erklärte, daß die Vorstellungen der Bundesregierung über die europäische Zusammenarbeit in hohem Maße mit denen der Benelux-Staaten und Italiens übereinkam.

Es war vor allem dem deutschen Einsatz zu verdanken, daß der Haager Gipfel Ende 1969 ein Erfolg wurde. Die Niederlande führten in der zweiten Hälfte des Jahres den Vorsitz in der Europäischen Gemeinschaft und waren damit verantwortlich für die Vorbereitung des Treffens. Dabei stand für Luns fest, daß Den Haag eine solche Konferenz nur dann organisieren wollte, wenn von vornherein feststand, daß über den britischen Beitritt positiv entschieden würde.⁶² Ihm war klar, daß die Haltung der Bundesregierung ausschlaggebend sein würde, um dies zu erreichen und auch andere europäische heiße Eisen mit Erfolg anpacken zu kön-

nen. Aus diesem Grund beriet sich Den Haag seit dem Sommer wiederholt mit Bonn, wie ein solches Gipfeltreffen zu einem guten Ende gebracht werden könne. Diese Abstimmung mit Bonn war sinnvoll, und die Niederlande, die bisher nicht gerade durch vorsichtige Manöver im Zusammenhang mit dem britischen Beitritt aufgefallen waren, ließen sich in hohem Maße von den Einflüsterungen Brandts leiten, daß ein französischer Kurswechsel nur mit Geduld und Takt zu erreichen sei. Hatten de Jong und Luns im September 1968 die Bundesregierung noch darüber belehrt, daß es an der Zeit für einen antifranzösischen Kurs sei, profitierte Den Haag nun davon, daß Bonn dies seinerzeit abgelehnt hatte und in der Lage war, Paris mit ins Boot zu ziehen. So geriet die Bundesregierung sowohl in der Vorbereitung der Konferenz als auch während des Treffens selbst in die Rolle des Regisseurs, die die Niederlande ihr bereits in den Jahren zuvor so gerne zugewiesen hätten.⁶³ Das Auftreten Brandts machte großen Eindruck auf die niederländische Regierung. Staatssekretär de Koster wies im Kabinett darauf hin, daß es in erheblichem Maße dem Bundeskanzler zu verdanken gewesen sei, daß die Konferenz zu einem guten Ende geführt hatte. Erfreut stellte man hinterher im Kabinett fest, daß Brandt und sein Außenminister Scheel gestärkt nach Deutschland zurückgekehrt waren. Daran knüpfte man die optimistische Erwartung, daß der neue Bundeskanzler eine wichtige Rolle innerhalb der Europäischen Gemeinschaft spielen werde.⁶⁴

Mit dem Gipfeltreffen von Den Haag vom Dezember 1969 ging ein Jahrzehnt zu Ende, das mit scharfen deutsch-niederländischen Auseinandersetzungen in der Europapolitik begonnen hatte. Die Versuche Adenauers und de Gaulles, eine auf Regierungskontakte gegründete Europäische Politische Union zustande zu bringen, stießen auf den energischen Widerstand der Niederlande (und Belgiens), da Den Haag die Grundpfeiler seiner europäischen und atlantischen Politik in Gefahr sah. Aus demselben Grund reagierten die Niederlande so heftig auf den Abschluß des deutsch-französischen Freundschaftsvertrags im Januar 1963. Mit dem Amtsantritt des Atlantikers Erhard als Bundeskanzler verschwanden die Gegensätze zwischen den beiden Ländern zwar. Aber für die Niederlande fiel die Bilanz von Erhards Regierungszeit enttäuschend aus, weil die Bundesregierung sich den antifranzösischen Kurs, auf den Den Haag immer wieder drang, weder erlauben konnte noch wollte. In der Zeit der Kanzlerschaft Kiesingers setzten die Niederlande, getrieben von einer beinahe pathologischen antigauillisti-

schen Voreingenommenheit, diese Bemühungen verstärkt fort, wobei man zu wenig Verständnis für die Interessen und Spielräume der westdeutschen Politik zeigte. Harte Zusammenstöße wie in den letzten Jahren Adenauers blieben dabei aus, aber die Bundesregierung wurde für ihren angeblichen Mangel an Standfestigkeit gegenüber Paris kritisiert. Der Ton, mit dem niederländische Regierungsmitglieder diese Kritik vorbrachten, macht deutlich, wie unsicher man in Den Haag im Hinblick auf die Zukunft der europäischen Integration und der NATO in den sechziger Jahren war. Je mehr die Niederlande Frankreich als europäischen und atlantischen Partner abschrieben, desto wichtiger wurde die Haltung der Bundesrepublik. Von Bonn erhoffte man sich Unterstützung für die Erweiterung der EWG, für den Erhalt der supranationalen Struktur der Gemeinschaft und für die Stärkung des atlantischen Sicherheitsbandes. Hinter den Kulissen gingen die niederländischen und deutschen Auffassungen darüber nicht wesentlich auseinander, aber die Unsicherheit der Niederlande blieb bestehen, weil die Bemühungen, die deutsche Politik gegenüber Frankreich zu beeinflussen, ohne positive Ergebnisse blieben. Eher führte der Tonfall der niederländischen Interventionen dazu, daß sich in Bonn das Bild bestätigte, Den Haag zeige stets eine besondere Starrheit, wenn es seine eigenen europäischen und atlantischen Vorstellungen bedroht sah. Durch den Abgang de Gaulles im April 1969 und die Kanzlerschaft Willy Brandts einige Monate später war der Weg frei für eine Entspannung zwischen Den Haag und Bonn in europäischen Angelegenheiten. Anstatt der Bundesrepublik gute Ratschläge geben zu wollen, wie es in den vorangegangenen Jahren der Fall gewesen war, hielten die Niederlande sich nun zurück und waren empfänglich für den mäßigenden Einfluß Brandts. So lieferte die niederländische Regierung ihren Beitrag zu der erfolgreichen Gipfelkonferenz vom Dezember 1969 in Den Haag, und ein Jahrzehnt der Unsicherheit wurde mit neuem europäischen Elan abgeschlossen. Obwohl dieser Elan in den frühen siebziger Jahren bereits wieder verebbte und die niederländischen Sorgen über eine intergouvernementale Entwicklung der EG, über die Achse Bonn-Paris und den atlantischen Zusammenhalt auch in den kommenden Jahren immer wieder zutage traten, gehörte die große Unruhe und Unsicherheit der sechziger Jahre der Vergangenheit an.

Die Multilateral Force (MLF)

Die Nüchternheit, mit der die Niederlande in den fünfziger und frühen sechziger Jahren der deutschen Wiederbewaffnung, dem Aufbau der Bundeswehr und dem Budel-Abkommen begegneten, fand bei der Frage der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik ein abruptes Ende. Daß es keinen ‚deutschen Finger am atomaren Abzug‘, wie es im Volksmund hieß, geben durfte, war in den Niederlanden so unbestritten, daß Minister Luns und der Kommunist Bakker in der Zweiten Kammer sogar erklären konnten, in diesem Punkt völlig einer Meinung zu sein.⁶⁵ Auch die Pressekommentare waren einhellig in ihrer Ablehnung: Eine atomare Bewaffnung Deutschlands sei nicht nur wegen der Vergangenheit eine Gefahr für den Frieden, sondern auch, weil die Bundesrepublik ihren territorialen Forderungen in Mitteleuropa damit mehr Nachdruck verleihen könnte.⁶⁶ Bei der niederländischen Ablehnung der atomaren Bewaffnung der Bundeswehr spielte allerdings nicht nur das Mißtrauen gegenüber Deutschland eine Rolle. Nach den Vorstellungen Den Haags zur Aufgabenverteilung innerhalb der NATO, sollten nur die Vereinigten Staaten die Verantwortung für den Einsatz von Atomwaffen tragen. Atomare Ambitionen anderer NATO-Staaten oder Überlegungen zu einer europäischen Atommacht würden diese Aufgabenteilung bedrohen.

Anders gelagert war die Frage für die verschiedenen Bundesregierungen in den fünfziger und sechziger Jahren. Zwar hatte sich Bonn in den Pariser Verträgen verpflichtet, keine Atomwaffen herzustellen, aber das schloß ein Mitbestimmungsrecht oder die Verfügungsgewalt über Nuklearwaffen nicht aus. Da man zur Zeit der Pariser Verträge davon ausgegangen war, daß kein Land bereit sein würde, der Bundesrepublik hierbei zu helfen, galt das Verbot der Atomwaffenproduktion als ausreichende Garantie gegen eine deutsche Atombewaffnung. In der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre stellte sich dieses Problem dann doch, weil die Vereinigten Staaten begannen, ihre Streitkräfte in Europa nuklear auszurüsten. Auch London und Paris hatten solche Pläne und verfolgten die Entwicklung eigener Atomwaffen. Genau in der Aufbauphase der Bundeswehr entschieden sich also wichtige NATO-Partner für einen Weg, der der Bundesrepublik verwehrt war. Für Adenauer, der im Jahre 1956/57 die taktischen Atomwaffen als „Weiterentwicklung der Artillerie“ bagatellierte, war es selbstverständlich,

daß die deutschen Streitkräfte von dieser neuen Entwicklung nicht ausgeschlossen sein durften. Denn in einem bewaffneten Konflikt zwischen Ost und West würde Deutschland unvermeidlich zum Schlachtfeld werden, und deshalb sollte die Bundesregierung in die Nuklearisierung der westlichen Verteidigung einbezogen werden und ein Mitspracherecht beim Einsatz von Atomwaffen erhalten. Darüber hinaus folgten Adenauers Überlegungen dem Wunsch nach einer gleichberechtigten Position innerhalb der NATO und hingen mit den wachsenden Zweifeln an der amerikanischen Bereitschaft zusammen, im Ernstfall wirklich den nuklearen Schutzschirm über Europa aufzuspannen. So reagierte Adenauer behutsam, aber doch eindeutig positiv auf den französischen Vorschlag vom November 1957 zur Entwicklung deutsch-französisch-italienischer Atomwaffen. Zu Beginn des Frühjahres 1958 unterzeichnete man sogar ein diesbezügliches geheimes Abkommen, das allerdings nie umgesetzt werden sollte, weil sich die neue französische Regierung unter der Führung de Gaulles kurz danach von solchen Plänen distanzierte.⁶⁷

Im Jahre 1963 ließ der amerikanische Präsident Kennedy einen älteren Plan wiederaufleben, der den Aufbau einer multilateralen NATO-Atommacht vorsah, und damit schien auch eine Lösung der Frage des deutschen Mitspracherechtes in Sicht. Ziel dieser sogenannten *Multilateral Force* (MLF) war der Aufbau einer Flotte von etwa 25 Schiffen mit gemischtnationaler Besatzung, die mit amerikanischen Atomwaffen ausgerüstet werden und unter NATO-Fahne fahren sollten. Die MLF hatte mehrere Ziele: Sie sollte nicht nur die deutschen atomaren Ambitionen auffangen und eine (französisch-) deutsche Atombewaffnung im Keim ersticken, sondern war auch die amerikanische Antwort auf die Anti-NATO-Politik de Gaulles. Und nicht zuletzt sollte sie die amerikanische nukleare Hegemonie – unter der Fahne des Bündnisses – aufrechterhalten. Der Zeitpunkt der Lancierung der MLF-Pläne, der Februar 1963, bestätigt diese amerikanischen Absichten: Einige Wochen zuvor hatten Adenauer und de Gaulle den deutsch-französischen Freundschaftsvertrag unterzeichnet, der eine deutliche antiatlantische Stoßrichtung hatte und eine deutsch-französische nukleare Zusammenarbeit nicht auszuschließen schien.

Die Geschichte der MLF kam allerdings über das Verhandlungsstadium nicht hinaus und ging 1965 sang- und klanglos zu Ende. Ihr Ablauf soll hier nicht im einzelnen nachgezeichnet werden⁶⁸, vielmehr interessiert uns, welche Rolle das Schreckens-

bild einer deutschen Atombewaffnung in den Niederlanden spielte und welche unterschiedlichen Überlegungen zwischen Den Haag und Bonn hinsichtlich der MLF bestanden.

Den Haag vertrat die Auffassung, daß die nuklearen Ambitionen der großen NATO-Staaten künftig einen Keil ins Bündnis treiben könnten, und nur ein gemeinsames Vorgehen könnte die NATO vor Schaden bewahren. Ferner war man davon überzeugt, daß die Bundesrepublik nicht von der Produktion von Atomwaffen abzubringen sei, wenn dem Bonner Wunsch nach atomarem Mitspracherecht nicht entsprochen würde.⁶⁹ Dennoch stand Den Haag im Jahre 1963 der MLF zurückhaltend gegenüber, und die Regierung hielt sich abseits diesbezüglicher NATO-Beratungen. Allerdings wurden die Niederlande über die Gespräche informiert und behielten sich die Möglichkeit vor, später noch teilzunehmen. Neben finanziellen und militärisch-technischen Einwänden gegen den amerikanischen Plan resultiert die niederländische Zurückhaltung vor allem aus dem Zweifel, ob eine wirklich integrierte atlantische Nuklearmacht entstehen würde. Paris würde gewiß nicht teilnehmen wollen, und auch London hielt sich zunächst abseits der MLF. Ohne Frankreich und das Vereinigte Königreich jedoch gäbe es nur den Schein einer multilateralen nuklearen Streitmacht, der den politischen Zusammenhalt innerhalb der NATO gefährden würde. Außerdem wäre die MLF dann eine überwiegend amerikanisch-deutsche Angelegenheit mit einem unerwünscht großen Einfluß der Bundesrepublik. Gewiß, es gab die „absolute Notwendigkeit, Deutschland von seinen Bestrebungen nuklearer Selbständigkeit abzubringen“, wie es im Jahre 1963 in einer Aufzeichnung für den Ministerrat hieß, aber war die MLF hierfür das einzige und geeignete Mittel? Waren nicht andere, weniger weitreichende Formen eines multilateralen, nuklearen Mitspracherechtes denkbar, die das Prinzip der euro-amerikanischen Aufgabenverteilung innerhalb der NATO unverletzt ließen?⁷⁰

Für die Bundesrepublik bot der MLF-Plan nach jahrelanger Ungewißheit endlich eine konkrete Möglichkeit, den Wunsch nach einem Mitspracherecht zu verwirklichen. Zusammen mit Washington war Bonn im Jahre 1963 daher auch die treibende Kraft, die MLF innerhalb der NATO auf eine möglichst breite Grundlage zu stellen und so die Chancen ihrer Realisierung zu erhöhen. Dies war umso notwendiger, als neben den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich auch Belgien ablehnend reagierte und sich die NATO-Gespräche zunächst auf die Vereinigten Staaten, die

Bundesrepublik, Italien, Griechenland und die Türkei beschränkten. Dies hatte zur Folge, daß man im Sommer 1963 auf deutscher Seite wiederholt versuchte, die Niederlande zu einer Teilnahme zu überreden.⁷¹ Vergleichbare und ebenso vergebliche Versuche machte die Bundesregierung auch in Brüssel – in der Hoffnung, durch eine Veränderung des niederländischen und belgischen Standpunktes auch die Briten auf ihre Seite ziehen zu können. Den Haag argumentierte genau umgekehrt: Erst wenn Großbritannien an den Gesprächen teilnehmen würde, könnten die Niederlande ihre ablehnende Haltung aufgeben. Tatsächlich änderte Den Haag seine Meinung, nachdem sich London Ende September 1963 doch noch für eine Teilnahme entschieden und auch Brüssel seinen Standpunkt revidiert hatte. Zwar blieben die Zweifel an der militärischen Tauglichkeit des Planes sowie die finanziellen Einwände bestehen – das Verteidigungsministerium blieb aus diesen Gründen äußerst skeptisch –, aber auf Drängen des Außenministeriums gaben politische Erwägungen letztlich den Ausschlag. In einer Situation, in der die Chance einer multilateralen nuklearen Zusammenarbeit gestiegen und eine Verstärkung der politisch-militärischen Integration innerhalb des Bündnisses in Aussicht war, wollten die Niederlande nicht länger abseits stehen. Darüber hinaus würde mit der Teilnahme der Briten ein stärkeres Gegengewicht zu einem übergroßen deutschen Einfluß entstehen. Aus der Perspektive Den Haags brachte eine breitere Grundlage der MLF auch den Vorteil mit sich, daß die französische Politik der nuklearen Selbständigkeit isoliert und die Bundesrepublik stärker an die NATO gebunden würde. Nicht zuletzt wäre die Teilnahme an den MLF-Gesprächen ein positives Signal an die amerikanische Adresse, das zu einer stärkeren Bindung der Vereinigten Staaten an Europa führen würde. Aus diesen politischen Überlegungen heraus beschloß das Kabinett im November 1963, die ablehnende Position der Niederlande zu beenden, übrigens ohne sich damit auf einen konkreten Beitrag zu einer multilateralen Atommacht festzulegen.

Letzteres wurde von Den Haag wiederholt betont, so daß die niederländische Teilnahme an den Gesprächen lediglich als halber Schritt in die deutsche Richtung betrachtet werden kann. So verwundert es nicht, daß die Bundesregierung im Jahre 1964 weiterhin hoffte, daß sich die Niederlande schließlich doch an der MLF beteiligen würden. „Wir wollen Sie nicht bedrängen,“ sagte Erhard im September 1964 in einem Gespräch mit Ministerpräsident Ma-

rijnen und Außenminister Luns, „aber es wäre doch gut und schön, wenn Sie mitmachen würden“.⁷² Das war vorsichtig formuliert, dennoch war hinreichend deutlich, das Bonn großen Wert auf die Teilnahme Den Haags an der MLF-Flotte legte. Dabei versäumte Erhard es nicht, die antifranzösischen Tendenzen innerhalb der niederländischen Regierung aufzugreifen und machte implizit deutlich, daß die Haager Teilnahme an der MLF eine Unterstützung des atlantischen Kurses der Bundesrepublik bedeuten würde. Minister Luns war für die Bonner Wünsche durchaus empfänglich. In seinem Bericht über das Gespräch mit Erhard und Schröder für das Kabinett wies er darauf hin, daß er vor dem Hintergrund der deutschen Argumentation die politische Relevanz einer niederländischen Teilnahme an der MLF-Flotte zunehmend höher einschätzte.⁷³

Auch nach dem Umschwung in London, Brüssel und Den Haag blieb freilich die Realisierung der MLF äußerst unsicher. Die Gespräche bekamen hierdurch zwar positive Impulse, aber in nahezu allen Hauptstädten blieben Zweifel über den Sinn und die Machbarkeit der geplanten Streitmacht bestehen. Brach ein Land den mühsam zustande gekommenen Konsens, so konnte das ganze instabile MLF-Gebäude schnell auseinanderfallen. Und genau das geschah am Ende des Jahres 1964. In der Bundesrepublik befürworteten Bundeskanzler Erhard und Außenminister Schröder aufgrund ihrer atlantischen Orientierung zwar nachdrücklich das Zustandekommen einer MLF, aber der erbitterte Streit zwischen ‚Atlantikern‘ und ‚Gaullisten‘ innerhalb der CDU/CSU band der Regierung die Hände. Die Befürworter des Planes konnten sich kaum gegen dessen Kritiker behaupten, die anführten, daß die MLF vor allem dazu da sei, die Bundesrepublik ‚mit Krümeln abzuspeisen‘ und es den Amerikanern in erster Linie um die Absicherung ihrer atomaren Hegemonie ging. Darüber hinaus wollte die Bundesrepublik die ohnehin im Jahre 1964 deutlich verschlechterten Beziehungen zu Frankreich, das den MLF-Plan zunehmend attackierte, nicht weiter gefährden. Noch schwieriger war die Situation in Großbritannien: Nach der Wahlniederlage der Konservativen im Oktober 1964 stellte die neue *Labour*-Regierung zusätzliche Forderungen, die die Gespräche erschwerten. Für die Niederlande stand weiter im Vordergrund, daß die MLF nicht zu stark von Amerikanern und Deutschen geprägt sein durfte. Diese Gefahr bestand tatsächlich, denn inzwischen war vereinbart worden, daß Washington und Bonn zu gleichen Teilen 70 bis 80% der

gemeinsamen Streitkräfte finanzieren würden. Wenn das dazu führen würde, daß die Bundesrepublik mehr Mitspracherechte bekommen würde als die anderen Partner, so ließ Luns seinen amerikanischen Kollegen Dean Rusk wissen, würde die niederländische Bereitschaft zur Teilnahme entsprechend sinken.⁷⁴ Letztlich war es Washington selbst, das der MLF den Todesstoß versetzte, weil man dort angesichts der europäischen Meinungsverschiedenheiten eher eine Bedrohung als eine Verstärkung des atlantischen Zusammenhaltes erwartete. Darüber hinaus schwand der amerikanische Enthusiasmus, weil man mittlerweile zusammen mit Moskau die Nichtverbreitung von Kernwaffen ins Auge gefaßt hatte, und der Aufbau neuer multilateraler atomarer Streitkräfte paßte hierzu natürlich nicht.

Obwohl gegen Ende des Jahres 1964 die Aussichtslosigkeit der MLF deutlich geworden war, wurde dies von offizieller Seite nicht zugegeben, und erst Ende 1965 wurden die Verhandlungen eingestellt. Das lag nicht nur am Wunsch, die Uneinigkeit innerhalb der NATO zu vertuschen, sondern auch daran, daß es noch keine andere Lösung für das Problem des deutschen atomaren Mitspracherechtes gab. Auf amerikanische Initiative hin gab es dann Ende 1965 Gespräche über andere Formen nuklearer Zusammenarbeit, und so konnten die MLF-Verhandlungen ohne großen Gesichtsverlust beendet werden. Aus diesen amerikanischen Initiativen sollten im Jahre 1966 das allen NATO-Mitgliedern zugängliche *Nuclear Defence Affairs Committee* (NDAC) und die *Nuclear Planning Group* (NPG) hervorgehen. Die NPG war die wichtigere der beiden neuen NATO-Organe und umfaßte sieben Sitze: vier für die ständigen Mitglieder (Vereinigte Staaten, Bundesrepublik, Großbritannien und Italien) und drei für die sechs anderen Teilnehmerstaaten (u.a. die Niederlande), die sich turnusgemäß abwechseln sollten.⁷⁵

Mit der NPG hatte man sich für einen Weg entschieden, der lediglich gegenseitige Konsultationen sowie eine gemeinsame Planung vorsah, die letztliche Verfügungsgewalt über Atomwaffen jedoch ausschließlich den Amerikanern vorbehielt. Für Den Haag war diese Lösung günstiger, besonders nachdem die niederländischen und kanadischen Plädoyers für eine stärkere Vertretung der kleineren Länder in der NPG Gehör fanden. Das Zustandekommen und die Befugnisse der NPG bestätigten die amerikanische atomare Dominanz, die stets der Ausgangspunkt der niederländischen Politik gewesen war. Wichtig war darüber hinaus, daß

die NPG – im Gegensatz zur MLF – keine zusätzlichen Verteidigungsausgaben mit sich brachte. Schließlich war mit der NPG die Gefahr einer amerikanisch-deutsch geprägten MLF vom Tisch.

Wie wichtig es für die Niederlande war, der Bundesrepublik den Weg weitreichender Mitspracherechte – ganz zu schweigen von einem eigenen Verfügungsrecht – über Atomwaffen zu versperren, zeigte sich nochmals im Herbst 1965, als Minister Luns im Kabinett verkündete, die Verwirklichung der MLF sei inzwischen sehr unwahrscheinlich geworden. Schon bald konzentrierte sich die Kabinettsdiskussion auf die Frage, ob dadurch die Gefahr einer eigenen deutschen Atombewaffnung gestiegen sei. Daß diese Frage sogleich gestellt wurde, zeigt, wie sehr die MLF für Den Haag die Funktion hatte, gerade dies zu verhindern. Den Niederlanden blieb kaum etwas anderes übrig, als abzuwarten, so Ministerpräsident Cals. Seine eigene Besorgtheit äußerte sich in seiner Schlußfolgerung, das politische Ziel der Niederlande müsse es sein, „ein nationalistisch-militaristisches Deutschland“ zu verhindern, das über atomare Waffen verfügt.⁷⁶ Auffallend an dieser Bemerkung war nicht nur, daß der niederländische Ministerpräsident noch Mitte der sechziger Jahre eine nationalistisch-militaristische Entwicklung Deutschlands für möglich hielt, sondern auch, daß er *nicht* erkannte, daß die Gefahr eines atomaren Alleinganges der Bundesrepublik als ausgeschlossen gelten konnte. Zwar hatte der westdeutsche Außenminister Schröder (1961–1966) gedroht, die Bundesrepublik könne nur dann auf eigene Atomwaffen verzichten, wenn die MLF zustande käme, doch die Bundesrepublik hätte diese Drohung aus eigener Kraft nicht verwirklichen können und wollen: Der in der westlichen Zusammenarbeit aufgebaute Vertrauenscredit wäre völlig verspielt worden, die Sicherheit Deutschlands ernsthaft gefährdet, und für eine Lösung der deutschen Frage hätte man jede Unterstützung verloren. Nicht auszuschließen war sogar eine Wiederbelebung der früheren antideutschen Kriegskoalition zur Verhinderung eigener deutscher Atomwaffen. Kurz, ein atomarer Alleingang hätte der Bundesrepublik nur geschadet und war keineswegs in Sicht. Daß diese Überlegungen im niederländischen Ministerrat nicht geäußert wurden, belegt nicht nur einen Mangel an politischer Einsicht auf höchster politischer Ebene. Es zeigt auch die irrationalen Ängste vor Deutschland, die Mitte der sechziger Jahre noch bestanden.

Aus dieser Perspektive hatte die NPG für die Niederlande jedoch auch ihre Schattenseite, denn das Problem einer deutschen

Atombewaffnung war damit ja nicht vom Tisch. Aus Bonner Sicht war der ständige Sitz innerhalb der NPG lediglich ein minimaler Erfolg und keinesfalls das Ende atomarer Ambitionen. Das für die Bundesrepublik ungünstige Ende der MLF sowie die amerikanischen Bemühungen, mit der Sowjetunion einen Nichtverbreitungsvertrag (NV-Vertrag) abzuschließen, gefährdeten die deutschen Interessen, ein gleichberechtigter Partner zu sein. Auch befürchtete man in Bonn mit der sich abzeichnenden Annäherung zwischen Washington und Moskau eine Schwächung der eigenen Position in den Ost-West-Beziehungen. Bundeskanzler Kiesinger (1966–1969) sah in den Gesprächen über den NV-Vertrag „eine Art atomarer Komplizenschaft“ zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion. Finanzminister Strauß, der von 1956 bis 1962 als Verteidigungsminister einer der stärksten Befürworter der atomaren Bewaffnung der Bundesrepublik war, ging noch weiter und sprach unter Hinweis auf den verrufenen Friedensvertrag von 1919 von einem „Versailles kosmischen Ausmaßes“.⁷⁷ Außenminister Willy Brandt war hingegen ein Befürworter des deutschen Beitritts zum NV-Vertrag und erkannte darin einen deutschen Beitrag zur Entspannung zwischen Ost und West. Er sollte sich erst durchsetzen, nachdem er im Herbst 1969 selbst Bundeskanzler geworden war: Eine der ersten Amtshandlungen seiner SPD/FDP-Koalition war der Beitritt zum NV-Vertrag im November 1969, womit die Forderungen nach eigenen Atomwaffen definitiv der Vergangenheit angehörten. Aus der Sicht Den Haags war dieser Schritt natürlich nur zu begrüßen.

Zusammenfassend ist festzustellen, daß die Frage eines ‚deutschen Fingers am atomaren Abzug‘ in den Jahren 1957–1969 eine Belastung für die Beziehungen innerhalb der NATO war. Außer der Bundesrepublik selbst waren alle NATO-Mitglieder gegen weitreichende deutsche Entscheidungsbefugnisse. Gleichzeitig mußte dem deutschen Wunsch nach Mitspracherecht in irgendeiner Form Rechnung getragen werden. Den Haag wollte so weit wie möglich an der bestehenden euro-atlantischen atomaren Aufgabenteilung festhalten und in jedem Fall keine von Amerikanern und Deutschen dominierte MLF. Diese Gefahr schien gebannt durch die britische Zusage vom Frühherbst 1963, an den Gesprächen über eine MLF teilzunehmen. Auf dieser Grundlage schien die MLF ein akzeptables Mittel zur Einbindung der atomaren Ambitionen Deutschlands, zur weiteren Integration der Bundesrepublik in die NATO und zur Vermeidung einer engeren deutsch-

französischen Zusammenarbeit, die dem Bündnis schaden könnte. Zum entschiedenen Befürworter der MLF wurde Den Haag allerdings nicht und betonte wiederholt, sich trotz der Teilnahme an den MLF-Gesprächen nicht auf einen Beitrag zu einer multilateralen Atomkraft festlegen zu wollen. Mit dieser Halbherzigkeit leistete auch Den Haag einen Beitrag zur Verwirrung der Diskussion über die ‚MLF-Geisterflotte‘.

Bonn stieß in der Diskussion über die atomare Bewaffnung an die Grenzen des Maßes an Gleichberechtigung, zu dem die Partner bereit waren. Auch Den Haag hatte seine Vorstellungen, und die lagen weit von den deutschen Wünschen entfernt. Bonn orientierte sich an der Position Frankreichs und Großbritanniens, die es so weit wie möglich erreichen wollte. Seit den frühen fünfziger Jahren hatten die Niederlande die deutschen Bemühungen um eine gleichberechtigte Stellung in der westlichen Zusammenarbeit unterstützt. Eine Diskriminierung Bonns, so dachte man in Den Haag, würde nur negative Folgen für die deutsche Bündnistreue und damit für die Sicherheit des Westens mit sich bringen. In atomarer Hinsicht reduzierte sich das Prinzip der Gleichbehandlung jedoch auf ein begrenztes Mitspracherecht innerhalb des NATO-Verbandes unter dem Dach der amerikanischen Atomkraft. Gemeint war damit ein eng begrenztes deutsches Mitspracherecht und gewiß kein Spielraum, der dem französischen oder britischen gleichkäme. Da man in den anderen europäischen Hauptstädten genauso dachte, war Bonn in dieser Frage völlig isoliert. Dies hatte zur Folge, daß Deutschland in den Jahren 1957–1969 das Thema immer wieder zur Sprache brachte, was manchmal von schrillen Tönen zur angeblichen Notwendigkeit einer eigenen atomaren Bewaffnung begleitet war. In den Niederlanden brachten solche Töne wiederum Mißtrauen gegen die deutschen außenpolitischen Absichten hervor und verstärkten die ohnehin in dieser Periode wachsende niederländische Unsicherheit über die Rolle der Bundesrepublik in der westlichen Zusammenarbeit.

Internationale Entspannung und deutsche Frage

Im November 1965 untersuchte das niederländische Institut für Meinungs- und Marktforschung (NIPO) die Haltung der niederländischen Bevölkerung zur deutschen Einheit. Das Ergebnis war, daß sich eine große Mehrheit von 63% der Befragten dafür aus-

sprach und lediglich 15% dagegen. 18% gaben an, ‚keine Meinung‘ zu haben, und 4% war es egal, ob die Wiedervereinigung zustande kam oder nicht. Nach den Beweggründen gefragt, gaben 28% der Befürworter der deutschen Einheit an, die deutsche Teilung sei etwas Unnatürliches, 10% nannten humanitäre Motive, und 7% meinten, daß durch eine Vereinigung ein internationaler Spannungsherd verschwinden würde. Die Gegner einer Vereinigung befürchteten ein zu mächtiges Deutschland (7%), eine Gefährdung des Friedens (4%) oder meinten, daß sich Ost- und Westdeutschland bereits zu sehr auseinanderentwickelt hätten.⁷⁸

Fünf Jahre später, im Jahre 1970, hatte sich die Zahl der Befürworter von 63% auf 43% reduziert. 29% der Befragten (1965: 15%) gaben an, das Fortbestehen zweier deutscher Staaten zu bevorzugen.⁷⁹ Parallel zu dieser Entwicklung wuchs die Zahl derjenigen, die eine Anerkennung der DDR befürworteten. Eine NIPO-Studie vom April 1969 zeigte, daß sich 24% der Niederländer inzwischen dafür aussprachen, ein Jahr später waren es schon 33%. Die Zahl derjenigen, die gegen eine Anerkennung des ostdeutschen Staates waren, sank zwischen April 1969 und April 1970 von 49% auf 35%.⁸⁰ Einen starken Rückgang bei der Zahl der Befürworter der Vereinigung und die gleichzeitige Zunahme der Zahl der Befürworter einer Anerkennung der DDR kennzeichneten also die veränderte Haltung der Niederländer zur deutschen Frage in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. Unübersehbar vollzog sich in diesem Zeitraum ein Prozeß der Akzeptanz zweier deutscher Staaten.

Dasselbe galt für die niederländische Regierung. Gewiß, Den Haag befürwortete weiterhin die Wiedervereinigung und wiederholte das bei den alljährlichen Haushaltsdebatten. Im Herbst des Jahres 1965 nannte Luns die deutsche Teilung „die wichtigste Quelle politischer Spannungen in Europa“, und ein gutes Jahr später bemerkte er in der Zweiten Kammer: „Eine permanente Teilung dieses großen Landes und Volkes im Zentrum Europas wird langfristig immer neue Spannungen hervorbringen.“⁸¹ Doch neben dieser Kontinuität gab es auch eine Veränderung, welche sich in den Begriffen niederschlug, mit denen die Unterstützung der Wiedervereinigung ausgedrückt wurde. Bis 1968 benutzte Den Haag die Begriffe ‚Wiedervereinigung‘ und ‚deutsches Selbstbestimmungsrecht‘ als nahezu synonym, seit 1968 war nur noch von ‚Selbstbestimmung‘ die Rede, und der Begriff ‚Wiedervereinigung‘ verschwand aus dem niederländischen Vokabular zur Unterstüt-

zung der deutschen Einheit. In einem sicherheitspolitischen Bericht an das Parlament von 1968 bemerkte Luns nur noch, daß „keine definitive Stabilisierung der europäischen Lage erreicht werden kann, ohne das Selbstbestimmungsrecht des ganzen deutschen Volkes zu berücksichtigen.“⁸² Hinter dieser veränderten Terminologie verbarg sich die Überlegung, daß sich die Deutschen möglicherweise nicht für die Einheit, sondern für die Fortsetzung der Teilung entscheiden würden, wenn sie künftig dieses Selbstbestimmungsrecht einmal ausüben könnten.

Diese Akzeptanz der deutschen Teilung hatte verschiedene Ursachen. Erstens gründete sie auf der seit dem Mauerbau gewachsenen Erkenntnis der offensichtlichen Unlösbarkeit der deutschen Frage. Zwar hegten die Niederlande auch vor 1961 kaum Illusionen über die Aussichten auf die Machbarkeit der Wiedervereinigung, hatten an diesem Ziel jedoch konsequenter festgehalten als viele andere Verbündete. Dabei war Den Haag, wie die Bundesrepublik, dem Konzept der fünfziger Jahre treu geblieben: Fortschritte bei der deutschen Frage als Voraussetzung für Entspannung sowie keine Anerkennung des Status quo. Nach dem Bau der Mauer mußte man jedoch allmählich erkennen, daß diese Politik weder für die deutsche Frage noch für die Ost-West-Beziehungen erfolgversprechend war.

Hier kommt ein zweiter Grund für die zunehmende Akzeptanz der deutschen Teilung hinzu: die beginnende Entspannung zwischen Ost und West. Seit dem Ende von Berlin- und Kuba-Krise verfolgten Washington und Moskau eine Entspannungspolitik für Europa auf der Basis des Status quo des geteilten Kontinents. Das nukleare Teststopabkommen vom August 1963 bekräftigte, was die beiden Supermächte in den Jahren zuvor bereits deutlich gemacht hatten: Fortschritte in der deutschen Frage waren nicht länger eine Voraussetzung für Rüstungskontrollabkommen und Entspannung. Im Gegenteil, mit der Anerkennung des europäischen Status quo als Grundlage der Ost-West-Beziehungen und der entschiedenen Absicht, die Beziehungen zu verbessern, wurde das alte Ziel der Wiedervereinigung eher zum Störfaktor. In diesem veränderten internationalen Klima verschwand die verbale Unterstützung des Westens für die deutsche Wiedervereinigung zwar nicht, sie bekam jedoch einen rituellen Charakter, womit dieses Ziel in eine ferne Zukunft verschoben wurde. Nur eine dauerhafte Entspannung, so der sich nun durchsetzende Gedanke, würde letztlich eine Lösung der deutschen Frage ermöglichen. Die nieder-

ländische Außenpolitik paßte sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre allmählich dieser internationalen Entwicklung an, und damit veränderte sich auch die Haltung Den Haags zur deutschen Frage.

Ferner – und das ist der dritte Grund für die wachsende Akzeptanz von zwei deutschen Staaten – hatte die politische Konsolidierung von Bundesrepublik und DDR zu einer Gewöhnung an die deutsche Teilung geführt. Zwar beurteilten viele niederländische Beobachter die Lebensfähigkeit der westdeutschen Demokratie noch skeptisch (siehe Kapitel 9), sie erkannten jedoch, daß die Bundesrepublik inzwischen in hohem Maße politisch stabil geworden war. Für das SED-Regime hegte die große Mehrheit der niederländischen Bevölkerung keinerlei Sympathie, sie wußte aber auch, daß der ostdeutsche Staat an politischer und ökonomischer Stabilität gewonnen hatte. Vor dem Hintergrund der Entspannungspolitik und der offensichtlichen Unlösbarkeit der deutschen Frage erkannte man mehr und mehr, daß diese politische Realität nicht länger zu leugnen war.

Ein vierter Grund ist schließlich, daß sich zunehmend eine Generation in die politische Debatte einmischte, für die die Existenz zweier deutscher Staaten eine Selbstverständlichkeit war, weil sie nie etwas anderes gekannt hatte. Seit Mitte der sechziger Jahre bildete sie mit ihren Plädoyers für eine bedingungslose Anerkennung der DDR eine kleine, aber durchaus lautstarke und wachsende Minderheit, wovon ein Teil den ostdeutschen Staat sogar für das ‚bessere‘ Deutschland hielt. In ihren Augen waren das Ziel der deutschen Einheit und die dazu gehörende internationale Isolierung der DDR nicht nur Relikte des Kalten Krieges, sondern auch eine Bedrohung der Stabilität und Sicherheit in Europa. Damit wandte sie sich gegen den offiziellen niederländischen Standpunkt, daß gerade die Wiedervereinigung der europäischen Sicherheit diene und daß die Teilung ein Bedrohungsfaktor war. Kennzeichnend für die zweite Hälfte der sechziger Jahre war, daß solche Überlegungen zum ersten Mal nicht nur am Rande des politischen Spektrums (CPN, PSP) geäußert wurden und durch eine neue politische Generation auch innerhalb der PvdA und anderer etablierter Parteien zur Diskussion gestellt wurden.

Die wachsende Einsicht in die Unlösbarkeit der deutschen Frage, die Bereitschaft zur Anerkennung des Status quo als Grundlage der Entspannung, die unverkennbare Konsolidierung der

beiden deutschen Staaten sowie die ‚Entdeckung‘ der DDR durch eine neue politische Generation – all diese Faktoren führten in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre allmählich zu einer veränderten niederländischen Haltung zur Wiedervereinigung. Diese Anpassung an das internationale Klima der Entspannung der sechziger Jahre verlief in den Niederlanden auf Regierungsebene langsamer als in anderen NATO-Staaten. Zwar meint der Politologe Bernd Schulte, daß Den Haag schon seit der ersten Hälfte der sechziger Jahre vorsichtig den Anschluß an den Entspannungsprozeß suchte, zutreffender ist jedoch die Beobachtung des Politologen und liberalen Politikers (VVD) Joris Voorhoeve, daß dies erst zum Ende der sechziger Jahre geschah.⁸³ So mußte Luns mehrmals vom Parlament zu einer positiveren Haltung im Hinblick auf die Annäherung zwischen Ost und West und die Intensivierung niederländischer Kontakte zu den Ostblockstaaten ermahnt werden. 1967/68 fand ein entsprechendes ‚Nachholmanöver‘ statt, als der Minister innerhalb eines guten Jahres fünf osteuropäische Länder besuchte. Teilweise war Luns‘ Anpassung an die Entspannung eine Folge der wachsenden innenpolitischen Kritik an seiner Politik. Der wichtigere Grund für Luns‘ ostwärts gerichtete Reiselust war jedoch, daß sich die NATO im Jahre 1967 mit dem sogenannten Harmel-Bericht offiziell für die Entspannung aussprach und Den Haag sich als treuer Verbündeter anschloß.⁸⁴ Die Skepsis gegenüber dem Erfolg der Entspannungspolitik blieb gleichwohl bestehen. So setzten die Niederlande in diesen Jahren nur wenig Vertrauen in den sowjetischen Vorschlag einer Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE). Den Haag befürchtete eine Legitimierung des Status quo in Zentraleuropa, eine verminderte amerikanische Präsenz sowie eine Zunahme des sowjetischen Einflusses.⁸⁵

Diese Zurückhaltung und Skepsis gegenüber der Entspannung der sechziger Jahre deutet auf eine Kontinuität in der niederländischen Perzeption der Sowjetunion hin. Ebenso wie zur Zeit der Berlin-Krise (1958–1962) warnte man vor einem ‚appeasement‘ gegenüber Moskau, zumal man weiterhin eine Schwächung der NATO befürchtete. Die deutsch-französische Zusammenarbeit, die MLF-Frage, die drohende Untergrabung der amerikanischen Führungsrolle, der antiatlantische Kurs de Gaulles, der 1966 zum Austritt Frankreichs aus der militärischen Struktur der NATO führte – für Den Haag gab es viele Gründe, die Zukunft der atlantischen Zusammenarbeit mit Sorge zu betrachten. Diese Gründe

sowie das unverminderte Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion machte Entspannung zu einem unsicheren Abenteuer.

Hinzu kam noch, daß auch die Bundesrepublik in den sechziger Jahren eine Entwicklung mit ungewissem Ausgang durchmachte. Bonn mußte sich ebenfalls an die beginnende Entspannung anpassen. Während sich die Niederlande als kleineres Land dabei eine abwartende Haltung erlauben durften, galt das nicht für die Bundesrepublik. Das lag nicht nur an der offenen deutschen Frage, sondern auch an ihrer Position als Frontstaat zwischen Ost und West sowie an ihrem Wunsch, ein mit Frankreich und Großbritannien vergleichbares Gewicht in der westlichen Zusammenarbeit zu bilden. Der Entspannungskurs der westlichen Führungsmächte und ihr nachlassendes Interesse an der deutschen Wiedervereinigung machten eigene Initiativen der Bundesrepublik um so notwendiger. Würde sie an den Ausgangspunkten der Ära Adenauer festhalten, drohte eine Isolierung innerhalb der westlichen Gemeinschaft mit der Folge, daß die deutsche Stimme zunehmend weniger Gewicht erhielt. Darüber hinaus erkannte man in der Bundesrepublik deutlicher als anderswo, daß der Mauerbau Fakten geschaffen hatte, die eine neue Politik erforderten.

Es war nicht verwunderlich, daß ausgerechnet in Berlin die Grundlage für eine neue deutsche Herangehensweise an das Problem der Wiedervereinigung gelegt wurde. Nach dem Schock vom 13. August 1961 sowie der zurückhaltenden Reaktion des Westens auf den Bau der Mauer stand für den Regierenden Bürgermeister Willy Brandt und seinen Sprecher Egon Bahr fest, daß Fortschritte in der deutschen Frage nur von Deutschland selbst ausgehen könnten und daß es hierfür eigene Konzepte entwickeln mußte.⁸⁶ So entstand das 1963 von Egon Bahr formulierte Konzept ‚Wandel durch Annäherung‘, das einen gänzlich anderen Weg zur Wiedervereinigung einschlug als Adenauers Politik der Stärke. Eine Lösung der deutschen Frage war nicht länger Voraussetzung für Entspannung, sondern Entspannung wurde zur Voraussetzung für eine Lösung der deutschen Frage. Außerdem gab es nun durch die hermetische Abriegelung der deutschen Grenze ein kurzfristiges Ziel: die Schaffung von Kontaktmöglichkeiten für die Deutschen beiderseits der Grenze, um so die Teilung erträglicher zu machen. Das Mittel hierzu war die entstehende Détente sowie die Anerkennung des Status quo in Europa. Auf diese Weise sollte die Mauer durchlässiger gemacht und weitere Annäherung ermöglicht werden. Als krönender Abschluß dieses Prozesses sollte in einer fer-

nen Zukunft das Ende der europäischen und deutschen Teilung stehen.⁸⁷ Auf die Umsetzung ihres Konzeptes ‚Wandel durch Annäherung‘ mußten Brandt und Bahr gleichwohl noch sechs Jahre warten. Erst mit der sozialliberalen Koalition im Jahre 1969 sollte es eine parlamentarische Mehrheit für die sogenannte neue Ostpolitik geben.

Die Jahre 1963–1969 waren eine Übergangsphase auf dem Weg zu dieser Politik. Einerseits suchten Bundeskanzler Erhard (1963–1966) und sein Außenminister Schröder vorsichtig die Annäherung an Osteuropa – u.a. durch die Eröffnung von Handelsmissionen in mehreren osteuropäischen Ländern –, andererseits versuchten sie durch diese Annäherung die DDR von ihren osteuropäischen Partnern zu isolieren. Auch die sogenannte Friedensnote vom März 1966, in der sich die Bundesrepublik u.a. zu einer Gewaltverzichtserklärung gegenüber den osteuropäischen Staaten bereit erklärte, enthielt diese Ambivalenz, da die DDR bei dieser diplomatischen Initiative gänzlich umgangen wurde. Der Publizist Peter Bender nannte die Friedensnote typisch für die Ära Erhard: „guter Wille, wenig Neues und die alten Fehler, verstärkt durch viel Ungeschick.“⁸⁸ Positiver bewertete der Historiker Christian Hacke die Note als „Beginn einer neuen deutschen Ostpolitik“.⁸⁹ Auch wenn dieses positive Urteil angesichts der vielen Widersprüche, die die Note enthielt, übertrieben ist, ein Schritt nach vorn war sie durchaus, denn die Bundesregierung schien nun auch ohne Fortschritte in der deutschen Frage zur Entspannungspolitik bereit.

Während der Großen Koalition (1966–1969) wurden weitere Schritte in diese Richtung unternommen. 1967 wurden diplomatische Beziehungen mit Rumänien und 1968 mit Jugoslawien aufgenommen. Und als Kambodscha 1969 die DDR anerkannte, reagierte Bonn nicht mit dem Abbruch, sondern lediglich mit dem Einfrieren der Beziehungen zu Pnom Penh. Damit war die Hallstein-Doktrin zwar nicht offiziell, aber doch faktisch ad acta gelegt. Noch wichtiger war, daß sich Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger zur Verbesserung der Beziehungen zur Sowjetunion bereit erklärte und im Jahre 1968 sogar ein Gespräch mit DDR-Ministerpräsident Willy Stoph nicht ausschloß. Zwar kam es nicht dazu, aber die Anpassung an die internationale Entspannung setzte sich unter Kiesinger und seinem Außenminister Willy Brandt eindeutig fort.

Zurückblickend scheint dieser Anpassungsprozeß der Jahre 1963–1969 fast zwangsläufig zur neuen Ostpolitik geführt zu ha-

ben sowie zur Anerkennung von ‚zwei Staaten in Deutschland‘, wie es Brandt 1969 in seiner Regierungserklärung formulierte. Eine solche Betrachtungsweise wird den gegensätzlichen Auffassungen und Unsicherheiten zur deutschen Frage, die zu dieser Zeit in der Bundesrepublik bestanden und auch in der niederländischen Wahrnehmung eine Rolle spielten, jedoch nicht gerecht. Die niederländische Unsicherheit trat deutlich in einer im Auftrag des Ministerrates verfaßten Aufzeichnung von Januar 1966 zutage. Darin sprach der Verfasser, Botschafter van Ittersum, von einem in deutschen „Regierungskreisen weit verbreiteten Gefühl der Frustration und Enttäuschung“ bezüglich der deutschen Frage. Man erkannte, so van Ittersum, daß die Wiedervereinigung weiter entfernt lag denn je und daß die Siegermächte einen Modus vivendi zur Besiegelung des Status quo suchten. Verstärkt würde das deutsche Unbehagen durch die „Auflösungstendenzen“ in den atlantischen und europäischen Gemeinschaften, welche für viele Deutsche „ein Surrogat für ein nationales Ideal“ seien. In Zusammenhang mit dem ebenfalls festgestellten zunehmenden deutschen Selbstbewußtsein könnten diese Faktoren zu einer Situation führen, in der die Bundesrepublik „ausschließlich eigene Interessen verfolgt“. Diese Gefahr stehe zwar nicht unmittelbar bevor, aber um eine solche Entwicklung auch langfristig zu vermeiden, sollte die westliche Welt der Bundesrepublik „das Gefühl geben, als ... gleichberechtigter Partner akzeptiert zu werden, dessen nationale Interessen möglichst berücksichtigt und unterstützt werden. Die Europäischen Gemeinschaften und das atlantische Bündnis bilden die Rahmen, in dem die wachsende deutsche Dynamik und der Wunsch nach Gleichberechtigung aufgefangen werden können. Daher ist es wichtig, daß diese Rahmen nicht nur beibehalten werden, sondern daß ihr innerer Zusammenhalt verstärkt wird.“⁹⁰ Die Aufzeichnung van Ittersums führte nicht zu einer nennenswerten Diskussion im Ministerrat. Wahrscheinlich war es die Selbstverständlichkeit von van Ittersums Empfehlung, durch die sie fast ohne Widerspruch zur Kenntnis genommen wurde.⁹¹ Denn seit der ‚positiven Integration‘ der frühen fünfziger Jahre war dies der Ausgangspunkt niederländischer Deutschlandpolitik. In der Argumentation hatten sich die Akzente zwar etwas verschoben, die Hauptrichtung war jedoch gleichgeblieben, und daran sollte sich auch künftig wenig ändern.

Typisch für die Sichtweise Den Haags in der Mitte der sechziger Jahre war nicht die Angst vor nationalistischen oder neutra-

listischen Strömungen in Deutschland, ebensowenig ein Mißtrauen gegenüber den deutschen Absichten. Eher ging es um die unangenehme Einsicht, daß nationale Frustration, das Fehlen einer konsequenten außenpolitischen Linie, wachsendes deutsches Selbstbewußtsein sowie mögliche Spannungen mit den westlichen Partnern langfristig zu einer Unberechenbarkeit Deutschlands führen könnten. Mit Sorge berichtete Botschaftsrat J. Vixseboxse im Mai 1965 nach Den Haag, daß „Bonn als politisches Zentrum in den letzten Jahren ein Bild der Unsicherheit, Zerrissenheit und Entscheidungslosigkeit bot“. Erhards kollegialer Regierungsstil habe zu einer „Schwächung der Disziplin und Koordination“ innerhalb des Regierungslagers geführt, die „Zerrissenheit hinsichtlich der atlantischen und europäischen Zusammenarbeit“ sei nicht verschwunden, und die Wiedervereinigungspolitik sei durch ein „Element der Unwirklichkeit“ geprägt. Noch immer schreibe man der deutschen Wiedervereinigung in den Grenzen von 1937 höchste Priorität zu, während die Chancen, dieses Ziel zu verwirklichen, geringer seien als je zuvor und der Mut fehle, dies öffentlich auszusprechen.⁹²

Dieses Bild der Unsicherheit wurde von einem größeren deutschen Selbstbewußtsein begleitet. „Die Nachkriegszeit ist zu Ende“, sagte Ludwig Erhard in seiner Regierungserklärung vom November 1965, und ein Jahr später machte sein Nachfolger Kiesinger deutlich, diese Linie fortsetzen zu wollen. Derartige Äußerungen wurden auf niederländischer Seite als Zeichen dafür gedeutet, daß die Bundesrepublik ihre spezifisch deutschen Interessen stärker verfolgen würde.⁹³ Die ebenfalls festgestellte Unentschlossenheit stand dazu zwar im Gegensatz, aber die Kombination aus deutscher Frustration, Irritation und Zerrissenheit einerseits sowie wachsendem Selbstbewußtsein andererseits wurde in Den Haag als politisches Gemisch gewertet, das zu unangenehmen Überraschungen führen konnte. Um dies zu verhindern, betonte Den Haag auch in dieser Periode die Bedeutung der Unterstützung des Westens für die deutschen nationalen Wünsche.

Seit den frühen fünfziger Jahren hatte diese Strategie in der niederländischen Meinungsbildung zur deutschen Frage eine zentrale Rolle gespielt. Mitte der sechziger Jahre wurde sie jedoch nahezu unbrauchbar, denn wie sollten Verständnis und Unterstützung für die deutschen Interessen aussehen, wenn die deutsche Politik selbst einen unentschlossenen und gespaltenen Eindruck hinterließ? Außerdem wurde in Den Haag sowie in der niederlän-

dischen Botschaft in Bonn inzwischen auch Kritik an Aspekten der Deutschland- und Osteuropapolitik der Bundesregierung geäußert. Das zeigte sich beispielsweise bei der gemischten niederländischen Reaktion auf die deutsche Friedensnote vom März 1966. Im Außenministerium wurde die Erklärung einerseits als „konstruktiver Versuch zur Verminderung der latenten Spannungen in Europa“ und als „erfreuliches Zeichen einer positiven Entwicklung der deutschen Gedankengänge“ begrüßt. Noch wichtiger war, daß die Friedensnote ein erfolgreiches Gegengewicht zur fortwährenden antideutschen Propaganda des Ostblocks bot und den Ostblock seiner Argumente gegen die ‚revanchistische‘ Bundesrepublik beraubte.⁹⁴ Im Hinblick auf die deutsche Frage betonte das Außenministerium also noch immer die Bedeutung positiver und offensiver westlicher Erklärungen, die den Ostblock propagandistisch in die Defensive drängen sollten.

Andererseits gab es im Außenministerium auch Kritik an der Friedensnote, und Luns beauftragte den Botschafter in Bonn, das Auswärtige Amt darüber zu unterrichten, daß die niederländische Regierung einige Passagen für weniger gelungen hielt. Zwar könne Luns mit Blick auf die deutsche Öffentlichkeit Verständnis aufbringen für die explizite Erwähnung des deutschen Rechtsstandpunktes bezüglich der Grenzen von 1937, aber taktisch gesehen habe die Friedensnote dadurch an Wert verloren. Das gelte auch für den in die Erklärung aufgenommenen Passus zum Münchener Abkommen (1938), das nur in vager Form für ungültig erklärt wurde. Schließlich bedaure der Minister, daß Bonn nicht deutlicher seine Unterstützung für den erfolgreichen Abschluß eines Atomwaffensperrvertrages ausgedrückt habe.⁹⁵

Deutlicher und kritischer waren die Reaktionen der niederländischen Presse. Der *NRC* kritisierte die unveränderte deutsche Haltung zur Oder-Neiße-Grenze, charakterisierte die Erklärung als „Archivmaterial“ und zeigte so, daß er hiervon keinen Beitrag zur Entspannung erwartete.⁹⁶ Auch das liberale *Algemeen Handelsblad* bemerkte, daß die Erklärung nur wenig Neues brachte, auch wenn sie in „konzilientem Ton“ formuliert sei.⁹⁷ Die protestantische *Trouw* wiederholte den Standpunkt, den sie bereits in den vergangenen Jahren vertreten hatte: Die deutsche Teilung und die bestehenden Grenzen in Europa mußten der Ausgangspunkt der westlichen Politik sein, und daran müsse sich auch die Bundesrepublik anpassen. Obwohl sich das sozialdemokratische *Vrije Volk* positiver äußerte und meinte, die Friedensnote könne ent-

schieden zu mehr Entspannung beitragen, ließ auch diese Zeitung im Jahre 1966 wiederholt durchblicken, daß sich die Bundesrepublik nachdrücklicher dem Status quo in Europa anpassen müsse.⁹⁸ In ähnlicher Form argumentierte *de Volkskrant*, und so kann für die Mehrheit der niederländischen Presse fetgehalten werden, daß sie die Veränderung in der deutschen Politik als zu gering bewertete.

So weit wollte Minister Luns nicht gehen, aber auch von ihm gingen 1966 Signale aus, die darauf hinwiesen, daß die niederländische Haltung zur deutschen Frage nicht länger mit derjenigen der Bundesrepublik identisch war. Während der Berlin-Krise hatte Den Haag den maximalistischen deutschen Standpunkt noch unterstützt, in der Mitte der sechziger Jahre hatte man sich davon zurückgezogen. Minister Luns bemerkte zwar im Dezember 1965 in der Zweiten Kammer, daß der Verlauf der deutschen Ostgrenze erst in Verhandlungen über einen Friedensvertrag festgelegt werden sollte, ließ jedoch gleichzeitig wissen, daß die niederländische Regierung die Oder-Neiße-Grenze als endgültig betrachtete.⁹⁹ Hinter den Kulissen wurde eine deutlichere Sprache gesprochen, und von Unterstützung für „die Fiktion bezüglich der Grenzen von 1937“, wie van Ittersum im August 1965 den deutschen Rechtsstandpunkt charakterisierte, war keine Rede mehr.¹⁰⁰ Zu dieser Entwicklung paßte auch, daß die „Denkschrift“ der Evangelischen Kirche in Deutschland von Ende 1965, in der für eine Versöhnung mit Polen und eine politische Neuorientierung gegenüber ganz Osteuropa plädiert wurde, in den Niederlanden positiv beurteilt wurde. Die „Denkschrift“ könne dazu beitragen, so van Ittersum, daß in der Bundesrepublik „die Dinge in einem realistischeren Licht betrachtet werden“ und die herrschende „Unbeweglichkeit“ in Frage gestellt werde.¹⁰¹

Ebenso positiv wurde die SPD beurteilt. In den fünfziger Jahren galt die SPD noch als eine dem Westen gefährliche, zum Neutralismus neigende Partei. Doch seit die Partei mit dem Godesberger Programm (1959) und mit Herbert Wehners berühmter Bundestagsrede vom 30. Juni 1960 die Grundlagen von Adenauers Integrationspolitik akzeptiert hatte, wurde das Mißtrauen durch eine wohlwollendere Beurteilung ersetzt. Diese verstärkte sich, als die Partei im Vorfeld der neuen Ostpolitik alte Dogmen bezüglich der deutschen Frage zur Diskussion stellte und damit öffentlich aussprach, was viele innerhalb und außerhalb Deutschlands bereits dachten: Der europäische Status quo und die deutsche Teilung

waren Tatsachen, an denen auf absehbare Zeit nicht zu rütteln war. Die Anerkennung der DDR oder der Oder-Neiße-Grenze war für die SPD in der Mitte der sechziger Jahre sicher noch verfrüht, aber deutlich wurde schon, daß die westdeutschen Sozialdemokraten ein gewisses Arrangement mit dem Status quo ansteuerten. Mit Hinweis auf diesen Realismus in SPD-Kreisen sprach der stellvertretende Botschafter Jorissen in Bonn im März 1967 die Hoffnung aus, daß solche Offenheit zu „einer nüchterneren Beurteilung der Chancen auf die Wiedervereinigung hierzulande“ beitragen könnte.¹⁰² Jeder Schritt der SPD nach vorn traf auf die Zustimmung aus Den Haag und der niederländischen Botschaft in Bonn. „Das war mutig“, bemerkte Botschafter de Beus im März 1968, nachdem sich der SPD-Parteitag für eine De-facto-Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze ausgesprochen hatte.¹⁰³

Durch die Position der SPD und ihren Einfluß auf die Politik der Großen Koalition wurde die niederländische Unsicherheit über die deutsche Frage, die zur Mitte der sechziger Jahre noch groß gewesen war, allmählich abgebaut. In Den Haag begrüßte man es besonders, daß die neuen Akzente der westdeutschen Politik zu mehr Realitätssinn unter der Bevölkerung beitrugen, was wiederum die Gefahr einer unberechenbaren, illusionistischen Außenpolitik verminderte. Außerdem hatten die Niederländer immer ein Interesse daran gehabt, die Bundesrepublik innerhalb des atlantischen Bündnisses nicht zu isolieren, und diese Gefahr nahm ab, je mehr sich die Bundesrepublik der internationalen Entspannung anschloß. Gleichzeitig fand auch in den Niederlanden eine vergleichbare Anpassung statt, was zweifellos zu dieser positiven Beurteilung der westdeutschen Politik beitrug.

Die niederländische Unterstützung der zaghaften Schritte der Großen Koalition in Richtung Osteuropa kam u.a. dadurch zum Ausdruck, daß Minister Luns bei seinen Besuchen in mehreren ost- und mitteleuropäischen Hauptstädten 1967/68 für die Aufrichtigkeit der westdeutschen Absichten warb: „Ich brach eine Lanze für eine positivere Evaluierung der Ostpolitik der Bundesrepublik und unterstrich, daß sich im deutschen Denken eine positive Entwicklung vollzieht“, berichtete er im August 1967 aus Warschau nach Den Haag über die Gespräche mit seinem polnischen Kollegen Rapacki, dem er weiter sagte: „Die Deutschen haben gelernt. In bezug auf die Grenzfrage wächst die Einsicht, daß heutzutage eine Veränderung des Status quo unmöglich ist. Außerdem gibt es ein echtes Schuldbewußtsein für das Elend, das Deutschland der Welt

zugefügt hat.“¹⁰⁴ In ähnlicher Form verteidigte er ein paar Monate später die deutschen Absichten in Prag, und auch bei seinem Besuch in Budapest im Februar 1968 gab sich Luns als Fürsprecher der Bundesrepublik zu erkennen. Zwar muß Luns' positive Botschaft an die Adresse seiner mitteleuropäischen Gesprächspartner auch als bewußte Präsentation westlicher Geschlossenheit interpretiert werden, sein Auftreten war jedoch auch eine Demonstration des Haager Einverständnisses mit der deutschen Ostpolitik.

Die sinkende Nachdrücklichkeit, mit der die Bundesrepublik die ungelöste deutsche Frage betonte, und die wachsende Bereitschaft, sich mit dem Status quo zu arrangieren, wurden in Den Haag übrigens nicht als nahender deutscher Abschied vom Ziel der Wiedervereinigung interpretiert. In den Niederlanden erkannte man, daß die Bemühungen um eine Normalisierung der Beziehungen zu Mittel- und Osteuropa sowie die dazugehörige Anerkennung der europäischen Nachkriegsordnung letztlich das Ziel hatten, eben diese Ordnung wieder zu verändern. In einer ausführlichen Aufzeichnung vom August 1968, die Botschaftsrat Jalink in Bonn verfaßte, wurde der Wunsch nach Wiedervereinigung sogar als die vielleicht wichtigste Triebfeder der Politik der Versöhnung mit Osteuropa betrachtet. Von dieser Feststellung war es nicht mehr weit zu der Frage, die in den fünfziger Jahren die niederländischen Gemüter beherrscht, in den sechziger Jahren jedoch an Bedeutung verloren hatte: Würde die Bundesrepublik bereit sein, um den Preis der Wiedervereinigung die Beziehungen zum Westen zu lockern oder sogar abzubrechen? In seiner Aufzeichnung mit dem vielsagenden Titel „Ein zweites Rapallo?“ kam Jalink jedoch zu einer verneinenden Antwort: „Alles in allem – die westdeutsche Angst vor dem Kommunismus, das hohe Sicherheitsbedürfnis, die Einsicht, daß man nur mit Hilfe der westlichen Verbündeten nationale Ziele verwirklichen kann und die Politik der Sowjetunion – gibt es meines Erachtens keinen Grund zu Befürchtungen eines möglichen deutschen ‚Alleinganges‘, eines neuen Rapallos.“ Einen Umschwung in „irrationale Richtung“ hielt er damit nicht für wahrscheinlich; auszuschließen sei dieser allerdings nicht, falls sich die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Partnern verschlechterten und sich bei den Deutschen ein Gefühl der Isolation verbreitete.¹⁰⁵ Hier kam deutlich die alte Auffassung zum Vorschein, der Westen dürfe die Bundesrepublik bei der Verwirklichung ihrer nationalen Ziele nicht im Stich las-

sen, weil das auf deutscher Seite zu Untreue gegenüber dem Bündnis führen könnte. Es war jedoch unverkennbar, daß die niederländische Unsicherheit über die deutsche Frage geringer war als in der Mitte der sechziger Jahre. Zur Zeit der Regierung Erhard sorgte man sich noch über die Unentschlossenheit und den mangelnden Realitätssinn der deutschen Politik; während der Großen Koalition erkannte man, daß diese Phase unter dem Einfluß der SPD allmählich zu Ende ging.

Die Presse schloß sich dieser positiven Beurteilung nur teilweise an und berichtete in den Jahren 1966–1969 mit einem deutlich kritischen Unterton über die westdeutsche Ostpolitik. *NRC*, *Algemeen Handelsblad* und *Trouw* hatten schon zur Zeit der Regierung Erhard deutlich gemacht, daß ihnen die Anpassung der Bundesrepublik an die europäischen Realitäten nicht schnell genug ging. Die Politik der Großen Koalition wurde kaum anders beurteilt. Zwar begrüßte man die neuen Akzente der westdeutschen Politik gegenüber Mittel- und Osteuropa, aber gleichzeitig wurde kritisiert, daß das Tabu der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze nicht gebrochen wurde und daß die Politik in vielerlei Hinsicht halbherzig blieb. Kritisiert wurde auch die Haltung gegenüber der DDR, deren Existenz, so die genannten Zeitungen, nicht länger zu leugnen sei. Das beinhaltete noch kein Plädoyer für eine tatsächliche Anerkennung der DDR, aber die Kritik an der Hallstein-Doktrin und am westdeutschen Alleinvertretungsanspruch schloß durchaus ein, daß daran künftig kein Weg vorbei führe.

Die ‚Entdeckung‘ der DDR

Links von der politischen Mitte wurde diese Kritik an der deutschen Osteuropapolitik durch handfeste Plädoyers für die Anerkennung der DDR verschärft. Solche Forderungen hatten bis dahin beinahe ausschließlich die kleinen linken Parteien (CPN, PSP) erhoben, aber seit Mitte der sechziger Jahre sprachen sich zunehmend auch Vertreter anderer Parteien für die Anerkennung aus. Der Historiker Jacco Pekelder spricht sogar von einer „wahren Bewegung zur Anerkennung der DDR“ in dieser Zeit, begünstigt durch die internationale Entspannung und den Aufstieg einer neuen politischen Generation, die mit den Prinzipien des Kalten Krieges abrechnen wollte.¹⁰⁶ Dabei handelte es sich nicht um eine Massenbewegung, sondern es ging um eine eher kleine Gruppe, die

die Anerkennung 1966 auf die Tagesordnung setzte, deren Notwendigkeit hartnäckig betonte und das Thema so zur Speerspitze progressiver Politik machte. Dies fiel zusammen mit der ‚Entdeckung‘ der DDR, in der man bis dahin mehr einen Vorposten des sowjetrussischen Imperiums als einen deutschen Staat gesehen hatte.

Infolgedessen hatte sich das Interesse für die DDR bis Mitte der sechziger Jahre hauptsächlich auf ihre Funktion in den Ost-West-Beziehungen, ihren illegitimen und undemokratischen Charakter und ihre Rolle in der Wiedervereinigungsfrage beschränkt. Ansonsten war die DDR ein ‚blinder Fleck‘ geblieben. Die einzige Ausnahme bildeten – neben dem Handel¹⁰⁷ – einige Kontakte auf kirchlicher Ebene, die größtenteils über die niederländische Gemeinde in Berlin unter Leitung der Pastorin Bé Ruys liefen. Repräsentanten der protestantischen Friedensbewegung *Kerk en Vrede* (Kirche und Frieden) und der Niederländischen Vereinigung Christlicher Studenten (NCSV) nahmen in den fünfziger Jahren wiederholt an Konferenzen in Berlin und der DDR teil, und die NCSV unterhielt enge Beziehungen zur ostdeutschen Evangelischen Studentengemeinde. Pekelder sieht eine bemerkenswerte Entwicklung in diesen Kontakten: ausgehend von der Solidarität mit den unterdrückten Christen in den fünfziger Jahren über einen Dialog zwischen Christentum und Sozialismus hin zu einer Stellungnahme zugunsten des Sozialismus in den sechziger Jahren.¹⁰⁸ Die Aktivitäten dieser kleinen Gruppe linker Protestanten und ihr Beitrag zu einem positiv veränderten DDR-Bild gehörten ebenfalls zu der oben genannten ‚Entdeckung‘ der DDR, die ab 1966 unter dem Einfluß der Neuen Linken auch in der PvdA stattfand.

Grundsätzlich strebte die Neue Linke nach der Radikalisierung der Sozialdemokratie, nach der Durchbrechung der ‚Regentenkultur‘ der Partei und einer schärferen politischen Abgrenzung der PvdA gegenüber anderen Parteien. Ihr erster Schritt auf diesem Weg war die Veröffentlichung der Broschüre *Tien over rood* Anfang Oktober 1966, in der auf dem Feld der Außenpolitik mit alten Positionen abgerechnet wurde – wenn auch offensichtlich ohne große außenpolitische Sachkenntnis. Der Groninger Historiker Doeko Bosscher merkt zu Recht an, daß es sich um nicht mehr als „sweeping statements“ handelte und Analyse und Tiefgang fehlten.¹⁰⁹ Von Bedeutung war aber, daß erstmals in einer politischen Partei, die nicht wie die CPN oder PSP links außen stand, die Anerkennung der DDR als Ziel formuliert wurde, übrigens in

einem Atemzug mit der Forderung nach Anerkennung des Vietcong. Außerdem sollten die Niederlande aus der NATO austreten, wenn Portugal Mitglied blieb oder Spanien es werden sollte. Seit 1966 besuchten Anhänger der Neuen Linken verschiedene Male die DDR, und zu welchen Eindrücken solche Besuche führen konnten, faßte der Journalist Han Lammers im Juni 1967 im *Groene Amsterdammer* so in Worte: „Wir irren uns gründlich, wenn wir annehmen, daß man in der DDR nicht von einer Demokratie sprechen könnte“. Lammers, selber Mitbegründer der Neuen Linke, brachte weiterhin seine Hoffnung zum Ausdruck, daß die wirtschaftliche Entwicklung der DDR zeigen werde, „daß sozialistische Experimente Erfolg haben können“. In den Abschnitten über die Berliner Mauer schloß seine Position bemerkenswert eng an die offizielle DDR-Sichtweise an: Die Mauer sei eine Staatsgrenze und „deshalb streng bewacht. Ohne diese Bewachung würde sie kein Mensch ernst nehmen. Deshalb auch wird auf Flüchtlinge geschossen.“¹¹⁰ Obwohl nicht alle Mitglieder der Neuen Linken so unkritisch über die DDR dachten und schrieben, kann die Beurteilung Lammers' als charakteristisch für die Empfänglichkeit für ein positiveres DDR-Bild gelten, das sich in diesen Jahren auf dem linken Flügel der PvdA manifestierte.

Es wäre zu einfach, dies nur mit einem Hinweis auf die SED-Propaganda zu erklären, mit der Neue Linke bei ihren Besuchen in dem ostdeutschen Staat empfangen wurden. Sie verstärkte höchstens die Bereitschaft, der DDR positiver gegenüberzutreten. Viel wichtiger war die wachsende Kritik an den Denkmustern des Kalten Krieges, die bis dahin jede positive Äußerung über den Kommunismus tabuisiert hatten. Diese Kritik stellte einen Teil des breiteren Widerstands gegen das ‚Establishment‘ dar, dem man auch in anderen Bereichen das Festhalten an veraltetem Gedankengut der fünfziger Jahre vorwarf. Die ‚Entdeckung‘ der DDR war damit ein typisches Phänomen der sechziger Jahre. Sie schloß an der wachsenden Kritik am ‚imperialistischen‘ Westen an, bot die Möglichkeit, sozialistische ‚Alternativen‘ kennenzulernen und war zugleich ein geeignetes Mittel zur Provokation der älteren Generation. Hinzu kam ein neu auflebendes Interesse am Zweiten Weltkrieg (siehe Kapitel 9), wodurch der ‚Antifaschismus‘ der DDR in einem positiven Licht erschien. Dies galt umso mehr im Vergleich zur Bundesrepublik, wo ehemalige Nationalsozialisten nicht von hohen Ämtern ausgeschlossen geblieben waren, was bei manchen Kritikern den Eindruck weckte, daß die westdeutsche Demokratie

nicht viel mehr als eine Firnissschicht war. Dieser Eindruck verstärkte sich noch durch den Aufstieg der rechtsextremen NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre. „Man hatte mehr politisches Vertrauen zu ihnen“, so Han Lammers 1995 im Rückblick über die damalige ostdeutsche Führung im Vergleich zu manchem Westpolitiker, „man hatte das Gefühl, jedenfalls rede ich hier mit einem Antifaschisten. Das ist immerhin etwas.“¹¹¹ Daß auch in der DDR ehemalige Nationalsozialisten wichtige Funktionen innehatten, wurde kaum wahrgenommen, ebenso wenig wie die Tatsache, daß viel belastendes Material über westdeutsche Politiker aus Stasi-Köchern kam und auf vielfältige Weise ‚braun‘ eingefärbt oder schlicht gefälscht war.

Die Sympathie für das „Stiefkind Europas“ – so der Titel einer 1970 erschienen Aufsatzsammlung über die DDR aus Kreisen der NCSV¹¹² – muß schließlich auch als ein Ausdruck des Mißtrauens gegenüber der Bundesrepublik und den westdeutschen Wiedervereinigungsbestrebungen gesehen werden. Während man das wachsende deutsche Selbstbewußtsein, das sich auf wirtschaftliche Erfolge und ein zunehmendes politisches und militärisches Gewicht stützte, mit Unbehagen und Furcht vor deutscher Dominanz registrierte, galten für die DDR solche Sorgen nicht: Sie war der ‚underdog‘, keinesfalls bedrohlich und ebenso wie die Niederlande im Vergleich zur Bundesrepublik der schwächere Staat. Eine westliche Anerkennung der DDR und des europäischen Status quo sollte die Bundesrepublik zur Anpassung ihrer nationalen Sehnsüchte zwingen. Geschehe dies nicht, so der Gedankengang im Kreis der Neuen Linken, aber auch in der NCSV und den beiden linken Splitterparteien PPR und PSP, könne sich ein deutsches Machtstreben entfalten, das die europäische Sicherheit bedrohen werde. Eine bedingungslose Anerkennung der DDR werde dagegen die Annäherung zwischen Ost und West und damit den Frieden in Europa fördern.

Die Anerkennungsbewegung speiste sich denn auch aus verschiedenen Quellen: aus einem gegen den Kalten Krieg gerichteten Denken und hohen Erwartungen an die Annäherung von Ost und West, aus unreflektierter Sympathie für bestimmte Aspekte des DDR-Sozialismus, aus wiedererwachtem Interesse an der Zeit der deutschen Besatzungsherrschaft und daraus abgeleiteten anti-westdeutschen Gefühlen, sowie aus Widerstand gegen das ‚Establishment‘ in der niederländischen Politik. Für die Neue Linke sollte vor allem dieser letzte Faktor eine wichtige Rolle spielen. Nach-

dem deutlich geworden war, daß ihr Angriff auf die niederländische NATO-Mitgliedschaft in der PvdA erfolglos blieb, entwickelte sich das Streben nach einer bedingungslosen Anerkennung der DDR zur Speerspitze progressiver Außenpolitik mit einem hohen Symbolwert im Machtkampf um die Erneuerung der Partei. Dies wurde in dem Jubel deutlich, mit dem die Delegierten der Neuen Linken auf dem PvdA-Parteitag im März 1969 auf die Annahme eines Antrags reagierten, in dem für die bedingungslose völkerrechtliche Anerkennung der DDR eingetreten wurde. Grund für diesen Jubel war weniger die Sympathie für die DDR als vielmehr die Freude über den Sieg, den man damit über den gemäßigten Parteiflügel errungen hatte. Zwar stand auch dieser grundsätzlich einer Anerkennung positiv gegenüber, lehnte aber einen niederländischen Alleingang ab, weil dadurch das westliche Bündnis, die niederländische Position innerhalb des Bündnisses und das Verhältnis zur SPD Schaden genommen hätten. Außerdem sei es notwendig, so die gemäßigten Sozialdemokraten unter Führung des späteren Außenministers Max van der Stoel (1973–1977 und 1981–1982), daß Moskau (und Ost-Berlin) im Tausch für die Anerkennung der DDR einer Berlin-Regelung auf der Grundlage der ‚three essentials‘ Kennedys von 1961 zustimme (Sicherung freien Zugangs, Anwesenheit der Westalliierten und Lebensfähigkeit der Stadt).¹¹³ Für die politische Willensbildung in Den Haag hatte der Sieg der Neuen Linken keine direkten Folgen. Die Fraktion der PvdA in der Zweiten Kammer unterstützte mit großer Mehrheit die Haltung van der Stoels, und dies sollte sich bis zur tatsächlichen Anerkennung der DDR im Januar 1973 auch nicht ändern. Nur eine kleine Minderheit trat zwischen 1968 und 1971 für die chancenlosen Anträge der PSP ein, in denen mit zunehmender Ungeduld die Anerkennung gefordert wurde.

Die ablehnende Haltung des Parlaments entsprach der öffentlichen Meinung, die – wie bereits angedeutet wurde – um 1970 ebenfalls mehrheitlich gegen eine Anerkennung war. 1969 und 1970 stellte das NIPO in repräsentativen Umfragen jeweils die Frage: „Die Niederlande unterhalten keine diplomatischen Beziehungen zu Ostdeutschland, oder mit anderen Worten: die Niederlande haben die DDR, Ostdeutschland, nicht anerkannt. Finden Sie, daß die Niederlande die DDR anerkennen sollten oder nicht?“ Aufgeteilt nach politischen Vorlieben sahen die Antworten 1969 wie folgt aus:

Tabelle 1: Anerkennung der DDR? (April 1969) in %

Die DDR	KVP	PvdA	VVD	ARP	CHU	D66	Alle
anerkennen	20	27	21	11	16	36	24
nicht anerkennen	51	49	66	63	57	54	49
keine Meinung	29	24	13	26	27	10	27

Anmerkung 1: KVP = Katholische Volkspartei (26,5% der Stimmen bei Parlamentswahlen 1967); PvdA = Partei der Arbeit (23,5%); VVD = Volkspartei für Freiheit und Demokratie (konservativ-liberal) (10,7%); ARP = Anti-Revolutionäre Partei (protestantisch) (9,9%); CHU = Christlich-Historische Union (protestantisch) (8,1%); D66 = Demokraten 66 (linksliberal) (4,5%).

Anmerkung 2: In bezug auf die kommunistische CPN (3,6%) und die pazifistisch-sozialistische PSP (2,9%) berichtete das NIPO nur, daß die Anhänger dieser Parteien mehrheitlich für die Anerkennung der DDR waren.

Quelle: NIPO-Bericht Nr. 1284

Aus der Tabelle geht hervor, daß sich 1969 beinahe eine absolute Mehrheit gegen die Anerkennung aussprach. Die Zahl der Befürworter betrug nur ungefähr ein Viertel, und dies galt auch für diejenigen ohne eigene Meinung. Es fällt auf, daß die Zahl der Befürworter unter den PvdA-Anhängern zwar größer war als unter den Sympathisanten der christlichen Parteien und der VVD, aber doch keineswegs so groß, wie man nach dem Ergebnis der Abstimmung auf dem Parteitag hätte vermuten können. Sie war sogar deutlich geringer als unter den D66-Anhängern. Auffällig ist im Gegenteil gerade das hohe Maß an Übereinstimmung zwischen den PvdA-Anhängern und dem Durchschnitt aller Parteien. Genau ein Jahr später wiederholte das NIPO die Umfrage mit folgendem Ergebnis:

Tabelle 2: Anerkennung der DDR? (April 1970) in %

Die DDR	KVP	PvdA	VVD	ARP	CHU	D66	Alle
anerkennen	30	29	33	22	28	50	33
nicht anerkennen	32	38	45	46	35	25	35
keine Meinung	38	33	22	32	37	25	25

Quelle: NIPO-Bericht Nr. 1344

Obwohl die Zahl der Gegner noch immer etwas größer als die der Befürworter war, hatte sich im Laufe eines Jahres eine beträchtliche Verschiebung zugunsten der Befürworter einer Anerkennung ergeben. Erneut fällt auf, daß die Haltung der PvdA-Anhänger keineswegs in besonderem Maße als ‚anerkenntnisfreundlich‘ zu charakterisieren ist und daß 1970 sogar unter den Anhängern der KVP und der VVD die Zahl der Befürworter höher war. Überdurchschnittlich viele Befürworter gehörten zum links-liberalen D66.

Auch in den christlichen Parteien und der VVD war inzwischen die Diskussion über die Anerkennung in Gang gekommen, und 1970 gab es einen breiten politischen Konsens, der auch von der niederländischen Regierung geteilt wurde: Die Anerkennung des ostdeutschen Staates paßte in den Rahmen der Entspannungspolitik, aber ihre Umsetzung mußte an bestimmte Bedingungen gekoppelt werden. Dazu gehörte u.a., daß die Frage der Anerkennung den Westen nicht spalten durfte, mit einer Regelung für West-Berlin verbunden werden mußte und nicht ohne Übereinstimmung mit der Bundesrepublik erfolgen konnte. Vor allem die letzte Bedingung war wichtig und verwies auf einen älteren und ebenfalls breiten Konsens in der niederländischen Meinungsbildung über die deutsche Frage: Im Interesse der westlichen Sicherheit und der Fortsetzung der Einbettung der Bundesrepublik in den Westen blieb Solidarität mit Bonn ein zentraler Ausgangspunkt niederländischer Außenpolitik. Die wachsende Zahl der Befürworter einer bedingungslosen Anerkennung der DDR und die Diskussion über dieses Thema seit 1966 durchbrachen diesen

alten Konsens nicht, zeigten jedoch, daß er am linken Rand brüchig geworden war.

Die neue Ostpolitik

Mit dem Zustandekommen der sozialliberalen Koalition im Herbst 1969 endete die Übergangsphase, in der sich die deutsche Ostpolitik seit 1963 befunden hatte. Die parlamentarische Mehrheit der Regierung Brandt-Scheel war zwar klein und sollte 1972 sogar verlorengehen, aber im Gegensatz zu den Jahren 1963–1969 war sich die Regierung nun in hohem Maße einig über den politischen Kurs. Hatte man in der Großen Koalition hinsichtlich der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze, der endgültigen Aufgabe der Hallstein-Doktrin und der Anerkennung der DDR in der einen oder anderen Form noch keinen Durchbruch erzielt, so machte die kleine Koalition aus SPD und FDP nun mit den alten Tabus kurzen Prozeß. Nicht zu Unrecht hat Egon Bahr, der Architekt und Bauleiter der ‚neuen Ostpolitik‘, in seinen Memoiren behauptet, daß die Regierung Brandt-Scheel so energisch ans Werk gehen konnte, weil die Pläne für diesen ‚Wandel durch Annäherung‘ bereits jahrelang durchdacht und vorbereitet worden waren.¹¹⁴ Außerdem erwies es sich als günstig, daß die SPD 1966–1969 mit Außenminister Brandt Erfahrungen gesammelt hatte, auf denen man nun in einer Koalition, die wußte, was sie wollte, aufbauen konnte. Nach der zögerlich und mühsam verlaufenen westdeutschen Anpassung an das Klima internationaler Entspannung unter Erhard und Kiesinger verabschiedete sich die Bundesrepublik unter der Führung Willy Brandts von der bis dahin vorherrschenden Skepsis. Bonn wurde zu einem starken Befürworter der Détente.

Im niederländischen Kabinett war der Tenor nach der Bundestagswahl von 1969 und dem Antritt der sozialliberalen Koalition vorsichtig optimistisch. „Aus internationaler Sicht und namentlich in bezug auf die europäische Integration muß eine Kanzlerschaft Brandts positiv beurteilt werden“, stellte Außenstaatssekretär de Koster Anfang Oktober 1969 fest. Zugleich erinnerte er daran, daß Brandt als Außenminister in seiner Ostpolitik „vielleicht etwas zu weit“ gegangen sei, aber man könne erwarten, daß er als Kanzler „einen gemäßigteren Kurs einschlagen wird“.¹¹⁵ Einige Wochen später teilte Minister Luns seinen Kabinettskolle-

gen mit, daß er mit den Abschnitten über die Ostpolitik in Brandts Regierungserklärung „völlig übereinstimmt“. Er fügte allerdings, „ohne an den Vertrag von Rapallo erinnern zu wollen“, hinzu, „daß eine stärkere Bindung Westdeutschlands an Westeuropa nützlich sein würde“. ¹¹⁶ In vergleichbarer Weise reagierte der niederländische Botschafter in Bonn, de Beus, der einerseits nicht bezweifelte, daß Brandt seine Politik der Annäherung nur auf der Grundlage einer starken Westbindung führen könne und wolle. Andererseits schloß er nicht aus, daß der neue Bundeskanzler durch seine eigene Parteibasis zu einer aktiveren Annäherungspolitik getrieben werde und dadurch „einmal weiter gehen könnte, als anderen NATO-Ländern lieb ist“. ¹¹⁷

Nüchtern und verhalten optimistisch – mit diesen Begriffen kann man die niederländische Haltung auf der Regierungsebene beim Amtsantritt der sozialliberalen Koalition umschreiben. Davon zeugt auch eine Aufzeichnung des Außenministeriums, die im Januar 1970 vielen niederländischen Botschaften zuging und als offizieller Standpunkt des Ministeriums betrachtet werden kann. Diesem Bericht zufolge erwartete man keine wesentliche Veränderung der deutschen Osteuropapolitik, wohl aber deren „energischere und konsequentere“ Ausführung. Ohne eine Spur des Mißtrauens gegenüber den deutschen Absichten wurde festgestellt, daß die Bundesrepublik nun stärker als vorher selbst die Initiative ergreifen werde und offensichtlich verhindern wolle, daß amerikanisch-russische Verhandlungen über eine Regelung der deutschen Frage „zu bestimmend“ würden. Nüchternheit prägte auch die Wahrnehmung des Hintergrunds der Annäherungspolitik Brandts in Richtung Moskau. Ohne daß Begriffe wie ‚deutscher Alleingang‘ oder ‚Rapallo‘ auftauchten, stellte man sachlich fest, daß die Schaffung von Gesprächsmöglichkeiten mit Ost-Berlin mit dem Ziel einer Lockerung der deutsch-deutschen Grenze die eigentliche Triebfeder sei. ¹¹⁸

Die wohlwollende Haltung Den Haags gegenüber der deutschen Ostpolitik zeigte sich nicht nur hinter verschlossenen Türen. Ebenso wie zu Zeiten der Großen Koalition warb Den Haag in dieser frühen Phase der Regierung Brandt bei mittel- und osteuropäischen Regierungen um Vertrauen in die Bonner Politik. Nach Ansicht der Niederlande, so der Generaldirektor der Politischen Abteilung, de Ranitz, Ende November 1969 im Rahmen niederländisch-ungarischer Konsultationen, sei es „wichtig, daß man allenthalben der neuen westdeutschen Regierung durch eine

positive Einstellung helfe“. Den Staaten des Warschauer Paktes müsse klar sein, daß eine Fortsetzung ihrer negativen Politik gegenüber Bonn lediglich zur Stärkung der nationalistischen Kräfte in der Bundesrepublik führen und die Regierung Brandts in Gefahr bringen könne.¹¹⁹ Ganz ähnliche Töne konnte man im Januar 1970 in Moskau von dem niederländischen Botschafter in der Sowjetunion, Beelaerts van Blokland, hören. Beelaerts, der persönlich zu einem kritischen Beobachter der Ostpolitik werden sollte, überbrachte im sowjetischen Außenministerium die Botschaft, daß Den Haag „enttäuscht und sogar beunruhigt“ sei, weil die Bemühungen der neuen deutschen Regierung in Osteuropa „nicht auf die Anerkennung und Reaktion“ stießen, die sie verdienten.¹²⁰ Auch in diplomatischen Beratungen mit NATO-Partnern trat Den Haag für Bonn ein. Als Anfang Juni 1970 der kanadische Botschafter in Den Haag in einem Gespräch mit dem Chef der Europaabteilung, Reinink, das kanadische Unbehagen über die Politik Brandts zum Ausdruck brachte, wurde ihm entgegnet, daß die Niederlande Bonn unterstützten. Natürlich habe auch Den Haag Fragen und vielleicht sogar einige Zweifel bei bestimmten Aspekten der Ostpolitik, aber zu Mißtrauen hinsichtlich der deutschen Absichten gebe es keinen Anlaß, weil Bonn mit Washington, London und Paris in intensivem Kontakt über seine Osteuropapolitik stehe, so Reinink. Mit Nachdruck wollte Den Haag verhindern, daß durch ein „Sperrfeuer“ von Fragen anderer Partner an die Bundesrepublik der Eindruck entstand, daß „die Bündnispartner ihrer Politik nicht vertrauten“.¹²¹ Mit anderen Worten: In Den Haag ging man davon aus, daß möglicherweise unerwünschte Elemente der Ostpolitik schon durch Washington, London und Paris korrigiert werden würden, während die anderen Partner sich eher wohlwollend verhalten sollten. Dies werde der Geschlossenheit des Westens zugute kommen und sei psychologisch von Bedeutung, weil man so den Deutschen zeige, daß das westliche Bündnis sie bei der Verfolgung ihrer nationalen Interessen unterstütze.

Die wohlwollende niederländische Haltung gegenüber der Ostpolitik geriet im Laufe des Jahres 1970 durch die Energie unter Druck, mit der die Bundesrepublik ihre Politik der Annäherung betrieb. Ging Bonn nicht doch zu weit? Gab die Bundesrepublik nicht zu schnell alte Positionen auf, ohne dafür adäquate Gegenleistungen Moskaus zu erhalten? Drohte dadurch nicht eine Schwächung des Westens? Über diese Fragen kam es im Frühjahr 1970 zu

einer Debatte zwischen niederländischen Diplomaten, die die gesamte Bandbreite der Haager Meinungsbildung über die Ostpolitik beleuchtet und deshalb im folgenden kurz zusammengefaßt wird.

Angestoßen wurde diese Diskussion durch eine ausführliche Analyse Han Boons, seit 1961 Ständiger Vertreter bei der NATO und davor Generalsekretär im Außenministerium. In seiner positiven Betrachtung der Ostpolitik stellte Boon im Mai 1970 ohne Bedenken fest, daß die Bundesrepublik „jetzt größtenteils den Rhythmus der Entspannungspolitik des Bündnisses“ bestimme. Die zentrale Frage, die er dabei stellte – können die im Augenblick verhandelten deutschen Konzessionen zu einer Schwächung des Westens führen? – wurde verneint: Die bevorstehende Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze und der Nachkriegsgrenzen im allgemeinen, die Bereitschaft zur Abgabe von Nichtangriffserklärungen und die zu erwartende Anerkennung der DDR betrafen allesamt Konzessionen, die dem Westen keine Nachteile brachten. Im Gegenteil, der Westen habe die alten deutschen Standpunkte in diesen Fragen stets „größtenteils im Interesse der Bundesrepublik“ unterstützt und könne sie daher nun problemlos aufgeben. In der Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze sah Boon für den Westen kein Opfer, während eine Formalisierung der Trennung der beiden deutschen Staaten im Westen „ein Gefühl der Erleichterung“ hervorrufen und lediglich zu einer Klärung des bestehenden Verhältnisses führen werde. Boon widerlegte auch die Ansicht, daß „Brandt ein besseres Verhältnis zum Osten auf Kosten des Atlantischen Bündnisses erkaufen und seine Politik am Ende zu einem neuen Rapallo führen würde“. Schließlich sei Brandt klar, daß der „Rückhalt der Allianz unentbehrlich“ für einen erfolgreichen Verlauf seiner Politik der Annäherung sei. Außerdem sei in keinem einzigen westeuropäischen Land das „Sicherheitstrauma“ so ausgeprägt wie in der Bundesrepublik, und auch Brandt könne und wolle die alte Priorität der Sicherheit gegenüber der Wiedervereinigung nicht umkehren. So kam Boon zu der Schlußfolgerung, daß man an der westdeutschen Loyalität gegenüber der NATO nicht zweifeln und „eine gefährliche deutsche Eskapade auf dem Gebiet der Sicherheit“ befürchten müsse.¹²²

Sein Kollege van Vredenburg, nach dem Ende seiner Zeit als Botschafter in Bonn 1962 zum niederländischen Gesandten in Italien ernannt, reagierte mit einer äußerst kritischen Darlegung auf Boons beruhigende und positive Beurteilung. Während seiner Jahre in der Bundesrepublik (1958–1962) war van Vredenburg

selbst noch für eine deutsche Nichtangriffserklärung gegenüber Osteuropa und für deutsche Zugeständnisse bei der Oder-Neiße-Grenze eingetreten (siehe Kapitel 3), aber nun kritisierte er die Geschwindigkeit, mit der die Bundesrepublik alte Positionen aufgab ohne dafür von der Sowjetunion etwas zurückzubekommen. „Warum alles auf einmal?“, so ein skeptischer van Vredenburg, der dafür plädierte, erst die Verhandlungen zwischen Moskau und Washington über eine Begrenzung der strategischen Waffen (SALT) und eine Regelung für Berlin abzuwarten. „Jeder vernünftige Mensch wird eine echte Reduzierung der Spannung von Herzen wünschen. Aber nicht jeder vernünftige Mensch wird davon überzeugt sein, daß die Fütterung des Krokodils der beste Weg ist, um dieses Ziel zu erreichen. Und ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß der Westen im allgemeinen und die Bundesrepublik im besonderen diesen Weg eingeschlagen haben.“ Van Vredenburg ging in seiner Besorgnis und seinem Mißtrauen nicht so weit, Brandt einer „doppeldeutigen Politik“ zu beschuldigen, aber die Grenze zwischen „zweiseitig und doppeldeutig“ sei in der Politik nicht scharf zu ziehen, und „wer könnte garantieren, daß seine Nachfolger ebenso geradlinig sein werden?“ Van Vredenburg begrüßte es denn auch keineswegs, daß die Bundesrepublik der Entspannungspolitik des Bündnisses so massiv ihren Stempel aufdrückte und hätte es lieber gesehen, wenn Washington, London oder Paris das Tempo bestimmen würden. Von der Bonner Politik werde nur die Sowjetunion profitieren – mit der Folge einer unvermeidlichen Schwächung der NATO.¹²³

Als dritter und letzter beteiligte sich der Bonner Botschafter de Beus an der Diskussion und nahm eine abwägende Haltung zwischen Boons zustimmenden und van Vredenburgs kritischen Betrachtungen ein. Zwar war er der Meinung, daß die Preisgabe der alten westdeutschen Positionen eine Stärkung der DDR zur Folge haben werde, aber dies brauche nicht zu einer Schwächung des Westens zu führen. Potentielle Gefahren drohten dagegen schon. Auch im Zeitalter der Entspannung, so der Botschafter, seien die russischen Zielsetzungen unverändert auf eine Schwächung der atlantischen Bindung, auf den Abzug der amerikanischen Streitkräfte aus Europa und die Entpolitisierung der EWG gerichtet. Es sei nicht unvorstellbar, daß die deutsche Ostpolitik die Sowjetunion diesen Zielen näher bringen werde, umso mehr, da einflußreiche Personen in der Umgebung Brandts (u.a. Egon Bahr) mit ihren Ideen zu einer europäischen Friedensordnung der

Sowjetunion in die Hand spielen könnten. Relativierend fügte er aber hinzu, daß er noch keine Hinweise sehe, daß die Bundesregierung oder auch nur die SPD geneigt seien, die atlantische und westeuropäische Zusammenarbeit bewußt zu schwächen. Er kam zu dem Schluß: „Solange dies nicht der Fall ist, meine ich, daß man dem Bundeskanzler, der sich als guter Europäer erwiesen hat, den ‚benefit of the doubt‘ einräumen muß; außerdem bin ich der Meinung, daß die Vorteile einer eventuellen Entspannung in Europa die genannten Nachteile überwiegen können ...“. Sicher sei dieses positive Ergebnis allerdings nicht, deshalb müsse an die potentielle Bedrohung, die die deutsch-russische Annäherung für den Westen bringen könne, im Auge behalten.¹²⁴ Damit meinte de Beus nicht die Gefahr eines neuen ‚Rapallo‘ oder gar eine Neuauflage des Molotow-Ribbentrop-Paktes von 1939. Solche Vergleiche, so der Botschafter, „hinken nun einmal“. Aber ebenso wie van Vredenburg befürchtete er, daß die deutsch-russische Normalisierung westlichen Interessen schaden könnte. Um dieser Gefahr vorzubeugen, schien es dem Botschafter im August 1970 aus niederländischer und westlicher Perspektive „dringender als je zuvor“, Großbritannien und andere Kandidaten so rasch wie möglich in die EWG aufzunehmen und den Integrationsprozeß zu beschleunigen. Gleichzeitig müsse „das Äußerste“ getan werden, „um eine Schwächung des amerikanischen politischen und militärischen Engagements in Europa zu verhindern“ und „die Bundesrepublik im westlichen Lager zu halten. Gelingt uns dies nicht, dann ist die Finnlandisierung Europas keine eingebildete Gefahr.“¹²⁵

Die verklausulierte Zustimmung de Beus' war repräsentativ für die Haager Auffassungen zur Ostpolitik, wie sie sich im Laufe des Jahres 1970 herauskristallisierten. Die zunächst positive Haltung der Anfangsphase, die in der Analyse Boons ihre Fortsetzung gefunden hatte, war nicht gewichen, aber es hatte sich ein Element der Besorgnis hinzugefügt. Diese Sorge, sehr prononciert bei van Vredenburg spürbar, bestand darin, daß die deutsche Entspannungspolitik ungewollt zu einer Stärkung des sowjetischen Einflusses in Westeuropa führen könnte. Diese Ambivalenz schloß ein, daß man einerseits die Politik Brandts mit Sympathie und Respekt begleitete und seinen Mut zur Anerkennung des europäischen Status quo sowie seinen Willen zur Versöhnung pries.¹²⁶ Andererseits stellte sich wiederholt die Frage, ob – und so formulierte man es im November 1970 in der Europadirektion des Außenministeriums – die Bundesregierung mit ihrem Beitrag zur Ent-

spannung „die Kräfte, die sie, zweifellos mit den besten Absichten, gerufen hat, auch im Zaum halten kann“. ¹²⁷ Die Ostpolitik könne eine eigene und ungewollte Dynamik entwickeln, mit nachteiligen Folgen für den Zusammenhalt des Bündnisses und die Europäische Gemeinschaft. Es war bezeichnend für diese ambivalente Einschätzung, daß sie sich in erster Linie auf Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion gründete, während die deutschen Absichten nicht in Zweifel gezogen wurden. Unter der Oberfläche der niederländischen Zustimmung zur deutschen Entspannungspolitik verbarg sich eine tiefe Skepsis, ob eine tatsächlich verbesserte Beziehung zwischen Ost und West möglich war. „Über einen zeitlich befristeten Waffenstillstand kommt man bei den Sowjets nie hinaus“, berichtete Botschafter Beelaerts im Sommer 1970 aus Moskau. ¹²⁸ Dies war zweifellos eine zugespitzte Formulierung eines besonders kritischen Beobachters, aber Beelaerts brachte damit zum Ausdruck, was man bis in höchste politische Kreise hinein dachte.

Dies illustriert besonders deutlich die Kabinettsdiskussion über den deutsch-sowjetischen Vertrag vom 12. August 1970, der die Annäherung zwischen Bonn und Moskau besiegelte. Durch diesen Vertrag erhielt die Sowjetunion, wonach sie seit den fünfziger Jahren gestrebt hatte: die Anerkennung des europäischen Status quo und das deutsche Versprechen, die Verhältnisse nur auf friedlichem Wege ändern zu wollen. Für die Bundesrepublik brachte der Vertrag vor allem eine Erweiterung des diplomatischen Spielraums mit sich, weil die Tür zu anderen ost- und mitteleuropäischen Hauptstädten geöffnet wurde, vor allem zu Ost-Berlin. ¹²⁹ Einen Tag nach der Unterzeichnung des Vertrages lobte Staatssekretär de Koster im Kabinett dies als eine „wichtige und erfreuliche Entwicklung“. Allerdings fügte er direkt hinzu, daß manche im Westen fürchteten, daß durch diese Öffnung zum Osten die Bindung zwischen Westdeutschland und dem Westen schwächer werden könnte. ¹³⁰ Eine Woche später diskutierte das Kabinett ausführlicher über den Vertrag, und nun war der Tenor kritischer. Zwar hielt de Koster „einen gemäßigten Optimismus ... für nicht ungegerechtfertigt“, weil die Möglichkeit zur Entspannung geschaffen worden war, aber es sei die Frage, ob die Sowjetunion tatsächlich dazu bereit sei. Sei dies nicht der Fall, halte er die Wahrscheinlichkeit für groß, daß das jüngste Abkommen „in der Geschichte mit dem Vertrag von Rapallo und dem deutsch-russischen Nichtangriffspakt von 1939 verglichen wird“. ¹³¹ Ministerpräsident de Jong schien in dieselbe Richtung zu denken, als er nicht ohne Verdruß

bemerkte, Westdeutschland habe einen Vertrag geschlossen „ohne Beratung mit den Verbündeten“. Offensichtlich war seine Aktenkenntnis in dieser Sache ebenso gering wie de Kosters Fähigkeit zu passenden historischen Vergleichen, denn die Intensität der Kontakte und Beratungen innerhalb des Bündnisses rechtfertigte keinesfalls die Annahme von einem deutschen Alleingang. Die Kommentare de Kosters und de Jongs kennzeichnen die ambivalente Haltung des Kabinetts, die u.a. auf dem Bewußtsein beruhte, daß sich durch den Vertrag der politische Schwerpunkt Westeuropas nach Bonn verschoben hatte. Außerdem fürchtete man, daß der Vertrag Wasser auf die Mühlen der Isolationisten in den USA sein werde. Der erste Aspekt lieferte nach Ansicht von Ministerpräsident de Jong ein zusätzliches Argument für den niederländischen Standpunkt, daß Großbritannien nun so schnell wie möglich Mitglied der EWG werden müsse. Der zweite Punkt bezog sich vor allem auf die Gefahr eines amerikanischen Truppenrückzugs aus Europa mit allen möglichen nachteiligen Folgen für die amerikanische Sicherheitsgarantie.¹³²

Diese Furcht vor einem Rückgang des amerikanischen Engagements in Fragen der europäischen Sicherheit teilte auch Minister Luns. In einem Gespräch mit dem amerikanischen Botschafter in Den Haag äußerte er sich zwar positiv über den deutsch-sowjetischen Vertrag, führte aber zugleich mit Nachdruck aus, daß die Stationierung amerikanischer Truppen in Deutschland auf unbestimmte Zeit notwendig bleiben werde. Luns bezog sich dabei weniger auf die Gefahr, daß Deutschland sonst in östliche Richtung abdriften könnte. Ihm ging es um die Verhinderung eines zu großen Ungleichgewichts der Kräfte zwischen Ost und West zugunsten des Warschauer Paktes, das seiner Meinung nach die Sowjetunion „praktisch sicher“ dazu bringen werde, zu ihrer „Politik der Einschüchterung und vielleicht des Machtmißbrauchs“ zurückzukehren.¹³³

Eine derartige Unsicherheit hinsichtlich der Folgen der Entspannungspolitik war bezeichnend für die interne Haager Diskussion über den deutsch-russischen Vertrag vom August 1970. Verständlicherweise konnte dagegen von einem vergleichbaren Unbehagen in der Beurteilung der deutschen Annäherung an Polen keine Rede sein. Der deutsch-polnische Vertrag vom Dezember 1970, in dem die Bundesrepublik auf territoriale Ansprüche verzichtete und so die Oder-Neiße-Grenze anerkannte, barg schließlich keines der Risiken, die sich aus den deutsch-russischen Bezie-

hungen ergeben konnten. Außerdem vertrat Den Haag bereits seit einigen Jahren den Standpunkt, daß die polnische Westgrenze eine Realität sei, die auch die Bundesrepublik zu akzeptieren habe. Der Inhalt des Vertrages wurde auf niederländischer Seite denn auch positiv gewürdigt, wobei man besonders dessen versöhnenden Charakter und das deutsche Schuldbewußtsein hervorhob.¹³⁴ In einer offiziellen Erklärung des Ministeriums wurde diese Unterstützung auch öffentlich gemacht, in der Den Haag „den wertvollen Beitrag“ zur Entspannung in Europa lobte, den Polen und die Bundesrepublik mit diesem Vertrag geliefert hätten.¹³⁵

Da die Bundesrepublik das Inkrafttreten der Verträge von einer Vier-Mächte-Regelung über Berlin abhängig gemacht hatte – eine Bedingung, die die Verflechtung der westlichen Entspannungspolitik erkennen läßt –, konnte der Ratifizierungsprozeß erst nach dem Abschluß des Berlin-Abkommens vom September 1970 beginnen. Inzwischen war es aber unsicher geworden, ob im Bundestag noch eine Mehrheit für die Verträge zu bekommen sein würde. Die CDU/CSU leistete erbitterten Widerstand, und die parlamentarische Mehrheit der Regierung Brandt-Scheel war im Frühjahr 1972 durch Überläufer zur Opposition abgebröckelt. Obwohl die Meinungsbildung innerhalb der Opposition differenzierter verlief, als ihre oft scharfe Polemik gegen die Ostpolitik vermuten ließ, entstand in dieser Zeit der Eindruck, daß die Bundesrepublik in einen Pro- und einen Anti-Entspannungs-Block gespalten war. Im April 1972 schien es, als ob die Opposition mit Erfolg ein konstruktives Mißtrauensvotum einbringen konnte, das zum Sturz von Bundeskanzler Brandt und zur Wahl von Oppositionsführer Barzel zu dessen Nachfolger geführt hätte. Barzel verfehlte knapp die absolute Mehrheit, aber am nächsten Tag lehnte der Bundestag den Kanzlerhaushalt mit 247 gegen 247 Stimmen ab; damit war endgültig deutlich geworden, daß die Bundesregierung nicht länger über eine parlamentarische Mehrheit verfügte. Nachdem Regierung und Opposition sich auf eine Erklärung geeinigt hatten, der zufolge die Ostverträge „keine Rechtsgrundlage“ für die bestehenden Grenzen enthielten und es nur um einen *Modus vivendi* ging, wurden sie im Mai 1972 mit 248 Ja-Stimmen, 10 Nein-Stimmen und 238 Enthaltungen doch noch ratifiziert.¹³⁶ Die parlamentarische Patt-Situation wurde im November dieses Jahres beendet: Bei der vorgezogenen Bundestagswahl honorierten die Wähler die Annäherungspolitik Brandts mit einem großen Sieg der SPD.

Im Frühjahr 1972, das für die Ostpolitik so spannend verlief, ergriff Den Haag nachdrücklich Partei für die Regierung Brandt und gegen die christdemokratische Opposition. Dies belegt eindeutig ein Gespräch zwischen Luns' Nachfolger als Außenminister Norbert Schmelzer (KVP) und dem CDU-Abgeordneten Birrenbach im März 1972 in Den Haag. Die Reise Birrenbachs nach Den Haag war Teil einer breiteren Initiative der CDU/CSU, mit der bei den Bündnispartnern um Verständnis für die christdemokratischen Bedenken gegen die Verträge geworben werden sollte, aber Birrenbach hatte damit in Den Haag wenig Erfolg. Schmelzer, der der Entspannung positiver gegenüberstand als sein Vorgänger, ließ seinen christdemokratischen Parteifreund wissen, daß die niederländische Regierung bei einem Scheitern der Ratifizierung der Verträge „selbstverständlich auch öffentlich ihr großes Bedauern bekannt machen (werde)“. Birrenbach bekam von Schmelzer sogar zu hören, daß ein solches Scheitern im Bundestag „von weniger günstigem Einfluß auf die Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern“ sein würde.¹³⁷ Was Schmelzer damit meinte, geht aus dem Protokoll des Gesprächs nicht hervor. Möglicherweise erwartete er politisch-psychologisch negative Konsequenzen im bilateralen Verhältnis, wenn in den Niederlanden das Bild entstünde, daß die Bundesrepublik sich weiterhin der Akzeptanz der Nachkriegsrealität widersetze und damit die Entspannung blockierte. Denkbar ist auch, daß Schmelzer seinen Parteifreund darauf hinwies, daß die niederländische Regierung bei einem Ausbleiben der Ratifizierung der Verträge unter starken innenpolitischen Druck geraten werde, die DDR anzuerkennen. Bis dahin hatten die Niederlande ebenso wie die anderen Bündnispartner nicht zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der DDR übergehen wollen, um die Verhandlungsposition der Bundesregierung in den Gesprächen mit Moskau, Warschau und Ost-Berlin nicht zu schwächen. Die PvdA hatte aber bereits wissen lassen, daß die Zeit der Solidarität mit der Bundesrepublik im Fall einer Ablehnung der Verträge im Bundestag zu Ende gehen werde. Ob die niederländische Regierung dem zu erwartenden wachsenden Druck nachgegeben hätte, darf man übrigens bezweifeln: Angesichts der großen Bedeutung, die Den Haag der Solidarität mit Bonn beimaß, hätte man einen solchen Schritt wahrscheinlich nicht so rasch getan. Was immer auch Schmelzer gemeint haben mag – seine Bemerkungen machen deutlich, wie sehr die Regierung im Frühjahr 1972 auf einen Erfolg der sozialliberalen Ostpolitik hoffte. Kurz nach dem Besuch Bir-

renbachs in Den Haag ging sie sogar noch einen Schritt weiter, indem sie sich öffentlich für die Verträge aussprach, worauf man in dem CSU-Organ *Bayernkurier* mit dem bissigen Hinweis reagierte, daß „es kein Maßstab für die Beurteilung der Ostpolitik sein (kann), wenn etwa der niederländische Regierungschef ‚von ganzem Herzen‘ hofft, daß die Verträge in Bonn eine Mehrheit finden“.¹³⁸

Vergleicht man diese nachdrückliche niederländische Unterstützung von 1972 mit der vorsichtigeren Haltung zwei Jahre zuvor, dann wird deutlich, daß die potentiellen Gefahren der Entspannungspolitik für Den Haag inzwischen viel an Gewicht verloren hatten. Die Angst vor einer Schwächung des Westens hatte sich als unbegründet erwiesen, und die Frage der westlichen Loyalität der Bundesrepublik hatte keinen Anlaß zur Sorge gegeben. Außerdem lag inzwischen ein zufriedenstellendes Vier-Mächte-Abkommen über die Stellung Berlins vor (1971), dessen Zustandekommen deutlich gemacht hatte, daß sich die Bundesrepublik und die drei Westmächte in den Ost-West-Beziehungen von Moskau nicht gegeneinander ausspielen ließen. Sollten die Verträge nun nicht in Kraft treten, drohte „ein sehr unangenehmer Rückschlag“ im Ost-West-Verhältnis, prophezeite der Chef der Europaabteilung Reinink im März 1972.¹³⁹ Hinzu kam, daß die Regierung Biesheuvel mit Schmelzer als Außenminister (1971–1972) der Entspannung positiver gegenüberstand als das Kabinett de Jong (1967–1971). Schließlich ist es von Bedeutung, daß man in Den Haag fürchtete, die Bundesrepublik könne bei einer ausbleibenden Ratifizierung innerhalb des westlichen Bündnisses in die Isolierung geraten, mit unvorhersehbaren Folgen für die deutsche Politik und die Einheit des Bündnisses.

Zusammenfassend kann man die niederländische Haltung gegenüber der deutschen Ostpolitik in den frühen siebziger Jahren wie folgt skizzieren. Nachdem die Niederlande sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre allmählich dem Streben nach Détente angeschlossen hatten, unterstützten sie anfänglich die deutsche Politik der Annäherung. Das unverminderte Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion führte aber zu der beunruhigenden Erkenntnis, daß diese Politik letztendlich mehr im sowjetrussischen als im westlichen Interesse liegen könnte. Daß die Bundesregierung die Verankerung im Westen aufs Spiel setzten wollte, wurde hinter den Haager Kulissen beinahe durchgängig bestritten, aber es fällt auf, daß die Frage nach der Bündnistreue Westdeutschlands den-

noch fortwährend gestellt wurde. Dies führt zu der Schlußfolgerung, daß es offenbar doch eine latente Ungewißheit in dieser Hinsicht gab. Dies kam auch zum Ausdruck in der wiederholten öffentlichen Unterstützung der Ostpolitik durch Den Haag, die stets von neuem mit dem Hinweis verbunden wurde – als ob es um eine Beschwörungsformel ging –, daß die Bundesrepublik sich genauso verhielt, wie der Westen es erwartete.¹⁴⁰ „Holland vertraut Bonn“, schrieb die *Bild-Zeitung* im August 1971, nachdem der neue Außenminister Norbert Schmelzer sich öffentlich von einem in die Presse geratenen kritischen Bericht über die Entspannungspolitik des niederländischen Botschafters in Moskau distanziert hatte.¹⁴¹ Damit hatte die *Bild-Zeitung* sicherlich recht: Das niederländische Mißtrauen richtete sich gegen Moskau und nicht gegen Bonn. Infolgedessen hielt man es in Den Haag aber nicht für ausgeschlossen, daß die deutsche Politik eines Tages für die Sogkraft der Sowjetunion empfänglich werden könnte. Um diese Gefahr möglichst gering zu halten, war es im vitalen westlichen Interesse, daß die Bundesrepublik ihre Ostpolitik auf der Grundlage einer unverminderten Verankerung in der westlichen Gemeinschaft führte, und daß diese Politik in eine allgemeinere westliche Entspannungspolitik eingebettet war. Erforderlich war außerdem die Verstärkung der europäischen Integration und Wachsamkeit gegenüber einem Nachlassen der atlantischen Sicherheitsbindung. Vor allem die Geschwindigkeit der Ostpolitik im Laufe des Jahres 1970 schien diese Notwendigkeiten zu bestätigen. Der Verlauf der Annäherungspolitik in der darauf folgenden Phase verringerte aber die Angst vor den potentiellen Gefahren, und so war Den Haag 1972 ein nachdrücklicher Befürworter der Verträge mit Moskau und Warschau. Als der Bundestag im Mai dieses Jahres die Verträge ratifizierte, teilte das Außenministerium dann auch mit, hiervon „mit großer Befriedigung“ Kenntnis genommen zu haben.¹⁴² In großen Teilen der Tagespresse äußerte man sich ebenfalls positiv über die sozialliberale Politik gegenüber Osteuropa. Dies überrascht nicht, denn *Algemeen Handelsblad*, *NRC*, *de Volkskrant*, *Trouw* und – in geringerem Maße – *Het Parool* hatten die Entspannungspolitik der Großen Koalition als halbherzig und zu langsam kritisiert. Deswegen sympathisierten diese Blätter in den frühen siebziger Jahren beinahe selbstverständlich mit der Politik Brandts, die, wie es im *Algemeen Handelsblad* im August 1970 formuliert wurde, „endlich ernst macht mit der Wirklichkeit“.¹⁴³ Angst vor einem deutschen Alleingang hatte man dabei

nicht, weil Brandt „mit beiden Beinen fest in der NATO und der EWG“ stand, wie *de Volkskrant* schrieb.¹⁴⁴ Diese positive Haltung gegenüber der sozialliberalen Politik brachte allerdings eine scharfe Verurteilung des christdemokratischen Widerstands mit sich. Die Unterstellung der CDU/CSU, die Regierung Brandt verschleudere mit der Anerkennung der Nachkriegsrealität nationale Interessen, unterschied sich dem liberalen *NRC Handelsblad* zufolge „manchmal kaum von der Dolchstoßlegende, die in der Weimarer Republik geschaffen worden ist“.¹⁴⁵ Die *Trouw* befürchtete, daß die Christdemokraten die deutsch-polnische Aussöhnung torpedieren würden und warf der CDU/CSU darum eine „schändliche Haltung“ vor.¹⁴⁶ Nicht viel anders urteilte *Volkskrant*-Korrespondent Jan Luyten, der die Position der CDU/CSU mit der Politik der fünfziger Jahre verglich: Ablehnung des Status quo und Warten auf die deutsche Einheit.¹⁴⁷ Dabei sei es nun gerade das Positive an der Politik Brandts, daß die Bundesrepublik mit dieser Vergangenheit breche, bereit sei, die geographischen Folgen des Zweiten Weltkriegs zu akzeptieren und symbolische Gesten der Versöhnung unternehme. Gerade dadurch erhalte die Bundesrepublik zurück, „was durch den Zweiten Weltkrieg hinweggefegt worden ist“, schrieb *de Volkskrant* im November 1970: „moralisches Ansehen in der Welt.“

Der einzige Faktor der Unsicherheit bei all diesen positiven Bewertungen blieb die Antwort auf die Frage nach den tatsächlichen Absichten Moskaus. Ebenso wie im Außenministerium und auf der politischen Ebene mißtraute man in den genannten Zeitungen der Sowjetunion, was immer wieder zu Mahnungen zu Behutsamkeit und Vorsicht führte. Während in diplomatischen Kreisen und im Kabinett 1970 mehrmals die Frage aufkam, ob Brandt mit seinem Vorgehen die Grenzen einer behutsamen Politik nicht überschreite, wurde dies in den genannten Blättern offenbar nicht so gesehen, denn Äußerungen der Beunruhigung über mögliche schädliche Folgen der Ostpolitik für den Westen finden sich kaum.

Auf der konservativen Seite der Medienlandschaft (im *Telegraaf* und dem Wochenmagazin *Elsevier*) war dies anders. Hier dominierten Kritik und Besorgnis, und es klang eine Meinung durch, die den bereits dargelegten Vorstellungen der Botschafter van Vredenburg aus Rom und Beelaerts aus Moskau vergleichbar war: Die Bundesregierung gehe in ihrer Annäherung an Osteuropa zu weit, und die Ostpolitik werde beinahe unvermeidlich zu einem größeren russischen Einfluß in Europa führen. Sarkastisch gratu-

lierte der *Telegraaf* der russischen Regierung, daß sie mit so wenig Zugeständnissen die Westdeutschen zur Unterzeichnung des Moskauer Vertrages gebracht hatte.¹⁴⁸ Angesichts einer solchen Haltung überrascht es nicht, daß sich *Elsevier* und *Telegraaf* in hohem Maße mit den Positionen der CDU/CSU identifizierten. Nicht den Christdemokraten, sondern SPD und FDP warf man vor, einen Konsens in der deutschen Außenpolitik zu blockieren und die parteipolitische Konfrontation zu suchen. So kann man mit Blick auf diese Zeitungen von einer absoluten Dominanz der Perspektive des Kalten Kriegs sprechen, bei der die moralischen und versöhnenden Aspekte der Ostpolitik Willy Brandts für die Beurteilung keine Rolle spielten.

Stellt man dem die Ansichten der zuerst genannten Zeitungen gegenüber, dann fällt auf, daß sich die niederländische Wahrnehmung entlang derselben Gräben entwickelte wie im westdeutschen politischen Spektrum: Auf konservativer Seite sympathisierte man mit den deutschen Konservativen, während in der politischen Mitte und links davon die Haltung der SPD und der FDP unterstützt wurde. Dies erscheint auf den ersten Blick wenig bemerkenswert, da parteipolitische Vorlieben selbstverständlich den Blick über die Grenze in erheblichem Ausmaß bestimmen. Für das niederländische Wahrnehmungsmuster hinsichtlich der Bundesrepublik war bis dahin aber gerade ein große Homogenität kennzeichnend gewesen. In der Beurteilung der deutschen Innen- und Außenpolitik war – mit Ausnahme der Kommunisten – bis weit in die sechziger Jahre hinein gerade nicht der politisch-ideologische Hintergrund des Betrachters ausschlaggebend für sein Bild vom Nachbarn gewesen. Auf dem Feld der Innenpolitik hatte sich die zentrale Frage auf das Maß an Stabilität und Verwurzelung der westdeutschen Demokratie bezogen, und sowohl auf der rechten als auch der linken Seite des politischen Spektrums war die Antwort darauf von Skepsis bestimmt gewesen (vgl. Kapitel 8 und 9). Hinsichtlich der deutschen Außenpolitik war man – erneut abgesehen von den Kommunisten – stets zu einem positiven Urteil gelangt, solange man diese Politik als der Bindung der Bundesrepublik an die europäisch-atlantische Gemeinschaft dienlich betrachtete. Dieses Kriterium bildete zwar auch noch in den frühen siebziger Jahren die Grundlage der Bewertung, führte nun aber erstmals zu ganz unterschiedlichen Reaktionen auf die deutsche Politik. Sah man auf konservativer Seite in der Ostpolitik die Gefahr, daß sich die Bindung an die europäisch-atlantische Ge-

meinschaft lockern könnte, hielt man in der politischen Mitte und auf dem linken Rand diese Gefahr für gering und erkannte in der Annäherungspolitik gegenüber Osteuropa gerade ein Zeichen für eine Veränderung der Bundesrepublik im positiven Sinn. Charakteristisch für diese Veränderung des Bildes von der Bundesrepublik schrieb das *NRC Handelsblad* 1975 in einem Rückblick auf die Ostpolitik der frühen siebziger Jahre: „Diese Wendung zum Realismus, weg von jedem Revanchismus, haben wir stets begrüßt. Die Ostpolitik, sowohl Katalysator als auch Teil einer Ost-West-Entspannungspolitik, machte es möglich, im deutschen Bündnispartner einen normalen europäischen Staat zu sehen, der eine äußerst wichtige, aber nicht länger durch Mythen begründete Rolle in Europa spielt.“¹⁴⁹

Die Anerkennung der DDR

Ebenso wie in der Ostpolitik hatte die Regierung Brandt in der Deutschlandpolitik 1970 tatkräftig begonnen. Nachdem Brandt Ende Oktober 1969 in seiner ersten Regierungserklärung von „zwei Staaten in Deutschland“ gesprochen und der DDR Verhandlungen über die deutsch-deutschen Beziehungen angeboten hatte, fand im April 1970 in Erfurt die erste Begegnung der Regierungschefs der beiden deutschen Staaten statt. Damit war, wenn auch mühsam, das deutsch-deutsche Gespräch über eine ‚Normalisierung‘ des Verhältnisses in Gang gekommen. Was man darunter zu verstehen hatte, darüber gingen die Ansichten Bonns und Ost-Berlins allerdings weit auseinander. Die DDR strebte nach einer international anerkannten, gleichberechtigten Position und einer endgültigen völkerrechtlichen Festlegung des europäischen Status quo. Aus westdeutscher Sicht ging es lediglich um eine vorläufige Akzeptanz der Nachkriegswirklichkeit mit dem Endziel, diese Wirklichkeit durch eine weitgehende Annäherung zwischen Ost und West zu überwinden und so die Voraussetzungen für eine Wiedervereinigung zu schaffen („Wandel durch Annäherung“). Das Ausmaß des Erfolgs für Bonn oder Ost-Berlin konnte man seitdem am Stand der deutsch-deutschen Beziehungen und der internationalen Stellung der DDR ablesen. Bis 1989 sollte Ost-Berlin dabei am längeren Hebel sitzen.

Die niederländische Perzeption der deutsch-deutschen ‚Normalisierung‘ war in erster Linie in den allgemeineren Rahmen der

Entspannung zwischen Ost und West eingebettet. Natürlich war man sich in Den Haag bewußt, daß sich die Bundesrepublik nicht auf eine Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten beschränken wollte und daß die Wiedervereinigung das Endziel blieb, aber für die Bewertung der deutsch-deutschen Beziehungen spielte dieses langfristige Ziel kaum eine Rolle. Dies kam nicht überraschend. Schließlich war es keine Frage, daß der Schlüssel zu einem echten Fortschritt in der deutschen Frage in Moskau lag, und in Den Haag sah man zu Recht keinerlei Anzeichen dafür, daß die Sowjetunion an einer Wiedervereinigung interessiert war. Im Gegenteil, für Moskau bestand eine Lösung der deutschen Frage nicht in der Wiedervereinigung, sondern in der internationalen Aufwertung der DDR und der vertraglichen Festlegung des europäischen Status quo. Ebenso deutlich war, daß dies auch für die DDR galt, und der mühsame Verlauf der Gespräche zwischen den beiden deutschen Staaten zeigte, daß man sich über unkontrollierbare deutsch-deutsche Kungeleien keine Sorgen zu machen brauchte.¹⁵⁰ Bedenkt man dann noch, daß die Bundesrepublik als ein loyaler Bündnispartner betrachtet wurde, dann bedeutete dies, daß aus Haager Sicht keine der drei betroffenen Parteien – Sowjetunion, DDR und Bundesrepublik – unangenehme Überraschungen in bezug auf eine plötzliche deutsch-deutsche Dynamik präsentieren würde. Vor diesem Hintergrund wurde der Grundlagenvertrag dann auch eher als Anerkennung der Teilung denn als ein Beitrag zur Wiedervereinigung betrachtet. Außenminister Schmelzer begrüßte ihn im Kabinett als einen „neuen Schritt auf dem Weg zu einer Verbesserung des Verhältnisses zwischen Ost und West“, ohne selbst auf die deutsche Frage einzugehen.¹⁵¹ Ministerpräsident Biesheuvel (ARP) dagegen erklärte, daß die deutsche Frage in den Nachkriegsjahren eine fortlaufende Quelle für Konflikte gewesen sei, und daß die niederländische Regierung über den Beitrag dieses Abkommens zur Stärkung von Frieden und Freiheit in Europa erfreut sei.¹⁵² Offenbar sollten solche Konflikte nun der Vergangenheit angehören können, womit Biesheuvel den Grundlagenvertrag vor allem als Formalisierung der deutschen Teilung interpretierte. Noch deutlicher war Botschafter de Beus. Er meinte zwar, die Zeit müsse erweisen, ob am Ende die DDR (Konsolidierung der Teilung) oder die Bundesrepublik (weitergehende Annäherung) ihr Ziel erreicht hätten, aber er räumte den Ostdeutschen höhere Chancen ein: „Man kann mit Sicherheit davon ausgehen, daß der Vertrag für lange Zeit die Teilung Deutschlands zemen-

tiert. Insofern kann man historisch gesehen sagen, daß das Reich, das Bismarck 1871 einte, 1972 wieder geteilt wurde.¹⁵³ Dies war eine anfechtbare Zusammenfassung von einhundert Jahren deutscher Frage, aber die Geschichtsinterpretation von de Beus zeigt doch, wie sehr auch er den Grundlagenvertrag als eine Besiegelung der deutschen Teilung betrachtete.

Soweit der Vertrag in der Presse in Leitartikeln bewertet wurde, traf man auf vergleichbare Sichtweisen. In der Wochenzeitschrift *Elsevier* schrieb Kommentator Lunshof, daß die Bundesrepublik mit dem Grundlagenvertrag offensichtlich das Ziel der deutschen Einheit aufgegeben habe. *De Volkskrant* lobte den Realismus der Bundesregierung und sah im Grundlagenvertrag „das Ende einer Entwicklung in der Bundesrepublik, in deren Verlauf der Glaube an die Wiederherstellung der deutschen Einheit allmählich dem Bewußtsein gewichen ist, daß die Existenz zweier deutscher Staaten eine unvermeidliche Realität ist“.¹⁵⁴ Ähnlich argumentierte das *NRC Handelsblad*, dessen Kommentator außerdem zufrieden feststellte, daß der deutsch-deutsche Vertrag sich ganz in den größeren Rahmen der Klimaverbesserung zwischen Ost und West einfügte. Ebenso wie in den Kommentaren zur Ostpolitik kritisierte diese Zeitung mit auffallend deutlichen Worten die ablehnende Haltung der Christdemokraten. Als der Grundlagenvertrag auf Drängen der CSU vor das Bundesverfassungsgericht in Karlsruhe gebracht wurde, sah man darin ein Zeichen dafür, daß die deutschen Christdemokraten in ein „gefährliches Fahrwasser“ geraten seien, ja, man warf der CDU/CSU sogar „geistige Impotenz“ vor.¹⁵⁵ Es überrascht nicht, daß die Bewertung des Grundlagenvertrages entlang derselben Linien verlief wie bei der Ostpolitik: Konservative Blätter wie der *Telegraaf* und *Elsevier* waren kritisch eingestellt, weil die Bundesrepublik zu wenig für die ostdeutsche Bevölkerung erreicht habe, Zeitungen der politischen Mitte und vom linken Spektrum lobten die Bundesregierung für ihren politischen Mut und ihren Realitätssinn.¹⁵⁶

Aus niederländischer Sicht war die deutsche Teilung auch deswegen besiegelt, weil mit dem Grundlagenvertrag zugleich die Zeit für eine Anerkennung der DDR durch den Westen gekommen war. Wie bereits erwähnt war 1970 ein breiter parlamentarischer Konsens darüber zustandegekommen, daß eine Anerkennung des ostdeutschen Staates unter der Voraussetzung der Koordination im Bündnis, eines Vier-Mächte-Abkommens über Berlin und der Übereinstimmung mit der Bundesrepublik wünschenswert sei.

Mit dem Beginn der Verhandlungen der Regierung Brandt-Scheel mit den ost- und mitteleuropäischen Staaten war dieser letzten Voraussetzung noch ein neuer Punkt hinzugefügt worden. Eine Anerkennung der DDR sollte erst nach einem erfolgreichen Abschluß dieser Gespräche stattfinden, da sonst die Verhandlungsposition Bonns geschwächt worden wäre. Nach der Ratifizierung der wichtigsten Verträge (Moskau, Warschau), der Einigung auf eine Berlin-Regelung im Vier-Mächte-Abkommen und der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages waren die Vorbedingungen erfüllt, und man konnte in Abstimmung mit den Bündnispartnern diplomatische Beziehungen zur DDR anknüpfen. Die Vorbereitungen dazu waren bereits getroffen worden, und so erkannten die Niederlande mit einer ersten Gruppe westlicher Länder Anfang Januar 1973 die DDR völkerrechtlich an.

Die internationale Isolierung der DDR, gegen die sich anfänglich nur die Kommunisten gewandt hatten, hatte damit ein Ende gefunden. Die erste demokratische Partei in den Niederlanden, die sich für die Anerkennung ausgesprochen hatte, war die 1957 gegründete linke Splitterpartei PSP gewesen. Danach hatte es bis Mitte der sechziger Jahre gedauert, ehe auch andere Parteien eine Debatte über die Anerkennung führten. Die Neue Linke setzte das Thema in der PvdA auf die Tagesordnung, die linksliberale D66 sprach sich im Parteiprogramm von 1968 dafür aus, und in den konfessionellen Parteien sowie der rechtsliberalen VVD hatte sich 1970 eine eingeschränkt positive Haltung entwickelt. Außerhalb des Parlaments war es vor allem die christliche Studentenvereinigung NCSV gewesen, die sich für eine bedingungslose Anerkennung eingesetzt hatte, und im Dezember 1970 wurde – übrigens mit finanzieller Unterstützung der DDR selbst – das ‚Niederländische Komitee für die Anerkennung der Deutschen Demokratischen Republik‘ gegründet. Dieses Komitee, dem ungefähr zwanzig Niederländer aus Wissenschaft, Journalismus und Politik angehörten, mochte öffentlich von sich reden machen, aber auf die Entscheidungsfindung über die Anerkennung übte es keinerlei Einfluß aus.¹⁵⁷ Nachdem die niederländische Regierung 1970 im Kielwasser der Bundesrepublik die Anerkennung nicht mehr länger grundsätzlich ausgeschlossen hatte, hielt sie daran fest, den Zeitpunkt für der Anknüpfung von Beziehungen im Bündnis abzustimmen. Dank der breiten Unterstützung, über die das Kabinett für diese Politik im Parlament verfügte, konnte sie bis zum Ende problemlos durchgehalten werden. Die niederländische

Anerkennung vollzog sich damit ganz im Rahmen der allgemeinen Verbesserung der Ost-West-Beziehungen in diesen Jahren. In diesem Zusammenhang hatte Den Haag ohne die geringste Angst vor einer unbeherrschbaren deutsch-deutschen Dynamik auch die Annäherung zwischen den beiden deutschen Staaten selbst beobachtet.

Diese Wahrnehmung des Grundlagenvertrages und die darauf rasch erfolgte diplomatische Anerkennung der DDR machen deutlich, daß sich in der niederländischen Sicht der deutschen Frage ein grundsätzlicher Wandel vollzogen hatte. Die Anerkennung der DDR war in den frühen sechziger Jahren ein absolutes Tabu gewesen, und auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hatte man in der deutschen Teilung noch eine potentielle Bedrohung für die europäische Sicherheit gesehen. Unter dem Einfluß der fortschreitenden Détente hatte sich dieser Standpunkt in wenigen Jahren umgekehrt. Mit der Anerkennung des europäischen Status quo als Grundlage der Entspannung zwischen West und Ost wurde die deutsche Teilung nicht länger als eine mögliche Gefahr, sondern als Voraussetzung für europäische Stabilität gesehen. Damit war die deutsche Frage zwar nicht gelöst worden, aber sie schien zur Ruhe gekommen zu sein. Die Folge war eine fortschreitende Gewöhnung an die ‚Normalität‘ der gleichzeitigen Existenz zweier deutscher Staaten.

Deutsche Teilung und europäische Stabilität 1975–1989

Nach der Ratifizierung der Verträge mit der Sowjetunion und Polen 1972 sowie der Unterzeichnung des deutsch-deutschen Grundlagenvertrages im Dezember dieses Jahres war die erste Phase des Konzepts ‚Wandel durch Annäherung‘ abgeschlossen. Die Annäherung hatte begonnen, aber von einem wirklichen Wandel konnte keine Rede sein. In Bonn machte man sich auch keine Illusionen darüber, daß auf die Phase der Annäherung nun rasch der Wandel folgen werde. „Bisher hatten wir keine Beziehungen, jetzt werden wir schlechte haben, und das ist der Fortschritt“, hatte Egon Bahr im Dezember 1972 nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages bemerkt und damit eine realistische Beurteilung gegeben.¹⁵⁸ Schließlich hatten die osteuropäischen kommunistischen Parteien mit der westdeutschen Anerkennung des europäischen Status quo ihr Ziel erreicht. Bei einer weitergehenden

politischen Annäherung konnten sie nur verlieren, weil durchlässige Grenzen zwischen Ost und West ihre Regime unterminiert hätten. Dies galt besonders für die SED. Je mehr die innerdeutsche Grenze sich öffnete, desto mehr hätte das westdeutsche Modell von Demokratie und Wohlfahrt für die ostdeutsche Bevölkerung an Anziehungskraft gewonnen und auf die Dauer sogar den Fortbestand der DDR gefährdet. Dementsprechend charakterisierten höchste SED-Kreise das langfristige Ziel der westdeutschen Annäherungspolitik als ‚Aggression auf Filzpantoffeln‘. Infolgedessen setzte die DDR nach der Unterzeichnung des Grundlagenvertrages und der anschließenden diplomatischen Anerkennung durch den Westen die Politik der Abgrenzung gegenüber der Bundesrepublik verstärkt fort. Kennzeichnend für diese Haltung war die neue DDR-Verfassung von 1974, die das Wiedervereinigungsziel nicht mehr enthielt. Im Gegensatz zur Bundesrepublik, wo man seit 1969 von zwei deutschen Staaten in einer deutschen Nation sprach, stand Ost-Berlin auf dem Standpunkt, daß es inzwischen zwei deutsche Nationen gab.¹⁵⁹

In dem größeren Zusammenhang des Ost-West-Verhältnisses begann 1973 die Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (KSZE), die 1975 in die Schlußakte von Helsinki mündete, die alle europäischen Staaten (außer Albanien) sowie die Vereinigten Staaten und Kanada unterzeichneten. Die Schlußakte stellte einerseits die Krönung des Entspannungsprozesses dar, machte andererseits aber auch dessen Grenzen deutlich. Nüchtern betrachtet war sie nicht mehr als eine Kodifizierung der bestehenden Beziehungen auf der Grundlage des Status quo. Man vereinbarte, daß die Grenzen in Europa unverletzlich, aber nicht unveränderlich seien. Außerdem enthielt die Akte zahlreiche Absprachen über wirtschaftliche und wissenschaftliche Zusammenarbeit sowie über Maßnahmen zur Stärkung des gegenseitigen Vertrauens in der Sicherheitspolitik. Für den Westen waren die Absprachen über die Bürgerrechte von zentraler Bedeutung, die zu einer Verbesserung der Lage der Menschenrechte in Osteuropa beitragen sollten.¹⁶⁰ Zwanzig Jahre, nachdem die Großen Vier in Genf erstmals implizit zu erkennen gegeben hatten, den europäischen Status quo als Grundlage der Ost-Westbeziehungen zu akzeptieren, erkannten 1975 35 Staaten die Nachkriegsordnung an. Niemand in Ost und West, vielleicht mit Ausnahme von einigen politischen Abenteurern, ging noch davon aus, daß sich daran auf absehbare Zeit etwas ändern würde.

Durch diese Entwicklung nahm die Diskussion über die deutsche Wiedervereinigung einen noch theoretischeren Charakter an als in den fünfziger und sechziger Jahren. In feierlichen Erklärungen hielt der Westen seine verbale Unterstützung aufrecht, aber solche Aussagen erschienen immer mehr als ein Relikt aus den fünfziger Jahren. Auch für Den Haag war die deutsche Teilung zu einem festen Bestandteil der europäischen Verhältnisse geworden, wie die oben beschriebenen Reaktionen auf den Grundlagenvertrag von 1972 und die anschließende niederländische Anerkennung der DDR bereits deutlich machten. Die Folge war, daß das niederländische Interesse für die westdeutsche Osteuropa- und Deutschlandpolitik abnahm. An seine Stelle trat in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre eine intensive Beschäftigung mit der innenpolitischen Entwicklung in Westdeutschland (vgl. Kapitel 10). Unter Hinweis auf die niederländische Aufregung über den ‚Radikalerlaß‘ und den Kampf gegen den Terror der RAF stellte der Politologe Jan Geert Siccama 1979 sogar fest, daß es manchmal schein, als ob „die Innenpolitik der Bundesrepublik eines der wichtigsten Felder der niederländischen Außenpolitik geworden ist“.¹⁶¹ Es war das Verdienst der *Nederlands Genootschap voor Internationale Zaken* (Niederländische Gesellschaft für Internationale Angelegenheiten, NGIZ) und ihres Direktors J.L. Heldring, daß in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre dieser einseitigen Aufmerksamkeit für deutsche innenpolitische Angelegenheiten entgegengesteuert wurde. So organisierte die NGIZ 1977 eine Vortragsreihe unter dem Titel „Im Schatten Deutschlands“ und 1979 zwei Folgekonferenzen, die sich auch nachdrücklich mit der deutschen Außenpolitik und der deutschen Frage beschäftigten.¹⁶² Insgesamt war es aber nur ein kleiner Kreis von Experten (u.a. M.C. Brands, H.W. von der Dunk, P. Dankert, M. van der Stoel und J.L. Heldring), der weiterhin über solche Fragen diskutierte und auf die prekäre Rolle der Bundesrepublik im europäisch-atlantischen, im innereuropäischen und im Ost-West-Verhältnis hinwies. Diese Experten sahen kein Abflauen der Bindungen zwischen der Bundesrepublik und dem Westen voraus – dafür waren die westdeutschen ökonomischen und sicherheitspolitischen Interessen bei der Integration in den Westen zu groß –, aber ihnen war klar, daß die Ruhe hinsichtlich der deutschen Frage nicht dauerhaft sein mußte. Dasselbe galt für die diplomatischen Beobachter, aber auch sie sahen keinerlei Veranlassung zu besorgten Betrachtungen über die Zukunft der Westbindung der Bundesrepublik.¹⁶³

Dies änderte sich für manche, als in den frühen achtziger Jahren in der Bundesrepublik eine starke Friedensbewegung aufkam, deren Anhang bis weit in die SPD hineinreichte. Hunderttausende gingen gegen eine mögliche Stationierung neuer amerikanischer nuklear bestückter Mittelstreckenraketen als Antwort der NATO auf die SS-20-Raketen des Warschauer Pakts auf die Straße. Ging in der Bundesrepublik der Konsens über die Sicherheitspolitik und die Notwendigkeit der Bündnistreue verloren? Diese Frage wurde bedeutsam, als sich die SPD 1983 vom Kurs Helmut Schmidts in bezug auf den NATO-Doppelbeschuß abwandte. In diesem Beschuß aus dem Jahr 1979, zu dessen geistigen Vätern Schmidt gehört hatte, war festgelegt worden, daß die NATO 1983 mit der Stationierung von Mittelstreckenraketen beginnen werde, wenn Moskau in der Zwischenzeit nicht zu einer drastischen Reduzierung oder Entfernung der auf Westeuropa gerichteten SS-20 bereit sei. Schon bevor Schmidt im Herbst 1982 das Kanzleramt für Helmut Kohl räumen mußte, hatte sich gezeigt, daß er in der Sicherheitspolitik seine Partei nur teilweise hinter sich hatte. Von der Regierungsverantwortung befreit, gelangte die SPD anschließend 1983 in kurzer Zeit zu einem ablehnenden Standpunkt hinsichtlich der eventuellen Stationierung neuer Kernwaffen. Im niederländischen Außenministerium und in der Bonner Botschaft führte dies zu besorgten Betrachtungen über den „unsicheren Kurs“, den die westdeutschen Sozialdemokraten eingeschlagen hatten.¹⁶⁴ 1982 hatte sich der *Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid* (Wissenschaftlicher Beirat der niederländischen Regierung, WRR) ähnlich geäußert. In seinem ausführlichen Bericht „Faktor Deutschland“ hatte der WRR auf die Möglichkeit hingewiesen, daß Bonn vielleicht nicht mehr zur Umsetzung der gemeinsam beschlossenen NATO-Politik in der Lage sein werde.¹⁶⁵ Der Rat war zwar nicht so weit gegangen wie der Deutschlandexperte und Historiker M.C. Brands, der in einer Vorstudie zu dem WRR-Bericht nicht ohne Dramatik von „alten Karrenspuren“ gesprochen hatte, die unter dem modernen westdeutschen Asphalt zum Vorschein kämen und nach Osten führten.¹⁶⁶ Aber der WRR sah wachsende Meinungsverschiedenheiten zwischen Bonn und Washington über das Ost-West-Verhältnis und infolgedessen möglicherweise zentrifugale Tendenzen sowohl in der atlantischen als auch in der Europäischen Gemeinschaft voraus.¹⁶⁷

Auf der politischen Ebene wurden solche Sorgen bei der VVD und in Kreisen des CDA geteilt, aber eigentlich hatten die Nieder-

lande kein Recht auf Mitsprache. Schließlich war in der Diskussion über den NATO-Beschluß von 1979 nicht Bonn, sondern Den Haag der unsichere Faktor in der Bündnissolidarität. Die neue westdeutsche Regierung unter Führung von Helmut Kohl hielt konsequent an der von Schmidt vorgegebenen Linie fest und beschloß nach dem Scheitern der amerikanisch-russischen Verhandlungen im November 1983 die Umsetzung des Stationierungsbeschlusses. In den Niederlanden gab es dagegen lange Zeit keine parlamentarische Mehrheit für den NATO-Doppelbeschluß, und den Regierungen unter Führung von Dries van Agt (1977–1982) und Ruud Lubbers (seit 1982) blieb wenig anderes übrig, als innerhalb der NATO Vorbehalte zu machen und eine Entscheidung immer wieder zu verschieben.¹⁶⁸

Seit dem Zustandekommen des Doppelbeschlusses 1979 hatte Bundeskanzler Schmidt wiederholt auf die Gefahr einer deutschen „Singularisierung“ hingewiesen. Seine Warnung zielte darauf, daß neue amerikanische Atomwaffen im Falle eines Falles nicht nur in der Bundesrepublik, sondern auch in anderen europäischen Ländern aufgestellt werden müßten. Eine deutsche Sonderstellung hielt er aus verschiedenen Gründen für unerwünscht. Erstens war die Erwartung gerechtfertigt, daß die Sowjetunion in der Verhandlungsphase vor allem großen politischen Druck auf die Bundesrepublik ausüben würde. Dieser Druck würde noch massiver sein, wenn die neuen amerikanischen Waffen allein auf westdeutschem Boden aufgestellt würden. Zweitens erwartete Schmidt großen Widerstand in der deutschen Bevölkerung gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen. Auch befürchtete er eine Verstärkung der gegen das Bündnis gerichteten Tendenzen in der Bundesrepublik, die noch weiter angefacht würden, wenn die Westdeutschen den Eindruck bekämen, daß nur sie allein die Last der Stationierung tragen müßten. Drittens ging er im Fall der Stationierung ausschließlich auf westdeutschem Gebiet davon aus, daß die politisch und militärisch ohnehin verwundbare Bundesrepublik in eine noch prekärere Lage geraten würde. Auf dem europäischen Festland waren außer der Bundesrepublik nur die Niederlande, Belgien und Italien als Stationierungsländer vorgesehen. Aus diesem Grund legte Schmidt großen Wert auf die niederländische Zustimmung zum NATO-Doppelbeschluß.¹⁶⁹

In der niederländischen Diskussion über nationale Sicherheitsinteressen hatte man in den Nachkriegsjahrzehnten vielfach auf die mögliche Gefahr einer deutschen ‚Singularisierung‘ im Bündnis

hingewiesen. Eine westdeutsche Isolierung sollte vermieden werden, da sie der westlichen (und damit der niederländischen) Sicherheit hätte schaden können. Kennzeichnend für die niederländische Debatte über den NATO-Doppelbeschluss in den frühen achtziger Jahren war, daß eine solche Argumentation nur eine geringe Rolle spielte. Befürworter des Doppelbeschlusses verwiesen zwar hierauf, aber die Gegner zeigten sich davon unbeeindruckt. Diese Überlegung entsprach der Logik der Anti-Atomwaffenbewegung: Sie war allgemein gegen eine Stationierung, also auch in der Bundesrepublik. Ihre Sympathie galt nicht der Linie Schmidts und Kohls, sondern den westdeutschen Gegnern der Stationierung. „Schafft die Kernwaffen aus der Welt, zunächst aus den Niederlanden“, lautete der Slogan der niederländischen Protestbewegung, und dieser sicherheitspolitische Sendungsdrang kehrte sich nun gerade gegen traditionelle Bündnisüberlegungen.

Bemerkenswerterweise ignorierte auch die PvdA den Appell Schmidts an die niederländische Adresse. Einerseits blieb für die PvdA der alte Ausgangspunkt unberührt, demzufolge die Integration der Bundesrepublik in den Westen notwendig war und eine westdeutsche Isolierung in der westlichen Gemeinschaft vermieden werden mußte. Andererseits förderte die PvdA durch ihre Identifizierung mit dem Standpunkt der Friedensbewegung gerade eine mögliche westdeutsche Isolierung. Für die Mehrheit der niederländischen Sozialdemokraten ging es aber in der Sicherheitsdebatte nur noch um die niederländische Rolle bei der Zurückdrängung der NATO-Atomrüstung. Dies hatte zur Folge, daß diejenigen, die innerhalb der Partei für eine breiter angelegte Sicht auf die westliche Sicherheit plädierten und Schmidts Argumentation teilten, kaum Gehör fanden. Dementsprechend kann es nicht überraschen, daß Helmut Schmidt später in seinen Memoiren mit kaum verhohlener Aversion über die PvdA und ihren damaligen Führer Joop den Uyl schrieb. Schmidt, der sich selbst in der Weberschen Unterscheidung zwischen ‚Verantwortungsethik‘ und ‚Gesinnungsethik‘ gern der ersten Kategorie zurechnete, sah in den Uyl mit seinem Hang zum politischen Moralismus einen typischen Vertreter der zweiten Gruppe, und dies war natürlich kein Kompliment. Dagegen hegte Schmidt Sympathie für die niederländischen Christdemokraten van Agt und Lubbers, für die die Loyalität zum Bündnis richtungsweisend blieb.¹⁷⁰ Neu war Schmidts Abneigung gegen den Uyl und seine Partei übrigens nicht: Seit Mitte der siebziger Jahre hatte der Bundeskanzler sich bereits wiederholt

über die Belehrungen des PvdA-Vorsitzenden in der Frage der ‚Berufsverbote‘ geärgert (vgl. Kapitel 10).

Die Ablehnung der Argumentation Schmidts durch die PvdA bedeutete nicht, wie erwähnt, daß die niederländischen Sozialdemokraten ihre Meinung über die deutsche Frage und die Stellung der Bundesrepublik in der westlichen Gemeinschaft verändert hatten. Im Gegenteil, für den Uyl war es eine große Beruhigung, daß die Integration der Bundesrepublik in den Westen „unumkehrbar“ geworden war, wie er es 1986 formulierte. Eine Verbesserung der deutsch-deutschen Beziehungen hielt er zwar für wünschenswert, aber sie mußte im größeren Rahmen der Zusammenarbeit zwischen Ost und West stattfinden. Dagegen sah er „keinerlei Heil“ darin, für die deutsche Wiedervereinigung einzutreten.¹⁷¹ Mit diesem Standpunkt teilte die PvdA den breiten niederländischen Konsens, der seit den siebziger Jahren entstanden war. Konkret befragt nach der Parteilinie zur deutschen Wiedervereinigung, äußerten sich 1986 alle Fraktionsvorsitzenden im Parlament sehr zurückhaltend. Beinahe alle verhielten sich ausweichend und verwiesen auf die Bedeutung der Verbesserung des Ost-West-Verhältnisses im allgemeinen, auf die Notwendigkeit der Verbesserung der Menschenrechte in ganz Osteuropa und auf die zentrale Bedeutung der Bundesrepublik als Bündnispartner. Ed Nijpels von der VVD erklärte, die Politik seiner Partei sei „sicher nicht darauf gerichtet, die Unterdrückung der Bevölkerungen in Osteuropa fortbestehen oder die Zweiteilung in Europa fort dauern zu lassen“.¹⁷² Für den CDA wies Bert de Vries darauf hin, daß die Wiedervereinigung, „sofern überhaupt schon erwünscht“, auf absehbare Zeit eine „politische Unmöglichkeit“ sei.¹⁷³ Engwirda (D66) war der Meinung, daß die besondere Stellung der Bundesrepublik in den Ost-West-Beziehungen und die Realität der „deutsch-deutschen Gefühle ... nicht per definitionem negativ“ bewertet zu werden brauchten, weil Westdeutschland dadurch als Motor für eine Annäherung zwischen West- und Osteuropa fungieren könne.¹⁷⁴ Im Außenministerium dachte man ähnlich. Anlässlich einer Anfrage der mit der FDP verbundenen *Friedrich-Naumann-Stiftung* formulierte das Ministerium im Juli 1984 den niederländischen Standpunkt zur deutschen Wiedervereinigung. Mit derselben Zurückhaltung wie zwei Jahre später bei den erwähnten Fraktionsvorsitzenden hieß es darin, daß „grundsätzlich am Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes festgehalten wird“ und daß die Anerkennung der Unterschiede in

den politischen Systemen in Europa nicht die Trennung der Bevölkerungen in Europa besiegeln dürfe.¹⁷⁵

Aufsehenerregend sind diese Aussagen nicht. Eine explizite Distanzierung vom deutschen Wiedervereinigungsstreben war undenkbar, da dies einen Affront gegenüber den Westdeutschen sowie einen fundamentalen Bruch mit dem jahrzehntelang verkündeten westlichen Standpunkt dargestellt hätte. Gleichzeitig verweisen die Formulierungen aber auf eine deutlich reservierte niederländische Haltung in der Wiedervereinigungsfrage. Damit entsprachen die Niederlande dem ‚mainstream‘ des westlichen Denkens über die deutsche Frage in den achtziger Jahren. Einerseits betrachtete man den europäischen Status quo als nicht hinnehmbar und aufgrund des Rüstungswettlaufs als potentiell instabil. Andererseits gab es keine realistische Alternative zu der gegebenen Situation, und in der deutschen Teilung sah man einen stabilisierenden Bestandteil der europäischen Ordnung. Auf absehbare Zeit blieb das Ziel beschränkt auf die Beherrschung der Ost-West-Gegensätze und die Erweiterung der politischen Freiheiten in Mittel- und Osteuropa. Die nationalen Bestrebungen der Bundesrepublik hatten sich in diesem Rahmen zu bewegen, und solange dies der Fall war, sah man in der Deutschlandpolitik Bonns einen willkommenen Beitrag zur allgemeineren westlichen Politik. Darüber hinaus war aber schnell eine kritische Grenze erreicht, und in mancher westlichen Hauptstadt schlummerte noch der alte ‚Rapallo-Reflex‘, wie sich in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre zeigte.

Seitdem 1985 Gorbatschow in der Sowjetunion an die Macht gelangt war und sich die Haltung des amerikanischen Präsidenten Reagan hinsichtlich der Rüstungskontrolle verändert hatte, waren die Ost-West-Beziehungen in Bewegung geraten. Im Dezember 1987 unterzeichneten die Führer der beiden Supermächte den INF-Vertrag, der den Abzug und die Vernichtung der atomaren Mittelstreckenwaffen vorsah, über die sich in den frühen achtziger Jahren die Gemüter so sehr erhitzt hatten. Rund ein Jahr zuvor hatten Reagan und Gorbatschow in Reykjavik die Welt überrascht (und verunsichert), indem sie sich gegenseitig mit Abrüstungsvorschlägen ‚überboten‘ hatten.¹⁷⁶ In der Bundesrepublik rief vor allem Außenminister Hans-Dietrich Genscher schon in einem frühen Stadium dazu auf, die Beziehung zu Moskau auf eine neue Grundlage zu stellen und Gorbatschow konstruktiv gegenüberzutreten. Ging der deutsche Minister mit seiner Umarmung der Vision Gorbatschows von einem ‚europäischen Haus‘ nicht zu

weit? Verberg sich hinter Genschers häufig wolkigem Sprachgebrauch über das neue Europa und die Schlichtung der Ost-West-Gegensätze ein deutschnationales Interesse, das zu den Interessen der Bündnispartner in einem Spannungsverhältnis stand? Diese Fragen kamen in jenen Jahren auf. Kritische ausländische Beobachter sprachen vom „Genschерismus“, einer Variante der alten Furcht vor deutschen ‚Rapallo‘-Neigungen.¹⁷⁷

In diesem Klima sich wandelnder Ost-West-Beziehungen mit noch ungewissem Ausgang besuchte Honecker im September 1987 die Bundesrepublik. Zweimal hatte Moskau in den vorhergehenden Jahren einen solchen Besuch blockiert, aber nun stand diesem historischen Ereignis nichts mehr im Weg. Für Ost-Berlin und Honecker persönlich war damit auf dem langen Weg zur Anerkennung der DDR ein Höhepunkt erreicht. Die faktische Anerkennung der frühen siebziger Jahre wurde nun durch einen Empfang gekrönt, der sich kaum von dem eines ausländischen Staatsoberhaupt unterschied. So gesehen bedeutete Honeckers Besuch in Bonn eigentlich nicht mehr als eine Bestätigung des Status quo, der in derselben Periode durch Reisen Honeckers in die Niederlande, nach Belgien, Frankreich und Spanien weiter unterstrichen wurde.¹⁷⁸ Aber der deutsch-deutsche Gipfel bot im Ausland auch Stoff für Spekulationen über tieferliegende Motive. Amerikanische und französische Zeitungen berichteten über neutralistische Tendenzen in der Bundesrepublik, und vor diesem Hintergrund verfaßte man in der niederländischen Botschaft in Bonn im Sommer 1987 eine ausführliche Denkschrift mit dem Titel „Deutscher Schwenk nach Osten?“ Einerseits fiel die Antwort beruhigend aus: Eine Alternative zur amerikanischen Sicherheitsgarantie sei für die Bundesrepublik nicht in Sicht, und so könne Bonn sich beim Balancieren zwischen atlantischer Gemeinschaft, europäischer Integration und Entspannung „keine großen riskanten Schritte erlauben, ohne daß ernste Unglücke geschehen“. Andererseits sah man auch Entwicklungen, die „wenn man sie aneinanderreicht, Besorgnis erregen könnten“: Die NATO-feindliche Haltung der Grünen, die sozialdemokratische Terminologie der „Sicherheitspartnerschaft“ in der Beziehung zu Osteuropa sowie eine neutralistische Strömung in der Bevölkerung weckten Argwohn. Grund zu großer Sorge gab es nicht – die Haltung Moskaus und Ost-Berlins zur deutschen Frage hatte sich ja nicht geändert –, aber die Entwicklungen verwiesen doch noch einmal auf die Notwendigkeit, jeglicher Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und ihren westlichen Freunden ent-

gegenzutreten.¹⁷⁹ Damit wird erneut der rote Faden sichtbar, der das Denken Den Haags über die deutsche Frage seit Jahrzehnten bestimmt hatte: Die Deutschen durften nicht den Eindruck gewinnen, daß ihre spezifischen nationalen Interessen bei den Partnern kein Gehör fanden, weil dadurch gegen das Bündnis gerichtete Tendenzen angefacht werden und deutschnationale Töne die Oberhand bekommen könnten. Hier blieb Wachsamkeit trotz der inzwischen eingebürgerten ‚Normalität‘ der deutschen Teilung eine Konstante bei der Wahrnehmung der innerdeutschen Beziehung. Charakteristisch für diese Wachsamkeit war der Leitartikel im *NRC Handelsblad* anlässlich des Besuchs Honeckers. Einerseits hatte man Sympathie für den innerdeutschen Gipfel, weil der Stabilität in Europa mit einem nüchternen und freundschaftlichen Umgang der beiden deutschen Staaten untereinander gedient war. Andererseits durfte das Verhältnis nicht in eine deutsch-deutsche Dynamik ausarten, die über den Rahmen der allgemeinen Ost-West-Beziehung hinaus in Richtung der Wiedervereinigung ging: „Auch die heutigen westdeutschen Führer haben eingesehen, daß die ‚Deutsche Frage‘ keine Frage direkter, praktischer Politik, sondern eine Frage für die Geschichte ist. Dies macht dieses Treffen zwischen den beiden Deutschlands *akzeptabel*“ (Kursivsetzung FW).¹⁸⁰

Auf deutscher Seite blieben solche ambivalenten Gefühle in Den Haag (und anderen westlichen Hauptstädten) selbstverständlich nicht unbemerkt. Ausführlich legte der westdeutsche Botschafter in Den Haag, Otto von der Gablentz, im Außenministerium dar, daß der Empfang Honeckers in Bonn nicht als ein Kurswechsel in der westdeutschen Politik gesehen werden dürfe. Das Zustandekommen der Europäischen Union und die Sicherheit innerhalb des NATO-Bündnisses, so die Botschaft von der Gablentz, blieben die Ecksteine der Außenpolitik, und es könne keine Rede davon sein, daß sich die Bundesrepublik „nun mehr auf den Osten als auf den Westen richtet“.¹⁸¹ Dieser Eindruck war auf niederländischer Seite übrigens keineswegs entstanden. In Den Haag war man in den späten achtziger Jahren höchstens angesichts des ungewissen Ausgangs der sich verändernden Ost-West-Beziehungen wieder mehr auf der Hut. Dominierend blieb aber die Vorstellung, daß sich die Bundesrepublik keine ‚Alleingänge‘ erlauben konnte und wollte.

Schlußfolgerung

Zur Zeit des Baus der Berliner Mauer 1961 war Den Haag noch aktiv für die deutsche Wiedervereinigung eingetreten. Zwar sah man ein, daß die deutsche Einheit zu westlichen Bedingungen vorläufig nicht zu verwirklichen war, aber das durfte kein Grund sein, sich mit der deutschen Teilung abzufinden. Ihre Akzeptanz hätte nicht nur die sowjetische Herrschaft über Mittel- und Osteuropa legitimiert, sondern auch die Westdeutschen der westlichen Gemeinschaft entfremdet und dadurch die Sicherheit des Westens gefährdet. Achtundzwanzig Jahre später, am Vorabend des Falls der Berliner Mauer 1989, hatte sich die niederländische Haltung grundlegend geändert. Verbal wurde das deutsche Wiedervereinigungsstreben noch immer unterstützt, aber die Zurückhaltung, mit der dies geschah, machte deutlich, daß diese Unterstützung nicht mehr als ein Lippenbekenntnis geworden war. Man sah in der Teilung schon lange keine potentielle Bedrohung der europäischen Sicherheit mehr, sondern gerade einen stabilisierenden Bestandteil des Ost-West-Verhältnisses. In den fünfziger und frühen sechziger Jahren war das öffentliche Eintreten für die deutsche Wiedervereinigung für Den Haag noch Bestandteil einer erwünschten westlichen Politik der Stärke gegenüber der Sowjetunion gewesen. Mit der Anpassung an die *Détente* in den späten sechziger Jahren hatten aber auch die Niederlande den europäischen Status quo akzeptiert, und die offensiven Plädoyers für Wiedervereinigung gehörten der Vergangenheit an. Statt dessen ging es seither um den Abbau der Spannungen zwischen Ost und West und die Förderung politischer Freiheiten in Mittel- und Osteuropa. Diese Veränderung führte aber nicht zur öffentlichen Distanzierung vom Vereinigungsziel. Eine solche Distanzierung war nicht nur unmöglich, weil sie im Widerspruch zum Grundsatz des nationalen Selbstbestimmungsrechts gestanden hätte, sondern vor allem, weil ein solcher Affront gegenüber den Deutschen unerwünschte Folgen für die Bündnistreue Westdeutschlands hätte haben können. Allerdings wuchs seit den siebziger Jahren in den Niederlanden (und darüber hinaus) ein stillschweigender Konsens, daß Europa am besten mit dem Fortbestehen zweier deutscher Staaten gedient war.

Der Angelpunkt dieser Entwicklung liegt in den späten sechziger und frühen siebziger Jahren. Die Niederlande begrüßten die neue Ostpolitik, mit der Bonn die europäischen Nachkriegsgren-

zen als unverletzlich akzeptierte und die DDR als zweiten deutschen Staat anerkannte. Positiv daran war, daß die deutsche Frage für die Bundesregierung nun nicht länger Gegenstand unerreichbarer nationaler Träumereien, sondern ein Thema praktischer und realistischer Politik war. Auf die Anerkennung der DDR durch den Westen folgte die Gewöhnung an die scheinbare Normalität der Teilung. Furcht vor europäischer Instabilität, die Unvorstellbarkeit des Gedankens, daß Moskau die DDR (und die anderen Satellitenstaaten) freiwillig aufgeben könnte, und das Bewußtsein, daß für die Nachkriegsgenerationen in Westdeutschland das Streben nach Wiedervereinigung kaum noch Anziehungskraft besaß, führten zu der Vorstellung, daß die deutsche Frage ihre Lösung in dauerhafter Zweistaatlichkeit finden würde. Nach dem Fall der Mauer im November 1989 mußten die Niederlande – ebenso wie die anderen Bündnispartner – diese Haltung gezwungenermaßen in kurzer Zeit revidieren. Im folgenden Kapitel wird sich zeigen, daß den Niederlanden dies besser gelang, als man aufgrund der inzwischen gewachsenen Zustimmung zur deutschen Teilung vermuten würde.

Außer dieser grundlegenden Veränderung gab es in den Jahren zwischen 1961 und 1989 auch Kontinuität in der niederländischen Meinungsbildung zur deutschen Frage. Sie bestand darin, daß die Fortführung der Westbindung der Bundesrepublik so sehr im lebenswichtigen Interesse des Westens (und damit der Niederlande) lag, daß die Deutschen schon aus diesem Grund nie das Gefühl bekommen durften, von den Partnern mit ihrer nationalen Frage im Stich gelassen zu werden. Politik gegenüber der Bundesrepublik bedeutete also immer auch, eine deutsche Isolierung zu verhindern; damit ging es nicht zuletzt um eine Frage der Psychologie. Obwohl die Bedeutung dieses psychologischen Faktors allmählich abnahm, blieb es ein Element der niederländischen Politik, Verständnis für die deutsche Position zu zeigen. Daß sich aus diesem Verständnis und Einfühlungsvermögen der Niederlande (und der anderen Bündnispartner) nur eine zurückhaltende verbale Unterstützung des Einigungstrebens ergab, die in Bonn einen wenig überzeugenden Eindruck hinterließ, ändert daran nichts. Die verständnisvolle Haltung war ein fester Bestandteil der niederländischen Politik gegenüber Bonn, um einer Entfremdung zwischen der Bundesrepublik und ihren Bündnispartnern entgegenzutreten.

So kommt man immer wieder auf das ‚A und O‘ der Haager Deutschlandpolitik seit 1949 zurück: dauerhafte Verankerung Deutschlands in der westlichen Gemeinschaft, wobei den Niederlanden eine spezifische Mischung aus atlantischen und europäischen Elementen vor Augen stand. In der Sicherheitspolitik lag der Schlüssel in der atlantischen Bindung und der dominierenden Stellung der Vereinigten Staaten. Solange nur Washington in der Lage war, den Europäern Schutz vor der Sowjetunion zu bieten und die Amerikaner ihre Führungsrolle (auch hinsichtlich der nuklearen Bewaffnung) erfüllten, blieb die NATO auch ein Instrument zur sicherheitspolitischen Einbindung der Bundesrepublik. Der zentrale Bezugspunkt für die niederländische Beurteilung der westdeutschen Sicherheitspolitik war stets, ob sie die atlantische Westbindung stärken oder schwächen würde. Ob es um Adenauers Gaullismus der frühen sechziger Jahre, die neue Ostpolitik ein Jahrzehnt später oder die Kernwaffendiskussion der frühen achtziger Jahre ging – die zentrale Frage war jedesmal, ob die betriebene Politik eine Schwächung der atlantischen Verankerung zur Folge hätte. Außer in den frühen sechziger Jahren war die Antwort meist zufriedenstellend: Die aktuelle Entwicklung bot nie ernsthaften Anlaß zu Zweifeln an der atlantischen Treue der Bundesrepublik. Allerdings wurde immer auf mögliche Entwicklungen und Tendenzen hingewiesen, die auf eine latente niederländische Unsicherheit hindeuten.

Der Primat der NATO hatte auch zum Ziel, eine Form der europäischen politischen Zusammenarbeit zu verhindern, in der die Bundesrepublik und Frankreich gemeinsam den Ton angaben. Eine Schwächung der atlantischen Bindung hätte außer dem amerikanischen auch das britische Engagement für die europäische Sicherheit vermindert und auf dem Kontinent unvermeidlich zu einer engeren deutsch-französischen Zusammenarbeit geführt. In diesem Fall drohte nicht nur eine Aushöhlung der supranationalen EG zugunsten intergouvernementaler Zusammenarbeit, sondern auch eine kontinental-europäische Sogkraft, die den niederländischen Spielraum eingeschränkt hätte. Vor diesem Hintergrund kam es in den frühen sechziger Jahren zu einem heftigen deutsch-niederländischen Zusammenstoß bei den Besprechungen über eine europäische politische Union. Für die Niederlande lautete die europäische Komponente der deutschen Westbindung: wirtschaftliche Integration in eine supranationale Europäische Gemeinschaft (unter Einschluß von Großbritannien), begrenzte europäische

politische Zusammenarbeit und ein Vorgehen gegen intergouvernementale Strukturen.

Angesichts dieser niederländischen Auffassung von der europäisch-atlantischen Westbindung stellten die sechziger Jahre ein unsicheres Jahrzehnt dar. Man betrachtete den gaullistischen Kurs Adenauers in seinen letzten Kanzlerjahren, das zwar pro-atlantische, aber zugleich wenig tatkräftige Auftreten seines Nachfolgers Erhard und den wieder stärker pro-französischen Kurs unter Kiesinger als eine mögliche Gefahr für das europäisch-atlantische Gebäude, das in den fünfziger Jahren errichtet worden war. Zugleich wurden in der Bundesrepublik ein wachsendes Selbstbewußtsein sowie eine zunehmende nationale Enttäuschung wahrgenommen, was wiederholt zu der Frage führte, wie berechenbar der westdeutsche Partner in Zukunft sein werde. Diese Unsicherheit wurde durch die internen westlichen Spannungen über die Atombewaffnung, de Gaulles anti-angelsächsische Politik und die anfänglichen Zweifel Den Haags über die sich anbahnende Détente zwischen Washington und Moskau noch verstärkt.

Um 1970 ging dieses Jahrzehnt der Unsicherheit zu Ende. Selbstverständlich lag dies nicht nur an der Bundesrepublik – der Rücktritt de Gaulles war ebenso von großer Bedeutung –, aber Bonn spielte bei der Abnahme der niederländischen Beunruhigung doch eine wichtige Rolle. Die neue deutsche Regierung unter der Führung von Willy Brandt gab der Europäischen Gemeinschaft neuen Schwung, und der britische EG-Beitritt war endlich in Reichweite. Positiv wirkte auch, daß die Bundesrepublik durch die Anerkennung der Nachkriegsgrenzen und die Suche nach einem *modus vivendi* mit der DDR ihren Realitätssinn bewies. Zwar erhob sich 1970 in Den Haag die Frage, ob die Bundesregierung mit ihrer Annäherungspolitik nicht zu weit ging, die – ungewollt – zu einer Schwächung der europäischen und atlantischen Gemeinschaft führen konnte. Diese Ungewißheit, die übrigens mehr mit dem unverminderten Mißtrauen gegenüber der Sowjetunion als mit Zweifeln an der westdeutschen Bündnistreue zu tun hatte, nahm aber rasch ab, als sich zeigte, daß die Einheit des Westens nicht in Gefahr geriet. Das ermöglichte, bei der Ratifizierung der Ostverträge 1972 die deutsche Politik öffentlich zu unterstützen. Für viele Niederländer kam dazu noch die große Zustimmung zu den moralischen Aspekten der Ostpolitik. Der Kniefall Willy Brandts am Mahnmahl des Warschauer Ghettos symbolisierte einen neuen deutschen Umgang mit der NS-Vergangenheit, nach dem

man in den Niederlanden stets sehnsüchtig Ausschau gehalten hatte. Gerade in den Niederlanden, wo die Bedeutung einer engen Verbindung von Moral und Außenpolitik oft betont wird, führte dieses ‚andere‘ Gesicht Deutschlands zu einer Welle der Sympathie und des Vertrauens in die sich wandelnde Bundesrepublik.

Durch die Ostpolitik Brandts war die Bundesrepublik seit den frühen siebziger Jahren für viele Niederländer „ein normaler Staat“ geworden, wie es das *NRC Handelsblad* 1975 formulierte. Natürlich bedeutete diese ‚Normalität‘ nicht das Ende der ambivalenten Gefühle, des Unbehagens oder der Wachsamkeit mit Blick auf die bundesdeutsche Außenpolitik. Aber solche Gefühle resultierten eher aus dem Bewußtsein der Abhängigkeit eines kleinen Landes von seinem großen Nachbarn als aus Zweifeln über die Dauerhaftigkeit der Westbindung. Dies bedeutet, daß die Bundesrepublik am Vorabend des Falls der Mauer 1989 so gesehen wurde, wie sie war: ein zuverlässiger Bündnispartner, der die Verflechtungen der Westintegration nicht aufs Spiel setzen wollte und konnte. Dieses angesammelte ‚Vertrauenskapital‘ und die Fortsetzung der deutschen europäisch-atlantischen Integrationspolitik im Vereinigungsjahr 1989/90 sollten dazu führen, daß man in den Niederlanden im allgemeinen nüchtern und zustimmend auf die deutsche Vereinigung reagierte.

Die deutsche Vereinigung 1989–1990

Vierzig Jahre Bundesrepublik und DDR

Im Frühjahr 1989 bereitete sich die Bundesrepublik auf die Feier ihres vierzigsten Geburtstags vor. *Ein ganz normaler Staat?* lautete der Titel eines der vielen Bücher, die zu diesem Thema erschienen und in denen mit angemessenem Stolz auf vierzig Jahre westdeutsche Demokratie, Stabilität und Integration in den Westen zurückgeblickt wurde.¹ So ‚normal‘ die Bundesrepublik in vieler Hinsicht inzwischen auch geworden war – das Fragezeichen im Titel verwies doch zugleich auf ungelöste deutsche Probleme. Sie hingen nicht nur mit der immer wieder aufflackernden Diskussion über die Bedeutung des Dritten Reiches für die deutsche Identität zusammen, sondern hatten auch mit der Frage zu tun, welche Rolle das Streben nach Wiedervereinigung noch spielte. Auf dem linken politischen Flügel waren in den achtziger Jahren Stimmen laut geworden, die eine Distanzierung von dem im Grundgesetz festgelegten Wiedervereinigungsgebot forderten und dafür eintraten, die Identität der Bundesrepublik in einem Verfassungspatriotismus und nicht im Festhalten an einer auf Wiedervereinigung gerichteten gemeinsamen deutschen Identität zu suchen. „Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Nation?“ hatte der Amsterdamer Historiker Jürgen Hess in den frühen achtziger Jahren formuliert.² Hess und den anderen Befürwortern einer eigenen westdeutschen Identität ging es darum, den „Spagat-Charakter“ der Diskussion über die nationale Frage und die westdeutsche Identität zu beenden. Stand das Ziel der Wiedervereinigung einer Identifizierung mit der Bundesrepublik nicht im Weg? War es – angesichts der geringen Chance auf Wiedervereinigung – nicht besser, sich mit der Bundesrepublik als politischem Vaterland zu identifizieren und sich von dem Staatsziel Wiedervereinigung zu verabschieden, das als nationale Illusion nur in Enttäuschung und Unzufriedenheit münden konnte? Solche Fragen waren in den achtziger Jahren

gewiß nicht unumstritten, aber sie verwiesen doch auf eine wachsende Bereitschaft, das Wiedervereinigungsziel in Frage zu stellen.³

Wie im vorigen Kapitel bereits erwähnt, wandelten sich die Ost-West-Beziehungen seit Mitte der achtziger Jahre fundamental. Gorbatschows Politik des Glasnost und der Perestroika, der INF-Vertrag von 1987 und der wachsende Spielraum, den Polen und Ungarn sich mit der offensichtlichen Billigung Moskaus erwarben, deuteten an, daß auch die deutsche Frage an Aktualität gewinnen konnte. „Wenn das Sowjetimperium auseinanderzufallen beginnt, wenn Polen und Ungarn beschleunigt den Weg in Richtung auf Marktwirtschaft und Mehrparteiensystem gehen“, so der niederländische Publizist W.L. Brugsma im Dezember 1988, „dann wird die DDR zu den Falkland-Inseln Moskaus ... ‚La force des choses‘ treibt sie dann westwärts.“⁴ Anfang Mai 1989 begann die ungarische Regierung mit dem Abbau des eisernen Vorhangs an der Grenze zu Österreich. Damit war die Grenze zum Westen noch nicht offen, aber der durchschnittene Stacheldraht wirkte wie ein Katalysator in einem Prozeß, der ein halbes Jahr später in den Fall der Mauer mündete.

Dies alles bedeutete, daß das vierzigjährige Bestehen der Bundesrepublik im Mai 1989 unter einem doppelten Stern stand. Einerseits riefen manche Verfassungspatrioten dazu auf, die Zweistaatlichkeit der deutschen Nation mit Inhalt zu füllen. Andererseits hatte das Eintreten für die Wiedervereinigung nicht länger nur noch Pflichtcharakter, es wuchs das Bewußtsein, daß die Wiedervereinigungsfrage ihren akademischen Charakter verlor.

In den Niederlanden blieb dieses Doppelgestirn selbstverständlich nicht unbemerkt. Die veränderte Tonlage der Diskussion über die deutsche Frage „wirft einen Schatten voraus“, hieß es Ende Mai in einem Bericht der Bonner Botschaft an Den Haag über die Festlichkeiten anlässlich des vierzigjährigen Bestehens der Bundesrepublik. Die Liberalisierung in Osteuropa, so die Erwartung, könne eines Tages Bonn schwer unter Druck setzen, sich intensiv mit Reformen in der DDR zu beschäftigen. Dies brauche nicht negativ zu sein – im Gegenteil: Enge deutsch-deutsche Zusammenarbeit oder Wiedervereinigung, eingebettet in eine gesamteuropäische Integration, sei ein „anziehendes“ Modell. Andererseits könne die Entwicklung aber auch zu einem verminderten deutschen Interesse an der europäischen Zusammenarbeit zugunsten einer sich aufdrängenden gesamtdeutschen Priorität führen. Und dies sei eine Perspektive, die West und Ost gleichermaßen „zum Nachden-

ken zwingt“, so der Bericht aus Bonn.⁵ Außenminister Hans van den Broek (CDA) ließ sich verständlicherweise in der Öffentlichkeit nicht zu einem solchen Nachdenken verleiten. Auf einem niederländischen Symposium in Den Haag anlässlich des vierzigsten Geburtstags der Bundesrepublik behauptete er, daß eine Wiedervereinigung Deutschlands ohne europäische und atlantische Einbettung „per definitionem kein Thema“ sei.⁶ Mit dieser Äußerung, die eher einer Beschwörungsformel glich, machte der Minister deutlich, in welchen Bahnen seiner Meinung nach eine eventuelle Wiedervereinigung stattzufinden hätte. Integration und Verankerung Deutschlands blieben in Den Haag die zentralen Begriffe, und die alten *Status quo plus*-Vorstellungen der fünfziger Jahre gaben dabei die Richtung vor: Ebenso wie der westdeutsche Staat müßte auch das vereinigte Deutschland Mitglied der NATO und der anderen westlichen Gemeinschaften sein.

Die gewachsene Aktualität der deutschen Frage führte in Den Haag allerdings noch nicht zu Überlegungen, welche Konsequenzen dies haben könnte. Die erste Aktennotiz im Außenministerium zu einer möglichen deutschen Einigung entstand erst Ende September 1989 und beruhte obendrein auf einem Zufall. Anlaß war eine Bemerkung des deutschen Finanzministers Theo Waigel Anfang Juli 1989, daß man die Gebiete östlich von Oder und Neiße der offenen deutschen Frage hinzurechnen müsse. Aus den Reihen der CSU und des nationalkonservativen Flügels der CDU konnte man solche Aussagen häufiger hören, und sie wurden in der Botschaft in Bonn und im Haager Außenministerium stets mit dem Satz kommentiert, daß damit dem internationalen Ansehen der Bundesrepublik geschadet werde, man ihnen aber keine große politische Bedeutung beimessen müsse. Dabei wäre es auch diesmal geblieben, wenn nicht ein pensionierter Botschafter zwei Monate später das Ministerium um eine Stellungnahme gebeten hätte.⁷ Die zu diesem Zweck verfaßte Aktennotiz setzte sich einerseits in nüchternem Ton mit einer eventuellen Wiedervereinigung auseinander und brachte auch Verständnis für die juristische Haarspalterei über Deutschland in den Grenzen von 1937 auf. Andererseits war es mit dieser Nüchternheit zu Ende, sobald der frühere deutsche Expansionismus unter die Lupe genommen wurde. Zwar räumte man ein, daß das Streben nach „Lebensraum“ in Europa nicht mehr zeitgemäß sei, fügte aber hinzu, daß ein vereinigtes Deutschland aus Bundesrepublik und DDR ebensowenig natürliche Grenzen haben werde wie das Deutsche Reich 1871 oder 1919:

„1871 war Deutschland Bismarck zufolge ‚saturiert‘ – 1914 war es das längst nicht mehr, um von 1939 zu schweigen. Vielleicht ist es doch besser, wenn Deutschland geteilt bleibt.“⁸ Obwohl eine solch klare Wendung gegen die Wiedervereinigung für die später in Gang kommende Diskussion im Ministerium nicht illustrativ ist, macht sie doch deutlich, daß bei manchen Mitarbeitern Unbehagen, Angst und Ablehnung zu Beginn sehr wohl vorhanden waren.

Die einzige Analyse und politische Empfehlung in dieser Phase stammte nicht aus dem Außenministerium, sondern kam vom Beirat Frieden und Sicherheit („Adviesraad Vrede en Veiligheid“). Der Rat war im Dezember 1988 von Außenminister van den Broek und Verteidigungsminister Frits Bolkestein (VVD) beauftragt worden, ein Gutachten über die Veränderungen der sowjet-russischen Innen- und Außenpolitik und deren Folgen für Europa und die westliche Sicherheitspolitik zu erstellen. Die Veränderungen in der sowjetischen Politik, so der Rat in seinem im September 1989 vorgelegten Bericht, boten die Aussicht auf ein Ende der deutschen Teilung. Auch wenn eine Wiedervereinigung nicht unmittelbar bevorstehe, müsse die deutsche Frage sowohl in der aktuellen Politik als auch in der Diskussion über die zukünftige europäische Sicherheit im Mittelpunkt stehen. Konkret bedeutete dies – und diese Empfehlung war nichts anderes als eine aktualisierte Version der niederländischen Haltung zur deutschen Frage aus den fünfziger und sechziger Jahren –, Verständnis für die nationalen Interessen der Bundesrepublik aufzubringen und sie, wo möglich, zu unterstützen: „Ohne eine verständnisvolle Haltung könnte einmal das erreicht werden, was unter allen Umständen vermieden werden muß: eine Empfänglichkeit der Bundesrepublik für ‚Sonderangebote‘ aus dem Osten.“⁹ Es liege im wohlerwogenen westlichen Interesse, im sich wandelnden Europa eine deutsche Isolierung zu verhindern, und die weitere Einbettung der deutschen Ostpolitik in die westliche Gemeinschaft sei dafür eine Forderung ersten Ranges. Habe der Westen also eigentlich keine andere Wahl als die Bundesrepublik zu unterstützen, so sei allerdings bedingungsloser Beifall zu einer eventuellen Vereinigung angesichts der unabsehbaren Folgen für die europäische Sicherheitsstruktur auch nicht möglich. Dies bedeutete, daß eine Vereinigung nur als Abschluß der tiefgreifenden politischen und psychologischen Veränderungen in Europa zustandekommen durfte. Setzte man die Wiedervereinigungsfrage dagegen frühzeitig auf die Tagesordnung, würde dies destabilisierende Konsequenzen haben.

Es war zweifellos ein Verdienst des Rates, sich in seinem Gutachten ausführlich mit der Wiedervereinigungsfrage zu beschäftigen, umso mehr, da die Minister es versäumt hatten, in ihrem Auftrag die deutsche Frage zu erwähnen. Aber das Gutachten war nicht frei von Widersprüchen: Einerseits behauptete man, daß die Wiedervereinigungsfrage wieder aktuell geworden war, andererseits warnte man vor deren frühzeitiger Behandlung. Es war der wie immer scharfsinnige außenpolitische Kommentator Jérôme L. Heldring, der Ende Oktober 1989 im *NRC Handelsblad* auf diesen Widerspruch hinwies. Unter der Überschrift „Hinter den Tatsachen herrennen“ stellte er fest, daß schon allein das Gerede über eine vorzeitige Beschäftigung mit der Wiedervereinigungsthematik suggeriere, „... daß wir (die Niederlande bzw. der Westen, FW) den Verlauf der deutschen Frage einigermaßen in der Hand haben. Nun, dem ist nicht so.“¹⁰ Hier handelte es sich nicht um eine apokalyptische Prophezeiung Heldrings, sondern um eine Aufforderung, sich auf eine schnellere und viel weniger lenkbare Entwicklung einzustellen, die nicht ohne weiteres der vom Rat skizzierten und gewünschten Route folgen werde. Dafür sei das Tempo der Entwicklungen zu hoch und die Wahrscheinlichkeit des Wiedervereinigungsdrangs in der ostdeutschen Bevölkerung zu groß. Heldring sollte recht behalten. Auf der politischen Ebene, sowohl in Den Haag als auch in Bonn und anderen Hauptstädten, hielt man dagegen noch bis zur Jahreswende 1989/90 an dem Gedanken fest, daß die Wiedervereinigung erst der Schlüsselstein einer neuen europäischen Ordnung sein könne. Dahinter stand nicht nur die Hoffnung auf Lenkbarkeit und Beherrschbarkeit, sondern mit dieser Formel konnte man sich auch allmählich daran gewöhnen, daß die deutsche Wiedervereinigung bevorstand.

Der Voraussage Heldrings entsprechend hatten die Entwicklungen in der DDR inzwischen eine Dynamik angenommen, die in Bonn und anderswo beinahe täglich zur Anpassung an eine neue Situation zwang. Seit der Öffnung der österreichisch-ungarischen Grenze Anfang September war eine ständig wachsende Flüchtlingswelle in Gang gekommen. Darüber hinaus hatten tausende DDR-Bürger Zuflucht in den westdeutschen Botschaften in Prag und Warschau gesucht und damit ihre Ausreise in die Bundesrepublik erzwungen. Gleichzeitig wurden in der DDR Oppositionsbewegungen gegründet, und wöchentlich wuchs die Anzahl der Teilnehmer an den Leipziger Montagsdemonstrationen. Unter dem Motto „Wir bleiben hier“ hofften sie auf Reformen und einen

„Sozialismus mit menschlichem Gesicht“. Der Verfall der Macht der SED war bereits weit fortgeschritten, als die DDR am 7. Oktober ihr vierzigjähriges Bestehen feierte. Zwei Tage später trotzten in Leipzig 70.000 Menschen ihrer Angst vor einem gewalttätigen Eingreifen des Staates, und nach diesem friedlich verlaufenen 9. Oktober nahm die Zahl der Demonstranten von Woche zu Woche weiter zu. Anfang November 1989 waren in Ost-Berlin unter Losungen wie „DDR = Direkte Demokratische Reformen“ mehr als eine halbe Million Menschen auf den Beinen. Das SED-Regime hatte inzwischen einen Rückzieher nach dem anderen machen müssen und zerfiel mit atemberaubender Geschwindigkeit. Am 18. Oktober hatte das Politbüro Erich Honecker zum Rücktritt gezwungen. Sein Nachfolger Egon Krenz versuchte, die Protestbewegung zu kanalisieren, aber mit der Halbherzigkeit seiner Reformpolitik erreichte er nur das Gegenteil. Anfang November trat die Regierung Stoph zurück, einen Tag später wurde ein verkleinertes und weniger kompromittiertes Politbüro gewählt.¹¹ Auch bei dem Versuch, die Bevölkerung mit erleichterten Reisemöglichkeiten zufriedenzustellen, hatte die SED ihre alte Kraft zur Regieführung völlig eingebüßt: Die Art und Weise, in der Politbüromitglied Günter Schabowski die neuen Reisemöglichkeiten während einer Pressekonferenz am 9. November 1989 ankündigte, führte noch am selben Abend ungewollt zum Fall der Mauer.¹²

Der Fall der Mauer und der ‚Zehn-Punkte-Plan‘ Kohls

Ebenso wie andere Länder teilten die Niederlande die deutsche Freude über diese Entwicklung. Eine Welle der Sympathie für die ostdeutsche Bevölkerung ging durch die Medien. Neben dieser Freude über die Freiheit für die DDR-Bürger waren aber auch Verwirrung und Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft Deutschlands und Europas spürbar. *De Volkskrant* sprach von ergreifenden Bildern aus Berlin, die optimistisch stimmten, schloß aber gleichzeitig nicht aus, daß „ein arroganter deutscher Einheitsstaat“ kommen werde. Die *Trouw* brachte sowohl ihre hoffnungsvollen Erwartungen als auch ihre Unsicherheit in einem Kommentar mit dem Titel „Morgens beten ... abends danken?“ zum Ausdruck und stellte die Frage, ob angesichts des Tempos der Entwicklungen noch Gelegenheit zum Nachdenken bleibe.¹³ Es ist bemerkenswert, daß dieses Nachdenken im offiziellen und politischen Den

Haag auch im November 1989 noch kaum in Gang kam. Erst mit der Veröffentlichung von Helmut Kohls ‚Zehn-Punkte-Plan‘ für die deutsche Einheit am 28. November begann allmählich der Prozeß der Meinungsbildung.¹⁴

Kennzeichnend für die Trägheit der Diskussion in Den Haag waren die Regierungserklärung von Ministerpräsident Ruud Lubbers Ende November 1989 und die anschließende Parlamentsdebatte. Am 27. November stellte Lubbers das politische Programm seiner neuen Regierung aus Christ- und Sozialdemokraten vor (CDA und PvdA), die einen Monat zuvor gebildet worden war. Gewiß, das neue Kabinett sei „sehr erfreut“ über die sich ankündigende Liberalisierung in Mitteleuropa und über die „Breschen“, die in die Berliner Mauer geschlagen worden waren. Als westliche Antwort darauf trat Lubbers für Einigkeit innerhalb der NATO und für eine beschleunigte westeuropäische Integration ein, um auf der Grundlage dieser verstärkten Zusammenarbeit die Beziehungen zu Osteuropa zu intensivieren. Das war kein verkehrter Ausgangspunkt, aber doch ein bescheidener Beitrag der neuen Regierung zur internationalen Diskussion über die sich vollziehende europäische Umwälzung. Dies galt umso mehr, da die neue Regierung es „als einen Auftrag von höchster Dringlichkeit“ betrachtete, diese Entwicklung weiter zu fördern.¹⁵ Auffällig abwesend in den Darlegungen Lubbers' war außerdem die deutsche Frage, und ebensowenig wie der Ministerpräsident hatte die Zweite Kammer das Bedürfnis nach einer Diskussion über den niederländischen Standpunkt hinsichtlich einer möglichen deutschen Wiedervereinigung. Selbst als am 28. November die ersten Berichte über den ‚Zehn-Punkte-Plan‘ Kohls eingingen, wurde die Wiedervereinigungsfrage im Parlament als „noch nicht auf der Tagesordnung“ (Thijs Wöltgens, Fraktionsvorsitzender der PvdA) abgetan.¹⁶ Dies stimmte insofern, als Ende November 1989 noch fast niemand voraussah, daß sich die deutsche Einheit mit einer derart hohen Geschwindigkeit vollziehen würde, wie sie sich dann in den kommenden Monaten zeigen sollte. Auch Kohl selbst ging in dieser Phase noch von einem Zeitraum von mehreren Jahren aus. Aber spätestens nach seiner Initiative war es offensichtlich, daß die Wiedervereinigung ein wichtiges internationales Thema geworden war, das auch eine niederländische Meinungsbildung erforderte. Außerdem beschäftigten sich in der niederländischen Tagespresse bereits seit Wochen Kolumnisten, Leitartikler und andere Fachkundige mit den Entwicklungen in Ostdeutschland – die Wieder-

vereinigung war inzwischen ein Gegenstand der öffentlichen Debatte geworden. „Die Welt tut ... gut daran, sich auf *ein* Deutschland in absehbarer Zeit vorzubereiten“, hatte Heldring einige Tage nach dem Fall der Mauer im *NRC Handelsblad* geschrieben, aber Parlament und Regierung hatten auch Ende November noch Schwierigkeiten, sich dies klarzumachen.¹⁷

Die einzige Ausnahme bildete der Fraktionsvorsitzende der Linksliberalen (D66) und spätere Außenminister (1994–1998) Hans van Mierlo, der der Regierung vorwarf, an der deutschen Frage völlig vorbeigegangen zu sein: „Wer sich bei dem Gedanken an ein vereinigtes Deutschland im striktesten Sinn nicht wohl fühlt – und dazu gehöre ich ... –, braucht sich nicht sicherer zu fühlen, wenn dieser Punkt nicht auf der Tagesordnung steht. Tabus rufen unberechenbare Kräfte hervor.“ Dies mochte auf Unbehagen verweisen, eine Stellungnahme gegen die Wiedervereinigung war es nicht. Van Mierlo wünschte eine Debatte über die Grundsätze, die bei einer eventuellen Wiedervereinigung im Mittelpunkt stehen müssten. Sein eigener Beitrag dazu war die Betonung des „unwidersprochenen Rechts der Deutschen auf Selbstbestimmung“ und der Bedeutung der Einbettung einer deutschen Einigung in einen fortschreitenden westeuropäischen Integrationsprozeß, der prinzipiell auch mittel- und osteuropäischen Ländern offenstehen sollte.¹⁸ Von van Mierlo auf diese Weise herausgefordert, sprach Lubbers am nächsten Tag – nachdem man Kohls überraschenden ‚Zehn-Punkte-Plan‘ studiert hatte – in zurückhaltenden Wendungen über die Pläne des Bundeskanzlers. Zwar vermied der Ministerpräsident Kritik an Kohl, und im Vergleich zu der kühlen bis negativen Haltung in anderen westlichen Hauptstädten war seine Reaktion sicher gemäßigt. Es war aber nicht zu übersehen, daß er sich, wie viele andere auch, von der Initiative Kohls überrumpelt fühlte, die ohne vorherige Abstimmung mit den Bündnispartnern präsentiert worden war. Er wollte „nicht zu kritisch sein“ und „einiges Verständnis“ für die schwierige Lage des Bundeskanzlers aufbringen. Für die niederländische Regierung, so der umsichtig formulierende Lubbers, stehe der „Aspekt der europäischen Heilung im Vordergrund“, und dazu gehöre „die Gemeinschaft zwischen den Völkern, die dieselbe Sprache sprechen“.¹⁹ Dies waren vage Formulierungen – der Begriff deutsche Wiedervereinigung wurde sorgfältig vermieden –, die eher auf eine skeptische und distanzierte Haltung deuteten als auf Unterstützung für den von Kohl skizzierten Weg zur deutschen Einheit. Dabei wies Lubbers

darauf hin, er wolle den Eindruck vermeiden, daß Den Haag mit erhobenem Zeigefinger „das Tüpfelchen aufs i“ setzen und Bonn mit ungebetenen Ratschlägen versehen wolle. Letzteres war sicher ein richtiger Ausgangspunkt, aber der Ministerpräsident blieb selbst einen Anstoß für eine Debatte über einen niederländischen Standpunkt hinsichtlich der deutschen „Heilung“ schuldig. So schlug der Versuch van Mierlos fehl, darüber eine Diskussion zu beginnen, da auch seine Kollegen im Parlament seinen Aufruf größtenteils ignorierten.

Zwei Wochen später mußte das Parlament dann doch anerkennen, daß die Wiedervereinigungsfrage sehr wohl aktuell war. Auf der NATO-Gipfelkonferenz Anfang Dezember 1989 in Paris hatte der amerikanische Präsident George Bush sich für ein vereinigt Deutschland ausgesprochen, eingebettet in die NATO und die Europäische Gemeinschaft.²⁰ Denselben Standpunkt hatte Bush bei einem vorausgegangenem Treffen mit Gorbatschow vor Malta eingenommen. Einige Tage nach dem NATO-Gipfel, am 8. und 9. Dezember, fand in Straßburg die halbjährliche Sitzung des Europäischen Rates statt. Nach einer zähen Diskussion wurde in die Abschlusserklärung ein Abschnitt aufgenommen, in dem die europäischen Staatsmänner bekräftigten, was sie bereits seit Jahrzehnten versprochen hatten, was aber nun verwirklicht werden mußte: die Schaffung einer Situation in Europa, „in der das deutsche Volk durch freie Selbstbestimmung seine Einheit wiederfinden wird“.²¹ Eine Sitzung in entspannter Atmosphäre war es nicht gewesen, und die Unterstützung der Europäer war spärlich. „In all den Jahren, in denen ich Bundeskanzler bin“, sollte Kohl später nicht ohne Verbitterung erklären, „habe ich niemals einen EG-Gipfel in so eisiger Atmosphäre miterlebt wie diesen“.²²

Spärlich war auch die Unterstützung für die Wiedervereinigung im niederländischen Parlament in der Debatte über diesen Gipfel. Gemeinsam mit der Regierung wurden die Abgeordneten sich der Tatsache bewußt, daß man nun, da sich die deutsche Einheit vollzog, dem deutschen Volk nicht vorenthalten durfte, was man anderen Völkern zugestand, wie Maarten van Traa (PvdA) sich ausdrückte.²³ Zweifellos wäre dieses Einverständnis weniger zurückhaltend formuliert worden, wenn die Debatte nicht beinahe völlig im Zeichen der Unsicherheit über deutsche Garantien für eine endgültige Anerkennung der polnischen Westgrenze gestanden hätte. Lubbers berichtete, daß man in Straßburg „auf dem Begriff ‚das deutsche Volk‘ herumgebohrt habe.“²⁴ Wer mußte

dazu gerechnet werden, und was bedeutete das für das Selbstbestimmungsrecht und für die Ostgrenzen eines vereinigten Deutschlands? Hinter den Kulissen hatte Bundeskanzler Kohl in Straßburg keinen Zweifel daran gelassen, daß die Ostgrenze des vereinigten Deutschlands an Oder und Neiße verlaufen würde. Nach Bonn zurückgekehrt, weigerte er sich aber, dies öffentlich zu bestätigen und stellte sich auf den formal richtigen Standpunkt, daß sich nur ein vereinigtes und souveränes Deutschland darauf festlegen konnte. Obwohl Lubbers wissen ließ, „froh“ zu sein, daß man in Straßburg „Klarheit“ bekommen habe und van den Broek Genscher zitierte, der wiederholt – auch öffentlich – erklärt hatte, daß es keine deutschen Gebietsansprüche gegenüber Polen gebe, reagierte die Zweite Kammer beunruhigt auf die verwirrenden Signale aus Bonn.²⁵ Waren die Abgeordneten Ende November einer Debatte über die deutsche Frage noch ausgewichen, so konzentrierten sie sich nun auf den Teilaspekt der polnischen Westgrenze. Dies war zwar kein unwichtiges Element, aber zu grundlegenden Aussagen über die deutsche Einheit gelangten die noch immer überrumpelten Parlamentarier auch jetzt nicht.

Angemessener und konkreter reagierte man dagegen im Außenministerium. Noch bevor der genaue Inhalt von Kohls ‚Zehn-Punkte-Plan‘ bekannt war, merkte die Planungsabteilung (PLAN) in einem für Minister van den Broek bestimmten Memorandum an, daß Kohl mit seinem Vorschlag nur täte, was man in der jetzigen Situation von ihm erwarten könne. Der Bundeskanzler verdiene für seinen Plan die Unterstützung Den Haags: „Der Westen (die Niederlande) kann wenig anders als der Initiative Kohls zustimmen. Wir sind stets für Wiedervereinigung in Selbstbestimmung gewesen, während Kohl auch die richtigen Parameter und Zeitpläne benennt. Außerdem kann von seinem Plan eine stabilisierende Wirkung auf die ostdeutsche Situation ausgehen (und auf die inneren Verhältnisse in der Bundesrepublik).“ Allerdings war die prinzipielle Unterstützung für Kohl nicht ganz frei von Einschränkungen. Voraussetzung sei, daß der Vereinigungsprozeß sich nach westlichen Bedingungen vollziehe: „Auf die Wiedererschaffung eines Deutschlands aus dem 19. Jahrhundert ist niemand erpicht ... Die Deutschen müssen also beim Wort genommen werden, daß sie in den Westen eingebettet bleiben wollen.“ Dementsprechend wurde die Bedeutung der NATO und der EG unterstrichen, umso mehr, da die deutsch-deutsche Dynamik und der Zerfall des Warschauer Paktes die westliche Gemeinschaft „poten-

tiell in Unordnung“ brächten.²⁶ Eine vergleichbare Nüchternheit legten auch andere Beobachter an den Tag. So machte Botschafter van der Tas in Bonn zwar eine kritische Anmerkung in bezug auf den Überraschungseffekt der Rede Kohls und die fehlende Beratung mit den Bündnispartnern, aber den Plan selbst lobte er als ein Denkmodell mit ordnendem Charakter und flexiblem Zeitrahmen.²⁷ Nicht anders war die Reaktion in der Europaabteilung des Außenministeriums. Auch hier bedauerte man, daß Kohl seinen ‚Zehn-Punkte-Plan‘ ohne vorhergehende Beratung verkündet hatte; andererseits hatte man Verständnis für die Initiative, die außerdem inhaltlich ganz auf der Linie des jahrzehntelang von den Partnern unterstützten Wiedervereinigungsstrebens lag.²⁸ Trotz dieser angemessenen Reaktionen im Außenministerium gilt aber auch für das regierungsamtliche Den Haag, daß der Prozeß der Meinungsbildung über die Wiedervereinigung spät in Gang kam. Wirklich intensiv sollte man sich erst ab Anfang Januar 1990 damit beschäftigen, als in einer ‚brainstorm‘-Sitzung unter Leitung des Ministers selbst der Faden von Ende November wieder aufgenommen wurde.

Wie ist es zu erklären, daß die Meinungsbildung der amtlichen und politischen Kreise Den Haags so spät einsetzte? Hatte man sich bereits derart an die deutsche Teilung gewöhnt, daß es viel Zeit kostete und ein erhebliches Vorstellungsvermögen brauchte, um von dieser scheinbaren Normalität Abstand zu gewinnen? War es die Unvorstellbarkeit einer sowjetrussischen Zustimmung zur Wiedervereinigung? War es vielleicht ein zu großer Schritt von der jahrelang bekundeten Unterstützung des deutschen Einheitsstrebens zu einer tatsächlichen Unterstützung, nun, da das Ziel näher rückte? Oder wollte man diesen Schritt nicht wagen, weil der Gedanke an ein vereinigtes Deutschland vor allem Schaudern und Unbehagen hervorrief? Zweifellos spielten all diese Faktoren eine mehr oder weniger große Rolle für die Betroffenen. Vielleicht fürchtete man auch, durch eine öffentliche Diskussion über die Wiedervereinigung dem Thema einen größeren Realitätsgehalt zu geben, als es im November 1989 für viele hatte. Von großer Bedeutung war gewiß auch, daß die Bürgerbewegung in der DDR – und ging es bei der Wiedervereinigung nicht in erster Linie um das deutsche Selbstbestimmungsrecht? – keineswegs eine Vereinigung, sondern eine reformierte DDR anstrebte.

Im November/Dezember 1989 fand jedoch die „Wende in der Wende“ statt, erschienen die ersten Transparente mit den Losun-

gen „Wir sind ein Volk“ und „Deutschland einig Vaterland“, und zu diesem Zeitpunkt begann sich die Masse der ostdeutschen Bevölkerung mit dem Ruf nach nationaler Einheit von der Bürgerbewegung abzuwenden.²⁹ Zwar erscholl dieser Ruf massenhaft erst im Dezember 1989, aber auch einen Monat zuvor war er bereits zu vernehmen, ohne daß dies wirklich nach Den Haag durchdrang. Teil dieser Fehlwahrnehmung war eine Überschätzung der Reformmöglichkeiten in einer selbständig weiterbestehenden DDR. Obwohl der Mitte November angetretene Ministerpräsident Hans Modrow ein gewisses Vertrauen bei der DDR-Bevölkerung genoß und als integer galt, verspielte er rasch seinen Kredit, weil auch er nicht radikal mit der Vergangenheit brach. Aber selbst wenn er dies gewollt hätte oder wenn ein demokratischer Politiker Ministerpräsident geworden wäre, hätte dies die Implosion der DDR nicht verhindern können. Die Mehrheit der Bevölkerung wünschte keine Experimente in Form eines Dritten Weges, sondern wollte so rasch wie möglich an den Früchten der westdeutschen sozialen Marktwirtschaft teilhaben. Daß dies eine selbständig weiterexistierende DDR nicht würde bieten können, erkannte niemand besser als die ostdeutsche Bevölkerung selbst, die auch nach dem Fall der Mauer in großer Zahl in die Bundesrepublik abwanderte und vor demselben Hintergrund stets lauter nach der Einheit rief. Es war diese Entwicklung, die für die Dynamik der Vereinigung sorgte, aber in Den Haag wurde sie im November/Dezember 1989 noch ungenügend erkannt.

Selbstverständlich läßt sich eine solche Weisheit im nachhinein leicht formulieren. Außerdem wurde auch in anderen Hauptstädten die Geschwindigkeit des Einigungsprozesses Ende 1989 noch stark unterschätzt. Wie erwähnt ging selbst Bundeskanzler Kohl Ende November 1989 noch davon aus, daß die staatsrechtliche Vereinigung einige Jahre dauern und erst nach verschiedenen Zwischenstadien mit konföderativen Strukturen zustande kommen würde. Egon Bahr, der Stratege der Ostpolitik Willy Brandts in den frühen siebziger Jahren, war der Meinung, daß man erst Friedensverträge mit beiden deutschen Staaten schließen müsse und konnte sich eine deutsche Wiedervereinigung erst nach der Auflösung des Warschauer Paktes und der NATO und der Schaffung einer neuen europäischen Sicherheitsstruktur vorstellen.³⁰ Die SPD, zerrissen zwischen nationalen Fürsprechern wie Willy Brandt und post-nationalen Skeptikern wie Oskar Lafontaine, plädierte im Dezember nach langen und mühsamen Beratungen für

einen langsamen und allmählichen Vereinigungsprozeß.³¹ Abgesehen von den Grünen, die sich erst 1990 für die deutsche Einheit aussprachen, galt für alle westdeutschen Parteien, daß die Wiedervereinigung und die Vertiefung der europäischen Integration parallel verlaufen mußten, und auch dies sprach eher für eine langsame Entwicklung. Kurz gesagt, in der falschen Einschätzung der Dynamik der Entwicklungen in Deutschland bildete Den Haag keine Ausnahme. Allerdings bleibt es bemerkenswert, daß das politische Den Haag Anfang Dezember mit Blick auf die Wiedervereinigung noch ‚sprachlos‘ war und die adäquaten internen Reaktionen des Außenministeriums auf Kohls ‚Zehn-Punkte-Plan‘ erst Anfang Januar 1990 eine Fortsetzung erfuhren.

Lubbers

Inzwischen war im Kanzleramt in Bonn bereits der Eindruck entstanden, daß die niederländische Regierung die Entwicklungen in Deutschland mit Argusaugen verfolgte. Auf dem informellen Treffen der EG-Regierungschefs am 18. November 1989 in Paris, zu dem Mitterrand eingeladen hatte, um die Bedeutung der Entwicklungen in Mittel- und Osteuropa für die Zwölf zu besprechen, hatte die deutsche Einheit unausgesprochen die Tagesordnung beherrscht. Bereits dabei war Kohl aufgefallen, daß vor allem Thatcher und Lubbers „ausgesprochen kühl“ auf die Ereignisse in Deutschland reagierten.³² Obwohl der niederländische Ministerpräsident auf dem NATO-Gipfel Anfang Dezember dann den wiedervereinigungsfreundlichen Standpunkt George Bushs unterstützte³³, hörte man einige Tage später im Europäischen Rat wieder ganz andere Töne von ihm. Das „Herumbohren“ nach einer Definition des deutschen Volkes, das Lubbers in seinem Bericht vor dem Parlament erwähnen sollte, war in erheblichem Maße von dem niederländischen Ministerpräsidenten selbst ausgegangen. So gar der britischen Premierministerin Margaret Thatcher, die ihr Mißtrauen gegenüber Deutschland selten verheimlichte, fiel die wenig glückliche Wortwahl Lubbers' auf. Am Rande des Gipfeltreffens waren sich die britische Premierministerin und der französische Präsident darin einig, „den deutschen Moloch in die Schranken (zu) weisen“, wie sie es später ausdrückte. Bei den offiziellen Treffen des Europäischen Rates, so Thatcher in ihren Memoiren, „herrschte allerdings ein ganz anderer Gesprächston. Doch sagte

der niederländische Ministerpräsident Lubbers beim gemeinsamen Abendessen der Regierungschefs, seiner Meinung nach fördere Kohls Zehn-Punkte-Plan die Wiedervereinigung. Er halte das Gerede von Selbstbestimmung für gefährlich, und es sei besser, nicht von *einem* ‚deutschen‘ Volk zu sprechen.“ Mit Gefühl für Understatement kommentierte sie die Intervention Lubbers’: „Diese Bemerkungen erforderten einigen Mut ...“³⁴

Ob Lubbers dies wörtlich so gesagt hat, ist nicht von entscheidender Bedeutung, sehr wohl aber der Eindruck, den er hinterließ: den eines unglücklich argumentierenden niederländischen Ministerpräsidenten, der der Wiedervereinigungspolitik Kohls massiv mißtraute. Ebenso wie für Großbritannien, so Kohl im Rückblick auf den Straßburger Gipfel, sei „für die niederländische Haltung ... die Erinnerung an den Zweiten Weltkrieg maßgebend. Ministerpräsident Ruud Lubbers vertrat ein Volk, das unter der deutschen Besatzung besonders gelitten hatte“.³⁵ Darin klang zwar Verständnis für die niederländischen Vorbehalte an, aber Kohl sollte seinem christdemokratischen Parteifreund Lubbers diese „fast tribunalartige Befragung“ über die Oder-Neiße-Grenze und seinen Anteil daran nicht mehr verzeihen. Rund einen Monat später, im Januar 1990, brachte Lubbers erneut – und diesmal öffentlich – seine skeptische Haltung gegenüber der Wiedervereinigung zum Ausdruck, als er in einer Rede an der Universität Tilburg davon sprach, es sei wünschenswert, „weiterzumachen mit den Staaten und Grenzen zwischen den Staaten, wie Europa sie jetzt kennt“. Gewiß erkannte er die Legitimität des deutschen Wiedervereinigungsstrebens an, aber er ließ keinen Zweifel daran, daß er dem europäischen Status quo – natürlich mit offenen Grenzen und freiem Verkehr – den Vorzug gab.³⁶ War es verwunderlich, daß so in Deutschland stets wieder das Bild eines mißtrauischen und abweisenden niederländischen Ministerpräsidenten bekräftigt wurde?

Lubbers sollte sich 1994, als er vergeblich versuchte, Helmut Kohls Unterstützung seiner Kandidatur für den Vorsitz der EG-Kommission zu erlangen, alle Mühe geben, dieses Bild zu korrigieren. Die Gelegenheit dazu bot sich u.a., als er am 12. Mai 1994 die Laudatio bei der Verleihung des Internationalen Karlspreises der Stadt Aachen an die norwegische Ministerpräsidentin Gro Harlem Brundtland hielt. In Anwesenheit Kohls lobte er den Bundeskanzler für dessen Mut und staatsmännisches Handeln während der Vereinigung: „Auch in jener Zeit stand ich an seiner

Seite“, erinnerte sich Lubbers und fuhr fort: „Auch für mich bestand kein Zweifel daran, daß sich eine historische Chance bot, eine der schwersten Wunden des Zweiten Weltkrieges zu heilen. Es ist das historische Verdienst Helmut Kohls, daß er im richtigen Augenblick den Entwicklungen Rechnung getragen und mit Erfolg in sie eingegriffen hat. Weitblick zeichnet den Staatsmann aus.“³⁷ Die Rede war eine Peinlichkeit, nicht zuletzt, da Lubbers diese Gelegenheit noch auf andere Weise mißbrauchte, um für seine eigene Kandidatur zu werben. Am Ende seiner Laudatio konnte er es nicht lassen, viel Aufhebens davon zu machen, daß es u.a. Frau Brundtland gewesen war, die ihn zu seiner Kandidatur für den Vorsitz der EG-Kommission ausdrücklich ermutigt hatte. Mit diesem doppelten Fauxpas verspielte Lubbers an jenem 12. Mai 1994 den letzten Kredit, den er bei Kohl noch hatte, und man kann sagen, daß er von diesem Tag an die Schlacht um die Nachfolge von Delors endgültig verloren hatte. Übrigens sollte er auch nach seiner gescheiterten Kandidatur die Legendenbildung hinsichtlich seiner Haltung zur deutschen Einheit fortsetzen. So behauptete er 1997, daß er „von Anfang an ein großer Befürworter der deutschen Einheit“ gewesen sei.³⁸ Seine Bemerkungen aus dem Jahr der Vereinigung selbst weisen in eine andere Richtung.

Das in Bonn entstandene negative Bild über die Haltung der Niederlande zur Wiedervereinigung kann dagegen nicht auf die Meinungsbildung in der niederländischen Presse zurückgeführt werden. Auf den Leitartikelseiten erschienen zwar hin und wieder bössartige oder kritische Kommentare, aber sie waren nicht repräsentativ für den eher wohlwollenden Tenor hinsichtlich der sich abzeichnenden deutschen Einheit.³⁹ Wie unten anhand von Umfrageergebnissen noch zu zeigen ist, reagierte auch die niederländische Bevölkerung keineswegs negativ. Die Meinungsbildung des Außenministeriums und von Minister van den Broek selbst deckte sich mit diesem Bild ausgeglichener niederländischer Reaktionen, kann also ebensowenig den negativen Eindruck beim Bundeskanzler verursacht haben. Zweifellos brauchte van den Broek, wie viele andere auch, einige Zeit, um sich auf die bevorstehende Vereinigung einzustellen, aber im Unterschied zu Lubbers ließ er das in der Öffentlichkeit nicht erkennen und sprach bereits in einem frühen Stadium positiv über die deutsche Wiedervereinigung. Als Ende November 1989 aus einer Umfrage hervorging, daß gerade Jugendliche Kohls ‚Zehn-Punkte-Plan‘ zustimmten, bezeichnete van den Broek es als „auffällig und sehr positiv“, daß

vor allem Jüngere „dem künstlich geteilten Deutschland das Streben nach Einheit gönnen“.⁴⁰ Zwei Wochen später wandte er sich öffentlich gegen Schreckensreaktionen auf die Entwicklungen in Deutschland. Er wies auch darauf hin, daß es beiden deutschen Staaten innerhalb des Rahmens der Europäischen Gemeinschaft „selbstverständlich“ freigestellt sein müsse, sich für eine Wiedervereinigung zu entscheiden.⁴¹ Kennzeichnend für die andere Herangehensweise van den Broeks war darüber hinaus, daß er hinter den Kulissen auf die Tilburger Rede des Ministerpräsidenten äußerst kritisch reagierte. Nachdem Lubbers seine eigenen Aussagen, es sei wünschenswert, an den bestehenden europäischen Grenzen festzuhalten, in einem für die deutsche Vereinigung günstigen Sinn zurechtgebogen hatte, meinte van den Broek zwar öffentlich, daß es keine Meinungsverschiedenheiten zwischen ihm und dem Ministerpräsidenten gebe, aber in Wirklichkeit war er bestürzt und verärgert über die Unklarheiten, die Lubbers verursacht hatte.⁴² Vor diesem Hintergrund ist es um so mehr zu bedauern, daß im Außenministerium die Diskussion über die deutsche Einheit erst ab Anfang Januar 1990 intensiv geführt wurde. Hätten die Reaktionen auf den ‚Zehn-Punkte-Plan‘ rasch eine Fortsetzung in Form einer gründlichen Meinungsbildung erfahren – und mit dem NATO-Gipfel und beim Treffen des Europäischen Rates wäre dazu auch Veranlassung gewesen –, hätte das Außenministerium vielleicht in einem früheren Stadium der niederländischen Position seinen Stempel aufdrücken können. Nun geschah dies erst ab der zweiten Januarhälfte 1990. Von diesem Zeitpunkt an wurde eine klare und positive Linie in der niederländischen Regierungspolitik sichtbar, aber das Image eines mißtrauischen Partners konnte die Regierung in Den Haag nicht mehr abschüteln.

Brainstorming im Außenministerium

Ebenso wie die Reaktionen innerhalb des Außenministeriums auf den ‚Zehn-Punkte-Plan‘ Kohls wurde die interne Meinungsbildung zur deutschen Vereinigung im Januar 1990 vom Geist der Nüchternheit und des Realismus getragen. Das erste ausführliche Diskussionspapier, erstellt für ein ‚brainstorming‘ unter Leitung des Ministers, bildete die Grundlage für die künftige Politik, wobei innerhalb des Ministeriums rasch ein breiter Konsens zustande

kam. In Beantwortung der „logischen ersten Frage ... was wollen wir? Wiedervereinigung oder Fortbestehen der Teilung?“ wurde in diesem von der Planungsabteilung erarbeiteten Papier das Für und Wider Punkt für Punkt abgehandelt. Gegen die Wiedervereinigung spreche, daß Deutschland zu stark werde, vielleicht nicht in militärischer Hinsicht, aber politisch und wirtschaftlich. Dies würde bedeuten – und das war ein zweiter Aspekt –, daß Deutschland die EG dominieren oder sein Interesse daran verlieren werde. Drittens bedeute die Wiedervereinigung eine Niederlage für Gorbatschow, mit der möglichen Folge, daß dessen Reformpolitik untergraben werde. Dem stehe entgegen, daß Selbstbestimmung Teil „unserer fundamentalen Werte“ sei. Im Zusammenhang damit stehe „die Freude über die durchbrochene Mauer“ und die große Sympathie in den Niederlanden für die Volksbewegung in der DDR. Für die Wiedervereinigung spreche auch, daß die DDR damit in die westliche Einflußsphäre übergehe und daß jede andere Lösung „wahrscheinlich vorübergehender Natur und instabil“ sein werde. Hinzu komme, daß der Westen Konsequenzen aus der jahrzehntelangen Unterstützung des deutschen Wiedervereinigungsziels ziehen müsse. Tue man dies nicht und erschienen die westlichen Partner infolgedessen als „Hindernis“ bei der Vereinigung, dann werde das „gerade die nationalistische Reaktion in Deutschland hervorrufen, die wir vermeiden wollen“. Schließlich sei es „unklug“, sich „dem Unvermeidlichen zu widersetzen“, da man so die Möglichkeit verspiele, den Prozeß noch einigermaßen zu kanalisieren. In einer solchen Argumentation war in der Frage einer Entscheidung für oder gegen die deutsche Einheit „der Zug abgefahren“, und es ging eigentlich nur noch um die Bedingungen, unter denen sie zustande kommen sollte.⁴³

Diese Bedingungen waren ebenfalls eindeutig. Obwohl die Umriss des zukünftigen Europa notgedrungen vage blieben, war offensichtlich, daß die EG und die NATO Ecksteine dieses Europa bleiben würden und daß das vereinigte Deutschland Mitglied beider Organisationen sein mußte. Nur die EG, so der dahinterstehende Gedanke, verfügte über „die emotionale Ladung, die nötig ist, um Deutschland zu binden und alte Feinde zu versöhnen“. Zur Stärkung dieses Ecksteins von Europa hielt man die Vertiefung der Integration innerhalb der bestehenden EG für erforderlich, während gleichzeitig vor der raschen Ausweitung der Zahl der Mitgliedsländer gewarnt wurde, da dies zur Verwässerung der Gemeinschaft führen werde. Hinsichtlich der NATO-Mitgliedschaft des

vereinigten Deutschlands hielt man – im Gegensatz zu den fünfziger und sechziger Jahren, als Den Haag ebenfalls diese *Status quo plus*-Vorstellungen formuliert hatte – die Chance auf eine Verwirklichung nun tatsächlich für gegeben. Schließlich sei die Zeit vorbei, als Moskau im Tausch für die Wiedervereinigung die Entmilitarisierung und Neutralisierung ganz Deutschlands fordern konnte, so der Bericht der Abteilung PLAN. Dies bedeutete allerdings nicht, daß der Westen seine Position der Stärke völlig ohne Rücksichtnahme auf die sowjetischen Sicherheitsinteressen und Empfindlichkeiten ausnutzen sollte. So könne man der Sowjetunion hinsichtlich des Status Ostdeutschlands innerhalb der NATO (z.B. in Form einer Entmilitarisierung) entgegenkommen. In demselben Zusammenhang trat man für eine Institutionalisierung der KSZE ein, die zu einem zusätzlichen Instrument der Konfliktbeherrschung in Europa heranwachsen könne. Gerade in einer „Zeit, in der die Sowjetunion viel zu schlucken hat (und das Ende ist, was dies betrifft, noch nicht in Sicht)“, spreche viel für eine solche Regelung. Die Vorsichtigkeit gegenüber Moskau kam abschließend im Umgang mit dem Warschauer Pakt zum Ausdruck, dessen allmähliche Aushöhlung vorausgesagt wurde: Der Westen dürfe diesen Zerfallsprozeß nicht zielgerichtet beschleunigen, da die „Aufrechterhaltung der Fassade“ eines noch einigermaßen intakten Warschauer Paktes als „face saver“ für Gorbatschow nützlich sein könne. Hinsichtlich der Rolle der Niederlande in diesem Prozeß enthielt der Bericht PLANs schließlich eine klare Richtlinie. Zu Recht hielt man es für wenig sinnvoll, von niederländischer Seite den vielen Vorschlägen und Ideen, die inzwischen die Runde machten, weitere hinzuzufügen. Dagegen bestehe das Bedürfnis nach der Formulierung klarer Kriterien zur Prüfung von schon vorliegenden oder zukünftigen Plänen.⁴⁴ Mit anderen Worten: keine niederländischen Blaupausen, sondern eine gewissenhafte Beobachtung und eine Beteiligung an der internationalen Diskussion, wenn niederländische Interessen auf dem Spiel standen.

Damit war die Linie vorgegeben, die Außenminister van den Broek in den kommenden Monaten auch konsequent verfolgen sollte: Unterstützung des Vereinigungsprozesses unter der Bedingung der Einbettung des vereinigten Deutschlands in eine neue europäische Friedensarchitektur, deren Ecksteine die EG und die NATO bilden mußten. Es war diese Linie, die van den Broek am 25. Januar 1990 auch im Parlament in einer ausführlichen Rede

erläuterte und für die er breite parlamentarische Unterstützung erhielt.⁴⁵ Aus zwei Gründen war dies ein wichtiger Augenblick für die niederländische Politik gegenüber der deutschen Wiedervereinigung. Erstens stand diese Politik nun für jeden sichtbar fest, und van den Broek war derjenige, der seitdem den Ton angab. Zweitens lagen die Niederlande nun, wenn auch mit Verspätung, auf der Linie der amerikanischen Regierung, die seit Anfang Dezember 1989 für eine Vereinigung zu diesen Bedingungen plädiert hatte. Schließlich kam hier Unterstützung für Helmut Kohl zum Ausdruck, der mit seinem ‚Zehn-Punkte-Plan‘ in eine ähnliche Richtung gewiesen hatte.

Selbstverständlich blieben trotz dieses klaren Ausgangspunktes noch viele Fragen offen. Obwohl man an der Spitze des Außenministeriums davon ausging, daß „der Westen als Sieger im Kalten Krieg die Bedingungen des folgenden Friedens bestimmt“, stellte sich zugleich die Frage nach der „bottom line“ der Sowjetunion.⁴⁶ Würde Moskau einer NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands zustimmen, oder würde es doch versuchen, an einem neutralen Deutschland festzuhalten? Welche Zwischenlösungen waren denkbar? Nicht weniger wichtig war die Frage nach der Reihenfolge, in der Europa seine neue Sicherheitsstruktur erhalten sollte: Sollte die deutsche Einheit, wie man hoffte, ihr Schlußstein sein? Konnte man beides parallel betreiben, oder war die deutsch-deutsche Dynamik so groß, daß eine Wiedervereinigung bereits früher stattfinden würde? Drohte im letzteren Fall nicht eine sehr unübersichtliche und instabile Sicherheitslage in Europa? Und mußte man dann nicht versuchen, den Vereinigungsprozeß zu verzögern? Oder würde dadurch in der Bundesrepublik die Erkenntnis wachsen, daß der Westen die Vereinigung eigentlich nicht wollte – mit allen nachteiligen Folgen für die zukünftige Zusammenarbeit mit Deutschland? Auf diese Fragen konnte es im Januar 1990 noch keine Antwort geben, und das machte den Ausgang des Einigungsprozesses ungewiß und unvorhersehbar. Damit blieb bei aller Zustimmung ein Gefühl des Unbehagens hinsichtlich der Beherrschbarkeit der Umstände, unter denen die deutsche Einheit zustandekommen sollte.

Hinzu kam – und da hörte die Unterstützung für Kohl eindeutig auf –, daß man im Außenministerium über die Haltung des Bundeskanzlers zur Oder-Neiße-Frage irritiert war: „... es ist von Bedeutung, daß wir ... den Deutschen stets deutlich machen, daß die polnische Westgrenze endgültig für unantastbar erklärt wird

und daß Unklarheiten (Kohl) auch von uns nicht mehr akzeptiert werden“, hieß es in einem Bericht aus der Führungsetage des Ministeriums Anfang Januar 1990. Darin wurde „vernünftige niederländische Politik“ folgendermaßen zusammengefaßt: „Mit deutscher Wiedervereinigung völlig einverstanden, wenn polnische Westgrenze völlig garantiert.“⁴⁷ Diese Irritationen, die wie erwähnt auch im Parlament weit verbreitet waren und ebenfalls durch Ministerpräsident Lubbers wiederholt zum Ausdruck gebracht wurden, sollten in den kommenden Monaten nicht verschwinden. Als Bundeskanzler Kohl Anfang März 1990 als Vorbedingung für die deutsche Anerkennung der polnischen Westgrenze forderte, daß Polen endgültig auf Wiedergutmachungszahlungen verzichtete und die Rechte der deutschen Minderheit garantierte, berichtete die Bonner Botschaft kritisch über den „Hauch von Provinzialismus ... und Naseweisheit“ aus dem Kanzleramt und über eine „Reihe unwahrscheinlicher Fehlschläge“ des Bundeskanzlers selbst.⁴⁸ Solche Kommentare zum Auftreten Kohls in der Oder-Neiße-Frage waren keine Ausnahme. In einem ausführlichen Bericht der Planungsabteilung aus den ersten Märztagen 1990 wurde Kohl mangelndes politisches und historisches Feingefühl vorgeworfen, wodurch er „der internationalen Position der Bundesrepublik nicht unerheblich geschadet“ habe.⁴⁹ Ernsthafte Zweifel, ob die Bundesrepublik die polnische Westgrenze letztendlich anerkennen werde, gab es im Außenministerium allerdings nicht. Kohls eigene Zusicherungen hinter den Kulissen, die klaren Aussagen Genschers zu diesem Thema und die Haltung der übergroßen Mehrheit der deutschen Bevölkerung, für die die Oder-Neiße-Grenze eine Selbstverständlichkeit war, wogen schwerer als der Kniefall Kohls vor dem rechten Flügel des politischen Spektrums.

So gesehen ging es bei der Aufregung, die in den Niederlanden (und im übrigen Ausland) immer wieder entstand, weniger um tatsächliche Ängste vor einer revisionistischen deutschen Politik, sondern eher um Irritationen über den politischen Stil des Bundeskanzlers, der sich weigerte, das erlösende Wort zu sprechen. So bezahlte Kohl dafür, daß er einen kleinen Teil der deutschen Wählerschaft im Boot halten wollte, einen relativ hohen Preis zum Nachteil seines Ansehens im Ausland. Zweifellos hätte seine Einigungspolitik in der internationalen Meinungsbildung weniger Empfindlichkeiten und Irritationen hervorgerufen, wenn er in einem frühen Stadium allen Spekulationen über territoriale Unsicherheiten entgegengetreten wäre. Seine Haltung hatte zur Folge,

daß selbst wohlwollende Beobachter ihrer Irritation über die Wiedervereinigungspolitik wiederholt Ausdruck verliehen.

„*You are not part of the game*“

Keine niederländischen Blaupausen, aber doch Prüfungskriterien, die an die früheren *Status quo plus*-Vorstellungen anknüpften und auch die Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze einschlossen – das war das Ergebnis der Haager Meinungsbildung im Januar 1990. Dies bedeutete einerseits eine Position an der Seitenlinie, aber andererseits auch den Willen zum Mitreden, wenn es um niederländische Interessen ging. Das war nachdrücklich der Fall, als während der ‚Open skies‘-Konferenz in Ottawa im Februar 1990 die beiden deutschen Staaten und die früheren Großen Vier ihren Beschluß bekanntgaben, Gespräche über die „external aspects of the establishment of German unity, including issues of security of the neighboring states“ zu beginnen. In der Versammlung der NATO-Mitgliedsländer, in der dieser Beschluß bekanntgegeben wurde, reagierte Minister van den Broek sofort: Bedeutete dies, daß in den 2+4-Beratungen Sicherheitsfragen der Nachbarländer besprochen werden sollten, ohne daß diese selbst anwesend seien? Der Vertreter von Hans-Dietrich Genscher, der selber für kurze Zeit abwesend war, vergrößerte van den Broeks Beunruhigung, indem er darauf hinwies, daß mit dieser Formulierung auch die zukünftigen Beziehungen Deutschlands zur NATO gemeint waren. Ob dies keine Angelegenheit sei, die die Interessen aller Bündnispartner berühre, fragte daraufhin der niederländische Minister und wurde dabei von den anderen Bündnispartnern unterstützt, vor allem von seinem italienischen Kollegen de Michelis. Auf den Vorschlag van den Broeks, eine andere Formulierung zu wählen, teilte ihm zu seiner Bestürzung der amerikanische Außenminister Baker mit, daß der Text bereits an die Presse gegeben worden sei. In klaren Worten wurde den kritischen NATO-Ministern zu verstehen gegeben, daß es sich hier um eine Angelegenheit der vier für Deutschland als Ganzes verantwortlichen Mächte handelte: „If you don't like it, I'm sorry, but you have no legal rights“, hieß es hinterher aus der Umgebung Bakers.⁵⁰ Schließlich erreichte man in einem gesonderten Gespräch zwischen Baker, Genscher und van den Broek den Kompromiß, daß auf der anschließenden Pressekonferenz mitgeteilt werden sollte, mit dem Hinweis auf die Si-

cherheit der Nachbarländer seien keine NATO-Mitglieder gemeint. Damit war für diesen Augenblick das Maximum erreicht worden, wenn auch ohne irgendwelche Zusagen hinsichtlich der Einbeziehung der Niederlande und der anderen NATO-Staaten bei den Sicherheitsaspekten der deutschen Einigung.

„Ich war auf das höchste alarmiert“, schrieb Genscher später in seinen Erinnerungen über die Interventionen van den Broeks und de Michelis'. Eine Verwirklichung ihrer Vorschläge hätte die Wiederaufnahme des Gesprächs mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse bedeutet, und der hatte gerade mit viel Mühe dem vorliegenden Text zugestimmt. Noch wichtiger war, daß die Bundesrepublik – und das galt auch für die Vier Mächte – den Kreis der direkt Betroffenen so klein wie möglich halten wollte. „Gehören Sie zu den vier für Deutschland verantwortlichen Mächten? Sind Sie einer der beiden deutschen Staaten? Sie sind keines von beiden“, fuhr Genscher van den Broek und de Michelis an und endete mit dem Satz: „You are not part of the game.“⁵¹

Letzteres erwies sich in den kommenden Monaten übrigens nicht als ein großes Problem, und der Zusammenstoß von Ottawa blieb ein einmaliges Ereignis. Allerdings hatte ‚Ottawa‘ noch ein Nachspiel in den Niederlanden, da der Vorfall sowohl in der Presse als auch im Parlament Irritationen und Besorgnis hervorgerufen hatte. Dabei ging es nicht um Unbehagen angesichts der kommenden deutschen Vereinigung – dafür gab es inzwischen eine breite parlamentarische Unterstützung⁵² –, sondern um die marginale Einbeziehung der Niederlande, der NATO und der EG in den Einigungsprozeß. „Die Niederlande müssen ein Mitspracherecht über die Struktur der kommenden deutschen Vereinigung haben“, meinte der VVD-Abgeordnete F.W. Weisglas in der Parlamentsdebatte über ‚Ottawa‘, und auch die anderen Parteien äußerten sich in vergleichbarer Weise.⁵³ Irritiert stellten beinahe alle Redner fest, daß die Niederlande seit November 1989 wiederholt vor vollendete Tatsachen gestellt worden waren und wichtige Entscheidungen zur deutschen Einheit aus den Medien hatten erfahren müssen. Maarten van Traa (PvdA) zog eine Parallele zwischen dem ‚Zehn-Punkte-Plan‘ und ‚Ottawa‘ und ließ ein „zwei Mal, aber nie wieder“ fallen.⁵⁴ Das Parlament hatte denn auch wenig Vertrauen in die inzwischen erfolgte Zusage Genschers, die europäischen Partner ständig und umfassend auf dem laufenden zu halten und über die sich vollziehende Vereinigung zu konsultieren. „Ich will kein Defätist sein“, so Eisma (D66), aber

die bisher gemachten Erfahrungen – zu denen seiner Meinung nach auch die von Bonn angekündigte deutsch-deutsche Wirtschafts- und Währungsunion gerechnet werden mußte – stimmten ihn ausgesprochen skeptisch.⁵⁵ Also wiederholten die Parlamentarier auf ihre Weise, was van den Broek sowohl in Ottawa als auch kurze Zeit später auf einem Treffen im Rahmen der Europäischen Politischen Zusammenarbeit in Dublin bereits getan hatte: Sie gaben der niederländischen Forderung nach Konsultation und Mitsprache bei den internationalen politischen Aspekten der Einigung Ausdruck. So gesehen gab es auch keine Meinungsverschiedenheit zwischen dem Parlament und dem Minister, aber der Ton, in dem dieser Wunsch vorgebracht wurde, war doch anders: Die meisten Abgeordneten sprachen nicht ohne Entrüstung und Enttäuschung über die vollendeten Tatsachen, mit denen die Niederlande konfrontiert wurden. Van den Broek dagegen wollte von diesem beleidigten Tenor nichts wissen, den er irritiert als apolitisches „Meckern“ charakterisierte. Es gehe, so der nüchtern argumentierende Minister, um die Sicherstellung eines maximalen niederländischen Einflusses, sofern niederländische Interessen im Spiel waren, und nicht um die fortwährende Zurschaustellung von Skepsis: „Es gibt auch noch so etwas wie politische Psychologie. Ich möchte nicht durch die Welt laufen, auch nicht durch die Bundesrepublik, mit der Botschaft: Denkt daran, das ist wirklich das letzte Mal gewesen, so geht es nicht.“⁵⁶

Der Widerstand des Ministers war verständlich. Von einer beleidigten und belehrenden niederländischen Haltung war nicht nur keinerlei Ergebnis zu erwarten, sondern van den Broeks eigene energische und sachliche Intervention in Ottawa hatte inzwischen Wirkung gezeigt. Bereits einige Tage später hatte der amerikanische Außenminister Baker ihm geschrieben, daß die USA offen für niederländische Vorschläge seien, auf welche Weise die NATO-Konsultationen hinsichtlich der Vereinigung strukturiert werden sollten.⁵⁷ Ebenso wichtig war, daß die Haltung Genschers auf dem EPZ-Treffen am 20. Februar in Dublin viel entgegenkommender gewesen war als einige Tage zuvor in Ottawa und daß man inzwischen verabredet hatte, daß Genscher noch vor Ende Februar für weitere Gespräche mit van den Broek nach Den Haag kommen sollte.

„Wie immer, wenn es darum ging, überflüssige Probleme abzubauen“, schrieb Genscher in seinen Erinnerungen über diesen Besuch, „reiste ich auch in die Niederlande ... Das Gespräch sollte

helfen, mögliche Verstimmungen auf niederländischer Seite abzubauen.⁵⁸ Sofern es dabei um van den Broek selbst ging, hatte Genscher mit seiner Absicht Erfolg. Als „auffallend konstruktiv“ beschrieb van den Broek die Haltung seines deutschen Kollegen in einem Telegramm an die Botschaft in Bonn. Genscher hatte ihn nicht nur davon überzeugt, daß die Bundesregierung mit den Konsultationen im Rahmen der NATO und der EG ernst machen würde, sondern auch über die Parameter des Vereinigungsprozesses gab es zwischen den beiden Ministern anscheinend keine Meinungsverschiedenheiten: Einbettung in die NATO und die EG, fortgesetztes Engagement der Vereinigten Staaten für die europäische Sicherheit und Anerkennung der Oder-Neiße-Grenze.⁵⁹ Das *NRC Handelsblad* mochte den Besuch Genschers auch skeptisch als „Seelenmassage“ und „Operation Lächeln“ charakterisieren, für van den Broek hatte er die Spannungen größtenteils abgebaut.⁶⁰ Auch in den kommenden Monaten war van den Broek mit den Informationen und Konsultationen zufrieden, die sowohl bilateral als auch auf NATO- und EG-Ebene begonnen hatten. Als der niederländische Botschafter in Bonn, van der Tas, Anfang Mai am Vorabend der ersten konkreten 2+4-Verhandlungen vorschlug, die Bundesregierung um ein besonderes ‚Briefing‘ zu bitten, wimmelte das Ministerium einen solchen Schritt ab: „Der Eindruck muß jederzeit vermieden werden, daß die Niederlande unzufrieden über den Gang der Dinge sind“, hieß es in der Europaabteilung, wo man offensichtlich deutsche Irritationen über die niederländische Haltung fürchtete. Der Minister selbst sah das nicht anders. Umgehend ließ er van der Tas wissen, daß die Einbeziehung der Niederlande in den Vereinigungsprozeß den Erwartungen entspreche und daß eine solche Bitte in Bonn zu Unrecht den Eindruck erwecken könnte, die Niederlande seien nicht zufrieden.⁶¹ Daß der Minister nach ‚Ottawa‘ keinen Anlaß mehr sah, sich über die niederländische Einbeziehung in den Vereinigungsprozeß zu beklagen, hing gewiß nicht nur mit dem Verlauf der Konsultationen im Rahmen der EPZ und der NATO zusammen. Es war zweifellos wichtiger, daß unter amerikanisch-deutscher Regie im Frühjahr 1990 exakt das Ziel näherrückte, das Den Haag mit seinen *Status quo plus*-Vorstellungen stets vor Augen gestanden hatte. Zwar blieb die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands bis zum Besuch Helmut Kohls bei Gorbatschow im Juli 1990 umstritten, aber es war deutlich sichtbar, daß Bush und Kohl darauf zusteuerten. Solange es diese Gewißheit gab und Den Haag ausreichend infor-

miert wurde, bestand tatsächlich keinerlei Notwendigkeit, auf eine Intensivierung der Kontakte zu drängen.

Primat der NATO

Davon unberührt blieb selbstverständlich, daß Den Haag die eigene Meinungsbildung über die Rolle Deutschlands in einer zukünftigen europäischen Sicherheitsstruktur fortsetzte. Das Ergebnis dieser vor allem im März 1990 geführten Debatte bestätigte noch einmal die Bedeutung der NATO und machte deutlich, daß man im Außenministerium eine Sonderstellung für den Osten Deutschlands in Form einer Entmilitarisierung nur für eine Übergangszeit für akzeptabel hielt. Es war nicht nur schlecht vorstellbar, daß ein vereinigtes Deutschland seine eventuelle Hauptstadt Berlin und einen nicht unerheblichen Teil seines Territoriums unverteidigt lassen könnte, sondern eine dauerhafte Entmilitarisierung vertrug sich auch nicht mit der Position, daß Deutschland ein gleichberechtigtes und vollständig souveränes Mitglied im NATO-Bündnis sein mußte. Anders formuliert: Für das vereinigte Deutschland durfte es keine geteilte Sicherheit geben, da diese wenig stabil gewesen wäre und in Deutschland einen „Versailles-Komplex“ hätte wecken können. Irgendeine vertragliche Festlegung einer Sicherheitsgrenze quer durch Deutschland hätte darüber hinaus die Bindung zwischen der NATO und dem vereinigten Deutschland geschwächt. Dies wiederum hätte eine sicherheitspolitische Kettenreaktion zur Folge haben können, mit einem „besonders ungünstigen Ergebnis“ für die Niederlande, so eine Aktennotiz der Abteilung für Atlantische Sicherheit vom März 1990: Ein deutscher Austritt aus der militärischen Struktur der NATO und der Abzug der ausländischen Truppen aus Deutschland seien dann auf längere Sicht nicht unvorstellbar, mit der Folge eines möglichen Endes der integrierten NATO-Verteidigung und der substantiellen amerikanischen Präsenz in Europa.⁶² Um eine solche Entwicklung zu verhindern, mußte aus Haager Sicht die NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands uneingeschränkt und nach einer Übergangszeit frei von diskriminierenden Bestimmungen sein. Darin lag die beste Garantie für die fortdauernde Integration Deutschlands in die atlantische Gemeinschaft, der man bei weitem den Vorzug vor einer europäischen Sicherheitsorganisation und vor allem vor der KSZE gab, in der Den Haag keinen Beginn für ein

neues System europäischer Sicherheit sehen wollte. Natürlich mußte mit dem Ende des Kalten Krieges auch die NATO ihren Charakter verändern, aber für Den Haag blieb sie die internationale Organisation, die für eine maximale Garantie der europäischen Sicherheit am besten geeignet war (dauerhaftes Gegengewicht zur Sowjetunion, Verankerung der amerikanischen Bindungen an Europa, Bewahrung des westlichen politischen Zusammenhalts, Koordination der Abrüstung, Einrahmung der deutschen Vereinigung, ‚out of area‘-Interventionen usw.). Für ein kleines Land wie die Niederlande war die NATO außerdem von Bedeutung, weil das Bündnis mit seiner gut funktionierenden multilateralen Organisationsstruktur der Neigung größerer Mächte entgegenwirkte, schwierige Angelegenheiten unter sich zu regeln.⁶³

Vor diesem Hintergrund meldete sich Den Haag im Frühjahr 1990 wiederholt zu Wort, wenn sich auf dem Gebiet der Sicherheitspolitik unerwünschte Entwicklungen ankündigten. Als die Sowjetunion im Mai 1990 vorschlug, die Regelung der sicherheitspolitischen Aspekte der deutschen Einheit bis zur Zeit nach der staatlichen Vereinigung auszusetzen, faßte das *NRC Handelsblad* die Haager Reaktion unter der Schlagzeile zusammen: „Niederlande weisen sowjetisches Angebot für Vereinigung Deutschlands zurück.“⁶⁴ In der Tat sah Außenminister van den Broek ebenso wie einige Monate zuvor in Ottawa niederländische Sicherheitsinteressen unmittelbar betroffen, was zu einer sofortigen Reaktion führte. In Anwesenheit Genschers und anderer Kollegen aus den NATO-Staaten kritisierte er eine eventuelle Entkoppelung der äußeren und inneren Aspekte der deutschen Vereinigung. Nicht zu Unrecht fürchtete er „weitreichende Komplikationen“ für die europäische Sicherheit, wenn ein vereinigtes Deutschland keinen eindeutigen militärischen Status erhielt. Drohte bei einer Entkoppelung nicht die Gefahr, daß Deutschland automatisch Mitglied zweier Bündnisse werde – mit der Folge, daß es als westlicher Partner keine eindeutige Rolle mehr spielen konnte? Völlig beruhigt hinsichtlich der atlantischen Standfestigkeit Genschers war van den Broek dabei nicht: Dessen ausweichende und vage Antwort einschließlich der leicht drohenden Ergänzung, daß Bonn Reaktionen aus dem Ausland, die vom deutschen Standpunkt abweichen würden, schwer akzeptieren könne, bestätigten van den Broek die Berechtigung seiner Intervention.⁶⁵ Wachsam blieb der niederländische Minister 1990 auch aufgrund der Vorliebe Genschers für paneuropäische Sicherheitsstrukturen und für eine weit-

reichende Stärkung der KSZE. Europäische Sicherheit auf einer solchen Grundlage würde seiner Meinung nach „nicht sturmfest“ sein und auf eine „Schön-Wetter-Konstruktion“ beschränkt bleiben.⁶⁶ Leider, so der Minister im Juni 1990, neige „die BRD Genschers“ stark in diese Richtung.⁶⁷ Eine weitgehende Stärkung der KSZE werde nicht nur auf Kosten der NATO, sondern auch der EG gehen: „Dann kann eine Situation entstehen“, erläuterte er im Juli 1990 im *NRC Handelsblad*, „in der das vereinigte Deutschland sich als größte Macht in Europa innerhalb des KSZE-Prozesses relativ ungebunden verhalten und alle möglichen Gelegenheitskombinationen und Formen der Zusammenarbeit nutzen kann. Ich sage nicht, daß Deutschland das anstrebt, aber wenn es uns nicht rasch gelingt, die Europäische Gemeinschaft zur Vollendung zu bringen und die politische Union tatsächlich zu vereinbaren, wird der Zusammenhalt der Zwölf langsam verloren gehen.“⁶⁸

Inzwischen hatte man seit dem Herbst 1989 bereits Schritte unternommen, um diesen Zusammenhalt innerhalb der EG zu stärken. Es ist hier nicht der Ort für eine detaillierte Analyse der Entwicklung zur Europäischen Politischen Union und zur Wirtschafts- und Währungsunion. Bedeutsam ist aber, daß die sich abzeichnende deutsche Vereinigung die vorhandenen Pläne hierfür beschleunigt hatte. Vor allem der französische Präsident Mitterrand hatte darauf zugesteuert und Helmut Kohl im Europäischen Rat in Straßburg im Dezember 1989 dafür gewonnen, bereits 1990 mit der zwischenstaatlichen Regierungskonferenz über die Wirtschafts- und Währungsunion zu beginnen. Daraufhin war im Frühjahr 1990 eine deutsch-französische Initiative zu einer kurzfristigen zweiten Konferenz erfolgt, deren Ergebnis eine Europäische Politische Union sein sollte. Auf der Sitzung des Europäischen Rates im April 1990 in Dublin begrüßten die zwölf Staats- und Regierungschefs diese Initiative, die die Grundlage für den Vertrag von Maastricht vom Dezember 1991 bildete. Angesichts der Bedeutung, die Den Haag der EG für die weitere Integration Deutschlands beimaß, und der Plädoyers für eine weitere Verstärkung dieser Integration unterstützten die Niederlande eine solche Entwicklung nachdrücklich. Über die genaue Struktur einer Europäischen Union gab es natürlich noch wenig Klarheit; aber es ging um die Aussicht, daß die EG sich aufmache, ihre Rolle als Eckstein des zukünftigen Europa auszufüllen.⁶⁹ Ende 1989 hatte man häufig die Formulierung verwendet, daß die Wiedervereinigung Deutschlands das Schlußstück einer – übrigens nicht näher definierten –

europäischen Vereinigung sein müsse. Anfang 1990 hatte man von der Parallelität des deutsch-deutschen und europäischen Zusammengehens gesprochen. Im Frühjahr 1990 hatte sich gezeigt, daß hierfür die Entwicklungen in Deutschland zu schnell abliefen. Die Pläne für eine Europäische Politische Union sorgten nun dafür, daß dennoch die Verbindung zwischen der deutschen Vereinigung einerseits und der Beschleunigung und Vertiefung der europäischen Integration andererseits zustande gekommen war.

Die Haltung Helmut Kohls gegenüber den atlantischen und europäischen Aspekten des deutschen Vereinigungsprozesses schloß eng an diejenige von Den Haag an: keine Entkoppelung der äußeren und inneren Aspekte der Einheit, Priorität der atlantischen Bindung und die Betonung der Notwendigkeit, die EG zu einer Politischen Union sowie einer Währungsunion umzuformen. Insofern überraschte es nicht, daß man auf niederländischer Seite trotz aller Kritik an Kohls Haltung zur Oder-Neiße-Grenze vor allem *seine* Politik unterstützte, während Genschers Sicherheitsdenken Stirnrunzeln hervorrief. Kein Wunder auch, daß van den Broek es „selbstverständlich sehr befriedigend“ fand, als Helmut Kohl im Juli 1990 die Zustimmung Gorbatschows zur NATO-Mitgliedschaft des vereinigten Deutschlands erreichte.⁷⁰ Nach einer Übergangsfrist von vier Jahren, in der die 380.000 Mann starken sowjetischen Truppen aus der DDR abgezogen wurden, sollten auch die östlichen Länder Deutschlands zum NATO-Vertragsgebiet gehören und die dort stationierten deutschen Truppen unter NATO-Kommando stehen. Von der Stationierung nicht-deutscher NATO-Einheiten und der Aufstellung von Atomwaffen auf dem Gebiet der ehemaligen DDR wollte man allerdings absehen.⁷¹

Mit dieser Regelung war exakt das erreicht worden, was Den Haag 1989/90 immer wieder gefordert hatte. Damit war zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte hinsichtlich der sicherheitspolitischen Integration Deutschlands eine Regelung getroffen worden, die sich vollständig mit den niederländischen Zielsetzungen deckte. In den frühen fünfziger Jahren hatte Den Haag eine gleichberechtigte Position Deutschlands in der NATO angestrebt, und 1955 hatte man dies nach dem Scheitern der EVG auch erreicht. 45 Jahre später wurde auch das vereinigte Deutschland ein gleichberechtigtes Mitglied des Atlantischen Bündnisses, womit zugleich die alten *Status quo plus*-Vorstellungen verwirklicht wurden. In beiden Fällen war das Ergebnis unter der Führung der

Großmächte zustande gekommen, zu denen 1990 auch die Bundesrepublik zählte. Und in beiden Fällen hatte Den Haag nur eine Nebenrolle bei der Verstärkung der atlantischen Kräfte gespielt. Davon unberührt bleibt, daß das Land diese Rolle sowohl in den frühen fünfziger Jahren als auch 1989/90 aktiv ausfüllte und stets intervenierte, wenn sich unerwünschte Entwicklungen ankündigten. Dies war nicht nur der Fall, wenn nach Ansicht Den Haags die Forderung nach Mitsprache und Konsultation ungenügend honoriert wurde, sondern vor allem, wenn man befürchten mußte, daß Deutschland unzureichend in die atlantische Gemeinschaft eingebunden würde und das amerikanische Engagement für die europäische Sicherheit zurückgehen könnte. Auch hinsichtlich dieses letzten Gesichtspunktes springt die Kontinuität seit den frühen fünfziger Jahren ins Auge. In der Sicherheitspolitik war der Primat des „Atlantizismus“ nicht nur ungebrochen; die deutsche Vereinigung und das Ende des Kalten Krieges hatten ihn sogar nachdrücklich bestätigt. Zeugte diese Haltung von einer „proatlantischen Hartnäckigkeit“, wie der Utrechter Politologe Duco Hellema den Kurs van den Broeks kritisch bezeichnet hat?⁷² Machte der Minister sich das Verschwinden der sowjetischen Bedrohung und die sich grundlegend verändernde europäische Sicherheitslage nicht ausreichend klar? Es mag sein, daß der Primat seiner atlantischen Orientierung so stark war, daß in Den Haag Überlegungen zu anderen Sicherheitsstrukturen für Europa von vornherein keine Chancen hatten, ernstgenommen zu werden. Allerdings ist heute, zehn Jahre später, festzustellen, daß eine gemeinsame europäische Sicherheitspolitik oder gar ein paneuropäisches Sicherheitssystem noch ebensoweit weg ist wie im deutschen Vereinigungsjahr, und daß die NATO die einzige funktionierende Sicherheitsorganisation ist. Diese Tatsache verweist eher auf den Realismus der niederländischen Politik unter van den Broek im Jahre 1990 als auf Starrheit oder ungerechtfertigte atlantische Hartnäckigkeit.

Ebenso wie in den fünfziger Jahren, als die Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft aufgenommen wurde, standen während des Vereinigungsprozesses mit Blick auf Deutschland die Begriffe Integration, Einbettung, Einrahmung und Verankerung im Mittelpunkt. Verborg sich dahinter die Angst vor einem vereinigten Deutschland? Wiederholte sich die Argumentation der fünfziger Jahre, daß die Integration von Deutschland auch einen Schutz vor Deutschland bieten mußte? Zweifellos verborg sich hinter dem niederländischen Plädoyer für Integration auch die

Überlegung, daß Deutschland nicht aus eigener Kraft das Schicksal des Kontinents bestimmen durfte. Die Verankerung Deutschlands bot die maximale Garantie für ein europäisches Deutschland und gegen ein deutsches Europa, wie man im Vereinigungsjahr wiederholt formulierte. Aber dieser Gedanke verband sich nicht mit historischen Assoziationen über mögliche deutsche Machtabenteuer, wie es z.B. bei der britischen Regierung 1989/90 der Fall war.⁷³ Die Meinungsbildung hinter den Haager Kulissen hatte einen nüchternen und sachlichen Charakter und unterschied sich im Tonfall grundlegend von der der fünfziger Jahre. Trotz der Kontinuität in der Verwendung von Begriffen wie Integration, Verankerung usw. hatten sich die dahinterstehenden Zielsetzungen auf grundlegende Weise verändert. Standen in den frühen fünfziger Jahren der Schutz vor Deutschland und der Schutz mit Deutschland vor der Sowjetunion im Mittelpunkt, ging es 1990 in erster Linie um die Sicherung der Errungenschaften der deutschen Integration in den Westen. Eine Schwächung der Verankerung Deutschlands würde nicht nur den Zerfall der Europäischen Gemeinschaft einläuten, sondern auch das amerikanische Engagement für die europäische Sicherheit ernsthaft gefährden. Anders ausgedrückt: Wenn die bestehenden westlichen Strukturen an Kohäsion verlieren sollten, drohe in Europa ein Rückfall in das traditionelle Staatensystem der Vorkriegszeit.⁷⁴

Die Furcht vor einem Ende der deutschen Integration – und dies ist ein wesentlicher Unterschied zu den fünfziger Jahren – war allerdings kein Ergebnis niederländischen Mißtrauens gegenüber Deutschland. Dafür war das Vertrauen in die westlich-demokratische Einstellung der Bundesrepublik nach vierzig Jahren der Integration in die westliche Gemeinschaft zu groß. Dafür wußte man auch zu gut, daß die Fortsetzung der Integration im Rahmen der EG auch im deutschen Interesse lag. „Es gibt keinen Grund anzunehmen, daß Deutschland nicht länger der solide Partner sein wird, der es stets gewesen ist“, hieß es in der Europaabteilung des niederländischen Außenministeriums kurz nach der Vereinigung, und diese Aussage kennzeichnete die dort vorherrschende Ansicht.⁷⁵ Die Unsicherheit, daß Deutschland dennoch zu einem Vagabunden in Europa werden könnte, ist denn auch eher als Variante der Besorgnisse aus den frühen siebziger Jahren über die mögliche Eigendynamik der damaligen Ostpolitik zu sehen. Hatte man damals befürchtet, daß die Bundesrepublik durch die Entspannungspolitik ein schwächeres Glied innerhalb der westlichen

Gemeinschaft werden könnte, ging es nun um die geopolitische Unvermeidbarkeit einer deutschen Einmischung in das instabile Mittel- und Osteuropa. Eine Schwächung der westlichen Zusammenarbeit würde Deutschland, ob es wollte oder nicht, zu einer selbständigen Beschäftigung mit den mittel- und osteuropäischen Ländern zwingen. Und diese Beschäftigung würde nicht nur weniger effektiv als ein gemeinsames westeuropäisches Vorgehen sein, sondern auch zu einer weiteren westlichen Desintegration führen und der europäischen Sicherheit schaden. Nur ein eng zusammenarbeitendes Westeuropa könnte einen Beitrag zum sozialen, wirtschaftlichen und politischen Aufbau in den ehemaligen Ostblockländern liefern. Insofern kann es nicht überraschen, daß die Niederlande einer Beschleunigung und Vertiefung des westeuropäischen Integrationsprozesses Priorität vor einer Erweiterung der EG einräumten.

Das Integrationskonzept der niederländischen Regierung, das mit Ausnahme der Grünen von allen großen politischen Parteien unterstützt wurde, gründete also weniger auf der Furcht vor einem vergrößerten Deutschland, als man bei einer oberflächlichen Betrachtung annehmen könnte. Im Vordergrund stand die Bewahrung der Errungenschaften und Strukturen der westlichen Gemeinschaft als Basis für das zukünftige Europa, nicht aus Angst vor Deutschland, sondern weil diese Strukturen ohne Deutschland beschädigt würden. Aus niederländischer Perspektive war unstrittig, daß das ‚Europäische Haus‘, dem man angesichts seiner vagen Konzeption ohnehin skeptisch gegenüberstand, auf Treibsand gebaut wäre, wenn das einzige Fundament – die Europäische Gemeinschaft – untergraben würde. Und für die Feststellung, daß Deutschland für dieses Fundament einen Eckstein bildete, genügte ein Blick auf die europäische Landkarte.

Diese Haager Nüchternheit angesichts der deutschen Vereinigung schloß Kritik und Besorgnisse aber nicht völlig aus. Die Weigerung Helmut Kohls, bereits in einem frühen Stadium für Klarheit hinsichtlich der Oder-Neiße-Grenze zu sorgen, das Bewußtsein, im Abseits zu stehen („you are not part of the game“), die Ungewißheit über die Zukunft der europäischen Sicherheit und Integration; all dies trug dazu bei, daß die Wahrnehmung des Vereinigungsprozesses im Außenministerium sicher nicht frei von Unbehagen oder gemischten Gefühlen war. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieses Unbehagen noch größer war, als aus dem schriftlichen Niederschlag der Meinungsbildung hervorgeht. Schließlich

gehörte zu der nüchternen und zustimmenden Haltung des Außenministeriums die Überzeugung, daß der Westen der Bundesrepublik nicht den Eindruck vermitteln dürfe, gegen die Wiedervereinigung zu sein oder sie verzögern zu wollen, wie dies London und Paris anfänglich taten. In diesem Fall, so die Haager Überlegungen, drohe eine massive Verschlechterung der Beziehungen zwischen Bonn und den übrigen westlichen Hauptstädten, mit möglichen kontraproduktiven Effekten für das Ziel einer fortgesetzten Integration Deutschlands. Es ist denkbar, daß diese rationale Kalkulation einen Teil des Unbehagens über die Einheit unter der Oberfläche hielt.

Meinungsumfragen und die Medien

Vervollständigt wird das Bild der Nüchternheit und Zustimmung auf der einen Seite und der Kritik und Unsicherheit auf der anderen Seite durch die Ergebnisse von Meinungsumfragen. Einen Tag nach der Bekanntgabe von Kohls ‚Zehn-Punkte-Plan‘ ging aus einer Umfrage hervor, daß eine Mehrheit von 54% der Niederländer für die Wiedervereinigung war, 27% waren dagegen, und 19% hatten „keine Meinung“. Bemerkenswerterweise äußerten sich vor allem die Jüngeren positiv, und der Anteil der Befürworter nahm ab, je älter die Befragten waren. Differenziert nach Alter sahen die Ergebnisse folgendermaßen aus:

*Tabelle 3: Reaktionen auf den ‚Zehn-Punkte-Plan‘
(November 1989) nach Alter in %*

Frage: „Helmut Kohl, der Bundeskanzler Westdeutschlands, hat Pläne für die schrittweise Wiedervereinigung von West- und Ostdeutschland vorgelegt. Sind Sie für oder gegen eine deutsche Wiedervereinigung?“

	Ges.	18–24	25–34	35–44	45–54	55–64	65+
Befürworter	54	65	57	55	52	47	44
Gegner	27	25	21	26	31	31	37
Keine Meinung	19	10	22	19	17	22	19
Gesamt	100	100	100	100	100	100	100

Quelle: *Algemeen Dagblad*, 1.12.1989.

Überblickt man die verfügbaren Umfragen aus den Jahren 1989/90, entsteht für die Niederlande folgendes Bild:

Tabelle 4: Die Niederländische Bevölkerung und die deutsche Einheit (März 1989 – Oktober 1990) in %

Quelle	Monat/ Jahr	Befür- worter	Gegner	Keine Meinung
NIPO*	03.89	57	14	22
Flash/Eurobarometer	11.89	76	12	12
Intomart	13.11.89	60	18	22
Interview	29.11.89	54	27	19
NIPO**	02.90	51	24	5
Interview	15.2.90	52	23	25
Intomart	02.90	50	25	25
NIPO	03.90	66	24	10
NIPO	04.90	64	22	14
Intomart	07.90	67	9	25
Flash/Eurobarometer	10.90	70	16	14
Eurobarometer	11.90	70	16	15

* gleichgültig: 7%

** gleichgültig: 20%

Quelle: Der niederländische Beirat für Frieden und Sicherheit,
Deutschland als Partner, Anhang 3, S. 86.

Beinahe durchgängig sprach sich eine große Mehrheit für die deutsche Einheit aus (bis zu 76%). Der Anteil der Gegner schwankte zwischen 9 und 27% und derjenigen „ohne Meinung“ zwischen 5 und 25%. Auffallend war, daß die Zahl der Befürworter im Zeitraum zwischen Ende November 1989 und Februar 1990 geringer war als davor und danach. Wahrscheinlich gingen viele Niederländer bis zur Präsentation von Kohls ‚Zehn-Punkte-Plan‘ davon aus, daß die deutsche Vereinigung noch kein aktuelles Thema sei, und dies erleichterte ihnen die Zustimmung. Als sich das Bewußtsein verbreitete, daß die Vereinigung nicht mehr länger

eine theoretische Frage war, sank die Zahl der Befürworter bis auf 50% im Februar 1990. Genau in jenen Monaten gesteigerten Unbehagens beschleunigte sich der Vereinigungsprozeß, wuchs die Kritik an Kohl wegen seiner Haltung in der Oder-Neiße-Frage und wurde die westdeutsche Dominanz im Umgang mit der DDR besonders deutlich.⁷⁶ Der Rückgang der Zahl der Befürworter einer Vereinigung zeigte sich auch in anderen Ländern, war aber gerade in den Niederlanden besonders groß.

Tabelle 5: Europäische Völker und die deutsche Einheit (1989/90) in %

	dafür			dagegen			keine Meinung		
	11.89	2.90	11.90	11.89	2.90	11.90	11.89	2.90	11.90
Spanien	84	81	81	7	5	4	9	13	15
Portugal	83	74	85	7	5	3	10	21	12
Griechenland	83	74	78	3	11	9	15	15	14
Irland	81	75	83	7	8	7	13	18	11
Italien	80	77	80	10	11	9	10	12	11
Frankreich	80	66	73	9	15	13	10	19	14
Deutschland (West)	78	77	85	14	11	6	8	11	9
Deutschland (Ost)	-	90	94	-	6	4	-	5	2
Niederlande	76	59	70	12	21	16	12	20	15
Großbritannien	71	64	72	17	18	16	12	17	11
Belgien	71	61	69	15	19	16	14	19	15
Luxemburg	63	52	66	28	25	22	9	23	12
Dänemark	59	56	69	22	26	18	19	18	13
EG 12	78	71	78	12	13	10	11	16	12

Quelle: Eurobarometer

Im November 1989 lag die durchschnittliche Zustimmung in der gesamten Europäischen Gemeinschaft bei 78% (Niederlande 76%) und sank im Februar 1990 auf 71% (Niederlande 59%). Im November 1989 standen die Niederländer der Einheit positiver gegenüber als die Briten, Belgier, Dänen und Luxemburger; drei Monate später war die Zustimmung bei Briten und Belgiern etwas

größer (64 bzw. 61%) und nur bei Dänen und Luxemburgern geringer (56 bzw. 52%) als bei den Niederländern. Seit März 1990 wuchs die Zahl der niederländischen Befürworter wieder. Gründe dafür könnten sein, daß sich die Skeptiker nun mit der Unvermeidlichkeit der bevorstehenden Vereinigung aussöhnten⁷⁷ oder nach anfänglichem Unbehagen feststellten, daß Deutschland sich nicht in einem nationalistischen Rausch, sondern nach demokratischen Spielregeln vereinigte. Vergleicht man schließlich den Prozentsatz der niederländischen Befürworter im November 1990 mit dem europäischen Durchschnitt, dann ist festzustellen, daß die Zustimmung zur deutschen Einheit in den Niederlanden immer noch geringer war (70 bzw. 78%). Gleichwohl ist hinzuzufügen, daß sich die Haltung der Niederländer kaum von derjenigen der Franzosen, Briten, Belgier, Luxemburger und Dänen unterschied, und daß der relativ hohe europäische Durchschnittswert durch die große Zustimmung in Deutschland selbst und in den südeuropäischen Staaten zustande kam.

Schließlich berichteten die Medien 1989/90 sehr ausführlich über die Entwicklungen in Deutschland. Im Rahmen der vorliegenden Untersuchung würde es zu weit führen, hierauf detailliert einzugehen. Es reicht aus, einige Grundlinien zu skizzieren. Überblickt man das gesamte Vereinigungsjahr, dann ist hinsichtlich der niederländischen Tagespresse die Schlußfolgerung gerechtfertigt, daß sie die deutsche Vereinigung überwiegend positiv kommentiert hat.⁷⁸ Dies schließt selbstverständlich Unterschiede in den Beurteilungen nicht aus, z.B. zwischen der vergleichsweise kritisch eingestellten *Volkskrant* und dem durchweg nüchtern zustimmend argumentierenden *NRC Handelsblad*. Ebenso wenig bedeutet dies das Fehlen jeglicher Kritik an bestimmten Aspekten der Wiedervereinigungspolitik. So waren sich auch die niederländischen Medien weitgehend einig in ihrem negativen Urteil über die Haltung Kohls zur Oder-Neiße-Grenze. Außerdem entstand in der Presse ebenso wie im Außenministerium und im Parlament Unsicherheit über die Zukunft der europäisch-atlantischen Zusammenarbeit und die Rolle, die Deutschland darin spielen würde. Hin und wieder machte man sein Unbehagen auch durch die Verwendung suggestiver deutscher Ausdrücke wie „rücksichtslos“, „Heim ins Reich“, Kohls „Blitzkrieg“ usw. deutlich. Viele politische Karikaturisten ließen ihrem Assoziationsvermögen freien Lauf, was zu vielen Karikaturen mit direkten Anspielungen auf das Dritte Reich und den Zweiten Weltkrieg führte. Würde man sich auf diese Aspekte

der Bildformung konzentrieren, käme man allerdings zu der vor schnellen Schlußfolgerung, daß das Vertrauen vieler Kommentatoren 1989/90 auf das Niveau der sechziger Jahre absank.⁷⁹ Dies war ganz gewiß nicht der Fall. Es war vielmehr charakteristisch, daß Zustimmung dominierte, aber Kritik, Unbehagen und Unsicherheit zu einem Gesamtbild führten, das auch Ambivalenz erkennen ließ.

Genau dieses Bild ergibt sich auch aus den Leitartikeln der Tageszeitungen zum 3. Oktober 1990. „Natürlich muß man sich daran gewöhnen“, schrieb das *NRC Handelsblad*, „das gilt auch für die Niederlande. Wer ein kleines Häuschen mit einem kleinen Garten hat, sieht bei den Nachbarn nicht gerne eine zusätzliche Etage hinzukommen, denn erreicht die Sonne dann noch den Rasen?“⁸⁰ „Glückwunsch ... und Beunruhigung“, lautete die Schlagzeile des Leitartikels im *Algemeen Dagblad*, wo man sich fragte, wie das neue Deutschland mit seiner gewachsenen Macht umgehen würde.⁸¹ Für die *Volkskrant* war es verständlich, daß „dieses neue vereinigte Deutschland nicht überall mit großer Begeisterung aufgenommen wird“.⁸² Die *Trouw* verwies noch einmal auf die Notwendigkeit, daß „die deutsche Politik nicht die europäische bestimmt, sondern die europäische Politik die deutsche“. Gleichzeitig zeigte diese Zeitung aber ihr Vertrauen in das neue Deutschland, indem sie für einen permanenten Sitz Deutschlands im Sicherheitsrat der Vereinten Nationen eintrat: „Deutschland wird in der Weltpolitik eine gewichtigere Rolle spielen müssen.“⁸³ Auch das *NRC Handelsblad* brachte sein Vertrauen zum Ausdruck. Im Sommer 1990 hatte man bereits darauf hingewiesen, daß Helmut Kohl „ohne Kraftprotzerei“ den politischen Spielraum ausgenutzt hatte, um die Einheit zu verwirklichen, und niemand „Rapallo‘ oder ‚Verrat‘“ rufen konnte, weil das „diplomatische Nachspiel der Volksbewegung ... den Spielregeln entsprechend“ abgelaufen war.⁸⁴ Positiv war auch die Feststellung, daß sich die Vereinigung auf sehr nüchterne Weise „ohne nationalistische Demagogie der Führer und ohne nationalistische Äußerungen der Bevölkerung“ vollzog.⁸⁵ Anlässlich der Vereinigung im Oktober stellte man fest, daß es nun darum ging, „die konkrete Utopie zu verwirklichen, die den Vätern der europäischen Vereinigung vor Augen stand: ein Wegschmelzen des Nationalstaates als Fixpunkt des sozioökonomischen und politischen Handelns. Deutschland 120 Jahre nach der Schlacht von Sedan ist keine ‚verspätete Nation‘, sondern ein Land, in dem Freiheit und Demokratie nun für jeden gelten, und

dazu passen Glückwünsche“.⁸⁶ *Het Parool* verneinte die Frage, ob „der deutsche Stein ... nicht zu schwer im europäischen Magen“ liegen werde, „weil sich die Welt und die Deutschen verändert haben“. Es sei „ein vielsagendes Detail“, daß der alte Name Bundesrepublik Deutschland auch die offizielle Bezeichnung des neuen Deutschlands bleibe. „Es ist eine Frage der Symbolik: Bundesrepublik steht für eine offene, bescheidene, westlich orientierte und demokratische Gesellschaft.“ Das sei ebenso vertrauenerweckend wie die Tatsache, daß „die Deutschen wissen, daß sie durch die europäische Zusammenarbeit viel zu gewinnen haben ...“.⁸⁷

Schlußfolgerung

„Holland fällt der Abschied (von der deutschen Teilung, FW) schwer“, faßte Anfang Oktober 1990 die *Frankfurter Allgemeine Zeitung* die niederländische Haltung zusammen.⁸⁸ Das war eine stark vereinfachte Schlußfolgerung, die eher an das hartnäckige Klischee von ‚anti-deutschen‘ Niederlanden angeschlossen, als daß sie der Haager Politik und dem niederländischen Blick über die Ostgrenze im Jahre 1989/90 gerecht wurde. Gewiß verfolgten die Niederlande im Jahr der deutschen Vereinigung sorgfältig die Entwicklungen in dem größer werdenden Nachbarland, aber dabei stand Zustimmung und nicht Mißtrauen im Vordergrund. Das Bewußtsein, daß der Bündnispartner Westdeutschland schon lange ein demokratischer und westlich ausgerichteter Staat war, bildete die Grundlage einer durchgehend nüchternen Wahrnehmung, in der grelle Schreckensreaktionen und Visionen von einem ‚Vierten Reich‘ Ausnahmen blieben. Unter der Oberfläche spielten die deutschen Machtverirrungen der Vergangenheit sicher eine Rolle, aber das spürbare Unbehagen hing eher mit der Unsicherheit hinsichtlich der Zukunft Europas nach dem Verschwinden der so vertraut gewordenen Nachkriegsordnung zusammen als mit Mißtrauen gegenüber Deutschland. Große politische Veränderungen bringen schließlich stets Unsicherheit mit sich, und dies gilt ganz gewiß, wenn es um einen tiefgreifenden Wandel der internationalen Beziehungen geht.

Um diese Unsicherheit auf ein Minimum zu beschränken, stand in der niederländischen Politik die Kontinuität der deutschen Einbettung in die NATO und die Europäische Gemeinschaft im Vordergrund. Den Haag war für die Argumentation

sicher empfänglich, daß der westliche Sieg im Kalten Krieg vorsichtig ausgespielt werden müsse, um die Position Gorbatschows nicht in Gefahr zu bringen. Dennoch entwickelten sich die Ansichten im Außenministerium Anfang 1990 rasch in eine Richtung, die man als ‚maximalen‘ NATO-Standpunkt bezeichnen könnte: Für das vereinigte Deutschland müsse eine uneingeschränkte Sicherheitsform gelten, und die vergrößerte Bundesrepublik müsse insgesamt und ohne Beschränkung Mitglied des Atlantischen Bündnisses werden. Auf der politischen und wirtschaftlichen Ebene zielte Den Haag auf die Vertiefung der Europäischen Gemeinschaft und stand aus Angst vor einem geringeren Zusammenhalt einer raschen Ausweitung der EG ablehnend gegenüber.

Dieser Standpunkt entsprach ganz der Außenpolitik der Nachkriegszeit. Dies galt nicht nur für die NATO und die Europäische Gemeinschaft als Ecksteine der Politik, sondern auch für die Haltung gegenüber Deutschland und der deutschen Frage. Seit den frühen fünfziger Jahren hatte man eine Lösung der Wiedervereinigungsfrage gewünscht, sofern sie zu einer *Status quo plus*-Position für den Westen führte. Dabei hatte Den Haag stets auf die Notwendigkeit hingewiesen, Deutschland als gleichberechtigten Partner zu behandeln. Geschah dies nicht, dann drohte eine Spaltung zwischen der Bundesrepublik und ihren Partnern mit allen nachteiligen Folgen für die interne westliche Zusammenarbeit. Diese Überlegung hatte im Vereinigungsjahr nichts von ihrer Bedeutung verloren. Das galt auch für das Bewußtsein, daß eine negative oder retardierende Haltung in bezug auf die Vereinigung in Deutschland zu einem gegen das Bündnis gerichteten Reflex führen konnte. In der Öffentlichkeit und in den Gesprächen mit Genscher betonte Außenminister van den Broek wiederholt, daß er mit seinen Interventionen hinsichtlich der äußeren Aspekte der Vereinigung nicht an dem selbstverständlichen Ziel der deutschen Einheit rütteln wolle und daß er ebensowenig auf eine Verzögerung aus sei. Da diese Aussagen van den Broeks mit der nüchternen und sachlichen Meinungsbildung im Ministerium völlig übereinstimmten, muß man zu dem Schluß kommen, daß die niederländische Zustimmung zur deutschen Vereinigung nicht auf eine öffentliche Übung in politischer Psychologie an die Adresse Deutschlands reduziert werden kann. Solange die Integration Deutschlands in die westliche Gemeinschaft fortgesetzt und verstärkt wurde, unterstützte das Außenministerium die Entwicklung zur deutschen Einheit. Nachdem seit Ende Januar 1990 van den

Broek anstelle von Lubbers die niederländische Politik in dieser Frage bestimmte, entsprach der Haager Standpunkt weitgehend der wiedervereinigungsfreundlichen Haltung Washingtons. Daß man in Bonn dennoch die niederländische Haltung wiederholt mit der Politik der widerstrebenden Briten und der bremsenden Franzosen gleichsetzte, ging auf das Auftreten von Ministerpräsident Lubbers zurück, der Ende 1989 das Bild von den mißtrauischen Niederlanden geschaffen hatte – ein Bild, das nahtlos an die deutsche Wahrnehmung der ‚ohnehin schwierigen‘ Niederlande angeschlossen. Betrachtet man die Diskussion im Haager Außenministerium, die seit Ende Januar 1990 betriebene Politik, die Grundzüge der Meinungsbildung in den niederländischen Medien und die Ergebnisse der Meinungsumfragen, dann ist festzustellen, daß dieses deutsche Bild in hohem Maße auf einer fehlerhaften Wahrnehmung beruhte.

TEIL 2

EIN STRICH UNTER DIE VERGANGENHEIT?
DIE KRIEGSJAHRE UND
DIE BILATERALEN BEZIEHUNGEN
1949–1989

Blockierte bilaterale Normalisierung 1949–1957

Einleitung

In den frühen fünfziger Jahren plädierten die Niederlande für eine *positive* Integration der Bundesrepublik in den Westen (siehe Kapitel 3). Es stellt sich nun die Frage, wie die Niederlande diese Politik mit der Forderung nach materieller und immaterieller Wiedergutmachung für die erlittenen Kriegsschäden verbanden. Auf der Pariser Reparationskonferenz von 1945–46 hatte Den Haag eine Forderung von 25,75 Mrd. Gulden für Schäden infolge von Kriegshandlungen und Raub von Gütern und Wertpapieren vorgelegt. Zählt man die Forderungen der anderen Alliierten hinzu und stellt dem die Zahlungsmöglichkeiten des ruinierten Deutschland gegenüber, dann konnte es auch kurz nach 1945 keinen Zweifel daran geben, daß eine Erfüllung dieser Forderungen nicht infrage kam. Außerdem nahmen die Westmächte schon bald nach 1945 aus wirtschaftlichen Gründen und aus Überlegungen der internationalen Politik Kurs auf eine milde Behandlung Deutschlands. Daß auch nach niederländischer Ansicht ein ‚zweites Versailles‘ in jedem Fall verhindert werden mußte, bedeutete aber nicht das Ausbleiben von Spannungen im Verhältnis zum ehemaligen Feind und künftigen Partner.

Beendigung des Kriegszustands

Der Zerfall der alliierten Kriegskoalition 1947 und die darauf folgende deutsche Teilung konfrontierten die ehemaligen Kontrahenten mit dem völkerrechtlichen Novum eines faktischen Kriegsendes, ohne daß ein Friedensvertrag in Sicht war. Dies bedeutete, daß die Westmächte nach der Gründung der Bundesrepublik mit ‚ihrem‘ deutschen Staat in Erwartung eines Friedensvertrags eine (vorläufige) Lösung in bezug auf Entschädigung, Rückgabe geraub-

ter Güter, Gebietsfragen usw. finden mußten. Außerdem mußte man den noch andauernden Kriegszustand beenden. Erst dann konnte der Rechtsverkehr mit Deutschland wiederhergestellt und eine völkerrechtliche Grundlage für die Anknüpfung diplomatischer Beziehungen mit der Bundesrepublik gelegt werden. Hinzu kam, daß der formell noch andauernde Kriegszustand 1949 ein Anachronismus geworden war, da man auf vielen Feldern den Weg zur Zusammenarbeit bereits eingeschlagen hatte.

Die Beendigung des Kriegszustands war für sich genommen eine Selbstverständlichkeit, über die man nicht zu diskutieren brauchte. Anders verhielt es sich mit der Frage, inwiefern dabei Aspekte einbezogen werden konnten, die unter ‚normalen‘ Verhältnissen in einem Friedensvertrag hätten geregelt werden können. In Den Haag beantwortete man Anfang 1950 diese Frage mit Nachdruck positiv. Es sollte verhindert werden, daß die Beendigung des Kriegszustands zu einem einseitigen Akt der westlichen Länder wurde, dem von deutscher Seite nichts gegenüberstand. Dies bedeutete konkret, daß die niederländische Regierung bei den Großen Drei darauf drang, die Bundesrepublik zur Anerkennung von bis dahin getroffenen Maßnahmen bei der Entschädigung und Rückgabe zu verpflichten. Geschähe dies nicht, so die Furcht in Den Haag, könnte die Bundesrepublik diese Schritte künftig anfechten – mit allen Konsequenzen, nämlich Rechtsunsicherheit, einer Störung des politischen Klimas und eventuell sogar dem Verlust geltend gemachter Finanzinteressen.¹

Die im Benelux-Verbund 1950 unternommenen Versuche, die Westalliierten von diesem Standpunkt zu überzeugen, blieben aber erfolglos. „Man kann ... nur feststellen, daß die Großen Drei der Versuchung erlegen sind, die Dinge untereinander abzumachen“, klang es im August 1950 enttäuscht aus der Deutschland-Abteilung des Außenministeriums, nachdem die Westmächte hatten wissen lassen, daß keine deutsche Gegenleistung gefordert werden würde.² Damit waren alle Bestimmungen vom Tisch, die den Gedanken an einen Friedensvertrag hätten aufkommen lassen können, und die Außenminister der USA, Englands und Frankreichs riefen im September 1950 die anderen Staaten auf, mit Hilfe der nationalen Gesetzgebung eine Beendigung des Kriegszustands ohne Gegenleistung vorzubereiten.

Nach dem Scheitern des Versuchs, der Bundesrepublik im internationalen Zusammenhang Verpflichtungen aufzuerlegen, versuchte die niederländische Regierung, mit Hilfe der nationalen

Gesetzgebung noch soviel wie möglich an finanziellen Interessen geltend zu machen. Dabei stand die Frage des sogenannten Feindvermögens im Mittelpunkt. Entsprechend dem ‚Besluit Vijandelijk Vermogen‘ (Gesetz über das Feindvermögen) vom Dezember 1946 war das gesamte Vermögen sowohl inländischer als ausländischer feindlicher Staatsbürger (vor allem Deutscher) beschlagnahmt und der Verwaltung des ‚Nederlands Beheers Instituut‘ (Niederländisches Verwaltungsinstitut) unterstellt worden. Nach einer Schätzung von 1951 ging es dabei um eine Gesamtsumme von 450 Mio. Gulden. Diejenigen, die nach diesem Gesetz ihr Vermögen verloren hatten, aber nachweisen konnten, daß sie während des Krieges der alliierten Sache gedient hatten, konnten ‚entfeindet‘ werden und ihr Vermögen zurückerhalten. Nachdem nun Deutschland und seine Bürger in Kürze nicht länger als ‚feindlich‘ zu betrachten waren, mußte man dies abschließend regeln. Ohne entsprechende Beschlüsse könne man erwarten, daß die Bundesrepublik künftig darauf dringen würde, dieses Vermögen zurückzubekommen, so der Bericht eines interministeriellen Ausschusses (Kommission-François), der das Kabinett in dieser Sache beriet. Und dies sei „ein Drang, dem die Niederlande unter Berücksichtigung ihrer wirtschaftlichen Stellung gegenüber Deutschland schwieriger würden widerstehen können, je weiter der Krieg zurückliegt und sich die Beziehungen zu unseren östlichen Nachbarn verbessern“.³ Um sich dagegen und gegen jeden weiteren Rückfluß feindlichen Vermögens zu wappnen, entschied sich die Regierung für einen harten Schnitt: Vom Tage der Einbringung des Gesetzesentwurfs über die Beendigung des Kriegszustands (17.3.1951) an sollten keine weiteren ‚Entfeindungsanträge‘ mehr zugelassen werden. Abgesehen von den laufenden Verfahren sei das feindliche Vermögen als endgültig beschlagnahmt anzusehen.⁴

Dieser Plan wurde im Parlament scharf kritisiert, weil er den betroffenen Deutschen ohne jede Vorwarnung die Möglichkeit nahm, noch einen Antrag auf Entfeindung einzureichen. Obwohl die Regierung ihren Gesetzesentwurf hartnäckig verteidigte, wurde sie durch eine Entschließung gezwungen, die Entfeindungsfrist bis zum Tag des Inkrafttretens des Gesetzes zu verlängern. Aufgrund dieser – sicher nicht unberechtigten – Intervention der Zweiten Kammer sollten in der verbleibenden Zeit noch einige tausend Personen ein Gesuch um Entfeindung einreichen. Wie viele davon positiv beschieden wurden, läßt sich nicht genau feststellen, aber angesichts der zunehmenden Milde bei der Entfeindung dürfte es

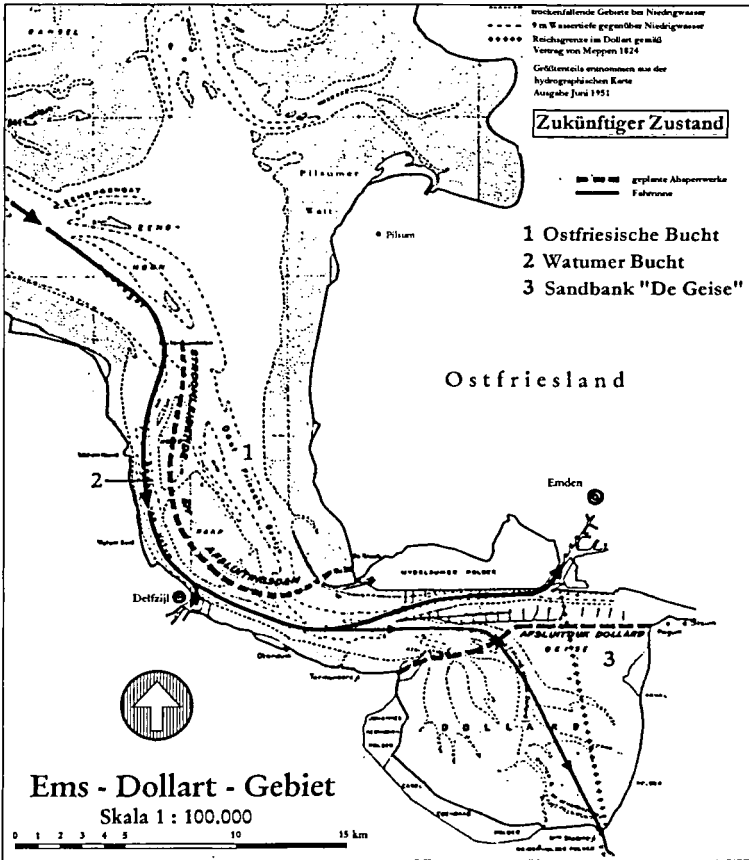
den niederländischen Staat sicher mehrere Millionen Gulden gekostet haben.⁵

Als am 26. Juli 1951 der Kriegszustand mit Deutschland beendet wurde, sah die Bilanz der niederländischen Regierung also wenig erfolgreich aus. Bei den Großen Drei hatte sie kein Gehör gefunden, und auch auf nationaler Ebene war es nicht gelungen, das feindliche Vermögen möglichst weitgehend sicherzustellen. Ohne daß dies 1951 bereits zu erkennen gewesen wäre, zeichnete sich aber ein Silberstreif am Horizont ab. 1965 wurde nämlich die Gesamtsumme an konfisziertem deutschem Vermögen auf 750 Mio. Gulden veranschlagt, und dies war bedeutend mehr als der 1951 geschätzte Gesamtwert des feindlichen Vermögens (also ohne Abzug der Entfeindungen) von 450 Mio. Gulden.

Grenzen und andere Fragen

Das Ergebnis der niederländischen Annexionspolitik der ersten Nachkriegsjahre ist im Kapitel 2 bereits erwähnt worden: Die von Außenminister van Kleffens geforderte Ausdehnung der Niederlande um ein Drittel (ca. 10.000 km² des deutschen Grundgebietes) wurde ebensowenig erfüllt wie die folgenden niederländischen Forderungen (ca. 5.000 km² bzw. 1.750 km² deutschen Grundgebietes). Schließlich kamen im April 1949 69 km² deutsches Grundgebiet vorläufig unter niederländische Verwaltung. Im niederländischen Parlament hielt sich der Enthusiasmus über diese sogenannten Grenzkorrekturen in Grenzen. Manche Abgeordneten fanden das Ausmaß der Grenzkorrekturen zu gering, andere wollten überhaupt keine Grenzkorrekturen, weil eine solche Politik nicht in die europäische Zusammenarbeit passen würde, die auch mit Deutschland angestrebt werden sollte. Einer der Gründe für das letztliche Einverständnis des Parlaments mit den Grenzkorrekturen war, daß die Niederlande dadurch in anderen Verhandlungen mit Deutschland gestärkt würden. So könne man an eine Rückgabe der Grenzgebiete denken, falls die Bundesrepublik zu angemessenen Gegenleistungen bereit wäre.

Die Entwicklung der fünfziger Jahre sollte diesem Gedanken gang folgen. Bereits im Dezember 1949 steuerte Ministerpräsident Drees in diese Richtung, als sich herausstellte, daß die Wiederaufbauarbeiten in den neuen Gebieten 17 Mio. Gulden kosten würden. Drees, der nie ein Anhänger der Annexionen gewesen war,



Wasserwirtschaftliche Pläne im Ems-Dollart-Gebiet.
 Quelle: BuZa, 912.13, *Duitsland West, Grenscorrecties Ems-Dollart Commissie*, Dl. I, 1951.

aber nun offensichtlich vor allem angesichts der Höhe des Betrags erschrak, schlug im Ministerrat vor, die beiden größten Gebiete (um Elten und Tudderden; siehe Karte S. 41) im Austausch gegen deutsche Zugeständnisse im Ems-Dollart-Gebiet zurückzugeben.

Vergeblich hatten die Niederlande bereits in den vorangegangenen Jahren versucht, alliierte Unterstützung für die Lösung dieses viel älteren Grenzkonflikts um die Emsmündung zu erhalten. Nach Ansicht der Deutschen verlief die Grenze hier an der niederländischen Küste, während die niederländische Seite das

sogenannte Talwegprinzip vertrat, was bedeutete, daß die Grenze in der Flußmitte zu ziehen war. Mit den Grenzkorrekturen als Faustpfand sollte Den Haag nach langwierigen internen Beratungen ab Ende 1951 versuchen, die Anerkennung des niederländischen Rechtsstandpunktes über den Grenzverlauf durch die Bundesrepublik zu erreichen. Darüber hinaus planten die Niederlande wasserwirtschaftliche Arbeiten in der Ems: Die nördliche Rinne, die Ostfriesische Bucht, sollte eingedämmt werden, wodurch die entlang der Groninger Küste verlaufende Watumer Bucht der einzige Zugang zu Delfzijl und Emden geworden wäre. Hinzu kam noch die Forderung nach einer Grenzveränderung im Dollart, der ganz zu den Niederlanden gehören sollte und damit hätte eingepoldert werden können. Informell wurde der Bundesrepublik Ende 1951 bedeutet, daß Verhandlungen über die Rückgabe der Grenzkorrekturgebiete und gleichzeitig über das Ems-Dollart-Gebiet beginnen könnten, wenn sie die Initiative ergreife.

Für die Bundesrepublik waren die Grenzkorrekturen in den fünfziger Jahren zwar „die wichtigste offene deutsch-niederländische Frage“⁶, aber eine Koppelung beider Grenzfragen war aus deutscher Sicht ausgeschlossen. Der Gebietsverlust von 1949 sei unrechtmäßig gewesen, und für die Rückgabe dieser Gebiete bräuchten dementsprechend keine besonderen Gegenleistungen zu erfolgen, lautete der deutsche Standpunkt. Zweifellos spielte dabei für die Bundesregierung eine wichtige Rolle, daß ein solcher Tausch die Anerkennung der Grenzkorrekturen implizierte, was die deutsche Rechtsposition in viel wichtigeren territorialen Fragen (Ostgebiete, Saarland) geschwächt hätte. Nicht weniger wichtig war, daß das Bundesverkehrsministerium die niederländischen Wasserwirtschaftspläne als ein „unübersehbares Wagnis“ für den Wasserhaushalt des Gebietes und die Erreichbarkeit von Emden betrachtete.⁷ Verhandlungstaktisch, so Bundesverkehrsminister Hans-Christoph Seebohm im Mai 1952, erscheine es außerdem klug, Gespräche über Grenzfragen auf einen späteren Zeitpunkt zu verschieben, „in dem die außenpolitische Lage der Bundesrepublik sich weiter gebessert hat und für die Rückgabe der Gebiete von Elten und Selfkant ein geringerer Preis ... gezahlt zu werden braucht“.⁸

Damit trat ein Aspekt in den Vordergrund, der bei der Lösung aller aus dem Krieg stammenden Fragen eine Rolle spielte: Der Zeitfaktor arbeitete für die Bundesrepublik, und dessen war man sich sowohl in Bonn als auch in Den Haag bewußt. So gesehen war

die niederländische Bedingung, daß Bonn die Initiative für Gespräche ergreifen sollte, ein Fehlgriff. Schließlich hatte Den Haag sich so die Möglichkeit zum Handeln genommen und mußte einen Schritt der Deutschen abwarten. Der erfolgte zwar im Sommer 1952, bot aber für die Niederlande keinen akzeptablen Ausgangspunkt für Gespräche, weil Bonn nicht von seinem Standpunkt abrückte, die beiden Grenzfragen seien getrennt zu lösen.

Das niederländische Verhandlungskonzept drohte jedoch aus einem noch viel wichtigeren Grund zu scheitern. Hinter den Kulissen wuchsen seit Ende 1951 auch in Den Haag Zweifel an der technischen und finanziellen Durchführbarkeit der wasserwirtschaftlichen Pläne im Ems-Dollart-Gebiet. Eine Einpolderung des Dollart, so wurde in zunehmendem Maße deutlich, würde zu einer erheblichen Störung der Gezeitenströme führen, und die von den Niederländern geplante Abschließung des ostfriesischen Töorchens schien ebensowenig eine glückliche Idee, weil sich gerade dieser Fluß und nicht die Bucht von Watum als die Hauptrinne erwies. Trotz dieser alarmierenden Tatsachen war von einer Änderung der Pläne oder der Strategie keine Rede. Die Niederlande forderten noch immer eine deutsche Initiative, versäumten es aber, in Erwartung dieses Schrittes das eigene Verhandlungskonzept zu überdenken.

Im Frühjahr 1954 hatten die Minister Luns und Beyen dann auch nichts Neues zu bieten, als Adenauers Mitarbeiter Herbert Blankenhorn Den Haag besuchte, um einen Durchbruch zu erreichen. Über eine Rückgabe der Grenzkorrekturgebiete könne erst gesprochen werden, so lautete ihre Botschaft für Blankenhorn, „*nachdem* von deutscher Seite zu erkennen gegeben worden ist, zu welchen Zugeständnissen territorialer Art im Dollart- und Ems-Gebiet Deutschland bereit ist.“⁹ An dieser Koppelung der beiden Grenzfragen sollte man noch bis 1958 festhalten. Das Rückzugsgefecht über die geplanten Wasserwirtschaftsarbeiten wurde nach dem Besuch Blankenhorns noch einige Zeit fortgesetzt, bis diese Pläne 1955 endgültig aufgegeben wurden. Minister Beyen hatte sicherlich Recht, als er im August 1955 im Kabinett bemerkte, daß die Niederlande in dieser Sache „eine komische Figur“ gemacht hatten.¹⁰

Blankenhorns Besuch in Den Haag diente nicht nur dem Ziel, die Gespräche über die Grenzfragen in Gang zu bringen. Er bot den Niederlanden Verhandlungen über eine Generalvereinbarung an, in der alle noch offenen Fragen zwischen beiden Ländern ge-

regelt werden sollten. Grenzfragen, aus dem Krieg herrührende Rückerstattungsfragen, Feindvermögen, die Schifffahrt auf dem Rhein – alle diese Punkte sollten parallel und zusammenhängend besprochen werden, um einen endgültigen Strich unter die Vergangenheit zu ziehen. Das Ziel dieses deutschen Schrittes waren Verhandlungen auf der Grundlage der Gegenseitigkeit. „Es muß ... verhindert werden“, hieß es im Auswärtigen Amt, „daß die holländische Regierung weiter ihre Praxis fortsetzt, für sie günstige Punkte der gesamten zwischen Deutschland und Holland zu be reinigenden Fragen aufzugreifen, während sie sich allen deutschen Gegenwünschen vollkommen unzugänglich zeigt.“¹¹ Dabei bezogen sich die deutschen Wünsche nicht nur auf die Grenzkorrekturen, sondern auch auf Teile des erwähnten Feindvermögens. Weil Den Haag gerade dies verhindern wollte – schließlich stand Deutschland bei den Niederlanden in der Schuld und nicht umgekehrt –, wiesen Luns und Beyen solche Gespräche zurück und blieben bei einer getrennten Regelung für Teilbereiche. Auch an diesem Standpunkt sollte man noch einige Jahre festhalten. Erst Anfang 1957 stimmten die Niederlande Verhandlungen über eine Generalbereinigung zu.

Tatsächlich war im Frühjahr 1954 noch eine ganze Reihe bilateraler Probleme ungelöst. Die wichtigsten waren: 1) die Rückerstattung geraubter Güter, 2) die sogenannten Traktatländereien (Teil des Feindvermögens), 3) die strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern und 4) die Rheinschifffahrt.

1) *Rückerstattung geraubter Güter.* Eisenbahnwagen, Kunstwerke, Maschinen, Wertpapiere, Gold, Schmuck, Schiffe, Lastwagen – praktisch nichts Wertvolles war in den Kriegsjahren der Raubgier der Besatzer entgangen. Von den Gesamtkriegsschäden von 25,75 Mrd. Gulden waren rund 3,5 Mrd. durch Raub entstanden. Schon wenn man an die enormen praktischen Probleme bei der Auffindung verschwundener Besitztümer denkt, von denen noch dazu ein Teil durch Kriegshandlungen verlorengegangen war, mußte nach der deutschen Niederlage eine vollständige Rückgabe als illusorisch gelten. Bis Ende 1948 waren lediglich Güter im Wert von knapp 390 Mio. Gulden (rund 11%) zurückgegeben worden. Obwohl 1949-50 die mit der Rückgabe befaßten niederländischen Instanzen in der Nachfolge der Besatzungsmächte aufgelöst wurden, blieb diese Frage in den fünfziger Jahren in drei Bereichen aktuell. Relativ unproblematisch kamen 1950 und 1952 Abkommen über die Rückgabe von Binnenschiffen bzw. auf Reichsmark

lautenden Wertpapieren zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik zustande. Hinsichtlich der sogenannten Auslandsbonds kam man trotz vielfältiger diplomatischer Aktivitäten zu keiner Übereinstimmung. Das Problem bei diesen Vorkriegsobligationen (zumeist Dawes- und Young-Anleihen) bestand vor allem in der Art und Weise, wie sie aus den Niederlanden entwendet worden waren. Es mußte zwischen ‚direktem‘ und ‚indirektem‘ Raub unterschieden werden. War ersterer noch ziemlich leicht festzustellen, verhielt es sich bei ‚indirektem‘ bzw. ‚technischem‘ Raub anders. Am 1. April 1941 hatte die deutsche Besatzungsmacht die Devisengrenze zwischen Deutschland und den Niederlanden aufgehoben. Infolge dieser Maßnahme war die Niederländische Nationalbank gezwungen gewesen, zu einem von den Deutschen festgelegten Kurs Reichsmark in Gulden zu wechseln. Mit den so erhaltenen Gulden waren während des Krieges deutsche Schulden in den Niederlanden ‚getilgt‘ und Waren und Wertpapiere ‚gekauft‘ worden. Verständlicherweise versuchte Den Haag nach 1945, auch die über diesen ‚indirekten‘ Raub verschwundenen Auslandsbonds zurückzubekommen, deren Wert einer gesamten Rückgabeforderung von 200 Mio. Gulden entsprach. Problematisch für die Niederlande war allerdings, daß auf der Londoner Schuldenkonferenz von 1952–53 festgelegt worden war, daß „claims arising out of the war“ bis zu einer zukünftigen Friedenskonferenz aufgeschoben werden sollten. Infolge dessen war auch der Schadensersatz für den ‚indirekten‘ Raub auf die Zukunft verschoben. Auch wenn es dadurch für die Niederlande kaum noch Aussichten auf Erfolg gab, setzten sie nach 1953 ihre Bemühungen fort, die Bundesrepublik und die Besatzungsmächte zu einer Regelung zu überreden.

Für Den Haag ging es in dieser Frage um mehr als nur die Versilberung einer Forderung von 200 Mio. Gulden. Bundeskanzler Adenauer schätzte die niederländische Haltung richtig ein, als er im April 1955 seinen Finanzminister Fritz Schäffer wissen ließ, daß die Niederländer „eine allgemeine politische Geste (erwarten), die von deutscher Seite den guten Willen erkennen läßt, einen Schlußstrich unter eine wenig erfreuliche währungspolitische Episode des zweiten Weltkriegs zu ziehen“. Eine Regelung dieser Frage, so Adenauer, sei für die Niederlande so wichtig geworden, daß wahrscheinlich erst danach über die zahlreichen anderen politischen und ökonomischen bilateralen Probleme gesprochen werden könne, die einer Verbesserung der deutsch-niederländischen Bezie-

hungen noch im Weg standen.¹² Trotz dieser Intervention des Bundeskanzlers sollte erst in der Generalvereinbarung von 1960 eine Einigung über den Schadensersatz erreicht werden.

2) *Traktatländereien*. Eine Sonderstellung in der komplexen Frage des Feindvermögens nahmen die Traktat- oder Grenzländereien ein. Dabei ging es um Ackerland auf der niederländischen Seite der Grenze, das bis 1945 deutschen Bauern gehört hatte, aber nach dem Krieg ebenso wie anderer deutscher Besitz als Feindvermögen beschlagnahmt worden war. Insgesamt betraf dies ein Gebiet von ca. 4.400 ha innerhalb eines Streifens von 5 km entlang der Grenze, das zu 85% von in Deutschland liegenden Bauernhöfen aus bewirtschaftet worden war. Die restlichen 15% waren an niederländische Bauern verpachtet gewesen. Natürlich konnten die rund 1100 ursprünglichen deutschen Besitzer mit Hilfe einer Entfeindungsuntersuchung versuchen, ihren Grund und Boden zurückzuerhalten, aber diese Möglichkeit bot nur für eine kleine Minderheit Aussicht auf Erfolg. Unter dem massiven Druck deutscher Bauernorganisationen strebte die Bundesregierung die Möglichkeit des teilweisen Rückkaufs der Grundstücke an, aber die rund 300 ha, die die Niederlande in den frühen fünfziger Jahren anboten, wies die Bundesrepublik als ein „mehr als kümmerliches Angebot“ zurück.¹³ Auf deutscher Seite dachte man an 1500 bis 2000 ha, was aus niederländischer Perspektive undenkbar viel war. Eigentlich ging es hier, wie im Auswärtigen Amt Ende 1952 festgestellt wurde, um eine „zweitrangige Angelegenheit“. Dennoch bedrohte sie „die zarte Pflanze der deutsch-holländischen Beziehungen“.¹⁴ Unglückliche politische Manöver der deutschen Seite¹⁵, Mißverständnisse und niederländische Schroffheit infolge der geringen deutschen Bereitschaft, den Niederländern auf anderen Gebieten entgegenzukommen – in der Frage der Traktatländereien verdichtete sich der mühsame bilaterale Normalisierungsprozeß. So entwickelte sich diese Frage zu der „emotionalsten der niederländisch-deutschen Grenzdifferenzen“, wie es 1954 in der niederländischen Botschaft in Bonn hieß.¹⁶ Deswegen blieb sie auf der bilateralen Tagesordnung ganz oben, wobei sich beide Parteien so sehr in ihre eigene Position verrannt hatten, daß es äußerst schwierig war, dem anderen ohne Gesichtverlust entgegenzukommen.

3) *Strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern*. In den Niederlanden hatten in den Nachkriegsjahren 240 Deutsche wegen NS-Verbrechen vor Gericht gestanden, wovon 18 zum Tode und 190 zu Gefängnisstrafen zwischen einem Jahr und lebenslänglich verur-

teilt worden waren.¹⁷ Grundsätzlich war die Vollstreckung der Strafen eine rein niederländische Angelegenheit. Aber genauso wie diese Frage in den frühen fünfziger Jahren zu einem Thema zwischen den Besatzungsmächten und der Bundesregierung wurde¹⁸, so sollte sie auch in den deutsch-niederländischen Beziehungen eine Rolle spielen. Ob es nun um die Begnadigung zum Tode Verurteilter oder um vorzeitige Freilassung ging: Bonn intervenierte des öfteren zugunsten deutscher Gefangener in den Niederlanden. Im August 1950, gut einen Monat nachdem der ehemalige SD-Chef in Amsterdam, Willy Lages, in zweiter Instanz zum Tode verurteilt worden war, wandte sich das Bundeskanzleramt in einer Note an die niederländische Vertretung bei der Alliierten Hohen Kommission. Darin hieß es, daß Lages „trotz der damit für ihn verbundenen persönlichen Gefährdung nach Kräften und bereitwillig alles getan hat, um Exzesse zu verhindern und politisch Verfolgten zu helfen“.¹⁹ Da das für Lages nun wirklich nicht zutraf, riefen solche und andere Interventionen auf niederländischer Seite verständlicherweise Irritationen hervor, und man versuchte wiederholt, diesen deutschen ‚Interventionsdrang‘ zu bremsen, indem man mit einer kontraproduktiven Wirkung drohte. Die deutschen Gesuche blieben daher erfolglos. Die positiven Bescheide hinsichtlich der Gnadengesuche von u.a. Franz Fischer, Ferdinand H. aus der Fünften (1951) und Willy Lages (1952) waren eine rein nationale Angelegenheit, bei der Königin Juliana die zentrale Rolle spielte. Vor allem aufgrund ihrer moralischen Einwände gegen die Todesstrafe sind in den Niederlanden nur fünf deutsche Naziverbrecher hingerichtet worden.²⁰

Anders verhielt es sich dagegen mit der Entscheidungsfindung hinsichtlich der Frage, ob deutsche NS-Verbrecher wie sonstige Verbrecher für eine vorzeitige Freilassung nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Haftzeit in Frage kamen. Hier führte die Kombination von wiederholten deutschen Interventionen und der großzügigeren Freilassungspolitik der umliegenden Länder im Außenministerium dazu, daß man eine Ausnahmestellung der Niederlande und zunehmenden deutschen Druck befürchtete. Vor diesem Hintergrund schrieb Außenminister Stikker seinem Kollegen Mulderije vom Justizressort im März 1952, daß es „empfehlenswert wäre, das Problem der deutschen Kriegsverbrecher so schnell wie möglich mit Blick auf die öffentliche Meinung zu liquidieren“.²¹ Um seinen widerstrebenden Kollegen zu einer sanfteren Haltung zu zwingen, schaltete Stikker den Ministerrat ein

und verhehlte dabei nicht, „daß das Ausmaß, in dem die Niederlande Interesse an einem normalen Verhältnis zu Westdeutschland haben, ebenfalls ein Faktor“ bei der Bestimmung seines Standpunktes gewesen sei.²² Der Minister hatte aber mit seinem Vorsatz keinen Erfolg, denn das Kabinett einigte sich lediglich auf den Kompromißvorschlag von Ministerpräsident Drees, die Kriegsverbrecher „in den meisten Fällen“ nach zwei Dritteln ihrer Haftzeit zu entlassen.²³ Dies hatte zur Folge, daß das Thema auch in den kommenden Jahren wiederholt auf der Tagesordnung erschien und die Niederlande sich Mitte der fünfziger Jahre international genau in der Ausnahmestellung befanden, die Stikker hatte vermeiden wollen.

Während Norwegen und Dänemark Ende 1953 die letzten Deutschen hatten gehen lassen, Anfang 1955 die letzten drei Entlassungen in Belgien bevorstanden und auch in Luxemburg nur noch drei deutsche Kriegsverbrecher im Gefängnis saßen, gab es in den Niederlanden 1955 noch 51 deutsche Verurteilte. Zwar hatte Frankreich mit 88 Häftlingen noch die meisten deutschen Gefangenen, aber dies waren nur noch 10% der ursprünglichen Anzahl, und hinzu kam, daß die Politik dort auf eine schnelle Abwicklung ausgerichtet war. Auch in der Bundesrepublik erfolgten seit 1953 immer mehr Freilassungen. So blieb die Frage der deutschen NS-Verbrecher ein empfindlicher Punkt im bilateralen Verhältnis: Auf der niederländischen Seite verstand man nicht, wieso sich ein demokratisches Deutschland das Schicksal dieser Verbrecher so zu Herzen nahm, während die Deutschen in den abwehrenden Reaktionen aus den Niederlanden Zeichen einer „verkrampten Haltung“ sahen.²⁴

Die ohnehin geringe niederländische Bereitschaft zu vorzeitigen Entlassungen wurde noch weiter beeinträchtigt durch die Nachwirkungen einer Affäre, die Ende Dezember 1952 begonnen hatte. Am Abend des zweiten Weihnachtstages waren aus dem Gefängnis in Breda sieben Gefangene entkommen und in bereitstehenden Autos in die Bundesrepublik geflüchtet. Ursprünglich waren sie alle niederländischer Nationalität gewesen, aber sechs von ihnen war diese wegen Kollaboration mit den Nazis entzogen worden. Alle saßen 1952 eine lebenslange Haftstrafe ab, und fünf waren sogar in erster Instanz zum Tode verurteilt worden.²⁵ An der deutschen Grenze angehalten und wegen illegalen Grenzübertritts zu einer Buße von 10 DM verurteilt, wurden sie am nächsten Tag von den deutschen Behörden freigelassen. Damit begann ein diplo-

matisches und juristisches Tauziehen zwischen der niederländischen und der westdeutschen Regierung um die Ausweisung oder Auslieferung dieser ‚Sieben von Breda‘, in das in zunehmendem Maße auch die britischen Besatzungsbehörden hineingezogen wurden. Der Ausgang der Affäre war für die Niederlande äußerst unbefriedigend: Nur einer der sieben (J. De Jonge) wurde wieder den niederländischen Behörden übergeben. Die Auslieferung der übrigen sechs wurde seit dem Frühjahr 1954 nach und nach durch verschiedene Oberlandesgerichte verhindert, die die deutsche Nationalität der Betroffenen anerkannten oder nicht ausschlossen, daß sie diese besaßen. Nach dem deutschen Grundgesetz (Art. 16) war ihre Auslieferung damit ausgeschlossen. Zu Beginn strebte die Bundesregierung aus politischen Gründen zwar eine Rückführung an, aber im Laufe des Jahres 1953 verschob sich ihre Perspektive. Vom Sommer an ging es der Bundesregierung nicht länger um eine Lösung, die den deutsch-niederländischen Beziehungen zugute kam, sondern seitdem stand für sie die Frage im Mittelpunkt, wer in dieser Angelegenheit entscheidungsbefugt war: die Bundesrepublik oder die Besatzungsmächte. Und damit wurde ein Nerv der westdeutschen Politik der frühen fünfziger Jahre berührt. Wie sehr die Bundesregierung auch nach einer Verbesserung des Deutschlandbildes im Ausland strebte, im vorliegenden Fall hatten die nationale Souveränität und innenpolitische Überlegungen eine größere Priorität. Die Folge war, daß die Bundesrepublik in einer für die Niederlande wichtigen Angelegenheit den Eindruck bestätigte, sich zu wenig von der Nazi-Vergangenheit zu distanzieren.

4) *Rheinschiffahrt*. Ebenfalls belastend für das bilaterale Verhältnis wirkte sich die Frage der niederländischen Teilnahme an der deutschen Binnenschiffahrt aus. Ebenso wie bei dem Grenzkonflikt in der Ems-Mündung ging es hier nicht um eine Frage, die sich durch die Besatzungszeit ergeben hatte, aber dennoch wurde das Problem ständig auf die Liste der zu regelnden zwischenstaatlichen Angelegenheiten gesetzt. Im Mittelpunkt des deutsch-niederländischen Interessenstreites stand die Interpretation der Akte von Mannheim (1868), die die Freiheit der Rheinschiffahrt festlegte. Der deutschen Auffassung zufolge galt diese Freiheit nur für den grenzüberschreitenden Schiffsverkehr, während für den innerdeutschen Verkehr das Recht einer nationalen Regelung vorbehalten blieb. Die Niederlande forderten dagegen aufgrund der Akte das Recht auf ungehinderte Teilnahme an der Rheinschiffahrt. In beiden Ländern befand sich die Binnenschiffahrt seit 1945 in einer

schwierigen Lage. Sowohl die niederländischen als auch die deutschen Binnenschiffer hatten durch die deutsche Teilung ihren Einzugsbereich östlich der Elbe verloren und drängelten sich nun um einen Platz im westdeutschen Verkehr. Die Folgen des Ladungsüberschusses im Westen trafen die Niederlande umso härter, als die niederländische Rheinflotte genauso groß war wie die der anderen Rheinanlieger (einschließlich Belgien) zusammen; obendrein war sie stark abhängig vom deutschen Transportangebot. Trotz vielfältiger bilateraler (und multilateraler) Verhandlungen war es in den frühen fünfziger Jahren nicht gelungen, hier eine Regelung zu finden.

Nicht alle der oben genannten Bereiche waren genauso wichtig oder hatten gleich viel mit der Besatzungszeit zu tun. Insgesamt machten sie jedoch deutlich, daß der bilaterale Normalisierungsprozeß Mitte der fünfziger Jahre auf der ganzen Linie festgefahren war. Bei einer Lösung der materiellen Fragen wie den Grenzkorrekturen, der Ems-Dollart-Frage, den Traktatländereien und der Rückgabe der Auslandsbonds lagen die Positionen von Bonn und Den Haag noch zu weit auseinander. Die Niederlande verlangten ein Entgegenkommen Deutschlands und den Ausgleich wenigstens eines Teils der historischen Schuld durch eine großzügige Geste. Aus niederländischem Blickwinkel blieben diese Gesten aber aus, was die Hartnäckigkeit, mit der Den Haag an seinen Grundpositionen festhielt, nur noch steigerte. So betrachtet konnte sogar die deutsche Haltung hinsichtlich der Rheinschifffahrt als ein Beweis für die geringe deutsche Bereitschaft gelten, ‚etwas gutzumachen‘. Dieses Gefühl wurde für die niederländische Seite weiter verstärkt durch die deutsche Haltung hinsichtlich immaterieller Fragen (NS-Verbrecher, die entkommenen Gefangenen von Breda). „Auf deutscher Seite soll man nicht allzusehr vergessen, was sie vor zehn Jahren getan haben“, forderte Außenminister Beyen im Mai 1954 im Ministerrat, und dieser Satz enthielt den von vielen geteilten Vorwurf, daß in Deutschland genau dies geschah.²⁶ Aus niederländischer Perspektive hatte Den Haag außerdem das moralische Recht, den Weg der bilateralen Normalisierung zu bestimmen, wobei die Bundesregierung sich darüber im klaren sein mußte, daß Zugeständnisse der niederländischen Seite nicht mehr als Gesten sein konnten.

Wie oben bereits erwähnt, strebten die Niederlande nach getrennten Verhandlungen über Teilbereiche und wollten vermeiden, daß alles an einem Verhandlungstisch – in einer General-

bereinigung – geklärt würde. Denn dann würde die Bundesrepublik ihre Forderungen leichter vorbringen können (Rückgabe der Grenzkorrekturgebiete ohne Konzessionen im Ems-Dollart-Gebiet, Traktatländereien usw.), und dies würde das Endergebnis in einem für die Niederlande ungünstigen Sinn beeinflussen können. Außerdem würde eine Koppelung aller Probleme den Charakter der Verhandlungen verändern: Sie wären mehr zu einem beiderseitigen Geben und Nehmen geworden, was im Gegensatz zu der niederländischen Ansicht stand, daß Deutschland moralisch und materiell etwas gutzumachen hatte. Darin lag der wichtigste Grund, daß die Niederlande den deutschen Vorschlag vom Mai 1954, über eine Generalvereinbarung zu verhandeln, abgelehnt hatten.

Das Problem war allerdings, daß ein Festhalten an getrennten Regelungen für jeden Teilbereich ebenfalls keine Aussicht auf ein positives Ergebnis bot. Gefühlsmäßig mochte es befriedigend sein, bei der Form der Verhandlungen keine Zugeständnisse zu machen, aber einer fairen Einzelregelung war man damit keinen Schritt näher gekommen. Hinzu kam, daß die Niederlande mit ihren Forderungen gegenüber Deutschland ziemlich allein standen. Im Gegensatz zu Belgien, Luxemburg und Frankreich unterstanden ihrer Verwaltung noch relativ große und dichtbevölkerte Grenzkorrekturgebiete, nur die Niederlande hatten 1945 im Grenzgebiet umfangreiche Traktatländereien beschlagnahmt, und im Gegensatz zu den anderen Ländern waren die Niederlande gegen eine großzügige Freilassungspolitik hinsichtlich der deutschen Kriegsverbrecher. Durch die Aufhebung der Devisengrenze zwischen den Niederlanden und Deutschland 1941 hatte außerdem die Ausplünderung ein größeres Ausmaß als in anderen westlichen Ländern angenommen. Dem stand zwar gegenüber, daß nirgendwo soviel deutsches Vermögen wie in den Niederlanden beschlagnahmt worden war, aber dies hatte wiederum zur Folge, daß die deutschen Forderungen an die Adresse der Niederländer ebenfalls umfangreicher waren. Kurz – die Niederlande befanden sich in einer Sonderstellung, und nichts wies darauf hin, daß Den Haag von den Westmächten Unterstützung erhalten würde, um Bonn unter Druck zu setzen. Außerdem konnte man davon ausgehen, daß mit zunehmender Dauer die niederländische Verhandlungsposition immer schwächer würde. Schließlich war das ‚Wirtschaftswunder‘ in Gang gekommen, und die Bundesrepublik war mit der Ratifizierung der Pariser Verträge im Mai 1955 zu einem beinahe

gleichberechtigten Partner in der westlichen Gemeinschaft geworden. Obwohl die niederländische Regierung diese Entwicklung zur Gleichberechtigung von Beginn an unterstützt hatte, wurden die Konsequenzen für das bilaterale Verhältnis nicht ohne Irritation kommentiert. So meinte Finanzminister J. van der Kieft im Juni 1955 im Ministerrat, mit der Bundesregierung sei seit der Wiedererlangung der Souveränität „nicht mehr viel“ anzufangen, und Luns sprach sogar von der „bösen Absicht“ der Deutschen, die glaubten, sich nun wieder „viel erlauben zu können“.²⁷

So nah der Krieg in mancher Hinsicht noch sein mochte, als Druckmittel gegenüber Bonn konnte die Besatzungszeit nur an Kraft verlieren. Obwohl man dies im Außenministerium durchaus einsah, hielt die niederländische Regierung auch nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai 1955 an der alten Verhandlungsstrategie fest. Von Bonn aus plädierte der niederländische Botschafter Lamping im September 1955 für einen anderen Weg. Anlaß seiner Intervention war der Wunsch des deutschen Außenministers Heinrich von Brentano, in die Niederlande zu reisen und die bilateralen Gespräche dort wieder aufzunehmen, wo sie seit dem Besuch Blankenhorns im Mai 1954 steckengeblieben waren. Die Niederlande, so der Botschafter, seien von der Bundesrepublik stets „sehr konsequent und effizient mit leeren Versprechungen abgespeist worden“, wenn sie ihre Wünsche vorgebracht hätten. Ob es nun um die Rückgabe der Auslandsbonds, die Rheinschiffahrt, die Grenzfragen oder die entkommenen ‚Sieben von Breda‘ ging, in keinem einzigen Bereich hätten die Niederlande bis dahin „ein Bein auf den Boden bekommen“. Nachdem Bundeskanzler Adenauer sich bis 1955 vor allem auf eine Verbesserung der multilateralen Stellung der Deutschen konzentriert habe, werde von Brentano als neu ernanntem Minister viel daran gelegen sein, in den bilateralen Beziehungen Fortschritte zu erzielen. Mit anderen Worten: Die Zeit sei reif, um positiv auf seine Initiative einzugehen, umso mehr, da mit dem Verstreichen der Jahre die niederländische Verhandlungsposition weiter geschwächt werde, so Lamping. Konkret bedeutete dies die Einbringung der Grenzkorrekturen in Gespräche über alle offenen Fragen mit dem Ziel, deutsche Zugeständnisse auf anderen Feldern zu erlangen.

Lampings „ausgesprochene Vorliebe“ für das „Eintopfverfahren“²⁸ führte in Den Haag allerdings nicht zu einer Wende in der Haltung gegenüber einer Generalvereinbarung. Natürlich war von Brentano in Den Haag willkommen, aber trotz der veränderten

internationalen Stellung der Bundesrepublik und der fortgeschrittenen Zeit strebten die verantwortlichen Minister Luns und Beyen keineswegs einen Durchbruch an. Aus innenpolitischen Gründen betrachtete man im Außenministerium einen offiziellen Besuch des deutschen Ministers sogar als „höchst ungelegen“. In den Niederlanden sollten 1956 Wahlen stattfinden, und für das Kabinett war es „sehr beschwerlich“, um in seinem letzten Amtsjahr diese „so empfindliche Frage“ tatkräftig aufzugreifen. Sollte es tatsächlich zu einem Besuch kommen, müßte das Ergebnis auf eine Bestandsaufnahme der zu behandelnden Fragen beschränkt bleiben. Daß man damit nicht viel mehr tat als die Probleme zu verschieben, sah man zwar ein, aber unter den gegebenen Umständen wurde dies Ende 1955 als die einzig mögliche Lösung angesehen.²⁹ Deshalb verwundert es nicht, daß der Besuch von Brentanos Anfang März 1956 tatsächlich über das Niveau einer *tour d'horizon* nicht hinauskam, bei der beide Seiten die inzwischen bekannten Standpunkte nur wiederholten.

Auch nach den niederländischen Parlamentswahlen und der langwierigen Kabinettsbildung 1956 machte die Meinungsbildung im Ministerium jedoch keine wesentlichen Fortschritte. Alle mit der Bundesrepublik zu regelnden Fragen waren in den Jahren zuvor immer wieder durchgesprochen worden, aber es fehlte an politischer Planung und einer klaren Antwort auf die deutschen Vorschläge. Inzwischen hatten Dänemark (1955), Belgien, Griechenland und Jugoslawien (1956) reinen Tisch mit Deutschland gemacht, und die Bundesrepublik hatte einen großen Erfolg bei der Abstimmung im Saarland verbuchen können.³⁰ Natürlich blieb eine Normalisierung im Verhältnis zu den Niederlanden auch ein deutsches Interesse, aber – so der erneut warnende Lamping im Dezember 1956 – „die Zeit ist ... vorbei, daß die Deutschen eine Regelung mit den ehemals feindlichen Niederlanden als einen großen Erfolg betrachten würden“. Erneut trat er für eine kohärente niederländische Strategie und die gleichzeitige Besprechung des gesamten Komplexes gegenseitiger Forderungen ein. „Gute Analyse“, vermerkte Luns zu dieser Empfehlung des Botschafters, aber seine Haltung schien dadurch nicht wirklich beeinflusst zu werden.³¹ Zwar sollten einige Monate später, im April 1957, Gespräche über eine Generalvereinbarung in Gang kommen, aber von einer tatsächlichen Veränderung in der niederländischen Verhandlungsstrategie sollte vorerst noch keine Rede sein.

Die Generalbereinigung (1957–1963),
Staatsbesuche (1969, 1971) und
Begnadigung deutscher Nazi-Verbrecher (1964–1989)

Beginn der Verhandlungen

Im Dezember 1956 ergriff von Brentano erneut die Initiative zu Gesprächen, und diesmal änderten die Niederlande ihre Meinung. Anfang 1957 hielt man es im Außenministerium sogar für wichtig, „so rasch wie möglich“ mit Deutschland zu einer Regelung zu gelangen.¹ Auf einmal hatten es die Niederlande eilig und wollten innerhalb weniger Monate eine Übereinkunft erzielen. Angesichts der bevorstehenden Bundestagswahlen vom September 1957 sollte der Augenblick maximaler deutscher Konzessionsbereitschaft gekommen sein. Nach den Übereinkünften der Bundesrepublik mit Belgien und Frankreich könne das innenpolitische Prestige der Bundesregierung durch ein Abkommen mit den Niederlanden weiter gesteigert werden, hieß es nicht ohne Selbstüberschätzung in der Vorlage für den Ministerrat, in der die Aufnahme von Verhandlungen vorgeschlagen wurde. Außerdem hielt man die Chancen Adenauers auf einen Wahlsieg im September 1957 für nicht allzu groß, und von einer Regierung unter Beteiligung der SPD seien weniger Zugeständnisse zu erwarten. Schließlich orientierten sich die deutschen Sozialdemokraten weniger nach Westen und würden deswegen auch an einer Verbesserung der Beziehungen zu den Niederlanden weniger Interesse haben. Deswegen hatte Den Haag „großes Interesse“ am Zustandekommen einer Regelung noch vor den Bundestagswahlen. „Unter Berücksichtigung unserer äußerst wichtigen Handelsbeziehungen zur Bundesrepublik und dem guten Einvernehmen im multilateralen Zusammenhang“, so Luns in seiner Aufzeichnung für das Kabinett, „erscheint es mir wünschenswert, kurzfristig auf die deutsche Initiative einzugehen“.²

So geschah es, und bei seinem Besuch in Bonn Anfang März 1957 vereinbarte Luns mit von Brentano, dem Bundestag noch vor

der Sommerpause jenes Jahres eine allgemeine Übereinkunft zur Ratifizierung vorzulegen.³ Obwohl Den Haag nun also auf ein baldiges Zustandekommen einer Generalbereinigung zusteuerte, stand die Instruktion für den niederländischen Delegationsleiter der Verwirklichung eines solchen Plans im Weg. Das Kabinett hielt nämlich an der Forderung nach deutschen Konzessionen im Ems-Gebiet im Austausch gegen die Rückgabe der Grenzkorrekturgebiete um Elten und Tudderden fest. Gerade an diesem Junktim hatten sich seit den frühen fünfziger Jahren die Gespräche stets festgefahren, und es wies nichts darauf hin, daß sich die deutsche Haltung in dieser Sache geändert hatte. Den Haag überschätzte das Interesse Bonns an einer raschen Generalbereinigung und sollte sich erneut so in dieser Frage festbeißen, daß die Verhandlungen wieder ins Stocken gerieten, noch bevor sie richtig in Gang gekommen waren. Die anderen Elemente der Instruktion für den Regierungskommissar für deutsche Angelegenheiten, zu dem inzwischen Ex-Minister Beyen ernannt worden war, waren weniger problematisch. Als Ausgangspunkt für eine umfassende Rückgaberegulation dachte man an eine Gesamtsumme von 200 Mio. Gulden. Auf deutschen Wunsch hin sollte auch eine endgültige Lösung der Traktatländerfrage möglich sein, während die Niederlande eine Regelung der Rheinschiffahrt fordern wollten. Schwieriger war dagegen die Frage der Wiedergutmachung für Opfer des Nationalsozialismus.⁴

Im Hinblick auf den letzten Punkt verfolgten die Niederlande eine doppelte Strategie. Im Januar 1956 hatten acht europäische Länder (die Benelux-Staaten, Frankreich, Großbritannien, Dänemark, Norwegen und Griechenland) auf niederländische Initiative hin die Bundesregierung unter politischen und moralischen Druck gesetzt, indem sie gemeinsam gegen die deutsche Gesetzgebung in dieser Sache (Bundesergänzungsgesetz und Bundesentschädigungsgesetz) protestierten. Diese Gesetze sahen nämlich eine Entschädigung nur für diejenigen vor, die aus rassistischen, religiösen oder politischen Gründen in Deutschland (in den Grenzen von 1937) verfolgt worden waren und schloß damit viele Ausländer aus. Außer diesem multilateralen Weg verfolgten die Niederlande seit Anfang 1957 auch einen bilateralen Weg, indem sie die Wiedergutmachung in die Gespräche über eine Generalbereinigung einbrachten.⁵ Auf deutscher Seite mußte dies zu größter Vorsicht führen, da Zusagen im bilateralen Zusammenhang sofort Folgen

für die anderen sieben Staaten gehabt hätten, die in Bonn eine Protestnote eingereicht hatten.

Nachdem Beyen und sein deutscher Gegenspieler Professor Erich Kaufmann Anfang April 1957 die Verhandlungen über eine Generalbereinigung aufgenommen hatten, wurde schnell deutlich, daß ein rasches Ergebnis eine Illusion war. Es erwies sich als problematisch, daß die Niederlande nun zwar bereit waren, alle Teilbereiche in einer abschließenden Regelung unterzubringen, ihre Verhandlungsstrategie aber im Vergleich zu den Jahren 1949–1957 praktisch unverändert geblieben war. Die niederländischen Forderungen in bezug auf den Grenzverlauf in der Ems-Mündung bzw. eine Verlegung der Grenze im Dollart bis an die deutsche Küste hatten weiterhin Vorrang, und so verstrich der Sommer 1957 ohne Fortschritte. Gewiß waren eine Reihe von Unterausschüssen gebildet worden, und verschiedene Verhandlungsrunden hatten stattgefunden, aber von einem energischen Streben nach einem baldigen Ergebnis war schon bald nichts mehr zu spüren. Obwohl Adenauer und von Brentano beide zu erkennen gaben, an zügig verlaufenden Verhandlungen interessiert zu sein, erwiesen sich die bevorstehenden Bundestagswahlen eher als Bremse denn als Stimulans für das Verhandlungstempo. Insoweit Bonn zu Zugeständnissen in der Ems-Dollart-Frage bereit war, wurde diese Bereitschaft mit den Wahlen vor der Tür sicher nicht größer. Die Regierung von Niedersachsen übte außerdem fortwährend Druck auf Bonn aus, keine Zugeständnisse zu machen. Als nachteilig für die Niederlande erwies sich in diesem Zusammenhang, daß die Grenzkorrekturgebiete um Elten und Tudderden, um deren Rückgabe es ging, nicht zu Niedersachsen, sondern zu Nordrhein-Westfalen kommen sollten. Mit anderen Worten: Mit dem territorialen ‚Faustpfand‘ konnte Den Haag einen gewissen Druck auf Bonn (oder Düsseldorf) ausüben, nicht aber auf Hannover.

Die Gespräche zwischen Beyen und Kaufmann gerieten außerdem völlig in eine Sackgasse, weil das Auftreten Kaufmanns bei der niederländischen Seite heftige Irritationen hervorrief. Die Niederländer waren davon ausgegangen, daß Kaufmann ein wohlwollender Gesprächspartner sei, weil er jüdischer Herkunft war und während des Zweiten Weltkriegs in den Niederlanden als Illegaler untergetaucht war. Doch diese Annahme stellte sich als ein Trugschluß heraus, denn Kaufmann entpuppte sich in ihren Augen als ein ganz besonders unbeugsamer Unterhändler. Bereits Anfang August 1957 gab Beyen in seinem ersten Bericht für den Minister-

rat zu verstehen, in weiteren Gesprächen mit Kaufmann „kein Heil“ mehr zu sehen.⁶ In den folgenden Monaten sank das Verhältnis zwischen den beiden Delegationsleitern auf einen Tiefpunkt. Nach Ansicht Beyens war Kaufmann „aggressiv und autoritär“, und der Ex-Minister sah sich keineswegs als den „besten Resonanzkörper für diese Klangfarbe“. Daß Beyen außerdem seinem Gegenspieler mit seinem „freundlichsten Lächeln“ gesagt hatte, er müsse „scheinbar sehr lange Professor gewesen“ sein, um ihm gegenüber einen Ton anzuschlagen, als ob er – Beyen – „einer seiner Schüler sei, der einen Fehler in seinen Hausaufgaben gemacht hatte“, verdeutlicht, daß das Verhältnis zwischen den beiden Unterhändlern Fortschritte blockierte.⁷ Kaufmann, so Beyen Ende Oktober 1957, „hat nun einmal recht, hat immer recht gehabt, hat immer vernünftige Vorschläge gemacht, und wehe demjenigen, der seine Vorschläge nicht akzeptiert oder seine Instruktionen nicht befolgt: es wird ihm schlecht ergehen, aber das hat er nur sich selbst zuzuschreiben“.⁸ Zur selben Zeit ließ auch Außenstaatssekretär Ernst van der Beugel in einem Gespräch mit seinem deutschen Kollegen Hallstein wissen, „daß Kaufmann so wie ein deutscher Nationalist im Jahre 1928 verhandelte und ... daß dies in die heutige Atmosphäre nicht mehr paßte“. Hallstein seinerseits äußerte scharfe Kritik an Beyen, und ebenso wie van der Beugel betrachtete er es als wünschenswert, Beyens bevorstehende Ernennung zum niederländischen Botschafter in Paris zum Anlaß zu nehmen, auch auf deutscher Seite einen neuen Verhandlungsführer zu ernennen.⁹

Dennoch sollte es unter Beyen und Kaufmann noch einen Schritt vorwärts gehen, nachdem von deutscher Seite hinsichtlich der Ems-Frage der Begriff des ‚Strombaugebietes‘ eingeführt worden war. Dies hatte zum Ziel, vorläufig den prinzipiellen Rechtsstreit über den Grenzverlauf beiseite zu lassen und sich auf die Frage zu konzentrieren, wie eine gemeinsame Herrschaft über das umstrittene Gebiet konkret aussehen konnte. Beyen, der Ende August bereits intern für eine sanftere Haltung in der Grenzfrage plädiert hatte¹⁰, empfahl nun dem Kabinett, diesen Weg weiterzuverfolgen und die Forderung nach der Talweggrenze nicht länger aufrechtzuerhalten. Es gebe nicht nur „keinerlei Chance“, dafür die Zustimmung der Deutschen zu bekommen; wichtiger sei, daß nun eine Übereinkunft in Reichweite zu kommen schien, die die niederländischen Interessen an der Ems ausreichend sicherte. Außerdem – und das war eine bemerkenswerte Aussage, nachdem

die Niederlande jahrelang die Anerkennung der Talweggrenze als unumstößliche Voraussetzung verfochten hatten – hielt Beyen diese Grenze für „schwer zu verteidigen“, weil dadurch Teile der Ems unter niederländische Souveränität kommen würden und Den Haag die Kosten der wasserwirtschaftlichen Arbeiten zu übernehmen gehabt hätte, die es bis jetzt nicht getragen hatte und auch nicht tragen wollte. Eine Übereinstimmung über den Verlauf der sogenannten Strombaugebiete schien möglich und damit – so Beyen, der Ende 1957 plötzlich optimistisch gestimmt war – auch über die Absteckung eines Grenzverlaufs entlang dieser Linien. Damit schien die größte Kluft zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik überbrückt zu sein und eine Generalbereinigung in Reichweite – auch, weil auf den anderen Gebieten pragmatische Regelungen möglich erschienen.¹¹

Beyens Plädoyer, auf dieser Basis weiterzuverhandeln, wurde im Kabinett aber kühl aufgenommen. J. Algera, Minister für Verkehr und Wasserwirtschaft, stellte verärgert fest, daß „die Deutschen bei diesen Verhandlungen grenzenlos fordernd“ seien und fragte sich, ob „die Niederlande eigentlich soviel Bedürfnis ... an einer Generalbereinigung“ hätten. Ebenso wie sein Kollege vom Wohnungsbau, Minister H.B.J. Witte, bekam er den Eindruck, daß die Niederlande zuviele Zugeständnisse machten, während doch eigentlich Deutschland ihnen entgegenkommen müßte. Beyen habe sich als ein zu weicher Unterhändler erwiesen und sich zu sehr mit der deutschen Position identifiziert. Ministerpräsident Drees hatte „dasselbe unbehagliche Gefühl“ wie Witte, neigte allerdings dazu, unter der Bedingung einer akzeptablen Absteckung der Strombaugebiete die alten Forderungen in bezug auf den Grenzverlauf in der Ems fallenzulassen.¹² Luns stand dieser Idee dagegen „fröstelnd“ gegenüber und wollte vorläufig an der Talweggrenze festhalten. Bleibe die Bundesrepublik bei der Ablehnung dieser niederländischen Forderung, müsse man „die Dinge noch einmal betrachten“.¹³ Dies war eine bemerkenswerte Halsstarrigkeit eines Ministers, der doch seit Jahren hätte feststellen können, daß auf diese Weise jeder Fortschritt blockiert war.

Der Tenor der Diskussion im Ministerrat war bezeichnend für die Art und Weise, wie die niederländische Seite von 1949 bis zu den Ratifizierungsdebatten über die Generalbereinigung 1963 alle Verhandlungen mit der Bundesrepublik über aus dem Krieg herührende Fragen kommentierte: Die Deutschen seien sich ihrer Schuld, die sie sowohl materiell als auch immateriell zu begleichen

hätten, zu wenig bewußt und trügen damit die Verantwortung für den trägen Verlauf der Gespräche. Seit die Verhandlungen über die Generalbereinigung im April 1957 begonnen hatten, war es nach Ansicht der Niederländer vor allem Kaufmann gewesen, der mit seinem wenig diplomatischen Auftreten diese Haltung verkörpert hatte. Infolgedessen wurde die niederländische Regierung in ihrer Haltung nur noch bestärkt, vor allen Dingen „nicht zu nachgiebig“ zu erscheinen, wie Ministerpräsident Drees es im Januar 1958 im Ministerrat ausdrückte.¹⁴ Dennoch überwog der Realismus, und im selben Monat stimmte der Ministerrat auf Fürsprache des Ministerpräsidenten dem Vorschlag Beyens doch zu, auf der Grundlage der sogenannten Strombaugebiete weiterzuverhandeln. Im Mittelpunkt sollte der Zugang für Seeschiffe nach Delfzijl und eine für die Niederlande möglichst günstige Verteilung der finanziellen Lasten stehen. Damit hatten die Niederlande ihre Forderung nach der Talweggrenze in der Ems zwar nicht aufgegeben, aber doch erstmals ein prinzipielles Zugeständnis gemacht. So wurde kurz vor Beyens Ernennung zum Botschafter in Paris die Tür zu einer Lösung des Emsstreites doch noch einen Spalt weit geöffnet.

Nachdem das niederländische Kabinett den Begriff und das dahinter stehende Konzept der Strombaugebiete akzeptiert hatte, ging es um die Frage, inwiefern eine Übereinstimmung hinsichtlich der Verteilung der Gebiete erreicht werden konnte. Das niederländische Entgegenkommen hing von deutschen Zugeständnissen bei der Abgrenzung der Gebiete ab, aber für die Bundesregierung, die unter starkem Druck aus Niedersachsen stand, bildete der Status quo den Ausgangspunkt. Dies bedeutete, daß das Problem nur einen anderen Namen erhalten hatte, ansonsten aber unverändert fortbestand: Auf deutscher Seite fürchtete man negative Konsequenzen für die Zukunft Emdens, wenn die Niederlande Handlungsfreiheit erhielten und zur Verbesserung des Zugangs zu Delfzijl wasserwirtschaftliche Arbeiten ausführten. Die Niederlande wünschten ihrerseits eine Garantie für die Groninger Hafencity, aber eine solche Garantie hätte möglicherweise wieder Folgen für Emden gehabt. Infolgedessen waren die Gespräche schon bald erneut festgefahren.

Auch in anderen Bereichen befanden sich Beyen und Kaufmann nach insgesamt 29 Treffen Ende Januar 1958 noch in der Anfangsphase. Angesichts der Koppelung mit der Ems-Dollart-Frage war das Gespräch über die Grenzkorrekturen noch kaum in Gang gekommen. Auf finanziellem Gebiet waren Beyen und Kaufmann

im Juni 1957 übereingekommen, eine Abfindungszahlung für die verschiedenen niederländischen Forderungen anzustreben, aber deren Höhe war bis zum Beginn des Jahres 1958 noch kein Thema der Gespräche gewesen. Hinsichtlich der Entschädigung der Opfer des Nationalsozialismus hatten die Niederlande im Sommer 1957 ihre Vorstellungen spezifiziert und eine Forderung von 125 Mio. DM auf den Tisch gelegt. Aber auch hier war noch kein Fortschritt erzielt worden, weil die Bundesregierung über ihre Haltung zu der oben genannten Wiedergutmachungs-Note der acht europäischen Länder noch nicht entschieden hatte. In bezug auf die Rheinschiffahrt hatte die Bundesrepublik noch nicht die von den Niederlanden geforderte Zusage gegeben, daß die bestehenden Möglichkeiten für die Teilnahme am innerdeutschen Verkehr nicht zum Nachteil der Niederlande geändert würden und daß beide Parteien den Internationalen Gerichtshof um ein Urteil bitten sollten. Schließlich war man in der Frage der Traktatländereien ebenso wenig weitergekommen.¹⁵

Stillstand

Der Weggang Beyens nach Paris und die enttäuschende Bilanz der bisherigen Verhandlungen veranlaßten Luns, Anfang April 1958 seinem deutschen Kollegen vorzuschlagen, die Gespräche stärker auf Ministerebene zu konzentrieren.¹⁶ Dies war aus niederländischer Sicht kein unvernünftiger Schritt. Von Brentano schien niederländischen Wünschen zugänglich zu sein, hatte sich bis dahin aber nur aus der Ferne mit den Verhandlungen befaßt.¹⁷ Außerdem hätte so der „dickköpfige“ Kaufmann auf elegante Weise von der Bühne verschwinden können, auch wenn natürlich die Gefahr bestand, daß er der „böse Geist hinter den Kulissen“ bleiben würde.¹⁸ Tatsächlich ließ von Brentano Luns im Mai 1958 wissen, daß auch er finde, daß Kaufmann „nicht der richtige Unterhändler“ sei und die deutsche Delegation sich bis jetzt „zu starr“ verhalten hätte.¹⁹ Damit waren die Tage Kaufmanns als Leiter der deutschen Delegation gezählt. Im September 1958 wurde Rudolph Lahr sein Nachfolger.

Aber auch der intensivere Ministerkontakt, der im Frühjahr 1958 in Gang kam, beschleunigte das Tempo der Verhandlungen nicht. Luns erhöhte den moralischen Druck auf Deutschland, indem er Anfang Mai seinen Kollegen noch einmal darauf hinwies,

daß die niederländische Seite „zu Recht von dem Gedanken ausgehe, daß Deutschland die Gelegenheit gegeben wird, etwas gutzumachen von dem enormen geistigen und materiellen Leid“, das den Niederlanden während des Krieges angetan worden war. Wenn die Bundesrepublik „nicht in diesen Umständen Rechnung tragendes Angebot“ mache, so verdeutlichte Luns von Brentano, müsse ein Festlaufen der Gespräche befürchtet werden.²⁰ Nachdem im Jahre 1957 die niederländische Vorbedingung der Talweggrenze in der Ems die Verhandlungen erschwert hatte, tauchte nun eine neue Vorbedingung auf, die die Verhandlungen sogar völlig zum Stillstand bringen würde. In einem Gespräch mit von Brentano in Den Haag machte Luns im Juni 1958 eine zufriedenstellende Regelung der Wiedergutmachung zur *conditio sine qua non* für das Zustandekommen einer Generalvereinbarung. Über die Höhe der Summe konnte es keinen Zweifel geben: die bereits 1957 von Beyen genannten 125 Mio. DM, ein Betrag, der anhand der Kriterien des Bundesentschädigungsgesetzes auf einer sehr allgemeinen Schätzung der Anzahl der in den Niederlanden Verfolgten beruhte. Diese neue Vorbedingung bedeutete, daß die Gespräche über andere Teilbereiche unterbrochen werden sollten, bis man über die Entschädigung eine Übereinstimmung erzielt hatte. Mit dieser Forderung entschieden sich die Niederlande endgültig für eine bilaterale Lösung der Wiedergutmachung und gaben die bis dahin verfolgte Doppelstrategie eines sowohl multilateralen als auch bilateralen Ansatzes auf.

Trotz dieses neuen Hindernisses für eine echte Belebung der Verhandlungen erzielten Luns und von Brentano in ihrem Haager Gespräch vom Juni 1958 jedoch einen Fortschritt. Für die Ems-Dollart-Frage sollte nun endgültig nach einer pragmatischen Lösung gesucht werden. War die niederländische Regierung im Januar 1958 noch davon ausgegangen, daß Gespräche über die Strombaugebiete in der Ems zur Festlegung einer Grenze in diesem Gebiet führen würden, ging man nun noch einen Schritt weiter und vereinbarte, daß der Grenzverlauf kein Teil der Generalvereinbarung sein sollte. Beide Parteien sollten an ihrem Rechtsstandpunkt festhalten und die Grenzfrage eventuell in einer späteren Phase dem Internationalen Gerichtshof oder einem deutsch-niederländischen Schiedsgericht vorlegen. Nachdem nun die Ausarbeitung einer gemeinsamen Verwaltung das Ziel geworden war, war diesem Problem, das sich jahrelang hingezogen hatte, der

Stachel gezogen und seine Lösung zu einer technischen Frage geworden.²¹

Obwohl von deutscher Seite vorgeschlagen wurde, in Erwartung eines Abkommens über die Wiedergutmachung auf technischer Ebene über andere Teilfragen weiterzuverhandeln, hielten die Niederlande strikt an der neuen Vorbedingung fest. Wenn die Unterausschüsse ihre Arbeit fortsetzen würden, so befürchtete das Außenministerium, sei es für die Deutschen leicht, die Frage der Wiedergutmachung in die Länge zu ziehen. „Wir dürfen keine Zugeständnisse machen“, so meinte Anfang Juli 1958 der Chef der Europa-Abteilung, H.J. Levelt, der zusammen mit dem Generaldirektor für politische Angelegenheiten, van Houten, auf der Beamtenebene die Gespräche mit Deutschland koordinierte.²²

Nach dem jahrelangen Poker um die Grenze feilschte man seit dem Sommer 1958 ums Geld, genauer: um Wiedergutmachungsgeld. Nun war Bonn am Zug, und dort sorgte eine Pattsituation zwischen dem Außen- und dem Finanzministerium für eine Unterbrechung der deutsch-niederländischen Verhandlungen bis Ende 1958. Im Auswärtigen Amt war man bereit, auf die niederländischen Forderungen positiv zu reagieren. Gehe man auf die niederländischen Forderungen ein, verfüge man damit sogar über „einen wertvollen Präzedenzfall“ gegenüber den anderen sieben Ländern, die 1956 gegen die deutschen Wiedergutmachungsregelungen protestiert hatten. Demgegenüber sperrte sich Finanzminister Franz Etzel gegen eine Beschlußfassung, weil dadurch der ohnehin umfangreiche Etatposten der Entschädigung zu sehr gestiegen wäre.²³ In diesem internen Konflikt der deutschen Seite hatte das Auswärtige Amt durch die Unterstützung aus dem Kanzleramt die besseren Karten in der Hand. Bereits im Juni 1958 war im Auftrag Adenauers darauf hingewiesen worden, daß es in der Entschädigungsfrage „um die Stellung der Bundesrepublik in Westeuropa geht; hierfür sollten mehrere 100 Mio. DM oder gar einige Mrd. DM keine entscheidende Rolle spielen ... Auch bei den Verhandlungen mit Holland sollte man dem Vertragspartner durch großzügigste Angebote entgegenkommen; das wäre im Endergebnis sicherlich kein Verlustgeschäft“.²⁴ Schließlich wurde Ende Oktober – erneut auf Anweisung Adenauers – ein Durchbruch erzielt und (vorläufig) eine Gesamtsumme von 400 bis 500 Mio. DM für die acht Länder zusammen bereitgestellt.

Durchbruch

Nachdem diese Summe im großen und ganzen feststand, konnten auch die Gespräche mit den Niederlanden weitergehen. Dabei hielt man sich im Auswärtigen Amt weder an die oben zitierte Empfehlung Adenauers noch an die eigene, anfänglich wohlwollende Reaktion auf die niederländische Forderung von 125 Mio. DM. Statt dessen wurden den Niederlanden im Januar 1959 ca. 30 Mio. DM in Aussicht gestellt – mit der Folge, daß die Verhandlungen erneut äußerst mühsam verliefen. Im Ministerrat berichtete Luns im Januar und Februar 1959 praktisch wöchentlich über die „außerordentlich unbefriedigend“ verlaufenden Verhandlungen.²⁵ Luns ließ den deutschen Delegationsleiter Lahr wissen, daß eine Fortsetzung des Gesprächs auf dieser Grundlage „keinen Sinn“ habe, da er „so etwas weder in der Regierung noch im Parlament rechtfertigen“ wolle.²⁶ Um der Bundesregierung eine Erhöhung ihres Angebots zu erleichtern, teilte Den Haag mit, daß man bereit sei, den Wiedergutmachungsbetrag in der Gesamtsumme zu „verstecken“, die die Bundesrepublik bezahlen sollte (Pauschalsumme). Die anderen sieben Länder brauchten dann nicht genau zu wissen, wieviel die Niederlande bekommen hatten, so daß die Bundesregierung keine Präcedenzwirkung befürchten müsse. Inzwischen ging man im Auswärtigen Amt von je ca. 100 Mio. DM an individueller Entschädigung für die Niederlande, Frankreich und Griechenland aus, und so konnte Lahr von Brentano vorschlagen, den Niederlanden eine Pauschalsumme von 200 Mio. DM anzubieten (100–125 Mio. Wiedergutmachung und 75–100 Mio. für die anderen Forderungen). Als Obergrenze, „bei der eine Generalbereinigung für uns noch interessant ist“, sei an 225 Mio. DM zu denken.²⁷ Nachdem die Bundesregierung im März 1959 diesen Vorschlag Lahrs übernommen hatte und den Niederlanden eine Gesamtsumme von 200 Mio. DM angeboten hatte, rückte ein Ergebnis in greifbare Nähe. Gewiß, die in diesem Betrag enthaltenen 75 Mio. DM für die übrigen finanziellen Forderungen waren für die Niederlande „selbstverständlich vollkommen inakzeptabel“, wie Luns dem niederländischen Botschafter in Bonn mitteilte.²⁸ Aber die Standhaftigkeit bei der Wiedergutmachung hatte Wirkung gezeigt: Knapp zwei Jahre, nachdem Beyen die 125 Mio. DM erstmals in die Verhandlungen eingebracht hatte, hatten sich die Niederlande genau diese Summe gesichert.

Nachdem die Vorbedingung der Wiedergutmachung erfüllt war, hatten die Niederlande ihren wichtigsten Trumpf allerdings auch ausgespielt, und nun war es an Deutschland, Druck auszuüben. Luns versuchte zwar wiederholt, mit moralischen Argumenten weitere deutsche Zugeständnisse zu erreichen, aber in den wiederaufgenommenen Verhandlungen hatten die Deutschen die besseren Karten. Auf der niederländischen Seite dauerte es eine Weile, bevor man sich dessen bewußt wurde, aber Lahr erkannte dies genau und betrachtete es als einen Erfolg seiner Verhandlungsstrategie. „Nach dem Grundsatz: schaffe dir einen Ruf und ruhe dich darauf aus, habe ich den Niederländern in der ersten Verhandlungsrunde ihren Hauptwunsch erfüllt“, schrieb er im Sommer 1959 an seinen Bruder: „Seitdem bin ich der verständnisvolle Unterhändler, der sich Hartnäckigkeit an anderen Stellen erlauben darf“.²⁹ Konkret bedeutete dies, daß Lahr rasch deutlich machte, daß für Deutschland die Rückgabe aller bewohnten Grenzkorrekturgebiete eine absolute Voraussetzung war und daß auch die Bundesrepublik die Verhandlungen scheitern lassen konnte. Im Sommer 1958 hatte Luns gegenüber von Brentano noch das „Mißverständnis“ ausgeräumt, daß die Niederlande bereit seien, über alle Grenzkorrekturen zu reden, und er hatte festgestellt, daß nur Elten und Tudderens für eine Rückgabe in Frage kämen.³⁰ Diesen Standpunkt mußte man nun aufgeben, um so mehr, da auch Luns inzwischen anerkennen mußte, daß ein Scheitern der Verhandlungen für die Niederlande ein größerer Nachteil als für die Bundesrepublik wäre: An Entschädigung für die NS-Opfer würde man in diesem Fall nichts oder einen viel kleineren Betrag erhalten, und auch die anderen finanziellen Forderungen würden verlorengehen. Auch die inzwischen erzielte Übereinkunft in der Ems-Dollart-Frage, die wichtige Garantien für Delfzijl enthielt und zu einer grundsätzlich gleichberechtigten Stellung in der Emsmündung führte, wäre dann wieder aufgehoben.³¹ So sahen sich die Niederlande gezwungen, auch andere Grenzkorrekturgebiete in die Gespräche einzubeziehen, mit der Folge, daß am Ende 94% aller Grenzkorrekturgebiete an die Bundesrepublik übergeben werden sollten.

In finanzieller Hinsicht wurde im zweiten Halbjahr 1959 der Abstand zwischen den beiden Parteien allmählich kleiner. Zu Beginn der Verhandlungen 1957 hatten die Niederlande zur Bedienung der finanziellen Forderungen 222 Mio. DM angestrebt, exklusive der 125 Mio. DM für die Wiedergutmachung. Zählt man

Teil 2 Ein Strich unter die Vergangenheit?

die anderen Posten hinzu, dann sahen die gesamten niederländischen Forderungen im Frühjahr 1959 wie folgt aus:³²

- Wiedergutmachung NS-Opfer	DM	125.000.000
- Auslandsbonds, Kredite	DM	222.000.000
- Rückgabe der Investitionen in Elten/Tudderden	DM	19.000.000
- Restsumme RM-Abkommen 1952	DM	14.000.000
- Entschädigung Niederländische Gesandtschaft Berlin	DM	3.300.000

	DM	383.300.000

Im Sommer 1959 waren die Niederlande schon auf einen Betrag von 290 Mio. DM zurückgegangen. Um die Bundesrepublik so nah wie möglich an diese Summe heran zu bekommen, zog Luns noch einmal alle Register. In einer Besprechung, die er mit von Brentano und Etzel führte, soll er die deutschen Minister angefahren haben: „Was glauben Sie eigentlich! Sie denken, daß Sie hier gleichberechtigt sitzen, aber da irren Sie sich. Wir sind zu höflich, um es zu sagen, aber Sie sprechen hier als Besiegter mit dem Sieger. Wir sind der Sieger! Was denken Sie!“³³ Im November 1959 einigten sich Finanzminister Zijlstra und sein deutscher Kollege Etzel schließlich auf 275 Mio. DM. Ebenso wie bei der Wiedergutmachung war es Adenauer gewesen, der eine entgegenkommende deutsche Haltung angestrebt hatte. Kurz vor diesem Treffen der beiden Finanzminister hatte er Etzel zu einer Erhöhung des Angebots gedrängt, da sich dies sicher „anderweitig gut bezahlt“ machen werde.³⁴ Daß die Niederlande schließlich den vereinbarten Betrag noch um 5 Mio. DM erhöhen konnten, lag an einem taktischen Fehler Etzels, der seine Unterlagen nicht gründlich studiert hatte. Die Festsetzung der Endsumme hatte man stets als Schlußstein der Verhandlungen betrachtet, und es gab kleine Restposten, die noch nicht diskontiert waren. Dabei ging es u.a. um Investitionen in den kleineren Grenzkorrekturgebieten und um einen Betrag von 1 Million DM „zur endgültigen Regelung eines ansonsten im Finanzvertrag nicht ausdrücklich genannten Schadensfalls“.³⁵

Dieser kryptische Satz aus einem vertraulichen Notenwechsel zwischen dem Außenministerium und der deutschen Botschaft in Den Haag betraf die Erfüllung einer Forderung von Prinz Bernhard (aus dem Hause Lippe-Biesterfeld) im Zusammenhang mit

seiner Apanage aus der Vorkriegszeit. Diese Angelegenheit hatte nicht unmittelbar mit den Verhandlungen über die Generalbereinigung zu tun, spielte jedoch wiederholt am Rande eine Rolle. Vor diesem Hintergrund ist eine kurze Erläuterung der privaten Ansprüche von Prinz Bernhard angebracht.

Bis 1918 war der regierende Fürst von Lippe zur Unterhaltung der sogenannten Agnaten verpflichtet gewesen. Nachdem durch die Revolution die Fürsten der Kleinstaaten von der Bühne verschwunden waren, war diese Verpflichtung auf das Land Lippe übergegangen. 1919 traf dieses Land mit dem Fürstenhaus eine finanzielle Regelung, die aber später von der Familie angefochten wurde. In diesem Zusammenhang ergingen 1936 und 1938 Gerichtsurteile, die für Prinz Bernhard bedeuteten, daß er für den Zeitraum von 1919 bis 1938 noch Ansprüche geltend machen konnte. Von einem Gericht in Celle wurde ihm im Oktober 1941 eine Summe von 60.000 RM zugesprochen, die in zweiter Instanz am 20. Juli 1944 auf 87.000 RM erhöht wurde. Nach 1945 kam der Prinz auf eine Forderung von beinahe 1,4 Mio. DM über rückständige Auszahlungen und die endgültige Abfindung der Apanage. Auch verlangte er die Rückgabe eines Teils des Familienvermögens. Das deutsche Justizministerium hielt die rechtliche Basis dieser Forderungen für größtenteils unbegründet, war jedoch 1952 bereit gewesen, die Angelegenheit durch die Zahlung von 130.000 DM aus der Welt zu schaffen. Im Kanzleramt wollte man wegen der positiven Haltung Bernhards gegenüber der Bundesrepublik 250.000 DM bezahlen. Da weiterhin nichts geschah, ergriff Prinz Bernhard 1953 erneut die Initiative und sprach „in sehr ausführlicher und unverblümter Form“ Bundeskanzler Adenauer darauf an.³⁶ Der schlug vor, im Zusammenhang mit einer umfassenden bilateralen Abfindung zu einer Regelung zu gelangen, was der Prinz ablehnte. Obwohl 1955 eine Übereinkunft in Reichweite schien, schleppte sich die Sache hin. Nicht zuletzt aufgrund ungenügender Garantien für absolute Geheimhaltung hatte man Ende der fünfziger Jahre noch immer keine Lösung erreicht.

Bis dahin war das Außenministerium nicht eingeschaltet gewesen. Allerdings hatte Delegationsleiter Beyen, offenbar als persönlicher Abgesandter des Prinzen, bei den Verhandlungen über eine Generalbereinigung im Sommer 1957 Kaufmann auf die politische Bedeutung dieser Frage hingewiesen, „die natürlich nur außerhalb des Vertrages geregelt werden könne“.³⁷ Schließlich sollte im Januar 1960 eine Lösung gefunden werden, die dem Vorschlag Adenau-

ers von 1953 folgte. Nachdem beide Seiten Möglichkeiten gefunden hatten, den Betrag intern zu verbuchen, ohne daß dies öffentlich bekannt wurde, kam man überein, eine Abfindungssumme von 1 Million DM für Prinz Bernhard in der Pauschalsumme des allgemeinen Vertrags zu ‚verstecken‘. Infolgedessen wurde diese Gesamtsumme im Januar 1960 einschließlich einiger anderer Restposten auf insgesamt 280 Mio. DM festgesetzt. Auch die deutsche Seite hielt übrigens einen Teil des Vertrags geheim, und auch dies hing mit einem Fürstenhaus zusammen. Das Mobiliar von Haus Doorn, dem letzten Wohnsitz des 1918 in die Niederlande geflüchteten Kaisers Wilhelm II., war 1945 als Feindvermögen beschlagnahmt worden. Gleichzeitig hatten die Niederlande die Erben des 1941 verstorbenen letzten Hohenzollern-Kaisers mit einer Erbschaftssteuerforderung konfrontiert. Da sie über das Erbe nicht verfügen konnten, wollten die Erben dem verständlicherweise entgehen und versuchten außerdem, einen Teil des Mobiliars in ihren Besitz zu bringen. Obwohl Luns sich anfänglich dagegen wehrte³⁸, wurde am Ende in einer Geheimklausel die Steuerschuld erlassen, und den Erben wurde eine Reihe von Privatgegenständen (darunter 22 Schnupftabakdosen, die noch von Friedrich II. stammten) zur Verfügung gestellt.

Nachdem Ende Januar 1960 das letzte Hindernis – der genaue Grenzverlauf bei Beek/Wyler – aus dem Weg geräumt worden war, konnte am 8. April, drei Jahre nach Beginn der Verhandlungen, der Ausgleichsvertrag unterzeichnet werden. Auf den deutschen Vorschlag, diese Feierlichkeit mit „einem gewissen spektakulären Charakter“ zu begehen, reagierte Luns ablehnend, weil man auf der niederländischen Seite die Verhandlungen mit dem Gefühl abgeschlossen habe, „ein schweres Opfer“ gebracht zu haben.³⁹ Vor allem mit Blick auf die öffentliche Meinung und die zu erwartenden kritischen Reaktionen im Parlament wollten die Niederlande die Unterzeichnung „nüchtern“ und im kleinen Kreis gestalten. Auch die bei einem solchen Anlaß übliche Auszeichnung der Unterhändler sollte erst in der zweiten Maihälfte (nach dem Totengedenken am 4. und dem Befreiungstag am 5. Mai) stattfinden, „und dann auch ohne Öffentlichkeit“.⁴⁰ Bereits früher hatte man im Außenministerium ablehnend auf den deutschen Vorschlag reagiert, in der Präambel des Vertrags von der Wiederherstellung „alt-nachbarlicher Freundschaft“ zu sprechen. Ein solcher Satz sei „deutlich zu stark“, und es sei „gut genug“, sich auf

die Zielsetzung zu beschränken, die freundschaftlichen Beziehungen zu fördern.⁴¹

Ergebnis

Am 8. April 1960, fünfzehn Jahre nach Kriegsende, hatten nun auch die Niederlande als letzter Staat nach Dänemark (1955), Belgien (1956) und Luxemburg (1959) den sprichwörtlichen Strich unter die Vergangenheit im Verhältnis zu Deutschland gezogen. Der Ausgleichsvertrag war ein Mantelvertrag, der aus drei Einzelverträgen und zwei Abkommen bestand:

1) Im *Grenzvertrag* wurde festgelegt, daß die wichtigsten Grenzkorrekturen wieder rückgängig gemacht werden sollten. Insgesamt ging es dabei um 94% der 1949 unter niederländische Verwaltung gekommenen Gebiete. Gleichzeitig nutzte man die Gelegenheit, um kleine Grenzanomalien zu bereinigen, was übrigens auch bedeutete, daß kleine Teile ursprünglich niederländischen Bodens an die Bundesrepublik abgetreten wurden. Weiterhin enthielt der Vertrag Absprachen über die wasserwirtschaftliche Verwaltung von grenzüberschreitenden und grenzbildenden Becken und Flüssen. Ein wichtiger Bestandteil des Vertrages war die Regelung der jahrelang äußerst schwierigen Frage der Grenzländerreien. Von den ursprünglich beschlagnahmten 4.400 ha Grund und Boden waren bereits ca. 400 ha aufgrund der ‚Entfeindung‘ zurückgegeben worden. Dem sollten nun noch ungefähr 1.670 ha hinzugefügt werden, die zurückgekauft werden konnten. Damit konnte beinahe die Hälfte des ursprünglichen Areals in deutsche Hände zurückkehren.

2) Der *Ems-Dollart-Vertrag* enthielt eine pragmatische Regelung für die Ems und die Einrichtung einer ständigen Ems-Dollart-Kommission, die die gemeinsame Verwaltung des umstrittenen Gebietes beaufsichtigen sollte. Außer den divergierenden Rechtsstandpunkten und wachsenden Prestigeüberlegungen hatten vor allem die Hafeninteressen von Delfzijl und Emden eine Regelung lange Zeit blockiert. Die Durchführung wasserwirtschaftlicher Arbeiten zugunsten des einen Hafens hätte den anderen ‚trockenlegen‘ können. Vor allem Niedersachsen hatte alle niederländischen Pläne in der Gegend mit Argusaugen verfolgt. Der Vertrag enthielt nun Absprachen, die die Hafenverwaltungen beider Städte

beruhigen konnten. Über den Grenzstreit hatte man keine Einigung erzielt, beide Parteien konnten ihn der internationalen Gerichtsbarkeit oder einem Schiedsgericht vorlegen. Für die Niederlande, die keineswegs sicher waren, einen solchen Prozeß gewinnen zu können, war nicht unwichtig, daß auch nach einer endgültigen Grenzfestlegung die vereinbarte wasserwirtschaftliche Verwaltung in Kraft bleiben würde.

3) Dem *Finanzvertrag* zufolge erhielten die Niederlande 280 Mio. DM zur Befriedigung aller aus dem Krieg herrührenden finanziellen Forderungen, abgesehen von Reparationen. Über letztere behielten sich die Niederlande – ebenso wie andere Länder – das Recht vor, bei einem späteren Friedensvertrag noch Forderungen vorzubringen. Der nun vereinbarte Betrag sollte in drei Raten ausbezahlt werden. Die 125 Mio. DM, die als Wiedergutmachung für niederländische Bürger vorgesehen waren, wurden auf deutschen Wunsch hin in dem Vertrag nicht ausdrücklich genannt, um die deutsche Verhandlungsposition gegenüber anderen Ländern nicht zu schwächen.⁴² Außerdem wurde mit dem Finanzvertrag ein Schlußstrich unter das Problem der Feindvermögen gezogen. Dazu gehörte auch die Rückgabe des ehemaligen deutschen Gesandtschaftsgebäudes am Lange Vijverberg in Den Haag, das nach gründlicher Restaurierung erneut in Gebrauch genommen werden sollte.

4) In dem Abkommen über die niederländische Teilnahme an der innerdeutschen *Rheinschiffahrt* wurde der eigentliche Konflikt nicht gelöst. Die Niederlande erhielten keine Zusage, daß sich ihre Stellung nicht verschlechtern würde. Allerdings fand man eine Formulierung zur Anerkennung der Rechtsgewalt des Internationalen Gerichtshofs über die Interpretation der Akte von Mannheim.

5) Das *Kriegsgräberabkommen* schließlich enthielt Regelungen über die Instandhaltung von Ehrenfriedhöfen und Gedenkstätten für Niederländer, die während des Krieges in Deutschland umgekommen waren. Darin sagte die Bundesregierung auch zu, mindestens zehn Jahre lang die Kosten für die Reisen von jährlich 1.000 niederländischen Angehörigen nach Deutschland zu erstatten, die solche Orte besuchen wollten.⁴³

Der Vertrag war kaum unterzeichnet, als die Niederlande in zwei Bereichen um Nachverhandlungen baten. Zunächst drohten neue Schwierigkeiten bei der umstrittenen Ems-Mündung. Nachdem Niedersachsen in diesem Gebiet eine Konzession zur Gewinn-

nung von Erdgas und Erdöl vergeben hatte, war die Frage nach der Souveränität in diesem Gebiet wieder akut. Ganz im Geiste des Ausgleichsvertrags wurde im Mai 1962 in Bennekom im Haus des inzwischen zum Staatssekretär ernannten van Houten eine Regelung getroffen, die die Niederlande zufriedenstellte und beiden Seiten in dem umstrittenen Gebiet faktisch dieselben Rechte zugestand. Eine zweite, gleichzeitig unterzeichnete Übereinkunft betraf Absprachen über die sogenannte Spaltungstheorie. Nach entsprechenden Entscheidungen des Bundesgerichtshofs war es durchaus vorstellbar, daß das in Deutschland vorhandene Vermögen des niederländischen Unternehmens „Algemene Kunstzijde Unie“ (AKU) unter denjenigen deutschen Aktionären aufgeteilt würde, die nach dem Krieg vom Gesetz über das Feindvermögen betroffen gewesen waren.⁴⁴ Man schätzte, daß es dabei für die Niederlande um einen Verlust von insgesamt 360 Mio. DM ging, also um ca. 80 Mio. DM mehr, als die Niederlande nach jahrelangen mühsamen Verhandlungen von Deutschland bekommen hatten. Bonn reagierte auch auf diese niederländische Forderung wohlwollend. Eventuelle Gerichtsurteile im Sinne der Spaltungstheorie und damit zugunsten der früheren deutschen Aktionäre wurden im voraus durch die Festlegung blockiert, daß alle deutschen Ansprüche auf von den Niederlanden beschlagnahmtes Feindvermögen ausgeschlossen seien.

Hatten die Niederlande, gemessen an ihren eigenen Zielen, mit dem Ausgleichsvertrag von 1960 und dem ergänzenden Abkommen von 1962 ein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht? Diese Frage kann man bejahen. Gewiß hatte Deutschland beinahe alle Grenzkorrekturgebiete zurückbekommen, aber die Niederlande hatten ohnehin seit 1949 nie den Wunsch gehabt, diese Gebiete endgültig zu annektieren. Seit 1951 waren sie als Tauschobjekt in den Verhandlungen angeboten worden, um Deutschland zur Anerkennung des niederländischen Standpunktes über den Grenzverlauf in der Ems zu bewegen. Zwar war dies trotz der lange geforderten Koppelung beider Fragen nicht gelungen, aber die praktische Regelung, die für das umstrittene Flußgebiet getroffen wurde, sicherte vollkommen die niederländischen Interessen. Die Grenzkorrekturen waren also kein ‚Faustpfand‘ gewesen, um Deutschland zu territorialen Konzessionen zu zwingen, aber sie hatten doch die niederländische Verhandlungsposition gestärkt.

Es spricht vieles dafür, daß die Niederlande dadurch letztendlich eine größere Pauschalsumme erhielten, als die Bundesrepublik

anfänglich zu zahlen bereit gewesen war.⁴⁵ Als die Verhandlungen 1957 begannen, hatte Den Haag hinsichtlich der finanziellen Aspekte eine Summe von 222 Mio. DM vor Augen. Einschließlich der geforderten 125 Mio. DM an Wiedergutmachung und einiger kleinerer Forderungen hatten sie dann eine Gesamtsumme von ca. 380 Mio. DM angesetzt, wovon man am Ende ungefähr 75% ‚hereingeholt‘ hatte. So gesehen war das Ergebnis des Finanzvertrags viel besser, als die unmittelbar danach losbrechende Kritik vermuten ließ. Dies galt umso mehr, da man an Wiedergutmachung genau den Betrag erhalten hatte, der verlangt worden war und einen Teil der übrigen niederländischen Forderungen an Reparationen betraf, die nach den internationalen Absprachen erst in einem Friedensvertrag geregelt werden sollten.

Von den beiden Abkommen des Ausgleichsvertrags setzte das Rheinschiffahrtsabkommen zwar dem juristischen Streit über die Akte von Mannheim kein Ende, aber wirklich unbefriedigend war das Ergebnis auch hier nicht. Schließlich hatten auf niederländischer Seite anfangs Zweifel bestanden, ob diese Frage überhaupt in die Verhandlungen über eine Generalbereinigung eingebracht werden sollte. Vor diesem Hintergrund war nicht nur die deutsche Zusage, danach zu streben, keine Regelungen zu treffen, die den niederländischen Interessen wesentlich schaden würden, sondern auch einen eventuellen Schiedsspruch in dieser Sache zu akzeptieren, als ein Erfolg für die Niederlande anzusehen. Das Kriegsgräberabkommen war materiell nicht so wichtig und konnte als eine Geste gegenüber Niederländern gelten, die Familienangehörige in Deutschland verloren hatten.

Dies führt zu dem Schluß, daß die Niederlande zwar bei einem entscheidenden Punkt (Ems-Dollart) nicht ihren Willen hatten durchsetzen können, aber – gemessen an den eigenen Zielsetzungen – ein positives Ergebnis verbucht hatten. Dem kann man hinzufügen, daß der im Finanzvertrag festgesetzte Betrag von 280 Mio. DM nur ein relativ geringer Teil dessen war, was die Niederlande seit 1945 an Geld und Gütern erhalten hatten. Viel umfangreicher war z.B. das Aufkommen aus dem Feindvermögen (770 Mio. DM). Wichtig waren außerdem die Beträge, die Rückerstattung von Kapital (210 Mio. DM) und von Wertpapieren (176 Mio. DM) ergeben hatten. Zusätzlich hatten niederländische Opfer der Verfolgung, die sich während des Krieges in Deutschland aufgehalten hatten, aufgrund des Bundesentschädigungsgesetzes und des Bundesrückerstattungsgesetzes insgesamt 300 Mio. DM erhalten.

Zählt man noch eine Reihe kleinerer Posten hinzu, war es bis Anfang der sechziger Jahre bereits um eine Gesamtsumme von 2,021 Mrd. DM gegangen.⁴⁶

Im Vergleich zu den geschätzten Kriegsschäden von 25 Mrd. Gulden waren auch diese 2 Mrd. DM zugegebenermaßen noch ein geringer Betrag. Aber ein solcher Vergleich hat wenig Sinn, weil die 25 Mrd. praktisch vollständig aus Reparationsforderungen bestanden. Deren Verwirklichung war nicht nur unrealistisch, denn über Reparationen sollte schließlich erst auf einer Friedenskonferenz gesprochen werden, sondern auch ökonomisch und politisch nicht wünschenswert. Natürlich hätte Den Haag gerne mehr bekommen, aber wenn Deutschland nach 1945 zu hohen Reparationsleistungen gezwungen worden wäre, hätte dort von einem wirtschaftlichen Wiederaufbau keine Rede sein können. Und daß eine Erholung der deutschen Wirtschaft für den niederländischen Wohlstand viel wichtiger war als ein paar Millionen oder Milliarden mehr an Entschädigung, stand völlig außer Zweifel. Außerdem hätten harte Reparationsverpflichtungen im Widerspruch zu der gleichberechtigten Einbindung der Bundesrepublik in die westliche Gemeinschaft gestanden, die auch die Niederlande wünschten. Eine solche nüchterne Abwägung war allerdings unter den Reaktionen auf die Generalbereinigung kaum zu finden.

Reaktionen und Ratifizierung

„So kam ich unter die Deutschen. Ich forderte nicht viel und war gefaßt, noch weniger zu finden.“ Mit diesem Zitat aus Hölderlins „Hyperion“ spickte der Staatsrat („Raad van State“) im November 1960 seine ausgesprochen kritische Stellungnahme an Königin Juliana zu dem Gesetzentwurf über den Ausgleichsvertrag.⁴⁷ „Bis hierhin ist das moralisch und materiell schuldige Volk offensichtlich bereit zu gehen, das Volk des ‚Wirtschaftswunders‘ und eines nationalen Pro-Kopf-Einkommens, das höher liegt als das des niederländischen Volkes“, hieß es, und diese Bereitschaft betrachtete der Staatsrat als viel zu gering. Eigentlich müsse man den Vertrag angesichts der geringen deutschen Zugeständnisse ablehnen, so der Rat, aber wegen der Notwendigkeit einer Normalisierung der Beziehungen zwischen beiden Ländern werde man einer Annahme dieser Generalbereinigung nicht entgehen können. Was die Grenze in der Ems angehe, sei es „unbegreiflich“, daß Deutsch-

land „halsstarrig“ auf seinem Standpunkt beharrt habe: „Es ist bezeichnend für die Mentalität auf deutscher Seite, nach allem, was man den Niederlanden angetan hat, eine solche Haltung einzunehmen.“ Am liebsten würde der Rat sehen, daß das Kabinett die Verhandlungen über den Grenzverlauf neu eröffnete. Wenn das Kabinett dazu nicht bereit sei, müsse man in jedem Fall sofort ein internationales Gerichtsverfahren einleiten.⁴⁸ Mit dieser Kritik schloß der Staatsrat nahtlos an das Unbehagen an, mit dem in den zurückliegenden Jahren auf Beamten- und Regierungsebene die deutsche Haltung in den Verhandlungen immer kommentiert worden war. Auch die Ratifizierungsdebatten sollten von einer solchen moralischen Kritik durchzogen sein.

In der Zweiten Kammer wurde der Ausgleichsvertrag von allen Seiten und in praktisch jedem Punkt unter Beschuß genommen: die Ems-Dollart-Regelung sei unbefriedigend, die finanzielle Vergütung viel zu gering, die Frage der Rheinschiffahrt nicht gelöst usw. Der Abgeordnete Patijn (PvdA) war der Meinung, daß sich Deutschland als „erstaunlich knauserig“ erwiesen habe.⁴⁹ Sein Fraktionskollege Scheps behauptete, daß ein „knallhartes“ Deutschland die Atmosphäre vollkommen verdorben habe, und die Niederlande hätten Erniedrigungen hinnehmen müssen. Er kam zu dem Schluß, daß der Vertrag nicht annehmbar sei: „Deutschland muß wissen, daß die Niederlande nicht so behandelt zu werden wünschen.“⁵⁰ Bruins Slot (ARP) sprach für viele, als er kritisierte: „Dieser Vertrag zeigt keine Spur irgendeines Versuchs der Tilgung einer moralischen Schuld, des Verständnisses dafür, daß man einander nicht als moralisch gleichwertige Partner gegenübersteht.“⁵¹ Damit ist der allgemeine Tonfall charakterisiert: enttäuscht, entrüstet, zum Teil auch verbittert über das Ergebnis, aber vor allem über die deutsche Haltung während der Verhandlungen. Diese kritische Stimmung in der Zweiten Kammer bedeutete jedoch nicht, daß der Vertrag wirklich in Gefahr war. Die Mehrheit der Abgeordneten ließ gleichzeitig erkennen, daß sie geneigt war, der Regierung zu folgen und für den Gesetzentwurf stimmen würde. Da eine Wiederaufnahme der Verhandlungen zu Recht als unrealistisch gelten mußte, hätte eine Ablehnung dazu geführt, daß man gar nichts bekommen hätte.

Die in die Defensive gedrängte Regierung verteidigte den Vertrag mit praktisch allen Ministern, die an der Ausarbeitung des Vertrags beteiligt gewesen waren. Luns räumte ein, daß die deutsche Delegation sich als ein „knallharter Verhandlungspartner“

gezeigt hatte und bedauerte, daß moralische Argumente kaum Eindruck gemacht hätten. Ebenso wie Staatssekretär van Houten richtete er einen „dringenden Appell“ an die Abgeordneten, dem Vertrag zuzustimmen: Das maximal Erreichbare sei erzielt worden, und eine Ablehnung werde nichts einbringen. Im Gegenteil, die Niederlande würden nicht nur mit leeren Händen dastehen, sondern auch die Beziehungen zur Bundesrepublik erheblich belasten.⁵² Van Houten gab zu, daß viele ein solches Argument gefühlsmäßig ablehnten, weil gerade die Deutschen die Verantwortung für ein gutes Verhältnis zu tragen hätten. „Das ist natürlich richtig, aber nicht in jeder Hinsicht ganz in Übereinstimmung mit der Wirklichkeit, weil Deutschland nun einmal unser großes Nachbarland ist, weil Deutschland nun einmal unser Partner in zahllosen internationalen Organisationen ist, und weil es nun einmal für die Niederlande wichtig ist, mit diesem Land gut zusammenzuleben.“⁵³ Damit berührte er den Kern des niederländischen Unbehagens: Während man das Gefühl hatte, in moralischer Hinsicht viel zu kurz gekommen zu sein, mußte man angesichts der tatsächlichen Kräfteverhältnisse nicht nur zugeben, daß es keine Mittel gab, um das eigene Recht zu erzwingen, sondern auch, daß eine Ablehnung dem niederländischen Interesse sowohl bilateral als auch multilateral schaden würde. Nur ein nachdrücklicher Appell an den Verstand konnte die gefühlsmäßige Aversion gegen den Vertrag beiseiteschieben. „Wenn wir in leidlichem Einvernehmen mit Deutschland weiterleben wollen“, hatte Maenen (KVP) bemerkt, „können wir diesen Vertrag nicht verwerfen.“⁵⁴ In dieser unangenehmen Zwangslage blieb wenig anderes übrig, als von der eigenen Enttäuschung und Empörung viel Aufhebens zu machen und dem Vertrag trotzdem zuzustimmen. Dies geschah am 20. Februar 1963 mit der deutlichen Mehrheit von 84 gegen 23 Stimmen.

In der Ersten Kammer wurde der Vertrag ebenfalls mit einer großen Mehrheit angenommen (43 zu 18). Auch die Senatoren kritisierten Deutschland, aber die Debatte atmete eine nüchternere Atmosphäre als in der Zweiten Kammer, und van Riel (VVD) folgerte im Rückblick auf die Verhandlungen sogar treffend sachlich, daß es eine „besondere Beständigkeit“ der Außenpolitik gebe: „Selbst ein Land in einer moralisch so schwachen Position wie Deutschland handelt eigentlich noch zu 95 Prozent nach den Richtlinien strikten Eigeninteresses, ohne dabei andere Motive halbwegs angemessen einzubeziehen.“ Und dies bedeute, daß man

„keine allzu großen Vorstellungen haben darf ... hinsichtlich der Möglichkeiten des moralischen Arguments in der internationalen Politik.“⁵⁵ In der Tat enthielt der lange Weg zur Generalbereinigung eine solche Lektion. Die Konfrontation mit ihr hatte sich bis zum Ende als unangenehm erwiesen.

Nicht viel anders waren die Reaktionen in der Presse. Hatten bei der Unterzeichnung des Vertrages 1960 verschiedene Zeitungen ihrer Enttäuschung bereits Ausdruck gegeben⁵⁶, überwog auch bei der Ratifizierung das Unbehagen. Um dies zu lindern, hatte Staatssekretär van Houten vor der Debatte in der Zweiten Kammer mit 35 Chefredakteuren über den Vertrag gesprochen und sie darauf hingewiesen, daß es zur Zustimmung des Vertrags keine Alternative gab.⁵⁷ Wie erfolgreich van Houtens Intervention gewesen ist, läßt sich nicht feststellen, aber der Tenor der verschiedenen Kommentare ging in die Richtung, die er angedeutet hatte. So bezeichnete *Het Parool* die 125 Mio. DM für die NS-Opfer zwar als „ein unverschämt niedriges Trinkgeld“, aber dennoch war die Zeitung der Meinung, daß „nichts anderes übrig blieb“ als zuzustimmen.⁵⁸ Auch das *Algemeen Handelsblad* hielt den Vertrag in vieler Hinsicht für „sehr unbefriedigend“, stellte aber zugleich nüchtern fest, daß es wenig Sinn hatte, weiter von einem besseren Ergebnis zu „tagträumen“, weil dies nun einmal nicht zu erreichen gewesen sei.⁵⁹

Vergleicht man die niederländischen Reaktionen auf die Generalbereinigung mit denjenigen in der Bundesrepublik, dann fällt zuerst das geringe Interesse in Deutschland auf. Waren in den Niederlanden die Debatten sehr emotional gewesen, mit ausführlichen Beiträgen zahlreicher Abgeordneter und sechs Kabinettsmitgliedern, darunter dem Ministerpräsidenten, war die Behandlung im Bundestag kurz und sachlich. Noch bevor die Niederlande Nachverhandlungen verlangt hatten, war der Vertrag in Deutschland im Frühjahr 1961 schon ohne besondere Anteilnahme ratifiziert worden. Nur vier Bundestagsabgeordnete ergriffen kurz das Wort zu den Grenzkorrekturen. Auch der Bundesrat stimmte mit großer Mehrheit für den Vertrag, und nur das Land Niedersachsen enthielt sich der Stimme.⁶⁰ Ebenso wenig kontrovers verlief zwei Jahre später die Ratifizierung der Ergänzungsverträge. Ausführlicher als die Politik beschäftigten sich die deutschen Medien mit dem Vertrag. Im Mittelpunkt standen einerseits die Hoffnung auf einen „aussichtsreichen Neubeginn“ in der bilateralen Beziehung⁶¹ und andererseits die Sorge, daß es angesichts der niederländischen

Reaktionen „wohl noch Jahre dauern wird, bis ein sachliches Gespräch und eine freundschaftliche Partnerschaft zwischen Holland und Deutschland möglich werden“.⁶²

Die Hoffnung auf einen Neubeginn wurde schon bald enttäuscht. „Die auf deutscher Seite anfänglich gehegte Illusion, daß dieser Vertrag eine psychologische Wirkung zum Guten haben würde“, berichtete Botschafter van Ittersum Anfang Juli 1963 aus Bonn, „ist einer kaum verhohlenen Enttäuschung, ja sogar Irritation darüber gewichen, daß in einflußreichen niederländischen Kreisen Mißtrauen und Ablehnung so deutlich weiterbestehen“. Nicht weniger verhohlen kritisierte van Ittersum selbst die niederländische Haltung. Die Bundesrepublik sei inzwischen wieder „fein heraus“, und dies bedeute, daß „die Zeit, in der die Deutschen mit dem Hut in der Hand für ihre kollektive Schuld ‚peccavi‘ riefen“, zu Ende gehe. Natürlich stehe es den Niederlanden frei, „in ihren Beziehungen zu Deutschland die Mauer der Vergangenheit nicht niederreißen zu wollen“, aber sie müßten zumindest ein „gewisses Maß an Höflichkeit“ berücksichtigen. Mit letzterem spielte er u.a. auf die noch immer nicht verliehenen Auszeichnungen der an den Verhandlungen beteiligten deutschen Beamten an. Inzwischen seien bereits zwei geeignete Gelegenheiten verstrichen – die Unterzeichnung des Vertrags am 8. April 1960 und der Austausch der Ratifizierungsurkunden am 1. Juli 1963. Die dritte Gelegenheit – das Inkrafttreten am 1. August 1963 – sollte nun ergriffen werden. Verleihe man die Auszeichnungen nicht, so warnte van Ittersum, sei dies ein deutlicher Beweis der „Ungunst“, der seine Auswirkung auf die „mehr als zuvor“ delikaten Beziehungen wahrscheinlich nicht verfehlen werde.⁶³ Trotz van Ittersums nachdrücklichem Aufruf vom Juli 1963, die Überreichung der Orden nun rasch vorzunehmen, ließ der Königliche Beschluß dazu noch bis Ende Oktober 1964 auf sich warten. Dem deutschen Wunsch, der Überreichung „einen einigermaßen spektakulären Charakter“ zu geben, stand die niederländische Forderung gegenüber, sie ohne Aufsehen stattfinden zu lassen, und so sollte es auch geschehen.⁶⁴

Die Generalbereinigung blieb bis in die Abwicklung der letzten Einzelheiten hinein ein äußerst mühsamer Prozeß, und es waren die Niederlande, die dabei den Ton angaben. „In den niederländischen Parteien und in der Öffentlichkeit hat der Vertrag nicht immer eine gerechte Würdigung gefunden“, hieß es im Januar 1964 in der Instruktion des Auswärtigen Amtes für den neuen deut-

schen Botschafter in den Niederlanden Hans Berger. „Es wird daher Ihre Aufgabe sein, auf ein richtiges Verständnis in der niederländischen Öffentlichkeit hinzuwirken.“⁶⁵ Aber das Problem war nun gerade, was unter „richtigem Verständnis“ zu verstehen war. Der lange Weg zur Generalvereinbarung hatte deutlich gemacht, daß eine gemeinsame deutsch-niederländische Antwort auf diese Frage schwer zu finden war.

Die Krönung von 1969

1962 fühlte Rudolf Lahr, der inzwischen zum Staatssekretär im Auswärtigen Amt ernannt worden war, bei Botschafter van Vredenburg vor, ob Den Haag nicht die Zeit für eine persönliche Begegnung zwischen Bundespräsident Heinrich Lübke und Königin Juliana für gekommen halte. Mit allen westlichen Staatsoberhäuptern hätten inzwischen Treffen stattgefunden oder seien in naher Zukunft geplant. Nur mit der niederländischen Monarchin sei dies noch nicht der Fall. Könne ein Staatsbesuch die Beziehungen nicht erheblich verbessern? Mit dieser Argumentation versuchte Lahr, den niederländischen Botschafter für eine Begegnung der beiden Staatsoberhäupter zu gewinnen, aber van Vredenburg lehnte ab. „Ich habe geantwortet, daß er dies vorläufig vergessen könne, solange der deutsch-niederländische Vertrag nicht ratifiziert sei“, berichtete er im September 1962 in einem persönlichen Schreiben an den Generalsekretär im Haager Außenministerium van Tuyl, in dem er übrigens noch einen Schritt weiter ging: Für einen Staatsbesuch sei es sowieso „noch viel zu früh“. Die Spitze des Ministeriums und Minister Luns dachten darüber nicht anders. Höchstens sei in einiger Zeit ein Privatbesuch des Bundespräsidenten bei Königin Juliana denkbar, wie sie ihn übrigens selbst vorgeschlagen hatte. Obwohl Luns dies für „keine schlechte Idee“ hielt, sah er keinerlei Veranlassung, selbst irgendwelche Initiativen zu entfalten.⁶⁶

Es sollte nicht das letzte Mal sein, daß die deutsche Seite anfragte, ob die Niederlande inzwischen die Zeit für einen Besuch für gekommen hielten, aber Den Haag blieb unvermindert abwehrend. Ein Besuch stehe „momentan nicht auf der Tagesordnung“, instruierte Luns die Botschaft in Bonn Ende Februar 1963, und das sollte bis zum Ende der sechziger Jahre so bleiben.⁶⁷ Auch die persönlichen Versuche Lübkes, von der niederländischen Regie-

rung eingeladen zu werden, änderten nichts daran.⁶⁸ Ebenso wie bei der Generalbereinigung sollten die Niederlande im Vergleich zu anderen westeuropäischen Ländern auch hier das Schlußlicht sein. Stets vor einer ‚Überhastung‘ warnend, hatte Den Haag vor allem die öffentliche Meinung im Blick, wenn die Verwirklichung der deutschen Wünsche in die Zukunft verwiesen wurde. 1965/66 waren u.a. die bevorstehende Hochzeit zwischen Prinzessin Beatrix und Claus von Amsberg und die damit verstärkt auftretenden anti-deutschen Ressentiments ein Argument, und knapp zwei Jahre später fürchtete der Ministerrat, daß es bei einem Staatsbesuch zu Unruhen in Amsterdam kommen werde.⁶⁹

Inzwischen hatte zwar der erste offizielle Besuch eines Bundeskanzlers in Den Haag stattgefunden (Erhard im März 1964), aber dies hatte in erster Linie im Zeichen der europäischen Zusammenarbeit gestanden. Obwohl in der niederländischen und deutschen Presse auch auf die Bedeutung dieses Besuchs für die Verbesserung der bilateralen Beziehungen – die die *Frankfurter Allgemeine* als „noch immer etwas unterkühlt“ charakterisierte – hingewiesen wurde, konnte er nicht als Krönung der deutsch-niederländischen Normalisierung bezeichnet werden.⁷⁰ Dazu mußte man auf einen Staatsbesuch warten.

Erst mit der Wahl von Gustav Heinemann (SPD) zum Bundespräsidenten im März 1969 gab Den Haag seine abweisende Haltung in dieser Hinsicht auf. Dabei spielte vor allem eine Rolle, daß Heinemann im Gegensatz zu seinem Vorgänger Lübke eine unbestritten anti-nationalsozialistische Vergangenheit hatte. Dennoch baute man bei der Vorbereitung von Heinemanns Besuch zur Verhinderung von Unruhe in der niederländischen Öffentlichkeit zahlreiche ‚Sicherheitsmechanismen‘ ein. Auf den vorsichtigen deutschen Vorschlag eines Besuchs Anfang 1970 reagierte der Ministerrat ablehnend, „weil es dann 25 Jahre her ist, daß die Niederlande vom deutschen Joch befreit wurden“.⁷¹ Hatte Den Haag bis dahin mit Blick auf die öffentliche Meinung keinen deutschen Staatsbesuch gewollt, drang man nun mit demselben Argument darauf, den Besuch vorzuziehen und noch 1969 stattfinden zu lassen. Ende November wurde als ein geeigneter Zeitpunkt angesehen, der auch genügend zeitlichen Abstand zu den Gedenkfeiern zur Befreiung des Südens der Niederlande im September 1944 hielt.

So besuchte Bundespräsident Gustav Heinemann vom 24. bis zum 27. November 1969 als erstes deutsches Staatsoberhaupt seit

62 Jahren offiziell die Niederlande. Nicht nur der Zeitpunkt des Besuchs war wohlüberlegt, auch das Programm wurde mit größtmöglicher Sorgfalt vorbereitet. So setzte man auf niederländischer Seite eine Kontaktgruppe ein, in der u.a. Vertreter der jüdischen Gemeinschaft und des ehemaligen Widerstands saßen. Darin wurden von jüdischer Seite Einwände gegen den Vorschlag des deutschen Botschafters Hans Arnold vorgebracht, daß Heinemann das Anne-Frank-Haus besuchen sollte. Rabbi Soetendorp sah darin „eine Entweihung“, einen kurzen Besuch der Gedenkstätte der Judendeportation ‚Hollandsche Schouwburg‘ hielt er dagegen für angemessen.⁷² Die ‚Hollandsche Schouwburg‘, ein früheres Theater, war während der deutschen Besatzung die Sammelstelle in Amsterdam gewesen, wo für zehntausende Juden die Deportation zu den Konzentrations- und Vernichtungslagern begann. Tatsächlich sollte Heinemann diesen für die Judenverfolgung in den Niederlanden so bedeutenden Ort besuchen und dort einen Kranz niederlegen. Dasselbe tat er beim Nationalmonument auf dem Amsterdamer Dam. Als dritten symbolträchtigen Ort besuchte er die im Mai 1940 durch deutsche Luftangriffe zerstörte und wieder aufgebaute St. Laurenskirche in Rotterdam.

Ebenfalls eine delikate Frage war, wer Heinemann von deutscher Seite begleiten sollte. Dies bedeutete nicht nur, daß das politische Vorleben seines Gefolges untersucht wurde, sondern damit waren auch diskrete Hinweise an Bonn verbunden, daß Personen, „deren politische Vergangenheit eine Angriffsfläche für übelwollende Kritiker“ bieten könnte, sich besser krank melden sollten.⁷³ Infolgedessen blieb der Protokollchef des Auswärtigen Amtes in Bonn zurück. Nicht weniger fürchtete man in Den Haag, daß die eigentlich wohlwollende Haltung der Öffentlichkeit in Deutschland gegenüber den Niederlanden während des Besuchs „in ein ‚Da sieht man es, mit den Holländern ist nichts anzufangen‘, umschlagen könnte.“⁷⁴ Um dies so weit wie möglich zu verhindern und eine möglichst günstige Atmosphäre gegenüber den Niederlanden zu schaffen, lud man im Vorfeld von Heinemanns Ankunft eine Anzahl deutscher Journalisten zu einer Rundreise durch die Niederlande ein. Für die Vertreter wichtiger deutscher Zeitungen wie der *Zeit*, der *FAZ*, der *Süddeutschen Zeitung* und des *Spiegel* stand auch ein Gespräch mit Ministerpräsident De Jong und Außenminister Luns auf dem Programm. Wie effektiv diese intensive Pressebegleitung war, ist schwer zu beurteilen, fest steht aber, daß die deutsche Presse ausführlich und mit viel Einfüh-

lungsvermögen in die niederländische Erwartungshaltung über den Staatsbesuch berichtete. „Auch Heinemann wird nicht im Handumdrehen das holländische Eis zum Schmelzen bringen, dessen eindrucksvolle Dicke und Festigkeit von unzähligen Bildern holländischer Maler bekannt ist“, schrieb der *General-Anzeiger* aus Bonn und warnte vor zu hohen Erwartungen: „Aber er (Heinemann, FW) ist besonders geeignet, das Tauwetter zu fördern, das zu Adenauers Zeit eingesetzt hat, dann aber an einer bestimmten Grenze haltmachte.“⁷⁵

In der Tat war es der Person Heinemanns zu verdanken, daß im politisch-psychologischen Normalisierungsprozeß Fortschritte gemacht wurden. Seine Vergangenheit als Mann der Bekennenden Kirche, seine religiös gefärbte Bußfertigkeit und seine moralischen Gesten machten den Besuch zu einem Erfolg. War man Heinemann in den fünfziger Jahren wegen seines neutralistischen Wiedervereinigungsstrebens und seines Widerstands gegen die Wiederbewaffnung in den Niederlanden noch mit Mißtrauen begegnet, flößte er 1969 gerade besonderes Vertrauen ein. Das liberale *Algemeen Handelsblad* sah in dem Bundespräsidenten „den geeigneten Mann, um die sachliche Versöhnung zwischen beiden Ländern zu personifizieren“ und pries ihn als „den Vertreter des ‚anderen Deutschlands‘, des Deutschlands, das sich Hitler widersetzte“.⁷⁶ „Willkommen“, lautete die Schlagzeile des Leitartikels in der konservativen Tageszeitung *De Telegraaf*, der sich keinen „besseren deutschen Abgesandten“ als Heinemann vorstellen konnte, um die Normalisierung der Beziehungen zu besiegeln.⁷⁷ Für die protestantische *Trouw* hatte Heinemann „nach den Kriterien, die wir an ‚einen guten Deutschen‘ angelegt haben“, bestanden. *Trouw* zufolge überragte Heinemann viele führende europäische Politiker bei weitem, und das Blatt betrachtete es als eine große Ehre, daß Heinemann die Niederlande für seinen ersten Staatsbesuch ausgewählt hatte.⁷⁸ Auch die katholische *Volkskrant* lobte Heinemann, dem es „mehr als jedem anderen seiner Landsleute gelungen ist, den Niederlanden deutlich zu machen, daß ein anderes Deutschland herangewachsen ist. Ein neues demokratisches Deutschland, das das Vertrauen der Welt und auch der Niederlande wiedergewinnen will und es möglich macht, gemeinsam der Zukunft entgegenzusehen. Das ist das neue Kapitel in den Beziehungen zwischen beiden Ländern.“⁷⁹ Lob erhielt Heinemann schließlich auch von der sozialdemokratischen Tageszeitung *Het Vrije Volk*, das allerdings noch keinen Anlaß sah, nun auch „sofort den gewöhnlichen

Automatismus königlicher Gegenbesuche in Gang zu setzen“. Mit der gleichen Zurückhaltung sprach der Kommentator von „einer Momentaufnahme, von der wir annehmen, daß sie ein günstiges Bild ergeben wird. Aber in dieses historische Album sind noch zu viel andere Fotos eingeklebt. Es wird eine neue Seite aufgeschlagen. Wir warten noch ab, bevor wir daraus ein neues Album machen.“⁸⁰ Ausführlich berichteten die Zeitungen über Heinemanns Besuche der für die deutsch-niederländischen Beziehungen so schwierigen Orte wie dem Holländischen Theater, dem Nationalmonument und der St. Laurenskirche in Rotterdam. Endlich, so kann man die niederländischen Reaktionen zusammenfassen, kamen von deutscher Seite die moralischen Gesten, auf die man so lange gewartet hatte. Damit krönte Heinemann die bilaterale politische Normalisierung, die sechs Jahre zuvor mit der Ratifizierung der Generalvereinbarung formal vollzogen worden war.

So wichtig Heinemanns Besuch auch für die Verbesserung des politisch-psychologischen Verhältnisses war, vor einer Überbewertung soll jedoch gewarnt werden. Beinahe ein Vierteljahrhundert nach 1945 war ein ‚guter Deutscher‘ in die Niederlande gekommen, und vor allem darauf lag die Betonung. Dieses ‚gute‘ Deutschland, zu dem auch der neue Bundeskanzler Willy Brandt gerechnet wurde, bekleidete inzwischen die höchsten Staatsämter, aber war es auch repräsentativ für die deutsche Bevölkerung? Eine bejahende Antwort darauf wurde in den Niederlanden 1969 sicher noch nicht gegeben. Zu Recht stellte die *Rheinische Post* nach dem Ende des Besuchs denn auch fest, daß Heinemann von den „noch immer mißtrauischen Nachbarn nicht als typischer Deutscher“ angesehen wurde.⁸¹ Gerade die Tatsache, daß der Besuch in Begriffen von ‚guten‘ und ‚schlechten‘ Deutschen kommentiert wurde, macht deutlich, wie sehr die Vergangenheit das psychologische Verhältnis noch bestimmte.

Es wäre unrealistisch gewesen, von Heinemanns Besuch in den Niederlanden zu erwarten, daß dies beendet worden wäre. Staatsbesuche wecken nun einmal nicht das Interesse der breiten Öffentlichkeit, und dies galt gewiß auch für Heinemanns Aufenthalt in den Niederlanden. Aber selbst wenn die Anteilnahme groß gewesen wäre und das Programm Gelegenheit für Kontakte zwischen Heinemann und der niederländischen Bevölkerung geboten hätte, eine grundlegende Verbesserung des politisch-psychologischen Verhältnisses hätte auch dadurch nicht entstehen können. Dazu war die Besatzungszeit, an der das Interesse in den sechziger Jahren

unverkennbar gewachsen war, ein zu zentraler Bestandteil des niederländischen kollektiven Bewußtseins geworden. Zusammenfassend schrieb die *Frankfurter Rundschau* mit treffender Nüchternheit: „Es gibt keine Erfolgskontrolle für Staatsbesuche. Es war gut, daß es keine triumphalen Versuche und keine trivialen Pannen gab. Wer erwartet hatte, daß die Holländer wegen Heinemann in Jubel ausbrechen würden, mag enttäuscht sein. Wer erwartet hatte, daß die Holländer gegen Heinemann demonstrieren würden, muß erfreut sein.“⁸² Beinahe 25 Jahre nach dem Krieg war der höchste Repräsentant der Bundesrepublik mit Respekt und ausdrücklicher Sympathie empfangen worden. Damit hatte Heinemann für die Bundesrepublik das im Augenblick bestmögliche Ergebnis erzielt.

Im Oktober 1971 reiste Königin Juliana in die Bundesrepublik. Mit diesem Gegenbesuch konnte die Normalisierung der offiziellen Beziehungen als abgeschlossen gelten. Bei der Vorbereitung des Besuchs bemühte sich die niederländische Regierung um ein Programm, in dem die Periode 1940–1945 nur eine untergeordnete Rolle spielte. Es sollte ein möglichst normaler und traditioneller Staatsbesuch werden, bei dem neben der gemeinsamen europäischen Zukunft auch die historischen Bindungen zwischen den Niederlanden und Deutschland betont werden sollten. So stand ein Besuch Dillenburs, dem Geburtsort Wilhelms von Oranien, auf dem Programm, und auch nach Münster, der Stadt des Westfälischen Friedens von 1648, sollte der Weg führen. Nach den moralischen Gesten Heinemanns in den Niederlanden hielt man es in Den Haag für wenig sinnvoll und außerdem peinlich, auf *deutschem* Boden erneut der Besatzungszeit ausführlich Aufmerksamkeit zu widmen. Dieser Versuch, die jüngste Vergangenheit außen vor zu lassen, wirkte jedoch teilweise als Bumerang und rief gerade die Diskussion hervor, die man hatte vermeiden wollen. Die Parlamentsfraktion der D66 (Linksliberale) behauptete, das nun „sehr konventionelle Programm“ erwecke den Eindruck, „daß es nie einen Zweiten Weltkrieg gegeben hat“, und in der Presse erschienen ähnlich kritische Stimmen.⁸³ Nicht zuletzt unter dem Einfluß derartiger Kritik nahm man noch eine Kranzniederlegung der Königin auf dem Friedhof Ohlsdorf bei Hamburg in das Programm auf, bei der sie der Niederländer gedachte, die im Konzentrationslager Neuengamme umgekommen waren. Obwohl die Kritik an der ursprünglichen Planung des Besuchs noch wiederholt in den Medien zur Sprache kam und das Thema Versöhnung stärker

in den Vordergrund rückte, als Den Haag beabsichtigt hatte, konnte hinterher eine positive Bilanz gezogen werden. Nach dem erfolgreich verlaufenen Besuch Heinemanns 1969 finde nun eine Besiegelung der bilateralen Normalisierung statt, so der zustimmende Tenor der Berichterstattung in der niederländischen Presse. Das *NRC Handelsblad* kommentierte: „Für diesen niederländischen Besuch in Deutschland war kein günstigerer Augenblick denkbar. Nicht nur befinden sich die Ämter des Bundespräsidenten und des Bundeskanzlers in den Händen von Männern, die in jedem Land eine Zierde des öffentlichen Lebens wären, sondern das Bemühen der Bundesregierung, wie es sich auf die Versöhnung mit all ihren Nachbarn richtet, kann der Zustimmung beinahe aller Niederländer sicher sein.“⁸⁴

Die Vier, Drei, Zwei von Breda 1964–1989

Nach den Staatsbesuchen von Bundespräsident Heinemann (1969) und Königin Juliana (1971) war der Normalisierungsprozeß auf Regierungsebene abgeschlossen. Allerdings gab es in den offiziellen Beziehungen noch ein Problem, das aus dem Krieg stammte und erst 1989 zum Abschluß gelangen sollte: die Freilassung der letzten deutschen NS-Verbrecher aus niederländischer Gefangenschaft. Diese Frage stellte für das Verhältnis keine schwere Belastung dar, kam aber in den deutsch-niederländischen Beratungen regelmäßig zur Sprache. Wiederholt bat Bonn um ihre Freilassung, aber die niederländische Regierung fühlte sich an die ablehnende Haltung durch die Öffentlichkeit gebunden. Erst als 1987/88 aus Kreisen des ehemaligen Widerstands eine Initiative zur Freilassung erfolgte, wagte die Regierung, dieses sensible Problem zu lösen. Nach sorgfältiger Vorbereitung und unter Zustimmung des Parlaments wurden Ende Januar 1989 die letzten zwei Gefangenen begnadigt und nach 43 Jahren Gefangenschaft über die Grenze abgeschoben.

Mitte der fünfziger Jahre gab es noch relativ viele deutsche NS-Verbrecher in niederländischer Gefangenschaft (vgl. Kapitel 6). Nicht ohne Widerwillen folgte Den Haag in dieser Phase der internationalen Tendenz der Begnadigung und vorzeitigen Freilassung. Bis 1958 hatte man 116 der insgesamt 190 zu Gefängnisstrafen verurteilten Deutschen vorzeitig freigelassen.⁸⁵ Außerdem hatte inzwischen eine große Anzahl Verurteilter, die niedrige Strafen erhalten hatten, die Niederlande verlassen, und so befanden sich

1959 noch dreizehn deutsche Kriegsverbrecher in Gefangenschaft. Acht von ihnen – vier ursprünglich zum Tode Verurteilte und vier zu lebenslänglicher Haft Verurteilte – saßen nach ihrer Begnadigung eine Strafe von jeweils 20 Jahren ab. Da inzwischen auch für deutsche NS-Verbrecher die Regel galt, daß sie nach Verbüßung von zwei Dritteln ihrer Strafe vorzeitig entlassen wurden, waren sie alle 1960 auf freiem Fuß.⁸⁶ Von den fünf verbleibenden Gefangenen – ursprünglich zum Tode verurteilt und nach Begnadigung lebenslänglich inhaftiert – wurde einer 1959 zum zweiten Mal begnadigt und freigelassen. Ende 1960 waren also noch vier Gefangene übriggeblieben: Lages, aus der Fünften, Kotälla und Fischer. Bei allen vier lief noch ein Gnadengesuch, um die lebenslängliche Gefängnisstrafe auf zwanzig Jahre zu verkürzen. Diese Gesuche wurden 1964 abgelehnt.

Damit war für die ‚Vier von Breda‘ in dreierlei Hinsicht eine Ausnahmesituation entstanden. Erstens waren sie die einzigen deutschen Gefangenen, deren Gesuch um eine zeitlich befristete Haftstrafe abgewiesen worden war. Dies stellte nicht nur einen Bruch mit der bisher verfolgten Politik gegenüber deutschen NS-Verbrechern dar, sondern stand zweitens auch im Gegensatz zu der Begnadigungspolitik und der Stimmung gegenüber niederländischen politischen Delinquenten. 1960 saßen noch 39 Niederländer im Gefängnis, die aufgrund ihrer Rolle während der Besatzungsjahre die Todesstrafe oder lebenslängliche Haft erhalten hatten. Vier Jahre später, im Juni 1964, befanden sie sich alle auf freiem Fuß, ohne daß dies zu nennenswerter gesellschaftlicher Aufregung geführt hatte.⁸⁷ Dagegen sollte die Diskussion über eine eventuelle Freilassung der verbleibenden deutschen Gefangenen von Breda viel Emotionen hervorrufen. Nachdem der Hohe Rat (das höchste niederländische Gericht) sich in drei der vier Fälle gegen eine erneute Begnadigung ausgesprochen hatte, plädierten Anfang 1963 die Strafrechtsprofessoren van Bemmelen und Pompe im *Nederlands Juristenblad* für eine andere Haltung. Sie wiesen darauf hin, daß das niederländische Recht keine tatsächlich lebenslange Haftstrafe kenne und die verbleibenden vier deutschen Gefangenen genauso wie die niederländischen politischen Gefangenen behandelt werden müßten.⁸⁸ Daraufhin brach ein Sturm gesellschaftlichen Protests los, und aus diesem Grund war die Regierung 1964 der Meinung, daß die Zeit für eine Änderung des Strafmaßes noch nicht gekommen sei.⁸⁹ Schließlich befanden sich die letzten vier deutschen Gefangenen in einer Sonderstellung, weil die nie-

derländische Politik nun von derjenigen anderer westlicher Länder abwich. Die Briten und Amerikaner hatten in den späten fünfziger Jahren ihre letzten Gefangenen gehen lassen, die Franzosen begnadigten 1963 die beiden letzten Deutschen, und auch in Belgien, Luxemburg, Norwegen und Dänemark saßen keine deutschen NS-Verbrecher mehr in Haft.

Die Freilassung Willy Lages' im Jahre 1966 bildete nur scheinbar eine Ausnahme in der verhältnismäßig straffen niederländischen Politik. Lages erhielt keine Begnadigung, sondern ihm wurde aufgrund seines Gesundheitszustands eine Unterbrechung der Strafe zugestanden. Der ehemalige SD-Chef in Amsterdam hatte einen Herzanfall gehabt, und man vermutete eine Krebserkrankung. Es wurde erwartet, daß er nicht mehr lange leben würde, und die Sterbesakramente hatte er bereits erhalten. Ohne vorhergehende Zustimmung des Kabinetts und ohne das Parlament informiert zu haben, machte Justizminister I. Samkalden von der Möglichkeit Gebrauch, Lages' Strafe zu unterbrechen. Eine Fortsetzung der Strafe diene keinem Ziel mehr, so der Minister, da Lages bald sterben werde. Formal war eine Unterbrechung der Strafe für maximal drei Monate möglich, aber die Rückführung nach Deutschland bedeutete praktisch seine Freilassung. Mit Zustimmung des Kabinetts erklärte Samkalden, daß er nicht vorhabe, Lages nach drei Monaten, sofern er dann noch lebe, in die Niederlande zurückzuholen.⁹⁰ Ein solcher Versuch wäre übrigens auch chancenlos gewesen, da das deutsche Grundgesetz die Auslieferung deutscher Staatsbürger verbietet. Obwohl die Regierungsparteien in der Zweiten Kammer (KVP, ARP, PvdA) im Nachhinein die Politik Samkaldens unterstützten, herrschte im Parlament Unbehagen über die Strafunterbrechung vor, weil niemand vorhersagen konnte, wie lange Lages noch leben würde. Charakteristisch für dieses Unbehagen war die Äußerung des PSP-Abgeordneten Slotemaker de Bruïne, daß es Gewißheit über die Richtigkeit des Beschlusses von Samkalden erst dann gebe, wenn Lages tatsächlich in kurzer Zeit sterben werde. Sei das nicht der Fall, habe der Minister zu Unrecht die Strafunterbrechung beschlossen. Nach diesem Maßstab war Samkalden in der Tat zu weit gegangen: Lages lebte noch bis 1971.⁹¹

Samkaldens Argumentation, die Diskussion im Parlament und die Reaktionen in der Presse deuteten nicht auf einen Stimmungswandel in den Niederlanden hinsichtlich der deutschen Gefangenen in Breda hin. Im Gegenteil, Samkaldens Erläuterung, daß es

hier nur um eine Einzelfallentscheidung ohne Auswirkungen auf die übrigen Gefangenen gegangen sei, bekräftigte die bisherige Politik. Nur darum brachte er im Parlament die Mehrheit der Abgeordneten hinter sich, und nur darum hielt sich der öffentliche Protest in Grenzen.⁹² Die Diskussion über Lages' Strafunterbrechung hatte den Konsens verstärkt, daß eine Begnadigung unerwünscht sei, und infolgedessen war die Chance der übrigen Drei von Breda, in absehbarer Zeit freizukommen, gesunken.

Bis zum Ende der sechziger Jahre hatte Den Haag auf die wiederholten Bitten der deutschen Seite um eine mildere niederländische Politik stets ablehnend reagiert. Allerdings war man im Außenministerium auch nicht völlig unempfindlich gegenüber dem deutschen Druck gewesen. Vor dem Hintergrund der großzügigeren Freilassungspolitik der anderen Bündnispartner hatte Außenminister Stikker in den frühen fünfziger Jahren bereits darauf hingewiesen, daß eine niederländische Sonderstellung nicht wünschenswert sei, da sie das niederländische Verhältnis zu Deutschland nachteilig beeinflussen könne. Der – wenn auch widerwillige – niederländische Anschluß an die internationale Praxis, in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre Gefangene auf Bewährung und vorzeitig freizulassen, hing denn auch mit der Furcht vor einer Isolierung der Niederlande zusammen. Sobald das Thema allerdings in bilateralen Gesprächen zur Sprache kam, wies man auf den kontraproduktiven Effekt deutscher Bemühungen hin. Typisch für diese Haltung war die Reaktion auf die inoffizielle deutsche Bitte in der Endphase der Verhandlungen über die Generalbereinigung. Im Sommer 1959 fühlte der deutsche Delegationsleiter Lahr zweimal bei seinem niederländischen Kollegen van Houten vor, ob es möglich sei, bei der Unterzeichnung des deutsch-niederländischen Vertrags die letzten dreizehn deutschen Gefangenen freizulassen. Van Houten reagierte sehr ablehnend und warnte, daß ein offizielles deutsches Ersuchen in den Niederlanden nicht verstanden werden und dem deutsch-niederländischen Verhältnis „großen Schaden“ zufügen würde. Es sei doch das Ziel der Generalbereinigung, so der niederländische Delegationsleiter, die Beziehungen zu verbessern und sie nicht „mit noch einer Hypothek aus der Kriegszeit zu belasten“. Er hielt nicht nur persönlich eine vorzeitige Freilassung für unerwünscht, sondern erwartete in diesem Fall auch zusätzliche Probleme bei der parlamentarischen Behandlung der Generalbereinigung. „Völlig einverstanden“,

notierte Luns, und so wurde die Frage der Gefangenen von Breda aus den Besprechungen herausgehalten.⁹³

In der Folgezeit hielt Bonn sich zurück, und in den frühen sechziger Jahren stellte man im niederländischen Außenministerium zufrieden fest, die Bundesregierung sei offenbar inzwischen davon überzeugt, daß es hier um Schwerverbrecher und nicht um „Kriegsgefangene“ gehe.⁹⁴ In den sechziger Jahren beschränkte sich das deutsche Engagement hauptsächlich auf Begnadigungsgesuche der Evangelischen Kirche, die sich seit 1945 für die geistliche Betreuung der „Kriegsverurteilten in ausländischem Gewahrsam“ eingesetzt hatte. Wiederholt suchte die Kirche auch das Gespräch mit einflußreichen Persönlichkeiten in den Niederlanden, um die Freilassung zu erreichen. Dabei hatte sie die niederländische Gefängnisseelsorge auf ihrer Seite, die ihrerseits 1968 bei Justizminister C.M.F. Polak (VVD) ein offenes Ohr fand, um die Möglichkeiten der Freilassung erneut zu prüfen. Polak persönlich war gegen Gnade für die Drei von Breda – dafür waren seiner Meinung nach ihre Verbrechen zu schwer, und außerdem könnte eine Begnadigung die Monarchie diskreditieren –, aber er befürwortete die Einbringung eines Gesetzentwurfs, nach dem zu lebenslänglicher Haft Verurteilte nach zwanzig Jahren freikommen sollten. Auf diese Weise brauchte man keine Gnade zu gewähren und hätte doch eine rechtsstaatlich und humanitär angemessene Lösung gefunden. Im Juni 1969 erhielt er vom Kabinett grünes Licht, um bei den Fraktionen in der Zweiten Kammer vertraulich vorzuführen, welche Chancen ein solcher Gesetzentwurf haben würde.⁹⁵ Das Ergebnis lautete, daß 85 Abgeordnete zugestimmt hätten, 65 hätten ihn abgelehnt.⁹⁶ Das Kabinett, mit großer Mehrheit für die Freilassung, schloß sich dem Urteil Polaks an, daß diese Parlamentsmehrheit zu gering sei, um die Frage der Drei von Breda zu lösen. Dafür benötigte man nicht eine einfache parlamentarische Mehrheit, sondern eine, die auf einen breiten politischen und gesellschaftlichen Konsens verwies. Daß es auch an letzterem mangelte, zeigte sich an den scharfen Protesten aus jüdischen Kreisen und dem ehemaligen Widerstand. Das Kabinett befürchtete eine Spaltung der Bevölkerung und öffentliche Unruhen, vor allem in Amsterdam, wenn es den eingeschlagenen Weg fortsetzte. Im September 1969 wurde beschlossen, von dem geplanten Gesetzentwurf abzusehen.⁹⁷ Dieser Beschluß der Regierung konnte auf breite Zustimmung in der Bevölkerung rechnen. Kurze Zeit später zeigte eine Meinungsumfrage, daß nur 24% der niederländischen

Bevölkerung für eine Freilassung waren, 58% dagegen und 18% dazu keine Meinung äußerten.⁹⁸

Bei den Beratungen des Kabinetts hatten die Beziehungen zur Bundesrepublik keine Rolle gespielt. Nur Minister Luns hatte auf die Politik anderer Länder verwiesen und aus diesem Grund bedauert, daß die geplante Freilassung nicht zustandekam.⁹⁹ Dagegen wurden bei der Bekanntgabe der Regierungsentscheidung die Bundesrepublik und das bilaterale Verhältnis berücksichtigt. Auf Vorschlag von Außenstaatssekretär de Koster beschloß das Kabinett am 19. September 1969, daß die Regierungsposition erst nach den Bundestagswahlen vom 28. September bekanntgemacht werden sollte, um der rechtsextremistischen NPD keine Munition im Wahlkampf zu liefern. Zugleich müsse der Beschluß lange vor dem bevorstehenden Staatsbesuch von Bundespräsident Heinemann veröffentlicht werden, damit dessen Aufenthalt in den Niederlanden von dieser Frage nicht überschattet würde. Am Tag nach den Wahlen in Deutschland informierte Staatssekretär de Koster persönlich den deutschen Botschafter Arnold, wobei er darauf hinwies, daß der Ablehnungsbeschluß „völlig unabhängig“ von den bilateralen Beziehungen sei, die sich seit 1945 in „vortrefflicher Weise“ entwickelt hätten. Letzteres sah der Diplomat Arnold natürlich nicht anders, aber er blieb dennoch dabei, von einer „Hypothek“ für das bilaterale Verhältnis zu sprechen, um so mehr, als beinahe nirgendwo anders noch Deutsche im Gefängnis saßen.¹⁰⁰

Die Regierung hatte gehofft, daß nun, nachdem die Freilassung vorläufig vom Tisch war, auch die Diskussion abebben würde, aber diese Hoffnung erfüllte sich nicht. Bei der parlamentarischen Behandlung des Justizhaushalts Ende Oktober 1969 rief die KVP, unterstützt durch eine bischöfliche Erklärung, Justizminister Polak dazu auf, seinen Gesetzentwurf doch noch einzubringen. Dieser Schritt der KVP war unklug, denn in der Freilassungsdebatte hatte sich inzwischen ein Muster gezeigt, nach dem jede öffentliche Diskussion die Freilassung eher behinderte als förderte. Nachdem Polak das Parlament gewarnt hatte, es werde eine lange und mühsame öffentliche Debatte geben, wenn der katholische Vorschlag angenommen werde, zog die KVP ihn zurück. Die befürchtete Zunahme öffentlicher Emotionen war aber nicht mehr aufzuhalten. Gerade um 1970 zeigten sich bei vielen Überlebenden die psychischen Folgen der Besatzungszeit, und das politische und gesellschaftliche Interesse für die immaterielle und materielle Ver-

sorgung der Kriegsoffer wuchs.¹⁰¹ Stärker als jemals zuvor schob sich nun das Argument in den Vordergrund, daß die Überlebenden der NS-Verfolgung eine Freilassung nicht ertragen könnten, und daß diese humanitären Überlegungen wichtiger seien als das Schicksal der lebenslänglich inhaftierten deutschen NS-Verbrecher. Genau dieses Argument sollte bis 1989 jede Bewegung in dieser Frage blockieren.

Die Emotionen über die Drei von Breda erreichten Anfang 1972 einen Höhepunkt, als die 1971 angetretene konservativ-liberale Regierung Biesheuvel (ARP) erneut auf eine Freilassung zusteuerte. Kurz nach seinem Amtsantritt hatte der neue Justizminister und spätere Ministerpräsident (1977–1982) A.A.M. van Agt (KVP) zu verstehen gegeben, er sei für eine Freilassung und habe dem Parlament zugesagt, daß es in die Entscheidungsfindung dazu einbezogen werde. Einerseits lag eine solche Zusage auf der Hand. Die politische und gesellschaftliche Brisanz der Frage erforderte einen breiten Konsens, und auch das vorherige Kabinett hatte die Freilassung von einer umfassenden parlamentarischen Unterstützung abhängig gemacht. Sofern die Regierung den Weg des vorherigen Kabinetts wählte – Freilassung aufgrund eines neuen Gesetzes –, war eine parlamentarische Mehrheit nötig. Andererseits war die Zusage van Agts verfassungsmäßig betrachtet nicht unproblematisch, weil dadurch die Zweite Kammer auch im voraus bei einer eventuellen Begnadigung einbezogen würde, und dies lag nicht in ihrer Kompetenz. Das Begnadigungsrecht ist schließlich die Prerogative der Krone, und das Parlament kann nur im Nachhinein eine eventuelle Mißbilligung aussprechen. So verständlich die Zusage van Agts auch war, so hatte er damit den Spielraum der Regierung erheblich eingeschränkt. Das Problem wurde dringend, als sich der Hohe Rat Ende 1971 einstimmig für die Begnadigung der Drei von Breda aussprach. Das Kabinett sah sich mit einem komplizierten Verfahrensdilemma konfrontiert, das die interne Kabinettsdiskussion über Wochen völlig beherrschte. Einerseits war die Regierung Anfang 1972 mit großer Mehrheit für die Freilassung, und es sprach viel für den Weg der Begnadigung; auf diese Weise wäre man dem Gutachten des Hohen Rates gefolgt und hätte eine lange emotionale Diskussion vermieden. Andererseits mußte die Regierung ins Parlament gehen, aber dort durfte laut Verfassung nicht über Gnade debattiert werden.¹⁰²

Die Lösung, die das Kabinett auf Drängen van Agts fand, bestand darin, dem Parlament schriftlich mitzuteilen, daß die Ge-

fangenschaft der Drei von Breda beendet werden mußte, aber die Regierung nicht beabsichtigte, dazu einen Gesetzentwurf vorzulegen. Damit war deutlich, daß das Kabinett den Weg der Begnadigung beschreiten wollte. Obwohl Gutachten des Hohen Rates bezüglich Begnadigungen generell geheim sind, machte das Kabinett angesichts des einmaligen Charakters der Angelegenheit davon eine Ausnahme und fügte hinzu, einstimmigen Gutachten pflege man zu folgen. Gleichzeitig wollte die Regierung, ebenfalls aufgrund des Ausnahmecharakters der Frage, das Parlament nicht vor vollendete Tatsachen stellen. Die Klippen der Verfassung umsegelnd, bat sie die Kammer nicht, einen Beschluß über die Begnadigung zu fassen, sondern sich in ihren Beratungen auf die Hauptfrage zu konzentrieren: Fortsetzung der Gefangenschaft oder Freilassung?¹⁰³

Anfänglich sah es danach aus, daß ca. 85 Abgeordnete (ebenso viele wie 1969) das Regierungsvorhaben unterstützen würden.¹⁰⁴ Aber so wie das Kabinett nicht ohne parlamentarische Zustimmung entscheiden wollte, so wollte das Parlament seinen endgültigen Standpunkt nicht ohne eine öffentliche Anhörung festlegen. Der emotionale Verlauf dieser Anhörung, bei der die Gegner der Freilassung eine große Mehrheit bildeten, ließ die Stimmung im Parlament umschlagen. Jüdische Organisationen, Vertreter des ehemaligen Widerstands und mehrere hochangesehene Psychiater machten deutlich, daß eine Freilassung für die große Mehrheit der Überlebenden psychisch unerträglich sei. Eine Welle der Emotionen ging durch das Land, die Anerkennung des Leids der Kriegsoffer schien auf dem Spiel zu stehen, und Befürworter der Freilassung gerieten unter einen so starken emotionalen Druck, daß sich das Stimmenverhältnis umkehrte. Ende Februar 1972 nahm die Zweite Kammer mit 85 zu 61 Stimmen eine Entschließung des PvdA-Sprechers J. Voogd an, in der der Regierung ernstlich zu bedenken gegeben wurde, von ihrem Plan zur Freilassung Abstand zu nehmen.¹⁰⁵ Die Regierung befürchtete eine „Desintegration der Gesellschaft“ und hatte kaum eine andere Wahl, als die Entscheidung des Parlaments vorläufig zu akzeptieren.¹⁰⁶

In den stundenlangen Sitzungen, die das Kabinett Anfang 1972 den Drei von Breda widmete, war das politische oder psychologische Verhältnis zur Bundesrepublik nie zur Sprache gekommen. Auch die öffentliche Anhörung, die Parlamentsdebatte und die Diskussion in den Medien hatten einen internen Charakter gehabt und sich ausschließlich auf den niederländischen Rechtsstaat, den

Umgang mit Kriegsopfern und implizit auf die Stellung der Besatzungszeit im nationalen Gedächtnis bezogen. Deutsche Pressekommentare, die das Ergebnis der Debatte mit antideutschen Gefühlen in den Niederlanden erklärten, gingen dementsprechend am Kern der Sache vorbei.¹⁰⁷ Dennoch kann man die Diskussion über die Drei von Breda nicht losgelöst von den deutsch-niederländischen politisch-psychologischen Beziehungen sehen. Der heftige Ausbruch der Kriegserinnerungen und die damit einhergehende emotionale Schockwelle bremsen zweifellos – wenn auch unausgesprochen und im Hintergrund – den Prozeß der politisch-psychologischen Normalisierung. Drei Deutsche, die schwere Verbrechen begangen hatten und in den frühen fünfziger Jahren der Todesstrafe entkommen waren, hatten sich zu einem Symbol des Bösen entwickelt. Und obwohl dieses Böse in Deutschland bereits lange ausgerottet worden war, blieb die Konfrontation mit drei seiner wichtigen Repräsentanten ein Nährboden antideutscher Ressentiments.

Hinzu kam, daß Bonn in den siebziger und achtziger Jahren die Kriegsverbrecherfrage wiederholt auf die deutsch-niederländische politische Tagesordnung setzte. Viele der deutschen Gesuche um Freilassung blieben der niederländischen Öffentlichkeit verborgen, aber in Den Haag mußte man sich immer wieder mit den Drei von Breda beschäftigen. Am Vorabend des Besuchs von Heinemann in den Niederlanden hatte Botschafter Arnold 1969 nach den Möglichkeiten für eine Freilassung gefragt, und dies tat er erneut kurz vor dem Staatsbesuch von Königin Juliana 1971.¹⁰⁸ Bei der Vorbereitung des Besuchs von Ministerpräsident den Uyl in Bonn 1973 kündigte die Bundesregierung an, über diese Frage sprechen zu wollen, worauf den Uyl Bundeskanzler Brandt und Außenminister Walter Scheel mitteilte, daß er dies nicht wünsche.¹⁰⁹ Im Frühjahr 1974 schrieb Scheel einen Brief an seinen niederländischen Kollegen Max van der Stoep, in dem er die Frage erneut anschnitt.¹¹⁰ Im September dieses Jahres wurde Außenstaatssekretär Kooijmans bei einem Besuch in Bonn darauf angesprochen, und kurze Zeit später fragte man den neuen niederländischen Botschafter in Bonn, van Lynden, bei seinem Antrittsbesuch im Auswärtigen Amt, ob er zu diesem Thema „etwas mitgebracht“ habe.¹¹¹ In einem seiner letzten Berichte aus Bonn hatte dessen Vorgänger de Beus über ein Gespräch mit Egon Bahr berichtet, der wegen des Problems an ihn herangetreten war. De Beus hatte in diesem Bericht nicht ohne Sorge darauf hingewiesen, daß „die

Frage der Drei von Breda immer mehr Aufmerksamkeit in seriösen Kreisen bekommt, so daß es im Interesse der deutsch-niederländischen Beziehungen gut wäre, wenn bald eine Lösung gefunden würde“. ¹¹² Damit war de Beus nicht zum ersten Mal für Bewegung in dieser Frage eingetreten. Auch aus der Evangelischen Kirche hatte der Druck zugenommen: Anfang 1974 wurde in den protestantischen Wochenzeitungen *Deutsches Allgemeines Sonntagsblatt* und *Der Weg* eine unbeantwortet gebliebene kirchliche Bitte um Gnade an Ministerpräsident den Uyl veröffentlicht. De Beus kritisierte indirekt, daß den Uyl nicht reagiert hatte, indem er vor einer Belastung der „guten Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern“ warnte, wenn man auf niederländischer Seite keine Notiz von diesem gewachsenen deutschen Interesse nehme. ¹¹³ Das Interesse der deutschen Öffentlichkeit hatte tatsächlich zugenommen. Dies zeigte sich, als der ‚Verband der Heimkehrer, Kriegsgefangenen und Vermisstenangehörigen Deutschlands e.V.‘ unter dem Motto „Gebt sie endlich frei!“ ungefähr 1 Million Unterschriften sammelte, die in mehreren Etappen der niederländischen (und italienischen) Botschaft in Bonn übergeben wurden.

Immer wieder lautete die niederländische Reaktion auf die deutschen Interventionen, daß diese Frage in den Niederlanden äußerst schwierig sei, daß der Gesundheitszustand der Drei regelmäßig kontrolliert werde und jede öffentliche Debatte eine Lösung nur erschwere. Aber auch die stille Diplomatie Bonns, die in den folgenden Jahren unverändert fortgesetzt wurde, blieb ohne Wirkung. Obwohl die niederländische Regierung sich nach dem mißlungenen Begnadigungsversuch von 1972 das Recht vorbehalten hatte, zu Einzelfreilassungen überzugehen, waren ihr zugleich die Hände gebunden. Im Sommer 1972 hatte van Agt dem ‚Centraal Orgaan Voormalig Verzet en Slachtoffers‘ (‚Zentralorgan ehemaliger Widerständler und Opfer‘ – COVVS) zugesagt, sich vor einer Freilassung mit dieser Dachorganisation zu beraten. Auch sollte eine Gruppe sogenannter Vertrauensleute gebildet werden, die ebenfalls in die Entscheidungsfindung einbezogen werden sollten. Dies bedeutete faktisch ein Vetorecht für das COVVS, wie sich kurz darauf im Fall Kotälla zeigte.

Als Kotälla im Herbst 1973 eine Gehirnblutung erlitt und sein Ableben nicht auszuschließen war, betrieb Justizminister van Agt seine Freilassung, aber durch die negative Reaktion des COVVS und den ablehnenden Rat der Vertrauensleute wagte er einen solchen Beschluß nicht, und alles blieb unverändert. ¹¹⁴ Sechs Jahre

später, im Sommer 1979, verschlechterte sich der Gesundheitszustand Kotällas dramatisch, und erneut wagte es das Kabinett nicht, gegen den Wunsch des COVVS seinen eigenen Willen durchzusetzen. Einige Wochen später starb Kotälla in Gefangenschaft.

Peinlicherweise hatte Den Haag im Mai 1979 ein deutsches Gnadengesuch noch abgewiesen und dabei betont, daß der Gesundheitszustand der Drei keinen Anlaß zur Freilassung bot.¹¹⁵ Daraufhin hatte Außenminister Genscher im Juni 1979 in einem persönlichen Brief an seinen niederländischen Amtskollegen van der Klaauw unter Hinweis auf Kotällas Zustand erneut um dessen Freilassung ersucht. Dieser Brief erreichte das Außenministerium, nachdem die Entscheidungsfindung abgeschlossen und Justizminister J. de Ruiter in Urlaub gegangen war. Infolgedessen führte der Brief Genschers nur zu dem Plan, daß van der Klaauw bei seinem für August 1979 vorgesehenen Besuch in Bonn Genscher die letzten Informationen über Kotällas Gesundheit mitteilen sollte.¹¹⁶ Das hatte sich nun erübrigt, und van der Klaauw blieb bei seinen Gesprächen in Bonn nicht viel anderes übrig, als auf die unveränderte Lage der übriggebliebenen Zwei von Breda zu verweisen. Wohl kontrollierte man nun den Gesundheitszustand Fischers und aus der Füntens intensiver, weil Den Haag unter allen Umständen neue Todesfälle in Gefangenschaft vermeiden wollte.

In deutschen politischen Kreisen verlor manch einer in den frühen achtziger Jahren das Vertrauen in die stille Diplomatie. Dabei war der CDU-Bundestagsabgeordnete Alois Mertens die treibende Kraft. Anfänglich ließ er sich noch von dem alten niederländischen Argument überzeugen, daß Öffentlichkeit kontraproduktiv sei, aber im August 1982 wurde u.a. auf seine Initiative hin ein Antrag im Bundestag eingebracht, der die Bundesregierung aufforderte, sich für die Freilassung der letzten ‚Kriegsverurteilten‘ in ausländischen Gefängnissen einzusetzen. Einstimmig nahm der Bundestag im Dezember dieses Jahres einen Antrag an, in dem aus humanitären Gründen auf die Freilassung von Fischer, aus der Füntens, Rudolf Hess (Spandau) und Walter Reder (Italien) gedrungen wurde. Kurze Zeit später wurde Mertens selbst in der neuen Regierung Kohl/Genscher Staatsminister im Auswärtigen Amt, und auch in dieser Eigenschaft intervenierte er wiederholt bei niederländischen Diplomaten. Auf niederländischer Seite führten die öffentlichen deutschen Plädoyers für die Freilassung in den frühen achtziger Jahren zu neuem Stirnrunzeln (Parlamentsanfragen, kritische Betrachtungen in der Presse über den deutschen

‚Druck‘), aber die Regierung konnte den Geist in der Flasche halten, indem sie immer wieder darauf hinwies, daß es keinen Anlaß für eine Wiedereröffnung der Diskussion gebe. Für Beruhigung sorgte auch Bundespräsident Richard von Weizsäcker, der kurz vor seinem Staatsbesuch 1985 wissen ließ, daß er in dieser Sache nicht an die Niederlande appellieren werde, was ihn übrigens nicht davon abhielt, einige Zeit später in einem Brief an Königin Beatrix doch um Freilassung aus humanitären Gründen zu bitten.¹¹⁷ Damit war die Bundesrepublik wieder auf den Weg stiller Diplomatie zurückgekehrt, den man bis zur Freilassung der Zwei 1989 noch einige Male beschreiten und nicht mehr verlassen sollte.¹¹⁸

Bis es im Januar 1989 schließlich zur Freilassung von Fischer und aus der Fünften kam, blieb die Regierung ihrem Grundsatz treu, daß ohne eine Zustimmung des ehemaligen Widerstands eine Freilassung nicht stattfinden könne. Das erste Signal für eine veränderte Haltung in diesem Kreis kam im April 1987, als der Vorsitzende der ‚Stichting Samenwerkend Verzet‘ (Stiftung Zusammenarbeitender Widerstand), Hans Teengs Gerritsen, zu erkennen gab, daß er selbst und ein Teil des Vorstands eine Freilassung wünschten, um so endlich Ruhe in eine immer wieder aufflammende Debatte zu bringen. Im Mai 1988 folgte ein vergleichbarer Aufruf von neunzehn prominenten Niederländern, darunter erneut Teengs Gerritsen, anderen Vertretern des ehemaligen Widerstands, einigen Professoren und Ex-Politikern. Die grundlegenden juristischen und ethischen Argumente, die nun genannt wurden, waren nicht neu. Im Unterschied zu früheren Stellungnahmen wurden diese Argumente nun aber auch von Vertretern des Widerstands vorgebracht, und dies verwies auf ein verändertes Diskussionsklima. Anders als 1972 schienen die Befürworter der Freilassung nun in der Lage zu sein, ihr Plädoyer als moralisch legitimiert zu präsentieren.¹¹⁹ Im Unterschied zu damals vermieden Regierung und Parlament nun, den Kreis der in die Entscheidungsfindung Einbezogenen zu groß werden zu lassen, und der unter einer strengen Regie vorbereitete Begnadigungsbeschluß wurde im Januar 1989 sehr schnell in der Öffentlichkeit abgehandelt. Dennoch blieb die Freilassung umstritten, und im Vergleich zu 1972 hatte sich die öffentliche Meinung nicht wesentlich verändert: eine Mehrheit von 52% der niederländischen Bevölkerung lehnte die Begnadigung ab (1972: 58%), während nur 34% dafür waren (1972: 24%).¹²⁰ Auch das Stimmenverhältnis im Parlament deutete auf

eine große Kontinuität hin. Mit 85 zu 55 Stimmen verwarf die Zweite Kammer im Januar 1989 den Antrag von I. Haas-Berger (PvdA), in dem die Regierung aufgefordert wurde, nicht zu einer Freilassung überzugehen. 1969 hatte die Regierung bei einem vergleichbaren Abstimmungsergebnis im Parlament ihren Plan zur Freilassung zurückgezogen. Nun tat sie, zielgerichtet und mit der für notwendig gehaltenen Unterstützung durch einen Teil des früheren Widerstands, was sie bereits 1969 und 1972 gewollt hatte und hätte tun können: ein problematisches Erbe liquidieren. Wenige Monate nach ihrer Freilassung starben aus der Fünten (Mai 1989) und Fischer (September 1989).

1964 war für die letzten vier deutschen Gefangenen eine Ausnahmesituation entstanden, nachdem ihre Bitte um Umwandlung der lebenslangen Gefängnisstrafe in zwanzig Jahre Haft abgelehnt worden war. Gerade in der Phase, in der ihre Gnadengesuche behandelt wurden, wuchs das Interesse an der Besatzungszeit, und es entstand eine größere Sensibilität für die deutschen Verbrechen in den Jahren 1940–1945 (vgl. Kapitel 9). Diese Wende im gesellschaftlichen Klima, die Tatsache, daß die Gefangenen von Breda zu einem Symbol für die fünfjährige Unterdrückung durch die Nationalsozialisten geworden waren, und die lange Zeit nicht zu kanalisierenden öffentlichen Emotionen ließen die Freilassungsdiskussion immer wieder aufkommen. Die Verbrechen der Vier, Drei, Zwei von Breda waren besonders schwer gewesen, aber aus dem Blickwinkel der Rechtsgleichheit hätten sie ebenso wie andere von der Begnadigungspolitik profitieren müssen, die seit der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre sowohl bei niederländischen als auch deutschen NS-Verbrechern gegolten hatte. Zwei Mal (1969 und 1972) unternahm die Regierung einen Anlauf zur Freilassung der Drei, und einmal erstrebte man eine Freilassung, um einen Todesfall im Gefängnis zu vermeiden (1979). In allen drei Fällen verfügte die Regierung über die politischen und rechtlichen Möglichkeiten, aber stets verlor sie aus Angst vor öffentlichen Reaktionen den Mut. Aus gesellschaftlicher Perspektive war das gewiß verständlich, aber zugleich problematisch, da die Regierung sich damit völlig von der Stimmung unter den Kriegsoptionen abhängig machte. Außerdem stellt sich die Frage, ob das Argument, das bis 1989 einer Freilassung im Weg stehen sollte – das zusätzliche Leid, das Kriegsoptionen damit zugefügt wäre – letztlich zutreffend gewesen ist. Dies läßt sich zwar nicht zufriedenstellend beantworten, aber es ist vorstellbar, daß eine kurze schmerzhaft Schockwelle um

1970 am Ende weniger Emotionen und psychisches Leid hervorgerufen hätte als die immer wieder aufflammende Debatte der siebziger und achtziger Jahre. Hätte die Regierung früher zu ihrer Verantwortung gestanden und dabei eine straffe Regieführung gezeigt, wäre vielleicht bei den Opfern viel Schmerz vermieden worden. Für den niederländischen Rechtsstaat wäre es in jedem Fall eine gute Sache gewesen.

Die Frage nach dem Einfluß der deutschen Interventionen auf die niederländische Politik ist abschließend kurz zu beantworten: Sie hatten keine Wirkung. In den Augenblicken der Entscheidungsfindung spielten die deutschen Plädoyers für Freilassung in den Überlegungen nie eine Rolle. Dies galt auch für die Besorgnis, die gelegentlich von der Bonner Botschaft und im Außenministerium geäußert wurde, daß eine fortgesetzte Gefangenschaft das bilaterale Verhältnis belasten könne. Mit Blick auf die politischen Beziehungen war diese Sorge sicher unbegründet, aber in den psychologischen Beziehungen stellte die immer wiederkehrende Frage einen schwierigen Fall dar. Anfänglich ärgerte man sich im Außenministerium, daß die deutsche Botschaft „bei jeder Gelegenheit“ wieder wegen der Freilassung „quengelt“, wie es 1972 hieß.¹²¹ In den darauffolgenden Jahren war nicht so sehr ein Problem, daß die Deutschen ‚quengelten‘, sondern daß man immer wieder erklären mußte, daß ein wesentlicher Teil der niederländischen Öffentlichkeit eine Freilassung nicht ertragen könne. Außerdem erforderte die Frage immer wieder große Vorsichtigkeit und diplomatisches Geschick, wenn bei gegenseitigen Besuchen Gerüchte nach außen drangen, Bonn werde erneut auf Freilassung dringen. Meistens gelang es, Aufregung zu vermeiden, aber das immer wieder auftauchende Problem kostete ebenso oft Energie und Aufmerksamkeit. Hinzu kam, daß viele Niederländer jede deutsche Bitte um Freilassung als unpassend betrachteten und nicht verstanden, warum das demokratische Deutschland sich dieser NS-Verbrecher annahm. So bestätigte jeder Bericht über eine deutsche Intervention, ob es nun um stille Diplomatie oder öffentlichen kirchlichen und politischen ‚Druck‘ ging, stets wieder die Vorstellung, daß man in Deutschland ungenügend verstand, wieviel Leid der Zweite Weltkrieg in den Niederlanden verursacht hatte. Umgekehrt bekräftigte die jedesmal wieder sichtbare niederländische Ausnahmestellung auf deutscher Seite das Bewußtsein, daß das deutsch-niederländische Verhältnis mühsam war und starke

antideutsche Gefühle fortbestanden. Dieses wechselseitige Mißverständnis wurde im Januar 1989 beendet.

Schlußfolgerung

Seit den ersten Verhandlungen über aus dem Krieg herrührende Fragen war man auf niederländischer Seite vielfältig enttäuscht worden, sowohl materiell als auch immateriell. Der enorme Schaden, den die Zeit der Besetzung verursacht hatte, konnte zwar nie wiedergutmacht werden, aber dies machte nach Ansicht der Niederländer eine entgegenkommende, flexible und schuldbewußte deutsche Haltung umso notwendiger. Man erwartete einen bußfertigen und wohlwollenden deutschen Gesprächspartner.

Moralische Motive, die die Niederlande immer wieder mit Nachdruck vorbrachten, spielten in Bonn dagegen eine untergeordnete Rolle. Bis auf wenige Ausnahmen wurden sie nur benutzt, um intern, z.B. gegenüber dem Finanzministerium oder dem Bundestag, für eine geschmeidigere Haltung zu werben. Die Bundesregierung strebte ab den frühen fünfziger Jahren auf ihre eigene Weise nach einer Lösung für bilaterale Fragen und verfolgte dabei ein Konzept, das mit der niederländischen Erwartungshaltung kollidieren mußte. Für sie war Normalisierung eher eine Frage des Gebens und Nehmens, wobei eben auch die deutsche Seite legitime Wünsche hatte, von denen die Rückgabe der Grenzkorrekturgebiete und der Rückkauf der Grenzländereien die wichtigsten waren. Deshalb steuerte Bonn schon in einem frühen Stadium auf eine Generalvereinbarung zu, in der anschließend beide Parteien nach dem Prinzip *do ut des* ihre Wünsche vorbringen konnten. Es waren diese kollidierenden Erwartungshaltungen und Szenarien, die die Verhandlungen von den ersten Gesprächen in den frühen fünfziger Jahren bis zu den Ratifizierungsdebatten des Ausgleichsvertrags 1963 gekennzeichnet hatten, und die in Luns' Ausfall gegenüber von Brentano 1959 kulminierten („Wir sind der Sieger! Was denken Sie!“).

Zweifellos wären die Verhandlungen weniger mühsam verlaufen, wenn die Bundesregierung sowohl öffentlich als auch in den Gesprächen selbst den Niederlanden in ihren Erwartungen mehr entgegengekommen wäre. Dabei geht es nicht um die Frage, ob die Generalvereinbarung in den Niederlanden positiver aufgenommen worden wäre, wenn die Bundesregierung Dutzende oder

Hunderte Millionen DM mehr bezahlt hätte. Wahrscheinlich hätte dies für die niederländischen Reaktionen auf den Vertrag nicht einmal viel ausgemacht. Es ging eher um die fehlenden symbolischen Gesten, die auf der niederländischen Seite fortwährend das Bild bestätigten, daß sich Deutschland und die Deutschen noch nicht geändert hatten. Natürlich verbarg sich hinter dem moralistischen niederländischen Pastor auch ein rechnender Kaufmann, und sicherlich versuchten die Niederlande mit moralischen Argumenten auf finanziellem Gebiet und in anderen Bereichen soviel wie möglich zu bekommen. Aber die Bundesrepublik hätte, auch ohne tiefer in den Beutel zu greifen, mehr guten Willen fördern können, wenn sie in den Verhandlungen eine größere Sensibilität an den Tag gelegt und dies auch öffentlich sichtbar gemacht hätte. So gesehen hatte die Bundesregierung mit der Ernennung des schroffen und schulmeisterlichen Professors Kaufmann zum deutschen Delegationsleiter 1957 einem geschmeidigen Verlauf der Verhandlungen keinen Dienst erwiesen. Mehr Gefühl für Psychologie am Verhandlungstisch, flankiert von öffentlichen Aussagen Adenauers, von Brentanos oder von Bundespräsident Heuss an die Adresse der Niederlande – so hätte die Bundesrepublik nicht nur die Verhandlungen selbst, sondern auch die Reaktionen auf deren Endergebnis in günstigere Bahnen lenken können.

Aber die fünfziger Jahre waren in der Bundesrepublik nicht die Zeit symbolischer Gesten.¹²² Natürlich war sich Adenauer der Bedeutung der Wiedergutmachung für das Ansehen Nachkriegsdeutschlands bewußt. Zum Schrecken seines Finanzministers war er sogar bereit, dafür tief in den Beutel zu greifen. Auch hinsichtlich der Niederlande drängte er hinter den Kulissen auf eine entgegenkommende Haltung, aber in der Öffentlichkeit sprach er darüber nicht. Während solche öffentlichen Aussagen das Klima in den Niederlanden günstig hätten beeinflussen können, wäre eine solche Haltung in der Bundesrepublik eher auf Unverständnis gestoßen. Die Wiedergutmachung gegenüber Israel 1952 hatte gezeigt, daß die übergroße Mehrheit der westdeutschen Bevölkerung gegen solche Regelungen war.¹²³ Hinzu kam, daß es aus deutscher Perspektive viele Länder gab, zu denen sich die Beziehungen normalisieren mußten; die Niederlande waren darunter sicher nicht das wichtigste Land. Versöhnung und Normalisierung der Beziehungen zu den früheren Feinden lagen gewiß im deutschen Interesse, aber die Priorität der westdeutschen Außenpolitik lag selbstverständlich bei den westlichen Großen Drei und in den

bilateralen Beziehungen zu Frankreich. Angesichts der fortschreitenden Integration der Bundesrepublik in den Westen und der sukzessiven Abkommen mit anderen Ländern konnte man in Bonn davon ausgehen, daß auch mit den Niederlanden der unvermeidliche Strich unter die Vergangenheit schon gezogen werden würde. Die Zeit – dessen war man sich in Bonn nicht weniger bewußt als in Den Haag – arbeitete für Deutschland, und dies förderte auf deutscher Seite nicht gerade die Bereitschaft zu großen Zugeständnissen. Auch mußte die Bundesrepublik vorsichtig sein, Forderungen eines Landes zu erfüllen, weil andere Länder mit ähnlichen Forderungen sich darauf hätten berufen können und so eine Kettenreaktion mit erheblichen finanziellen Konsequenzen ausgelöst worden wäre.

Der Spielraum der deutschen Seite wurde außerdem eingeschränkt, weil in problematischen Punkten wie der Ems-Dollart-Frage, den Grenzkorrekturen und den Grenzländereien auch die regionale Politik und Interessenverbände eine Rolle spielten. Dies verzögerte nicht nur die Entscheidungsfindung, sondern reduzierte aus innenpolitischen Gründen auch die Möglichkeit von Konzessionen. So war das Land Niedersachsen äußerst mißtrauisch hinsichtlich der niederländischen Forderungen im Ems-Dollart-Gebiet; in Hannover fürchtete man die Folgen für die Erreichbarkeit und Konkurrenzstellung von Emden. Teilweise hatten die Niederlande dieses Mißtrauen gefördert, weil die entwickelten wasserwirtschaftlichen Pläne für dieses Gebiet – abgesehen von dem umstrittenen Grenzverlauf – schlecht durchdacht und zum Teil sogar undurchführbar waren.¹²⁴

Aus niederländischer Perspektive mochte die Verantwortung für den trägen und mühsamen Verlauf der Verhandlungen ja bei den Deutschen liegen, aber die Wirklichkeit war komplizierter, und darin spielte auch niederländische Halsstarrigkeit eine wichtige Rolle. Dies galt nicht nur für die schleppende Ems-Dollart-Frage, das unglücklich lange Festhalten an der Verbindung mit den Grenzkorrekturen und die Ablehnung einer Generalbereinigung zwischen 1954 und 1957, sondern auch für die Vorbedingung der Wiedergutmachung. Nachdem die Niederlande im Sommer 1958 eine Regelung dazu zur Bedingung für weitere Verhandlungen gemacht hatten, mußte es einige Monate dauern, bis wieder Bewegung in die Gespräche kam, weil es bei der Entschädigung zugleich um eine multilaterale Frage ging. Der geringe Fortschritt der Gespräche in den fünfziger Jahren bestätigte für die Niederlande

immer wieder neu das Bild eines westdeutschen Staates, der die Lektionen der Vergangenheit nur unvollkommen gelernt hatte. Dabei übersah man aber in Den Haag, daß die Niederlande durch ihre Verhandlungsstrategie auch selbst die Grundlage für die Bestätigung dieses Bildes legten.

Bei der Erklärung für den mühsamen Verlauf der Verhandlungen in den fünfziger Jahren muß man auch bedenken, daß es um mehr als nur die Lösung der aus dem Krieg stammenden Fragen ging. International hatte schließlich – gerade mit der nachdrücklichen Unterstützung der Niederlande – eine Entwicklung zu einem partnerschaftlichen Verhältnis eingesetzt. Es spricht vieles für die These, daß die niederländische Schroffheit in bilateralen Fragen auch eine Reaktion auf die hohe Geschwindigkeit darstellte, in der sich dieser Prozeß vollzog. Das Tempo, mit dem Deutschland ab 1949 als Partner in die westliche Gemeinschaft eintrat, und das damit einhergehende rasch wachsende deutsche Selbstbewußtsein riefen Spannungen hervor, die nach einer Entladung suchten. Und diese Entladung fand u.a. im Zusammenhang mit der Generalbereinigung statt, wobei die Niederlande bis zum Ende zu erkennen gaben, daß die Besatzungszeit trotz der neuen Bündnisgemeinschaft noch keine abgeschlossene Vergangenheit war.

Mit einem Gefühl der Unvermeidlichkeit hatte die Regierung sich 1957 zu einer Generalbereinigung bereit erklärt. Mit ähnlichen Gefühlen ratifizierte man sechs Jahre später einen Vertrag, den nur wenige in den Niederlanden unterstützten. Der Ausgleichsvertrag war ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Normalisierung der Beziehungen zwischen den Niederlanden und Deutschland. Aber der lange Weg dorthin und das letztlich erzielte Ergebnis bedeuteten nicht, daß aus niederländischem Blickwinkel mit dem Inkrafttreten am 1. August 1963 wirklich eine neue Phase begonnen hatte. Dafür bestätigte das Ergebnis zu sehr alle Bilder von den zur Trauer unfähigen Deutschen, die sich in den fünfziger Jahren aufgehäuft hatten. So gesehen bestand die positive Bedeutung der Generalbereinigung nur in der Tatsache, daß man über die umstrittenen Themen nicht mehr zu sprechen brauchte. Solange die Probleme ungelöst gewesen waren, hatten sie einer Verbesserung der Beziehungen im Weg gestanden. Die Lösung selbst enttäuschte vielleicht viele, aber die Tatsache, daß mit dem Krieg zusammenhängende Fragen das Verhältnis ab 1963 nicht länger belasteten, bedeutete doch, daß 18 Jahre nach Kriegsende der Weg

für eine weitergehende Normalisierung frei war. Aufgrund niederländischer Zurückhaltung sollte es noch rund sechs Jahre dauern, bis im November 1969 mit dem Staatsbesuch Bundespräsident Heinemanns der nächste Schritt erfolgen konnte. Auch wenn man die Bedeutung dieses Besuchs nicht überschätzen darf, stellten die symbolischen Gesten des Bundespräsidenten doch eine wichtige Grundlage für die Verbesserung des politisch-psychologischen Verhältnisses dar. Darauf konnte man nach 1969 und nach dem Gegenbesuch von Königin Juliana 1971 aufbauen.

Die letzte Erbschaft des Krieges im Verhältnis zwischen Bonn und Den Haag wurde erst 1989 beseitigt. Es wäre übertrieben, die Frage der Begnadigung der deutschen NS-Verbrecher in niederländischer Gefangenschaft als eine Belastung für die offiziellen Beziehungen zu betrachten, aber sie tauchte in den bilateralen politischen Kontakten der siebziger und achtziger Jahre doch immer wieder auf. Hauptsächlich ging es dabei um ein internes niederländisches Problem, das aber doch eine Auswirkung auf die psychologische Seite der deutsch-niederländischen Beziehungen hatte. Die immer wiederkehrende Diskussion über eine Begnadigung machte jedesmal wieder deutlich, welche tiefen Emotionen Erinnerungen an die Besatzungszeit in den Niederlanden hervorriefen. Außerdem stellte sie ein Element jahrzehntelangen gegenseitigen Unverständnisses dar. Dies führt schließlich zu der Frage nach der allgemeineren Entwicklung der politisch-psychologischen Beziehungen seit 1945. Darauf soll im folgenden eingegangen werden.

TEIL 3

BILDFORMUNG UND POLITISCHE KULTUR 1945–1995

Von 1945 bis in die späten fünfziger Jahre: ein deutsch-niederländisches Minenfeld

Einleitung

Bis zum heutigen Tag gelten die deutsch-niederländischen Beziehungen in politisch-psychologischer Hinsicht als ‚mühsam‘, ‚problematisch‘ und ‚schwierig‘. Deutsche Botschafter, die sich auf den Wechsel nach Den Haag vorbereiten, lesen in ihren Instruktionen regelmäßig über die tiefen Wunden, die die Jahre 1940–45 in den Niederlanden hinterlassen haben und über die Notwendigkeit, im Umgang mit den Niederländern taktvoll und geduldig zu sein. Und tatsächlich kostet es wenig Mühe, um eine lange Liste der Spannungen und Zwischenfälle aufzustellen, die auf eine belastete psychologische Beziehung hindeuten. Um nur einige zu nennen: Als 1954 Deutsche erstmals wieder ohne Visum in die Niederlande einreisen durften und viele Tausende während der Gedenktage des 4. und 5. Mai die blühenden Blumenfelder besuchten, wurden sie von Flugblättern mit der Aufschrift „Deutsche nicht erwünscht“ willkommen geheißen. 1965 verlobte sich Prinzessin Beatrix mit dem deutschen Diplomaten Claus von Amsberg, und auch dies gab Anlaß zur Mobilisierung antideutscher Gefühle. Im Jahre der Hochzeit (1966) kochten außerdem die Emotionen hoch in der Debatte über die Ansiedlung eines NATO-Hauptquartiers in Brunssum in Limburg, das unter dem Oberbefehl des ehemaligen hohen Wehrmachtsoffiziers Johann Adolf Graf von Kielmansegg stehen sollte. Dreizehn Jahre später wurde dem damaligen deutschen Oppositionsführer Helmut Kohl in der ZDF-Sendung ‚Bürger fragen, Politiker antworten‘ von einem niederländischen Publikum vorgeworfen, daß die Bundesrepublik durch die sogenannten ‚Berufsverbote‘ und eine harte Antiterrorpolitik einem Polizeistaat zu ähneln beginne. Die Reaktionen auf diese Sendung waren in Deutschland nicht weniger scharf und emotional als die Fragen an Kohl, und in der deutschen Presse erschienen Leserbriefe mit dem Tenor, daß „die Holländer ... noch nie unsere Freunde gewe-

sen (sind)“.¹ Bei der Fußballeuropameisterschaft 1988 schien der niederländische Sieg über die deutsche Mannschaft im Halbfinale wichtiger als das gewonnene Endspiel gegen die Sowjetunion, und im feiernden Amsterdam konnte man den Eindruck gewinnen, daß die Niederländer Jahrzehnte nach 1945 den Zweiten Weltkrieg aus eigener Kraft für sich entschieden hatten. Schließlich veröffentlichte in den frühen neunziger Jahren das Institut Clingendael die Ergebnisse einer Umfrage unter niederländischen Jugendlichen, aus denen man die Schlußfolgerung ziehen konnte, daß eine Mehrheit von ihnen negativ über Deutschland und die Deutschen dachte. *Der Spiegel* kommentierte: „Die Wunden der Vergangenheit wollen nicht vernarben. Im Gegenteil. Der Moffenhaat, der Haß auf die Deutschen, gewinnt wieder an Boden.“²

Zweifellos hat die Besatzungszeit dem niederländischen Bild von Deutschland und den Deutschen lange ihren Stempel aufgedrückt. So rational und nüchtern die Politik gegenüber Deutschland auf vielen Gebieten auch war, so verbargen sich dahinter doch Empfindlichkeiten bzw. ein Wahrnehmungsmuster, in dem negative Stereotypen, Vorurteile und anfänglich auch Feindbilder eine wichtige Rolle spielten. Aus den bisherigen Kapiteln ist aber auch deutlich geworden, daß nach 1945 allmählich auch Raum für ein differenzierteres und günstigeres Deutschlandbild entstand und die Normalisierung auf politisch-psychologischer Ebene eine viel positivere Entwicklung zeigte als die oben genannten Beispiele von Zwischenfällen und Spannungen vermuten lassen. Vergleicht man die niederländische Wahrnehmung der Bundesrepublik in den fünfziger Jahren mit der der neunziger Jahre, dann ist aus dem früheren Partner aus Notwendigkeit schon lange ein Partner aus Überzeugung geworden, mit einer vielgepriesenen demokratischen Bilanz.³

Unübersehbar zeigt die Entwicklung des Deutschlandbildes ein anderes Muster als die Normalisierung der formalen Beziehungen auf der wirtschaftlichen, europäisch-atlantischen und bilateralpolitischen Ebene, wie sie in den vorangegangenen Kapiteln beschrieben wurde. Die Bildformung verlief nicht nur launischer, sondern zeichnete sich auch durch sozialpsychologische Mechanismen aus, die in hohem Maß unabhängig von den florierenden Handelsbeziehungen, den weitgehend identischen Bündnisinteressen und den seit den sechziger Jahren guten Beziehungen auf Regierungsebene waren. Die sachliche Zusammenarbeit auf diesen Gebieten stand in schrillum Gegensatz zu den regelmäßig wieder-

kehrenden kollektiven antideutschen Gefühlsausbrüchen. Zwar verschwanden sie meist ebenso plötzlich wie sie aufgekommen waren, aber Stoff für neue Zwischenfälle oder Empfindlichkeiten blieb immer vorhanden.

Bei der Analyse der politisch-psychologischen Beziehung der Nachkriegszeit ergeben sich drei Probleme, die die Darstellung ‚harter‘ Fakten über diesen Aspekt der Beziehungen erschweren. Untersucht man die tatsächlich betriebene Politik, kann man durchgängig über konkrete Interessen und Beschlüsse sprechen und auf der Grundlage objektivierbarer Quellen ‚die‘ niederländische Politik feststellen. Dagegen besteht die erste Schwierigkeit, die sich bei der Untersuchung der politisch-psychologischen Beziehung stellt, in der Tatsache, daß die Quellen vergleichsweise eindeutige Aussagen nicht zulassen. Die Meinungsbildung unter Diplomaten, Politikern und Journalisten rechtfertigt nur Rückschlüsse auf Beobachter, die sich allein aus beruflichen Gründen mit Deutschland beschäftigen. Die Auffassungen innerhalb dieser Gruppe, die man als außenpolitische Elite umschreiben kann, können Hinweise auf eine Charakterisierung des allgemeinen gesellschaftlichen Klimas geben, aber sie können nicht ohne weiteres mit der öffentlichen Meinung gleichgesetzt werden. Dasselbe gilt, wenn man andere Quellen wie die Belletristik, Spielfilme oder Schulbücher in die Untersuchung einbezieht.⁴ Da ihr Spektrum von nuancierten bis zu vereinfachten Schwarz-Weiß-Bildern reicht, spiegeln auch diese Quellen zweifellos vorhandene niederländische Deutschlandbilder wider, aber die Frage nach ihrer Repräsentativität läßt sich nicht exakt beantworten.

Die einzigen ‚harten‘ Fakten über die niederländische Haltung gegenüber Deutschland liefern die Ergebnisse von Meinungsumfragen. Allerdings suggerieren sie ein größeres Maß an Genauigkeit und Zuverlässigkeit, als sie in Wirklichkeit bieten. Es ist schließlich bekannt, daß die Fragestellung und moralische Vorstellungen darüber, was man denken oder nicht denken ‚darf‘, die Ergebnisse solcher Forschungen in erheblichem Maß mitbestimmen. Demnach können Meinungsumfragen höchstens als Indikator für eine bestimmte Stimmung oder deren Entwicklung dienen. Dies führt zu der Schlußfolgerung, daß man auf der Grundlage des vorhandenen Quellenmaterials zwar viele Bilder über Deutschland und die Deutschen zusammentragen kann, aber daß stets große Vorsicht bei verallgemeinernden Aussagen geboten ist.

Aus diesem ersten Problem ergibt sich – und dies ist der zweite Punkt –, daß man stets von niederländischen Deutschlandbildern sprechen muß. So verführerisch es auch ist, ‚das‘ niederländische Deutschlandbild zu zeichnen, so sehr muß man sich ständig vor Augen halten, daß es sich dabei um eine Vereinfachung handelt und daß viele Bilder und Meinungen gleichzeitig existieren. Sie hängen nicht nur von der Art und Intensität der Beziehung des Beobachters zu Deutschland ab, sondern auch von seinem persönlichen, ideologischen und regionalen Hintergrund. Die Komplexität dieser Bilder wird noch dadurch verstärkt, daß sich negative Stereotypen und sachlich fundierte Meinungsbildung auch in *einer* Person nicht ausschließen müssen. Ein niederländischer Unternehmer kann z.B. aufgrund seiner eigenen Erfahrung die ökonomische Zuverlässigkeit seiner deutschen Partner rühmen, aber ansonsten ‚die‘ Deutschen als Kollektiv äußerst klischeehaft und negativ bewerten. Die Existenz vieler Deutschlandbilder zur selben Zeit ruft selbstverständlich die Frage hervor, welche von ihnen nun bestimmend sind, aber Kriterien, um dies festzustellen, sind intersubjektiv kaum überprüfbar.

Schließlich – und dies ist das dritte Problem – stellt sich die Frage nach der Bedeutung von Aussagen über ‚den‘ Deutschen. „Nationalcharaktere werden erfunden, weil man sie benötigt“, stellt von der Dunk fest und verweist damit auf den Dualismus, der diesen Begriff kennzeichnet.⁵ Einerseits bestehen aufgrund von Geschichte und Kultur Unterschiede zwischen den Völkern, aber andererseits kann man diese Unterschiede nicht objektiv unter dem statischen Begriff des Nationalcharakters fassen, da man ansonsten der vielseitigen Wirklichkeit Gewalt antun würde. Dennoch verwendet man zur selben Zeit nationale Eigenschaften, die immer einen ‚wahren‘ Kern haben, um diese plurale Wirklichkeit benennen und sich ein Bild von ihr machen zu können. Über die Entstehung solcher Bilder ist wenig bekannt, aber wir wissen immerhin, daß sie sich durch ein hohes Maß an Kontinuität auszeichnen.⁶ Hinsichtlich der Bildformung gilt ganz allgemein, daß die menschliche Wahrnehmung Ereignisse oft so filtert, daß nur die Elemente wahrgenommen werden, die vorhandene Bilder bestätigen. Diese selektive Wahrnehmung verhindert unangenehmen Widerspruch und reproduziert den gewünschten interpretativen Halt.⁷ Ein solches Muster in der Wahrnehmung anderer Völker bietet außerdem die Möglichkeit, die Unterschiede zur eigenen Nation zu akzentuieren und so die eigene Identität zu bekräftigen.

So darf man schlußfolgern, daß solche Bilder für den Betrachter eine spezifische Funktion erfüllen und die Kluft zwischen Bild und Wirklichkeit sehr groß sein kann. Das heißt: Aussagen von Niederländern über Deutschland und die Deutschen sagen möglicherweise mehr über den niederländischen Betrachter und seine Wahrnehmung als über die deutsche Wirklichkeit aus. Daß diese Diskrepanz zwischen Bild und Wirklichkeit je nach Betrachter sehr unterschiedlich sein kann – der eine wird aus welchen Gründen auch immer eher eine ‚objektive‘ Meinungsbildung anstreben als der andere – unterstreicht um so mehr, daß es ‚das‘ niederländische Deutschlandbild nicht gibt. Statt dessen muß man sich stets um die Wiedergabe verschiedener Deutschlandbilder und ihrer Funktionen bemühen.

In den vorangegangenen Kapiteln haben wir bereits viele Deutschlandbilder Revue passieren lassen. Im folgenden geht es um die Frage nach der Entwicklung der politisch-psychologischen Normalisierung seit 1945. Welche Bilder existierten von ‚den‘ Deutschen und von Deutschland? Wie sahen die vorherrschenden Bilder aus, und in welchem Ausmaß haben sie sich verändert? Kann man davon sprechen, daß die Deutschlandbilder allmählich nuancierter und differenzierter geworden sind, oder handelte es sich um eine Wellenbewegung, in der sich Phasen stärker in Erscheinung tretender antideutscher Gefühle mit Phasen einer positiver gefärbten Wahrnehmung abwechselten? Welche Versuche wurden unternommen, um die Beziehungen zu verbessern? Und schließlich: Wie kann – mehr als fünfzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs – die politisch-psychologische Beziehung heute charakterisiert werden? Muß man in den in der jüngeren Vergangenheit aufgetretenen Spannungen noch Nachwirkungen der Besatzungszeit sehen, oder gehören diese Spannungen zu einer normalen Beziehung zwischen zwei Nachbarländern, die sich in Größe und politisch-ökonomischem Gewicht stark voneinander unterscheiden?

Im folgenden geht es aber nicht nur um das Bild der Deutschen und Deutschlands im allgemeinen, sondern auch um die niederländische Perzeption der deutschen politischen Kultur. 1934 schrieb der niederländische Kulturhistoriker Johan Huizinga, die Grenze zwischen West- und Mitteleuropa verlaufe zwischen Delfzijl und Vaals. Östlich dieser Linie höre der demokratische, freie und angelsächsisch geprägte Westen auf. Zweifellos reagierte Huizinga damit auch auf die nationalsozialistische Machtübernahme in

Deutschland im Jahre zuvor, aber eigentlich ging es ihm nicht um einen aktuellen politischen Kommentar. Er bot eine Charakterisierung der niederländischen Mentalität, die vom westlichen Freiheitsbegriff durchzogen war.⁸ Für Deutschland gelte dies nicht, und so betrachtete Huizinga die deutsch-niederländische Grenze auch als eine historisch gewachsene politisch-kulturelle Trennlinie. Es liegt auf der Hand, daß nach 1945 viele Niederländer diese Trennlinie tatsächlich auch so ‚fühlten‘. Hatten ‚die‘ Deutschen sich zwischen 1933 und 1945 nicht als ein ‚unwestliches‘ Volk erwiesen, das demokratische Normen und Werte nicht respektierte? Infolgedessen erhob sich in den Anfangsjahren der Bundesrepublik oft die skeptische Frage, ob die westdeutsche Demokratie lebensfähig sein werde.⁹ Wie lange hielt diese Skepsis an? Wann begann in den Augen der Niederländer die Verschiebung der politisch-kulturellen Grenze Richtung Osten, und ab wann betrachtete man Westdeutschland als eine normale westliche Demokratie? 1989 beschrieb der Politologe Kurt Sontheimer die Demokratie in der Bundesrepublik als „so stinknormal, so kreuzbrav, so routinemäßig, daß es fast langweilig geworden ist, über sie zu reden“.¹⁰ Gelangten niederländische Beobachter zu einer vergleichbaren Bewertung, oder verharrten die Niederlande bei einer überempfindlichen und einseitigen Wahrnehmung, die der Redakteur des *NRC Handelsblad*, K.L. Poll, 1978 ironisch zum Ausdruck gebracht hatte: „Die deutsche Demokratie befindet sich in den Niederlanden schon seit Jahren in Gefahr. Rechts und links, intelligent und dumm, arm und reich, jung und alt: Wir lassen uns lieber unser Nikolausfest wegnehmen als unsere Auffassung, daß es mit der deutschen Demokratie schlecht geht.“¹¹ Antworten auf diese Fragen sind wichtig für Einblicke in die politisch-psychologische Beziehung, weil sie angeben, inwiefern die niederländische Meinungsbildung der allmählichen Entwicklung in der Bundesrepublik zu einer stabilen demokratischen politischen Kultur gerecht wurde.

Typisch deutsch?

„Deutschland, das sind die Deutschen ... Sie sind noch genauso selbstsicher wie damals. Sie werden noch immer von allen anderen schlecht behandelt. Sie haben es noch immer ‚nicht gewußt‘. Und noch immer haben alle außer ihnen die Schuld. Kurz und gut: es

sind noch immer echte Deutsche“, hieß es im März 1950 in der protestantischen Tageszeitung *Trouw*.¹² „Der deutsche Mensch hat sich wenig verändert“, meinte auch die katholische *Volkskrant* in diesem Jahr. 1952 wurde in derselben Zeitung „hart sein und weitermachen“ als eine deutsche Geisteshaltung charakterisiert, die Krieg und Niederlage überlebt habe, während Menschlichkeit von vielen Deutschen noch immer als eine Schwäche betrachtet werde.¹³ Auch in der diplomatischen Berichterstattung war es in diesen Jahren noch üblich, ‚den‘ Deutschen kollektive Eigenschaften zuzuschreiben. Botschafter de Booy war im Herbst 1951 der Meinung, daß „Zusammenarbeit dem Deutschen fremd“ sei.¹⁴ Sein Nachfolger Lamping verwies 1954 auf „den typisch deutschen Mangel an Gefühl für Proportionen“, und im selben Jahr meinte der Botschaftsangestellte Hardenberg, daß Deutsche es durchgängig als eine Schwäche betrachteten, Verständnis für den Standpunkt eines anderen zu haben.¹⁵ Die diplomatische Berichterstattung von Botschafter van Vredenburg (1959–1962) war ebenso durchsetzt mit solchen Klischees: „Der Deutsche ist folgsam; Gehorchen hat er seit Jahrhunderten im Blut. ... Verstand existiert in dem Land in großem Ausmaß, gesunder Menschenverstand ist dagegen noch immer in short supply. Außerdem ist der durchschnittliche Deutsche weder ausgeglichen noch mäßig. Das Ergebnis ist ein labiler Mensch, gefügig und ehrerbietig, wenn die Machtverhältnisse dazu einen Anlaß geben, aber andererseits leicht zum Hochmut geneigt und mit der unangenehmen Veranlagung behaftet, sich selbst aufzuspielen.“¹⁶

In den Aussagen der späten vierziger und frühen fünfziger Jahre über die Deutschen und Deutschland war wenig Raum für Nuancen. Auch wenn man nicht ausdrücklich auf die Besatzungszeit verwies, war der Schatten des Krieges stets spürbar. Viele den Deutschen zugeschriebene kollektive Eigenschaften paßten genau zu dem deutschen Charakter, den die Niederlande zwischen 1940 und 1945 kennengelernt hatten. Daß die Besatzungszeit dem Deutschlandbild so massiv ihren Stempel aufdrückte, lag nicht nur an den Ereignissen dieser Jahre selbst, sondern auch an der bereits mehrfach genannten niederländischen Enttäuschung über das geringe deutsche Schuldbewußtsein nach 1945. „Wer gesündigt hat, muß öffentlich bereuen. Erst dann ist Vergebung möglich“, so hat von der Dunk die niederländische Erwartungshaltung beschrieben.¹⁷ Die ausbleibenden bzw. bestenfalls schwachen deutschen Schuldbekennnisse hielten den Groll über das angetane Unrecht

aufrecht und erschwerten die psychologische Annäherung an den ehemaligen Besatzer. Die Stimmung in den Niederlanden war durchzogen von Enttäuschung über den ausbleibenden deutschen Kniefall. Charakteristisch für die Stimmung der fünfziger Jahre ist die Rede der Abgeordneten Tendeloo (PvdA) in der Zweiten Kammer 1951: „... es ist dasselbe Deutschland, und es sind dieselben Deutschen ... Irgendeine echte Bereitschaft zur Wiedergutmachung begangenen Unrechts hat Deutschland nicht aufgebracht. Es hat sogar keinerlei Geste in diese Richtung gemacht, nicht einmal eine symbolische Geste.“¹⁸

Eine solche Erwartungshaltung war in den Niederlanden stärker ausgeprägt als z.B. in Belgien, Dänemark und Frankreich, was die vergleichsweise mühsame politisch-psychologische Normalisierung zwischen Deutschland und den Niederlanden mit erklären kann.¹⁹ Im Gegensatz zu diesen Ländern hatten die Niederlande seit dem Beginn des 19. Jahrhunderts keine fremden Truppen mehr auf ihrem Territorium erlebt. Eine so lange Phase der Ruhe schien außerdem das Selbstbild des Landes zu rechtfertigen, das sich in einer nach Machtpolitik gierigen Welt eine Mission zugedacht hatte. Kennzeichnend für dieses moralische Überlegenheitsgefühl ist die Aussage von Ministerpräsident de Geer (1939–40), der die Niederlande „einen Leuchtturm in einer düsteren Welt“ genannt hat. Die Pflege der Neutralität, die Betonung des internationalen Rechts und die Abkehr von Machtpolitik in Europa – von diesem Bauwerk der Außenpolitik und der eigenen Identität hatte sich 1940 herausgestellt, daß es auf falschen Hoffnungen ruhte, und es waren die Deutschen, die diese Illusion zerstört hatten. Außerdem zwangen sie während der Besatzung die Niederländer, Position zu beziehen, und das Ergebnis dieser Entscheidung war keineswegs so heldenhaft, wie nach 1945 oft behauptet wurde. Zweifellos war dies vielen selbst bewußt, und was lag dann näher als das eigene Gewissen dadurch zu entlasten, daß man mit besonderem Nachdruck den beschuldigenden Finger in Richtung der Deutschen ausstreckte? Gewiß gründeten sich die antideutschen Gefühle auf die Entbehrungen und das Leid der Jahre 1940–1945, aber auch das psychologische Phänomen des Abwälzens von Schuld spielte in dem Wahrnehmungsmuster der Nachkriegszeit eine Rolle, mit der deutsch-niederländischen Grenze als Trennlinie von ‚gut‘ und ‚böse‘.

Wie wurden diese Gefühle der Niederländer auf deutscher Seite wahrgenommen und interpretiert? In den amtlichen Instruktionen

des Auswärtigen Amtes wurde der neue deutsche Botschafter Mühlenfeld 1953 vor der „Kriegsatmosphäre“ in den Niederlanden gewarnt, die „Den Haag auch heute noch zu einem der schwierigsten Auslandsposten [macht]“. Noch immer reagiere man in den Niederlanden „außerordentlich empfindlich“ auf alles, „was mit den bösen Erfahrungen der jüngsten deutsch-holländischen Vergangenheit in Zusammenhang gebracht werden kann“. Das gelte auch für die niederländische Presse, die zu den „schwierigsten Organen der öffentlichen Meinungsbildung im Ausland“ gerechnet wurde. Im Gegensatz z.B. zu der belgischen oder der Schweizer Presse schenke die niederländische Presse Deutschland bewußt wenig Aufmerksamkeit, abgesehen von Ereignissen, „die geeignet sind, alte Wunden aufzureißen und die dann gern als Sensationen, verbunden mit Haßausbrüchen, gebracht werden“.²⁰ Abgesehen davon, daß die Feststellung unzutreffend war, in niederländischen Zeitungen werde wenig über die Bundesrepublik berichtet – eher war das Gegenteil richtig –, fällt vor allem auf, wie in dieser amtlichen Instruktion die Bildformung charakterisiert wird. Dies verweist nämlich auf eine deutsche Wahrnehmung, die in der Kommunikation zwischen beiden Ländern zu Mißverständnissen und Unverständnis führen mußte: Aus der niederländischen Perspektive konnte man acht Jahre nach der Befreiung noch lange nicht von „alten Wunden“ sprechen, und Artikel, die von deutscher Seite als Ausdruck von „Sensationen“ und „Haßausbrüchen“ aufgefaßt wurden, waren in den Augen der Niederländer eher begreifliche Äußerungen der Beunruhigung über das kurze Gedächtnis vieler Deutscher, die, wie es schien, zur Nachkriegs-Tagesordnung übergegangen waren.

Die deutschen diplomatischen Berichte aus Den Haag waren in den fünfziger Jahren durchzogen von Reflexionen über die niederländische Ambivalenz gegenüber der Bundesrepublik. Einerseits sah man mit Genugtuung, daß sich auf ökonomischem Gebiet und im europäisch-atlantischen Bündnis die Beziehung in raschem Tempo normalisierte. Andererseits mußte man immer wieder feststellen, daß im bilateralen politischen Verhältnis und auf der politisch-psychologischen Ebene kaum Fortschritte zu verzeichnen waren. Immer wieder wurde behauptet, daß in den Niederlanden stärker als in anderen Länder Ressentiments und Mißtrauen vorherrschten. Zwar hielt man im Juli 1958 fest, daß seit einigen Jahren eine Verbesserung eingetreten sei, aber „das niederländische Ressentiment“, so die Anweisung für Mühlenfelds Nachfolger

Josef Löns, sei „doch noch immer stark und störend“.²¹ Der neue Botschafter konnte das nach einigen Monaten nur bestätigen. Ende Oktober 1958 beschrieb er seine niederländischen Gesprächspartner in bilateralen Angelegenheiten als „kühl, abweisend und verschlossen“, während sie auf multilateraler Ebene „mitteilsam und herzlich“ seien.²²

Takt und Geduld – so lautete dann auch immer wieder die Devise für die deutschen Diplomaten in Den Haag. Selbstverständlich gelang dies nicht allen gleich gut. Karl Du Mont kam 1950 als Generalkonsul in die Niederlande und wurde nach der Aufnahme diplomatischer Beziehungen 1951 der erste deutsche Botschafter. Er verfügte über die richtige ‚Antenne‘ und wurde in den Niederlanden als der richtige Mann für diese delikate Aufgabe betrachtet: er war zurückhaltend und zeigte stets Verständnis für die niederländischen Empfindlichkeiten.²³ Das galt nicht für Botschaftsrat Werner von Holleben, der im Kontakt mit Niederländern und in seinen diplomatischen Berichten Schwierigkeiten hatte, den richtigen Ton zu treffen. „Ob sie Journalisten, Beamte oder Kaufleute sind“, berichtete er 1953 nach Bonn, „im Grunde bleiben die Niederländer Bauern, langsam in ihren Reaktionen und Verhalten in ihren Emotionen. Sie vergessen ebenso langsam wie sie denken.“²⁴ Ein derart stereotypes Bild war zwar nicht repräsentativ für die deutsche Meinungsbildung über die Niederlande, aber es macht deutlich, daß auch auf deutscher Seite Klischees die Wahrnehmung trüben konnten. In einem ausführlichen Bericht über die deutsch-niederländischen Beziehungen bekräftigte Botschafter Mühlenfeld 1956 „das oft gehörte Urteil, die Niederländer seien ein Krämervolk“. Durch den jahrhundertelangen Kampf gegen das Meer, das Klima und die eintönige Landschaft sei „ein schwerblütiges Volk“ entstanden, das „gefühlsmäßig langsam, aber tief reagiert“. Hinzu komme ein „fanatisches und deshalb oft starres Gefühl für Recht und Gerechtigkeit“, das in einer calvinistischen Tradition verwurzelt sei. Dementsprechend sei es nicht verwunderlich, „daß ein so geformtes Volk sich gegenüber dem Deutschen immer noch von Ressentiments leiten läßt“.²⁵

Bei dieser Charakterskizze des niederländischen Volkes fällt nicht so sehr die klischeehafte Oberflächlichkeit auf. Bemerkenswerter ist, daß Mühlenfeld die Verantwortung für die mühsame politisch-psychologische Normalisierung ganz auf Seiten der Niederländer sah und daß sich die Frage nach der Rolle der deutschen Haltung dabei überhaupt nicht stellte. Daß eine solche Frage un-

terblieb, kann übrigens vor dem Hintergrund des westdeutschen politisch-kulturellen Klimas der fünfziger Jahre nicht überraschen. Für eine Mehrheit der Deutschen stand die eigene Erinnerung an den Krieg im Vordergrund: Bombardierungen, Fronterfahrung, Niederlage, Besatzung und für Millionen auch Flucht oder Vertreibung. Nur eine kleine Minderheit sprach über Schuld und Verantwortung, und das Interesse für die Folgen des Zweiten Weltkriegs in anderen Ländern war gering. Je mehr Früchte das Wirtschaftswunder abwarf und je mehr die Bundesrepublik ihre Stellung als Partner in der westlichen Gemeinschaft aufbauen konnte, desto mehr verwischte die Vergangenheit. Man macht es sich zweifellos zu einfach, wenn man dieses Klima mit der bekannten Formel von der „Unfähigkeit zu trauern“ abtut, aber es herrschte doch ein „relative Stille“ über das Dritte Reich.²⁶ Nicht Rückblick oder Bescheidenheit, sondern ein selbstbewusstes Wir-sind-wieder-wer-Gefühl wurde zum Kennzeichen der Lebenseinstellung vieler Deutscher in den fünfziger Jahren. Und gerade dies war der niederländischen Erwartungshaltung, in der Begriffe wie Schuld und Buße im Mittelpunkt standen, diametral entgegengesetzt.

Man kann das politisch-psychologische Klima der gegenseitigen Wahrnehmung von Deutschen und Niederländern in den fünfziger Jahren vereinfacht so zusammenfassen: Hier blickten zwei Völker aufeinander, von denen das eine Volk nicht vergessen konnte, was das andere ihm angetan hatte und die Anerkennung erlittenen Unrechts erwartete. Das andere Volk sah darin eine antideutsche Starrheit und war nur unvollkommen in der Lage, das niederländische Kriegstrauma zu verstehen. Schließlich lag der Krieg bereits viele Jahre zurück, und außerdem rechtfertigte die neue politische und ökonomische Wirklichkeit eine andere Haltung.

Natürlich gehörte es zu den zentralen Aufgaben der deutschen Diplomaten in Den Haag, dieses Klima zu verbessern, aber man war sich bewußt, daß die Mittel dazu begrenzt waren. „Jedes allzu heftige Werben um die Sympathie der Niederländer würde ... hier mehr Mißtrauen als Genugtuung erwecken“, berichtete Generalkonsul Du Mont kurz nach seiner Ankunft im Oktober 1950 an das Kanzleramt: „Eine gewisse Zurückhaltung, verbunden mit dem diskreten Hinweis auf das Vorhandensein einer holländischen Eigenständigkeit und Eigenart, dürfte die geeignete Haltung sein, um die zweifellos noch vorhandenen Ressentiments nach und nach abzubauen.“²⁷ Damit war die Richtschnur für die deutsche Politik

auf diesem Feld in den Niederlanden vorgegeben: abwarten und, wenn möglich, auf Initiativen von niederländischer Seite eingehen. Dies führte 1952 u.a. zur Finanzierung von Deutschkursen und der Einrichtung einer deutschen Bibliothek in Den Haag. Auch die 1953 auf niederländische Initiative hin gegründete ‚Genootschap Nederland-Duitsland‘, die sich die Verbreitung der deutschen Kultur in den Niederlanden zur Aufgabe machte, wurde aus Bonn finanziell unterstützt.²⁸ Auf deutscher Seite sah man in der Gründung dieser Gesellschaft anfänglich ein Zeichen, daß die Zeit für eine Intensivierung der kulturellen Beziehungen reif sei. 1956 stellte Botschafter Mühlenfeld aber enttäuscht fest, daß diese sehr vorsichtig vorgehende Gesellschaft – vor allem im Vergleich zu ähnlichen Organisationen in anderen Ländern – nur wenige Aktivitäten entfaltete. Und darin sah er ein weiteres Symptom für die Zurückhaltung gegenüber Deutschland, die in den Niederlanden besonders ausgeprägt sei.²⁹ Charakterisierte Mühlenfeld die Gesellschaft auch als „alles andere als aktiv“, betrachteten die niederländischen Initiatoren sich doch als eine kleine aktive Vorhut auf dem Weg zur Verbesserung der Beziehungen. Was die deutsche Seite als zu wenig und halbherzig einschätzte, sah man in der Gesellschaft selbst gerade als mutige Schritte vorwärts. Dieser Unterschied in der Wahrnehmung macht erneut deutlich, wie weit beide Länder auf der politisch-psychologischen Ebene noch voneinander entfernt waren.

Dennoch stellte der Botschafter 1956 „erfreuliche Zeichen“ einer fortschreitenden Normalisierung fest. Im Jahre zuvor hatte die niederländische Regierung Gesprächen über ein Kulturabkommen zugestimmt. Das werde die Möglichkeit zu einer aktiveren deutschen Politik bieten, wobei sogar die Gründung eines deutschen Kulturinstituts in Reichweite liege. Wie so oft überschätzte die deutsche Seite auch diesmal die Geschwindigkeit des psychologischen Normalisierungsprozesses. Zwar kam 1957 der erste deutsche Kulturattaché nach Den Haag, aber es dauerte noch bis 1961, ehe ein Kulturabkommen geschlossen wurde. Damit gehörten die Niederlande zu den europäischen Schlußlichtern: Frankreich (1955), Belgien (1956), Norwegen (1957), Griechenland (1957), Italien (1958), Großbritannien (1959) und noch andere Länder waren ihnen vorangegangen.

Nuancierung

Die obige Darstellung scheint auf eine große antideutsche Einmütigkeit in den Niederlanden bis zum Ende der fünfziger Jahre hinzudeuten. So mühsam die politisch-psychologische Beziehung auch war, so war die Meinungsbildung über Deutschland doch reichhaltiger als man aufgrund des vorhergehenden vermuten würde. Die Ergebnisse von Meinungsumfragen machen deutlich, daß bereits kurz nach 1945 unterschiedliche Deutschlandbilder existierten, die nicht alle ausschließlich negativ waren. Sowohl international als auch national wurde im ersten Nachkriegsjahrzehnt die öffentliche Meinung erforscht, wobei die Menschen nach ihrer Meinung über das deutsche Volk befragt wurden. Das Ergebnis einer solchen Meinungsumfrage von 1947 ist in Tabelle 6 wiedergegeben.

Tabelle 6: Westliche Länder: ‚freundlich‘ oder ‚unfreundlich‘ gegenüber dem deutschen Volk (1947) in %

Frage: „Wie stehen Sie zum deutschen Volk in seiner Gesamtheit, freundlich oder unfreundlich?“

	Unfreundlich	Freundlich	Gleichgültig/ keine Meinung
Frankreich	56	3	41
Niederlande	53	29	18
Kanada	28	41	31
Dänemark	32	40	28
England	36	42	22
Vereinigte Staaten	28	45	27

Quelle: NIPO-Bericht Nr. 81, 5.2.1947
(für Dänemark: *Die Tat*, 17.6.1947)

Das Ausmaß der ‚Unfreundlichkeit‘ in den Niederlanden wird nur von Frankreich übertroffen. In beiden Ländern antworteten über 50% der Befragten, daß sie dem deutschen Volk ‚unfreundlich‘ gegenüberstünden, während der Prozentsatz in den anderen

untersuchten Ländern deutlich unter 40% blieb. Auch hinsichtlich der Anzahl ‚freundlich Gesinnter‘ fallen deutliche Unterschiede auf. Während 40 bis 45% der Dänen, Kanadier, Briten und Amerikaner den Deutschen freundlich gegenüberstanden, waren es in den Niederlanden 29% und in Frankreich nur 3%.

Ein vergleichbares Bild bietet eine internationale UNESCO-Untersuchung von 1948, in der die Frage gestellt wurde, welchem Volk man „am wenigsten freundliche“ Gefühle entgegenbringe.

Tabelle 7: Gefühle der Unfreundlichkeit gegenüber anderen Völkern (1948) in %

<i>in den Nld.:</i>	<i>in Frankreich:</i>	<i>in Norwegen:</i>	<i>in Italien:</i>	<i>in England:</i>
Russen	39 Deutsche	34 Russen	28 Russen	44 Russen
Deutsche	36 Russen	32 Deutsche	22 Deutsche	16 Deutsche
Engländer	4 Italiener	7 Schweden	2 Engländer	14 Japaner
Amerikaner	2 Amerikaner	6 Engländer	1 Jugoslawen	8 Italiener

Quelle: L. WECKE/W. SCHMETZ u.a.,
Vijandbeeld in Nederland, S. 4.

Die Resultate machen deutlich, wie sehr der Kalte Krieg inzwischen seine Spuren in der internationalen Bildformung hinterließ. Außer in Frankreich standen in allen Ländern die Russen auf dem ersten Platz. Mit Blick auf die Deutschen fällt erneut auf, daß sie in den Niederlanden und in Frankreich mit wesentlich unfreundlicheren Gefühlen zu rechnen hatten als in anderen Ländern. Außerdem unterschied sich in den Niederlanden und Frankreich das Ausmaß der Unfreundlichkeit gegenüber Russen und Deutschen nicht wesentlich, während in Italien und England die Differenz erheblich war.

In niederländischen Meinungsumfragen wurde in den folgenden Jahren die Frage nach der ‚freundlichen‘ bzw. ‚unfreundlichen‘ Haltung gegenüber dem deutschen Volk noch einige Male wiederholt. Die Ergebnisse lauteten wie folgt:

Tabelle 8: Niederländer: ‚freundlich‘ oder ‚unfreundlich‘ gegenüber dem deutschen Volk (1947–1953) in %

	unfreundlich	freundlich	keine Meinung
Januar 1947	53	29	18
Januar 1948	50	27	23
Januar 1950	36	36	28
Dezember 1952	30	41	28
November 1953	17	54	29

Quelle: *Zo zijn wij. De eerste 25 jaar NIPO-onderzoek*, Amsterdam/Brüssel 1970, S. 141.

Diese Daten weisen darauf hin, daß die Beurteilung der Deutschen ab 1948 rasch positiver wurde. Ab 1950 übertraf der Anteil der ‚Freundlichen‘ sogar die ‚Unfreundlichen‘, und die Ergebnisse von 1953 scheinen auf eine schnelle Verbesserung der Haltung gegenüber Deutschen und Deutschland zu verweisen.

„Gehört Ihrer Meinung nach Westdeutschland zu Westeuropa oder nicht?“ fragte das Umfrageinstitut NIPO Ende 1949 in einer Meinungsumfrage. 72% antworteten zustimmend, 9% ablehnend, und 19% hatten dazu keine Meinung.³⁰ Aus diesen hohen ‚Ja‘-Werten darf man allerdings nicht schließen, daß eine große Mehrheit den Abstand zwischen den Niederlanden und Deutschland als überwunden betrachtete. Dieses Ergebnis bestätigt eher die Zustimmung der niederländischen Bevölkerung zur Integration der Bundesrepublik in den Westen. Aus rationalen Erwägungen wurde der Weg der Annäherung eingeschlagen, und dies war zweifellos für viele noch ein psychologischer Kraftakt, der mit ambivalenten Gefühlen verbunden war. Diese Ambivalenz ging auch aus einer NIPO-Untersuchung vom Dezember 1949 hervor, in der gefragt wurde, was für die Niederlande am besten sei: „Daß Deutschland eine starke Nation wird, daß es stärker als zur Zeit, aber nicht zu stark wird, oder daß es eine schwache Nation bleibt?“

*Tabelle 9: Im niederländischen Interesse:
Deutschland stark oder schwach? (1949) in %*

Deutschland muß werden:

Eine starke Nation	12
Stärker als jetzt, aber nicht zu stark	43
Eine schwache Nation	32
Keine Meinung	13

Quelle: NIPO-Bericht Nr. 366, 21.1.1950.

Die niederländischen Deutschlandbilder wurden keineswegs bei jedem durch die Erinnerungen an den Krieg bestimmt. Dies zeigte sich in einer NIPO-Umfrage vom November 1951, in der die Frage gestellt wurde: „Woran denken Sie als erstes, wenn Sie an Deutschland denken?“ Zwar verbanden 36% der Befragten zuerst eine negative Assoziation mit Deutschland, die mit der Besatzungszeit zu tun hatte, aber 10% dachten eher an die Schönheit der Natur, 8% an die Verwüstungen in Deutschland und 6% an die Industrie und den hohen technischen Standard der Deutschen; ca. 17% der Befragten konnten diese Frage nicht beantworten. Mit anderen Worten: Nur bei einem Drittel rief die Frage negative Gefühle hervor, die mit dem Krieg zusammenhingen.³¹ Weitreichende Schlußfolgerungen über sich schnell positiv verändernde Deutschlandbilder darf man aus diesen Fakten übrigens nicht ziehen. Dies zeigte sich z.B. bei einer UNESCO-Umfrage von 1958 nach den wechselseitigen Ansichten von Franzosen, Deutschen, Wallonen, Flamen und Niederländern. In den spontanen niederländischen Äußerungen über die Deutschen übertraf die Anzahl negativer Antworten die positiven in einem Verhältnis von 5:4. Damit waren die Niederländer im Vergleich zu den anderen Völkern gegenüber den Deutschen am kritischsten.³² Dennoch geben die hier vorgestellten Umfrageergebnisse genug Anlaß, den Eindruck einer großen antideutschen Übereinstimmung in den fünfziger Jahren zu relativieren.

Eine solche Schlußfolgerung liegt auch nahe, wenn man auf die bereits aufgeworfene Frage nach der Bedeutung persönlicher, ideologischer, sozialer und regionaler Faktoren bei dem Bild von

Deutschland und den Deutschen eingeht. So ist es bemerkenswert, daß gerade Menschen, die selbst Opfer der Nationalsozialisten waren, für ein differenziertes Deutschlandbild eintraten. So groß bei vielen von ihnen unmittelbar nach 1945 auch der Haß gewesen sein mag, so wurde sich der eine schneller, der andere langsamer bewußt, daß in dem Augenblick, als sie in die deutschen Konzentrationslager geführt wurden, viele Deutsche dort bereits jahrelang eingesessen hatten, und daß deshalb von Kollektivschuld keine Rede sein konnte.³³ Gerade sie wurden nach 1945 rasch aktiv und nahmen Kontakt mit deutschen Gegnern des Nationalsozialismus auf.

Kennzeichnend für diese Aktivitäten war – und hier wird ein ideologischer Faktor sichtbar –, daß es dabei um Kontakte zwischen Parteifreunden und Glaubensgenossen beiderseits der Grenze ging. Ein gutes Beispiel dafür bietet das Verhältnis zwischen der SPD und der PvdA in den ersten Nachkriegsjahren. Der gemeinsame ideologische Hintergrund, persönliche Freundschaften aus der Vorkriegszeit und das Bewußtsein, daß die SPD selbst zu den ersten Opfern der NS-Diktatur gehört hatte, führten schon kurz nach dem Krieg zur Wiederaufnahme von Kontakten.³⁴ In protestantischen Kreisen begegneten sich deutsche und niederländische Calvinisten in der Studiengemeinschaft ‚Johannes Calvijn‘. Daneben gab es den ‚Oecumenische Raad‘, in dem die ehemalige Widerstandskämpferin Hebe Charlotte Kohlbrugge eine tonangebende Rolle spielte. Im Sommer 1947 besuchte eine Delegation der Niederländisch-Reformierten Kirche Deutschland. Schockiert über den Hunger und die Lebensverhältnisse in dem zerstörten Land und besorgt über die geistige Isolierung der Deutschen, kehrte sie in die Niederlande zurück. Man kam zu dem Schluß, daß es die Aufgabe der Niederländischen Kirche sein müsse, intensiven Kontakt zu führenden Kreisen der Evangelischen Kirche in Deutschland aufzunehmen. Auch die deutschen Gesprächspartner hätten wiederholt diesen Wunsch geäußert, berichtete die Delegation.³⁵ Bereits vor den Protestanten hatten die Katholiken wieder Kontakt zu ihren deutschen Glaubensbrüdern gesucht. Schon 1945 war eine ‚Katholiek Genootschap voor geestelijke vernieuwing‘ (Katholische Gesellschaft für geistige Erneuerung) gegründet worden, die niederländische und deutsche Katholiken zusammenbringen sollte.

Eine bemerkenswerte Rolle bei solchen Kontakten spielten ehemalige deutsche Flüchtlinge, die in den dreißiger Jahren in die

Niederlande gekommen waren. Der Sudetendeutsche K.J. Hahn, Anfang 1939 aus der Tschechoslowakei in die Niederlande geflüchtet, gehörte zu den Gründern der Katholischen Gesellschaft.³⁶ Alfred Mozer, 1933 in die Niederlande gekommen, war nach 1945 Redakteur der PvdA-Wochenzeitung *Paraat* und wurde 1948 internationaler Sekretär der PvdA. Zwar spielte er in den frühen fünfziger Jahren eine Hauptrolle in heftigen Auseinandersetzungen zwischen PvdA und SPD über die Außenpolitik, aber er war auch ein wichtiger Brückenbauer in den Nachkriegsjahren.³⁷ Der Gewerkschafter Heinz Umrath war 1936 in die Niederlande geflüchtet und übte ab 1950 für die niederländische Gewerkschaftsbewegung eine wichtige Funktion bei der Pflege der Kontakte zwischen den Baugewerkschaften in beiden Ländern aus.

Man kann also behaupten, daß die ersten Nachkriegskontakte entlang ‚versäulter‘ Linien zustandekamen. Das schloß Kritik am oder Spannungen im Umgang mit den deutschen Gesprächspartnern keineswegs aus, aber wichtiger war, daß es durch solche Kontakte zwischen religiös und politisch Gleichgesinnten zu einer ersten Differenzierung der antideutschen Gefühle kommen konnte. Die Zahl der Initiativen auf diesem Feld war sogar so groß, daß 1947 das Bedürfnis nach einer Dachorganisation für die vielen Einrichtungen und Gruppierungen entstand, die eine Wiederaufnahme der bilateralen Kontakte anstrebten. 1948 wurde deshalb die ‚Coördinatie-Commissie voor Culturele Betrekkingen met Duitsland‘ (Koordinationskommission für kulturelle Beziehungen zu Deutschland – CCCD) gegründet, die, vom Außenministerium finanziert, zahllose Begegnungen zwischen niederländischen und deutschen Journalisten, Wissenschaftlern, Politikern, Studenten usw. organisierte. Außerdem gab die CCCD mit der *Duitse Kroniek* eine eigene Zeitschrift heraus, um zu einem differenzierteren niederländischen Deutschlandbild beizutragen.

Außer persönlichen und ideologischen Faktoren spielte auch der soziale Kontext eine Rolle in der Bildformung. Für die Vertreter von Handel und Industrie bestimmten nicht politische Empfindlichkeiten, sondern ökonomische Interessen die Wahrnehmung. Beinahe entschuldigend leitete die Redaktion des *Industriëen Handelskoerier*, der Zeitschrift der Niederländischen Handelskammer für Deutschland, 1951 einen Artikel über den „geistigen Hintergrund“ der deutsch-niederländischen Beziehungen mit den Worten ein, hiermit werde von dem Grundsatz abgerückt, „in diesen Spalten nur über wirtschaftliche Themen zu sprechen“.³⁸

Für H.R. Marius, der sich ab 1946 erst bei der ‚Nederlandse Trustmaatschappij‘ (Niederländische Treuhandanstalt) und später als Direktor der Niederländischen Handelskammer für Deutschland für eine Wiederbelebung der Handelsbeziehungen einsetzte, waren antideutsche Gefühle mit der Befreiung vorbei, wie er 1985 rückblickend feststellte. „Ich wollte die Drecksarbeit machen“, so Marius, der damit zweifellos das Klima in der Kammer in den ersten Nachkriegsjahren treffend wiedergab.³⁹ In dieser Atmosphäre war das Bild Deutschlands im wesentlichen reduziert auf das eines Geschäftspartners, wobei psychologische Spannungen nur als störend erfahren wurden.

Abschließend muß man noch auf regionale Unterschiede in der Wahrnehmung von Deutschland hinweisen. „Es ist kein Zweifel, daß die Aufgeschlossenheit gegenüber Deutschland gegenwärtig in Rotterdam allgemein größer ist als in Amsterdam“, berichtete Botschafter Mühlenfeld im Dezember 1953 dem Auswärtigen Amt. Obwohl durch den Krieg schwer getroffen, habe diese auch für die Bundesrepublik so wichtige Hafenstadt „schon verhältnismäßig früh wieder ein positives Interesse an Deutschland bekundet“.⁴⁰ Mühlenfeld verwies hier auf ein auch in späteren Jahren häufiger beobachtetes Phänomen: auf die Unterschiede zwischen Amsterdam und Rotterdam. Nicht zuletzt aufgrund der hohen Zahl der aus Amsterdam deportierten Juden gehörte es in den intellektuellen und kunstsinnigen Kreisen der Hauptstadt lange Jahre zum guten Ton, ‚antideutsch‘ zu sein. In der Hafenstadt Rotterdam, für die das Ruhrgebiet eine Art Lebensader war, ließ man sich dagegen schon kurz nach 1945 von einem nüchternen Handelsgeist leiten. Auch in der Grenzregion, in der kulturelle, landschaftliche und sprachliche Unterschiede geringer waren als anderswo und Kontakte in der Vergangenheit selbstverständlich gewesen waren, entspannte sich das Verhältnis schneller. Dies belegen z.B. Gespräche zwischen dem Ministerium für Bildung, Künste und Wissenschaften und den niederländischen Sportverbänden aus dem Jahr 1950 über die Wiederaufnahme der Sportkontakte zu Deutschland. In der Grenzregion war man dazu bereit, während dies nördlich der großen Flüsse und vor allem in Amsterdam und Umgebung auf entschiedene Ablehnung stieß. Im katholischen Süden gab es dagegen kaum derartige Empfindlichkeiten.⁴¹

So kann man einerseits feststellen, daß sich bereits kurz nach 1945 das Bild Deutschlands und der Deutschen in den Niederlanden differenzierte. Andererseits darf man den Einfluß der Nie-

derländer, die eine Wiederaufnahme der Kontakte anstrebten, nicht überschätzen, denn groß war diese Gruppe nicht, und sie erreichte nur eine kleine Anzahl von Personen. Außerdem enthielt die Berichterstattung der Medien genug Stoff für eine Bekräftigung negativer Deutschlandbilder. Fragt man nach dem vorherrschenden Wahrnehmungsmuster in den fünfziger Jahren, dann blieben Mißtrauen und Wachsamkeit für die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung zweifellos noch der selbstverständliche Ausgangspunkt.

Deutsche Demokraten?

Dieser Ausgangspunkt prägte auch das Bild von der westdeutschen Demokratie. Würde die Bundesrepublik „jemals zu einer wirklichen Demokratie“ heranwachsen können? fragte der liberale *NRC* am Vorabend der ersten Bundestagswahl im August 1949. Die Antwort fiel pessimistisch aus, denn der als populistisch bewertete Wahlkampf lasse erkennen, daß „das alte Deutschland noch ein kräftiges Leben hat“.⁴² Das Wahlergebnis änderte nur wenig an diesem Bild, das auch in anderen Zeitungen und im Kreis diplomatischer Beobachter bestand. Zwar wurden nur zwei kleine antidemokratische Parteien (Deutsche Rechtspartei, Wirtschaftliche Aufbauvereinigung) in den Bundestag gewählt, und die vor den Wahlen kritisierte politische Apathie der Bevölkerung schien durch die hohe Wahlbeteiligung (78,5%) widerlegt zu sein, aber die Skepsis blieb groß. Die Niederländische Militärmission in Berlin betrachtete das Ergebnis nicht einmal als Schritt auf dem Weg zu einem demokratischen Deutschland, sondern höchstens als ein „gutes Omen“.⁴³ „Möge Gott diesen Versuch segnen“, hieß es einige Wochen später in der *Trouw* unter Hinweis auf den Untergang der Weimarer Republik.⁴⁴ Dieser Kommentar aus dem konfessionellen Umfeld illustriert treffend die allgemeine Skepsis und abwartende Haltung in den Niederlanden.

Auf den ersten Blick schien diese Skepsis vier Jahre später, nach den Bundestagswahlen vom September 1953, deutlich abgenommen zu haben. Erneut hatten rechtsextreme Parteien kein Bein auf den Boden bekommen. Erfreut nahm man vor allem das große Bedürfnis der westdeutschen Bevölkerung nach Kontinuität und Stabilität zur Kenntnis, das aus dem großen Gewinn für die CDU/CSU (von 31% auf 45,2%) abgeleitet werden konnte. Beina-

he euphorisch kommentierte die *Trouw*, daß die Wähler sich „gegen alles, was wir am deutschen Volk zu fürchten pflegen“, entschieden hätten.⁴⁵ Die *Volkskrant* äußerte sich ähnlich, und der *NRC* meinte, daß das Ausland mit diesem Ergebnis „sehr zufrieden“ sein könne: „Es beweist uns – und ist dies nicht sehr erfreulich? –, daß die unmittelbar nach dem Krieg unternommenen Versuche zur Umerziehung des deutschen Volkes nicht vergeblich gewesen sind.“⁴⁶

Von einem wirklich gewachsenen Vertrauen in die westdeutsche Demokratie konnte aber noch keine Rede sein. Der Wahlausgang wurde vor allem deshalb begrüßt, weil die Stellung Adenauers dadurch gestärkt worden war und seine Politik der Westintegration auf einer stabileren parlamentarischen Grundlage fortgesetzt werden konnte. Auch nach 1953 blieben ‚Deutschland‘ und ‚Demokratie‘ zwei Begriffe von zweifelhaftem Zusammenhang, und über die Dauerhaftigkeit der politischen Stabilität bestand noch große Unsicherheit. Einerseits waren sich niederländische diplomatische und journalistische Beobachter darüber einig, daß Adenauer der einzige Garant für den Aufbau einer stabilen, westlich ausgerichteten und demokratischen Bundesrepublik war. Andererseits wurde sein Auftreten als Demokrat in den fünfziger Jahren vielfach kritisiert. War die „eiserne Faust“, mit der der Bundeskanzler die politische Regie führte und die ihm in Deutschland Anerkennung einbrachte, nicht bezeichnend für das, was das deutsche Volk verlangte, fragte sich Botschafter Lamping 1953.⁴⁷ Die Antwort war im rhetorischen Charakter der Frage bereits enthalten, und so blieb Adenauer bei aller Wertschätzung, die man ihm in den Niederlanden entgegenbrachte, der Exponent einer ‚typisch deutschen‘ politischen Kultur, die noch nicht als demokratisch angesehen wurde. Seine Wahlsiege in den fünfziger Jahren – 1957 errang er mit 50,2% sogar die absolute Mehrheit – sah man in der niederländischen Botschaft in Bonn mit als einen Beweis für die These, daß das „deutsche Volk gerne und mehr als üblich einem erfolgreichen Führer folgt“ und noch stets zum Personenkult neige.⁴⁸ So blieb das Adenauer-Bild ambivalent: Seine Autorität schien die westdeutsche politische Stabilität am besten zu garantieren, aber dieselbe Autorität brachte auch ein „absolutistisches Streben“ zum Ausdruck. Dem Einhalt zu gebieten, sei eine schwere Aufgabe für die deutsche Demokratie, bemerkte das liberale *Algemeen Handelsblad* nach den Bundestagswahlen von 1957.⁴⁹

Die Beurteilung der westdeutschen Demokratie in den fünfziger Jahren zeigt dasselbe Muster wie die Meinungsbildung über die Außenpolitik in dieser Zeit (vgl. Kapitel 3). Mißtrauen und Wachsamkeit bestimmten das Bild, und häufig erhob sich die Frage, ob die ‚politisch unreife‘ Bevölkerung nicht von dem eingeschlagenen Weg abkommen werde. Den niederländischen Beobachtern war bewußt, daß das Grundgesetz der Bundesrepublik viele Sicherheitsmechanismen enthielt, um eine Wiederholung des unglücklichen Verlaufs der Geschichte der ersten deutschen Demokratie zu verhindern. Aber dieses Bewußtsein wurde von dem Gedanken überschattet, daß sich eine stabile Demokratie nur auf einer starken gesellschaftlichen Grundlage entwickeln könne, und ob diese vorhanden sei, wurde in den fünfziger Jahren noch sehr bezweifelt. Dies bedeutete übrigens nicht, daß die deutsche Demokratie und die politische Stabilität aus niederländischem Blickwinkel tatsächlich in Gefahr waren, aber die Zahl der besorgniserregenden Anzeichen blieb groß: Wahlerfolge von rechtsradikalen Parteien in einzelnen Bundesländern in den fünfziger Jahren, der verbissene und als Zeichen der Intoleranz betrachtete parteipolitische Streit zwischen CDU und SPD, das vermeintliche Fortleben nationalistischen Gedankengutes – es gab viele Faktoren, die eine fortdauernde Skepsis zu rechtfertigen schienen. Daß rechtsradikale und neonazistische Parteien bei Bundestagswahlen keine große Rolle spielten, wurde stets positiv kommentiert, aber keineswegs als Garantie dafür angesehen, daß dies bei den folgenden Wahlen noch immer so sein werde. Han Helb, niederländischer Botschaftsrat in Bonn, berichtete 1951 nach Den Haag, daß in Deutschland „für ein Wiederaufleben eines totalitären Gedankens immer eine natürliche Basis vorhanden“ sei, und diese Aussage ist repräsentativ für den mißtrauischen Blick, mit dem in den Niederlanden während der ganzen fünfziger Jahre die westdeutsche Demokratie betrachtet wurde.⁵⁰

Die Unsicherheit hinsichtlich der Lebensfähigkeit der Demokratie in der Bundesrepublik beruhte ferner auf der Überlegung, daß die politische Stabilität der fünfziger Jahre in hohem Maße aus der ‚Überzeugungskraft‘ des Wirtschaftswunders abzuleiten war. Was aber würde geschehen, wenn das ökonomische Wachstum zurückging und die Arbeitslosigkeit erneut anstieg? Drohte in diesem Fall der Bundesrepublik dasselbe Schicksal wie der Weimarer Republik? „Bonn ist nicht Weimar“ lautete in den fünfziger Jahren der Titel eines bekannten Buches des Schweizer Publizisten

Fritz René Allemann, und tatsächlich waren die Aussichten für die deutsche Demokratie nach 1945 von Anfang an sehr viel günstiger als 1918.⁵¹ Aus niederländischer Perspektive blieb ‚Weimar‘ aber ein Symbol für die ungewisse Zukunft der deutschen Demokratie und Stabilität. Immer wieder schien durch, wie entscheidend eine Fortsetzung des wirtschaftlichen Erfolgs sein werde. „Es sind ... dieser Wohlstand und der Wunsch nach Beibehaltung des hohen Lebensstandards, die Adenauer die Unterstützung von Millionen gegeben haben, die nur rechte oder linke Extremisten werden, wenn sie wirtschaftlich nichts mehr zu verlieren haben“, schrieb Botschafter Lamping Ende 1954 an das Außenministerium: „Nur darin liegt der Unterschied zu der Zeit vor zwanzig Jahren.“⁵² So gab es bis zum Ende der fünfziger Jahre nur wenig Lichtblicke in der niederländischen Beurteilung der westdeutschen Demokratie. Selbst die beiden Stabilitätsfaktoren boten keinen wirklichen Halt: Der wirtschaftliche Wind konnte sich drehen, und Adenauer konnte von der Bühne verschwinden – sei es aus politischen Gründen, sei es angesichts seines hohen Alters durch den Tod. Was blieb einem anderes übrig, als sich an einen hochbetagten Bundeskanzler zu klammern, dessen Politik man als lebenswichtig für die Zukunft Westdeutschlands und Europas erachtete, obwohl man auch an ihm undemokratische Züge wahrnahm?

Schlußfolgerung

Auf den ersten Blick kann man die deutsch-niederländische Beziehung in politisch-psychologischer Hinsicht von 1945 bis zum Ende der fünfziger Jahre als ‚antideutsch‘ charakterisieren. Diplomaten, Journalisten und Politiker verfügten über ein undifferenziertes, negatives und in hohem Maße statisches Deutschlandbild. Beinahe fortwährend wurde generalisierend über ‚das‘ deutsche Volk geschrieben, das als larmoyant, egozentrisch und unwestlich in seinem politischen Verhalten charakterisiert wurde. Wendungen wie ‚Der Deutsche hat sich wenig verändert‘ begegnen einem häufig und zeichnen ein Bild, in dem die Schatten des Dritten Reiches stets vorhanden sind. Auch in der deutschen Wahrnehmung der politisch-psychologischen Beziehung wurde stets die ‚antideutsche‘ Haltung der Niederländer betont, die außerdem in den Niederlanden länger fortzudauern schien als in anderen Ländern. Zwar stellte man seit Mitte der fünfziger Jahre eine allmähli-

che Verbesserung fest, die Anlaß zu der Hoffnung gab, daß sich die Normalisierung, die sich auf anderen Feldern vollzog, nun auch auf die psychologische und politische Ebene erstrecken werde. Immer wieder mußte man allerdings feststellen, daß diese Erwartungen zu optimistisch waren und die politisch-psychologische Normalisierung auf niederländischer Seite ein äußerst träger und mühsamer Prozeß war.

Dennoch gab es bereits in den ersten Nachkriegsjahren zahlreiche Organisationen, die den Kontakt zum ‚anderen‘ und ‚besseren‘ Deutschland suchten und sich gegen eine allgemeine Verurteilung Deutschlands und der Deutschen wandten. Die Ergebnisse von Meinungsumfragen zeigen überdies, daß eine rasch wachsende Zahl von Niederländern den Deutschen ‚freundlich‘ gesinnt war. Auch wenn man daraus keine weitreichenden Schlüsse über eine Verbesserung der politisch-psychologischen Beziehung ziehen darf, so verweisen solche Tatsachen doch auf eine wachsende Bereitschaft zur Differenzierung in der Meinungsbildung über die östlichen Nachbarn. Ferner hat sich gezeigt, daß es je nach regionalem und ideologischem Hintergrund des niederländischen Beobachters erhebliche Unterschiede im Deutschlandbild gab. Folglich muß man verschiedene Wahrnehmungsmuster unterscheiden, die gleichzeitig vorhanden waren, und die Schlussfolgerung ist gerechtfertigt, daß der Begriff ‚antideutsch‘ allein zu undifferenziert ist, um die niederländische Meinungsbildung über Deutschland bis zum Ende der fünfziger Jahre zu umschreiben. Sucht man bei aller Verschiedenheit der Deutschlandbilder nach einem gemeinsamen Nenner, dann sollte man mit Blick auf die große Mehrheit der Bevölkerung besser von einem noch stark belasteten Klima sprechen, in dem antideutsche Gefühle gewiß wiederholt zum Ausdruck gebracht wurden, das sich ansonsten aber vor allem durch ein Bedürfnis nach Distanz auszeichnete.

Hierfür muß man zwei Gründe anführen. Die heftigen antideutschen Emotionen der ersten Nachkriegsjahre ebten in erster Linie ab, weil ab 1947/48 mit der Sowjetunion ein neuer Feind auf der Bühne erschien. Mit der Gründung der Bundesrepublik 1949 wurde darüber hinaus deutlich, daß man den westdeutschen Staat als Bundesgenossen akzeptieren mußte. Die Bundesrepublik wurde zu einem ‚notwendigen Partner‘, und kollektive antideutsche Gefühle paßten nicht in dieses Klima einer funktionalen Annäherung. Zweitens veränderte sich um 1947/48 auch der niederländische Umgang mit der Besatzungszeit. Das Interesse an einer

strafrechtlichen Verfolgung von NS-Verbrechern nahm ab. Die erste Nachkriegsphase des Wiedererlebens und Zeugnisablegens ging zu Ende.⁵³ Natürlich waren die Erinnerungen an die Besatzungszeit noch frisch im Gedächtnis, und auf den jährlichen Gedenktreffen wurden sie auch sozusagen kollektiv sichtbar. Aber gleichzeitig konnte man eine Müdigkeit und einen Widerwillen dagegen spüren, sich intensiv mit den Jahren 1940–45 zu beschäftigen. Tüchtigkeit, Wiederaufbaudenken und der Wunsch, „nach vorne zu schauen“, wurden bestimmend, und in diesem gesellschaftlichen Klima lag es näher, Deutschland instinktiv den Rücken zuzuwenden und psychologischen Abstand zu halten, als antideutschen Gefühlen breiten Raum zu geben. Solche Gefühle blieben aber vorhanden und lagen dicht unter der Oberfläche.

Die niederländische Empfindlichkeit kam auch in dem geringen Vertrauen in die deutsche Demokratie zum Ausdruck. Die Mehrheit der niederländischen Bevölkerung mochte nach der oben zitierten NIPO-Untersuchung Ende 1949 der Meinung sein, daß Westdeutschland zum Westen gehörte. Demnach begann östlich der Grenze zwischen Delfzijl und Vaals eine andere politische Kultur, die man noch keineswegs als stabil und demokratisch ansah. Völlig Unrecht hatten die niederländischen Beobachter damit übrigens nicht. Auch in der jüngeren politologischen Forschung wird vielfach auf das Fortbestehen obrigkeitsstaatlicher Traditionen in der Bundesrepublik und auf Adenauers „demokratischen“ Regierungsstil hingewiesen.⁵⁴ In dem niederländischen Wahrnehmungsmuster fällt allerdings die sehr generalisierende Typisierung ‚des‘ deutschen Volkscharakters auf, der sich schlecht für eine Demokratie eigne. Damit übersah man weitgehend, daß es auch in Deutschland ältere demokratische Traditionen gab und viele in der Bundesrepublik darauf aufbauen wollten. Dieses Wahrnehmungsmuster hatte ferner zur Folge, daß potentiell gefährliche Tendenzen stets überbewertet wurden und man in der politischen Stabilität der fünfziger Jahre nicht viel mehr als ein labiles Gleichgewicht sah.

Zusammenfassend kann man die politisch-psychologische Beziehung bis zum Ende der fünfziger Jahre mit einem Satz von Hermann Opitz, in diesen Jahren Korrespondent der *Frankfurter Allgemeinen Zeitung* in Den Haag, charakterisieren: „In bezug auf das deutsch-niederländische Verhältnis ist der Boden in Holland wie unterminiert“, schrieb er 1954: „Wenn man behutsam auf ihm läuft, dann geschieht nichts. Aber das Hochgehen einer Mine bei

einem unbedachten Schritt löst eine Kettenreaktion aus.⁴⁵⁵ Daran sollte sich in den sechziger Jahren wenig ändern. Die Explosionen sollten sogar stärker sein als in der hier beschriebenen Periode.

Die Aktualität der Vergangenheit in den sechziger Jahren

Das wiederauflebende Interesse an der Besatzungszeit

In vielen westlichen Ländern zeigte sich um 1960, daß der Zweite Weltkrieg noch viel näher war, als viele in den fünfziger Jahren gedacht hatten oder zuzugeben bereit gewesen waren. Die Phase des Wiederaufbaus ging zu Ende, die internationalen Beziehungen schienen einigermaßen stabilisiert, und es gab allmählich mehr Raum für Fragen, die man bis dahin selten gestellt hatte. Kennzeichnend für dieses wiederauflebende Interesse an den Kriegsjahren war die gegenseitige Beeinflussung über die Landesgrenzen hinweg. Ereignisse oder Debatten des einen Landes schwappten über in andere Länder und vermischten sich mit nationalen Diskussionen, die dort in Gang gekommen waren. Das bekannteste Beispiel dafür ist die Entführung Adolf Eichmanns aus Argentinien 1960 und der anschließende Prozeß in Jerusalem, der weltweit Aufsehen erregte. Es kann nicht überraschen, daß diese neue internationale Aufmerksamkeit für das Dritte Reich das Bild der Bundesrepublik beeinflusste.

Auch in Deutschland selbst thematisierte man die NS-Vergangenheit wieder stärker. Nach einem aufsehenerregenden Prozeß gegen Mitglieder eines ehemaligen Einsatzkommandos, das in Litauen Tausende Juden ermordet hatte, wurde 1958 die ‚Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen zur Aufklärung nationalsozialistischer Gewaltverbrechen‘ gegründet. Diese Bundeseinrichtung hatte die Aufgabe, systematisch die NS-Verbrechen zu erforschen, die außerhalb des Territoriums der Bundesrepublik begangen und noch nicht verfolgt worden waren. Dank der Arbeit der Zentralen Stelle kam die beinahe zum Stillstand gekommene strafrechtliche Verfolgung von NS-Verbrechern wieder in Gang. Im Vergleich zu den fünfziger Jahren verdoppelte sich zwischen 1961 und 1965 die Zahl der Verurteilungen. Gleichzeitig wuchs um 1960 die Kritik daran, daß ehemalige Nationalsozialisten wichtige politische und

gesellschaftliche Positionen innehatten. Kennzeichnend für diesen Wandel im politisch-gesellschaftlichen Klima war der zunehmende Druck auf Adenauer, sich von seinem Bundesvertriebenenminister Theodor Oberländer zu trennen. Oberländer, seit 1953 Minister, hatte in den fünfziger Jahren wiederholt seine Sympathie für die frühere nationalsozialistische Sudetendeutsche Bewegung Konrad Henleins zum Ausdruck gebracht. Dies hatte ihn zu einem umstrittenen Minister gemacht. Lange Zeit hatte Adenauer seine Hand über ihn gehalten, aber im Frühjahr 1960 drohte diese Haltung auf den Bundeskanzler selbst zurückzufallen, womit Oberländers Schicksal als Minister besiegelt war.¹ Zum Jahreswechsel 1959/60 war die Bundesrepublik außerdem dadurch aufgeschreckt worden, daß eine gerade wiedererrichtete Synagoge in Köln mit Hakenkreuzen beschmiert worden war. Auch andernorts waren antisemitische Parolen aufgetaucht, und es erhob sich die Frage, ob Deutschland tatsächlich mit dem Antisemitismus gebrochen hatte.

So unterschiedlich diese Ereignisse für sich genommen auch waren, so läuteten sie doch im Umgang mit der NS-Vergangenheit eine Phase wachsenden öffentlichen Interesses und kontroverser Debatten ein. Der Frankfurter Auschwitz-Prozeß, die 1965 und 1969 im Bundestag über die Verjährung von Mord geführten Debatten, und nicht zuletzt die kritischen Fragen vieler Jüngerer an ihre Eltern machten die sechziger Jahre unverkennbar zu einer Zeit, in der sich die Bundesrepublik stärker als zuvor der Konfrontation mit der Vergangenheit stellte.² So positiv diese Konfrontation im Prinzip auch war, so bedeutete sie für das niederländische Deutschlandbild nicht unbedingt eine Verbesserung, denn für viele Beobachter in den Niederlanden blieb der deutsche Umgang mit der Vergangenheit des Dritten Reichs halbherzig. Sie konnten sich durch diejenigen bestärkt fühlen, die in Deutschland selbst die „Unfähigkeit zu trauern“ anprangerten.³

Auch in den Niederlanden wuchs um 1960 das Interesse an den Kriegsjahren. Als Ausgangspunkt dieser Entwicklung gilt vielfach die Fernsehserie ‚De Bezetting‘ (‚Die Besetzung‘), deren erster Teil am 6. Mai 1960 ausgestrahlt wurde und die nach 21 Folgen am 5. Mai 1965 endete.⁴ In dieser Serie wurde ein nationales Geschichtsbild präsentiert, das der Historiker Frank van Vree – mit Worten aus der Serie selbst – treffend so zusammengefaßt hat: „Die ‚Bezetting‘ ist die Geschichte der Vergewaltigung eines unschuldigen und ahnungslosen Volkes, das aber durch seine geistige Stärke und Unbeugsamkeit, unter der beseelten Führung seiner Monarchin,

das Böse besiegt und im Prinzip ungebrochen und gereinigt aus diesem Kampf hervorgeht. Der Preis ist hoch, aber die Gerechtigkeit triumphiert.⁵ Dieses Bild war zwar keineswegs neu, aber nicht zuletzt deswegen hatte die Serie so eine enorme Wirkung: In Verbindung mit der eindringlichen Moderation durch den Direktor des ‚Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie‘ (‚Reichsinstitut für Kriegsdokumentation‘, RIOD) Lou de Jong, dem fließenden Übergang von individuellen zu nationalen Identifikationsmomenten und der langen Zeit, über die die Ausstrahlung sich erstreckte – einer Zeit, in der sich viele Menschen Fernsehgeräte anschafften – lieferte die Serie ein Geschichtsbild, das viele gern bestätigt sahen und das im kollektiven historischen Bewußtsein noch lange dominieren sollte.

Übrigens fühlte sich nicht jeder wohl bei diesem „Klein-aber-tapfer-Image“, das so gut an das viel ältere niederländische Selbstbild angeschlossen.⁶ Der Publizist W.L. Brugsma charakterisierte de Jong 1965 als „Rijksbureauvooroorlogsdocumentatiekwezel“ (Reichsbüro für Vorkriegsdokumentations-Betschwester), und der Redakteur der linken Wochenzeitung *Groene Amsterdammer*, Han Lammers, machte kurzen Prozeß mit Lou de Jong, „dem Süßlichen“. Er rief zu Mißtrauen gegenüber der niederländischen Selbstgenügsamkeit und zur Erforschung der Kollaboration auf.⁷ Dies forderten auch andere, und Jacques Pressers dramatische Beschreibung des Schicksals der niederländischen Juden („De ondergang“, 1965) bekräftigte, wie berechtigt diese Forderungen waren. Das Buch Pressers schlug wie eine Bombe ein und führte in den Medien zu geschockten Betrachtungen über das Versagen der niederländischen Bevölkerung in der Besatzungszeit.⁸ Anders als in der Bundesrepublik waren die kritischen Fragen über die Mitschuld und Kollaboration in den Niederlanden kaum ein Teil des Generationenkonflikts, den die ‚68er‘ in diesen Jahren austrugen. Gewiß erscholl auch aus der niederländischen Protestbewegung der Vorwurf, das ‚Establishment‘ der sechziger Jahre habe bereits während der Kriegsjahre versagt. Und auch in den Niederlanden sahen sich die Kämpfer gegen die Ordnung als die wahren Erben des Widerstands aus der Kriegszeit. Von einer scharfen Auseinandersetzung über die Vergangenheit wie in der Bundesrepublik konnte aber keine Rede sein. Kritische Betrachtungen über passive Schuld zur Zeit der Besatzung kamen aus allen Altersgruppen, und die Protestgeneration blieb im Rahmen des Nachkriegs-Konsenses über die moralischen Lektionen, die aus der Besatzungszeit zu ziehen

seien. Mehr noch: Sie bekräftigte diesen Konsens, indem sie in ihrem eigenen ‚Antifaschismus‘ die Vorbildfunktion des Widerstands kultivierte.

Dieses wachsende Interesse am Zweiten Weltkrieg hatte zur Folge, daß die Besatzungszeit um 1960 in den niederländischen Deutschlandbildern wieder stärker in den Vordergrund trat. „Die Wiederbelebung der Kriegserinnerungen, die von den ehemaligen Widerstandskreisen und von der politischen Linken planmäßig gefördert wird, im Volk aber offenbar jetzt Widerhall findet“, berichtete Botschafter Löns im März 1960 dem Auswärtigen Amt, „ist für uns nicht ohne Gefahren.“ Er erwartete nicht nur, daß Zeitungen, Verleger, Filmproduzenten, Radio und Fernsehen diesen Trend noch verstärken würden, sondern auch, daß Moskau und Ost-Berlin von dieser Gelegenheit Gebrauch machen würden, um die Propaganda gegen die Bundesrepublik zu steigern: „All das zusammen genommen dürfte eine neue Versteifung der ohnehin nur wenig aufgetauten Haltung der Niederländer gegenüber der Bundesrepublik und den Deutschen zur Folge haben“, so der Botschafter mit einem Unterton, der eine ‚linke‘ Verschwörung gegen die Bundesrepublik vermuten ließ.⁹

Insofern er damit Moskau und Ost-Berlin meinte, hatte er nicht Unrecht. In den fünfziger und sechziger Jahren wurden aus dem kommunistischen Lager regelmäßig westdeutsche Politiker beschuldigt, sich bei NS-Verbrechen schuldig gemacht zu haben. Diese ‚antifaschistischen‘ Kampagnen, die um 1959/60 intensiviert wurden, gründeten auf einer Kombination von Wahrheit und Verleumdung, wobei der ostdeutsche Staatssicherheitsdienst das ‚Beweismaterial‘ produzierte.¹⁰ Die DDR setzte auch noch andere Mittel ein, um durch die Suggestion einer ‚faschistischen‘ Kontinuität die Bundesrepublik zu diskreditieren. Nach dem Untergang der DDR 1989/90 bekannten ehemalige Stasi-Mitarbeiter, daß die antisemitischen Vorfälle 1959/60 durch den ostdeutschen Geheimdienst mit inszeniert worden waren. Völlig neu war diese Nachricht übrigens nicht, denn die Bundesregierung verfügte bereits Anfang 1960 auch selbst über Hinweise in dieser Richtung. Viel hatte die Bundesrepublik mit diesem Wissen damals allerdings nicht ausrichten können: Konkrete Beweise fehlten, und außerdem wußte man in Bonn, daß Beschuldigungen an die Adresse Ost-Berlins dem eigenen Image nur weiter geschadet hätten. Nicht zu Unrecht vermutete man, daß die aufgeschreckten Partner der

Bundesrepublik solche Beschuldigungen als ein Zeichen des Unwillens gedeutet hätten, dem Ernst der Lage ins Auge zu sehen.¹¹

So listig dieses Spiel der Stasi auch war, so hatte die innerhalb und außerhalb der Niederlande wachsende Sensibilität gegenüber der Bundesrepublik ihren Ursprung natürlich nicht in Ost-Berlin, sondern die DDR fachte lediglich ein Feuer an, das in verschiedenen westlichen Ländern entflammt war. Der deutsche Botschafter in Den Haag berichtete in dieser Zeit wiederholt über eine wachsende antideutsche Stimmung in den Niederlanden und über die nur äußerst dünne Vertrauensschicht, die die Bundesrepublik bis dahin aufgebaut hatte. Mit Blick auf die niederländischen Reaktionen zu den antisemitischen Vorfällen, sprach Botschaftsrat Dvorak von aufgestauten antideutschen Gefühlen, die sich nun in einer „Springflut der Kritik“ einen Weg bahnten und verdeutlichten, wie tief die Ressentiments bei den „dickblütigen“ Niederländern mit „extrem nachtragendem Charakter“ noch saßen. Glück im Unglück sei, daß sich auch in anderen Ländern antisemitische Tendenzen gezeigt hatten. Wäre das nicht der Fall gewesen, hätte man in den Niederlanden wahrscheinlich völlig das Gefühl für Proportionen verloren, meinte der über diese ernste „Vertrauenskrise“ besorgte Botschaftsrat.¹² Dvorak hatte zweifellos recht, daß in der niederländischen Presse ausführlich und kritisch über den fortlebenden Antisemitismus in Deutschland berichtet wurde. Das liberale *Algemeen Handelsblad* sah die Ursache in der halbherzigen Entnazifizierung und warf Adenauer vor, zu wenig für die Säuberung des politischen und gesellschaftlichen Lebens getan zu haben. Vergleichbare Kommentare erschienen in der *Volkskrant* und in der sozialdemokratischen Parteizeitung *Het Vrije Volk*, aber trotz der vielfach zum Ausdruck gebrachten Besorgnis war die niederländische Reaktion differenzierter als Dvorak nach Bonn berichtet hatte. Unter Hinweis auf die Entrüstung über die antisemitischen Vorfälle in Deutschland selbst kam *Het Vrije Volk* zu dem Schluß: „Weihnachten 1959 ist ein Zeichen an der Wand für zwei Phänomene im Nachkriegsdeutschland: für das Vorhandensein einiger Nazischufte unter den Jüngeren, aber mehr noch für die allgemeine Ablehnung ihres Auftretens.“¹³ Darin kam eher die Bereitschaft zum Ausdruck, nach den richtigen Proportionen zu suchen anstatt Ressentiments zu kultivieren, wie Dvorak betont hatte.

Dennoch war die deutsche Sorge über die Entwicklung des politisch-psychologischen Klimas verständlich. Auch der Fall Oberländer war bis in die Niederlande gedrungen und hatte dort

zu kritischen Betrachtungen über die personelle Kontinuität zwischen dem Dritten Reich und der Bundesrepublik geführt. Hinzu kam, daß gerade in dieser Phase nach der abgeschlossenen deutsch-niederländischen Generalbereinigung eine gereizte Stimmung in den Niederlanden herrschte, und daß die Besorgnis über die deutsch-französische Dominanz in Europa gerade in diesem Jahr wuchs (vgl. Kapitel 7 bzw. 4). Außerdem nahm seit 1959/60 die niederländische Kritik am innenpolitischen Auftreten Adenauers zu. Er hatte aus niederländischer Sicht nicht nur 1959 das Amt des Bundespräsidenten beschädigt, indem er seine Kandidatur erst angemeldet und dann wieder zurückgezogen hatte. Auch die Art und Weise, in der Adenauer die antisemitischen Vorfälle bagatellisiert hatte – die Täter seien „Lümmel“, die „eine Tracht Prügel“ verdienten – ließen Zweifel an seinem früher so scharfen politischen Instinkt aufkommen.¹⁴ Kurz gesagt, im Adenauer-Bild traten stärker negative Aspekte in den Vordergrund, und auch dies vergrößerte die niederländische Wachsamkeit gegenüber der Bundesrepublik. Und schließlich war es 1960 genau 15 Jahre her, daß die Niederlande befreit worden waren, und in diesem ‚runden‘ Gedenkjahr zeichnete sich eine besondere Aufmerksamkeit für den 4. und 5. Mai ab.

Angesichts der verschlechterten Stimmung in den Niederlanden riefen vor allem die Gedenktage auf deutscher Seite große Besorgnis hervor. Man fürchtete, daß nichtsahnende Touristen, die gerade während der Gedenkzeit in großer Zahl zu den blühenden Tulpenfeldern zogen, ungewollt zu einer Steigerung der Spannung beitragen könnten. Ebenso wie 1955 wurde auf Initiative der deutschen Botschaft in Deutschland eine Kampagne gestartet, um Zwischenfälle zu vermeiden.¹⁵ Über die Medien wurde die deutsche Bevölkerung informiert, daß man in den Niederlanden Anfang Mai Ereignissen gedenke, „die eine besonders negative Beziehung zu Deutschland haben“. Infolgedessen besuchten im Vergleich zum normalen Touristenverkehr nur wenige Deutsche in diesen Tagen die Niederlande, und diejenigen, die doch fuhren, bekamen beim Überschreiten der Grenze ein Papier mit entsprechend formulierten Informationen ausgehändigt, das auch einen Verhaltenskodex enthielt: keine Teilnahme an Gedenkversammlungen oder Befreiungsfeiern und kein Café-Besuch am Abend des 4. Mai.¹⁶ Erleichtert und nicht ohne Stolz berichtete Botschafter Löns nach den Gedenktagen, daß nicht zuletzt aufgrund seiner Initiative Zwischenfälle ausgeblieben seien. Ob dies tatsächlich der

Fall war, läßt sich selbstverständlich nicht belegen. Allerdings kann man feststellen, daß er den Anstoß zu Maßnahmen gegeben hatte, die zweifellos vernünftig waren und im darauffolgenden Jahr wiederholt wurden.

„Holland-Studie“ und Deutsche Woche

Während es bei diesen Maßnahmen nur darum ging, die Stimmung nicht weiter zu verschlechtern, dachte man in der Zeit danach über verschiedene Aktivitäten nach, die eine positive Wende herbeiführen sollten. Da Botschafter Löns zufolge in den Niederlanden die Neigung bestand, die Deutschen der NS-Zeit „als eine kompakte Masse von jubelnden Ja-Sagern zu betrachten“, setzte er sich kurz nach den Gedenktagen von 1960 dafür ein, eine Ausstellung über den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus zu zeigen. In Verbindung mit einem Film und einem Theaterstück über das Thema könne man so die niederländische öffentliche Meinung positiv verändern.¹⁷ Die Ausstellung hat es nie gegeben, aber Löns' Vorschlag stieß sowohl im Auswärtigen Amt als auch im Bundespresseamt auf offene Ohren und war bezeichnend für die offensivere Öffentlichkeitsarbeit, für die man sich in den sechziger Jahren auf deutscher Seite einsetzte.

Immer wieder wurde deutlich, wie schwierig es war, dabei die Klippen der Vergangenheit zu umschiffen. Dies zeigte sich, als die deutsche halboffizielle Wochenzeitung *Das Parlament* 1962 ein Themenheft über die Niederlande herausgab, das mit Geleitworten von Außenminister Luns und seinem deutschen Kollegen Schröder nachdrücklich im Zeichen bilateraler Annäherung stand. Unmittelbar nach dem Erscheinen erhob sich in den Niederlanden Protest, weil die Ausgabe eine positive Rezension des Buches „Holland“ enthielt, das Theodor Meursen zusammengestellt hatte. Es war der Redaktion des *Parlaments* entgangen, daß sich hinter diesem Pseudonym Tobie Goedewaagen verbarg, ein ehemaliger führender niederländischer Nazi, der 1948 zu 12 Jahren Gefängnis verurteilt worden war. „Lobende Kritik für Buch eines EXNSBers“ lautete die Schlagzeile in *Het Vrije Volk*, und auch das *Algemeen Dagblad* höhnte „Deutsches Lob für Alt-NSBer“ (NSB: ‚Nationaal-Socialistische Beweging‘, die niederländische Nazi-Partei der dreißiger und vierziger Jahre). Obwohl das *Algemeen Handelsblad* relativierend berichtete, daß die Redaktion des *Parla-*

ments im guten Glauben gehandelt hatte und der NRC die Sache als einen kleinen Schönheitsfehler abtat: Das Unheil war geschehen, und alle Aufmerksamkeit richtete sich auf die lobenden deutschen Worte über Goedewaagens Buch.¹⁸ Auch nachdem die für die Niederlande bestimmten Exemplare korrigiert und anstelle der beanstandeten Rezension Fotos von Niederländern in Trachtenkleidung abgedruckt worden waren, blieb der Ausrutscher der Redaktion als Schatten über dem Themenheft hängen. Enttäuscht mußte man auf deutscher Seite feststellen, daß durch die niederländische Aufregung die positiven Motive der Initiative nur ungenügend Aufmerksamkeit gefunden hatten.¹⁹

Durch diesen Vorfall ließ man sich in Bonn allerdings nicht abschrecken. Inzwischen arbeitete man an einem größeren Plan in der Beziehung zu den Niederlanden. Nicht zuletzt, weil dieses Land als dasjenige bekannt war, in dem die Kriegsjahre stärker als anderswo die Beziehung zur Bundesrepublik trübten, wählte das Bundespresseamt 1962 die Niederlande als ‚Testgebiet‘ für eine aktivere deutsche Politik zur Verbesserung des deutschen Images im Ausland. Um das ‚Testgebiet‘ systematisch und zielgerichtet

Tabelle 10: *Das aus niederländischer Sicht sympathischste Volk (1962/63) in %*

Frage: „Welches Volk finden Sie am sympathischsten?“

Österreicher	12
Briten	11
Amerikaner	11
Deutsche	10
Belgier	10
Franzosen	10
Schweizer	7
Schweden	7
Italiener	4
Ungarn	2
Weiß nicht	16
Gesamt	100

Quelle: KOCH/LAKASCHUS, *Deutschenbild*, S. 37.

bearbeiten zu können, mußte man zunächst feststellen, in welchen Bevölkerungsgruppen die antideutschen Gefühle am stärksten waren. Dazu ließ das Presseamt im Dezember 1962 und Januar 1963 die Deutschland-Bilder der niederländischen Bevölkerung erforschen. Das Ergebnis dieser „Holland-Studie“ bestätigte das Vorhandensein antideutscher Gefühle, förderte aber auch Differenzierungen zu Tage (siehe Tabelle 10).²⁰

Angesichts dieser Tabelle scheint man noch nicht von einem ‚Problemgebiet‘ Niederlande sprechen zu können.²¹ Schließlich gehörten die Deutschen für die niederländischen Befragten zu den sympathischsten Völkern. Nach Ansicht der Forscher war das Problem der Deutschen auch nicht so sehr, daß sie zuwenig Freunde in den Niederlanden hatten, sondern daß es „zu viele Feinde“ gab:

Tabelle 11: *Das aus niederländischer Sicht unsympathischste Volk (1962/63) in %*

Frage: „Und welches Volk finden Sie am unsympathischsten?“

Deutsche	31
Briten	9
Italiener	9
Belgier	6
Amerikaner	5
Franzosen	4
Ungarn	4
Schweizer	3
Österreicher	1
Schweden	1
Weiß nicht	27
Gesamt	100

Quelle: KOCH/LAKASCHUS, *Deutschenbild*, S. 38.

Für beinahe ein Drittel der niederländischen Bevölkerung waren die Deutschen das unsympathischste Volk, mit weitem Abstand vor den Briten und Italienern. Es war aber nicht nur die relativ große Anzahl der „Feinde Deutschlands“, die auf deutscher

Seite beunruhigen mußte. Beim Vergleich des Profils der Freunde mit demjenigen der Feinde ergab sich eine noch ungünstigere Situation. Der typisch deutschfreundliche Niederländer entstammte niedrigeren sozialen Schichten, war katholisch, jünger als 30 Jahre und wohnte vor allem in kleineren Gemeinden in den Provinzen Nordbrabant, Limburg und Overijssel. Für den typisch antideutschen Niederländer galt, daß er eher aus tonangebenden Kreisen kam, Protestant war, über 30 Jahre alt und in den großen Städten im Westen der Niederlande lebte. „Es sind die Meinungsbildner, die opinion-leaders“, schlußfolgerten die Forscher: „Nach diesen Mitbürgern richten sich die übrigen in Dingen der Mode und der Meinung. Es wird somit einsichtig, daß die Deutschfeindlichkeit, die nur von 31% der Bevölkerung gehegt wird, doch allgemein zum guten Ton gehört. Man zeigt durch seine Deutschfeindlichkeit, daß man ein guter, ein feiner, ein aufrechter Holländer ist.“²²

Letzteres war sicher nicht unzutreffend und sollte auch in späteren Betrachtungen über niederländische Deutschlandbilder noch wiederholt festgestellt werden. Interessant war weiterhin die These der Forscher – und auch dieser Gedanke kehrte in späteren Diskussionen zurück –, daß sich viele Niederländer aufgrund des Unterschieds in der Größe und im politisch-ökonomischen Gewicht der beiden Länder von Deutschland abgrenzten. In Verbindung mit dem Bewußtsein der wirtschaftlichen Abhängigkeit führe diese Asymmetrie zu einem Gefühl der Unsicherheit gegenüber dem größeren, reicheren und mächtigeren Nachbarn, vor dem man fortwährend auf der Hut sein müsse. Die antideutschen Gefühle würden außerdem genährt durch das Denken in calvinistischen Begriffen von „Erwählten“ und „Verworfenen“, wobei die Deutschen sich zu einem Musterbeispiel der zweiten Kategorie entwickelt hätten. Diese Erklärung war weit hergeholt, aber mit ihrem Hinweis auf die Rolle des Calvinismus hatten die Wissenschaftler recht. Wie bereits mehrfach betont wurde, war die niederländische Erwartungshaltung gegenüber Deutschland durchzogen von einem ‚Schuld-und-Sünde-Denken‘: Erst nach deutscher Reue konnte von niederländischer Vergebung die Rede sein.

Die im Rahmen dieser „Holland-Studie“ ebenfalls geführten Tiefeninterviews bekräftigten die Diagnose der Niederlande als ‚Problemgebiet‘: Den Niederländern zufolge zeigten sich die Deutschen gern in Uniform, hätten einen großen Mund, seien charakterlich unzuverlässig und benähmen sich als Touristen, „als ob

Holland ihnen gehörte“. Deutsche seien aufgeblasen, unverschämt und selbstzufrieden. Ihre Demokratie mochte funktionieren – 61% der Befragten betrachteten die Bundesrepublik als einen demokratischen Staat, 12% nicht –, aber der Deutsche bleibe untertänig und füge sich gern in autoritäre Strukturen. Im Grunde ihres Herzens sähen viele Niederländer in den Deutschen noch immer „unverbesserliche Nazis“, lautete dann auch eines der Ergebnisse der Untersuchung.

Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Wissenschaftler das Problem der antideutschen Niederlande nicht größer machten, als es war, denn den Deutschen wurden neben negativen auch viele positive Eigenschaften zugeschrieben. Deutsche Männer seien zwar machtgerig (82%), laut (75%), kriegssüchtig (62%) und arrogant (60%), aber auch fleißig (86%), freundlich (78%), korrekt (74%), modern (72%), gewissenhaft (66%), humorvoll (64%) und romantisch (64%). Bei deutschen Frauen dominierten sogar die positiven Eigenschaften: fleißig (83%), freundlich (80%), modern (72%), korrekt (69%), temperamentvoll (67%), romantisch (66%), gewissenhaft (65%), kultiviert (64%) und humorvoll (59%). Weniger zutreffend seien negative Eigenschaften: machtgerig und laut (48%), arrogant (46%) und kriegssüchtig (26%). Auch um das allgemeine Vertrauen in die deutsche Bevölkerung war es weniger schlecht bestellt als die Ergebnisse der Untersuchung suggerierten: 60% der niederländischen Bevölkerung waren bereit, ihr eigenes Kind für einen längeren Urlaub bei einer deutschen Familie unterzubringen (34% waren es nicht, 6% hatten keine Meinung). Selbst von denjenigen, für die die Deutschen das unsympathischste Volk waren und die von den Wissenschaftlern als deutschfeindlich eingestuft worden waren, waren noch 36% dazu bereit (57% wollten dies nicht).

Mit den Ergebnissen der „Holland-Studie“ hatte man das ‚Problemgebiet‘ Niederlande genauer umrissen. Explizit antideutsche Gefühle bestanden bei ca. 30% der Bevölkerung, die hauptsächlich im Westen der Niederlande wohnten und zu den führenden Kreisen gehörten. Voller Eifer plante das Bundespresseamt mit Unterstützung des Auswärtigen Amtes im Frühjahr 1963 den nächsten Schritt. Eine groß aufgezogene Anzeigenkampagne in niederländischen Tages- und Wochenzeitungen, in der die Deutschen als „gute Europäer“ präsentiert werden sollten, könnte das deutsche Image verbessern, wie man in Bonn optimistisch hoffte. Außerdem müsse man in den Anzeigen auch auf die deutsch-niederländische

Zusammenarbeit früherer Jahrhunderte verweisen, an die man nach 1945 angeknüpft hatte.²³

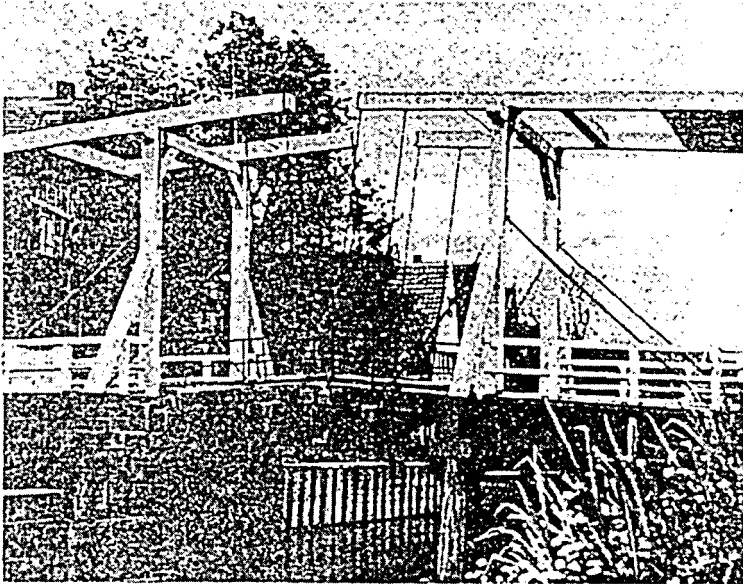
Dieses ambitionierte Projekt, das 250.000 DM kosten sollte, war nicht unumstritten. Botschafter Löns glaubte nicht an ein positives Ergebnis und reagierte außerdem irritiert, weil er erst in einem fortgeschrittenen Stadium über die Pläne informiert worden war.²⁴ Dennoch wurde 1963/64 die Vorbereitung der Kampagne fortgesetzt, und Löns und seinem Nachfolger Hans Berger blieb wenig anderes übrig als vor überzogenen Erwartungen zu warnen und zu versuchen, das Projekt so weit wie möglich abzubremsen. Der niederländische Widerstand gegen die NS-Herrschaft, diagnostizierte Berger im Februar 1964 nicht zu Unrecht, sei so sehr zur „moralischen Grundlage“ der Niederlande der Nachkriegszeit geworden, daß man von einer an den Verstand appellierenden Kampagne nur wenig erwarten könne. Außerdem sei das Bild des Deutschen als „eines antiliberalen, autoritätsgläubigen, zum Kollektiv neigenden Menschen“ wesentlich älter als der Zweite Weltkrieg, und dieses Bild werde man durch Anzeigen nicht korrigieren können. Nicht zuletzt spreche der niederländische Volkscharakter gegen die Bonner Pläne: „Ein wesentlicher Charakterzug des Niederländers ist sein oft übertriebener Individualismus. Er reagiert äußerst empfindlich, sobald er das Gefühl hat, daß man ihm sagen will, was er denken und glauben muß ... Der im Grunde seines Wesens xenophobe Niederländer will sich nicht von einem Ausländer und schon gar nicht von einem Deutschen belehren lassen.“²⁵ So sehr Berger mit dieser Charakterisierung des niederländischen Volkes auch übertrieb, so hatte er zweifellos recht mit seiner Warnung, daß eine groß angelegte Anzeigenoffensive zur Verbesserung des deutschen Images in den Niederlanden nur auf Unverständnis, Ärger und Ablehnung stoßen werde.

Diese und andere Warnungen hatten schließlich Erfolg, denn im Frühjahr 1964 wurde beschlossen, das Budget zu halbieren und das Projekt nur in stark reduzierter Form durchzuführen. Außerdem sollten die Anzeigen im Rahmen der ersten Deutschen Woche der Nachkriegszeit in den Niederlanden geschaltet werden. Die Deutsche Woche sollte im September 1964 in Rotterdam mit vielen deutschen kulturellen Aktivitäten veranstaltet werden. In diesem Rahmen bedeuteten die Anzeigen zwar eine noch nachdrücklichere deutsche Präsenz, aber die Deutsche Woche war aus deutsch-niederländischen Privatinitiativen (u.a. von der Handelskammer) hervorgegangen, und daran konnte die deutsche Kam-

pagne nun subtil anschließen. So blieb von der großen Offensive, die dem Bundespresseamt anfänglich vor Augen gestanden hatte, wenig übrig. Vielen Zeitungslesern dürfte die Kampagne ganz entgangen sein.

In allen überregionalen Zeitungen erschienen im September 1964 vier Fotoanzeigen (in den Wochenzeitungen eine oder zwei), die ein Viertel einer Seite einnahmen. Entsprechend der ursprünglichen Konzeption und im Zusammenhang mit dem Thema der Deutschen Woche ging es um eine europäische Botschaft mit einem deutsch-niederländischen Unterton. Von einer nachdrücklichen Profilierung der Deutschen als gute Europäer war allerdings keine Rede mehr, und bei drei der vier Anzeigen war die Botschaft so verwässert, daß man nicht einmal mehr von einer verborgenen Verführung sprechen konnte. So erweckte die Anzeige „Rijnwater is van levensbelang“ (Rheinwasser ist lebenswichtig) auf den ersten Blick den Eindruck einer Reklame für die Binnenschifffahrt. Schaute man etwas genauer hin, schien es um Werbung für die Wassereinhaltnung zu gehen. Erst bei intensivem Studium stellte sich als Botschaft heraus, daß die gemeinsame Sorge für einen sauberen Rhein ein „weiterer Schritt zu einem gemeinsamen Europa“ sei. Eine andere Anzeige zeigte ein Foto des Rotterdamer Hafens und beschrieb den Europoort als „Berührungspunkt zwischen den Niederlanden und Deutschland“ und als „Beispiel für enge Zusammenarbeit in einer modernen Europäischen Gemeinschaft“. Weniger indirekt war die Anzeige „Europa speelt de hoofdrol!“ (Europa spielt die Hauptrolle!) über den Erfolg deutscher Theaterschriftsteller in niederländischen Theatern: „Das gleichgerichtete Interesse für unseren gemeinsamen Kulturbesitz bildet eine Brücke, die zu gegenseitigem Verständnis und gegenseitiger Wertschätzung führt. Und das haben wir in einem vereinigten Europa bitter nötig.“ Das Symbol einer Brücke, die die Niederlande und Deutschland wieder zueinander bringen könnte, stand schließlich auch im Mittelpunkt der einzigen Anzeige mit einem deutlich werbenden Charakter für Annäherung nach einer Zeit „des Terrors und der Knechtschaft“ (siehe Abbildung S. 336).²⁶

Der naive Versuch, mit Hilfe einer Reklamekampagne das Image Deutschlands im Ausland zu verbessern, war nicht nur Ausdruck einer gewissen Ratlosigkeit auf deutscher Seite angesichts des geringen Fortschritts bei der psychologischen Normalisierung. Er brachte auch das größere Selbstbewußtsein zum Ausdruck, das die Bundesrepublik inzwischen entwickelt hatte und



een brug naar Europa...

Op 21 juli 1964 werd de laatste bout in deze brug aangebracht en nu, na drie jaar arbeid, is de brug nog het zelfde in Maastricht of Delft, maar ergens tussen Hamburg en Bremen, gesnoeid voor Nederlandse boeren...

De maaien daarvan en de draagstructuur van het land. Want zij waren te zwaar voor de dammen, evenzoo...

Publicatie van de Rijksbibliotheek Duitsland ter gelegenheid van de Duitse Week Rotterdam 21 tot en met 26 September 1964

huizen terug te krijgen, zij konden worden aangevoerd en d. v. m. En hun rijkse ervaring vonden zij in dienst van hun natie.

Zo ontstond als het ware een brug tussen Nederland en Duitsland. Door bij de ene is het met gebouwen, Er werden nog heel andere bruggen gelegd.

Zo reemt Duitsland vandaag de dag

voor 4 miljard gulden per jaar aan landbouw en omvang al Er is steeds een samenwerking van studenten. Er zijn regelmatig toeristen van Duitse afkomst door ons land. Het zijn belangrijke symbolische bruggen. Ze dragen ertoe bij dat deze twee landen, na een tijd van terreur en knechtschap, weer tot elkaar komen als partners in een gemeenschappelijk Europa.



...op weg naar een
gemeenschappelijk
Europa!

„Eine Brücke nach Europa ...“. Zeitungsanzeige aus Anlaß der Deutschen Woche in Rotterdam vom September 1964.

Quelle: *de Volkskrant* vom 14. September 1964.

das nun in einer Phase einsetzte, in der man durch das wieder-auflebende Interesse für die Kriegsjahre eine Verschlechterung der Stimmung festgestellt hatte. Das vernünftige und bremsende Auftreten der deutschen Diplomaten in Den Haag drosselte den ambitionierten Ansatz des Projekts, das in den Niederlanden anschließend keine nennenswerten Reaktionen hervorrief. Soweit feststellbar, hat das Bundespresseamt es bei diesem einen Versuch im niederländischen ‚Testgebiet‘ belassen. Italien, das als zweites Land ins Visier genommen worden war, wurde professioneller bearbeitet, indem man erfolgreich mit führenden Zeitungen zusammen-

arbeitete, die umfangreiche Informationsbeilagen über Deutschland publizierten.²⁷

Soweit die Kampagne in den Niederlanden einen Effekt hatte, ging er wahrscheinlich nicht über zusätzliche Aufmerksamkeit für die Deutsche Woche in Rotterdam hinaus, deren Programm in den Anzeigen abgedruckt war. Dieses Programm umfaßte Theater, Musik und Ballett aus der Bundesrepublik, Sportwettkämpfe, kommerzielle Werbeaktivitäten, Ausstellungen und einen gemeinsamen Gottesdienst. In Anwesenheit von Prinzessin Beatrix, Minister Luns und anderer hoher Repräsentanten beider Länder nahm der deutsche Außenminister Gerhard Schröder die offizielle Eröffnung vor, dankte in angemessenen Worten der Stadt Rotterdam für die „Geste offener Nachbarschaft“ und hielt eine ebenso angemessene Rede zur europäischen Zusammenarbeit. Bürgermeister G. van Walsum hinterließ einen guten Eindruck, indem er ausdrücklich auf die Empfindlichkeiten einging, die die deutschen Veranstaltungen in Rotterdam hervorriefen, aber hinzufügte, daß er es persönlich nicht nötig habe, die Deutschen stets wieder mit der Besatzungszeit zu konfrontieren.²⁸ Indem er dieses „schmerzliche Thema auf beinahe schmerzlose Weise“ berührt hatte, wie die *Volkskrant* van Walsums Worte umschrieb, und durch die einfühlsamen deutschen Reaktionen darauf wurde die Deutsche Woche zu dem erhofften neuen Impuls auf dem Weg zu einer besseren Beziehung.²⁹ Der deutsche Botschafter äußerte sich Anfang Oktober 1964 in einem Rückblick sogar beinahe euphorisch. Durch die Deutsche Woche seien niederländische Ressentiments „ein gutes Stück“ zurückgedrängt worden, und den Zeitungsredaktionen sei inzwischen bewußt, daß „die sture Ablehnung alles Deutschen nicht unbedingt mehr ein Patentrezept ist, um die Auflagen ihrer Zeitungen zu erhöhen“. Positiv sei außerdem, daß die Niederländer während des gemeinsamen Gottesdienstes gehört hätten, daß die Zeit der Vergebung und Versöhnung angebrochen sei – „endlich, kann man sagen“.³⁰ Mit diesem plötzlichen Optimismus ging Berger nun ziemlich weit, aber unverständlich war seine Erleichterung nicht. Nach dem erfolgreichen Besuch von Bundeskanzler Erhard in den Niederlanden im März 1964 (vgl. Kapitel 4) war die Deutsche Woche ein zweiter Lichtblick innerhalb eines Jahres: Die Stadt an der Maas war für eine Woche mit deutschen Flaggen geschmückt gewesen, alle Straßenbahnen hatten die niederländischen und deutschen Farben gezeigt, und Zwischenfälle waren ausgeblieben. Man hatte viel von Annäherung gesprochen, und das

Königshaus hatte den versöhnlichen Botschaften durch seine Anwesenheit Glanz verliehen. Nicht zuletzt hatten auch die Medien wohlwollend, wenn auch nicht ausführlich, über die Deutsche Woche berichtet. Nach den düsteren Betrachtungen über die deutsch-niederländischen Beziehungen aus den vorangegangenen Jahren konnte tatsächlich der Eindruck entstehen, daß das Jahr 1964 eine Veränderung zum Guten herbeigeführt hatte.

Das Ergebnis einer NIPO-Umfrage vom Juli 1965 bestätigte diese positive Entwicklung. „Wie sind Ihre eigenen Gefühle gegenüber dem deutschen Volk? Stehen Sie ihm sehr freundlich gegenüber, ziemlich freundlich, ziemlich unfreundlich oder sehr unfreundlich?“ Inzwischen war eine große Mehrheit der niederländischen Bevölkerung den Deutschen gegenüber freundlich eingestellt.

Tabelle 12: *Niederländer: ‚freundlich‘ oder ‚unfreundlich‘ gegenüber dem deutschen Volk (1965) in %*

Sehr freundlich	7
Ziemlich freundlich	61
Ziemlich unfreundlich	16
Sehr unfreundlich	4
Keine Meinung	12

Quelle: NIPO-Bericht Nr. 1063, 22.7.1965.

Zuletzt hatte man 1953 eine vergleichbare Frage gestellt (vgl. Tabelle 8), und seitdem war der Anteil ‚Freundlicher‘ von 54% auf 68% gestiegen. Zwar hatte auch der Prozentsatz der ‚Unfreundlichen‘ zugenommen, aber in viel geringerem Ausmaß (von 17% 1953 auf 20%). Mit anderen Worten: Einerseits konnte man von einer deutlichen Verbesserung der psychologischen Beziehung sprechen, andererseits gab es noch stets eine große Minderheit, die negative Gefühle gegenüber den Deutschen hegte.

Diese Deutschen gegenüber unfreundliche Minderheit machte auch nachdrücklich von sich reden in dem 1965 erschienen Büchlein „Mogen wij nog anti-Duits zijn?“ („Dürfen wir noch anti-deutsch sein?“), das Beiträge von L. Aletrino, J.B. Charles, Hans Keilson und Han Wielek enthielt.³¹ Mit einem Vorwort des ehemaligen Ministerpräsidenten Drees (1948–1958) schien es auf den

ersten Blick der Zweck dieser Veröffentlichung zu sein, eine differenzierte Diskussion über die deutsch-niederländische Beziehung in Gang zu bringen. Der Leser, der daran interessiert war, dürfte das Buch allerdings schnell enttäuscht zur Seite gelegt haben. In seinem zurückhaltend formulierten Vorwort kam Ex-Premier Drees nicht viel weiter als die Hoffnung auszudrücken, daß zwischen den jüngeren Generationen beider Länder das Verständnis wachsen möge. Darüber hinaus schien Annäherung für ihn vor allem zu bedeuten, „konsequent zu sein ohne zu überstürzen“: Er rekapitulierte die inzwischen fortgeschrittene Normalisierung auf wirtschaftlicher Ebene und im multilateralen Zusammenhang und fragte vorsichtig, ob „eine schroff aufrechterhaltene Kühle“ damit wohl zu vereinbaren sei. Dies klang nicht unvernünftig, aber Drees bremste sofort wieder ab, indem er sich von dem „festlichen Aufwand“ der Deutschen Woche vom September 1964 distanzierete. Für den Publizisten Aletrino war die zentrale Frage des Buches einfacher zu beantworten: In einer schneidend antideutschen Darlegung vertrat er die Ansicht, daß höchstens in der Zukunft die jetzt sehr jungen Niederländer ihren deutschen Altersgenossen die Hand zur Freundschaft ausstrecken dürften.³² Der linke Schriftsteller und ehemalige Widerstandskämpfer J.B. Charles, der nach 1945 in mehreren Publikationen vor einem wiederauflebenden deutschen Faschismus gewarnt hatte, fand es zwar „Unsinn“, anti-deutsch zu sein, aber der Tenor seines Artikels ging in eine andere Richtung: Westdeutschland blieb für ihn eine Gefahr für den Frieden.³³ Bemerkenswert an diesem Buch war, daß die beiden einzigen nuancierten Betrachtungen von zwei deutschen Emigranten der Vorkriegszeit stammten: von dem PvdA-Senator Han Wielek (Pseudonym für Willy Kweksilber) und dem Schriftsteller und Psychoanalytiker Hans Keilson. So gesehen hatte sich wenig verändert seit den ersten Nachkriegsjahren, als deutsche Flüchtlinge wie Alfred Mozer und K.J. Hahn zu den ersten gehörten, die für einen differenzierten Blick auf Deutschland eintraten. Wielek ging auf die Hauptfrage des Buches nicht ein, aber seine historische Betrachtung über den deutschen Widerstand gegen Hitler konnte man als ein indirektes Plädoyer für ein nuanciertes Deutschlandbild lesen. Der einzige wirklich konstruktive Beitrag stammte von Hans Keilson. Er widersetzte sich „antiweißen, antischarzen, antijüdischen oder antideutschen“ Verallgemeinerungen und enthüllte die psychologischen Mechanismen, die Stereotypen und Vorurteilen zugrunde lagen. Auch den Ausdruck „antideutsch“

betrachtete er kritisch. Schwang darin nicht etwas von dem nationalsozialistischen Gedankengut der Höher- oder Minderwertigkeit von Völkern mit? War der Begriff außerdem nicht „fatal, weil sich als Alternative nur ‚pro-deutsch‘ anzubieten scheint?“ Weiterhin wandte er sich gegen die oft zu hörende Überlegung, daß eine Verminderung antideutscher Gefühle die Aufgabe der folgenden Generation sein solle. So hielt er den Älteren vor, daß sie „die Geschichte schreiben, die die Jüngeren morgen lernen müssen“. Der Artikel Keilsons stellte kein süßliches Plädoyer für eine Annäherung dar, sondern einen Aufruf zur kritischen Selbstbetrachtung an die Adresse der Niederländer, der in den anderen Beiträgen völlig fehlte.

War der Tenor der Beiträge von Aletrino und Charles nun kennzeichnend für die meinungsbildenden Kreise in den Niederlanden in den sechziger Jahren? Die detaillierte Pressestudie von Jörg Helm über das niederländische Deutschlandbild im Jahre 1966 scheint tatsächlich in diese Richtung zu deuten. Er macht in dem Bild der Bundesrepublik viele „aktualisierte Rückbezüge“ auf die Vergangenheit aus und kommt zu dem Schluß: „Etwas überspitzt ist festzustellen: Das Deutschlandbild ... wird von Assoziationen zur nationalsozialistischen Herrschaftsperiode wie von einem roten Faden durchzogen.“³⁴ Vergleicht man Helms negative Schlußfolgerung über die niederländische Presse mit den positiven Ergebnissen der NIPO-Umfrage von 1965 (vgl. Tabelle 12), dann ergibt sich genau das Bild, das sich auch bereits 1963 in der „Holland-Studie“ gezeigt hatte: Das Problem für Deutschland war nicht, daß man zu wenig Freunde in den Niederlanden hatte, sondern daß diese sich kaum zu Wort meldeten. Es war vor allem eine meinungsmachende deutsch-unfreundliche Minderheit, die von sich reden machte. Diese Minderheit war auch sehr aktiv im Zusammenhang mit der Aufregung um die Verlobung und die Hochzeit von Prinzessin Beatrix mit Claus von Amsberg 1965/66.

Die Hochzeit von Prinzessin Beatrix und Claus von Amsberg

„Sehr beunruhigt wegen der Vergangenheit: Deutscher ...“, notierte Ministerpräsident Cals (KVP) Anfang Mai 1965, nachdem Königin Juliana ihn darüber informiert hatte, daß Prinzessin Beatrix eine Romanze mit einem Deutschen hatte.³⁵ Name und Hintergrund des Geliebten kannte Cals in diesem Moment noch nicht,

aber allein die Nationalität ließ ihn das Schlimmste befürchten. Zu dem Gespräch war es gekommen, nachdem eine kurz bevorstehende Enthüllung das Königshaus, den ‚Rijksvoorlichtingsdienst‘ (Reichspresseamt, RVD) und den Ministerpräsidenten selbst in Unruhe versetzt hatte. Einige Tage zuvor war der Sensationsjournalist John de Rooy für sein ausdauerndes Spähen durch die Gartenhecken von Schloß Drakensteyn, dem Wohnsitz von Prinzessin Beatrix, belohnt worden: Er hatte eine Fotoserie der Prinzessin Arm in Arm mit einem unbekanntem Mann geschossen. Seine Versuche, dieses ‚Kapital‘ in den Niederlanden zu Geld zu machen, hatten zwar durch das erfolgreiche Eingreifen des RVD und die Zurückhaltung der niederländischen Presse zu nichts geführt, aber die Veröffentlichung in ausländischen Medien stand bevor. Man konnte erwarten, daß die niederländischen Medien dann rasch folgen würden. Am 6. Mai veröffentlichte der britische *Daily Express* tatsächlich de Rooy's Enthüllung, und einen Tag später folgte *De Telegraaf* mit einem zweiten Foto aus seiner Serie. Nach der ersten Enthüllung blieb der Bevölkerung auch das zweite Geheimnis nicht mehr lange verborgen: Der Geliebte der Kronprinzessin hieß Claus von Amsberg und war ein deutscher Diplomat.

Die unguete Vorahnung von Ministerpräsident Cals sollte sich bewahrheiten. Die linke Wochenzeitung *De Groene Amsterdammer* reagierte sofort und fand den Gedanken „unerträglich“, daß ein Deutscher Prinz der Niederlande werden sollte. Die kulturelle Monatschrift *De Gids* stellte Beatrix Prinzessin Irene als Vorbild hin und meinte, daß die Kronprinzessin ebenso wie ihre jüngere Schwester auf ihre Rechte an der Thronfolge verzichten müsse.³⁶ Soweit wollte *Het Vrije Volk* nicht gehen, aber der Kommentator machte seinem Unbehagen Luft, „das zwar überdeckt, aber nicht besiegt werden kann. Höchstens im Laufe der Zeit.“³⁷ Bei *Het Parool* war man der Ansicht, von Amsberg sei „gerade zu alt“, um der Nachkriegsgeneration „ohne Schuld“ zugerechnet werden zu können, und dies disqualifiziere ihn als Ehemann der zukünftigen Königin. Aus Kreisen des ehemaligen Widerstands kamen unterschiedliche Äußerungen. Der Vorstand des ‚Nationale Federatieve Raad van het voormalig verzet in Nederland‘ (Nationaler föderativer Rat des ehemaligen Widerstands in den Niederlanden) gab nach einer außerordentlichen Sitzung eine Erklärung ab, in der er sich von der Kritik aus Widerstandskreisen an einer eventuellen Verlobung distanzierte. Eine Diskriminierung aufgrund der Nationalität passe nicht zum Geist des früheren Widerstands. Hierüber wurde

offensichtlich unterschiedlich gedacht, denn diese Erklärung führte in kurzer Zeit zur Gründung von Komitees ehemaliger Widerstandsmitglieder, die sich mit emotionalen Worten gegen eine Hochzeit aussprachen. „Für uns ist es ein unerträglicher Gedanke, daß Prinzessin Beatrix einen Schritt zu tun beabsichtigt, der sie bald gemeinsam mit einem Deutschen, der in der Zeit unserer größten nationalen Not mit erhobenem Arm dastand und ‚Heil Hitler‘ rief, zu den Gedenkversammlungen für unsere Toten führen wird“, hieß es in einer Erklärung, die u.a. von Professor Duyff unterzeichnet war, dem obersten Sabotagekommandanten der Besatzungszeit.³⁸ Nicht anders klang es bei dem ebenfalls aus diesem Anlaß gebildeten ‚Landelijk Comité van oud-verzetstrijders 1940–1945‘ (Landeskomitee ehemaliger Widerstandskämpfer 1940–1945), das eine Krise der Monarchie befürchtete und Prinzessin Beatrix vorwarf, „die Grenzen des Zulässigen“ wissentlich zu überschreiten.³⁹ Viele Zeitungsredaktionen wurden im Mai und Juni 1965 mit Leserbriefen überschwemmt, deren Tenor mehrheitlich ablehnend war.⁴⁰ Die Jugendprotestbewegung ‚Provo‘ verbreitete im Juli ein Flugblatt mit Abbildungen von Claus von Amsberg, Prinz Bernhard sowie Prinzessin Irenes Ehemann Hugo Carlos und der Frage: „Wer von den dreien ist der größte Demokrat?“ Der Einfachheit halber war das Flugblatt mit einer kurzen Übersicht über die „faschistische Vergangenheit“ der drei versehen.

Auch auf der politischen Ebene gerieten manche auf Abwege. Im Sommer 1965 diskutierte das Kabinett ausführlich über die Notwendigkeit, den Vornamen von Claus-Georg Wilhelm Otto Friedrich Gerd von Amsberg ins Niederländische zu übersetzen. Minister Luns trat energisch für eine Änderung des Rufnamens ein, weil der Name Claus so „typisch deutsch“ sei, und er schlug vor: „Man könnte statt dessen z.B. den Namen George wählen.“ Obwohl Ministerpräsident Cals die Namensfrage als eine persönliche Angelegenheit von Amsbergs und der königlichen Familie ansah, erhielt Luns genug Unterstützung für seinen Standpunkt. Man teilte Königin Juliana mit, daß das Kabinett einen niederländischen Namen bevorzuge. Soweit sollte es nach Beratungen mit Schloß Soestdijk dann doch nicht kommen: Claus blieb Claus, aber seine übrigen Vornamen sollten anläßlich der Einbürgerung ins Niederländische übersetzt werden.⁴¹

Die wichtigste Frage, die im Mai und Juni 1965 die Gemüter beherrschte, war die nach der Rolle Claus von Amsbergs im Drit-

ten Reich. Im Auftrag des Kabinetts untersuchte der Direktor des RIOD, Lou de Jong, sein Vorleben. Die Ergebnisse wurden Ende Juni 1965 bekanntgegeben. De Jong, durch die Moderation der Fernsehserie ‚De Bezetting‘ eine nationale Autorität in Fragen des Zweiten Weltkriegs, bestätigte die beruhigenden Berichte, die bereits zuvor aus deutschen Quellen verbreitet worden waren. Wie viele Jugendliche war auch Claus von Amsberg am Ende des Krieges noch in der deutschen Kriegsmaschinerie eingesetzt worden. Im Alter von achtzehn Jahren hatte man ihn im März 1945 noch zu einer Panzerdivision der Wehrmacht nach Italien geschickt, aber von einer Kampffront konnte inzwischen keine Rede mehr sein. Von Amsberg hatte die Verwirrung unter den im Rückzug begriffenen deutschen Truppen genutzt und sich, ohne einen Schuß abgegeben zu haben, zusammen mit anderen Jugendlichen einige Wochen später bei den Amerikanern gemeldet. Nach einer kurzen Zeit der Kriegsgefangenschaft wurde er im August 1945 nach München gebracht, mit einem positiven Ergebnis politisch überprüft und anschließend von den Alliierten als Dolmetscher eingesetzt. Das war eine harmlose Kriegsbiographie, um so mehr, als de Jong die Gerüchte über eine SS-Mitgliedschaft von Amsbergs entkräftete.⁴²

Obwohl das Ergebnis der Untersuchung de Jongs deutlich machte, daß von Amsberg persönlich keinerlei Vorwürfe zu machen waren, beruhigte dies die Gemüter nur teilweise. Für manche ergab sich die Ablehnung des zukünftigen niederländischen Prinzen bereits aus der Tatsache, daß er während des Krieges zum feindlichen Lager gehört hatte. Andere demonstrierten ihre ‚vaterländische Wachsamkeit‘, indem sie von Amsberg in politisch-moralischer Hinsicht unter die Lupe nahmen. Das geschah z.B. am Tag der offiziellen Bekanntmachung der Verlobung (28. Juni 1965), als Journalisten die Gelegenheit zu einem Interview mit dem zukünftigen Ehepaar erhielten. Betrachtete von Amsberg sich als ehemaliges Mitglied der Hitler-Jugend als antisemitisch beeinflusst? Wie stand er zu der Verurteilung von NS-Verbrechern? Hatte er damals über Recht und Unrecht nachgedacht oder gesprochen? Hatte er schon einmal an einer Gedenkveranstaltung für NS-Opfer teilgenommen? Ähnliche Fragen wurden gestellt, als das Paar am selben Tag gemeinsam mit Königin Juliana und Prinz Bernhard im Fernsehen auftrat. Moderator Herman Felderhof schreckte nicht davor zurück, von Amsberg bei der Begrüßung wissen zu lassen: „Sie können ruhig in Ihrer Muttersprache ant-

worten. Die verstehen wir schon noch.“ Auch erklärte er ihm die Bedeutung des 4. und 5. Mai (Gedenk- und Feiertag anlässlich der Befreiung 1945) und fragte anschließend, ob er diese Tage mitfeiern könne mit „denselben Gefühlen ... wie das gute niederländische Volk an sich?“⁴³

Die Presse reagierte im allgemeinen positiv. Für die meisten Kommentatoren hatten Prinzessin Beatrix und von Amsberg das Kräftemessen mit Würde durchgestanden, und der zukünftige Ehegatte hatte sogar einen sympathischen Eindruck gemacht. Der liberale *NRC* charakterisierte das Fernsehinterview als ein „offenes und mutiges Gespräch“. Bei der ehemaligen Widerstandszeitung *Het Parool* dagegen war man kritischer und meinte, daß die Antworten von Amsbergs „etwas überzeugender“ hätten sein können. So sei es nicht sehr ermutigend gewesen, daß der zukünftige Prinzgemahl das Dritte Reich als eine „unglückliche“ und nicht eine verbrecherische Phase in der deutschen Geschichte bezeichnet hatte. Nichtsdestotrotz entschied man im Zweifel für den Angeklagten, weil die Zeitung bei von Amsberg doch „allen guten Willen“ für einen echten Kontakt zum niederländischen Volk erkannte. Treffender als diese niederländischen Kommentare war eine Betrachtung aus Flandern, wo ein Redakteur der *Gazet van Antwerpen* mit stellvertretender journalistischer Scham das niederländische Fernsehen verfolgt hatte. Für ihn war die Sendung „nicht weniger ... als ein moralischer Striptease des hochgepriesenen niederländischen Anstands“.⁴⁴

Nachdem nun geklärt war, daß von Amsberg ‚keine Kriegsvergangenheit‘ hatte, verschob sich die Aufmerksamkeit zu der Frage, ob er sich nach 1945 in Wort und Tat ausreichend vom Nationalsozialismus distanziert hatte. Das im September 1965 gegründete ‚Comité Verzoekschrift Staten-Generaal‘ (Komitee Bittschrift Parlament) war der Ansicht, daß dies nicht der Fall sei und begann auch aus diesem Grund eine Unterschriftensammlung gegen die parlamentarische Zustimmung zu der Heirat. Auch sei von Amsberg mit seinen 38 Jahren inzwischen zu alt, um sich in den Niederlanden einzuleben. Das Komitee sammelte ca. 60.000 Unterschriften, darunter relativ viele aus meinungsbildenden Kreisen. Zufrieden ließ der Vorsitzende des Komitees, der Kriminologe Prof. Dr. D. Wiersma, verlauten, daß ein „qualitativ“ nicht unerheblicher Teil der niederländischen Bevölkerung sein Unbehagen zum Ausdruck gebracht habe.⁴⁵

Es fiel auf, daß sich diese ‚qualitativ wichtigen‘ Niederländer nicht die Mühe gemacht hatten, nach den Tatsachen zu fragen, bevor sie in den Listen unterschrieben – im Unterschied zu dem ehemaligen deutschen Emigranten Alfred Mozer, in den fünfziger Jahren internationaler Sekretär der PvdA und seit 1958 Kabinettschef des europäischen Agrarkommissars Sicco Mansholt in Brüssel. Er nahm im Oktober 1965 Kontakt zu Personen auf, die von Amsberg nach 1945 aus der Nähe erlebt hatten, und das Ergebnis der Suche Mozers ließ an Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig. Nach seinem Jurastudium hatte von Amsberg 1957 einige Monate in Hamburg bei dem jüdischen Rechtsanwalt Walter Lippmann gearbeitet und sich dort für die Wiedergutmachung zugunsten jüdischer NS-Opfer eingesetzt. Nicht weniger positiv berichtete von Amsbergs früherer Chef im Auswärtigen Amt, Rolf Pauls, der 1965 zum ersten deutschen Botschafter in Israel ernannt worden war. Von Amsberg habe ihn wissen lassen, daß er gerne mit nach Tel Aviv gehen würde, um zur Verbesserung der deutsch-israelischen Beziehungen beizutragen. Es tat Pauls sehr leid, daß sein früherer Mitarbeiter durch die Wendung in seinem Privatleben nicht länger zur Verfügung stand. So gab es noch mehr und ausschließlich positive Berichte über die ‚Nachkriegsvergangenheit‘ des künftigen Prinzgemahls.⁴⁶

Mit den Ergebnissen seiner Nachforschungen verwies Mozer alle Gerüchte und Verdächtigungen, die durch das ‚Comité Verzoekschrift Staten-Generaal‘ verbreitet worden waren, ins Reich der Fabel. Ministerpräsident Cals sowie Partei- und Fraktionsvorsitzende erhielten eine Abschrift seiner Befunde, und verschiedenen Zeitungen sandte Mozer eine Kurzfassung zur Veröffentlichung. Die Reaktionen fielen unterschiedlich aus. Manche, nicht zuletzt in seiner eigenen Partei, der PvdA, kamen nicht weiter als in Mozer „den Deutschen, der einem Deutschen hilft“, zu sehen. Andere reagierten positiver. Nachdem das Parlament Ende 1965 das Zustimmungsgesetz zur Hochzeit angenommen hatte (Zweite Kammer: 132 dafür, 9 dagegen; Erste Kammer: 65 dafür, 5 dagegen), dankte Ministerpräsident Cals Mozer für den wichtigen Beitrag, den er mit seinem Material zu dem erfolgreichen Verlauf der Debatten geliefert habe.⁴⁷ Wenn Cals damit die große parlamentarische Mehrheit für das Zustimmungsgesetz meinte, dann war dies übertrieben, denn es stand bereits länger fest, daß es nur wenige Gegenstimmen geben würde. Allerdings konnte nach den Ergebnissen Mozers niemand mehr ernsthaft behaupten, daß mit

der ‚Nachkriegsvergangenheit‘ Claus von Amsbergs etwas nicht stimmte, und dies zwang zweifellos zu mehr Sachlichkeit in einem emotionalisierten Klima. Obwohl diese Emotionen allmählich abnahmen, blieben sie Teil der weiteren Vorgeschichte der Hochzeit, die am 10. März 1966 in einem unruhigen Amsterdam stattfand.

Tabelle 13: *Verlobung von Beatrix und Claus / Einstellung zum deutschen Volk (1965) in %*

	Sehr freundlich	Ziemlich freundlich	Ziemlich unfreundlich	Sehr unfreundlich
gegenüber den Deutschen	(7)	(61)	(16)	(4)
<i>Die Verlobung</i>				
Positives Urteil	94	91	74	30
Negatives Urteil	6	6	23	65
Keine Meinung	-	3	3	5

Quelle: NIPO-Bericht Nr. 1063, 22.7.1965.

Wie repräsentativ waren nun diese antideutschen Gefühle, die die Niederlande seit Mai 1965 überspült hatten? Trotz der weit verbreiteten Aufregung über die Nationalität von Amsbergs muß man einmal mehr vor Verallgemeinerungen über ‚die‘ niederländische Reaktion warnen. Meinungsumfragen, die *nach* dem positiv bewerteten Fernsehinterview durchgeführt wurden, belegen, daß nur eine Minderheit der niederländischen Bevölkerung sich gegen die beabsichtigte Heirat wandte. Anfang Juli 1965 beurteilten 81% der niederländischen Bevölkerung die Verlobung positiv und nur 11% negativ (8% hatten keine Meinung).⁴⁸ Die Gegner fanden sich vor allem unter denjenigen, die als antideutsch gelten können.

Je unfreundlicher man den Deutschen gegenüberstand, desto negativer fiel das Urteil über die Verlobung aus. Dennoch fällt auf, daß selbst unter denjenigen, die sich als ‚ziemlich unfreundlich‘

gegenüber dem deutschen Volk betrachteten, noch eine große Mehrheit von 74% die Verlobung positiv bewertete. Damit drängt sich die Schlußfolgerung auf, daß es vor allem eine kleine aktive Minderheit war, die mit Blick auf die Hochzeit von sich reden machte. Genau wie hinsichtlich des allgemeinen Deutschlandbildes war es eine kleine lautstarke kritische Minderheit, die den Ton angab und viel mehr Aufmerksamkeit auf sich zog als die positiver gestimmte Mehrheit.

Neben der Frage nach der Repräsentativität der antideutschen Emotionen um die Verlobung erhebt sich die Frage, ob diese Emotionen in dem Protest tatsächlich die zentrale Rolle spielten. Für viele Kritiker stellte die Nationalität von Amsbergs nicht mehr als ein zusätzliches Motiv für ihren Widerstand gegen die Hochzeit dar. Sie kritisierten vor allem die Art und Weise, in der das Kabinett und das Königshaus die Angelegenheit behandelten: unzureichende Informationen zu Beginn, gefolgt von der ‚Überrumpelungstaktik‘ einer schnellen Verlobungsanzeige. In dieser Kritik kam ein viel allgemeineres Unbehagen zum Ausdruck, das für die Zeit um die Mitte der sechziger Jahre so kennzeichnend war: Unwillen über selbstzufriedene Regierende, die kein Verständnis für die kulturellen und gesellschaftlichen Veränderungen und das damit einhergehende Verlangen nach demokratischer Erneuerung und Offenheit hatten. War das Verhalten der Regierung in der Verlobungs- und Hochzeitsfrage nicht ein typisches Beispiel für das ‚regentenhafte‘ Klima, das sich ändern mußte? Auch die Monarchie selbst geriet ins Schußfeld der Kritik. G.M. Nederhorst, der Fraktionsvorsitzende der PvdA in der Zweiten Kammer, zweifelte daran, ob Prinzessin Beatrix für den Thron geeignet sei.⁴⁹ Sein Parteigenosse Lammers ging noch einen Schritt weiter und meinte, daß Juliana die letzte niederländische Königin sein müsse. Republikanische Ideen fanden in der Bevölkerung sicher keinen großen Anhang – höchstens 10% –, aber auch solche Gedanken mischten sich in die Diskussion über die Hochzeit.⁵⁰ So gab es im Juli 1965 unter den Anhängern einer Republik eine Mehrheit von 54%, die negativ über die Verlobung urteilte (41% positiv).⁵¹

Für diejenigen, die 1965/66 am meisten von sich reden machten, die Provos, bot die Hochzeit zahllose Anknüpfungspunkte für ihre Aktionen gegen Obrigkeit, ‚Establishment‘ und bürgerlichen Anstand. Provo, gegründet im Mai 1965, war keine politische Protestbewegung mit einem richtigen Programm und wollte dies auch nicht sein. Die Provos hegten nicht die Illusion, daß ihre

Unzufriedenheit mit dem Wohlfahrtsstaat, dem Konformismus und den verlorenen Idealen von dem stumpfsinnigen niederländischen „Lumpenvolk abhängiger Konsumenten“ übernommen werden würde. „Wir können die Masse nicht überzeugen, wir wollen es auch kaum“, hieß es in einem ihrer zahllosen Sprüche.⁵² Ihr Ziel war es, zu provozieren, Verwirrung zu stiften und die Behörden mit anarchistischen Losungen und Plänen nervös zu machen. Nicht zuletzt ging es auch um clownesken Spaß. Für alles das war die Ankündigung der Hochzeit in ‚ihrer‘ Stadt Amsterdam ein „Gottesgeschenk“, wie Provo Duco van Weerlee es selbst 1966 nannte. Was hätte ihnen mehr Publizität einbringen können als die Drohungen, die Hochzeit mit subversiven Aktionen zu stören? Was befriedigte mehr als das Bewußtsein, daß die ‚Regenten‘ äußerst nervös wurden? Bekam man nicht ein authentisch anarchistisches Gefühl, wenn der Sicherheitsdienst sich für ihre Pläne interessierte, die Pferde des königlichen Gefolges mit LSD zu betäuben oder mit Horden weißer Mäuse verrückt zu machen?⁵³

Dankbar machten die Provos von der Nationalität von Amsbergs Gebrauch und gaben ihren Provokationen eine Widerstandssymbolik, die sich an der Besatzungszeit orientierte. „Schlagt dem Deutschen aufs Haupt!“ hatte Königin Wilhelmina während des Krieges gesagt, und genau dieses Zitat zierte die Hochzeitssondernummer der Studentenzeitung *Propria Cures*, in der die Provos viele abwechslungsreiche Aktionen gegen die Hochzeit ankündigten.⁵⁴ Auch in ihren eigenen Flugschriften, den *Provokationen*, gliederten sich die Provos in die Tradition von Widerstand, Antifaschismus und Illegalität ein. Ihr Auftritt am Tag der Hochzeit stand unter einem vergleichbaren Stern: Sie versammelten sich bei dem wichtigsten Amsterdamer Widerstandsmonument, dem ‚Dokwerker‘ (Hafenarbeiter), und zogen von dort demonstrierend durch die Stadt – übrigens in einem Zug von höchstens tausend Teilnehmern. Manche ihrer Losungen wie z.B. „Claus raus“ und „Tod dem Faschismus“ mochten einen antideutschen Unterton haben, aber von Amsberg und seine Herkunft standen im Grunde mit den Zielen der Provos in keinem Zusammenhang. Sie instrumentalisierten und radikalisierten den Widerstandsheroismus und die antideutschen Motive, die die ältere Generation seit 1945 tradiert hatte. Ihre eigenen Beweggründe hatten allerdings wenig mit tiefverwurzelten antideutschen Gefühlen zu tun. Die Nationalität von Amsbergs war nicht mehr als ein Anknüpfungspunkt für ihre Provokationen.

Das seit den frühen sechziger Jahren wiederauflebende Interesse an der Besatzungszeit, die Pflege des ‚Klein-aber-tapfer‘-Selbstbildes, Unzufriedenheit mit dem politischen System und seinen Vertretern, eine wachsende gesellschaftliche Protestbewegung, die sich die Widerstandssymbolik der Besatzungszeit aneignete – im Protest gegen die Hochzeit kamen verschiedene Entwicklungen und Motive zusammen. Als die Romanze von Prinzessin Beatrix und Claus von Amsberg bekannt wurde, mobilisierte dies sicher auf breiter Front antideutsche Gefühle und verdeutlichte, wie dicht solche Gefühle zwanzig Jahre später unter der Oberfläche ruhten. Zweifellos reagierten viele Niederländer zunächst gefühlsmäßig negativ, aber nachdem die Fakten über die Vergangenheit von Amsbergs bekannt geworden waren, blieb nur eine kleine Gruppe übrig, die sich weiterhin in erster Linie wegen seiner Nationalität gegen die Ehe wandte. Ein Teil des früheren Widerstands blieb bei seiner Ablehnung, und auch aus der jüdischen Gemeinschaft verstummte aus diesem Grund die Kritik nicht. An dem instinktiven Reflex der Anfangsphase zeigte sich, wie sehr die Besatzungszeit und der Widerstand in diesen Jahren inzwischen zu einem Eckpfeiler der niederländischen Identität geworden waren. Und zu dieser Identität paßte keine künftige Königin mit einem Mann an ihrer Seite, der zum Feind gehört hatte. Es war kennzeichnend für diesen Reflex, wie von Amsberg in der Presse und im Fernsehen in politischer-moralischer Hinsicht auf den Prüfstand gestellt wurde. Ein Teil der Kritiker entpuppte sich als wachsender und selbstzufriedener Hüter des nationalen Gedächtnisses, bei dem jeder frühere Wehrmachtssoldat ohne Ansehen der Person oder des Alters ein Feindbild wachrief. Nachdem von Amsberg unter diesem Joch der ‚kleinen, aber tapferen‘ Niederlande hindurchgegangen war und das nationale Verhör gut überstanden hatte, wuchs zwar die Bereitschaft, ihn zu akzeptieren, aber für viele war dies nicht mehr als ein mühsamer Sieg des Verstandes über das Gefühl. So lebte bei vielen Niederländern ein Unbehagen fort, ohne daß sich dies als tatsächlicher Widerstand gegen Verlobung und Hochzeit manifestierte. Während manche gerade darum kritisch waren, weil es um die zukünftige Königin und ihren Ehegatten ging, schreckten Monarchisten gerade deswegen vor öffentlicher Kritik zurück: Kritik an der Wahl der Kronprinzessin konnte als Distanz zum Königshaus, ja sogar als Ausdruck republikanischer Neigungen ausgelegt werden. Dementsprechend kann es nicht überraschen, daß die kleine Minderheit, die sich weiterhin

öffentlich gegen die Ehe wandte, vor allem in linksintellektuellen Kreisen zu finden war, wo die Loyalität zum Königshaus ohnehin weniger ausgeprägt war und manch einer republikanische Sympathien hegte.

Obwohl Kriegserinnerungen und antideutsche Gefühle nur in der Anfangsphase tatsächlich für Tumult sorgten, ging es bei diesem instinktiven Reflex um mehr als nur um ein emotionales Hochkochen. Dies zeigte sich, als im Sommer 1966 eine Debatte losbrach, die sich um das mögliche Kommen eines anderen Deutschen in die Niederlande drehte. Der Hintergrund und die Funktion dieses Deutschen unterschieden sich grundsätzlich von von Amsbergs Biographie, aber das Reaktionsmuster war in hohem Maße vergleichbar. Im Mittelpunkt dieser Affäre stand General Johann Adolf Graf von Kielmansegg, der im Juli 1966 zum Oberbefehlshaber der *Allied Forces Central Europe* (AFCENT) ernannt worden war.

Die Affäre von Kielmansegg

Den Hintergrund dieser Affäre bildete die Krise innerhalb der NATO, die Anfang 1966 durch den Rückzug Frankreichs aus der integrierten militärischen Struktur des Bündnisses entstanden war. Im niederländischen Kabinett führte dies nicht nur zu besorgten Diskussionen über die Zukunft des Bündnisses und die Stellung der Bundesrepublik darin⁵⁵, sondern es ging auch um die Lösung konkreter Probleme wie den Umzug von NATO-Dienststellen aus Frankreich, darunter des Hauptquartiers von AFCENT. Weiterhin stellte sich die Frage, welche Verpflichtungen auf die Niederlande zukommen könnten. Da mit einer eventuellen Unterbringung des Hauptquartiers in den Niederlanden hohe Kosten verbunden gewesen wären (Infrastrukturmaßnahmen, Hausbau usw.), wollte das Kabinett der NATO nur im äußersten Notfall ein solches Angebot machen. Allerdings wollte die Regierung auch nicht, daß AFCENT nach Deutschland ging, während gleichzeitig – und diese Berufung lag seit dem Frühjahr 1966 in der Luft – ein deutscher General als Nachfolger des zurückgetretenen Franzosen zum Befehlshaber ernannt wurde. Dies hätte eine unerwünschte Konzentration von NATO-Aufgaben in deutscher Hand bedeutet. Verteidigungsminister de Jong warnte sogar energisch davor und sprach von „beträchtlichen Konsequenzen“, die „auf lange Sicht

große Gefahr“ bedeuteten.⁵⁶ Die Ernennung des Deutschen von Kielmansegg zum AFCENT-Kommandanten zum 1. Juli 1966 machte die Entscheidung nicht einfacher. Zwar gelangte das Kabinett in einem langwierigen und mühsamen Prozeß der Entscheidungsfindung dazu, der Einrichtung von AFCENT in Brunssum (Limburg) zuzustimmen, aber über die Person von Kielmanseggs entbrannte eine emotionale Diskussion, die sogar in eine Regierungskrise zu münden drohte.

Einige Tage nach der Ernennung von Kielsmanseggs berichtete die linke Wochenzeitung *Vrij Nederland* auf der Titelseite, daß der General als Wehrmachtsoffizier 1941 ein Buch veröffentlicht habe („Panzer zwischen Warschau und Atlantik“), das in reinem Nazi-Jargon verfaßt und kriegsverherrlichend sei. Kritisch merkte *Vrij Nederland* an, daß weder die Niederlande noch irgendein anderes NATO-Land gegen seine Ernennung protestiert hatten.⁵⁷ Sensationell war der Bericht über das Buch des Generals übrigens nicht: Es war seit Jahren bekannt und hatte 1963 bei seiner Ernennung zum NATO-Kommandant der Landstreitkräfte in Mitteleuropa keine Rolle gespielt. Bekannt war er in der Bundesrepublik und in NATO-Kreisen eher aufgrund seiner Mitwirkung an dem mißglückten Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 und wegen seines Beitrags zum Aufbau einer modernen Bundeswehr nach dem Konzept des Staatsbürgers in Uniform.

Wie in Kapitel 3 dargelegt wurde, hatte man in der zweiten Hälfte der fünfziger Jahre von niederländischer Seite die Überprüfung der zukünftigen Bundeswehroffiziere auf eine eventuelle NS-Vergangenheit kritisiert. Die Auswahlkriterien seien zu streng, was den Aufbau der deutschen Armee erschwere und nicht im westlichen Sicherheitsinteresse liege. Nun, zehn Jahre später, hatte sich das Klima drastisch verändert. Der kurze Artikel in *Vrij Nederland* mit dem polemischen Schlußsatz „Wann machen wir Harster zum Ehrenbürger von Den Haag?“⁵⁸ hatte eine elektrisierende Wirkung auf die Medien, die öffentliche Meinung und die Politik. Beinahe einstimmig wandte die Presse sich gegen die Ernennung von von Kielmansegg und den möglichen Gang des deutschen Generals nach Brunssum. „Unserer Meinung nach“, kommentierte *Het Parool*, „darf ein Mann, der, und sei es 1941, aber doch als erwachsener Mensch (34 Jahre alt), widerwärtige Ansichten zu erkennen gegeben hat, keine Aufgabe als Oberbefehlshaber in der NATO wahrnehmen.“⁵⁹ *De Volkskrant* bezeichnete es als „ein Rätsel, warum man gerade diesen Mann auf einen so hohen verant-

wortlichen Militärposten berufen hat“. *Het Vrije Volk* sprach von dem „Drecksbuch“ von Kielmansegg und stellte sich ebenso wie *De Tijd* und das *Algemeen Handelsblad* gegen den General.⁶⁰ Die sachliche Zurückhaltung, mit der bis in die Mitte der sechziger Jahre die Bundeswehr und deutsche Militärs beurteilt worden waren, war verschwunden.⁶¹ Anstelle rationaler Bündnisüberlegungen gaben nun die Emotionen den Ton an. Nur wenige hielten an der früheren Sichtweise fest, z.B. die Tageszeitung *Trouw*: „Wenn der General vor drei Jahren Oberbefehlshaber mit Standort Frankreich werden konnte, kann er das nun auch mit dem Standort Niederlande. Dies zu akzeptieren ist eine der normalen Konsequenzen der Tatsache, daß die Bundesrepublik zur NATO gehört und man nun einmal nicht ohne deutsche Generäle auskommt, die ihr Fach unter Hitler gelernt haben.“⁶²

Angesichts der wachsenden öffentlichen Aufregung spitzte sich die Frage im August und September 1966 auch auf der politischen Ebene zu. Die Führung der PvdA sprach sich gegen von Kielmansegg aus, und das Kabinett (KVP, PvdA, ARP) widmete sich beinahe wöchentlich in dieser Phase ausführlich der Angelegenheit.⁶³ Da die Niederlande das einzige NATO-Land waren, in dem Schwierigkeiten entstanden waren und zusätzlich eine Verschlechterung der Beziehung zur Bundesrepublik drohte, wollte Ministerpräsident Cals die Angelegenheit nicht auf die Spitze treiben. Zwar müsse man die Bundesregierung darauf hinweisen, daß der neue Oberbefehlshaber für die Niederlande „schwierig“ sei, aber dabei müsse es bleiben. Gestützt durch die Minister der konfessionellen Parteien war Cals der Meinung, daß die Anwesenheit von AFCENT und von Kielmansegg in Brunssum in jedem Fall besser sei als die Stationierung von AFCENT unter dem Kommando von Kielmansegg in Deutschland. Die Minister der PvdA zielten dagegen unter dem Druck der eigenen Parteiführung auf eine kompromißlose niederländische Haltung: AFCENT dürfe nur dann in den Niederlanden eingerichtet werden, wenn von Kielmansegg als Oberbefehlshaber zurücktrete. Daß die Sozialdemokraten bereit waren, hart zu bleiben, machte Justizminister Ivo Samkalden deutlich, als er Ende August 1966 im Kabinett von „einer höchst ernsthaften Angelegenheit“ sprach, durch die „die Position des Kabinetts aufs Spiel gesetzt werden könnte“.⁶⁴ Gut eine Woche später verschärfte sein Parteigenosse Anne Vondeling (Finanzminister) die Krisendrohung mit der Bemerkung, daß „es für die PvdA außerordentlich schwer sein wird, weiterhin im Kabinett zu verbleiben, wenn von

Kielmansegg noch im Amt ist, wenn AFCENT nach Brunssum kommt“.⁶⁵ Nicht zuletzt unter diesem Druck unternahm Minister Luns bei seinem deutschen Kollegen Schröder einen Versuch, auf elegante Weise von Kielmansegg los zu kommen (z.B. durch eine verkürzte Amtszeit oder einen Amtertausch innerhalb der NATO). Für Bonn gab es aber keinerlei Grund, den General fallenzulassen.⁶⁶

Die Bundesregierung reagierte im Gegenteil mit großem Unverständnis auf die niederländische Aufregung und die Demarchen. Auch die SPD trat durch Herbert Wehner und Helmut Schmidt für von Kielmansegg ein. Die Sozialdemokraten schickten sogar – vergeblich – einen Abgesandten nach Amsterdam, um die PvdA-Führung umzustimmen.⁶⁷ Aus westdeutscher Sicht war die Angelegenheit vor allem eine Folge der inzwischen bewährten DDR-Kampagnen gegen die Bundesrepublik. „Für uns ist es unverständlich“, ließ der deutsche Botschafter Knoke im Außenministerium in Den Haag wissen, „daß die von Pankow (gemeint ist das DDR-Regime, FW) zur Entfachung von Zwietracht in der Allianz ausgestreuten Beschuldigungen gegen Graf Kielmansegg nicht nur in kommunistischen und linkssozialistisch-pazifistischen Kreisen, sondern auch in Presseorganen der Regierungsparteien in den Niederlanden ihren Niederschlag gefunden haben.“⁶⁸ Tatsächlich hatte die DDR im Fall von Kielmanseggs einen Erfolg verbuchen können. „Nazi-General Kielmansegg – NATO-General“ lautete der Titel einer von der Pazifistisch-Sozialistischen Partei (PSP) herausgegebenen Broschüre, deren Inhalt ungeprüft aus ostdeutschem Material übernommen worden war. Dabei fiel noch auf, daß der PSP offenbar bewußt war, daß Informationen aus der DDR in den Niederlanden als unglaubwürdig gelten könnten, denn in der auf Niederländisch verfaßten Broschüre fehlte jeder Hinweis auf die DDR-Herkunft.⁶⁹

Es war der Journalist Dick Verkijk, der die PvdA Anfang Oktober 1966 zu mehr Nüchternheit zwang. Anfänglich hatte Verkijk beabsichtigt, in einer Fernsehdokumentation zu bekräftigen, daß die Gegner von Kielmanseggs recht hatten. Während der Vorbereitung der Sendung war allerdings ein ganz anderes Bild des Generals entstanden, und so ging die Sendung „Der wahre von Kielmansegg“ in die entgegengesetzte Richtung. Die Informationen, die Verkijk präsentierte (Kontakte zum Widerstand und seine Beteiligung am Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944), waren zwar nicht neu, wohl aber die Entlastungszeugen, die er zugunsten des

Generals anführte. Eugen Kogon, auch in den Niederlanden durch sein Buch „Der SS-Staat“ bekannt und selbst jahrelang Gefangener in einem Konzentrationslager, sprach lobend über von Kielmansegg, mit dem er „gerne, mehr als gerne“ zusammenarbeiten wolle. Ein anderer deutscher NS-Gegner, Fabian von Schlabrendorff, der u.a. an einem fehlgeschlagenen Attentat auf Hitler im März 1943 mitgewirkt hatte, hatte während des Dritten Reichs mit dem umstrittenen General zusammengearbeitet und damals „sehr gute Erfahrungen“ mit ihm gemacht.

Während diese beiden ‚guten Deutschen‘ mit ihrer makellosen Vergangenheit einen überzeugenden Eindruck in der Dokumentation Verkijks hinterließen, galt dies nicht für den Fraktionsvorsitzenden der PvdA in der Zweiten Kammer Nederhorst und den PSP-Abgeordneten Bruggeman. Konfrontiert mit den Aussagen Kogons und von Schlabrendorffs und von Verkijk kritisch befragt, blieben sie in Verkijks Fernsehsendung bei einer halbherzigen Verteidigung ihrer ablehnenden Haltung stecken.⁷⁰ Zwar verschwand die Kritik an von Kielmansegg auch nach der Sendung nicht, aber sie mußte doch relativiert werden, und für die PvdA war es nicht mehr möglich, an ihrem alten Standpunkt festzuhalten.⁷¹ Eine Woche nach der Ausstrahlung, am 11. Oktober 1966, verkündete Nederhorst im Namen der PvdA-Fraktion im Parlament den Rückzug. Während der Haushaltsdebatte verkündete er, daß durch die Sendung Verkijks die Einwände der PvdA „deutlich vermindert“, wenn auch noch „nicht völlig“ gewichen seien.⁷² Eine mögliche Regierungskrise wegen von Kielmansegg hatte sich damit erledigt. Für das Fortbestehen der Regierung Cals war dies übrigens ohne große Bedeutung: Zwei Tage nach der Erklärung Nederhorsts stürzte sie in der ‚Nacht von Schmelzer‘ über den bereits länger schwelenden Gegensatz zwischen PvdA und KVP in der Finanz- und Wirtschaftspolitik.⁷³

So kamen AFCENT und von Kielmansegg am Ende doch beide nach Brunssum in Limburg, aber von einer Beruhigung der Gemüter konnte keine Rede sein. Nicht nur, daß die PSP und *Vrij Nederland* ihre Agitation gegen von Kielmansegg fortsetzten⁷⁴, sondern im Laufe dieses Jahres drohte wegen der Nachfolge des Oberbefehlshabers sogar eine Wiederholung der Affäre von 1966. Im Juni 1967 warnte Verteidigungsminister W. den Toom im Kabinett, daß die Ernennung des ins Auge gefaßten Nachfolgers, General A. Schnez, das Kabinett „in ernste Schwierigkeiten“ bringen könne, da dieser Deutsche eine belastete Kriegsvorgeschichte

habe.⁷⁵ Offensichtlich durch die Diskussion über von Kielmansegg klug geworden, beauftragte das Kabinett diesmal das RIOD, die Vergangenheit von Schnez zu untersuchen. Der deutsche Außenminister Willy Brandt mochte noch so sehr versichern, daß kein belastendes Material existiere und in Den Haag darauf dringen, nicht erneut gegen eine Ernennung Einwände zu erheben – dem Kabinett genügte dies nicht. Erst nach Abschluß der eigenen RIOD-Untersuchung könne man einen Beschluß fassen.⁷⁶ So gab es erneut deutsch-niederländische Irritationen, die noch dadurch verstärkt wurden, daß es zu Meinungsverschiedenheiten darüber kam, wieviel Forschungsfreiheit den zwei RIOD-Mitarbeitern bei einem Aufenthalt in Deutschland gewährt werden sollte.⁷⁷ Außerdem kam es zu Spannungen in den Niederlanden selbst, und zwar zwischen dem RIOD auf der einen und der niederländischen Botschaft in Bonn, dem Außenministerium und dem Kabinett auf der anderen Seite. Anfang Oktober 1967 reagierte Botschaftsrat Jalink in Bonn äußerst kritisch auf den inzwischen abgeschlossenen Untersuchungsbericht, der für Schnez ungünstig ausgefallen war: „Was mir bereits während der ersten Woche des Auftretens der RIOD-Forscher auffiel, hat sich bestätigt ... Sie haben von Anfang an danach gestrebt, für Schnez belastendes Material zusammenzutragen und alle Zweifelsfälle zum Nachteil von Schnez zu interpretieren.“ Seiner Meinung nach sei der Bericht wenig überzeugend, unvollständig und teilweise sogar irreführend.⁷⁸ Auch das Kabinett distanzierte sich von dem Bericht, und Ministerpräsident de Jong war der Meinung, daß er nicht genug Anlaß bot, die Ernennung Schnez' abzulehnen. Außerdem war man irritiert, daß das RIOD sich nicht auf eine Untersuchung der Fakten beschränkt, sondern selbst die *politische* Schlußfolgerung gezogen hatte, Schnez sei nicht akzeptabel.⁷⁹ Dennoch war das Kabinett im Zweifel und verschob im September und Oktober 1967 wiederholt eine Entscheidung. Am Ende blieb Den Haag eine schwierige Wahl erspart, denn Schnez verzichtete von sich aus und bat mit Blick auf die niederländische Haltung die Bundesregierung, ihren Vorschlag zurückzuziehen. Als Nachfolger von Kielmanseggs präsentierte Bonn daraufhin General Bennecke; dessen Ernennung sollte problemlos vonstatten gehen.

So unterschiedlich der Hintergrund von Kielmanseggs und Schnez' Verbindung zu den Niederlanden im Vergleich zu Claus von Amsberg auch war und so sehr sich ihre Biographien unterschieden, so sehr zeigten die Reaktionen doch ein vergleichbares

Muster. Nie zuvor hatten Kriegserinnerungen das öffentliche und politische Leben so in Aufruhr versetzt wie in den Jahren 1965–1967. Ohne im einzelnen nach dem Lebenslauf der Betroffenen zu fragen, reagierte ein gewichtiger Teil der öffentlichen Meinung instinktiv negativ: Es waren Deutsche, die – und sei es auch in ganz anderen Funktionen – zum Feind gehört hatten, und das war ausreichend, um ihre Anwesenheit in den Niederlanden abzulehnen. Hier reagierten die ‚wachsamen‘ Niederlande, die im Gegensatz zu den fünfziger Jahren ihre antideutschen Gefühle nicht länger auf der Verstandesebene rationalisierten und statt dessen ihre Identität als Widerstandsnation pflegten. Zu einem solchen Klima paßte es auch, daß entlastende und positive Fakten über die betroffenen Personen zwar eine dämpfende Wirkung hatten, aber die Aufregung nicht aufhalten konnten. Vor allem die linke Seite des politischen Spektrums reagierte bemerkenswert voreingenommen und ließ sich mehr von Gefühlen als von Fakten leiten. Damit wurde Mitte der sechziger Jahre eine Entwicklung sichtbar, die in den siebziger Jahren einen Höhepunkt erreichen sollte: Mehr als für die politische Mitte oder die Rechte waren Westdeutschland und die Westdeutschen für die Linke zum Problem geworden. Für kleine linke Gruppierungen wie die CPN und die PSP hatte dies zwar schon länger gegolten, aber hinzu kam nun ein Teil der PvdA und sensibler reagierende Medien.

Das Verhalten der PvdA in der Affäre von Kielmansegg ist kennzeichnend für diese Entwicklung. In den fünfziger Jahren hatte die Partei unter Berufung auf das niederländische Sicherheitsinteresse zu den energischsten Befürwortern der deutschen Wiederbewaffnung gehört, und noch in den frühen sechziger Jahren war sie, ähnlich argumentierend, für die Stationierung einer Ausbildungseinheit der Bundeswehr in den Niederlanden eingetreten (vgl. Kapitel 3). 1966, in einer Zeit, in der die NATO die größte Krise ihres Bestehens durchmachte, war diese rationale Leitlinie verschwunden. Zwar behaupteten die PvdA und die mit ihr sympathisierenden Medien, daß die niederländische Sicherheit gerade dann Schaden nähme, wenn von Kielmansegg komme, weil dies die Akzeptanz der NATO in den Niederlanden gefährde. Aber damit verloren sie aus den Augen, daß ihr Standpunkt die vorhandene NATO-Krise nur noch zu verschärfen drohte und die Niederlande innerhalb des Bündnisses isolierte. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten die Sozialdemokraten stets versucht, Kriegserinnerungen und antideutsche Gefühle im Zusammenhang mit der

militärischen Zusammenarbeit mit Deutschland abzuschwächen – doch in der Affäre von Kielmansegg entdeckten auch sie wieder den ehemaligen Feind. Erstmals mobilisierte die PvdA selbst anti-deutsche Gefühle, und die Partei verbiß sich sogar derart darin, daß sie eine Regierungskrise nicht ausschloß.

Die Aufregung um von Kielmansegg war ein Produkt der politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen in den sechziger Jahren. Die aufkommende Ost-West-Entspannung, die ‚Entsäulung‘ der niederländischen Politik und Gesellschaft sowie der inzwischen erreichte Wohlstand durchbrachen den disziplinierenden Charakter der Jahre des Kalten Krieges und des Wiederaufbaus. Neue politische Gruppierungen wie D66, die Neue Linke innerhalb der PvdA und die radikalen Christen, die sich in der ARP und der KVP bemerkbar machten, deuteten auf ein Verlangen nach Besinnung und einer neuen politischen Moral. Provo und die Studentenbewegung machten sich zum Sprachrohr einer kritischen Nachkriegsgeneration, für die das alte politische System und seine Vertreter keinerlei Anziehungskraft mehr besaßen. In der Außenpolitik gerieten die NATO und die Vereinigten Staaten ins Schußfeld der Kritik: Sie hielten nicht nur rechte und faschistische Diktaturen im Sattel, sondern negierten auch bewußt die friedlichen Absichten des Sozialismus und seien ungenügend zur Entspannung bereit. Durch derlei Kritik entstanden zugleich Risse in dem bis dahin vorhandenen Konsens über die NATO als Basis der niederländischen Sicherheit. Im linken politischen Spektrum trat das alte Ideal der Niederlande als ‚Gidsland‘, als internationaler Vorreiter einer moralisch legitimierten Politik, wieder in den Vordergrund: Anstatt weiter wie seit 1949 der treue Bündnispartner zu sein, mußten die Niederlande bei der Verbreitung einer politisch sauberen Moral die Führung übernehmen.⁸⁰ Die wachsende Kritik an faschistischen Diktaturen und am ‚imperialistischen‘ Westen gehörte für viele ebenso selbstverständlich zu dieser Moral wie die Sympathie für den internationalen Sozialismus. In der Haltung gegenüber Deutschland kam diese Moral in zweifacher Hinsicht zum Ausdruck, denn die bereits beschriebene Entdeckung der DDR als der ‚antifaschistische‘ und ‚bessere‘ deutsche Staat paßte hier ebenso hinein wie die zunehmende Empfindlichkeit gegenüber der Bundesrepublik. Hatte der ‚kapitalistische‘ und außerdem zunehmend selbstbewußter agierende westdeutsche Staat nicht unzureichend mit der NS-Vergangenheit abgerechnet? Bekleideten frühere Nationalsozialisten nicht noch immer hohe Ämter, und

war von Kielmansegg nicht ein typisches Beispiel dafür? War es dann nicht die Aufgabe der Niederlande, wachsam zu sein? Wachsamkeit stellte zwar kein neues Element in der niederländischen Haltung gegenüber Deutschland und den Deutschen dar, aber nie zuvor war sie so energisch und mit einem derart erhobenen Zeigefinger zum Ausdruck gebracht worden.

Wachsendes Vertrauen in die Demokratie

„Es werden viele Jahrzehnte ins Land gehen müssen, bevor die Demokratie hier wirklich Wurzeln geschlagen hat“, schrieb Botschafter van Vredenburg im September 1962 in seinem Abschiedsbericht aus Bonn.⁸¹ Ebenso wie in den fünfziger Jahren herrschte bei niederländischen Beobachtern in den frühen sechziger Jahren Skepsis über die Lebensfähigkeit der westdeutschen Demokratie vor. Der deutsche ‚Volkscharakter‘ neige noch immer latent zum Extremismus, und Wendungen wie „die demokratische Unreife des deutschen Volkes“ finden sich noch wiederholt in den diplomatischen Berichten.⁸² Diese Kontinuität eines stereotypen Bildes ‚der‘ Deutschen in ihrem Verhältnis zur Demokratie bedeutete allerdings nicht, daß man das politische System tatsächlich bedroht sah. Man machte sich mehr Sorgen über die Frage, ob die Fundamente der Bundesrepublik Erschütterungen durch politische und wirtschaftliche Krisen widerstehen könnten. Würde die Enttäuschung über die deutsche Teilung dann ein Ventil suchen und der Nationalismus erneut aufleben? Was war von der jungen Generation zu erwarten? Sie hatte keine bewußten Erinnerungen an das Dritte Reich und war in politischer Hinsicht noch ein unbeschriebenes Blatt. Würden die Jüngeren sich gegen falsche Propheten zur Wehr setzen, wenn diese sich erheben? Solche Fragen wurden in der ersten Hälfte der sechziger Jahre noch häufig gestellt und verdeutlicht, „wie zart das Pflänzchen der Demokratie“ in Deutschland aus niederländischer Perspektive noch war.⁸³

Diese Sorgen wurden genährt durch das politische Bild, das die Bundesrepublik in den frühen sechziger Jahren bot. Das Ende der Adenauer-Zeit kündigte sich an, und im Außenministerium wie auch in den niederländischen Medien erhob sich die Frage, in welcher Verfassung die Bundesrepublik aus der schleppenden Nachfolgedebatte hervorgehen werde. Dies galt nicht nur für die Außenpolitik (vgl. Kapitel 4), sondern man machte sich auch

Sorgen über die politische Kultur in der Bundesrepublik. Der Umgang Adenauers mit der Demokratie hatte schon in den fünfziger Jahren wiederholt Kritik hervorgerufen, aber um 1960 wuchs dieses Unbehagen noch an. Dabei ging es nicht nur um sein bereits erwähntes Verhalten bei der Kandidatur für das Amt des Bundespräsidenten 1959 oder um die Ausfälle gegenüber seinem potentiellen Nachfolger Ludwig Erhard in diesen Jahren.⁸⁴ Auch die Art und Weise, in der Adenauer und seine Partei im Wahlkampf 1961 gegen den SPD-Kanzlerkandidaten Willy Brandt polemisierten, wurde in den Niederlanden scharf kritisiert. Die CDU veröffentlichte eine Broschüre, in der Brandt wegen seiner Vergangenheit als Emigrant in die Nähe von Landesverrättern gerückt wurde, und auch Adenauer selbst spekulierte öffentlich in diese Richtung.⁸⁵ Diese Kampagne gegen Brandt weckte in der Bonner Botschaft und in Den Haag Zweifel an der „wahren Mentalität dieses Volkes“ und an „der politischen Moral in der Bundesrepublik 16 Jahre nach der deutschen Kapitulation“.⁸⁶ Der NRC bezeichnete das Verhalten Adenauers als „minderwertig“ und „zum Himmel schreiend“.⁸⁷ Nicht weniger negativ urteilten andere Zeitungen, die wiederholt auf diese Angelegenheit eingingen. Erschrocken berichtete der deutsche Botschafter Löns nach Bonn, daß der NRC noch nie so ablehnend über den Bundeskanzler geschrieben habe, und, daß sich das Bild der CDU in den Niederlanden dramatisch verschlechtere.⁸⁸

Es kann nicht überraschen, daß die Niederlande äußerst kritisch auf die Verleumdungskampagne gegen Brandt reagierten. Aufgrund seiner Vergangenheit war er aus niederländischer Sicht ein Repräsentant des ‚guten‘ Deutschlands, und ein Eintreten für Brandt und gegen Adenauer war in dieser Angelegenheit dann eigentlich auch selbstverständlich. Außerdem fanden die Angriffe auf Brandt in einer Zeit statt, in der die antisemitischen Vorfälle von 1959/60 noch frisch im Gedächtnis waren, Eichmann vor Gericht stand und das gewachsene Interesse an der Vergangenheit für ein sensibleres Wahrnehmungsmuster gesorgt hatte. Ausgerechnet in dieser Phase entschieden die deutschen Christdemokraten sich für eine Wahlkampfstrategie, die von einem zweifelhaften Umgang mit der Vergangenheit zeugte. Kritik am deutschen Umgang mit dem Dritten Reich war in den frühen sechziger Jahren gewiß kein neues Phänomen, aber daß Adenauer nun sogar versuchte, mit einem dubiosen Geschichtsbild, das Emigranten der dreißiger Jahre als Landesverräter abtat, auf Stimmenfang zu ge-

hen, rief schockierte Reaktionen hervor.⁸⁹ Aus niederländischem Blickwinkel konnte dies nur das vorhandene Bild bestätigen, daß demokratisches Gedankengut in der Bundesrepublik noch eine äußerst schmale Grundlage hatte.

Rund ein Jahr nach den Bundestagswahlen von 1961 bot die Spiegel-Affäre erneut Anlaß für eine Welle niederländischer Besorgnis. Im Oktober 1962 veröffentlichte *Der Spiegel* unter der Überschrift „Bedingt abwehrbereit“ einen kritischen Artikel über die unzureichende Verteidigung der Bundesrepublik im Falle eines sowjetischen Angriffs. Der Artikel paßte in eine lange Reihe harter Attacken auf Verteidigungsminister Strauß, die in dem regierungskritischen Magazin erschienen waren. Obwohl dieser neue Artikel auf Material beruhte, das jedem Bürger frei zugänglich war, sprachen Bundesregierung und Justiz von Landesverrat und der Preisgabe von Staatsgeheimnissen. Die Polizei schloß die Redaktionsbüros, führte Hausdurchsuchungen durch und verhaftete Redakteure, darunter sogar in Spanien den stellvertretenden Chefredakteur Ahlers. Eine Welle des Protests ging durch die Bundesrepublik: Versuchte hier die Bundesregierung nicht, ein kritisches Nachrichtenmagazin mundtot zu machen?⁹⁰ *Het Vrije Volk* kam zu dem Schluß, die Bundesrepublik habe noch nicht gelernt, Grundrechte zu respektieren, der *Haagse Courant* sprach von „alten Methoden“, und dem *Algemeen Handelsblad* lief es angesichts der Art und Weise, wie die CDU/CSU diesen Eingriff in die Pressefreiheit verteidigte, „kalt den Rücken herunter“.⁹¹ Die Kritik wäre zweifellos noch schärfer ausgefallen, wenn man gewußt hätte, daß Adenauer selbst eine treibende Kraft hinter dem Auftreten gegen die Hamburger Wochenzeitschrift gewesen war.⁹² Aber auch ohne dieses Wissen waren *Algemeen Dagblad*, *Het Vrije Volk* und der *Haagsche Courant* im November 1962 übereinstimmend der Meinung, daß der deutschen Demokratie mit Adenauers Rücktritt gedient wäre. Ein neuer Anfang sei nötig, schrieb auch *Het Parool*, wo man den Versuch Adenauers, die politischen Scherben zu kitten, als nutzlos ansah. Unter dem Druck der FDP, die die Regierung verlassen hatte und den Rücktritt von Verteidigungsminister Strauß forderte, war die Affäre inzwischen in eine Regierungskrise gemündet. Bei deren Lösung zog Adenauer noch einmal die politische Regie an sich. Er spielte kurze Zeit mit dem Gedanken einer Großen Koalition mit der SPD, präsentierte aber im Dezember 1962 ein erneuertes CDU/CSU-FDP-Kabinett. Es sollte sein

letztes Kabinett sein, denn gleichzeitig hatte er bekanntgegeben, im Laufe des Jahres 1963 zurückzutreten.

Auch im niederländischen Außenministerium und in der Bonner Botschaft wuchs im November 1962 die Besorgtheit. Botschafter van Ittersum überkam eine „gewisse Mutlosigkeit“ angesichts der Feststellung, daß die Bundesregierung sowohl mit den Tatsachen als auch mit demokratischen Prinzipien „leichtfertig und autoritär“ umsprang. Die Affäre habe ihm sogar verdeutlicht, „wie gründlich das verantwortungsbewußte Staatsgefühl unter dem Hitler-Regime vernichtet worden ist.“⁹³ Obwohl Außenminister Luns und die Spitzenbeamten des Ministeriums anfänglich Verständnis für die Aktion gegen den *Spiegel* zeigten⁹⁴, kritisierte man auf den unteren Ebenen scharf das „unfähige und unaufrichtige“ Verhalten der Bundesregierung, das durch die nächtlichen Hausdurchsuchungen und Verhaftungen „natürlich Erinnerungen an die Hitler-Zeit wachgerufen“ habe. Schwerwiegend sei vor allem, so die Mitteleuropa-Abteilung in einer ausführlichen Stellungnahme, daß die Bundesregierung die politische Moral in der Bundesrepublik untergraben habe, indem sie soviel Unruhe und Argwohn verbreitet habe.⁹⁵ Auch nachdem sich im Dezember 1962 der politische Pulverdampf verzogen und Adenauer seine Regierung wieder in Ordnung gebracht hatte, blieb das Unbehagen. „So trifft man am Ende dieses Jahres Deutschland in einem Schwebzustand an“, berichtete van Ittersum aus Bonn: „Eine Übergangsregierung, von der man nicht weiß, in was sie übergehen wird. Ein Land ohne klare Grenzen und ohne deutliche Zukunft, regiert von einem alten Mann, von dem man sagt, daß ihm die Zügel entgleiten, der aber nichtsdestoweniger noch stets die zentrale Figur in jeder Krise ist. Für Katerstimmung gibt es wahrlich genug Anlaß.“⁹⁶ Und gerade vor einem solchen Schwebzustand hatte man in den Niederlanden immer Angst gehabt: Politische Unsicherheit könnte vor allem in Deutschland rasch in politische Instabilität münden und die Bundesrepublik in der Innen- und Außenpolitik vom westlichen Kurs abbringen, so die vorherrschende Meinung.

Trotz dieses düsteren politischen Bildes boten die frühen sechziger Jahre auch Lichtblicke. Die oppositionelle SPD mit ihrem Kanzlerkandidaten Brandt war durch programmatische Erneuerung auf dem Weg zu einer ernsthaften Regierungsalternative, und darin sah man in Den Haag eine heilsame Entwicklung für die deutsche Demokratie.⁹⁷ Mit dem *Godesberger Programm* von 1959 und der berühmten Bundestagsrede Herbert Wehners vom Juni

1960 hatte sich die Partei mit der sozialen Marktwirtschaft und der Westintegration der Bundesrepublik ausgesöhnt. Dadurch verlor Den Haag die Angst vor einer SPD-Regierung (vgl. Kapitel 4), und die SPD konnte an Vertrauenswürdigkeit gewinnen. Dieser Prozeß wurde günstig beeinflußt durch das persönliche Ansehen Brandts, das er in den Niederlanden aufgrund seiner Vergangenheit automatisch genoß und das ihm auch später als Bundeskanzler viel Sympathie einbringen sollte.⁹⁸ So gesehen brachte das Wahljahr 1961 nicht nur die Bestätigung eines negativen Deutschlandbildes, sondern auch eine positive Perspektive. Die Reaktionen auf den Wahlausgang wiesen ebenfalls in diese Richtung. Die Verluste der CDU/CSU, die von 50,2% 1957 auf 45,3% fiel, und die Gewinne der SPD, die von 31,8% auf 36,2% stieg, interpretierte die niederländische Presse als das Ende der Ära Adenauer. *De Volkskrant* trat für eine Regierungsbeteiligung der SPD ein, und *Het Vrije Volk* prophezeite mehr Bewegung in der deutschen Politik, was „für das demokratische Bewußtsein nach so vielen Jahren des Patronats Adenauers kein überflüssiger Luxus“ sei. Ebenso wie das *Algemeen Handelsblad* reagierten diese Zeitungen dann auch enttäuscht, als mit der neuen Adenauer-Regierung vieles beim alten blieb. Dennoch war man sich bewußt, daß die deutsche Demokratie gestärkt aus den Wahlen hervorgegangen war.⁹⁹ Auch Botschafter van Vredenburg äußerte zufrieden – und offensichtlich überrascht –, der Wahlausgang habe gezeigt, daß „im deutschen Volk ... doch eine Gegenbewegung gegen die Anbetung von Macht spürbar ist“.¹⁰⁰

Die Spiegel-Affäre hatte ebenfalls einen positiven Nebeneffekt. Beinahe alle deutschen Medien stellten sich auf die Seite des *Spiegel*, Gewerkschaften und Kirchen protestierten, und viele Bürger, die sich bis dahin politisch nicht engagiert hatten, unterzeichneten Protesterkklärungen. Dies alles zeigte, daß die Ära Adenauer auch hinsichtlich des politischen Klimas zu Ende ging und daß sich im Verhältnis von Staat und Gesellschaft ein fundamentaler Wandel vollzog. „Der Staat entdeckte überrascht, daß seine Bürger mündig geworden waren“, schrieb *Die Zeit* zwanzig Jahre später in einem Rückblick.¹⁰¹ Für die Zeitgenossen symbolisierte die Spiegel-Affäre selbstverständlich noch nicht die Veränderung der politischen Kultur, von der viele Historiker später sprechen sollten¹⁰², aber auch Ende 1962 erkannte man schon, daß die Krise das demokratische Bewußtsein gestärkt hatte. Obwohl in den niederländischen Bewertungen der Affäre die negativen Aspekte dominierten, fehlte dieses positive Element nicht, und die Medien wiesen wiederholt

auf die „demokratische Wachsamkeit“ der deutschen öffentlichen Meinung hin.¹⁰³ Im Gegensatz zu vielen früheren Betrachtungen richtete sich die Kritik nun nicht gegen ‚das‘ deutsche Volk, sondern hauptsächlich gegen die CDU/CSU-Regierungselite. Dies klang auch bei Botschafter van Ittersum an, der nach dem Ende der Affäre schrieb, daß „ein zweiter Adenauer, ebenso autoritär wie der erste und ebenso erfüllt von hochmütiger Verachtung des Parlaments“, nicht mehr in das veränderte politische Klima passe.¹⁰⁴

Die SPD als politische Alternative und eine kritische öffentliche Meinung während der Spiegel-Affäre – dies waren zweifellos hoffnungsvolle Anzeichen. Das unbehagliche Gefühl, daß die Bundesrepublik sich in einem ‚Schwebezustand‘ befinde, blieb aber auch nach dem Abgang von Bundeskanzler Adenauer im Oktober 1963. Sein Nachfolger Erhard schien entsprechend der allgemeinen Erwartung „guten, aber nicht festen Willens“ zu sein, wie man Ende 1964 im Außenministerium feststellte.¹⁰⁵ Zu Beginn schätzte man zwar seinen demokratischen Regierungsstil, aber dies war ein Ausdruck von Sympathie für einen unsicher operierenden Bundeskanzler, der, wie *de Volkskrant* es formulierte, „fair bis an die Grenze der Naivität“ war.¹⁰⁶ Richtungsstreit und politische Verwirrung innerhalb der CDU/CSU, Zweifel an der Befähigung Erhards zum Kanzler und der Eindruck einer politischen Flaute trübten nicht zu Unrecht das niederländische Bild über seine Amtszeit (1963–1966).¹⁰⁷ Bezeichnenderweise erinnerte die *Trouw* im Februar 1966 daran, daß in Deutschland bereits früher „ein Experiment mit der Demokratie“ fehlgeschlagen sei und brachte damit die dauerhafte Skepsis hinsichtlich der deutschen Demokratie in jenen Jahren zum Ausdruck.¹⁰⁸ So liegt es auf der Hand, daß Erhards Scheitern bei der Lösung der konjunkturell-ökonomischen Probleme 1966 und der Sturz seines zweiten Kabinetts im Herbst dieses Jahres die niederländische Unsicherheit über die politische Stabilität der Bundesrepublik nur noch verstärkten. Auch die Bildung der Großen Koalition machte dem kein Ende. Botschafter van Ittersum bezeichnete es einerseits als einen Lichtblick, daß der Regierungswechsel nach demokratischen Spielregeln verlaufen war, hielt es aber andererseits für bedenklich, daß mit der kleinen FDP als einziger Oppositionspartei die Kontrollfunktion des Bundestags praktisch ausgeschaltet war.¹⁰⁹ Noch negativer urteilte die *Trouw*, die von einem Eingriff in die demokratischen Grundlagen sprach, was gerade „in einem labilen Staat wie der

Bundesrepublik“ gefährliche Konsequenzen haben könne.¹¹⁰ Die *Volkskrant*, der *NRC* und *Het Vrije Volk* wollten der Großen Koalition zwar sozusagen Kredit gewähren, weil sie die Wirtschaft wieder auf Touren bringen und dem „Stillstand“ in der deutschen Politik ein Ende machen könne, aber auch diese Zeitungen brachten ihre Besorgnis über die Zukunft der parlamentarischen Demokratie in der Bundesrepublik zum Ausdruck.¹¹¹

So bildete auch in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre Skepsis den Ausgangspunkt für die niederländische Einschätzung der deutschen Demokratie. Dennoch begann der Tenor sich allmählich zu verändern. Ein Memorandum für das Kabinett bezeichnete Anfang 1966 die allgemeine politische Entwicklung seit 1949 als „nicht entmutigend“. Die Bundesrepublik könne inzwischen zu den „modernen demokratischen Staaten“ gerechnet werden, und das politische System habe in der Bevölkerung breite Zustimmung gefunden. Mitläufer aus der NS-Zeit bekleideten zwar noch zahllose öffentliche Ämter und es gebe gute Gründe, noch immer an ihrer demokratischen Einstellung zu zweifeln, aber dabei gehe es um ein „Restphänomen“, das von selbst verschwinden werde. Allerdings sei es notwendig, auch weiterhin die politischen Entwicklungen in der Bundesrepublik genau zu verfolgen, denn für die „unwiderrufliche Verankerung“ der Demokratie sei „eine viel längere Zeit“ nötig als die Jahre, die seit 1949 vergangen waren.¹¹²

Nie zuvor hatte man in Den Haag mit soviel Vertrauen über die Zukunft der deutschen Demokratie geschrieben. Kennzeichnend für dieses Vertrauen war auch die Stellungnahme zum Aufstieg der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) ab Mitte der sechziger Jahre. Diese rechtsextreme Protestpartei erzielte zwischen 1966 und 1968 in beinahe allen Bundesländern Wahlerfolge mit Stimmenanteilen von 5–10%. Gewiß wurde der Erfolg der NPD sorgfältig beobachtet, aber „trotz der bösen Erinnerung“, die diese Partei wachrief, sah man in ihr weder im Außenministerium noch in der Botschaft in Bonn eine wesentliche Bedrohung der Demokratie. Der übergroßen Mehrheit in der Bundesrepublik, so der regelmäßig wiederkehrende Tenor, gehe es wirtschaftlich hervorragend, sie bleibe den demokratischen Parteien treu und habe für politische Abenteuer nichts übrig. Außerdem erkannte man zu recht, daß die NPD keine echte neue NS-Partei war und daß auch darum jeder Vergleich mit dem Aufstieg der NSDAP in den letzten Jahren der Weimarer Republik hinkte. Anstatt ‚Bonn‘ mit ‚Weimar‘ zu vergleichen, lautete die immer wieder anklingen-

de Botschaft, sei es sinnvoller, die NPD mit der Niederländischen Bauernpartei zu vergleichen und als ein Sammelbecken unzufriedener Protestwähler im deutschen Kontext anzusehen: gegen die Große Koalition, die die politischen Parteien als ‚Jacke wie Hose‘ erscheinen ließ, gegen den aufkommenden, teilweise gewalttätigen Studentenprotest und gespeist durch die soziale Unsicherheit bei Mittelständlern und Bauern.¹¹³ Trotz dieser Nuancierungen – und hier endete der Vergleich mit den Niederlanden – schloß man nicht völlig aus, daß sich die NPD zu einem Risikofaktor entwickeln könnte. Die Wachsamkeit, mit der man die Erfolge dieser Partei verfolgte, und die immer wiederholte Feststellung, daß die NPD *noch* keine akute Bedrohung darstellte, verwiesen bei allen beruhigenden Bewertungen auch auf die weiterhin vorhandenen Unsicherheiten und Zweifel.

Die Nüchternheit der diplomatischen Kreise war in den Niederlanden allerdings kein Gemeingut. „Soll sich die Geschichte wiederholen?“ fragte besorgt die *Trouw*, und nicht nur diese Zeitung zweifelte, ob die deutsche Demokratie inzwischen stark genug sei, um die Gefahr abzuwenden.¹¹⁴ „Es bleibt ein Volk von Offizieren und Soldaten“, meinte *De Groene Amsterdammer* angesichts der Erfolge der NPD bei den Landtagswahlen 1966, und solche Äußerungen bekam man in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre im linken Spektrum häufiger zu hören. Sie waren ein Teil jener Stimmung, die sich in der Affäre von Kielmansegg gezeigt hatte und die auch scharfe Kritik an der Tatsache einschloß, daß Kurt Georg Kiesinger trotz seiner früheren NSDAP-Mitgliedschaft Bundeskanzler der Großen Koalition hatte werden können. Andere Zeitungen wie z.B. der *NRC* reagierten gemäßigter und glaubten, daß die westdeutsche Demokratie inzwischen ausreichend Widerstandskräfte entwickelt hatte, um der potentiellen Gefahr von seiten der NPD begegnen zu können.¹¹⁵ Dennoch blieb auch für differenzierende Beobachter die NPD in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre eine Quelle der Sorge.

Dies hing auch mit den ambivalenten Reaktionen auf die Auserparlamentarische Opposition (APO) zusammen, die in diesen Jahren auf die Barrikaden ging. Einerseits hatte man für die Forderungen der Protestbewegung nach mehr demokratischer Offenheit und Universitätsreformen Verständnis, aber andererseits sah man in Den Haag und in der Bonner Botschaft in den gewalttätigen Auswüchsen des APO-Protestes 1967/68 eine ernste Gefahr. Nicht nur die APO-Gewalt selbst stelle die Demokratie auf eine „schwe-

re Probe“, berichtete im April 1968 der neue Botschafter J.G. de Beus, vor allem die drohende Wechselwirkung zwischen Links- und Rechtsextremismus bereite Sorgen. Die Unterschiede zwischen der Spätphase der Weimarer Republik und der Bundesrepublik in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre seien zwar zweifellos größer als die Übereinstimmungen, aber de Beus verwies doch auf „eine beunruhigende Analogie“ der zunehmenden Gewalt und des politischen Radikalismus.¹¹⁶ Er war nicht der einzige, der dies so sah, denn auch in den Medien tauchte der Geist von Weimar regelmäßig auf, wenn besorgt festgestellt wurde, daß sich APO und NPD gegenseitig verstärkten.

Nicht zuletzt vor diesem Hintergrund sah man in den Niederlanden den Bundestagswahlen von 1969 mit großer Spannung entgegen. „Schafft die NPD es nicht, folgt ein Seufzer der Erleichterung, schafft sie es, dann tritt das nazistische Gespenst in den Vordergrund und damit die Schlußfolgerung, daß Linksextremismus Rechtsextremismus hervorruft“, hatte das *Algemeen Handelsblad* in einem für die Spannung charakteristischen Vorbericht geschrieben.¹¹⁷ Nach den Wahlen konnte man erleichtert aufatmen. Nicht nur war die NPD unter der 5%-Hürde geblieben (4,3%), sondern die parteipolitische Konstellation insgesamt zeigte ein ausgeglichenes parlamentarisches Gefüge. Durch die Gewinne der SPD (42,7% gegenüber 39,3% 1965) und leichte Verluste der CDU/CSU (46,1% statt 47,6%) waren nun zwei beinahe gleich starke demokratische Blöcke vorhanden, die sowohl die Regierung als auch die Opposition bilden konnten. Staatssekretär de Koster (VVD) vom Außenministerium nannte das Wahlergebnis im Kabinett einen Beweis für „eine lebendige Demokratie“ in der Bundesrepublik.¹¹⁸ Vergleichbare Wendungen zierten auch andere Kommentare. Botschafter de Beus rühmte „die gesunde Lebenskraft“ der deutschen Demokratie und sprach von einem deutlichen Beweis dafür, daß diese viel stärker verwurzelt sei als viele bis vor kurzem annehmen wollten.¹¹⁹ Auch in den Medien wurde das Ergebnis bejubelt, weil es demonstrierte, daß die demokratische Idee in Deutschland „wirklich stärker“ geworden war.¹²⁰

Faßt man die niederländischen Reaktionen auf den Wahlausgang zusammen, kann kein Zweifel daran bestehen, daß im Herbst 1969 erstmals in der Geschichte der Bundesrepublik insgesamt positiv über die deutsche Demokratie geschrieben wurde. Bis zur Mitte der sechziger Jahre hatte noch ein Vokabular dominiert, das sie als ‚zartes Pflänzchen‘ beschrieb. In derselben Zeit hatte man

außerdem noch häufig von einem deutschen Volkscharakter gesprochen, der sich für ein demokratisches System nicht eigne und zum Extremismus neige. In der zweiten Hälfte der sechziger Jahre war dieses Bild teilweise gekippt. Obwohl beim Antritt der Großen Koalition 1966 noch ein deutlich skeptischer Grundton vorherrschte, zeigte das Wahrnehmungsmuster seitdem mehr Variationen. Damit folgte die Perzeption zweifellos in erster Linie der tatsächlichen politisch-kulturellen Entwicklung, die die Bundesrepublik in den sechziger Jahren durchmachte. Seit der Spiegel-Affäre *hatte* das demokratische Bewußtsein an Kraft gewonnen, und in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre *kam* die westdeutsche Demokratie in Bewegung. Insofern kann die skizzierte Entwicklung der niederländischen Perzeption auch nicht überraschen. Es ist aber bemerkenswert, daß die Bereitschaft zu mehr Differenzierung gerade in einer Phase wuchs, in der die Bestätigung vorhandener Klischees über ‚die‘ deutsche Neigung zum Extremismus so einfach gewesen wäre. Gewiß wurde der Aufstieg der NPD von manchen so interpretiert, und vor allem linke Beobachter sahen ihr undifferenziertes Bild einer von altem und neuem Nazismus infizierten Bundesrepublik in diesen Jahren bestätigt. Aber im Außenministerium, in der Botschaft in Bonn und in Tageszeitungen wie *de Volkskrant*, *Het Vrije Volk* und vor allem im *NRC* wandte man sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre gerade gegen solche Vereinfachungen. Dies schloß Besorgnis im Vorfeld der Wahlen von 1969 nicht aus, aber die alte Neigung, als gefährlich eingeschätzte Tendenzen überzubewerten, hatte sich unverkennbar verringert. Damit hatte für einen großen Teil der niederländischen Beobachter das Deutschlandbild an Präzision und Nüchternheit gewonnen.

Nach den Bundestagswahlen von 1969 beherrschten erstmals seit 1949 nicht Wachsamkeit, Skepsis oder Ambivalenz die niederländische Wahrnehmung, sondern das Bewußtsein, daß die Bundesrepublik dabei war, eine ‚normale‘ Demokratie zu werden. Dieses Vertrauen gründete sich nicht nur auf den Wahlausgang, sondern auch auf die Person des neuen Bundeskanzlers. „Wir wollen mehr Demokratie wagen“, verkündete Willy Brandt im Herbst 1969 in seiner ersten Regierungserklärung. Mit der Bildung der SPD/FDP-Regierung begann nicht nur für die Bundesrepublik eine neue Ära. Auch für das niederländische Bild von der deutschen Demokratie stellt 1969 eine Zäsur dar, und Willy Brandt sollte dies in den kommenden Jahren verkörpern. So wie der neue

Bundeskanzler in der Bundesrepublik selbst eine Brücke zwischen vielen kritischen Westdeutschen und ihrem Staat schlug, so erleichterte er es den Niederländern, sich weiter von den alten Klischees zu lösen.

Schlußfolgerung

Die politisch-psychologische Beziehung zu Deutschland in den fünfziger Jahren wurde im vorhergehenden Kapitel als instinktiv distanziert charakterisiert. Ebenso selbstverständlich wie man auf der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Ebene eine Annäherung suchte, hatte die Mehrheit in politisch-psychologischer Hinsicht Deutschland den Rücken zugekehrt. In der Gesellschaft hatte das Bedürfnis vorgeherrscht, die Besatzungszeit hinter sich zu lassen und nach vorne zu schauen. Die politisch-psychologische Beziehung war angespannt gewesen, aber kollektive antideutsche Gefühle waren selten zum Ausdruck gekommen und man hatte die Bundesrepublik als einen notwendigen Partner akzeptiert. In den sechziger Jahren änderte sich dies. Um 1960 verschlechterte sich die Stimmung gegenüber der Bundesrepublik, und 1965/66 entluden sich Kriegererinnerungen und antideutsche Emotionen in der Aufregung über die Hochzeit von Beatrix und Claus und über die Versetzung General von Kielmanseggs in die Niederlande. Die Wiederentdeckung des früheren Feindes und heftige Reaktionen auf Personen und Ereignisse, die sich mit der NS-Vergangenheit in Zusammenhang bringen ließen: Das ist die eine Seite der politisch-psychologischen Beziehung in den sechziger Jahren. Demgegenüber steht eine fortschreitende Normalisierung, eine inzwischen große Bevölkerungsmehrheit, die den Deutschen freundlich gesinnt war, und die allmählich zunehmende Bereitschaft zu einer differenzierten Bildformung, die den tatsächlichen Entwicklungen in der Bundesrepublik gerecht wurde. Fügt man beide Tendenzen zusammen, dann entsteht ein ambivalentes Bild der politisch-psychologischen Beziehung von einerseits heftigen Emotionen und andererseits wachsender Nüchternheit. Beide Tendenzen lassen sich nicht völlig trennen. So schloß die instinktive Ablehnung der Hochzeit von Prinzessin Beatrix mit einem Deutschen oder der Protest gegen von Kielmansegg nicht unbedingt aus, daß man gleichzeitig ein Auge für die positiven Entwicklungen z.B. der Demokratie in der Bundesrepublik hatte.

Die politisch-psychologische Beziehung zwischen Deutschland und den Niederlanden in den sechziger Jahren kann dennoch im allgemeinen als mühsam charakterisiert werden. Auf die Distanz der fünfziger Jahre folgte eine Phase, die im Zeichen wiederauflebender Kriegserinnerungen und eines steigenden Interesses an der Auseinandersetzung mit NS-Verbrechen stand. So gesehen war es auch nicht verwunderlich, daß verdrängte Gefühle wieder hochkamen und die Heftigkeit der antideutschen Empfindungen manchmal den Eindruck eines emotionalen Überholmanövers machte. Dabei stellte das gewachsene Interesse für die Besatzungszeit nur einen Teil einer viel umfassenderen Entwicklung dar, die sich in den sechziger Jahren vollzog. Die ‚Entsäulung‘ und das Verlangen nach politischer Erneuerung gingen Hand in Hand mit der Suche nach neuen politisch-moralischen Maßstäben, wobei die Besatzungszeit mit ihrem scheinbar eindeutigen Gegensatz zwischen ‚Gut‘ und ‚Böse‘ Orientierung bot. Mit wachsender Rigorosität entlehnte man der Zeit zwischen 1940 und 1945 die Eckpunkte für moralische Sauberkeit, die nahtlos an das Selbstbild des ‚Kleinaber-tapfer‘ anschlossen, das die Fernsehserie ‚De Bezetting‘ noch einmal gefestigt hatte. Dabei boten gerade deutsche ‚Eindringlinge‘ wie von Amsberg und von Kielmansegg die Möglichkeit, dieses Verlangen nach politischer Sauberkeit zum Ausdruck zu bringen. So unterschiedlich ihre Biographien und ihre Positionen in den Niederlanden auch waren, so konnte man doch in beiden den Feind von früher entdecken. Selbstverständlich berührte von Amsberg eine empfindlichere Saite als von Kielmansegg, weil das Symbol der Nation – das Königshaus – durch den Feind von gestern ‚befleckt‘ zu werden drohte. Kennzeichnend für diese Empfindlichkeit war die Art und Weise, in der die niederländischen Medien von Amsberg über seine Einstellung zum Dritten Reich befragten. Dabei ging es nicht nur um seine eigene Rolle in jenen Jahren, sondern auch um die Frage, ob er aus niederländischer Sicht fähig und bereit war, sich die Lebenswelt der ‚guten‘ Niederlande anzueignen. Bejahte man dies – und nachdem von Amsberg unter dem Joch des niederländischen Kreuzverhörs hindurchgegangen war, neigten viele dazu –, dann konnte sein deutscher Hintergrund allmählich verblassen, und dann war Akzeptanz möglich. Charakteristisch in diesem Zusammenhang war auch die Diskussion im Kabinett über die Änderung seines ersten Vornamens von Claus in George. Daß George ebensowenig ein niederländischer Name war, spielte keine Rolle; worauf es ankam, war wohl eher,

daß von Amsberg offensichtlich akzeptabler wurde, je mehr er ‚entdeutscht‘ wurde.

Die Aufregung über von Amsberg erinnert an eine Gemeinschaft, die ihre nationale ‚Reinheit‘ durch einen feindlichen Eindringling bedroht sieht. Obwohl es nur in der ersten Phase zu großer Unruhe kam, bestand danach noch weiterhin bei vielen ein instinktives Unbehagen. In der Affäre von Kielmansegg lagen die Dinge teilweise anders: Einerseits spielte der instinktive Widerstand gegen einen Feind von außen eine geringere Rolle, weil der General die niederländische Identität weniger berührte, andererseits konnte man seine Ablehnung hier freier äußern, weil das Tabu der Kritik am Königshaus hier keine Rolle spielte. Außerdem hatte man gegen von Kielmansegg schwarz auf weiß etwas in der Hand, nämlich sein Buch, während gegen den Lebenslauf von Amsbergs nichts einzuwenden war. Auch die Konsequenzen des Widerstands waren in beiden Fällen unterschiedlich: Die Affäre von Kielmansegg hätte die Beziehung zur Bundesrepublik weiter belasten und zu einer Regierungskrise führen können, aber sie betraf nicht Fragen von Verfassungsrang wie im Fall der Hochzeit. Trotz dieser Unterschiede war das niederländische Reaktionsmuster vergleichbar. In beiden Fällen ging es um ‚eindringende‘ Deutsche, die die niederländische ‚Reinheit‘ auf die Probe stellten: Bei von Amsberg ging es in erster Linie um die ‚reine‘ nationale Identität, bei von Kielmansegg vor allem um die ‚reine‘ politische Moral. In beiden Fällen konnte man sich als ‚guter‘ Niederländer erweisen, indem man sich ihrem Kommen widersetzte. Den ‚guten‘ Niederländer in Abgrenzung zu Deutschen zu definieren war seit der Besatzungszeit sicher keine neue Erscheinung und spielt bis heute eine Rolle, aber selten wurde dies so deutlich sichtbar wie 1965/66.

Trotz der verschlechterten Stimmung gegenüber der Bundesrepublik um 1960 und der großen Aufregung 1965/66 ist der Begriff ‚antideutsch‘ erneut zu ungenau für eine Charakterisierung der politisch-psychologischen Beziehung in den sechziger Jahren. Dafür kann man vier Argumente anführen. Erstens zeigen die Meinungsumfragen zum niederländischen Deutschlandbild aus der ersten Hälfte der sechziger Jahre, daß nur eine Minderheit der niederländischen Bevölkerung sich selbst als unfreundlich gegenüber Deutschen betrachtete. Zwar betraf dies eine umfangreiche Minderheit von 20–30%, und es handelte sich dabei vor allem um die meinungsbildende Elite. Im Vergleich zu den fünfziger Jahren

war der Anteil ‚Deutschfreundlicher‘ aber deutlich gestiegen (1965: knapp 70%). Zweitens muß man feststellen, daß seit Mitte der sechziger Jahre Westdeutschland und die Westdeutschen vor allem für die Linke zu einem Problem geworden waren. Mehr als für die politische Mitte oder die Rechte fungierte für die linken Erneuerungsbewegungen die Grenze zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik als eine Trennlinie zwischen ‚Gut‘ und ‚Böse‘. Die Neue Linke, radikale Christen, Provos, die Studentenbewegung – so unterschiedlich diese Gruppen auch waren, sie zeigten alle eine große Sensibilität gegenüber Westdeutschland oder instrumentalisierten antideutsche Gefühle. Vor allem sie waren es auch, die sich auf der Suche nach neuen politischen Werten am Widerstand der Besatzungsjahre orientierten und im Antifaschismus einen selbstverständlichen Leitfaden fanden. Daß dieser Antifaschismus nur noch wenig mit seinem ursprünglichen Inhalt zu tun hatte und mehr zu einem Zauberwort für die ‚richtige‘ politische Moral wurde, spielt hier keine große Rolle. Es geht darum, daß diese ‚antifaschistische‘ Wachsamkeit mit dazu führte, daß die Bundesrepublik mit ihrer ‚unvollendeten‘ Vergangenheit einen prominenten Platz auf der Anklagebank erhielt. Gleichzeitig stieg bei der Linken der Stern der DDR, die im Unterschied zur Bundesrepublik konsequent mit dem Faschismus abgerechnet habe. Erleichtert wurde diese Kritik an der Bundesrepublik, weil mit dem Abebben des Kalten Krieges auch die Neigung abnahm, antideutsche Gefühle verstandesmäßig zu verdrängen. Statt dessen hoffte man auf der linken Seite auf internationale Entspannung und kritisierte die Bundesrepublik nun gerade dafür, daß sie die Annäherung zwischen Ost und West bremste.

Drittens ist das Etikett ‚antideutsch‘ zu ungenau, weil im Laufe der sechziger Jahre positiver und differenzierter über die deutsche Demokratie berichtet wurde. Herrschten anfangs noch düstere Betrachtungen über ‚den‘ deutschen Volkscharakter und über die Gefahren des ‚Schwebezustands‘ der Bundesrepublik vor, bekam man in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre sowohl in der diplomatischen Berichterstattung als auch in den Medien einen Blick für die fortschreitende Verankerung der westdeutschen Demokratie. Das bedeutete nicht, daß die Skepsis verschwand – manche sahen im Aufstieg der NPD auch die alten Gespenster der NS-Zeit zurückkehren –, aber die Bildformung wurde differenzierter und verlor den permanent mißtrauischen Unterton der Zeit davor. Im Anschluß daran muß man viertens darauf hinweisen, daß sich die

politisch-psychologische Beziehung Ende 1969 in hohem Maße von derjenigen am Beginn des Jahrzehnts unterschied. In der ersten Hälfte der sechziger Jahre hatte noch die niederländische Kritik an dem als zu gering empfundenen deutschen Schuldbewußtsein die bilaterale Beziehung überschattet. Auch hatte Ungewißheit über den zukünftigen innen- und außenpolitischen Kurs der Bundesrepublik geherrscht, und die deutsche Frage war noch eine Quelle der Sorge gewesen. Zehn Jahre später hatte die Bundesrepublik Konturen angenommen, die es vielen Niederländern erleichterten, ‚Frieden‘ mit Deutschland zu schließen: Bundespräsident Heinemann hatte bei seinem Staatsbesuch genau die schuldbewußte Haltung eingenommen und die moralischen Gesten gemacht, auf die man in den Niederlanden so lange gewartet hatte (vgl. Kapitel 7). Willy Brandt, ebenso wie Heinemann ein Vertreter des ‚anderen‘ Deutschlands, war Bundeskanzler geworden. Er versprach ‚mehr Demokratie‘, strebte nach einer Versöhnung mit Osteuropa, durchbrach Tabus in der deutschen Frage und stand zugleich mit beiden Beinen fest auf dem Boden des westlichen Bündnisses. Westdeutschland begann so auszusehen, wie sehr viele in den Niederlanden es gerne sahen. Während einer Reihe von Jahren sollte die politisch-psychologische Beziehung ein ruhiges Bild abgeben. Verschwunden war die niederländische Sensibilität allerdings nicht, wie sich in den siebziger Jahren zeigen sollte.

Politisch-psychologische ‚Normalität‘ seit 1969?

Meinungsumfragen über Deutschland und die Deutschen

Im vorherigen Kapitel wurde deutlich, daß 1969 eine neue Phase in den politisch-psychologischen Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik begann. Die Ergebnisse der Meinungsumfragen bestätigen dies. In diesem Kapitel wird sich zeigen, daß sich das Vertrauen in Deutschland und die Deutschen ab den siebziger Jahren auf einem relativ hohen Niveau befand und daß auch die niederländische ‚Freundlichkeit‘ gegenüber den Deutschen hohe Werte erreichte. Diese positive Entwicklung bedeutete aber nicht, daß es keine Spannungen oder ambivalenten Gefühlsäußerungen mehr gab. Vor allem auf der linken Seite blieb man der Bundesrepublik gegenüber sensibel, und Mitte der siebziger Jahre führten die sogenannten ‚Berufsverbote‘ und die Maßnahmen gegen die Terroristen der ‚Rote Armee Fraktion‘ (RAF) zu großer Aufregung. Die psychologische Beziehung der achtziger Jahre war dagegen ziemlich problemlos, und auch auf die deutsche Einheit von 1989/90 reagierten die Niederlande – wie bereits beschrieben – durchweg nüchtern und differenziert. Allerdings wirbelte 1993 die Veröffentlichung der sogenannten ‚Clingendael-Untersuchung‘, die antideutsche Gefühle unter niederländischen Jugendlichen aufzeigte, viel Staub auf.¹ Von einer normalen Beziehung schien man kaum sprechen zu können, und in der anschließenden Debatte herrschte der Tenor eines problematischen deutsch-niederländischen Verhältnisses vor. Dies sahen auch in Deutschland viele so. Deutsche Zeitungen schrieben sprichwörtlich vom „holländischen Niveau“, wenn in anderen Ländern extrem negative Gefühle gegenüber Deutschland beobachtet wurden.² Dieses Kapitel wird dagegen zu einem anderen Ergebnis führen. Überblickt man die Entwicklung der niederländischen Deutschlandbilder seit den frühen siebziger Jahren, dann war dieses ‚holländische Niveau‘ keineswegs so besorgniserregend, wie viele behaupteten.³

Einen ersten Eindruck von der politisch-psychologischen Beziehung seit 1969 bieten die Antworten auf die ‚Freundlichkeitsfrage‘, die das NIPO 1971, 1986 und 1993 erneut in eine Umfrage aufnahm.

Tabelle 14: Niederländische Einstellung zu Deutschen, Engländern, Amerikanern und Franzosen (1971, 1986, 1993) in %

	Deutsche			Engländer			Amerikaner			Franzosen		
	'71	'86	'93	'71	'86	'93	'71	'86	'93	'71	'86	'93
sehr freundlich	12	14	14	19	23	23	17	15	18	19	18	17
freundlich	74	68	49	70	67	52	66	67	49	66	62	49
ziemlich unfreundlich	9	11	23	6	3	8	10	9	9	8	7	16
sehr unfreundlich	3	3	6	1	1	1	2	2	2	1	2	3
keine Meinung	2	4	8	4	6	16	5	7	22	6	11	15

Quellen: NIPO-Bericht Nr. 1407, 26.2.1971, NIPO, 1986 (Woche 25) und 1993 (Woche 17).

Betrachtet man zunächst die Ergebnisse von 1971, dann fällt auf, daß mehr Niederländer über Engländer, Amerikaner und Franzosen ‚sehr freundlich‘ dachten als über Deutsche. Dieser Unterschied fällt aber weg, wenn man die ‚sehr freundlichen‘ und die ‚ziemlich freundlichen‘ Anteile zusammenzählt. Dann haben 86% eine freundliche Einstellung zu den Deutschen (zu den Engländern 89%, Amerikanern 83% und Franzosen 85%). Die Ergebnisse von 1971 deuten außerdem auf eine erhebliche Zunahme der ‚Freundlichkeit‘ gegenüber Deutschen seit 1965 hin (18% höher, Rückgang der ‚Unfreundlichen‘ von 20 auf 12% und derjenigen ohne Meinung von 12 auf 2%; vgl. Tabelle 12). Trotz kleiner Abweichungen – die Engländer schnitten am besten ab – muß die Schlußfolgerung lauten, daß man für das Jahr 1971 nicht von einer grundlegend unterschiedlichen Beurteilung der vier genannten Völker sprechen kann.

1986 war die ‚Freundlichkeit‘ gegenüber Deutschen im Vergleich zu 1971 leicht zurückgegangen (82%), aber erneut lag der Wert der Deutschen gleichauf mit dem der Amerikaner (82%) und der Franzosen (80%). Die Engländer konnten dagegen ihren Vorsprung noch etwas vergrößern (90%). 1993 galt für alle vier Völker, daß ihnen weniger freundlich begegnet wurde als 1986, aber diese Entwicklung traf die Deutschen stärker als andere. Die Gesamtzahl der ‚Freundlichen‘ sank bei ihnen auf 63% (für die Engländer, Amerikaner und Franzosen betrug die Werte 75%, 67% und 66%). Besonders auffällig war die Verdoppelung der Anzahl ‚Unfreundlicher‘ gegenüber Deutschen auf 29%, die damit bedeutend schlechter abschnitten als die Franzosen (19%), die Amerikaner (11%) und die Engländer (9%). Auf die Hintergründe des Ergebnisses von 1993 wird am Schluß dieses Kapitels näher eingegangen. Hier muß der Hinweis genügen, daß nur in diesem Jahr eine deutlich negativere Einstellung gegenüber Deutschen zu beobachten war.

Tabelle 15: Niederländische Einstellung zu Deutschen, Engländern, Amerikanern und Franzosen nach Lebensalter (1971) in %

	<i>Deutsche</i>	<i>Engländer</i>	<i>Amerikaner</i>	<i>Franzosen</i>
<i>18-24 Jahre</i>				
freundlich	96	92	82	88
unfreundlich	2	5	16	8
<i>25-44 Jahre</i>				
freundlich	90	91	85	87
unfreundlich	9	6	11	8
<i>45-64 Jahre</i>				
freundlich	83	87	81	84
unfreundlich	15	9	12	9
<i>65 Jahre und älter</i>				
freundlich	75	82	83	79
unfreundlich	21	11	11	11

Quelle: NIPO-Bericht Nr. 1407, 26.2.1971.

1971 unterschied man bei der ‚Freundlichkeitsfrage‘ auch nach dem Alter der Befragten. Dabei fiel auf, daß die Befragten weniger freundlich über die Deutschen dachten, je älter sie waren. Tabelle 15 (S. 375) belegt, daß man 1971 für die Befragten unter 45 Jahren von einer unproblematischen Haltung gegenüber den Deutschen sprechen kann. Jugendliche zwischen 18 und 24 Jahren standen ihnen sogar positiver als anderen Völkern gegenüber. Für die 25-44jährigen galt, daß ihre Einstellung zu Deutschen sich kaum von der zu Engländern, Amerikanern und Franzosen unterschied. Bei den Befragten, die älter als 45 Jahre waren, zeigen sich dagegen Unterschiede: Die Anzahl der ‚Freundlichen‘ nahm stärker ab, und vor allem bei denjenigen über 65 war eine relativ große Minderheit den Deutschen unfreundlich gesinnt. Unübersehbar spielte dabei eine Rolle, daß diese Befragten mehr eigene Erinnerungen an die Besatzungszeit hatten.

Seit 1970 wird in der Europäischen Gemeinschaft bzw. Union untersucht, inwiefern die verschiedenen Völker einander vertrauen. In Tabelle 16 (S. 377) geht es um den Grad des Vertrauens der Niederländer zu den Völkern anderer Mitgliedsstaaten der EG/EU zwischen 1970 und 1993.

Die Ergebnisse belegen in erster Linie, daß die Niederländer beinahe stets das größte Vertrauen zu sich selbst hatten, was übrigens bei anderen befragten Völkern nicht anders war. Weiterhin zeigt sich, daß vor allem die Völker der kleinen nordwesteuropäischen Staaten das Vertrauen der Niederländer genossen. Auch dies schließt an das allgemeine europäische Bild an.⁴ Was die Deutschen betrifft: Ihr Platz auf der niederländischen ‚Vertrauensliste‘ blieb ziemlich konstant. Läßt man das Vertrauen der Niederländer zu sich selbst aus der Betrachtung heraus, dann standen die Deutschen beinahe immer auf dem fünften Platz, und auch dieses Ergebnis entspricht dem europäischen Mittelwert. Weiterhin fällt auf, daß der allmähliche Zuwachs an Vertrauen zu den Deutschen in den allgemeinen Trend eines zunehmenden Vertrauens in die meisten europäischen Völker paßt. Allerdings wuchs das Vertrauen zu den anderen Völkern oft schneller. Bemerkenswert ist der große ‚Vertrauensverlust‘ von 1992. Zu seiner Relativierung sei aber darauf hingewiesen, daß es zu einer solchen Verschlechterung des Deutschlandbildes auch in anderen Ländern kam und daß 1992 auch das niederländische Vertrauen zu einer Reihe anderer Völker plötzlich sank. Außerdem kam es 1993 zu einer leichten Erholung. Insgesamt verweisen diese Ergebnisse keineswegs auf ein problema-

Tabelle 16: Vertrauen der Niederländer zu europäischen Völkern (1970–1993)

	1970	1976	1980	1986	1990	1992	1993
Vertrauen zu:							
1) Niederländern	-	2,17	2,23	2,08	2,47	2,45	2,36
2) Luxemburgern	-	2,12	2,26	2,27	2,39	2,13	2,37
3) Belgiern	-	2,00	2,20	2,18	2,36	1,97	2,30
4) Dänen	-	2,16	2,29	2,28	2,35	2,17	2,30
5) Briten	2,04	1,81	2,01	2,02	2,07	2,08	1,99
6) Deutschen	1,62	1,78	1,82	1,86	1,95	1,81	1,86
7) Iren	-	1,32	1,77	1,84	1,93	2,07	1,81
8) Franzosen	1,53	1,64	1,68	1,79	1,96	1,96	1,85
9) Spaniern	-	-	1,34	1,57	1,69	2,02	1,69
10) Griechen	-	-	1,52	1,75	1,62	1,55	1,57
11) Portugiesen	-	-	1,43	1,76	1,76	1,80	1,77
12) Italienern	1,22	1,16	1,19	1,44	1,69	1,75	1,41

0 = überhaupt kein Vertrauen; 1 = kein großes Vertrauen; 2 = ziemlich viel Vertrauen; 3 = viel Vertrauen (bei einem Wert über 1,5 überwiegt Vertrauen).

Quelle: Eurobarometer,
zit. nach: Hofrichter, *Mutual Trust*, Appendix, S. 8.

tisches politisch-psychologisches Verhältnis zu Deutschland seit 1970.

Vergleicht man das Vertrauen der Niederländer zu Deutschen mit dem einer Reihe anderer europäischer Völker, dann kann man sogar von einem relativ großen niederländischen Vertrauen sprechen. So ist aus Tabelle 17 (S. 378) abzulesen, daß der Wert für das Vertrauen der Niederländer zu Deutschen stets weit über dem Durchschnitt der gesamten EG/EU-Bevölkerung lag. Außer 1976 und 1992 gehörten die Niederlande sogar jedes Jahr zu den ‚Top 3‘ der Länder mit dem meisten Vertrauen zu Deutschen (1976 4. Platz, 1992 5. Platz). Auch fällt auf, daß der Vertrauensrückgang zwischen 1990 und 1993 vor allem in Irland, Großbritannien und

einigen südeuropäischen Staaten dramatisch war, während sich das niederländische Vertrauen trotz eines Rückgangs 1992 auf einem relativ hohen Niveau hielt.

Tabelle 17: Vertrauen der Bevölkerung der EG/EU-Mitgliedsländer zu Deutschen (1970-1993)

	1970	1976	1980	1986	1990	1992	1993
Dänen	-	2,10	2,17	2,15	2,15	2,05	2,09
Niederländer	1,62	1,78	1,82	1,86	1,95	1,81	1,86
Belgier	1,47	1,73	1,72	1,81	2,03	1,90	1,89
Luxemburger	-	1,82	1,76	1,70	1,77	2,03	1,70
Franzosen	1,44	1,66	1,69	1,83	1,86	1,95	1,80
Iren	-	1,98	1,87	1,68	1,91	1,55	1,58
Spanier	-	-	-	1,77	1,50	1,71	1,71
Briten	-	1,73	1,78	1,79	1,81	1,65	1,43
Italiener	1,26	1,59	1,78	1,55	1,75	1,62	1,65
Portugiesen	-	-	-	1,65	1,86	1,55	1,56
Griechen	-	-	1,32	1,55	1,82	1,59	1,13
EG-Durchschnitt	1,39	1,68	1,74	1,74	1,79	1,71	1,65

0 = überhaupt kein Vertrauen; 1 = kein großes Vertrauen; 2 = ziemlich viel Vertrauen; 3 = viel Vertrauen (bei einem Wert über 1,5 überwiegt Vertrauen).

Quelle: Hofrichter, *Mutual Trust*, Appendix, S.8.

Auch die Ergebnisse anderer Meinungsumfragen seit den siebziger Jahren verweisen auf ein relativ unproblematisches politisch-psychologisches Verhältnis. 1983 konnten Befragte auf einer Liste von Ländern ankreuzen, welche sie bewunderten und welche Gefühle der Ablehnung hervorriefen. Die Ergebnisse sind in Tabelle 18 zusammengestellt. Hervorzuheben ist nicht nur, daß auf der ‚Bewunderungsranliste‘ die drei neutralen Staaten (Schweiz, Schweden, Österreich) oben an stehen, sondern auch, daß Deutschland das ‚Mittelfeld‘ anführt.

Tabelle 18: Ausmaß der Bewunderung bzw. Ablehnung eines Landes durch Niederländer (1983) in %

	Bewunderung	Ablehnung
Schweiz	35	1
Schweden	28	1
Österreich	28	1
Bundesrepublik Deutschland	23	4
Belgien	21	1
Frankreich	21	2
Dänemark	21	-
USA	19	15
England	18	4
Spanien	11	6
Italien	10	9

Quelle: Vaneker/Everts, *Politiek*, S. 158.

In demselben Jahr hieß es in einer Umfrage: „Welchem dieser Länder stehen Sie im allgemeinen positiv gegenüber?“ Hier erzielte Deutschland zwar kein sehr hohes Ergebnis, aber die Unterschiede zu anderen Ländern aus dem ‚Mittelfeld‘ waren äußerst gering.

Tabelle 19: Positive Einstellung zu verschiedenen Ländern (1983) in %

Belgien	51	England	43
Schweden	48	Dänemark	42
Schweiz	46	Frankreich	41
Amerika	45	West-Deutschland	40
Österreich	43	Italien	23

Quelle: Vaneker/Everts, *Politiek*, S. 165.

Die Antworten auf die Frage, ob man sich selbst als pro- oder antideutsch, -amerikanisch, -französisch oder -britisch betrachtete, fielen 1983 folgendermaßen aus:

Tabelle 20: Einstellung gegenüber anderen Völkern – pro und anti (1983) in %

	Deutsche	Amerikaner	Franzosen	Briten
pro-	23	28	25,3	37
anti-	10	10	5,9	5
neutral	64	58	64,1	55
weiß nicht/ keine Antwort	3	3	4,7	3

Quelle: Vaneker/Everts, *Politiek*, S. 166.

Die Ergebnisse für Deutschland sind zwar negativer als bei anderen Ländern, aber abgesehen von dem hohen probritischen Wert sind die Unterschiede auch hier nicht sehr groß. Außerdem muß man bedenken, daß trotz der fortgeschrittenen deutsch-niederländischen Normalisierung der Begriff ‚prodeutsch‘ bei manchen Niederländern zweifellos unglückliche historische Assoziationen hervorrief. Dennoch blieb eine nicht zu vernachlässigende Minderheit übrig, die sich als antideutsch offenbarte.

1989 untersuchte das ‚Allensbacher Institut für Demoskopie‘ die Deutschlandbilder in sechs europäischen Ländern. Dabei fragte man zuerst, wie die *allgemeine* Stimmung im eigenen Land gegenüber den Deutschen bewertet wurde: „Glauben Sie – unabhängig von Ihrer eigenen Meinung über Deutsche –, daß die meisten Menschen Ihres Landes die Deutschen mögen oder gerade nicht besonders mögen?“ (Siehe Tabelle 21, S. 381)

Nur in Spanien war eine deutliche relative Mehrheit der Meinung, daß im eigenen Land eine gute allgemeine Stimmung gegenüber den Deutschen herrschte. In den Niederlanden dagegen hatten 54% den Eindruck, daß die eigene Bevölkerung die Deutschen nicht mochte. Die Tabelle zeigt weiter, daß vor allem die Befragten in den Niederlanden und in Italien annahmen, daß in ihrem Land eine negative Einstellung gegenüber den Deutschen vor-

Tabelle 21: Einschätzung der allgemeinen Stimmung im eigenen Land gegenüber den Deutschen (1989) in %

Die meisten Menschen in ...	mögen die Deutschen	mögen sie nicht besonders
Spanien	43	24
Frankreich	38	37
Schweden	36	44
Niederlande	30	54
Italien	26	53
Großbritannien	23	44

Quelle: Allensbacher Archiv, Internationale Umfrage (1989).

herrschte. Bemerkenswerterweise bot die Antwort auf die Frage nach der *eigenen* Meinung über Deutsche ein ganz anderes Bild.

Tabelle 22: Persönliche Einstellung zu Deutschen (1989) in %

	mag die Deutschen	mag sie nicht besonders
Schweden	56	24
Niederlande	56	27
Frankreich	52	26
Spanien	47	20
Großbritannien	39	25
Italien	34	35

Quelle: Allensbacher Archiv, Internationale Umfrage (1989).

Vergleicht man beide Tabellen, fällt auf, daß in den Niederlanden zwar die überwiegende Mehrheit der Meinung war, die eigene Bevölkerung möge die Deutschen nicht besonders, daß aber diese Antipathie offenbar viel weniger für die Befragten selbst galt. Nach der eigenen Haltung befragt, bekundeten nämlich 56%, die Deutschen zu mögen, und das war – gleichauf mit den Schweden – der höchste Wert. Zwar hegte rund ein Viertel Gefühle der Anti-

pathie, aber dieser Prozentsatz lag im Vergleich zu dem Ergebnis in den anderen Ländern nicht besonders hoch.

In derselben international vergleichenden Untersuchung wurde auch nach der gefühlsmäßigen Nähe bzw. Distanz zur Bundesrepublik gefragt: „Von Menschen kann man sagen, daß sie einander nahestehen oder nicht. So kann man auch das Verhältnis zwischen Ländern beschreiben. Können Sie mir sagen, wie nah bzw. fern sich ... (Name des eigenen Landes) und die Bundesrepublik stehen?“

Tabelle 23: Nähe und Distanz zu Deutschland (1989) in %

	Nähe (1–4 auf einer Skala von 10)	Distanz (7–10 auf einer Skala von 10)*
Niederlande	44	15
Frankreich	39	18
Schweden	36	15
Großbritannien	26	22
Spanien	25	23
Italien	15	51

* Antworten auf einer Skala von 1 bis 10: 1 = sehr große Nähe; 10 = sehr große Distanz.

Quelle: Allensbacher Archiv, Internationale Umfrage (1989).

Im Vergleich zu den anderen befragten Völkern fühlten die Niederländer die größte Nähe und die geringste Distanz zur Bundesrepublik. Angesichts dieses für sich genommen günstigen Ergebnisses muß man allerdings berücksichtigen, daß sich daraus nicht automatisch positive Deutschlandbilder ergeben. Im Gegenteil, ein Teil der niederländischen Sensibilität gegenüber Deutschland und den Deutschen leitet sich wahrscheinlich gerade aus diesem Bewußtsein der Nähe ab. Gerade die Nähe weckt das Bedürfnis, die Unterschiede zwischen Niederländern und Deutschen zu akzentuieren, um so die eigene Selbständigkeit und Identität zu betonen.

Eine wichtige Rolle bei der Formung des Deutschlandbildes spielt die NS-Vergangenheit. Auch dazu wurden die genannten Völker befragt.

Tabelle 24: Schatten der Vergangenheit im Deutschlandbild (1989) in %

	„Die NS-Vergangenheit bestimmt das Bild Deutschlands und der Deutschen“	
	<i>Ja</i>	<i>Nein</i>
Frankreich	20	68
Spanien	24	56
Schweden	29	58
Großbritannien	35	50
Niederlande	35	48
Italien	43	41

Quelle: Allensbacher Archiv, Internationale Umfrage (1989).

Beinahe die Hälfte der niederländischen Befragten meinte, daß die NS-Vergangenheit das Bild Deutschlands und der Deutschen nicht mehr bestimme, aber rund ein Drittel nahm an, dies sei sehr wohl der Fall. Mit diesem Ergebnis waren die Niederlande mit Ausnahme Italiens das Land, in dem das Dritte Reich die Bildformung noch am stärksten beeinflusste.⁵

Faßt man die Ergebnisse der oben genannten Umfragen zusammen, kann man für die *siebziger* und *achtziger* Jahre feststellen, daß die Niederländer den Deutschen bestimmt nicht unfreundlich gegenüberstanden und ihnen im Vergleich zu anderen Völkern relativ stark vertrauten. Auch bewunderten sie Deutschland. Als prodeutsch wollten sich zwar weniger Niederländer bezeichnen denn als probritisch, -französisch oder -amerikanisch, aber ansonsten deuten die meisten Umfrageergebnisse auf einen wenig auffälligen Platz Deutschlands und der Deutschen auf der Sympathierangliste. Allerdings fällt auf, daß es stets eine zahlenmäßig nicht zu vernachlässigende Minderheit gibt, die den Deutschen unfreundlich gesinnt war, und daß in den Niederlanden mehr als in anderen Ländern die NS-Vergangenheit das Bild immer noch mit-

bestimmte. Dennoch kann man insgesamt von einer Serie von Ergebnissen sprechen, die – auch im internationalen Vergleich – auf eine politisch-psychologische Beziehung verweisen, die für die siebziger und achtziger Jahre keineswegs als problematisch zu bezeichnen ist.⁶

Tabelle 25: Eigenschaften von Deutschen, Engländern, Amerikanern, Franzosen und Niederländern (1993) in %

	Deutsche		Engländer		Amerikaner		Franzosen		Niederländer	
	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein	ja	nein
harte Arbeiter	54	46	19	81	34	66	10	90	51	49
Genußmenschen	17	83	9	91	17	83	50	50	28	72
zuverlässig	30	70	29	71	17	83	7	93	40	60
kameradschaftlich	8	92	22	78	13	87	12	88	30	70
humorlos	20	80	12	88	9	91	12	88	7	93
höflich	23	77	53	47	19	81	27	73	26	74
herrsüchtig	52	48	6	94	21	79	14	86	12	88
eingebildet	19	81	15	85	23	77	29	71	16	84
demokratisch	11	89	18	82	21	79	10	90	45	55
angenehm im Umgang	15	85	33	67	24	76	21	79	46	54

Quelle: NIPO, 1993 (Woche 17).

Die bis jetzt vorgestellten Ergebnisse zeigten allerdings eine Verschlechterung der Stimmung gegenüber den Deutschen in den frühen neunziger Jahren. Zu dieser Zeit fand man Deutsche nicht nur weniger ‚freundlich‘ als Briten, Amerikaner und Franzosen,

sondern auch im Vergleich ‚nationaler‘ Eigenschaften schnitten die Deutschen 1993 schlechter ab (Tabelle 25, S. 384).

Die Befragten waren der Meinung, mit Deutschen könne man weniger Spaß haben, und die östlichen Nachbarn seien im Umgang weniger angenehm als andere Völker. Auch hielt man die Deutschen für relativ herrschsüchtig und wenig demokratisch. Letzteres galt übrigens auch für die Franzosen, die außerdem als das eingebildeste und am wenigsten zuverlässige Volk betrachtet wurden. Ein vergleichbares Bild bot eine Umfrage von *de Volkskrant* und *NIPO* von 1995 über die niederländische Einstellung zu Deutschland, Belgien, Großbritannien und Frankreich.

Tabelle 26: Niederländer über benachbarte Völker (1995)
(Werte auf einer Skala von 1 bis 10)

	Deutsche	Belgier	Briten	Franzosen
Harte Arbeiter	7,6	6,6	6,7	6,2
Obrigkeitstreu	7,4	6,5	7,1	6,3
Demokratisch	6,6	6,6	6,4	5,8
Arrogant	6,9	4,6	5,8	6,6
Tolerant	5,8	6,9	6,3	5,7
Freundlich	6,3	7,5	7,0	6,1
Korrupt	5,1	5,1	4,8	5,7
Stolz auf ihr Land	8,0	6,9	7,8	7,9
Intelligent	7,1	6,7	6,8	6,6
Gastfreundlich	6,8	7,4	7,0	6,4
Zuverlässig	6,5	6,8	6,9	5,8

Quelle: *de Volkskrant*, 23.12.1995.

Bei positiven Eigenschaften wie tolerant, freundlich, gastfreundlich und zuverlässig schnitten die Deutschen stets schlechter ab als die Belgier und Briten, aber besser als die Franzosen. Weiterhin fällt auf, daß die Eigenschaft der Arroganz vor allem der Bevölkerung der drei großen Länder zugeschrieben wurde. Auch die Briten entgingen dem nicht, wenn auch Deutsche und Franzosen

öfter als arrogant betrachtet wurden. Die Forscher schlossen daraus, daß dieses Ergebnis wahrscheinlich vor allem mit dem Größen- und Gewichtsunterschied zwischen diesen drei Ländern einerseits und den Niederlanden andererseits zusammenhing und der deutsche Wert nicht mit der historisch belasteten Beziehung in Zusammenhang stehen mußte. In der Rangfolge der Sympathie für die vier Völker gab es allerdings schon einen großen Abstand zwischen Belgien und Briten einerseits und Deutschen und Franzosen andererseits. Rund die Hälfte der Niederländer fand die Belgier am sympathischsten, ein Viertel sympathisierte vor allem mit den Briten, während Deutsche und Franzosen über 11% bzw. 10% nicht hinauskamen. Bei der Frage nach dem Respekt für die Regierungschefs der betreffenden Länder erreichte Helmut Kohl mit 38% dagegen klar den höchsten Wert, gefolgt von Major (18%), Dehaene (5%) und Chirac (2%). Bemerkenswerterweise nahm der Respekt für Kohl ab, je älter die Befragten waren (von 45% bei Jüngeren bis 25 Jahre auf 29% bei den Älteren über 65 Jahre). Schließlich waren 76% der Meinung, daß die Beziehungen zur Bundesrepublik für die Niederlande am wichtigsten seien (Frankreich: 3%, Belgien: 5%), und 48% meinten, die Niederlande hätten die besten Beziehungen zu Deutschland (Belgien: 18%, England: 7%, Frankreich: 2%). Zusammenfassend kann man also sagen, daß sich aus diesen Daten eine wirklich problematische Beziehung nicht ableiten läßt – obwohl die Werte für die Deutschen weniger günstig ausfielen als für die Belgier und Engländer und die östlichen Nachbarn im Sympathiewert hinter ihnen weit zurückblieben. Außerdem kamen die Franzosen durchgängig schlechter weg als die Deutschen.⁷

Ein Problem stellte allerdings das Deutschlandbild niederländischer Jugendlicher zwischen 15 und 19 Jahren dar, wie es sich aus der bereits erwähnten ‚Clingendael-Untersuchung‘ von 1992/93 ergab. Es ist hier nicht erforderlich, deren Ergebnisse noch einmal ausführlich vorzustellen. Im Kern lief es darauf hinaus, daß Deutschland und die Deutschen im Vergleich zu anderen europäischen Ländern und Völkern als die unsympathischsten erschienen. 1995 und 1997 wurde die Untersuchung wiederholt, und erneut erreichte Deutschland besonders niedrige Werte auf der Sympathieskala. Dennoch zeigen die Ergebnisse der drei Untersuchungen bemerkenswerte Unterschiede. Hatten 1993 51% der befragten Schüler eine negative Haltung zu Deutschland, waren es 1995 nur noch 39% (1997: 38%). Der Prozentsatz der Antworten mit über-

wiegend negativen Deutschland-Klischees hatte von 35% auf 12% abgenommen (1997: 11%). Auch die Zahl der Befragten mit negativen stereotypen Vorstellungen vom deutschen Volk war gesunken (von 47% auf 33% und 1997 weiter gefallen auf 11%).⁸ Zweifellos ist die Schlußfolgerung richtig, daß niederländische Jugendliche ein relativ schlechtes Bild von Deutschland und den Deutschen haben.⁹ Allerdings stellt sich die Frage, wie ernst man die Ergebnisse dieser drei Untersuchungen im einzelnen nehmen muß. Wenn 1993 39% der befragten Schüler Deutschland als „kriegerisch“ bezeichnen und sich dieser Prozentsatz zwei Jahre später mehr als halbiert hat (16%), muß man zunächst festhalten, daß es hier offenbar um ein wenig ‚festes‘ Deutschlandbild geht. Außerdem stellt sich die Frage, wie angemessen Fragen nach dem kriegerischen Charakter und dem Verlangen nach „Weltbeherrschung“ in solchen Umfragen sind. Rufen sie nicht automatisch Bilder der Vergangenheit wach, die auch für Jugendliche wenig über die gegenwärtigen Verhältnisse aussagen? So kann man sich dem Eindruck nicht entziehen, daß die Fragestellung dieser Umfragen das Ergebnis mitbestimmt hat. Hinzu kommt, daß es den Meinungsforschern an Kontrollmöglichkeiten hinsichtlich der Umstände beim Ausfüllen der Fragebögen fehlte (z.B. im Hinblick auf die Stimmung unter den Schülern in der Klasse). Auch deswegen darf man die Ergebnisse nicht als das ‚letzte Wort‘ zum Deutschlandbild niederländischer Jugendlicher betrachten.

Anlaß zu einer gewissen Relativierung bieten auch zwei andere Meinungsumfragen aus demselben Zeitraum. So belegt eine Untersuchung der Reichsuniversität Groningen (RUG) und der ‚Stichting Telepanel‘ von 1996, daß niederländische Jugendliche im Alter von 16 bis 20 Jahren Deutsche mehr oder weniger genauso sympathisch fanden wie der durchschnittliche Niederländer.¹⁰ Auch das ‚Bureau Inter/View‘ legte günstige Ergebnisse vor. Während in den sogenannten ‚Clingendael-Untersuchungen‘ eine große Diskrepanz zwischen einem positiven niederländischen Selbstbild der Jugendlichen und einem ausgesprochen negativen Deutschlandbild festgestellt worden war, konnte bei der ‚Inter/View‘-Untersuchung von einem solchen Abstand keine Rede mehr sein. Außerdem dachte man positiver über die Deutschen. So fanden 74,2% der Jugendlichen die Deutschen freundlich und beinahe 54,5% tolerant (Prozentsatz für Niederländer 79,6% bzw. 65,6%). Zwar hielten 54,7% die Deutschen für arrogant, aber bemerkenswerterweise schrieben 52,2% diese Eigenschaft auch den Niederländern

zu. Die Umfrage enthielt auch eine Frage über Bundeskanzler Kohl, der kurz zuvor den Niederlanden einen offiziellen Besuch abgestattet hatte. Gut 55% hatten über die Medien von diesem Besuch gehört, und 71% urteilten positiv bis sehr positiv über das Auftreten des Bundeskanzlers (nur 1% negativ, 19% ohne Meinung). Beinahe 17% dachten nun sogar positiver über Deutschland insgesamt.¹¹ Dieses Ergebnis verdeutlicht noch einmal, daß man bei den Jugendlichen nicht von einem sehr gefestigten Deutschlandbild sprechen kann. Vergleicht man die Ergebnisse der ‚Clingendael-Untersuchungen‘ mit denen von ‚RUG/Telepanel‘ und ‚Inter/View‘, bestätigt sich noch einmal, wie sehr Fragestellung und Methode bei Meinungsumfragen das Resultat mitbestimmen. Dementsprechend muß man mit allzu düsteren Schlußfolgerungen über die antideutsche Haltung der niederländischen Jugend vorsichtig sein.

Zusammenfassend kann man feststellen, daß in den neunziger Jahren die politisch-psychologische Beziehung zwischen den Niederlanden und Deutschland gewiß schwieriger als in den achtziger Jahren war. Die Ergebnisse der Meinungsumfragen bieten aber keinen Anlaß zur Dramatisierung. Im Vergleich zu anderen Völkern rangierten die Deutschen auf der Sympathieskala nicht sehr hoch, aber von überwiegend negativen Gefühlen konnte nun auch wieder keine Rede sein, und die Franzosen kamen regelmäßig schlechter dabei weg. Vergleicht man außerdem die niederländische Bildformung über Deutschland mit der in anderen EU-Ländern, zeigt sich, daß die Niederländer oft positiver urteilten und das oben erwähnte ‚holländische Niveau‘ nicht niedrig, sondern gerade relativ hoch lag.

Mit dieser Schlußfolgerung sind allerdings nicht alle Sorgen hinsichtlich der politisch-psychologischen Beziehung ausgeräumt: Obwohl es gute Gründe gibt, die ‚Clingendael-Untersuchungen‘ zu relativieren, und obwohl die Aufregung darüber übertrieben war, kann man doch nicht bestreiten, daß das Deutschlandbild bei Jugendlichen problematisch war. Der steile Anstieg der Zahl der ‚Unfreundlichen‘ unter der gesamten niederländischen Bevölkerung gegenüber Deutschland in den frühen neunziger Jahren macht außerdem deutlich, daß in diesem Zeitraum in breiteren Kreisen Gefühle des Unbehagens in den Vordergrund traten. Warum dies so war, soll später in diesem Kapitel erläutert werden. Bevor darauf eingegangen werden kann, ist zunächst die niederlän-

dische Wahrnehmung der Demokratie und politischen Kultur in Deutschland seit 1969 zu beleuchten.

Demokratie und politische Kultur

Auch in der niederländischen Meinungsbildung über die deutsche Demokratie markiert das Jahr 1969 den Beginn einer neuen Phase. Wie bereits beschrieben wurde, sahen viele Niederländer in dem Wahlergebnis dieses Jahres allgemein einen Beweis für die Verankerung des demokratischen Systems in der Bundesrepublik. Bei der positiven Bewertung einer Demokratie geht es aber nicht nur um Vertrauen in die institutionelle Funktionstüchtigkeit des Systems oder um das Bewußtsein dafür, daß antidemokratische Gruppen bei den Wählern keinen Anklang finden. Wichtig ist auch die Frage nach dem liberalen Gehalt des politisch-gesellschaftlichen Klimas und des Rechtsstaates. Gerade in dieser Hinsicht kamen in den Niederlanden in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre Zweifel auf, wie sich im folgenden zeigen wird.

Aus der diplomatischen Berichterstattung der siebziger Jahre sprach ein großes Vertrauen in das demokratische politische System, das man offenbar inzwischen für so fest verankert hielt, daß es kaum noch thematisiert wurde. Wenn man überhaupt darüber berichtete, dann mit positiven Formulierungen. So hieß es in einer politisch-historischen Übersicht über die Bundesrepublik, die im Sommer 1975 in der Bonner Botschaft verfaßt wurde, daß „sich das anfänglich noch zarte Pflänzchen der deutschen Demokratie zu einem robusten Strauch“ entwickelt habe: Extremistische Parteien seien beinahe ganz verschwunden, und das demokratische System habe bewiesen, daß es – auch in Krisensituationen – ordentlich funktioniere.¹² In den frühen siebziger Jahren hatten sich zwei solcher Krisen ergeben, über die auch ohne eine Spur der Unsicherheit berichtet worden war. Im Frühjahr 1972 war deutlich geworden, daß die Regierung Brandt nicht länger über eine Mehrheit im Bundestag verfügte. Zum ersten Mal in der Geschichte der Bundesrepublik versuchte die Opposition, mit Hilfe eines konstruktiven Mißtrauensvotums die Regierung zu stürzen und selbst an die Macht zu gelangen. Obwohl Oppositionsführer Rainer Barzel (CDU) sein Ziel knapp verfehlte, zeigte sich am nächsten Tag, daß die Regierung Brandt nicht mehr über die Mehrheit im

Bundestag verfügte. Es war ein parlamentarisches Patt mit all der politischen Unsicherheit entstanden, die eine solche Lage mit sich bringt. Wenn man in Den Haag diese Situation mit Sorge beobachtete, dann nur mit Blick auf die Zukunft der Osteuropa- und Deutschland-Politik, die in diesem Jahr in eine entscheidende Phase eingetreten war und die man bei der CDU/CSU in weniger guten Händen glaubte.¹³ Über die Funktionsfähigkeit des demokratischen Systems in der Bundesrepublik gab es in der Haager Meinungsbildung aber keinerlei Zweifel.¹⁴ Nicht anders verhielt es sich Anfang Mai 1974, als in der unmittelbaren Umgebung von Willy Brandt der DDR-Spion Guillaume enttarnt wurde und der politisch ohnehin bereits angeschlagene Bundeskanzler für Helmut Schmidt Platz machte. Ohne der Dramatik dieser Situation viel Aufmerksamkeit zu widmen, konstatierte Botschafter de Beus sachlich, daß Brandts Rücktrittsbeschluß der richtige Schritt sei, der zu den Regeln eines demokratischen parlamentarischen Systems passe.¹⁵

Diese Beispiele zeigen, daß die Bundesrepublik institutionell inzwischen als eine normal funktionierende Demokratie betrachtet wurde, die keiner besonderen Aufmerksamkeit mehr bedurfte. Auch in anderer Hinsicht zeigte sich, daß die Bundesrepublik aus der Perspektive Den Haags an ‚Normalität‘ gewonnen hatte. So sah Botschafter de Beus in dem Kanzlerwechsel von Brandt zu Schmidt den Beginn einer dritten Phase in der deutschen Politik. Auf die Adenauer-Jahre der Versöhnung und Allianz mit dem Westen sei die Phase Brandts mit der Normalisierung der Beziehungen zum Osten gefolgt. Beide Perioden, so de Beus, hätten auf jeweils eigene Weise im Zeichen der Wiedergutmachung für die Taten des NS-Regimes gestanden. Nun sei ein neues Zeitalter angebrochen, in dem das Gefühl vorherrschen werde, die Schuld der Kriegsgeneration beglichen zu haben, und in Schmidt sah er einen energischen Protagonisten dieser Mentalität.¹⁶ Obwohl de Beus damit die Geschwindigkeit überschätzte, mit der die Bundesrepublik die Schatten der Vergangenheit abstreifen konnte, behielt er mit seiner Prognose recht, daß sich das Ansehen Westdeutschlands unter Schmidt verändern werde. Daß dies seiner Einschätzung nach eine Veränderung zum Guten sein würde, belegt sein ausgesprochen positives Porträt des neuen Bundeskanzlers als ideenreicher, pragmatischer und kraftvoller Politiker. Positiv sei außerdem die zu erwartende größere politische Schlagkraft und härtere Haltung gegenüber dem radikalen linken Flügel der SPD.¹⁷

Dasselbe Muster prägte auch in den folgenden Jahren die diplomatische Berichterstattung: deutliche Sympathie für die Regierungen Schmidt-Genscher (1974–1982), in denen man eine Garantie für Stabilität und Kontinuität sah. Dem stand ein durchgängig kritisches Urteil über die CDU/CSU-Opposition gegenüber, die als gespalten und ohne klares eigenes Profil galt.¹⁸

Ebenso wie in diplomatischen Kreisen wurde in den Medien seit 1969 die Verankerung des demokratischen politischen Systems in der Bundesrepublik als so selbstverständlich angesehen, daß es kaum noch interessant schien, darüber zu schreiben. In Wahlkampfzeiten berichtete man zwar kritisch über die oft scharfe Polarisierung zwischen SPD und CDU/CSU, aber im Grunde – so *NRC Handelsblad*, *de Volkskrant* und *De Telegraaf* – sei dies ein ziemlich harmloses Phänomen, und Zurückhaltung gehöre nun einmal nicht zum Stil westdeutscher Politiker. Außerdem stellte man wiederholt – und zu Recht – fest, daß die politischen Gegensätze zwischen den beiden Blöcken nicht so groß waren und die Gegensätze im Wahlkampf künstlich aufgeblasen wurden.¹⁹ So kann man folgern, daß in den siebziger Jahren auch in den Medien unterschiedlicher politischer Prägung breite Übereinstimmung dahingehend bestand, daß in der Bundesrepublik ein normales demokratisches System herangewachsen war, das sich nicht mehr wesentlich von anderen westlichen Demokratien unterschied.

Diese breite Übereinstimmung fand allerdings ein abruptes Ende, wenn es um die Bewertung des politisch-gesellschaftlichen Klimas und den liberalen Rechtsstaat ging. Konkret stand dabei die Frage im Mittelpunkt, ob der deutsche Staat mit dem sogenannten ‚Radikalenerlaß‘ vom Januar 1972 und dem Kampf gegen linke Terroristen (RAF) ein geistiges Klima schuf, in dem Toleranz, liberale Freiheiten und politischer Pluralismus unter Druck gerieten. In dem ‚Radikalenerlaß‘ hatten Bundeskanzler Brandt und die Ministerpräsidenten der Länder bekräftigt, daß nur derjenige Beamter werden konnte, von dem anzunehmen sei, daß er „jederzeit für die freiheitlich-demokratische Grundordnung im Sinne des Grundgesetzes eintritt“. Dabei handelte es sich nicht um eine neue Politik, sondern man versuchte lediglich, die Ausführung bestehender Regeln und Gesetze auf Bundes- und Landesebene besser aufeinander abzustimmen. Theoretisch richtete sich der ‚Radikalenerlaß‘ sowohl gegen Links- als auch gegen Rechtsextreme im Staatsdienst, aber in der Praxis sollten vor allem (vermeintliche) Linksradikale von den – polemisch so bezeichneten – ‚Berufsverbo-

ten‘ betroffen sein. Im selben Zeitraum diskutierte man heftig über den Kampf gegen die RAF und andere linke Terrororganisationen, die mit Mordanschlägen und Entführungen die innere Sicherheit bedrohten. Dabei ging es in erster Linie um die Frage, ob die getroffenen Antiterrormaßnahmen im Widerspruch zum liberalen Rechtsstaat standen, und in zweiter Linie um die sogenannte Sympathisantenfrage. Konservative deutsche Politiker konstruierten eine Phalanx linker ‚Verfassungsfeinde‘, die von Terroristen über linke Studenten und Intellektuelle bis in die SPD und FDP hineinreichte. Mit unerfreulichen Verdächtigungen wurden Schriftsteller wie Günter Grass und Heinrich Böll als Sympathisanten und gesellschaftskritische Philosophen wie Herbert Marcuse und Jürgen Habermas zu Wegbereitern des linken Terrors abgestempelt. Kritiker innerhalb und außerhalb der Bundesrepublik sprachen von einer liberalen Demokratie unter Druck. Andere gingen weiter und meinten sogar, daß man nicht mehr von einer demokratischen politischen Kultur sprechen könne.²⁰

Die Reaktionen in den Niederlanden fielen unterschiedlich aus. In diplomatischen Kreisen hatte diese Entwicklung keinen Einfluß auf das beruhigende und positive Bild der deutschen Demokratie, das bereits erwähnt wurde. Sofern man in der Berichterstattung über die innere Sicherheit überhaupt auf Bewertungen stößt, wurde eher die Notwendigkeit anerkannt, daß eine Demokratie sich gegen innere Feinde schützte. Hinzu kam die Überlegung, daß eine solche Notwendigkeit in der Bundesrepublik verständlicherweise besonders stark empfunden wurde: Das Trauma des Untergangs der Weimarer Republik, das historisch zu erklärende Verlangen nach Stabilität und die Infiltration aus der DDR rechtfertigten die deutsche Wachsamkeit, so der Tenor in der Botschaft in Bonn und im Außenministerium in Den Haag. Gelegentlich erklang allerdings auch Kritik, und man wies darauf hin, daß in der Bundesrepublik die Neigung bestehe, die Bedrohung der inneren Sicherheit zu überschätzen, und man war der Meinung, daß etwas mehr Zurückhaltung dem deutschen Staat gut anstünde. Auch erkannte man, daß der ‚Radikalenerlaß‘ „manchmal zu absurden Ergebnissen“ führte, wie man z.B. anläßlich der Entlassung eines kommunistischen Lokführers anmerkte. Daraus allerdings zu schließen, daß die Bundesrepublik „autoritäre Neigungen“ zeige, gehe an der Realität vorbei, so Botschafter van Lynden 1976.²¹

Wenn man diese diplomatischen Betrachtungen in den breiteren Kontext der niederländischen Reaktionen einordnet, dann

entsprechen sie Äußerungen aus der rechtsliberalen VVD und der CDA. Beide Parteien mieden öffentliche Kritik an der Bundesrepublik und betonten ihr Vertrauen in die deutsche Demokratie und den Rechtsstaat. In vorsichtigen Formulierungen gingen sie aber auch auf Distanz. Im Namen der Parlamentsfraktion der VVD ließ Ed Nijpels 1978 wissen, angesichts der Entwicklungen in Westdeutschland „nicht ganz ohne Sorge“ zu sein. Vergleichbare Reaktionen in den Niederlanden könne er sich schwer vorstellen. Der spätere Außenminister Hans van den Broek (CDA) erklärte, daß in Gesprächen mit deutschen Kollegen „im Geist von Bündnispartnern“ untereinander auch über „überzogene Reaktionen“ in Deutschland gesprochen wurde.²² Einen ganz anderen Ton hatten dagegen die Reaktionen der PvdA, die u.a. in Gestalt ihres Vorsitzenden Ien van den Heuvel in den Jahren zwischen 1974 und 1978 die Entwicklungen in der Bundesrepublik scharf kritisierte. Damit erreichte auch das Verhältnis zur SPD einen neuen Tiefpunkt, nachdem es in den frühen fünfziger Jahren über den außenpolitischen Kurs und in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre über die Anerkennung der DDR bereits zu großen Spannungen zwischen beiden Parteien gekommen war. Wiederholt richtete die PvdA-Führung beunruhigte Briefe an die Schwesterpartei, und auch in Gesprächen mit der SPD brachte man große Sorge zum Ausdruck. Im Oktober 1976 richtete die PvdA ein eigenes ‚Komitee Berufsverbote‘ ein, um die Situation in Deutschland dauerhaft zu beobachten, in den Niederlanden Informationen zu beschaffen und die Opfer zu unterstützen. Kurz zuvor hatten einige hundert Parteimitglieder eine Anzeige in der linksliberalen deutschen Tageszeitung *Frankfurter Rundschau* geschaltet, die mit dem Satz begann: „Hallo Nachbarn! Schüttelt euren Maulkorb ab! Wenn ihr bereit seid, euch persönlich einzusetzen, ist es noch nicht zu spät!“²³ 1977 empfing die PvdA-Jugend demonstrativ Klaus-Uwe Benneter, der als Vorsitzender der Jungsozialisten eine Zusammenarbeit mit Kommunisten nicht ausgeschlossen hatte und deswegen aus der SPD hinausgeworfen worden war. Im selben Jahr sprach Ien van den Heuvel auf einer Konferenz in Oldenburg gegen Berufsverbote, und 1978 beschloß die Parteileitung, einen Vertreter zum Internationalen Russell-Tribunal zur Untersuchung der Menschenrechte in der Bundesrepublik zu entsenden. Der Groninger Professor Lolle Nauta, Mitglied der Programmkommission der PvdA, saß in der Jury des Tribunals. So verwundert es nicht, daß der Europaabgeordnete und spätere Parlamentarische Staatssekre-

tär im Auswärtigen Amt (1981–1982), Piet Dankert, Ende 1977 stöhnte, die Beziehungen zwischen beiden Parteien könnten kaum schlechter sein.²⁴

Dies ist nur eine kleine Auswahl der vielen Aktivitäten, die von seiten der PvdA unternommen wurden. Mit Unterstützung von Parteirat, Parteikongreß, Parteiabteilungen und von Zeitungen wie *de Volkskrant*, *Vrij Nederland* und *De Groene*, die der PvdA fortwährend vorwarfen, der SPD nicht deutlich genug die Wahrheit zu sagen, bestimmten die radikalen Vorstandsmitglieder den Kurs. „Deutschland muß eine hohe Priorität haben“, meinte Willem van de Zandschulp im September 1976 im Parteivorstand: „Es geschehen dort allerlei abscheuliche Dinge. Wir sind wirtschaftlich abhängig von Deutschland, und sie verkörpern die amerikanischen Interessen.“ Wie groß die Sorge war, machte auch Vorstandsmitglied Sonja van der Gaast deutlich: „Wenn wir jetzt nichts tun, wäre dies eine Art München (1938, FW).“²⁵ Diese wenigen Sätze sagen viel aus, und zwar nicht nur über das Niveau der Diskussion, sondern auch über die Motive, die dem Aktionismus der PvdA zugrunde lagen. Ohne daß man sich wirklich in die Materie vertieft hatte, identifizierte man sich mit den Opfern der ‚Repression‘ in Deutschland; somit erschien die Bundesrepublik als ein Gegenmodell zu den Niederlanden. Für die moralische Ausstrahlung des visionären Willy Brandt hatte der linke Flügel der PvdA viel Sympathie gehabt, aber dem ‚Macher‘ Helmut Schmidt fühlte man sich in keiner Weise verwandt. Mehr noch: Aus einem Gefühl der moralischen Überlegenheit in Fragen der Demokratie und der Lösung gesellschaftlicher Probleme heraus bestand ein geradezu selbstverständliches Mißtrauen gegenüber seinem pragmatischen ‚Modell Deutschland‘, das so weit entfernt von dem Gedankengut war, das in diesen Jahren die PvdA beherrschte. Während in der Bundesrepublik mit dem Wechsel von Brandt zu Schmidt die Zeit politischer und gesellschaftlicher Reformen zu Ende gegangen war, hatte in den Niederlanden mit der Regierung den Uyl (1973–1977) eine solche Phase gerade begonnen. Während das Gesicht der SPD in hohem Maße von dem Krisenmanager Helmut Schmidt bestimmt wurde, der für ideologisch gefärbte Reformdebatten keinen Sinn hatte, gab bei der PvdA vor allem der linke Flügel den Ton an. Auch dieser Unterschied erklärt die beinahe permanente Kommunikationsstörung zwischen beiden Parteien in diesen Jahren, die durch eine stark voneinander abweichende Parteiorganisation und Parteikultur noch verstärkt wurde.²⁶ Nicht ohne Verwun-

derung stellte eine interne Aufzeichnung für die SPD-Führung fest, daß der PvdA-Kongreß vom Februar 1978 mehr einem „Universitätsseminar“ als einem Parteitag geähnelt habe. Wiederholt war man bei der SPD über die fehlende Professionalität der Führung der niederländischen Schwesterpartei erstaunt.²⁷ Ganz unrecht hatte die SPD damit nicht. Emotionen, Wissenslücken, unklare Übergänge zwischen Privatmeinungen und Parteistandpunkten sowie der belehrende Ton der Kritik führten zu einer wenig überzeugenden Haltung, die auf deutscher Seite Irritationen hervorrufen mußte. Außerdem war der SPD nicht entgangen, daß die PvdA-Führung in dieser Zeit eine selektive Entrüstung an den Tag legte, bei der das Gespür für Proportionen verloren ging. Im September 1975 besuchte eine Vorstandsdelegation unter Führung des Vorsitzenden van den Heuvel die DDR, und bei der Rückkehr erklärte das Delegationsmitglied Jan Nagel, der Bau der Berliner Mauer sei „historisch richtig“ gewesen. Zwar bestritt er nicht, daß mit diesem Bauwerk auch „nachteilige Effekte“ verbunden waren, aber der ostdeutsche Staat wurde doch auffällig milde behandelt.²⁸ Dagegen erweckte stets den Eindruck, daß in der Bundesrepublik die Menschenrechte stark in Bedrängnis geraten waren und hier eine Aufgabe für die PvdA lag. Die Allergie gegenüber der Bundesrepublik, die der linke Flügel in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre entwickelt hatte und die zu Zeiten von Bundeskanzler Brandt verschwunden war, machte sich nun wieder mit allem Nachdruck bemerkbar.

Diese kritische Haltung gründete sich in erster Linie auf die aufrichtige Sorge über die Entwicklung der liberalen Demokratie in der Bundesrepublik. Aber diese Sorge wurde so übertrieben und baute so sehr auf Klischees über eine deutsche ‚Law and Order-Mentalität‘ auf, daß sie an der politischen Wirklichkeit der Bundesrepublik vorbeiging.²⁹ Dabei trat ein unbehagliches Gefühl der niederländischen Abhängigkeit von der Bundesrepublik in den Vordergrund, die die ökonomischen Probleme der siebziger Jahre so erfolgreich bekämpfte und unter der Führung Helmut Schmidts ein starkes politisches Selbstbewußtsein ausstrahlte. Bestand nicht die Gefahr, daß sein ‚Modell Deutschland‘ die niederländische Politik und Wirtschaft durchdringen würde? Würde ein solcher deutscher Export nicht fatal für den ohnehin geringen Spielraum der Niederlande sein? Dieses Reaktionsmuster verriet außer einer Abneigung gegenüber Deutschland auch eine selbstgenügsame Pflege der niederländischen politischen Kultur, die Deutschland als

Vorbild hingestellt wurde. So kam in dem belehrend erhobenen Zeigefinger der PvdA gegenüber der Bundesrepublik nicht nur die Angst vor einer schleichenden Expansion deutscher politischer Modelle zum Ausdruck, sondern auch die ältere niederländische Neigung, das Ausland von vermeintlichen Irrwegen abzubringen. Es war dieser Drang, Zeugnis abzulegen und die niederländische Unabhängigkeit und Identität zu schützen, der die Haltung der PvdA bestimmte.

Vom linken Flügel der PvdA war es ein fließender Übergang zu denjenigen, die hinter der Fassade des westdeutschen demokratischen Systems nur noch einen Polizeistaat oder faschistische Tendenzen wahrnahmen. Dabei handelte es sich um keine große Gruppe, aber ihre Ansichten fanden über die Medien weite Verbreitung. Die Berichterstattung von Nico Haasbroek, dem Korrespondenten der *Haagse Post* und der linken Rundfunkanstalt VPRO (Vrijzinnig Protestantse Radio Omroep) in Bonn, bildet dafür ein gutes Beispiel.³⁰ Vergleichbare Ansichten vertrat der Amsterdamer Jurist Pieter Bakker Schut, der als Anwalt von RAF-Terroristen bekannt war und seine politischen Weisheiten sogar in dem renommierten *Nederlandse Juristenblad* äußern konnte.³¹ Bakker Schut gehörte auch zum ‚Medisch-Juridisch Komitee Politieke Gevangenen‘ (Medizinisch-Juristisches Komitee Politische Gefangene), das ebensowenig wie die Zeitschrift *Onze Buren Rechts* in Deutschland noch einen demokratischen Rechtsstaat sah. Auch innerhalb der Universitäten griff man zu den Waffen gegen „die schleichende Faschisierung bei unseren östlichen Nachbarn“, wie die politische Entwicklung in der Bundesrepublik in einer Amsterdamer Universitätsdokumentation charakterisiert wurde.³² Zahllose Komitees gegen ‚Berufsverbote‘ wurden gegründet und Demonstrationen organisiert. Für die Linke in den Niederlanden verkörperte die Bundesrepublik in den Jahren 1975–1978 das „Anti-Land“ schlechthin, von dem man sich abgrenzte.³³ In den Jahren zuvor hatte noch Amerika diese Funktion des „Anti-Landes“ erfüllt (Vietnam, Chile 1973 usw.), und nach 1980 sollten es erneut die USA sein (Nachrüstung, Nicaragua usw.). In der Zwischenzeit war es der amerikanische ‚Statthalter‘ in Europa, der kapitalistische westdeutsche Staat, der auch außerhalb der eigenen Grenzen progressive politische Entwicklungen behindern wollte.³⁴ In dieser Wahrnehmung der Bundesrepublik vermischten sich allgemeine Kapitalismus- und Imperialismus-Kritik mit Erinnerungen an die deutsche Vergangenheit, wodurch auch alte Emotionen

und Klischees über die Deutschen und ihre politische Kultur wieder in den Vordergrund traten.

Der Umfang der Gruppe von Niederländern, die in der Bundesrepublik nicht mehr oder kaum noch einen liberalen Rechtsstaat sahen, ist schwer festzustellen. Einen Anhaltspunkt bietet eine Umfrage von 1979, die ergab, daß knapp 20% der Befragten der Meinung waren, in der Bundesrepublik gebe es politische Gefangene.³⁵ Es war auch dieses Segment der niederländischen Gesellschaft, das im Februar 1979 Oppositionsführer Helmut Kohl in einer aufsehenerregenden deutschen Fernsehsendung einheizte. Im Vorfeld der ersten Direktwahl zum Europäischen Parlament veranstaltete das ZDF eine Reihe von Sendungen, in denen europäische Politiker von einem Publikum aus anderen Ländern befragt wurden. In diesem Rahmen war Helmut Kohl nach Den Haag gekommen, wo er einem niederländischen Kreuzverhör über die ‚Berufsverbote‘ und anderes deutsches Unheil unterworfen wurde. Dabei las man ihm die Leviten, als ob er einen Polizeistaat vertreten würde. So wenig repräsentativ die Fragesteller für die niederländische Bevölkerung auch waren, so groß war doch der Skandal. *Volkskrant*-Korrespondent Jan Luyten berichtete einige Wochen nach der Sendung, daß es in dieser Zeit kein uneingeschränktes Vergnügen sei, als Niederländer in Deutschland zu wohnen.³⁶ Die niederländische Botschaft und die Konsulate wurden tagelang mit meist wütenden Telefonaten bestürmt, und Botschafter van Lynden berichtete besorgt nach Den Haag, daß der deutsch-niederländischen Beziehung „ein schwerer Schlag“ zugefügt worden sei.³⁷ Dies hielt sich in Grenzen, denn der Sturm ging rasch vorüber, und deutsche Aufrufe zum Boykott der Niederlande als Urlaubsziel oder zum Verzicht auf niederländische Agrarprodukte fanden wenig Widerhall. Und was Helmut Kohl betraf: So unangenehm das niederländische Publikum für ihn auch gewesen war, so sah Kohl auch die positiven Aspekte des Vorfalles. Ministerpräsident van Agt (CDA) ließ er wissen, daß sich die Sendung mit Blick auf die Europawahl für ihn und die CDU/CSU nicht ungünstig auswirken würde.³⁸

In dem Vorfall mit Helmut Kohl kam auf extreme Weise zum Ausdruck, was breitere Schichten in den Niederlanden fühlten. Es wurde bereits darauf hingewiesen, daß auch bei der CDA und der VVD Sorge angesichts der innenpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik herrschte. Auch in den Medien beschränkte sich die Kritik nicht auf linksgerichtete Zeitungen wie *de Volkskrant*,

Vrij Nederland und *de Groene*. Das *NRC Handelsblad* schrieb in diesen Jahren ebenfalls durchgängig kritisch über das „unglückliche Radikalendekret“, „die schleichende Versteinerung“ des politisch-gesellschaftlichen Klimas in Westdeutschland und die „schiefe Bahn“ des Rechtsstaates.³⁹ Allerdings grenzte man sich beim *NRC Handelsblad* nachdrücklich ab von den undifferenzierten Bildern des „häßlichen Deutschen“ und dem „Anti-Deutschsein, womit man vor allem in den Niederlanden scheinbar noch hier und da Karriere machen kann“. Dies wurde vor allem im sogenannten ‚deutschen Herbst‘ von 1977 deutlich, als mit der Entführung und Ermordung des Arbeitgeberpräsidenten Hanns Martin Schleyer, der Entführung einer Lufthansamaschine und dem Selbstmord dreier Topterroristen im Gefängnis von Stammheim die Polemik über Deutschland als Rechtsstaat ihren Höhepunkt erreichte: „Es wird Zeit, daß auch in den Niederlanden einige Köpfe unter kaltes Wasser gehalten werden ... Westdeutschland ist kein Alptraum, der Faschismus wird dort nicht eingeführt, wer einen Polizeistaat sucht, schau woanders nach (weit braucht man dann nicht über die westdeutschen Grenzen hinauszuschauen). Seit dem Zweiten Weltkrieg ist dort eine ordentliche Demokratie entstanden, mit der die Niederlande zu Recht enge Beziehungen auf allen Gebieten unterhalten.“⁴⁰ Mit solchen Kommentaren zog das *NRC Handelsblad* eine Grenze zwischen verständlicher Sorge und hitzköpfiger Übertreibung. Zugleich illustriert die Meinungsbildung in den Spalten dieser Zeitung, daß das Unbehagen über die Entwicklungen in der Bundesrepublik auch in der politischen Mitte der Niederlande in vielfältiger Form zu finden war. Für die konservative Seite galt dies dagegen nicht. Wenn *De Telegraaf* und die Wochenzeitung *Elsevier* sich überhaupt der Frage nach innerer Sicherheit und Liberalität widmeten, identifizierten sie sich vollständig mit dem Verhalten der deutschen Obrigkeit ohne eine Spur der Besorgtheit über den liberalen Charakter der Bundesrepublik.⁴¹

Die berüchtigte Fernsehsendung mit Helmut Kohl vom Februar 1979 stellte eine der letzten Äußerungen niederländischer Kritik an den internen westdeutschen Entwicklungen dar. Dies lag in erster Linie an der Entspannung des innenpolitischen Klimas in der Bundesrepublik selbst. Nach dem ‚deutschen Herbst‘ von 1977 kam es nur noch sporadisch zu spektakulären Terroranschlägen, und die Debatte über die innere Sicherheit beruhigte sich allmählich wieder. 1979 beschlossen außerdem die Bundesregierung und

die sozialdemokratischen Länderregierungen, den auch in Deutschland umstrittenen ‚Radikalenerlaß‘ abzuschaffen.⁴² Um 1980 wandelte sich das Bild der deutschen Politik sogar in auffallender Weise zum Guten: Von Kritik an Helmut „Schmidt-Schnauze“, von Angst vor einem Europa „nach deutschem Modell unter deutscher Führung und mit deutschen Zielsetzungen“, die man in den vorangegangenen Jahren im linken Spektrum häufig hatte hören können, war keine Rede mehr. Bis in die linken Kreise hinein wuchsen sogar Bewunderung und Sympathie für den selbstbewußten Bundeskanzler. Er galt nicht länger als Vertreter eines „Herrenvolkes in Zivil“, wie der Publizist W.L. Brugsma 1975 polemisch formuliert hatte, sondern als ein Staatsmann, der alles versuchte, um den Schaden für die sich in dieser Zeit verschlechternden Ost-West-Beziehungen begrenzt zu halten.⁴³ Von Bedeutung war außerdem, daß die 1982 angetretene konservativ-liberale Bundesregierung unter Helmut Kohl auf dem Feld der inneren Sicherheit eine wesentlich zurückhaltendere Politik betrieb, als eine große Zahl von CDU/CSU-Anhängern in den Jahren zuvor gefordert hatte. Der Aufstieg der Grünen, die 1983 erstmals in den Bundestag einzogen, belegte, daß die deutsche Politik viel weniger ‚versteint‘ war, als viele niederländische Kritiker in der Zeit davor gedacht hatten. Die Erklärung für die abnehmende Sensibilität gegenüber der Bundesrepublik hängt aber auch mit den Niederlanden selbst zusammen, wo linkes Gedankengut dem nüchternen Pragmatismus der Regierungszeit von Ruud Lubbers (1982–1994) Platz gemacht hatte. Im Gegensatz zu der Zeit des ‚deutschen Herbstes‘ konvergierte nun die politische Lage in den Niederlanden und der Bundesrepublik: In beiden Ländern regierten christdemokratisch-liberale Kabinette, und in beiden Ländern waren die oppositionellen Sozialdemokraten auf der Suche nach einem neuen Profil, wobei sie vergleichbare Wege einschlugen. Nach 1982 trafen sie sich u.a. im gemeinsamen Widerstand gegen die Stationierung neuer amerikanischer Atomwaffen in Europa. Viele Niederländer, die in den siebziger Jahren ihre kritischen Pfeile gegen die Bundesrepublik gerichtet hatten, gingen nun gegen den NATO-Doppelbeschluß von 1979 und die offensichtliche amerikanische Geringschätzung von Rüstungskontrollmaßnahmen auf die Straße.

So nahm ab 1979 die niederländische Kritik an den innenpolitischen Entwicklungen in der Bundesrepublik ab, und in den achtziger Jahren spielte die Sorge über Liberalität und Rechtsstaat keine wesentliche Rolle mehr in der niederländischen Meinungs-

bildung über Deutschland. Damit schwand auch die Aufmerksamkeit für die westdeutsche Demokratie, die in dieser Zeit sowohl institutionell als auch politisch-gesellschaftlich als eine normale westliche Demokratie porträtiert wurde. Im Oktober 1989 bezeichnete der Soziologe und *NRC Handelsblad*-Kolumnist J.A.A. van Doorn Westdeutschland sogar als „die stabilste parlamentarische Demokratie, die Europa in diesem Jahrhundert gekannt hat.“⁴⁴ Auch die Wahlerfolge von rechtsextremistischen Gruppierungen wie den Republikanern und der Deutschen Volksunion seit 1989 taten dem Vertrauen in die Stärke und Verankerung der deutschen Demokratie keinen Abbruch. Der Tenor in den Medien und der diplomatischen Berichterstattung, daß solche Erscheinungen leider in allen westlichen Demokratien vorkämen, verweist eher auf die ‚Normalität‘, die man inzwischen der westdeutschen Demokratie zuschrieb.

Selbst die dramatischen Anschläge auf Ausländer, die zwischen 1991 und 1993 innerhalb und außerhalb Deutschlands für viel Aufregung sorgten, veränderten dieses Bild nicht wesentlich. „Schlechte Nachrichten, aber kein Beweis für auflodernden Extremismus“, lautete das Urteil der Bonner Botschaft im August 1992 nach der Erstürmung eines Asylantenheims in Rostock.⁴⁵ „Die deutsche Demokratie kann viel vertragen“, hieß es einige Wochen später in einem Bericht an das Außenministerium, in dem zugleich auf die Notwendigkeit der Solidarität der europäischen Partner mit der Bundesrepublik hingewiesen wurde.⁴⁶ Indem man der westdeutschen Demokratie das Vertrauen aussprach und sich öffentlich von antideutschen Reflexen distanzierte, sollten die Bündnispartner den Deutschen verdeutlichen, daß sie „echte Freunde im Westen“ hätten, so der Tenor der Berichte aus Bonn.⁴⁷ Auf den ersten Blick fügte sich das Bild in Tageszeitungen wie *de Volkskrant*, *Trouw*, *Het Parool* und *NRC Handelsblad* in dieses nüchterne Wahrnehmungsmuster ein. Ebenso wie in diplomatischen Kreisen nahm man in der Presse Abstand von historischen Gespenstern, die sich durch das Vokabular der gewalttätigen Jugendlichen aufdrängten. Nicht zur Bestätigung historischer Assoziationen, sondern gerade um die Dämonen der Vergangenheit zu verjagen, wie *de Volkskrant* im September 1992 schrieb, müsse der historische Vergleich gezogen werden: „Dann zeigt sich auch der wesentliche Unterschied zwischen den jetzigen Krawallen und der Kristallnacht von damals, nämlich daß seinerzeit die deutsche Staatsmacht den Rassenhaß und die Gewalt entfesselte, während

die deutsche Obrigkeit nun, allen Unzulänglichkeiten zum Trotz, versucht, die Gewalt zu unterdrücken.“⁴⁸ Damit wurde der Ernst der Situation nicht relativiert, sondern einer nüchternen Urteilsbildung Ausdruck gegeben und simplifizierten, emotionalen Deutschlandbildern entgegengetreten. Ein solches Streben war charakteristisch für die meisten Reaktionen in den niederländischen Medien. Durchgehend bot die Berichterstattung ein differenziertes Bild von den tatsächlichen Ereignissen. Selbstverständlich schloß dies Kritik und Besorgnis nicht aus, wobei den Leitfaden der Vorwurf bildete, daß Behörden und Bevölkerung anfänglich zu wenig Tatkraft bei der Eindämmung der Gewalt gezeigt hätten. „Die Politik hat lange gezögert, um aktiv zu werden“, kritisierte das *NRC Handelsblad* im Dezember 1992. Zur selben Zeit schrieb *de Volkskrant* anlässlich einer großen Demonstration in Berlin gegen Fremdenhaß, daß es „auch höchste Zeit (war), daß das anständige Deutschland demonstrierte“.⁴⁹ Nachdem seit Ende 1992 in vielen deutschen Städten die Bevölkerung massenhaft auf die Straße gegangen war, um gegen die Gewalt zu protestieren, stellte man anschließend erleichtert fest, daß die übergroße Mehrheit der Deutschen endlich Front gegen die kleine Gruppe der Brandstifter machte.

Damit ist aber noch nicht alles über die niederländischen Reaktionen auf die deutsche rechtsextremistische Gewalt der frühen neunziger Jahre gesagt. Hinter der generell nuancierten Meinungsbildung in der Presse verbargen sich manchmal auch andere Töne. Liest man zwischen den Zeilen, bezieht man Karikaturen ein oder achtet man auf die Verwendung historisch beladener deutscher Ausdrücke (z.B. ‚Bei Nacht und Nebel‘), kommt man zu dem Ergebnis, daß doch gelegentlich mit Nachdruck Gebrauch von der Geschichte gemacht wurde, um die Dramatik und die Bedrohung in den Vordergrund zu stellen. Manchmal wurde der Ton auch durch suggestive Schlagzeilen wie „Die Geschichte wiederholt sich“ (*Parool*), „Nationalsozialismus gewinnt an Boden“ (*Trouw*) oder „Ein Land, in dem Menschen lebendig verbrannt werden“ (*Volkskrant*) bestimmt.⁵⁰ Obwohl es dabei um Ausnahmen ging, schob sich die Vergangenheit wiederholt über die Gegenwart, und trotz der oben genannten Bemühung um Nuancierung war ein spezifisches Bewußtsein deutschen Unheils spürbar. Genau auf dieser Linie lag die aufsehenerregende ‚Ik ben woedend‘ (Ich bin wütend)-Postkartenaktion von 1993. Den Anlaß dazu bildete die Brandstiftung in einem von Türken bewohnten Haus in Solingen,

wobei Ende Mai 1993 fünf Personen umkamen. Auf Initiative einiger Moderatoren von Jugendsendungen wurden Protestpostkarten gedruckt, die massenhaft verbreitet und nicht weniger massenhaft zurückgesandt wurden (1,2 Millionen). Postsäcke voller niederländischer Empörung wurden im Sommer unter großem Medieninteresse an Minister Friedrich Bohl im Kanzleramt in Bonn übergeben. Diese Aktion weckte in Deutschland nicht nur Irritationen, sondern bestätigte auf beiden Seiten der Grenze auch das Bild von den antideutschen Niederlanden. Paßte diese Aktion nicht zu den Ergebnissen der kurz vorher präsentierten ‚Clingendael-Untersuchung‘? Wären die Niederländer auch in so großer Zahl ‚wütend‘ geworden, wenn es um ein anderes Land als Deutschland gegangen wäre? Gab es irgendein anderes europäisches Land, wo die öffentliche Meinung in einem solchen Ausmaß gegen Deutschland mobilisiert werden könnte? Die Antwort auf diese Fragen weist offensichtlich in die Richtung antideutscher Motive, aber auch nun ist der Begriff ‚anti-deutsch‘ – ebenso wie bei früheren Fällen kollektiver niederländischer Aufregung über Deutschland – zu unscharf. Sicherlich gibt es in den Niederlanden eine latente Sensibilität gegenüber Deutschland, die unter dem Einfluß bestimmter Entwicklungen an die Oberfläche kommt. Dies können Erinnerungen an die Vergangenheit sein, aber auch ein sich plötzlich aufdrängendes Bewußtsein der Abhängigkeit oder der deutschen Dominanz in Europa. In dem vorliegenden Fall ging es um eine kollektive Abscheu gegen Ereignisse, die außerdem – auch wenn man sich dem rational widersetzte – unheimliche historische Assoziationen hervorriefen. Die Aufregung verstärkte sich noch, weil die Anschläge in einer Phase stattfanden, in der man ohnehin bereits mit einiger Sorge und Unsicherheit das vereinigte Deutschland betrachtete. Hinzu kam die gut geölte Organisation der Postkartenaktion selbst und die bestehende niederländische Neigung, sich dem Ausland gegenüber im allgemeinen – also nicht nur gegenüber Deutschland – schulmeisterlich zu verhalten. Durch die massenhafte Verbreitung der Karten in Schulen und an den Kassen vieler Geschäfte kostete es nicht mehr als eine Briefmarke, um sich für die gute ‚antifaschistische‘ Sache einzusetzen. So legte man Zeugnis nach innen („bei uns wird dies nicht geschehen!“) und recht gern auch nach außen ab („Deutsche, seid endlich genauso wachsam wie wir!“). Nicht zuletzt in diesem konstruierten Kontrast zu den östlichen Nachbarn lag die Anziehungskraft dieses doppelten Zeugnisses: 1,2 Millionen Niederlän-

der zeigten in ihrer ‚Wut‘ nicht nur, daß sie ‚gut‘ waren, sondern auch ‚besser‘ als die Deutschen. Wie schon öfter im politisch-psychologischen Verhältnis zwischen beiden Ländern wurde Deutschland und den Deutschen eine Lektion erteilt, um gleichzeitig den Unterschied zwischen ‚uns‘ und ‚ihnen‘ zu akzentuieren. Dies ist nicht dasselbe wie eine antideutsche Haltung, sondern es entspricht einer Kombination von Sendungsdrang und dem Bedürfnis, die eigene Identität gerade auch in der Abgrenzung von dem großen deutschen Nachbarn sichtbar zu machen. Nicht unerwähnt darf übrigens bleiben, daß viele Niederländer von der moralischen Arroganz der ‚Ik ben woedend‘-Aktion peinlich berührt waren.

Die niederländischen Reaktionen auf die rechtsextremistische Gewalt der frühen neunziger Jahre zeigten alles in allem ein ambivalentes Bild: Einerseits war in diplomatischen Kreisen und in den Medien ein Wahrnehmungsmuster zu beobachten, bei dem die Ereignisse in den nuancierten Kontext eines allgemeinen westlichen Problems eingeordnet wurden, das lediglich in Deutschland durch die Vereinigungsproblematik „größer, dringender, heftiger und emotionaler“ sei.⁵¹ Damit wurde das Problem nicht bagatellisiert, sondern rationalisiert, und außerdem zeigte sich daran, daß die Bundesrepublik nicht als ein Sonderfall, sondern als normale westliche Demokratie angesehen wurde. Natürlich drängte sich die Vergangenheit automatisch auf, aber wiederholt warnte man vor simplen Parallelen zwischen ‚damals‘ und ‚heute‘. Als der Protest der deutschen Bevölkerung gegen die rechtsextremistische Gewalt in Gang kam, beobachteten die niederländischen Medien dies außerdem sehr aufmerksam. Auch dies weist darauf hin, daß man in der Berichterstattung die richtigen Proportionen nicht aus den Augen verlor. Andererseits wurde diese rationale und differenzierte Bewertung nicht konsequent durchgehalten und historischen Assoziationen mit dem Dritten Reich manchmal freier Lauf gelassen. Die ‚Ik ben woedend‘-Postkartenaktion bestätigte darüber hinaus, daß der niederländische Seismograph empfindlich reagiert, wenn sich in Deutschland bedenkliche Entwicklungen vollziehen. Dabei ging es nicht um ernsthafte Zweifel an der Verankerung der Demokratie in der Bundesrepublik, sondern im Vordergrund stand die Neigung, eine Trennlinie zwischen ‚uns‘ und ‚den Deutschen‘ zu ziehen und so die eigene Identität zu betonen.

Empfindlichkeiten und Ambivalenz

Die relative Ruhe auf dem Gebiet der politisch-psychologischen Beziehung in den achtziger Jahren bedeutete nicht, daß keine Empfindlichkeiten und Spannungen vorhanden waren. Auch für diesen Zeitraum lassen sich verschiedene Momente anführen, die die Ambivalenz des Verhältnisses erkennen lassen. Dies gilt u.a. für das Jahr 1985, als des vierzigjährigen Endes des Zweiten Weltkriegs gedacht wurde. Die innerdeutschen Diskussionen über die Feier dieses ‚runden‘ Gedächtnisses wurden in den Niederlanden intensiv verfolgt, wobei die sogenannte ‚Bitburg-Affäre‘ ein negatives Licht auf den deutschen Umgang mit der Vergangenheit warf. In dem gemeinsamen Besuch von Bundeskanzler Kohl und US-Präsident Reagan auf dem Soldatenfriedhof in Bitburg, auf dem auch Mitglieder der Waffen-SS begraben liegen, sahen die niederländischen Medien einen unpassenden Versuch, die deutsch-alliierte Versöhnung zu forcieren. Er bestätigte ein negatives Bild der Bundesrepublik, in der konservative Strömungen angeblich die Vergangenheit ruhen lassen wollten. „In Bonn fehlt historisches Bewußtsein“, schrieb *Volkskrant*-Korrespondent Henk Strabbing angesichts dieses „unseligen Plans“, und auch *NRC Handelsblad*-Kolumnist Heldring äußerte seine Kritik unter der Schlagzeile „Bitburg ist nicht Verdun“. ⁵² Damit verwies Heldring auf einen früheren Besuch von Kohl und dem französischen Staatspräsidenten Mitterrand auf diesem Schlachtfeld des Ersten Weltkriegs, bei dem sie Hand in Hand der Toten dieses Krieges gedacht hatten. Bezeichnenderweise schlossen sich aber Empörung über ‚Bitburg‘ und ein differenziertes Bild von den östlichen Nachbarn nicht aus. „Alles was nach Stigmatisierung *der Deutschen* aussieht, muß vermieden werden“, so *Volkskrant*-Redakteur Paul Brill: „Wenn wir überhaupt je die Neigung hatten, den Begriff der Kollektivschuld zu verwenden, dann jetzt sicher nicht mehr. In Deutschland leben heutzutage Menschen, die mehrheitlich den Krieg nicht oder nicht bewußt mitgemacht haben. Unsere Deutschen, die in der Bundesrepublik leben, sind anständige Demokraten, geschätzte Bündnispartner und die besten Handelspartner.“ ⁵³

In derselben Gedenkperiode fand auch der erste Staatsbesuch eines deutschen Bundespräsidenten seit der so wichtigen Reise Heinemanns im Jahre 1969 statt. Daß Richard von Weizsäcker gerade kurz nach den vielen Gedenkveranstaltungen vom Mai 1985 die Niederlande besuchte, zeigt, daß sich seit 1969 viel zum Guten

verändert hatte. Während die niederländische Regierung damals einen offiziellen deutschen Besuch 1970 noch als nicht erwünscht betrachtet hatte, weil man in diesem *Jahr* der fünfundzwanzigjährigen Wiederkehr des Kriegsendes gedachte, stand nun sogar einem deutschen Staatsbesuch im *Gedenkmonat* nichts mehr im Wege. Dennoch hatte die Bildformung im Zusammenhang mit von Weizsäckers Besuch ambivalente Züge. Einerseits waren die niederländischen Medien voller Lob für den Bundespräsidenten, der kurz zuvor am 8. Mai mit einer eindrucksvollen Gedenkrede im Deutschen Bundestag eine Reihe von Tabus gebrochen hatte, die in deutschen konservativen Kreisen über die Jahre 1933–1945 bestanden.⁵⁴ Niederländische Kommentatoren hoben die historische Feinfühligkeit von Weizsäckers hervor, die etwas von dem Schaden wiedergutmache, den Kohl mit Bitburg angerichtet habe.⁵⁵ Andererseits wurde der Bundespräsident so sehr gepriesen, daß beinahe unvermeidlich der Eindruck einer einzigartigen Persönlichkeit entstand, die mit ihren historischen und moralischen Erkenntnissen weit über dem Niveau des Volkes stand, das sie repräsentierte. Wie sehr dies der Fall war, zeigte sich, als der Bundespräsident während seines Besuchs in einem Gespräch mit Schülerinnen und Schülern hauptsächlich mit Fragen über das Dritte Reich, Treffen ehemaliger SS-Angehöriger, Rassismus und Antisemitismus in der Bundesrepublik usw. konfrontiert wurde. Erschrocken über solche Deutschlandbilder trat von Weizsäcker für mehr deutsch-niederländischen Jugendaustausch ein, aber dieses Plädoyer wurde erst acht Jahre später nach der ‚Clingendael-Umfrage‘ Gemeingut.

Hinzu kam, daß die Medien den Besuch von Weizsäckers in hohem Maße in den Kontext der Versöhnung einordneten. Daß Kriegserinnerungen in diesem Gedenkmonat und angesichts der Rede von Weizsäckers am 8. Mai einen wichtigen Platz einnahmen, lag auf der Hand, aber die Betonung der Versöhnung verdeutlichte zugleich, wie stark die niederländische Seite immer noch nach deutschen Schuldbekennnissen verlangte. Vierzig Jahre später stand die Besatzungszeit sicher nicht mehr im Mittelpunkt der bilateralen Beziehung, aber die niederländische Sympathie für ‚gute‘ Deutsche und das Bedürfnis nach deutschen Versöhnungsgesten zeigten, daß der Schatten der Vergangenheit noch nicht wegzudenken war.

1988, drei Jahre nach den Gedenkveranstaltungen und dem Besuch von Weizsäckers, erwies sich auf einer ganz anderen Ebene,

daß Deutschland und die Deutschen im niederländischen Bewußtsein eine empfindliche Stelle besetzten. Bei der Fußballeropa-meisterschaft, die in Deutschland ausgetragen wurde, besiegte die niederländische Mannschaft im Halbfinale das deutsche Team. Daß sie anschließend auch das Finale gegen die Sowjetunion gewann, war selbstverständlich nicht unwichtig, aber der Sieg über Deutschland stellte den eigentlichen Triumph des Turniers dar. Ein Ausbruch von Chauvinismus ging durch das Land, und manche Beobachter sahen in den Straßenfesten nach Spielende sogar die größte nationale Euphorie seit der Befreiung von 1945.⁵⁶ „Fußball ist Krieg“, lautet ein vielzitatierter Ausspruch des damaligen Nationaltrainers, ‚General‘ Rinus Michels. Tatsächlich nahm der Wettstreit den Charakter einer für die Niederlande beinahe existentiellen Frage an: So wie in einem echten Krieg der Fortbestand der Nation auf dem Spiel steht, so schien es in diesem Länderspiel um den nationalen Selbstwert zu gehen. Die anschließende Ausgelassenheit war denn auch viel mehr als nur Freude über die ‚verdiente‘ Revanche nach der ‚Erniedrigung‘ von 1974, als die Niederlande im Finale der Weltmeisterschaft der Bundesrepublik unterlegen waren. Die Niederlande waren – für kurze Zeit – von einem grundlegenden Problem in der bilateralen Beziehung befreit: von dem stets vorhandenen Gefühl, von Deutschland überflügelt zu werden. In der Euphorie kam das seltene Glücksgefühl eines kleinen Landes zum Ausdruck, das seinem großen und mächtigen Nachbarn auch einmal seine Überlegenheit demonstriert hatte. Verschwunden waren die Gefühle der Abhängigkeit und das Bewußtsein, auf vielen Feldern der Schwächere zu sein: David hatte Goliath übertrumpft. Das war die Ursache für die tiefe Befriedigung, die dieser Sieg nicht nur den fußballbegeisterten Niederländern gegeben hatte.⁵⁷ Die Niederlande hatten ihre Eigenständigkeit und Stärke demonstriert, und zwar gerade gegenüber dem Land, das durch Nähe, Größe und Gewicht oft als eine Bedrohung der nationalen Selbständigkeit und Identität wahrgenommen wurde. Vor den Augen der Deutschen und der übrigen Welt hatte man noch einmal gezeigt: ‚Dutch‘ war nicht ‚deutsch‘, und die Niederlande waren kein zwölftes Bundesland der Bundesrepublik oder ein abgefallener Sproß vom deutschen Stamm, sondern eine stolze selbständige Nation.

Kriegserinnerungen spielten bei diesem Ausbruch von Chauvinismus eine untergeordnete Rolle. Variierend von einem Spruchband mit dem leise ironischen Text „Oma, ich habe dein Fahrrad

gefunden“ über massenhaft skandierter Slogans wie „Oh, was sind die Moffen still!“ bis hin zu wirklich feindseligen Äußerungen waren Bezüge zur Besatzungszeit zwar aus dem nationalen Spektakel vom Juni 1988 nicht wegzudenken, aber für die feiernden Niederlande stellten sie nicht mehr als ein willkommenes Instrument dar. Sie wurden aufgegriffen, um den deutsch-niederländischen Gegensatz herauszustreichen und so die niederländische Eigenheit zu bekräftigen.

Das überraschend starke *Oranje*-Gefühl mit antideutschem Unterton vom Sommer 1988 macht deutlich, wie schnell in einer relativ ruhigen Phase die politisch-psychologische Beziehung aus dem Gleichgewicht geraten kann. Auch in den darauffolgenden Jahren sollte rund um deutsch-niederländische Fußballländerspiele stets eine Spannung herrschen, die sich übrigens teilweise durch die Pflege der Erinnerung an 1988 wiederholte. Es würde aber zu weit führen, darin einen Beweis für fundamental gestörte psychologische Beziehungen zu sehen. Abgesehen von gelegentlichen Zwischenfällen zeugt die regelmäßig wiederkehrende Aufregung bei diesen Länderspielen eher von der normalen Neigung der Bevölkerung eines kleinen Landes, sich gegen den großen Nachbarn abzugrenzen. Es ist bereits wiederholt angemerkt worden: Die Niederlande brauchen den Kontrast zu Deutschland, um ihre eigene Identität sichtbar zu machen, und Länderspiele bieten dazu die optimalen Zutaten. Die Identifizierung mit der eigenen Nationalmannschaft ist leicht, und die ‚Ehre‘ und ‚Stärke‘ der Nation stehen auf dem Spiel. Für 90 Minuten ist der Kampf zwischen ‚Klein‘ und ‚Groß‘ auf 11 gegen 11 zurückgeführt, wobei ein Sieg für kurze Zeit das Gefühl vermittelt, daß man der – tatsächlichen oder eingebildeten – Bedrohung der eigenen Selbständigkeit und Identität widerstehen kann. Dabei geht es nicht um tiefsitzende antideutsche Gefühle, sondern um die vergnügliche Bestätigung des niederländischen ‚Wir‘-Gefühls, wenn ‚sie‘ mit hängenden Köpfen das Spielfeld verlassen müssen. So gesehen gehört die aufgeputschte Stimmung in den Niederlanden bei Fußballwettkämpfen gegen Deutschland zum normalen bilateralen Spannungsfeld. Solange sich bei der ‚Entladung‘ dieser Spannung die Anzahl der Vorfälle in Grenzen hält, gibt es keinen Anlaß zur Sorge über die deutsch-niederländischen Beziehungen.

Dies ist nur dann der Fall, wenn sich über einen längeren Zeitraum hinweg Spannungen aufbauen und die psychologische Beziehung keine Gelegenheit zur Beruhigung erhält. Zu einer solchen

Situation kam es in den frühen neunziger Jahren. Obwohl das niederländische Vertrauen zu Deutschland und den Deutschen im internationalen Vergleich relativ groß blieb (vgl. die Tabellen 17 und 18) und vor diesem Hintergrund die Verschlechterung der politisch-psychologischen Beziehung nicht zu hoch eingestuft werden darf, häuften sich in diesen Jahren doch die Zwischenfälle und Reibungen. Dem lag ein allgemeines Gefühl der Unsicherheit und des Unbehagens über die Zukunft Deutschlands zugrunde. Dort bereitete die Einheit größere Probleme, als viele erwartet hatten: Die ökonomische Sanierung der ehemaligen DDR, die politisch-kulturelle Integration von Ost- und Westdeutschen, die Gewalt gegen Ausländer, die Neuorientierung in der Außenpolitik und die neuerlichen Diskussionen über die deutsche Identität zeigten, daß der Einigungsprozeß auf vielen Ebenen nicht geräuschlos verlief. Außerdem mußten sich auch die Niederlande auf die veränderten internationalen Verhältnisse einstellen und ihre Position gegenüber dem vereinigten Deutschland bestimmen.

Es ist hier nicht der Ort für Betrachtungen über Veränderungen in der niederländischen Außenpolitik in der Zeit nach dem Kalten Krieg.⁵⁸ Hier soll die Feststellung genügen, daß mit Blick auf Deutschland häufig für eine Intensivierung der Beziehungen plädiert wurde, während man gleichzeitig vor einer einseitigen Orientierung auf den Nachbarn im Osten warnte, weil dies den niederländischen Spielraum vermindert hätte. So trat der regierungsnahe ‚Adviesraad voor Vrede en Veiligheid‘ (Beirat für Frieden und Sicherheit) in seinem 1994 erschienen Bericht „Duitsland als partner“ für verstärkte Bindungen zur Bundesrepublik ein. Auch Außenminister P.H. Kooijmans und sein Kollege vom Verteidigungsressort, A.L. ter Beek, vertraten diesen Standpunkt, wiesen in ihrer Antwort aber darauf hin, daß dies nicht zu einer Schwächung der Beziehungen zu Partnern wie den USA, Großbritannien, Frankreich und Belgien führen dürfe.⁵⁹ „Wenn man sich allzu sehr an Deutschland anschließt, werden wir ein *Bundesland* jenseits der Grenzen“, behauptete Kooijmans in einem Interview in *de Volkskrant* im Juni 1994.⁶⁰ Welche Position man in dieser Diskussion im einzelnen auch einnahm, für jeden lautete die Frage: Mit welchem Deutschland haben es die Niederlande zukünftig zu tun? Würde Deutschland durch die innere Einheit so sehr in Beschlag genommen sein, daß es auf der internationalen Bühne größtenteils abwesend wäre? Mußte man im Fernbleiben der Bundesrepublik von dem bewaffneten Konflikt mit dem Irak

(1991) das Vorzeichen eines in sich gekehrten Deutschlands sehen, das sich von seiner internationalen Verantwortung mit einer ‚Scheckbuch-Diplomatie‘ freikaufte? Oder würden es die Niederlande (und Europa) gerade mit einer neuen deutschen Aggressivität und Dominanz zu tun bekommen? Waren die deutsche Haltung im Jugoslawien-Konflikt und das energische Zusteuern auf die diplomatische Anerkennung von Kroatien und Slowenien 1991 nicht Anzeichen dafür, daß die Bundesrepublik auf Alleingänge zum Wohle deutscher Machtinteressen aus war? Weder das eine noch das andere traf zu, aber in den Niederlanden (und bei den anderen Bündnispartnern) erhob sich die Frage nach dem Gewicht und der Zielrichtung der zukünftigen deutschen Außenpolitik.⁶¹ In Den Haag erreichten diese Ungewißheiten und Irritationen im zweiten Halbjahr 1991 einen Höhepunkt, als die Niederlande den Vorsitz der Europäischen Gemeinschaft innehatten und Außenminister van den Broek wiederholt mit seinem deutschen Kollegen Genscher aneinandergeriet.

In einem solchen Klima brauchte auf der bilateralen Ebene nicht viel zu geschehen, um niederländische Empfindlichkeiten zu mobilisieren. So boten die langwierigen und mühsamen Verhandlungen über die Übernahme der niederländischen Flugzeugfabrik Fokker durch die deutsche DASA wiederholt Stoff für sensible niederländische Reaktionen. Der Korrespondent der *Süddeutschen Zeitung* in den Niederlanden, Siggie Weidemann, übertrieb maßlos, als er 1992 schrieb, es sei für Niederländer „zweifelloos schauderhaft“, ihre Industrie „an den Feind zu verkaufen“.⁶² Aber dennoch rief der Verkauf dieses Symbols nationalen industriellen Erfindergeistes Abhängigkeitsgefühle gegenüber Deutschland wach. Daß kurz nach der deutschen Vereinigung gerade ein Tochterunternehmen eines *deutschen* Mammutkonzerns den Niederlanden dieses nationale Symbol ‚raubte‘, sahen manche als ein beängstigendes Vorzeichen für das Ausmaß der ökonomischen Macht des vereinigten Deutschlands.

1994 folgte das Scheitern der Kandidatur von Ruud Lubbers für den Vorsitz der Europäischen Kommission. Was die Reaktionen auf die Fokker-Übernahme auf ökonomischem Gebiet hatten erkennen lassen, zeigte sich nach Kohls (und Mitterrands) Blockade der Wahl Lubbers‘ auch in der Politik: die Angst vor deutscher Vorherrschaft und einem weiteren Rückgang des niederländischen Status und Einflusses. Kündigte die Tatsache, daß Lubbers „ein Beinchen gestellt“ worden war, wie *de Volkskrant* Kohls Verhalten

umschrieb, deutsche (und deutsch-französische) Diktate in der Europäischen Union an?⁶³ Welcher Spielraum würde da für die kleinen Mitgliedsländer übrigbleiben? Dies waren Empfindlichkeiten, die in den Nachkriegsjahrzehnten wiederholt zum Vorschein gekommen waren, aber seit den Zusammenstößen zwischen Adenauer und Luns in den frühen sechziger Jahren die Gemüter bis auf die Regierungsebene nicht mehr so sehr erhitzt hatten. Vizepremier Kok meinte im Sommer 1994, daß die bilaterale Beziehung sich „verschärft“ habe und sprach von einem „alten Übel“, das aufgebrochen sei. Außenminister Kooijmans hielt „Reparaturen“ für nötig, um die Beziehung zwischen Den Haag und Bonn wieder hinzubiegen.⁶⁴ Obwohl auch in den niederländischen Kommentaren die Kampagne Lubbers' für den höchsten europäischen Posten kritisiert worden war, dominierten die entrüsteten Reaktionen, nach denen der deutsche Bundeskanzler den Niederlanden ihr ‚Recht‘ auf den Vorsitz genommen hatte. Daß auch der französische Präsident Mitterrand für Lubbers' Kandidatur wenig übrig gehabt hatte, blieb bemerkenswert unterbelichtet. Der niederländische Ärger richtete sich hauptsächlich gegen Helmut Kohl und die Bundesrepublik: Die deutsche Nähe und die niederländischen Gefühle der Ohnmacht und Abhängigkeit von dem großen Nachbarn stellten die Achillesferse der bilateralen Beziehung dar.

Die politisch-psychologische Beziehung zwischen Deutschland und den Niederlanden geriet in den frühen neunziger Jahren nicht nur durch die Übernahme von Fokker und die Affäre Lubbers aus dem Gleichgewicht. Die Annahme, in eine bilaterale Krise hineingeraten zu sein, verstärkte sich durch die bereits besprochene ‚Clingendael-Umfrage‘, die ‚Ik ben woedend‘-Postkartenaktion von 1993 und die jeweils irritierten deutschen Reaktionen darauf. Stärker als bei früheren Spannungen kam in der Bundesrepublik Ärger auf, der sich nicht auf die deutsche Presse beschränkte⁶⁵, sondern auf das erweiterte Feld der deutsch-niederländischen Kontakte ausgriff. Im November 1994 berichtete die niederländische Botschaft in Bonn dem Außenministerium besorgt über die Wende in der Haltung der Deutschen gegenüber den Niederlanden: Die frühere Sympathie sei Verärgerung gewichen.⁶⁶

1994 hatte außerdem eine Diskussion darüber begonnen, wie 1995 das fünfzigjährige Jubiläum der Befreiung von der NS-Herrschaft begangen werden sollte. Mußte man ein halbes Jahrhundert später nicht nach neuen Formen des Gedenkens suchen, die auch

Deutsche einbezogen? Sollte man nicht eine Verschiebung des Schwerpunktes anstreben und anstelle der Niederlage Deutschlands den inzwischen gemeinsamen demokratischen Normen- und Wertekanon in den Mittelpunkt stellen? Solche Fragen wurden 1994 häufig gestellt, und obwohl auf lokaler Ebene verschiedene deutsch-niederländische Initiativen entfaltet wurden, ging der allgemeine Tenor dahin, daß der 4. und 5. Mai nationale Gedenk- und Feiertage bleiben mußten. Die niederländische Regierung, die zur Einbeziehung von Deutschen bereit war, verhielt sich vorsichtig und akzeptierte den ablehnenden Standpunkt des ‚Nationaal Comité 4 en 5 mei‘, das für die Gestaltung der nationalen Gedenkfeier zuständig war. Anstatt den deutsch-niederländischen Beziehungen einen positiven Impuls zu geben, schien das Gegenteil der Fall zu sein: Der Ausgang der Gedenkdiskussion von 1994 bekräftigte schließlich den Schatten der Besatzungszeit über der bilateralen Beziehung, und auch in der Bundesrepublik hatte man registriert, daß die Niederländer lieber unter sich blieben.

Dennoch hatte die Diskussion über das Gedenken einen positiveren Effekt als es anfänglich 1994 schien. Zum ersten Mal hatte man so offen über ein gemeinsames deutsch-niederländisches Gedenken gesprochen, und verschiedene unter den Widersachern hatten zu erkennen gegeben, daß sie nach 1995 solche Initiativen unterstützen würden. Von großer Bedeutung war, daß Königin Beatrix seit Ende 1994 die Diskussion in Richtung auf eine deutsch-niederländische Annäherung lenkte. In ihrer Weihnachtsansprache von 1994 erinnerte sie an den deutschen Widerstand gegen den Nationalsozialismus und trat für einen ehrlichen Rückblick in den Niederlanden selbst ein: „Der Widerstand war nicht allgemein; ja, die meisten entschieden sich dafür, so normal wie möglich weiterzuleben, in der Hoffnung selbst zu überleben. Sie schauten darum manchmal in eine andere Richtung, wenn am hellichten Tag düstere Dinge geschahen. Später trugen sie die verborgene Scham mit sich herum.“⁶⁷ Am 5. Mai 1995 hielt sie auf der Gedenkversammlung im ‚Ridderzaal‘ in Den Haag den Niederländern vor, daß in Deutschland seit 1945 viele der eigenen Geschichte „ohne mildernde Worte“ ins Auge hätten blicken wollen.⁶⁸ So versuchte die Königin, das zugespitzte Bild von ‚Gut‘ und ‚Böse‘ über die Jahre 1940-1945 auf zweifache Weise zu durchbrechen: sowohl hinsichtlich der nationalen Erinnerung an die Besatzungszeit als auch bezogen auf den Kontrast zwischen den ‚guten‘ Niederlanden und dem ‚bösen‘ Deutschland. Abschließend

muß in diesem Zusammenhang das Symposium ‚Vijftig jaar vrijheid, ideaal en identiteit‘ (Fünfzig Jahre Freiheit, Ideal und Identität) genannt werden, das am 8. Mai 1995 in Anwesenheit von Königin Beatrix und Prinz Claus, Ministerpräsident Kok und anderer Kabinettsmitglieder stattfand. Ein deutsch-niederländisches Treffen war es nicht geworden, aber unter den internationalen Rednern waren auch Deutsche, das Fernsehen übertrug live, und die Reaktionen waren überwiegend positiv.⁶⁹

Inzwischen hatte man 1994 auf hoher politischer Ebene verschiedene Initiativen zur Verbesserung der politisch-psychologischen Beziehung ergriffen. Im Sommer dieses Jahres hatten die Außenminister Kooijmans und Kinkel den Plan vorgestellt, jährliche deutsch-niederländische Konferenzen abzuhalten, die durch ihre publizistische Wirkung zu mehr gegenseitigem Verständnis führen sollten. Am 3. Oktober 1994 besuchte Kinkel die Niederlande, und er kam nicht nur zu politischen Besprechungen, sondern hielt auch eine öffentliche Rede im Kurhaus zu Scheveningen. Das Datum seines Besuchs – der Tag der deutschen Einheit – war von deutscher Seite nachdrücklich als Signal für die Bedeutung der bilateralen Beziehungen gemeint. Kurz darauf reiste Ministerpräsident Kok nach Bonn und bereinigte dort endgültig die Affäre Lubbers – „das Buch ist ausgelesen und zugeklappt“, so Kok hinterher.⁷⁰ Auch schuf er gemeinsam mit Bundeskanzler Kohl die Grundlage für eine erhebliche Verbesserung der Beziehungen im Jahre 1995. Im Januar dieses Jahres machte der Bundeskanzler einen Blitzbesuch in den Niederlanden und sprach in Anwesenheit der Presse mit rund 30 Vertretern aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft. Der Besuch wurde als ein Ausdruck des ernsthaften Interesses Kohls an den deutsch-niederländischen Beziehungen dargestellt und erreichte auch genau das gewünschte Ziel einer Streicheleinheit für die niederländische Seele.⁷¹ Damit war der Weg geebnet für den ausgesprochen erfolgreichen Besuch des Bundeskanzlers in den Niederlanden kurze Zeit später, im Gedenkmonat Mai. Kohl, noch kein Jahr zuvor in der Angelegenheit Lubbers so sehr geschmäht, wurde nun überall gepriesen. Es entstand sogar der Eindruck, daß seine Kranzniederlegung am Denkmal ‚Die verwüstete Stadt‘ in Rotterdam und seine klaren Worte über das deutsche Bombardement im Mai 1940 wichtige Schritte in der deutsch-niederländischen Normalisierung der Nachkriegszeit seien. Vielen war nicht bewußt, daß es solche deutschen Gesten und Aussagen auch in der Vergangenheit gegeben hatte – nach

Heinemann (1969) und von Weizsäcker (1985) war es für die Niederlande inzwischen die dritte öffentliche Geste der Anerkennung historischer Schuld. Kohls Besuch stellte damit keine späte Krönung der inzwischen weit zurückliegenden Generalvereinbarung dar. Seine Bedeutung lag darin, daß er den Spannungen, die die bilateralen Beziehungen seit den frühen neunziger Jahren belastet hatten, ein Ende machte. Andererseits war es bezeichnend für die politisch-psychologische Beziehung zwischen den beiden Ländern, daß Kohl dies vor allem über den Weg der Vergangenheit gelang. Seine moralische Geste in Rotterdam war zwar nicht das einzige Eindrucksvolle, bildete aber doch die Voraussetzung für einen erfolgreichen Verlauf des Besuchs. Ebenso wie beim Besuch von Weizäckers im Mai 1985 lag es auch nun – in dem Monat, in dem man des fünfzigjährigen Endes des Krieges gedachte – auf der Hand, daß die Besatzungszeit eine zentrale Rolle spielte. Aber die große Bedeutung, die man in den Niederlanden dem ‚richtigen Ton‘ beimaß, den Kohl zu treffen gewußt hatte, deutet zugleich darauf hin, daß auch 50 Jahre später die (überlieferte) Erinnerung an die Besatzungsjahre noch eine empfindliche Stelle in der bilateralen Beziehung darstellte. Seit 1945 hatte das Verlangen nach einem deutschen Schuldbewußtsein lange Zeit im Mittelpunkt der niederländischen Erwartungen gestanden. 1995 war diese Erwartung selbstverständlich weniger stark als in den ersten Nachkriegsjahrzehnten, aber das alte Grundmuster bestand immer noch. Zugespitzt formuliert: Diese Erwartung war Teil eines rituellen Musters in der politisch-psychologischen Beziehung geworden, das die Befürworter gemeinsamer deutsch-niederländischer Gedenkveranstaltungen 1994/95 gerade hatten durchbrechen wollen.

Nach dem erfolgreichen Beitrag Kohls zur Verbesserung der Beziehungen stand der offizielle Besuch von Bundespräsident Roman Herzog im Oktober 1995 nicht mehr im Zeichen bilateralen Einvernehmens. Einen Moment lang schien eine neue Umfrage über das Deutschlandbild niederländischer Jugendlicher – veröffentlicht am Vorabend seiner Ankunft – allerdings doch darauf hinzuweisen.⁷² Herzogs relativierende Bemerkung, er habe in seinem Leben drei Dinge nie besonders geschätzt – „Vitamine, Kalorien und Demoskopien“ – betrachteten manche in den Niederlanden und in Deutschland als etwas zu sorglos, aber andererseits wurde sie auch als erfrischend erfahren, nachdem das Wort ‚Clingendael-Umfrage‘ so lange eine überschätzte Bedeutung in den bilateralen Beziehungen gehabt hatte.

So brachte das Jahr 1995 eine Wende im politisch-psychologischen Verhältnis, das in den vorangegangenen Jahren getrübt worden war. Es ist eine gewisse historische Ironie, daß gerade Helmut Kohl dabei so eine zentrale Rolle spielte. 1979 hatte ihn ein linkes niederländisches Publikum als ‚typischen‘ Deutschen unsanft über deutsches Unheil in Gegenwart und Vergangenheit befragt, in den achtziger Jahren konnte er ebensowenig auf viel niederländische Sympathie rechnen, und 1994 hatte er in der Affäre Lubbers noch viel Wut verursacht. Daß er und nicht ein ‚guter‘ Deutscher à la Brandt, Heinemann oder von Weizsäcker zur Symbolfigur dieser deutsch-niederländischen Wende wurde, wies auf eine wichtige Veränderung in den politisch-psychologischen Beziehungen hin.

So wichtig der Beitrag Kohls dazu auch war, so war von noch größerer Bedeutung, daß man inzwischen in den Niederlanden erkannt hatte, daß zur Verbesserung des psychologischen Einvernehmens vor allem von niederländischer Seite Initiativen entfaltet werden müßten. Hatte die ‚Clingendael-Umfrage‘ nicht gezeigt, daß es bei niederländischen Jugendlichen erschreckende Wissenslücken über das heutige Deutschland gab? Hatten die antideutschen Gefühle mit der deutschen Wirklichkeit zu tun, oder mußte man die Erklärung auf der niederländischen Seite suchen? Bestand nicht die Gefahr, daß das mühsame psychologische Verhältnis auch die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen belastete? „Die Niederlande können nicht ohne Deutschland, aber Deutschland kann ohne die Niederlande“, hatte Minister Kooijmans 1994 nicht ohne Übertreibung festgestellt. Aber die Botschaft des Ministers traf zweifellos zu: Ein gestörtes Verhältnis würde vor allem zum Nachteil der Niederlande sein. Außerdem steuerte Den Haag gerade auf eine Intensivierung der Beziehung zu, und dazu paßte selbstverständlich nicht das Fortbestehen von Deutschlandbildern, die mehr auf die Vergangenheit als auf die Gegenwart bezogen waren.

Bereits in den siebziger Jahren hatte der Kolumnist des *NRC Handelsblad*, J.L. Heldring, auf das mangelhafte niederländische Interesse an und Wissen über Deutschland hingewiesen. Mit einigen anderen (Ben Knapen, Professor Dr. Jürgen C. Hess) hatte er 1986 die ‚Stichting ter bevordering van Duitslandstudien in Nederland‘ (Stiftung zur Förderung von Deutschlandstudien in den Niederlanden) aus der Taufe gehoben, die mit begrenzten finanziellen Mitteln nützliche Arbeit verrichtete, aber nur eine ein-

geschränkte Reichweite hatte. In den frühen neunziger Jahren war man sich bewusst, daß sich die bilaterale politisch-psychologische Beziehung an einem Tiefpunkt befand und eine Verbesserung im niederländischen Interesse lag. Dies machte das Thema zu einem Sorgenkind der Diplomatie und Politik. Infolgedessen begannen ab 1994/95 zahlreiche Aktivitäten, z.T. mit erheblicher finanzieller Unterstützung aus Den Haag: Intensivierung der amtlichen und diplomatischen Zusammenarbeit, Anregung des Jugendaustausches, jährliche deutsch-niederländische Konferenzen⁷³, verstärkte Forschung über Deutschland und die deutsch-niederländischen Beziehungen, Verbreitung von Wissen über das Deutschland der Nachkriegszeit, mehr Aufmerksamkeit für Deutschunterricht, Journalistenaustausch usw.⁷⁴ Die Wirkung dieser Maßnahmen läßt sich natürlich nicht genau feststellen, um so mehr, als sie jüngeren Datums sind. Es kann aber festgehalten werden, daß dieser ‚Deutschlandboom‘ zur Rückkehr zu einer entspannteren politisch-psychologischen Beziehung seit 1995 beigetragen hat.

Schlußfolgerung

In der Entwicklung der politisch-psychologischen Beziehung zwischen Deutschland und den Niederlanden seit 1969 können verschiedene Muster unterschieden werden. Zunächst muß man noch einmal auf die Bedeutung des Jahres 1969 verweisen, als sich eine neue Phase in der Beziehung ankündigte: Der ‚Machtwechsel‘ dieses Jahres mit der Wahl von Heinemann und Brandt zum Bundespräsidenten bzw. Bundeskanzler und der Elan der sozialliberalen Koalition in der Innen- und Außenpolitik ließen die Bundesrepublik in weiten Kreisen in einem positiven Licht erscheinen. Der Staatsbesuch Heinemanns im November dieses Jahres krönte außerdem die bilaterale politische Normalisierung, die 1963 formal vollzogen worden war. In Meinungsumfragen aus den frühen siebziger Jahren erzielten Deutschland und die Deutschen hohe Werte auf der ‚Freundlichkeitsskala‘. Auch die niederländische Linke, die sich in der zweiten Hälfte der sechziger Jahre äußerst sensibel gegenüber der Bundesrepublik gezeigt und teilweise Sympathien für die DDR gehegt hatte, versöhnte sich nun mit Westdeutschland. Die deutsche Demokratie schien nach zwanzig Jahren keine Quelle der Sorge mehr zu sein. Mit Blick auf die zuvor aufgeworfene Frage, in welchem Ausmaß die deutsch-niederländische

Grenze auch als eine politisch-kulturelle Trennlinie zwischen West- und Mitteleuropa (Huizinga) wahrgenommen wurde, läßt sich feststellen, daß für viele Niederländer die deutsche Demokratie einen normalen westlichen Charakter zu bekommen schien, die keiner besonderen Aufmerksamkeit mehr bedurfte. Insgesamt zeigte die politisch-psychologische Beziehung um 1970 auf vielen Feldern ein günstiges Bild. Bezieht man die Ergebnisse von Meinungsumfragen aus den siebziger und achtziger Jahren ein, scheint sogar der Schluß gerechtfertigt, daß das politisch-psychologische Verhältnis zwischen beiden Ländern bis in die frühen neunziger Jahre ein ziemlich ruhiges und unproblematisches Bild bot.

Die niederländische Wahrnehmung in den siebziger und achtziger Jahren war allerdings empfindlicher und launischer, als die Umfrageergebnisse suggerieren. Auf die deutliche Verbesserung der Deutschlandbilder seit dem Herbst 1969 folgte in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre bei der niederländischen Linken eine kräftige Wiederbelebung der Allergie gegen Deutschland. Nach dem Intermezzo der Regierung Brandt (1969–1974), die das ‚gute‘ Deutschland verkörpert hatte, rief das politische Bild der Bundesrepublik nun wieder Unbehagen hervor. Völlig unverständlich war dies nicht, denn das westdeutsche gesellschaftliche Klima wies in diesen Jahren tatsächlich einige illiberale Züge auf. Natürlich muß sich jeder demokratische Staat gegen politischen Radikalismus schützen, aber der Versuch, dies mit Hilfe des ‚Radikalerlasses‘ von 1972 zu erreichen, drohte ins Gegenteil zu entarten und förderte Überreaktionen. Manche deutschen Politiker sahen dies bereits in einem frühen Stadium vorher. Helmut Schmidt, Anfang 1972 noch Verteidigungsminister, hatte es militärisch formuliert: „Der Staat darf nicht mit Kanonen auf Spatzen schießen.“⁷⁵ In derselben Zeit hatte der SPD-Fraktionsvorsitzende Wehner ebenfalls den Finger auf die Wunde gelegt: „Ich sehe keinen Sinn darin, die freiheitliche Grundordnung durch den ersten Schritt zu ihrer Beseitigung schützen zu wollen ... Wer nur noch die Alternative zwischen Unfreiheit und kontingentierter Halbfreiheit oder Dreiviertelfreiheit hat, der hat in Wahrheit schon verloren.“⁷⁶ Auch in den folgenden Jahren riefen Politiker aller deutschen Parteien, Journalisten, Wissenschaftler und Schriftsteller zu Besonnenheit, Toleranz und dem Schutz der Liberalität und des Rechtsstaats auf.⁷⁷ Sie waren diejenigen, die dafür sorgten, daß der demokratische Staat letztlich gestärkt aus seiner „ersten

großen Bewährungsprobe“ hervorging, wie *Die Zeit* die siebziger Jahre 1980 im Rückblick charakterisierte.⁷⁸

Ausländische Kritik an der Entwicklung des politisch-gesellschaftlichen Klimas in der Bundesrepublik stellte dementsprechend an sich kein Zeichen antideutscher Gefühle oder Überempfindlichkeit gegenüber der Bundesrepublik dar. Viele niederländische und andere ausländische Stellungnahmen, die Besorgtheit ausdrückten, waren davon völlig frei und sind als Äußerungen ‚kritischer Solidarität‘ mit der demokratischen Bundesrepublik zu betrachten. Dies galt z.B. für die Haltung des bekannten französischen Deutschlandexperten Alfred Grosser. In seinen zahlreichen Kommentaren, Lesungen und Schriften rief er die Bundesrepublik stets wieder dazu auf, mehr demokratisches Selbstvertrauen zu entwickeln und weniger an administrative, polizeiliche und strafrechtliche Maßnahmen gegen Radikalismus und Terrorismus zu glauben.⁷⁹ Grosser, der 1975 den Friedenspreis des Deutschen Buchhandels erhielt, fand in Deutschland Gehör. Das galt aber nicht für diejenigen ausländischen Kritiker, die nur ihrer Empörung Luft machten und ohne Verständnis für die historischen Empfindlichkeiten in Deutschland selbst und mit einem höchstens oberflächlichen Wissen über die aktuellen Verhältnisse die deutsche Politik und Gesellschaft zur Karikatur verzerrten. Solche Töne kamen nicht nur aus den Niederlanden – auch in Frankreich schlugen die Wellen der Empörung hoch⁸⁰ –, aber die niederländischen Reaktionen wurden in Bonn zu den schärfsten gerechnet.⁸¹ Sie griffen Klischees und Vorurteile über Deutsche und ihre politische Kultur auf, die um 1970 in den Hintergrund getreten waren, sich bei einem Teil der öffentlichen Meinung aber offensichtlich noch leicht mobilisieren ließen. Obwohl die Sorge über die Entwicklungen in der Bundesrepublik bis in die politische Mitte der Niederlande reichte, war es ebenso wie in den sechziger Jahren erneut eine linke Minderheit, die so nachdrücklich von sich reden machte, daß es schien, als ob eine große antideutsche Welle das Land überspülte. So dramatisch war es nicht, aber die Aufregung zeigte doch, wie schnell Empfindlichkeiten bei einem Teil der öffentlichen Meinung die Überhand gewinnen konnten. In diesen Reaktionen wurde ein Mechanismus sichtbar, der für die politisch-psychologische Beziehung zwischen Deutschland und den Niederlande im allgemeinen kennzeichnend ist: Die Niederlande haben eine ‚niedrige Schmerzgrenze‘ in bezug auf Deutschland, und infolgedessen kommen unter bestimmten Umständen latent vor-

handene Gefühle des Mißtrauens in handfesten Emotionen zum Ausbruch. Das Reaktionsmuster der siebziger Jahre zeigt, daß Kriegserinnerungen dabei nicht an erster Stelle stehen müssen. Viel wichtiger waren die Gefühle der Abhängigkeit von der starken und selbstbewußten Bundesrepublik, die mit ihrem ‚Modell Deutschland‘ und ihrem zunehmenden politisch-ökonomischen Gewicht die niederländische Selbständigkeit und Identität zu bedrohen schien. In den Nachkriegsjahrzehnten hatte man wiederholt empfindlich reagiert, wenn der Unterschied in Größe und Gewicht zwischen beiden Ländern ein Thema gewesen war. In den fünfziger Jahren ging es hauptsächlich noch um die Angst vor einer *zukünftigen* Verstärkung der deutschen Position. In den sechziger Jahren verfolgte man dann das wachsende deutsche Selbstbewußtsein mit Argusaugen. Die Bundesrepublik Willy Brandts hatte dagegen nicht Macht, sondern Moral ausgestrahlt und auch deswegen in den Niederlanden soviel Sympathie geerntet. Unter Helmut Schmidt emanzipierte und ‚normalisierte‘ sich die Bundesrepublik, und Deutschland profilierte sich sehr in der internationalen Politik. Bereits dies lieferte für manche ausreichend Anlaß für eine größere Distanz gegenüber Deutschland. In Verbindung mit den politisch-kulturellen Entwicklungen in der Bundesrepublik und dem beherrschenden Sendungsdrang der niederländischen Linken konnten die Emotionen in der zweiten Hälfte der siebziger Jahre derartig hochkochen. Für die Wahrnehmung der deutschen Demokratie bedeutete dies, daß die deutsch-niederländische Grenze erneut die Konturen einer politisch-kulturellen Trennlinie annahm. Je weiter links der Betrachter stand, desto schärfer wurden diese Konturen. In der politischen Mitte machte man sich zwar Sorgen über die Zukunft einer liberalen politischen Kultur in der Bundesrepublik, aber es gab keinen Zweifel an der Verankerung der deutschen Demokratie als institutionell funktionsfähigem System. Die Palette der Wahrnehmungen endete bei einer kleinen linksextremistischen Gruppe, die von einem ‚Polizei-staat‘ und ‚faschistischen Tendenzen‘ in Deutschland sprach.

Mit dem Abebben der Turbulenzen in der westdeutschen Innenpolitik am Ende der siebziger Jahre verschwanden solche Bewertungen, und die Bildformung über die deutsche Demokratie geriet in ruhigeres Fahrwasser. In der Wahrnehmung verschwamm erneut die deutsch-niederländische Grenze als politisch-kulturelle Trennlinie, und diese Entwicklung hat sich seither fortgesetzt. Wie sehr die Bundesrepublik seit den achtziger Jahren als eine normale

westliche Demokratie perzipiert wurde, erwies sich nicht nur während der deutschen Wiedervereinigung, als das Vertrauen in die deutsche Demokratie die Zustimmung zur Einheit erleichterte. Es zeigte sich auch in den frühen neunziger Jahren, als das vereinigte Deutschland durch eine Welle rechtsextremistischer Gewalt aufgeschreckt wurde. Zweifellos erhielt der deutsche demokratische Schild in dieser Zeit einige Beulen, aber die niederländische Meinungsbildung verlief durchgehend nuanciert und differenziert. Anstelle von Vorurteilen oder historisch negativen Deutschlandbildern stand das Bewußtsein im Vordergrund, daß Deutschland mit einem allgemeinen westlichen Problem kämpfte. Daß ein solches Bewußtsein in einer Phase dominieren konnte, in der das vereinigte Deutschland seine erste große innere Feuerprobe zu bestehen hatte, darf man als einen Beweis dafür ansehen, daß die niederländische Meinungsbildung über Deutschland nüchterner und rationaler verlief, als in diesen Jahren oft behauptet wurde.

Dennoch gab es in dieser Zeit erstmals seit Mitte der siebziger Jahre wieder eine Phase mühsamer politisch-psychologischer Beziehungen. Im Gegensatz zu den siebziger Jahren ging es nun aber nicht um eine politisch klar umrissene Gruppe von Niederländern, die sich von Deutschland abgrenzte. Das Unbehagen äußerte sich auch auf mehreren Ebenen: Irritationen über die deutsche Jugoslawien-Politik, die Übernahme von Fokker durch die DASA, die ‚Clingendael-Umfrage‘, die ‚Ik ben woedend‘-Aktion, die Affäre Lubbers, die teilweise mißglückte Diskussion von 1994 über gemeinsame Gedenkveranstaltungen – Spannungen unterschiedlicher Art türmten sich auf. Oberflächlich gesehen lag die Schlußfolgerung auf der Hand, daß ‚die Niederlande ihren antideutschen Gefühlen wieder einmal freien Lauf ließen‘.⁸² In Wirklichkeit ging es um einen Anpassungsprozeß der Niederlande an die veränderten internationalen Verhältnisse, bei dem Unsicherheit über die Zukunft Europas, die Stellung Deutschlands und nicht zuletzt diejenige der Niederlande selbst im Mittelpunkt stand. Daß dabei die deutsch-niederländische Beziehung so stark in den Vordergrund trat, konnte nicht überraschen: Das Ergebnis der deutschen Anpassung an die neue internationale Lage war noch unklar, hatte aber in jedem Fall direkte Folgen für die Niederlande. In Verbindung mit den vorhandenen Abhängigkeitsgefühlen gerade gegenüber Deutschland und angesichts der offenen Frage nach der niederländischen Identität in einem veränderten Europa führte diese

Unsicherheit zu einer erhöhten Sensibilität und Ambivalenz im bilateralen Verhältnis.

Damit wird nicht bestritten, daß in jenen Jahren auch schrille und überempfindliche Töne zu hören waren und daß Maßnahmen zur Verbesserung der Beziehungen notwendig waren. In diesem Zusammenhang wirkte die ‚Clingendael-Umfrage‘ als heilsamer Schock: Wenn bei Jugendlichen derartig negative Deutschlandbilder bestanden, so die Reaktion bei vielen, dann mußten Journalisten, Lehrer und Eltern sich fragen, inwiefern sie eine solche Bildformung förderten. Diese Frage mahnte zur Besinnung, und mit Hilfe des Bewußtseins, daß niederländische Interessen auf dem Spiel standen, und durch die überreichliche Aufmerksamkeit, die die Deutschen den Niederlanden 1995 widmeten, wurde die Wende eingeleitet. Bedeutet dies, daß das Jahr 1995 eine Zäsur in der politisch-psychologischen Beziehung zwischen Deutschland und den Niederlanden darstellte? Ja, wenn man in diesem Jahr das Ende der mühsamen Beziehung der frühen neunziger Jahre sieht. Ja, wenn man sich das Ergebnis der selbstkritischen internen niederländischen Diskussion jener Jahre ansieht. Nein, wenn man der Meinung ist, daß seitdem das bilaterale Verhältnis seine inneren Spannungen verloren hat. Sie werden weiter bestehen, weil die Asymmetrie in der Beziehung auch in der Zukunft auf der niederländischen Seite Spannungen erzeugen wird. Die deutsch-niederländische Beziehung – dies wurde im vorhergehenden wiederholt dargelegt – weist ein strukturelles Spannungsfeld auf, das durch verstandesmäßige Plädoyers für eine nuancierte Bildformung und durch mehr Wissen über Deutschland nicht aufgehoben werden kann. Damit soll nicht einem Defätismus das Wort geredet werden, sondern zur Einsicht in den vorprogrammierten Charakter von Spannungen auf niederländischer Seite aufgerufen werden. Hat man das eine Klischee über Deutschland und ‚die‘ Deutschen entkräftet, wird sich bald das nächste ankündigen, weil seine Funktion in dem Bedürfnis nach nationaler Abgrenzung liegt. Solange die Spannungen sich nicht aufstauen und gegenseitig hochschaukeln, gehört dies zur *normalen* Form von Bilateralität zwischen den Niederlanden und Deutschland.

TEIL 4

DIE NIEDERLANDE UND DEUTSCHLAND
1945-1995

Schlußbetrachtung

In den ersten Jahren nach 1945 strebte die niederländische Regierung nach der Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen zu Deutschland. Vor allem aufgrund der Politik der vier Besatzungsmächte gelang dies anfänglich nur schlecht, aber 1949 wurden zahlreiche Handelshemmnisse beseitigt, und die Bundesrepublik entwickelte sich rasch zum wichtigsten Wirtschaftspartner der Niederlande. Ab 1950 gehörten die Niederlande gemeinsam mit den Vereinigten Staaten zu denjenigen, die sich früh für die deutsche Wiederbewaffnung einsetzten. Den Haag strebte eine in hohem Maße gleichberechtigte Stellung der Bundesrepublik in der westlichen Gemeinschaft an. Dieses Ziel wurde mit niederländischer Unterstützung 1955 erreicht: Mit dem Inkrafttreten der Pariser Verträge im Mai dieses Jahres wurde die Bundesrepublik ein beinahe völlig souveränes Mitglied der NATO. Damit war, zehn Jahre nach der deutschen Kapitulation vom Mai 1945, ein großer Fortschritt auf dem Weg vom Feind zum Partner zu verzeichnen.

Diese Politik gründete sich auf eine realistische Beurteilung der ökonomischen und sicherheitspolitischen Verhältnisse der Niederlande und Westeuropas. Diesem „vorwärtsdrängenden Verstand“ stand aber lange Zeit ein „zögerndes Gemüt“ gegenüber, wie der deutsche Botschafter Mühlenfeld 1954 formulierte.¹ Antideutsche Gefühle waren anfänglich weit verbreitet, man forderte energisch Schadenersatz, und Mißtrauen und Wachsamkeit bildeten die selbstverständlichen Ausgangspunkte der Vorstellung von Deutschland und den Deutschen. Damit war die niederländische Haltung gegenüber Deutschland nicht frei von inneren Widersprüchen. In den ersten Nachkriegsjahren stand der Wunsch nach ökonomischer Annäherung in einem Spannungsverhältnis zu den umfangreichen Annektionsforderungen sowie Plänen zur Ausweisung aller in den Niederlanden wohnenden Deutschen. Obwohl ökonomische und sicherheitspolitische Motive zunehmend in Richtung einer Annäherung wiesen und nach der Gründung der

Bundesrepublik 1949 im Mittelpunkt standen, verschwand dieser Widerspruch nicht. Dies fiel auch den Betroffenen in den fünfziger Jahren auf. Zutreffend bemerkte dazu 1951 Han Helb, niederländischer Botschaftsrat in Bonn: „Im einen Augenblick plädieren wir für Realismus gegenüber den Deutschen, nämlich dort, wo wir von ihnen Vorteile erwarten, z.B. durch die Aufstellung deutscher Soldaten ..., doch auf anderen Gebieten, besonders auf der bilateralen Ebene, ist von unserem Realismus angesichts der veränderten Situation in Europa keine Rede, und wir versuchen, zu kriegen, was wir kriegen können.“² Daran sollte sich in den fünfziger Jahren nichts ändern. Auch auf deutscher Seite stellte man diese Diskrepanz wiederholt fest. So berichtete der deutsche Botschafter in Den Haag, Joseph Löns, im Oktober 1958 dem Auswärtigen Amt, daß seine niederländischen Gesprächspartner in bilateralen Fragen „kühl, abweisend und verschlossen“ seien, auf der multilateralen Ebene dagegen „mitteilsam und herzlich“.³ Vergleicht man diese niederländische Haltung mit der anderer westlicher Länder, kommt der Gegensatz noch schärfer zum Ausdruck: In der Normalisierung auf der Ebene von Wirtschaft und internationaler Politik marschierten die Niederlande in vorderster Front, während sie bei der bilateralen politischen Normalisierung das Schlußlicht bildeten.

Diese niederländische Schroffheit auf bilateraler Ebene verschwand nur teilweise, nachdem 1963 die Generalvereinbarung in Kraft getreten war und Den Haag und Bonn in politischer Hinsicht den sprichwörtlichen Strich unter die Vergangenheit gezogen hatten. Mit Ausnahme der noch in Breda inhaftierten deutschen NS-Verbrecher gehörten seither alle aus dem Krieg herrührenden Fragen der Vergangenheit an. Aber in psychologischer Hinsicht war der Abstand noch keineswegs überbrückt, und es sollte noch bis 1969 dauern, bevor mit dem Staatsbesuch von Bundespräsident Gustav Heinemann eine neue Phase eingeleitet wurde.

Welche Ursachen liegen dieser ‚schichtweisen‘ Normalisierung der deutsch-niederländischen Beziehungen mit ihren verschiedenen Ebenen und Geschwindigkeiten zugrunde? Um diese Frage beantworten zu können, muß man zunächst auf die Ausgangspunkte und Zielsetzungen der niederländischen Deutschlandpolitik im ersten Nachkriegsjahrzehnt verweisen. Vor dem Hintergrund des seit 1947/48 aufkommenden Kalten Krieges wurde unter Führung der USA und Großbritanniens eine Entwicklung in Gang gesetzt, die aus dem ehemaligen Feind einen politischen und militärischen

Verbündeten machen sollte. Auch die Niederlande zweifelten nicht an der Notwendigkeit dieses Schritts, aber die Zukunftsperspektive zwang zugleich zur Beantwortung der Frage, wie der Schutz vor der Sowjetunion *mit* Deutschland mit der Sicherung *gegen* Deutschland kombiniert werden konnte, die man für ebenso notwendig hielt. Diese Frage wurde akut, als 1948/49 die Gründung der Bundesrepublik und der DDR bevorstand. Eindeutig war der Aufbau eines starken Westens nur vorstellbar, wenn auch die Bundesrepublik dazugehörte und die Möglichkeit zum Wiederaufbau erhielt. Aber bestand nicht die Gefahr, daß man mit einem dadurch an Kraft gewinnenden Westdeutschland ein trojanisches Pferd in das westliche Bündnis holte? Und davon abgesehen, würde Westdeutschland sich an den Westen binden wollen, wenn es die Chance bekäme, mit Moskau ein neutralisiertes wiedervereinigtes Deutschland zu vereinbaren? Mit dem Schlüsselbegriff ‚Integration‘ wies die niederländische Antwort in dieselbe Richtung wie die der anderen Länder: Die Integration der Bundesrepublik würde den Westen stärken und einen kontrollierten Wiederaufbau ermöglichen. Der neue Staat könnte dadurch so eingebunden werden, daß er keine Bedrohung für den Westen darstellen und hoffentlich gegenüber sowjetrussischen Wiedervereinigungsvorschlägen, die den Westen geschwächt hätten, unempfindlich sein würde.

Die Niederlande konnten als kleine Macht bei diesen Fragen nur eine Nebenrolle spielen. Den Haag hatte explizite Ansichten über die Milderung des Besatzungsstatuts, über die Frage, ob die deutsche Wiederbewaffnung im europäischen oder atlantischen Rahmen stattfinden sollte, und über die westliche Politik hinsichtlich der deutschen Einheit, aber die Niederländer hatten kaum eine Möglichkeit, an der Entscheidungsfindung mitzuwirken, die hauptsächlich zwischen den Großen Drei und der Bundesrepublik stattfand. Trotz der Enttäuschungen darüber konnten die Niederlande in den fünfziger Jahren mit dem Verlauf der Integration der Bundesrepublik zufrieden sein. Die Haager Politik entsprach schließlich der Hauptlinie der Deutschlandpolitik der USA und Großbritanniens und deckte sich ebenfalls eng mit den Vorstellungen von Bundeskanzler Adenauer.

So hatten auf der wirtschaftlichen und sicherheitspolitischen Ebene vitale niederländische Interessen in Richtung einer Normalisierung der Beziehungen gewiesen, und Den Haag hatte diese Interessen im ersten Nachkriegsjahrzehnt nüchtern wahrgenom-

men. Grundsätzlich war man sich in Den Haag darüber einig, daß die Normalisierung der bilateralen politischen Beziehung mit der funktionalen Annäherung im ökonomischen und multilateralen Bereich Schritt halten mußte. Außerdem wußte man auch in Den Haag, daß die Chance auf Genugtuung für erlittene Kriegsschäden sank, je mehr Zeit verging. Dies bedeutete aber nicht, daß die Niederländer zu großen Konzessionen bei der Lösung der aus dem Krieg stammenden Fragen bereit gewesen wären. ‚Nur eines erwartet der Holländer‘, schrieb *FAZ*-Korrespondent Hermann Opitz 1952: „Daß der Deutsche das dem Holländer während der Besatzung zugefügte Leid anerkennt, und daß er die kämpferische Haltung des Holländers gegenüber einem blutigen Tyrannen achtet.“⁴⁴ Gegen die Behauptung, es habe in den Niederlanden während der Besatzung eine *kämpferische* Haltung gegeben, läßt sich vieles einwenden, aber Opitz charakterisierte zutreffend die niederländische Erwartungshaltung: Deutschland mußte einsehen, daß es materiell und immateriell viel gutzumachen und eine schuldbewußte und entgegenkommende Haltung einzunehmen hatte. Anstatt sich aber als bußfertiger Schuldner zu präsentieren, der bereit war, die stark moralisch motivierten niederländischen Forderungen zu erfüllen, legte Westdeutschland in den bilateralen Verhandlungen selbstbewußt seine eigenen Forderungen auf den Tisch. Infolgedessen gerieten die Verhandlungen in einen Teufelskreis: Die Bundesregierung entsprach nicht den hohen niederländischen Erwartungen und erklärte den mühsamen Verlauf der bilateralen Normalisierung mit niederländischer Halsstarrigkeit. Daraufhin hielt Den Haag aus Enttäuschung über den geringen Umfang, in dem die Bundesrepublik die deutsche Schuld tilgen wollte, um so entschlossener an seinen Forderungen fest, was wiederum auf deutscher Seite das Unverständnis für die niederländische Haltung weiter steigerte.

Dieses Muster gegenseitigen Unverständnisses verstärkte sich noch einmal durch die Geschwindigkeit, mit der die Bundesrepublik seit 1949 in die westliche Gemeinschaft einzog. Auf deutscher Seite stellte man sich auf den Standpunkt, daß die niederländische Schroffheit im Licht der internationalen Verhältnisse anachronistisch sei und Den Haag einlenken müsse. In den Niederlanden erkannten manche diese Notwendigkeit auch, aber die ausschlaggebende psychologische Reaktion wies in die entgegengesetzte Richtung. Solange die Bundesrepublik den niederländischen Forderungen unzureichend entgegenkam, stand dem Nach-

teil bilateraler Spannungen in jedem Fall noch das Gefühl gegenüber, daß die Niederlande ihr moralisches Recht auf Genugtuung nicht preisgaben. In diesem Sinne erklärte Justizminister L.A. Donker im April 1955, im Vergleich zu anderen Ländern seien die Niederlande während des Krieges von den Deutschen „bei weitem am schändlichsten“ behandelt worden, und Den Haag müsse Bonn deutlich machen, daß diese Vergangenheit nicht vergessen sei.⁵ Dies geschah denn auch in den Verhandlungen über die aus der Besatzungszeit stammenden Fragen. In der Einleitung wurde in diesem Zusammenhang der Begriff der Normalisierung-*plus* eingeführt. Damit wurde zum Ausdruck gebracht, daß es bei der Normalisierung der Beziehungen nicht nur um die Lösung von Kriegsfragen und den Abbau von Spannungen ging, die aus diesen Jahren stammten, sondern daß die Bundesrepublik auch als *Bündnispartner* akzeptiert werden mußte. Gerade diese Tatsache und die Geschwindigkeit, mit der die Bundesrepublik ein Partner des Westens wurde, riefen Spannungen hervor, die die bilaterale Normalisierung verzögerten. Ein vergleichbarer Mechanismus sorgte dafür, daß es nach der Ratifizierung des Vertrags über die Generalvereinbarung 1963 weiterhin zu Spannungen kam. Die bilateralen Beziehungen waren seitdem formal normalisiert, aber die niederländische Enttäuschung über den Inhalt des Vertrags ließ das Bedürfnis fort dauern, Deutschland zu zeigen, daß die Kriegsjahre für die Niederlande noch keine Vergangenheit waren.

Die Erfahrungen aus dem Zweiten Weltkrieg belasteten auch die Perzeption der Bundesrepublik als Partner des Westens. So schnell sich die formale Normalisierung auf der Ebene europäischer und atlantischer Zusammenarbeit auch vollzog, so bestand doch in den fünfziger Jahren große Unsicherheit in der Frage, ob sich die Bundesrepublik zu einem zuverlässigen Bündnispartner entwickeln werde. Angesichts der Einbindung der Bundesrepublik in die NATO, den amerikanischen Sicherheitsgarantien für Europa und der bipolaren Struktur der internationalen Beziehungen wurde die Gefahr selbständiger deutscher Machtentfaltung auf absehbare Zeit als gering eingeschätzt, aber hinsichtlich der Loyalität und der demokratischen Qualität des neuen Verbündeten blieben Zweifel. Diese niederländische Sorge läßt sich in zwei Begriffen zusammenfassen. Der erste Begriff, ‚Rapallo‘, stand für die Angst vor einer deutsch-russischen Annäherung in der Wiedervereinigungsfrage auf Kosten des Westens. Bemerkenswert hieran ist, daß die Gefahr eines deutschen Alleingangs überschätzt wurde. Die

stark antikommunistische Bevölkerung in Westdeutschland, die Sicherheit, Ruhe und Wohlstand wünschte, hatte für solche Experimente nichts übrig. Nicht weniger wichtig war, daß der politische Spielraum der Bundesrepublik dafür viel zu klein war. Einen der wenigen Lichtblicke in diesem düsteren niederländischen Bild stellte Bundeskanzler Adenauer dar, dessen zentrales Ziel schließlich die dauerhafte Verankerung Deutschlands im Westen war. Aber stets erhob sich die Unsicherheit, ob seine Nachfolger denselben Kurs verfolgen würden und ob ‚der Alte‘ lange genug leben würde, um seine Integrationspolitik abzuschließen. Am Ende der fünfziger Jahre wurde die Bündnistreue der Bundesrepublik zwar weniger an die Person des Bundeskanzlers gebunden, und die Angst vor einem deutschen Alleingang nahm ab, aber bis in die Mitte der sechziger Jahre betrachtete man die Bundesrepublik aufgrund der ungelösten Wiedervereinigungsfrage als eine potentielle Quelle der Unruhe und europäischer Instabilität. Nachdem sich die Bundesrepublik unter der Großen Koalition (1966–1969) zunehmend bereit gezeigt hatte, die Nachkriegsrealität anzuerkennen und dies seit 1969 mit der neuen Ostpolitik auch vertraglich festgelegt hatte, trat diese Furcht in den Hintergrund. In den Niederlanden interessierten sich seither nur noch wenige für die deutsche nationale Frage, und von ernsthaften Zweifeln an der Bündnistreue war nun keine Rede mehr.

Der zweite Begriff, unter dem sich die niederländische Sorge fassen läßt, lautet ‚Weimar‘. Er stand für die Ungewißheit über die Zukunft der deutschen Demokratie. Ebenso wie bei der Wahrnehmung der nationalen Frage gilt auch hier, daß die Besorgtheit erst in den sechziger Jahren allmählich abnahm und das Jahr 1969 einen Wendepunkt darstellte. Die Bundestagswahlen und der Regierungswechsel dieses Jahres führten zu den ersten wirklich positiven Kommentaren über die deutsche Demokratie und durchbrachen die bis dahin vorhandene Skepsis. Allerdings zeigte sich einige Jahre später in der Aufregung linker Niederländer über den Radikalenerlaß und die deutsche Antiterrorpolitik, daß dieses Vertrauen bei einem Teil der niederländischen Bevölkerung noch leicht zu untergraben war. Nachdem der RAF-Terror zurückgegangen war und die Deutschen bei den sogenannten ‚Berufsverboten‘ Korrekturen vorgenommen hatten, rief die Zukunft der deutschen Demokratie in den achtziger Jahren keine grundlegenden Sorgen mehr hervor. Dies galt auch, als das wiedervereinigte Deutschland in den frühen neunziger Jahren mit Anschlägen auf

Ausländer konfrontiert wurde. Selbstverständlich machte man sich in dieser Phase Sorgen über die rechtsextremistische Gewalt, aber diese Sorgen implizierten keinen Zweifel an der soliden Verankerung der deutschen Demokratie. Anstelle von Vorurteilen oder historisch negativen Deutschlandbildern herrschte das Bewußtsein vor, daß Deutschland mit einem allgemeinen westlichen Problem kämpfte.

Bis in die sechziger Jahre wurde das niederländische Wahrnehmungsmuster des Mißtrauens und der Wachsamkeit von einem weit verbreiteten, sehr generalisierenden Bild ‚der‘ Deutschen als politisch ‚unreif‘ und ‚unausgeglichen‘ komplettiert. Aus deutscher Perspektive lag es dementsprechend nahe, die Niederlande als ‚Problemgebiet‘ zu betrachten. Die deutsche Hoffnung, mit der fortschreitenden Integration der Bundesrepublik und dem wachsenden zeitlichen Abstand werde sich auch die politisch-psychologische Beziehung verbessern, wurde enttäuscht. Es stellte sich heraus, daß die Normalisierung auf dieser Ebene kein allmählicher Prozeß war, sondern daß sie eine launische Entwicklung mit Fortschritten und Rückschlägen zeigte. In den fünfziger Jahren hatten die funktionale Annäherungspolitik Den Haags und das Bedürfnis vieler Niederländer, den Blick nach vorn zu richten, zu einem Klima geführt, in dem man Deutschland in politisch-psychologischer Hinsicht den Rücken zukehrte. In dieser Atmosphäre waren antideutsche Gefühle für viele selbstverständlich, aber kollektive Emotionen waren kaum zum Ausdruck gekommen. Dies änderte sich in den sechziger Jahren unter dem Einfluß unterschiedlicher Faktoren: Wiederauflebende Erinnerungen an die Kriegsjahre und die Suche nach neuen politisch-moralischen Maßstäben, die sich an dem scheinbar eindeutigen Gegensatz von Gut und Böse aus der Besatzungszeit orientierte, steigerten die Sensibilität gegenüber dem ehemaligen Feind. Die disziplinierende Wirkung des Kalten Kriegs und des Antikommunismus ging zurück, und auch dies trug dazu bei, daß antideutsche Gefühle leichter als in den fünfziger Jahren geäußert wurden. Außerdem begann der Nachkriegskonsens über die Außenpolitik Risse zu zeigen. Manche entdeckten in der DDR das ‚bessere‘ Deutschland, während in der Bundesrepublik angeblich ‚revanchistische Kräfte‘ und personelle Kontinuität zum Dritten Reich das Bild beherrschten. Andere machten sich große Sorgen über die deutsch-französische Umarmung unter Führung Adenauers und de Gaulles, waren angesichts des wachsenden westdeutschen Selbstbewußtseins beunruhigt und blickten

skeptisch auf die sich anbahnende Entspannung. Was würde unter diesen Umständen von dem euro-atlantischen Bauwerk der fünfziger Jahre übrigbleiben? Was bedeutete dies für die Berechenbarkeit der Bundesrepublik, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der westdeutschen Enttäuschung über die ungelöste nationale Frage? Kurz gesagt, auf vielen Ebenen und bei unterschiedlichen Gruppen wuchs in den sechziger Jahren die Sensibilität gegenüber Deutschland und den Deutschen. Die Heftigkeit der antideutschen Gefühle in der Mitte der sechziger Jahre (königliche Hochzeit, Affäre von Kielmansegg) riefen sogar den Eindruck eines emotionalen Nachholbedarfs hervor, an der auch jüngere Generationen nachdrücklich teilnahmen. Ende der sechziger Jahre ebte diese Welle ab. Mit der Wahl der ‚guten‘ Deutschen Heinemann zum Bundespräsidenten und Brandt zum Bundeskanzler im Jahre 1969 begann Westdeutschland so auszusehen, wie viele Niederländer es sich wünschten: Ihr schuldbewußter Umgang mit der deutschen NS-Vergangenheit, die zugehörigen moralischen Gesten in den Auslandsbeziehungen, die Annäherung an Mittel- und Osteuropa sowie die innere Reformpolitik ermöglichten vielen Niederländern, beinahe ein Vierteljahrhundert nach dem Ende des Krieges auch psychologisch mit Deutschland Frieden zu schließen. Der Staatsbesuch Heinemanns in den Niederlanden stellte eine etwas späte Krönung der Generalvereinbarung dar, aber für den Durchbruch in der politisch-psychologischen Beziehung kam er im richtigen Moment.

So wichtig das Jahr 1969 für die Verbesserung der politisch-psychologischen Beziehung auch war, so hatte die Normalisierung auf dieser Ebene selbstverständlich viel früher begonnen. Bereits 1945 hatten kleine Gruppen aus kirchlichen und politischen Kreisen dafür plädiert und den Kontakt zu Gleichgesinnten in Deutschland gesucht. Diese Initiativen waren sogar so zahlreich, daß 1947/48 die ‚Coördinatie Commissie voor Culturele Betrekkingen met Duitsland‘ (CCCCD) gegründet wurde, die sehr aktiv war und – wenn auch nicht ohne einen moralisierenden niederländischen Zeigefinger (Umerziehung) – nützliche Arbeit leistete. Umfrageergebnisse aus den ersten beiden Nachkriegsjahrzehnten belegen außerdem, daß die Zahl der Niederländer, die dem deutschen Volk ‚freundlich‘ gesinnt waren, rasch zunahm. Obwohl man daraus keine weitreichenden Schlüsse über eine Verbesserung des politisch-psychologischen Verhältnisses ziehen kann, ist doch festzuhalten, daß der Begriff ‚antideutsch‘ zu undifferenziert ist,

um die vielen verschiedenen niederländischen Deutschlandbilder bis zum Ende der sechziger Jahre zu charakterisieren. Es gab eine Skala der Wahrnehmungsmuster, innerhalb der die Bereitschaft zur Nuancierung – abhängig von dem biographischen, sozialen, politischen und geographischen Hintergrund des Betrachters – mehr oder weniger zunahm. Ergebnisse von Meinungsumfragen aus den frühen sechziger Jahren belegen die Notwendigkeit einer solchen Differenzierung. Sie führten zu dem Schluß, daß Deutschland und die Deutschen nicht zu wenig Freunde in den Niederlanden hatten, sondern daß diese nur nicht zu den meinungsmachenden Gruppen gehörten. Diese Feststellung bestätigte sich während der emotionalen Ausbrüche Mitte der sechziger Jahre. Obwohl die Emotionen wegen der Hochzeit der Thronfolgerin anfänglich weite Kreise erfaßten, schränkte sich der Protest im Laufe der Jahre 1965/66 vor allem auf den linken Flügel der meinungsbildenden Elite ein. Auch den Widerstand gegen den deutschen NATO-General von Kielmansegg trugen vor allem die linke Seite des politischen Spektrums sowie wichtige Tages- und Wochenzeitungen wie *Het Vrije Volk*, *Het Parool*, *Vrij Nederland* und *De Groene Amsterdammer*.

Die Differenzierung im Deutschlandbild bedeutete aber auch, daß in den sechziger Jahren der Freiraum für positivere Deutschlandbilder wuchs. Die mit den Begriffen ‚Weimar‘ und ‚Rapallo‘ verbundene Furcht verlor an Bedeutung, und auch die Neigung, generalisierend von ‚den‘ Deutschen zu sprechen, nahm ab. Daß eine solche Nuancierung möglich wurde, war nicht nur eine Folge der erwiesenen innen- und außenpolitischen Stabilität der Bundesrepublik. Eine Rolle spielte auch, daß sich die SPD unter Führung von Willy Brandt seit 1959/60 zu einer echten attraktiven politischen Alternative entwickelte. Unabhängig von parteipolitischen Sympathien sahen viele Niederländer in der Person Brandts, in der Haltung der SPD in der Spiegel-Affäre und in den SPD-Forderungen nach mehr Realismus in der deutschen Frage Lichtblicke für die Entwicklung der Bundesrepublik.

Damit bestanden auf der politisch-psychologischen Ebene in den sechziger Jahren zwei entgegengesetzte Tendenzen. Einerseits war man zunehmend bereit, die aus dem Krieg stammenden Deutschlandbilder zu nuancieren. Andererseits wurden antideutsche Gefühle stärker als in den fünfziger Jahren zum Ausdruck gebracht. Es überrascht nicht, daß letztere mehr Aufmerksamkeit erregten als der unspektakuläre Prozeß der ebenfalls stattfindenden

allmählichen politisch-psychologischen Normalisierung. Deshalb besteht die Gefahr, den antideutschen Gefühlen der sechziger Jahre mehr Gewicht zuzuerkennen, als sie tatsächlich verdienen. Zweifellos waren die sechziger Jahre ein schwieriges Jahrzehnt in der politisch-psychologischen Beziehung, und der niederländische Seismograph reagierte verschiedene Male äußerst sensibel, aber der Durchbruch von 1969 war im politisch-psychologischen Verhältnis nur möglich, weil das Vertrauen in den deutschen Bündnispartner in den Jahren zuvor bereits gewachsen war.

Es kennzeichnet die ‚schichtweise‘ Normalisierung, daß die Bildformung über Deutschland und die Deutschen mit der Annäherungspolitik auf der ökonomischen, euro-atlantischen und später auch bilateral-politischen Ebene nicht Schritt hielt. Dies führt zu der Frage nach der Beziehung zwischen Bildformung und Politik. Außerdem ist von Bedeutung, ob sich die Bildformung auf der Ebene der Politik von der öffentlichen Meinung unterschied, und ob die öffentliche Meinung eine Rolle in der niederländischen Deutschlandpolitik spielte. Blickt man zuerst auf die Normalisierung der Wirtschaftsbeziehungen in den ersten Nachkriegsjahren, fallen die erheblichen Unterschiede zwischen Bildformung und Politik auf. Dies galt nicht nur für die Regierung, das Parlament und die Beamtenschaft, sondern auch für die große Mehrheit der Bevölkerung. Man war sich darin einig, daß der Handel und die Wiederaufnahme der Wirtschaftsbeziehungen von vitaler Bedeutung für den eigenen Wiederaufbau waren, und antideutsche Gefühle stellten keinerlei Hindernis für die Normalisierung auf dieser Ebene dar. Allerdings stellte sich die Frage, ob von einem Wiederaufbau Deutschlands – der schließlich für die Wiederherstellung der Wirtschaftsbeziehungen notwendig war – nicht erneut eine deutsche Bedrohung ausgehen könnte, aber dieses Dilemma wurde gelöst, indem man die Integration der Bundesrepublik in den Westen anstrebte. Dieselbe Argumentation bestimmte die Diskussion über die deutsche Wiederbewaffnung. Verständlicherweise spielte hier das Mißtrauen gegenüber Deutschland und den Deutschen eine wichtige Rolle, und die Abneigung gegen eine Wiederbewaffnung war erheblich. Aber mit dem vernünftigen Bewußtsein, Deutschland im Kalten Krieg zu brauchen, wurden diese gefühlsmäßigen Widerstände überwunden, wobei die Meinungsbildung auf der politischen Ebene und in der Öffentlichkeit wieder weitgehend übereinstimmten. Ohne Vorbehalte war diese Zustimmung zur deutschen Wiederbewaffnung jedoch nicht, und

negative Deutschlandbilder prägten die niederländische Haltung mit: Die Bestrebung, Amerikaner und Briten in die europäische Sicherheit einzubeziehen, und die spätere resolute Ablehnung der deutschen Atombewaffnung verdeutlichen, daß das Mißtrauen nicht verschwand und stets nach Sicherheitsmechanismen gesucht wurde, um eine neue deutsche Gefahr zu verhindern.

Ein eindeutiger Zusammenhang zwischen Bildformung und Politik läßt sich bei dem niederländischen Plädoyer für die *positive* Integration der Bundesrepublik in die europäisch-atlantische Zusammenarbeit und bei der Unterstützung für die deutsche Einheit feststellen. Die Bundesrepublik sollte nicht nur an den Westen gebunden, sondern auch für den Westen *gewonnen* werden. Geschähe dies nicht und bekämen die ‚labilen‘ und ‚politisch unreifen‘ Deutschen den Eindruck, nur Partner zweiter Klasse zu sein, hätten antiwestliche Gefühle angefacht werden können, wodurch die Integration in Gefahr geraten konnte. Deswegen traten die Niederlande in den frühen fünfziger Jahren wiederholt für eine großzügige Behandlung des westdeutschen Staates auf dem Weg zu einer gleichberechtigten Stellung im Bündnis ein. Auch die niederländische Haltung in der Wiedervereinigungsfrage paßte zu dieser Massage der ‚labilen‘ deutschen Seele. Bis in die sechziger Jahre stand Den Haag auf dem Standpunkt, daß sich der Westen nicht nur verbal zum Ziel der deutschen Vereinigung bekennen durfte, sondern auch in der Praxis danach streben mußte. Die Bundesrepublik werde nur dann ein zuverlässiger Partner, wenn die Deutschen überzeugt seien, daß Moskau und nicht der Westen eine Wiedervereinigung in Frieden und Freiheit blockierte. Mit anderen Worten: Um der unterstellten deutschen Neigung zur Unberechenbarkeit im Ost-West-Verhältnis gegenzusteuern, mußte man immer betonen, daß deutsche nationale Interessen im Westen in guten Händen waren. Auch die Medien vertraten diesen Standpunkt. Die breitere Öffentlichkeit interessierte sich allerdings wenig für die psychologischen Feinheiten der niederländischen Deutschlandpolitik, unterstützte aber bis in die Mitte der sechziger Jahre mit großer Mehrheit das deutsche Wiedervereinigungsstreben.

Auch in der bilateralen politischen Normalisierung gab es einen deutlichen Zusammenhang zwischen Bildformung und Politik. Schließlich wurde die niederländische Schroffheit in den Verhandlungen durch die negative Beurteilung der deutschen Haltung erheblich gesteigert. Gelegentlich kritisierte jemand auf Ministeri-

alebene die mangelnde Haager Geschmeidigkeit, aber Außenminister Luns und seine Kollegen im Kabinett hielten an dem eingeschlagenen Kurs lange fest, und darüber bestand in den Niederlanden ein breiter Konsens. Zwar ließ Luns in den Verhandlungen über die Generalvereinbarung seine deutschen Gesprächspartner wiederholt wissen, sie müßten mehr Entgegenkommen zeigen, weil er sonst das Ergebnis nicht durch das Parlament bringen und ein Sturm der Entrüstung in der Öffentlichkeit losbrechen werde, aber das bedeutete keineswegs, daß sich Luns unter innenpolitischen Druck gesetzt fühlte. Solche Argumente gehörten zu seiner Verhandlungstaktik, und nichts weist darauf hin, daß Luns selbst und das Kabinett zu einer entgegenkommenderen Haltung bereit gewesen wären.

Das oben Gesagte macht deutlich, daß es in der Bildformung über Deutschland und die Deutschen bis in die frühen sechziger Jahre keine großen Unterschiede zwischen der politischen und ministeriellen Ebene einerseits und der Öffentlichkeit andererseits gab. Über die Politik gegenüber der Bundesrepublik hatte ein allgemeiner Konsens bestanden, der nur durch Kritik der Kommunisten und kleiner linksorientierter Gruppen durchbrochen wurde. Zwar hatte man im Außenministerium wiederholt die Sorge geäußert, daß diese Politik bei einem größeren Teil der Öffentlichkeit unter Beschuß geraten könnte, aber dazu war es nie gekommen. Erst Mitte der sechziger Jahre veränderte sich dies, und nun wurde die Öffentlichkeit zu einem Faktor in der Haager Deutschlandpolitik. Als Beispiel sei die abwehrende niederländische Reaktion auf die deutschen Anfragen wegen eines Staatsbesuchs von Bundespräsident Lübke genannt. Obwohl auch die Führung des Außenministeriums und das Kabinett selbst wenig Lust auf einen solchen Besuch verspürten, führte vor allem die Furcht vor Protest in der Bevölkerung zu den niederländischen Ablehnungen. Als Den Haag 1969 nach der Wahl Heinemanns zum Bundespräsidenten einem deutschen Staatsbesuch doch zustimmte, ging man bei dessen Vorbereitung äußerst vorsichtig vor und unternahm alles, um die öffentlichen Reaktionen in die richtigen Bahnen zu lenken: kein Besuch im Gedenkjahr 1970, intensive Einbeziehung von Kriegsoffizieren in die Programmplanung und offizielle Betonung der Versöhnung.

Außerdem kam es seit den sechziger Jahren wiederholt zu Zusammenstößen zwischen der politischen Ebene und einem Teil der öffentlichen Meinung sowie zu Spannungen auf der partei-

politischen Ebene, die sich auch auf die bilaterale Beziehung auswirkten. Die Plädoyers für eine Anerkennung der DDR, die aus der PvdA, D66 und der PSP erklangen, beeinflussten zwar nicht die Regierungspolitik, zeigten aber, daß die Zeit des Konsenses über die Haltung gegenüber Deutschland vorbei war. Dies wurde 1966 anlässlich der Aufregung über die Berufung von General von Kielmansegg als Oberbefehlshaber von AFCENT nach Brunssum und der Drohung der PvdA mit einer Regierungskrise wegen dieser Angelegenheit noch deutlicher. In der zweiten Hälfte der siebziger Jahre lebte im linken Spektrum der Niederlande die Allergie gegen die Bundesrepublik wieder auf, als sie wegen der ‚Berufsverbote‘ und der Antiterrorpolitik in die Kritik geriet. Auch ein großer Teil der PvdA-Anhängerschaft sowie Teile der Parteiführung gehörten zu diesen Kritikern. Dies forderte von der sozialdemokratisch geführten Regierung den Uyl (1973–1977) einen Balanceakt. Allerdings gelang es dem Ministerpräsidenten und seinem Außenminister van der Stoel nicht, die eigene Partei im Zaum zu halten und eine Verschlechterung der Beziehung zur deutschen Schwesterpartei und der Regierung Schmidt zu verhindern. Auch nachdem die PvdA 1977 auf die Oppositionsbänke wechseln mußte, blieb sie innerhalb und außerhalb des Parlaments ein Sprachrohr der kritischen öffentlichen Meinung. Die Teilnahme von Mitgliedern der Parteileitung am Dritten Internationalen Russell-Tribunal zur Situation der Menschenrechte in der Bundesrepublik 1979 und parlamentarische Anfragen aus derselben Zeit zur deutschen Innenpolitik lassen dies gut erkennen. Die oben genannten Beispiele verdeutlichen, daß seit den sechziger Jahren in der Beziehung zwischen Bildformung und Politik nicht so sehr von einem Graben zwischen der politischen Ebene einerseits und der Öffentlichkeit andererseits die Rede sein konnte, sondern daß man eher von einer großen Sensibilität hinsichtlich Deutschlands auf der Linken und einer viel entspannteren Wahrnehmung in der politischen Mitte und auf der Rechten sprechen muß.

So dauerte auch nach 1969 bei vielen Niederländern eine Unterströmung ambivalenter und kritischer Gefühle gegenüber Deutschland fort, die je nach der politischen Entwicklung in der Bundesrepublik selbst zum Ausdruck kamen. Es stellt sich allerdings die Frage, ob die Erinnerungen an die Besatzungszeit dabei noch immer eine so zentrale Rolle wie in den fünfziger und sechziger Jahren spielten. Umfrageergebnisse aus den siebziger und achtziger Jahren weisen zweifellos in Richtung auf eine weitgehende Norma-

lisierung auf der politisch-psychologischen Ebene. Gewiß zog die NS-Vergangenheit in den achtziger Jahren mit den vielen ‚runden‘ Gedenktagen wieder mehr Aufmerksamkeit auf sich. Vor allem 1984 (vierzigster Jahrestag der alliierten Landung in der Normandie), 1985 (vierzigster Jahrestag der Befreiung) und 1988 (fünfzigster Jahrestag der sogenannten ‚Reichskristallnacht‘) wurde in der Bundesrepublik und im Ausland der deutsche Umgang mit der NS-Vergangenheit kontrovers diskutiert. Über dieses Thema brach 1986 der ‚Historikerstreit‘ aus, der auch Befürchtungen weckte, in Deutschland könnte sich ein historisches und politisches Bewußtsein entwickeln, in dem die Vergangenheit des Nationalsozialismus keine große Rolle mehr spielte. Die polarisierte Zerteilung, die in diesen Jahren in Deutschland zwischen den konservativen ‚Revisionisten‘ und den eher links orientierten ‚wahren Hütern‘ des belastenden historischen Erbes zu entstehen schien, färbte auch auf die niederländische Bildformung ab und spiegelte das alte Wahrnehmungsmuster der ‚guten‘ und ‚bösen‘ Deutschen wider. So beeinflusste die Besatzungszeit weiterhin das niederländische Bild Deutschlands und der Deutschen, aber die These ist gerechtfertigt, daß zur Erklärung der niederländischen Ambivalenz und Empfindlichkeit inzwischen andere Faktoren wichtiger geworden waren. Dies zeigte sich z.B. in den frühen neunziger Jahren, als nach der deutschen Vereinigung die politisch-psychologische Beziehung unter Druck geriet. Erinnerungen an die Besatzungszeit spielten im Hintergrund sicher mit, aber die niederländische Sensibilität hatte einen anderen Grund: Unsicherheit über die Stellung und die Selbständigkeit der Niederlande neben einem potentiell stärker werdenden Deutschland, das mühsam auf der Suche nach einer neuen Rolle in einem sich verändernden Europa war. Es war diese Unsicherheit – noch verstärkt durch die inneren Probleme Deutschlands (u.a. Gewalt gegen Ausländer) –, die auf der niederländischen Seite zu erhöhter Sensibilität führte.

Mit der Sorge um die Erhaltung der nationalen Selbständigkeit und Identität rückt eine strukturelle Quelle für Spannungen im deutsch-niederländischen Verhältnis ins Blickfeld, die viel weiter zurückreicht als das halbe Jahrhundert, das seit 1945 verstrichen ist. Sie wurzelt in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts und ist seit der Gründung des Deutschen Kaiserreichs 1871 aus den deutsch-niederländischen Beziehungen nicht mehr wegzudenken. Mit der Vollendung der deutschen Einheit in diesem Jahr grenzten die Niederlande an eine Großmacht, zu der sich schon bald enge

wirtschaftliche Bindungen entwickelten, die für die niederländische ökonomische Modernisierung große Bedeutung hatten.⁶ Infolgedessen kam es zu einer starken wirtschaftlichen Orientierung auf Deutschland, die auch in Kultur und Wissenschaft deutliche Spuren hinterließ. Es konnte nicht überraschen, daß diese zunehmende Verwobenheit zu ambivalenten Gefühlen auf niederländischer Seite führte: Einerseits erkannte man, daß man Deutschland für die eigene Modernisierung nötig hatte, andererseits gab es angesichts der wachsenden Abhängigkeit und aus Angst vor dem Verlust nationaler Selbständigkeit das Bedürfnis, Deutschland auf Abstand zu halten.⁷ Zweifellos erreichte dieses Bewußtsein niederländischer Verwundbarkeit in den Jahren zwischen 1940 und 1945 einen dramatischen Höhepunkt, und es ist naheliegend, daß sich die Erinnerungen daran in den Nachkriegsjahrzehnten mit dieser viel älteren Ambivalenz vermischten. Aber auch ohne die Erfahrungen des Zweiten Weltkriegs wäre das deutsch-niederländische Verhältnis durch eine besondere Empfindlichkeit gekennzeichnet: Die strukturelle Quelle für Spannungen liegt in dem Gegensatz zwischen einem großen und einem kleinen Land, die als Nachbarn vielfältig eng miteinander verbunden sind. Bei dem kleineren Land ruft diese Verwobenheit Abhängigkeitsgefühle hervor, die immer wieder zu dem Bedürfnis führen, sich von dem großen und mächtigen Nachbarn zu distanzieren und die nationale Eigenart zu betonen.

Diese Quelle der Spannungen wird auch durch die verschiedenen historischen Wurzeln der niederländischen und der deutschen politischen Kultur gespeist. Zweifellos hat sich in Westeuropa seit 1945 im Bereich der politischen Kultur ein Prozeß der wechselseitigen Annäherung vollzogen, aber die Niederlande und die Bundesrepublik haben wie alle europäischen Demokratien einen eigenen Charakter und unterscheiden sich in politisch-kultureller Hinsicht. Um diese Unterschiede zu verstehen, ist es ebenfalls notwendig, in der Geschichte weiter als bis zu den Jahren 1940–45 zurückzugehen: Der völlig andere Verlauf der Staats- und Nationsbildung begünstigte in den Niederlanden bürgerlichen Republikanismus, religiösen Pluralismus, pragmatische Toleranz und Egalitarismus und führte in Deutschland zu fürstlich-absolutistischen und etatistischen Traditionen.⁸ Während die Niederlande früh eine Nation wurden, in der sich die Modernisierung seit dem 19. Jahrhundert allmählich und ohne große politische Erschütterungen vollzog, hat sich in Deutschland die Nationsbildung

seit 1871 innerhalb eines relativ kurzen Zeitraums mit großen politischen Erdbeben vollzogen. Es geht über den Rahmen der vorliegenden Studie hinaus, auf diese historischen Unterschiede zwischen den Niederlanden und Deutschland einzugehen, aber ihre Kenntnis ist wichtig, um heutige Gegensätze und gegenseitiges Unverständnis im deutsch-niederländischen Verhältnis zu erklären. Dies gilt um so mehr, da in den Niederlanden die Neigung besteht, die eigene Identität auch in Kontrast zu Deutschland zu suchen. Dadurch erfüllen die Betonung und Kultivierung von Unterschieden in der politischen Kultur eine wichtige Funktion bei der Demonstration nationaler Eigenart. Zu Recht hat der Groninger Historiker Frits Boterman kürzlich dazu aufgerufen, die deutsch-niederländischen Beziehungen von 1800 bis 1940 stärker zu untersuchen – nicht, um die Bedeutung des Zweiten Weltkriegs für die Beziehungen der Nachkriegszeit zu verdrängen, sondern um die älteren bilateralen Linien und Muster sichtbar zu machen.⁹ Folgt man diesem Plädoyer, könnte sich deutlicher zeigen, daß die niederländische Sensibilität gegenüber Deutschland und den Deutschen über die Jahre 1940–45 hinaus viel älter ist und es in den bilateralen Beziehungen ein strukturelles Spannungsfeld gibt, das auch in Zukunft berücksichtigt werden muß. Diese Feststellung ist keine fatalistische Äußerung oder ein Freibrief für die Kultivierung psychologischer Distanz gegenüber Deutschland, im Gegenteil: Es geht darum, daß auf beiden Seiten der Grenze die Einsicht wächst, daß niederländische Ambivalenz und Sensibilität zu dem *normalen* Muster dieser Beziehung gehören, auch wenn Erinnerungen an die Besatzungszeit hin und wieder darin durchscheinen.

Nachwort

Beim Zustandekommen dieses Buches habe ich von verschiedenen Seiten Unterstützung erhalten, für die ich mich gerne bedanken möchte. An erster Stelle gilt mein Dank Ton van Zeeland, Peter van Velzen und Hans den Hollander vom Außenministerium in Den Haag, die mir beim Zugang zu umfangreichen Archivbeständen behilflich waren. Ihre Mitarbeit war immer schnell, unbürokratisch und konstruktiv. Meinen ehemaligen Utrechter Kollegen und besonders dem Direktor des Fachbereichs Politische Geschichte der Universität Utrecht, Prof. Dr. Hans Righart, danke ich für ihre keineswegs selbstverständliche Bereitschaft, meine häufige Abwesenheit während des Schreibens der niederländischen Fassung dieses Buches in den Jahren 1998/99 zu tolerieren. Verschiedene studentische Hilfskräfte der Universität Utrecht haben mir bei der Zusammenstellung von Literatur, parlamentarischen Dokumenten und Artikeln aus der niederländischen Tages- und Wochenpresse geholfen: Niek Pas, Sietske Jonkers, Fleur Boose und Olivier Heimel haben mir dadurch viel Arbeit abgenommen. Des weiteren geht mein Dank an Prof. Dr. Frits Boterman, Hein Cuppen, Prof. Dr. Jürgen Hess, Prof. Dr. Albert Kersten, Marnix Krop, Dr. Paul Stoop, Jan G. van der Tas und Peter van Walsum, die Teile des Manuskripts mit Kommentaren versehen haben.

Die deutsche Ausgabe wurde durch die Abteilung Westeuropa des niederländischen Außenministeriums und die Staatskanzlei der nordrhein-westfälischen Landesregierung möglich gemacht. Das niederländische Außenministerium stellte die Mittel für die Übersetzung in die deutsche Sprache zur Verfügung. Hierfür danke ich besonders dem Sekretariat des „Lenkungsausschusses niederländisch-deutsche Konferenz“ des Haager Außenministeriums. Der Staatskanzlei der nordrhein-westfälischen Landesregierung danke ich für ihre finanzielle Unterstützung, die den Druck dieser Ausgabe ermöglichte.

Marc Blanqué und Melanie Bos, studentische Hilfskräfte am „Zentrum für Niederlande-Studien“ der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster, bereiteten mit großer Sachkunde den deutschen Text am Computer für den Druck vor. Dr. Johannes Koll, wissenschaftlicher Mitarbeiter am „Zentrum“, danke ich für die kritische und sorgfältige Korrektur des Manuskripts.

Die Übersetzung in die deutsche Sprache wurde von Dr. Christoph Strupp und meiner Frau, Dr. Anne Wielenga-Flohr, durchgeführt. Meiner Frau schulde ich darüber hinaus großen Dank für die inhaltlichen Ratschläge und die Geduld, die sie aufbrachte, als das Schreiben länger dauerte als erwartet. Ihr und unseren deutsch-niederländischen Söhnen Lorenz und Max ist dieses Buch gewidmet.

Münster, März 2000

ANHANG

Anmerkungen

Anmerkungen Kapitel 1

1. NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland. Een discussie*, Baarn 1979; H.J.G. BEUNDERS/H.H. SELIER, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945-1981*, Amsterdam 1983; F. WIELENGA, *West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949-1955*, Utrecht 1989; H. LADEMACHER, *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990.
2. Vgl. die informativen Dokumentationsmappen des INSTITUTS CLINGENDAEL, *Nederland en de Bondsrepubliek*, Tl. 1 (Den Haag 1994) und Tl. 2 (Den Haag 1996).
3. M.D. BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis van Nederland na 1945, deel II: De periode van het kabinet-Beel, 3 juli 1946 - 7 augustus 1948*, Band A, Den Haag 1989, S. 459ff.; H.A. SCHAPER, 'Wij willen zelfs niet Mönchen-Gladbach'. *De annexatiekwestie 1945-1949*, in: *Internationale Spectator* 39 (1985) Nr. 5, S. 261-272.
4. C. WIEBES/B. ZEEMAN, *Belgium, the Netherlands and Alliances, 1940-1949*, Dissertation (Universität von Amsterdam) 1993; älteren Datums ist die Dissertation von S.I.P. VAN CAMPEN, *The quest for security. Some aspects of Dutch foreign policy*, Den Haag 1957.
5. J. WEMELSFELDER, *Het herstel van de Duits-Nederlandse economische betrekkingen na de Tweede Wereldoorlog*, Leiden 1954; WIELENGA, *Partner*.
6. Vgl. u.a. B. MÜLLER, *Sporen naar Duitsland. Het Duitslandbeeld in Nederlandse romans 1945-1990*, Aachen 1993; J.C. HESS/F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers - altijd een probleem. Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969-1980*, Den Haag 1982; J.P. HELM, *Zum Deutschlandbild in der niederländischen Presse. Eine Inhaltsanalyse überregionaler Tages- und Wochenzeitungen des Jahres 1966*, Aachen 1969; H. DEKKER/R. ASPESLAGH/M. DU BOIS-REYMOND, *Duitsland in beeld. Gemengde gevoelens blootgelegd*, Lisse 1997; vgl. außerdem die folgenden Aufsatzsammlungen: J.C. HESS/H. SCHISSLER (Hrsg.), *Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande*, Frankfurt a.M. 1988; H.W. VON DER DUNK, *Twee burens, twee cultu-*

- ren. *Opstellen over Nederland en Duitsland*, Amsterdam 1994; B. MÜLLER/F. WIELENGA (Hrsg.), *Kannitverstan? Deutschlandbilder aus den Niederlanden*, Münster 1995; F. WIELENGA (Hrsg.), *De Duitse buur. Visies uit Nederland, België en Denemarken 1945–1995*, Den Haag 1996.
7. Die Betrachtungen über die Niederlande in den Memoiren von Helmut Schmidt (*Menschen und Mächte*, Berlin 1987, TB-Ausgabe 1990; *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II*, Berlin 1990), Hans-Dietrich Genscher (*Erinnerungen*, Berlin 1995) und Helmut Kohl über die deutsche Einheit (*Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996) sind aufgrund der Asymmetrie in der Beziehung sicher nicht sehr ausführlich, bieten aber gute Anknüpfungspunkte für Einblicke in das politische Wahrnehmungsmuster Bonns gegenüber den Niederlanden.
 8. Vgl. dazu J. PEKELDER, *Nederland en de DDR. Beeldvorming en betrekkingen 1949–1989*, Amsterdam 1998.
 9. Vgl. für eine Analyse der Wirtschaftsbeziehungen in den frühen achtziger Jahren WETENSCHAPPELIJKE RAAD VOOR HET REGERINGSBELEID, *Onder invloed van Duitsland. Een onderzoek naar gevoeligheid en kwetsbaarheid in de betrekkingen tussen Nederland en Duitsland*, Den Haag 1982; C.W.A.M. VAN PARIDON/E.K. GREUP/A. KETTING, *De handelsbetrekkingen tussen Nederland en de Bondsrepubliek Duitsland*, Den Haag 1982. Vgl. für die neunziger Jahre C.W.A.M. VAN PARIDON, *Economische betrekkingen tussen Nederland en Duitsland. Positiebepaling en perspectieven voor samenwerking*, Paper VNO-NCW-Seminar 1995; L. DELSEN/E. DE JONG (Hrsg.), *The German and Dutch Economies. Who follows Whom?*, Heidelberg 1998; vgl. auch J.F.E. BLÄSING, *Over het moderne beeld van Nederland en Nederlandse producten in Duitsland, oftewel „Moffen“ over „Kaaskoppen“*, Tilburg/Den Haag 1994.

Anmerkungen Kapitel 2

1. H. DAALDER/J.H. GAEMERS (Hrsg.), *W. Drees. Op de kentering. Toekomstbeschouwingen uit bezettingstijd*, Amsterdam 1996, S. 77.
2. Vgl. BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis*, S. 584ff.
3. Nederlands Instituut voor de Publieke Opinie (NIPO), NIPO-Bericht Nr. 82, 5.2.1947.
4. Ebd., NIPO-Bericht Nr. 81, 5.2.1947.
5. Ebd., NIPO-Bericht, Nr. 82, 5.2.1947. Diejenigen, die Deutsche am ungünstigsten beurteilten, hatten nicht nur eine „unfreundliche“ Haltung gegenüber dem deutschen Volk zu erkennen gegeben, sondern auch auf die Frage, ob sie das deutsche Volk „kriegssüchtig“ oder „friedensliebend“ fänden, mit „kriegssüchtig“ geantwortet. Die

Prozentzahlen betragen hier 63 bzw. 14 %. Unter den Anhängern der liberalen ‚Partij van de Vrijheid‘ fanden sich übrigens die meisten Befürworter einer wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit Deutschland: 91% waren dafür, 4% dagegen. Die Kommunisten zeigten sich am kritischsten, obwohl auch sie mehrheitlich dafür waren, und zwar zu 64% gegenüber 22%.

6. H. LADEMACHER, *Die wirtschaftlichen Beziehungen in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: HESS/SCHISLER (Hrsg.), *Nachbarn*, S. 65.
7. H.W. VON DER DUNK, *Die Niederlande und Deutschland. Randvermerke zu einer Nachbarschaft*, in: *Die Niederlande. Korrespondenten berichten*, Zürich 1980, S. 132.
8. Außerdem sollte die Sowjetunion noch 10% der Reparationen aus den westlichen Zonen erhalten und zusätzlich 15% im Tausch gegen die Lieferung von Rohstoffen und Lebensmitteln aus ihrer Zone sowie den vorläufig unter polnischer Verwaltung stehenden Gebieten östlich von Oder und Neiße; vgl. H. GRAML, *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt a.M. 1985, S. 61ff.
9. H.A. SCHAPER, *Het Nederlandse veiligheidsbeleid 1945–1950*, in: P.W. KLEIN/G. VAN DER PLAAT (Hrsg.), *Herrijzend Nederland. Opstellen over Nederland in de periode 1945–1950*, Den Haag 1981, S. 107; zur niederländischen Sicherheitspolitik vgl. vor allem WIEBES/ZEEMAN, a.a.O.
10. Vgl. D. HELLEMA, *Buitenlandse politiek van Nederland*, Utrecht 1995, S. 108.
11. HELLEMA, *Buitenlandse politiek*, S. 113.
12. A.E. KERSTEN, *In de ban van de bondgenoot*, in: D. BARNOUW/ M. DE KEIZER (Hrsg.), *1940–1945: Onverwerkt verleden?*, Utrecht 1985, S. 112; vgl. Ders., *Maken drie kleinen een grote? De politieke invloed van de Benelux 1945–1955*, Bussum 1982. Vgl. zu den Benelux-Staaten und der europäischen Zusammenarbeit vor allem J.W.L. BROUWER, *Divergences d'intérêts et mauvaises humeurs. La France et les pays du Benelux devant la construction européenne, 1942–1950*, Phil. Diss. Leiden 1997.
13. Vgl. LADEMACHER, *Ungleiche Nachbarn*, S. 194ff.; A.E. KERSTEN, *Nederlandse opvattingen over Europese economische samenwerking na de Tweede Wereldoorlog 1940–1945*, in: *Jaarboek 1986–1987 Ministerie van Buitenlandse Zaken*, Den Haag 1987, S. 154–166.
14. Der Text des Memorandums vom 5.11.1946 ist abgedruckt bei: VAN CAMPEN, a.a.O., S. 219–229.
15. Ebd., S. 237; das vollständige Memorandum: S. 230–243.
16. Vgl. zu diesem Memorandum ausführlich BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis*, Bd. A, S. 525–541; vgl. auch LADEMACHER, *Ungleiche Nachbarn*, S. 206ff.

17. Vgl. KERSTEN, *Kleinen*, S. 8; BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis*, Bd. A, S. 544ff.
18. Vgl. KERSTEN, *Kleinen*, S. 9; BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis*, Bd. A, S. 547ff.; H. HOEBINK, *Katalysatoren auf europäischem Feld. Zur Rolle der Benelux-Staaten auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz 1948*, in: H. LADEMACHER/L. GEERAEDTS (Hrsg.), *Zentrum für Niederlande-Studien. Jahrbuch 5/6, 1994/95*, Münster 1995, S. 71–84.
19. Vgl. zu den Wirtschaftsbeziehungen vor allem J. WEMELSFELDER, *Het herstel van de Duits-Nederlandse economische betrekkingen na de Tweede Wereldoorlog*, Leiden 1954; vgl. auch WIELENGA, *Partner*, S. 225ff.
20. Zur Lage der niederländischen Wirtschaft nach 1945 vgl. J.L. VAN ZANDEN, *Een klein land in de 20e eeuw. Economische geschiedenis van Nederland 1914–1995*, Utrecht 1997, S. 170ff.; zur positiven Auswirkung der Marshall-Hilfe auf den niederländischen Wiederaufbau vgl. H. DE HAAN, *De invloed van het Marshall-plan op de Nederlandse economie*, in: R.T. GRIFFITHS u.a. (Hrsg.), *Van strohalm tot strategie. Het Marshall-plan in perspectief*, Assen 1997, S. 114ff. Zurückhaltender ist P. VAN DER ENG, *De Marshall-hulp. Een perspectief voor Europa 1947–1953*, Houten 1987.
21. Archief Ministerie van Economische Zaken (EZ), 06/9, *Handelsverkeer 1947–1950*, Doos 1904, map 1, ‚Overzicht van de Handels-overeenkomst ...‘, 17.10.1949.
22. Archief Ministerie van Buitenlandse Zaken (BuZa), Archief Ambassade Bonn (AAB) 1946–1951, B 2111, *Handelsovereenkomst Nederland – West-Duitsland*, Aufzeichnung für den Wirtschaftsrat des Ministerrates (Raad voor economische aangelegenheden – REA) Nr. 341, 26.9.1949.
23. Vgl. J.M.M.J. CLERX, *Nederland en de liberalisatie van het handels- en betalingsverkeer (1945–1958)*, Groningen 1986.
24. DAALDER/GAEMERS, *Op de kentering*, S. 68.
25. Die folgende Darstellung nach BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis*, Bd. C, S. 1716–1739; vgl. auch DERS., *Ressentimenten en realiteitszin in Nederland 1945–1950*, in: WIELENGA (Hrsg.), *Duitse buur*, S. 12ff.
26. BOGAARTS, *Ressentimenten*, S. 12.
27. Vgl. D. KOLDIJK, *Duits, een politiek belast vak? Over de positie van Duits binnen het VWO*, in: M. PRANGEL/H. WESTHEIDE (Hrsg.), *Duits(land) in Nederland. Waar ligt de toekomst van de Nederlandse germanistiek?*, Groningen 1988, S. 41ff.
28. Zitiert nach PRANGEL/WESTHEIDE, *Duits(land) in Nederland*, S. 45.
29. Vgl. BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis*, Bd. A, S. 611ff.
30. Ebd., S. 463.
31. Vgl. SCHAPER, *Annexatiekwestie*, S. 261ff.
32. NIPO-Berichte, 26.6.1946 (Bericht Nr. 48) und 3.3.1948 (Bericht Nr. 182).

33. NIPO-Bericht Nr. 306, 8.6.1949.
34. Vgl. u.a. BOGAARTS, *Parlementaire geschiedenis*. Bd. A, S. 462; LADE-MACHER, *Ungleiche Nachbarn*, S. 213ff.; das Zitat bei SCHAPER, *Annexatiekwestie*, S. 272.
35. BuZa, Geheime Stukken (GS), 912.232, *Dld.*, *Besprekingen inz. grenscorrecties*, Dl. II 1948–1949, Hirschfeld an Stikker, 14.1.1949.
36. Ebd., François an Stikker, 14.1.1949.
37. *Handelingen Tweede Kamer 1948–1949*, 5.4.1949, S. 1392ff.
38. *Handelingen Tweede Kamer 1948–1949*, Maenen (KVP), 6.4.1949, S. 1404 (erstes Zitat), und Bruins Slot (ARP), S. 1406 (zweites Zitat); vgl. auch Oud (VVD), S. 1408.
39. Das ‚Deutsche Büro für Friedensfragen‘ war Anfang 1947 in der amerikanischen Zone mit dem Zweck gegründet worden, auf deutscher Seite die zukünftigen Friedensverhandlungen vorzubereiten. Das Büro wurde 1949 ins Kanzleramt eingegliedert und gilt als ein informeller Vorläufer des 1951 neu gegründeten Auswärtigen Amtes.
40. Bundesarchiv Koblenz (BAK), Z 35/186, *Gebietsforderungen der Benelux-Staaten 1948–1949*, Mohr an Kordt, 26.4.1949.
41. BuZa, 912.13, *Ned.-Dld.W. Uitvoering grenscorrecties waarin grenscorrectiebesluit*, Dl. I 1949, van Schaik an Stikker, 19.4.1949; tatsächlich nahm Stikker eine solche Überlegung in seine Rede auf; vgl. *Handelingen Eerste Kamer 1948–1949*, S. 519, 21.4.1949.
42. BOGAARTS, *Ressentimenten*, S. 30.

Anmerkungen Kapitel 3

1. BuZa, GS, Blok 1, 912.230, *Dld.*, *Nederlandse verlangens t.a.v. Geallieerde politiek in Duitsland. Nota Hirschfeld*, Dl. I, ‚Nota ...‘.
2. Ebd., Dl. II, ‚Alternatieve redactie ...‘, (Juni 1949).
3. Algemeen Rijksarchief (ARA), Protokolle des Ministerrates, (MR), 13.6.1949.
4. BuZa, GS, Blok 1, 912.230, *Dld.*, *Nederlandse verlangens t.a.v. Geallieerde politiek in Duitsland. Nota Hirschfeld*, Dl. I, ‚Nota ...‘, S. 18.
5. BuZa, Blok 1, 912.10, *Ned.*, *Ambassadeursconferentie 1951*, Protokoll der Nachmittagssitzung, 8.8.1951.
6. BuZa, Blok 1, GS, 912.2, *Dld.O-Dld.W.*, *Eenheid 1950–1954*, Vertrouwelijk Résumé Nr. 46, S. 7, 19.12.1951.
7. BuZa, AAB GS, Blok 1, 911.31, *Politieke verhoudingen en partijen, CDU 1950–1951*, de Booy an BuZa, 3.11.1951.
8. BuZa, AAB GS, Blok 1, 921.311, *Integratie Westeuropese verdediging 1950–1951*, Aufzeichnung Chef Europa-Abteilung (DEU) an Staatssekretär, 7.8.1951.
9. ARA, Protokolle MR, 2.8.1950.

10. Vgl. D.U. STIKKER, *Memoires. Herinneringen uit de lange jaren waarin ik betrokken was bij de voortdurende wereldcrisis*, Rotterdam/Den Haag 1966, S. 250–251; A.E. KERSTEN, *Niederländische Regierung, Bewaffnung Westdeutschlands und EVG*, in: H.-E. VOLKMANN/W. SCHWENGLER (Hrsg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985, S. 194.
11. ARA, Nachlaß Stikker, Inv.nr. 59, 7-G NATO – historical developments, ‚A Summary of the discussions ... New York, September, 1950‘.
12. BuZa, AAB GS, Blok 1, 921.311, *Integratie Westeuropese verdediging 1950–1951*, Telegramm Stikker an Botschaften in Washington, Paris, London, Brüssel, 28.11.1950.
13. ARA, Protokolle MR, 12.12.1951; vgl. ebd., 14.1.1952, 17.3.1952.
14. Vgl. zur niederländischen Haltung WIELENGA, *Partner*, S. 98ff.; J. VAN DER HARST, *European Union and atlantic partnership: political, military and economic aspects of dutch defence, 1948–1954, and the impact of the European Defence Community*, Phil. Diss., Europäisches Institut Florenz 1987; vgl. zur EVG im allgemeinen: MILITÄRGESICHTLICHES FORSCHUNGSAMT (Hrsg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Die EVG-Phase*, München 1990; P. NOACK, *Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954*, Düsseldorf 1977; VOLKMANN/SCHWENGLER (Hrsg.), a.a.O.
15. ARA, Protokolle MR, 26.5.1952.
16. BuZa, GS, Blok 1, 911.23, *Dld. West, Kabinet*, Df. I 1949–1954, Lamping an BuZa, 10.9.1954.
17. ARA, Protokolle MR, 6.9.1954.
18. BuZa, AAB GS, Blok 1, 921.311 A, *Westerse defensie, conferentie te Parijs*, Lamping an BuZa, 8.12.1954.
19. NIPO-Berichte Nr. 468-85, 4.12.1950 und Nr. 518, 21.8.1951.
20. *Nederlaag*, in: *de Volkskrant*, 3.5.1955.
21. *Ze deugen niet*, in: *Trouw*, 10.2.1955.
22. *Weest op Uw hoede*, in: *Het Vrije Volk*, 9.3.1951.
23. *Speculatie op domheid*, in: *de Volkskrant*, 24.2.1951; vgl. *Te laat inzicht*, in: ebd., 24.1.1951.
24. Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Die Ära Adenauer 1949–1957*, in: K.D. BRACHER u.a. (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 2, Stuttgart 1981, S. 299ff.
25. BuZa, AAB GS, Blok 2, 912.1, *Herbewapening W-Duitsland 1955–1959*, Doos 91, Telegramm Vreede an BuZa, 30.10.1956.
26. BuZa, Blok 2, 921.1, *Dld. W., Militaire aangelegenheden*, Inv.nr. 7027, Telegramm Lamping an BuZa, 1.9.1955.
27. Ebd., Lamping an BuZa, 9.12.1955.

28. BuZa, DAV-archief, Blok 2, 921.1, *Opbouw Duitse defensie*, Inv.nr. 217, Telegramm Luns an nld. Vertretung bei der NATO in Paris, 1.3.1960.
29. Vgl. ebd., Telegramm Ranitz an BuZa, 2.3.1960.
30. Ebd., van Vredenburg an BuZa, 29.8.1960.
31. Ebd., Aufzeichnung Chef DNW an Staatssekretär, 6.9.1960; siehe für die Erklärung des Generalstabs: „Voraussetzungen einer wirk-samen Verteidigung“, in: *Bulletin* (Bundespresseamt), Nr. 155, S. 1527–1528, 20.8.1960.
32. BuZa, DAV-archief, Blok 2, 921.1, *Opbouw Duitse defensie*, Inv.nr. 217, Beilage bei Vixeboxe an BuZa, 25.6.1964.
33. ARA, Protokolle MR, 19.6.1964.
34. *Den Haag antwoordt niet. Herinneringen van Jbr. Mr. H.F.L.K van Vredenburg*, Leiden 1985, S. 515.
35. BuZa, AAB GS, 999.4, Blok 2, *Legering Duitse troepen in Nederland 1962–1963*, Doos 148, Telegramm van Vredenburg an BuZa, 14.2.1962.
36. Vgl. BuZa, Blok 2, 921.1, *Dld.W.-Ned., Militaire aangelegenheden*, Dl. II, Inv.nr. 7374, Aufzeichnung de Kanter, 20.6.1960; ebd., Aufzeich-nung 34, ohne Datum (Juni 1960); ebd., Aufzeichnung van Houten, 29.6.1960.
37. BuZa, DAV-archief, Blok 2, 921.2, *Dld.-Ned., Legering Duitse eenhe-den op Nederlands grondgebied*, Inv.nr. 259, Aufzeichnung Europa-Abteilung/Büro Mitteleuropa (DEU/ME), 26.11.1962.
38. *Handelingen Tweede Kamer 1962–1963*, 9.4.1963, S. 948.
39. *Handelingen Tweede Kamer 1962–1963*, S. 953.
40. *Handelingen Tweede Kamer 1962–1963*, S. 960.
41. Jährlich werden am 4. Mai in den Niederlanden der Opfer der Besat-zungszeit 1940–1945 gedacht; am 5. Mai wird die Befreiung von der Nazi-Herrschaft gefeiert.
42. *Handelingen Eerste Kamer 1962–1963*, 2.5.1963, S. 372.
43. M. KOCH/G. LAKASCHUS, *Das Deutschenbild der Niederländer*, (Quick Holland-Studie) 1963, S. 45.
44. *Mislukte Budel-scheiding*, in: *Trouw*, 29.1.1963.
45. *Budel*, in: *Het Parool*, 31.1.1963.
46. *Handelingen Eerste Kamer 1962–1963*, 2.5.1963, S. 373.
47. BuZa, Blok 2, 921.2, *Dld.W.-Ned., Militaire betrekkingen*, Inv.nr. 7373, Aufzeichnung DEU/ME an DGPZ, 4.7.1963; vgl. ebd., Aufzeich-nung DNW/MS an DGPZ, 18.7.1963.
48. Ebd., FÜHRUNGSTAB DER BUNDESWEHR I5 (Hrsg.), *Als Soldat der Bundeswehr in den Niederlanden*, Bonn 1963.
49. Vgl. F. WIELENGA, *Schatten deutscher Geschichte. Der Umgang mit der Nazi- und DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik*, Vierow bei Greifswald 1995.

50. *Valstrik*, in: *de Volkskrant*, 29.12.1950; vgl. *Waarschuwing aan Parijs en Bonn*, in: ebd., 15.10.1952.
51. BuZa, AAB GS, Blok 1, 912.2, *Dld.O. – Dld.W., Hereniging van Duitsland 1951–1952*, Aufzeichnung ‚De hereniging van Duitsland‘ (B).
52. Vgl. G. WETTIG, *Die Stalin-Note vom 10.März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem. Ein gewandeltes Politikverständnis*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), Nr. 2, S. 157–167; W. LOTH, *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, München 1996, S. 175ff.; WIELENGA, *Partner*, S. 162ff.
53. Vgl. K. DITTMANN, *Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung. Die politische Diskussion des Jahres 1952*, Düsseldorf 1981, S. 160ff.
54. ARA, Kabinettsvoorlagen, 20.7.1953, „De betekenis van een ‚herenigd Duitsland‘“, 16.7.1953.
55. ARA, Protokolle MR, 20.7.1953.
56. *Geen vlam bij de lont*, in: NRC, 12.1.1955.
57. *Duitse keuze*, in: NRC, 22.1.1955.
58. BuZa, Blok 2, 912.2, *O.Dld. – W.Dld., Verhouding, Eenheidsstreven*, Dl. VIII 1955, Telegramm Luns an Lamping, 4.2.1955.
59. Ebd., Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 29.1.1955.
60. Ebd., Telegramm Luns an Lamping, 4.2.1955.
61. *De Duitse hereniging*, in: NRC, 1.2.1955; vgl. ebd., *In het juiste kader*.
62. BuZa, Blok 2, 912.2, *O.Dld. – W.Dld., Verhouding, Eenheidsstreven*, Dl. VIII 1955, Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 3.2.1955.
63. BuZa, Nachlaß Dr. H.R. van Houten, Doos 3, Aufzeichnung van Houten an M., 2.4.1958.
64. BuZa, DAV-achief, Blok 2, 912.2, *W.Dld., Internationale positie van Duitsland*, Inv.nr. 121, Telegramm BuZa an nld. NATO-Vertretung in Paris, 12.4.1958.
65. BuZa, GS, Blok 2, 921.30, *Europees Collectief Veiligheidssysteem*, Inv.nr. 2114, Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 9.4.1958.
66. BuZa, DAV-archief, Blok 2, 912.2, *W.Dld., Internationale positie van Duitsland*, Inv.nr. 121, Telegramm Lamping an BuZa, 26.4.1958.
67. Ebd., Telegramm Lamping an BuZa, 3.6.1958; siehe auch: *Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes (PA), Neues Amt (NA)*, B 24, 186, S. 219, Auswärtiges Amt (AA) an Botschaft Den Haag, 4.6.1958.
68. PA, NA, B 24, 186, Dvorak an AA, 3.7.1958.
69. BuZa, DAV-archief, Blok 2, 912.2, *W.Dld., Internationale positie van Duitsland*, Inv.nr. 121, Telegramm BuZa an nld. NATO-Vertretung, Paris, 12.4.1958.
70. BuZa, GS, Blok 2, 912.2, *Eenheid Duitsland*, Inv.nr. 1755, Van Vredenburg an BuZa, 7.9.1959.
71. BuZa, GS, Blok 2, 911.0, *Dld.W., Algemene rapportage*, Inv.nr. 1160, Lamping an BuZa, 13.12.1958.
72. Ebd., van Tuyll an Lamping, 13.2.1959.

73. BuZa, Blok 2, 911.0, *BRD Algemene rapporten*, Inv.nr. 513, van Vredenburg an BuZa, 5.4.1961.
74. Zur Berlin-Krise vgl. D. MAHNCKE, *Das Berlin-Problem - die Berlin-Krise 1958-1961/62*, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.), *Materialien der Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘*, Band V/2, Frankfurt a.M. 1995, S. 1766-1821; zur Berlin-Frage seit 1945 vgl. G. LANGGUTH (Hrsg.), *Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit*, Bonn 1990.
75. BuZa, GS, Blok 2, 912.231, *Dld. alg., Conflict Geallieerden om Berlijn*, Inv.nr. 1771, Telegramm Luns an u.a. Botschaft in Washington, London, Bonn, 28.11.1958.
76. BuZa, AAB GS, Blok 2, 999.49, *Duits Probleem Dl. II 1959-1960*, Doos 141, Telegramm Luns an nld. NATO-Vertretung, Paris, 7.3.1959.
77. Ebd.
78. Ein wichtiges Detail in Genf war, daß neben den Vier Mächten auch die zwei deutschen Staaten anwesend waren. Gleichberechtigte Teilnehmer waren sie zwar nicht, aber das Einverständnis des Westens mit der Anwesenheit der DDR konnte durchaus als eine gewisse Anerkennung des ostdeutschen Staates aufgefaßt werden.
79. ARA, Protokolle MR, 21.7.1961.
80. BuZa, AAB GS, Blok 2, 999.49, *Duits Probleem Dl. III*, Doos 150, Telegramm BuZa an nld. NATO-Vertretung, Paris, 26.6.1961.
81. Chr. KLESSMANN, *Zwei Staaten - eine Nation. Deutsche Geschichte 1955-1970*, Bonn 1988, S. 90.
82. BuZa, AAB GS, Blok 2, 999.49, *Duits Probleem Dl. III*, Doos 150, Telegramm Luns an BuZa, 2.10.1961.
83. ARA, Protokolle MR, 18.8.1961, 25.8.1961; vgl. W. KLINKERT, *Het paradepaard van de vrije wereld. Nederland en de Berlijnse crisis 1958-1963*, in: B. SCHOENMAKER/J.A.M.M. JANSSEN (Hrsg.), *In de schaduw van de Muur. Maatschappij en krijgsmacht rond 1960*, Den Haag 1997, S. 9-33.
84. BuZa, GS, Blok 2, 912.231, *Dld. alg., Conflict Geallieerden om Berlijn*, Inv.nr. 1771, Beilage vom 29.11.1962 bei Aufzeichnung an den Chef der Politischen Abteilung (DGPZ), 7.12.1962.
85. Vgl. H.-P. SCHWARZ, *Adenauer. Der Staatsmann 1952-1967*, Stuttgart 1991, S. 478ff.
86. BuZa, GS, Blok 2, 912.2, *Eenheid Duitsland*, Inv.nr. 1755, van Vredenburg an BuZa, 7.9.1959.
87. BuZa, AAB GS, Blok 2, 912.231, *Duits Probleem*, van Houten an Botschaft in Bonn, 19.10.1959; für die Antwort von van Vredenburg siehe BuZa, GS, Blok 2, 912.2, *Eenheid Duitsland*, Inv.nr. 1755, van Vredenburg an BuZa, 26.10.1959.

Anhang

88. Vgl. H-P SCHWARZ, *Adenauer. Der Aufstieg 1876–1952*, Stuttgart 1986, S. 827ff.; ders., *Staatsmann*, S. 385ff.
89. BuZa, GS, Blok 2, 912.2, *Eenheid Duitsland*, Inv.nr. 1755, Stikker an BuZa, 24.10.1959.
90. BuZa, AAB GS, Blok 2, 912.231, *Duits Probleem*, van Roijen an BuZa, 10.12.1959.
91. *Handelingen Tweede Kamer 1954–1955*, S. 615, 21.12.1954.
92. Interview mit dem Verfasser, Brüssel, 13.10.1986.
93. BuZa, GS, Blok 2, 912.231, *Dld. alg., Conflict Geallieerden om Berlijn*, Inv.nr. 1771, Telegramm van Vredenburg an BuZa, 6.4.1959.
94. BuZa, GS, Blok 2, 911.31, *Dld.W., Correspondentie mbt Grootduitse aspiraties*, Inv.nr. 1167, van Vredenburg an BuZa, 7.11.1960; vgl. auch seine *Erinnerungen*, S. 533–534.
95. Ebd., van Houten an van Vredenburg, 26.11.1960; vgl. auch BuZa, Blok 2, 911.31, *Grootduitse aspiraties*, Inv.nr. 546, Aufzeichnungen DEU/ME an DEU, 3.8.1960 und 8.9.1960.
96. PA, NA B 24, 420, S. 018.
97. BuZa, AAB GS, Blok 2, 999.49, *Duits Probleem Dl. IV*, Doos 150, Aufzeichnung DNW/PN an Chef DNW, 27.10.1961.
98. BuZa, GS, Blok 2, *Dld. alg., Conflict Geallieerden om Berlijn*, Inv.nr. 1771, Beilage vom 29.11.1962 bei Aufzeichnung an DGPZ, 7.12.1962.

Anmerkungen Kapitel 4

1. Gespräch zwischen Adenauer und Acheson, 18.10.1963, in: *Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland 1963*, Bd. 3, München 1994, S. 1334.
2. Gespräch zwischen Adenauer und de Gaulle, in: ebd., 1964, Bd. 2, München 1995, S. 753.
3. Vgl. HELLEMA, *Buitenlandse politiek*, S. 211ff.; H. NIJENHUIS, *De Nederlandse tactiek in de onderhandelingen over een Europese politieke unie (1960–1962): „Nee tegen De Gaulle!“*, in: *Internationale Spectator* 41 (1987), Nr. 1, S. 41ff.; J. REEF, *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluß eines Kleinstaates*, Münster 1995, S. 70ff.; J.J.C. VOORHOEVE, *Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy*, Den Haag 1979, S. 165ff.
4. Zitiert bei NIJENHUIS, a.a.O., S. 42.
5. Vgl. H-P. SCHWARZ, *Die Ära Adenauer 1957–1963*, in: K.D. BRACHER u.a. (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd. 3, Stuttgart 1983, S. 109ff.
6. Zum Verhältnis zwischen Adenauer und de Gaulle vgl. SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 439ff., S. 727ff.; H. KÖHLER, *Adenauer. Eine politische Biographie*, Berlin 1994, S. 1069ff., S. 1183ff.

7. SCHWARZ, *Ära Adenauer 1957–1963*, S. 123.
8. Vgl. zu den unterschiedlichen Zielen und Interessen von Adenauer und de Gaulle Chr. HACKE, *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Stuttgart 1988, S. 110ff.
9. BuZa, GS, Blok 2, 912.2, *Dld.W. – Frankrijk, Verhouding en diplomatieke betrekkingen*, Inv.nr. 1761, Telegramm Lamping an BuZa, 20.9.1958.
10. Als Einführung in die niederländische Haltung bezüglich der deutsch-französischen Zusammenarbeit M.C.J. JEHEE/J.A. DE KONING/J.W. SAP, *De Frans-Duitse as: tirannie of sympathiek?*, Groningen 1996.
11. Zitiert bei HELLEMA, *Factor Duitsland in de Nederlandse buitenlandse politiek*, in: WIELENGA (Hrsg.), *Duitse buur*, S. 94.
12. Vgl. BuZa, AAB GS, Blok 2, 913.510, *Voorstellen De Gaulle*, Dl. I, Telegramm Luns an Botschaft in Bonn, 1.8.1960.
13. Eine übrigens bemerkenswerte Forderung, denn Großbritannien hatte noch nicht einmal einen Antrag auf die EWG-Mitgliedschaft gestellt, geschweige denn, daß London sich für eine Beteiligung an Gesprächen über eine politische Union interessierte; vgl. HELLEMA, *Buitenlandse politiek*, S. 213.
14. BuZa, AAB GS, Blok 2, 913.50, *Voorstellen De Gaulle*, Dl. IV, Doos 78, Telegramm van Roijen an BuZa, 8.4.1961; vgl. ebd., 11.4.1961.
15. Vgl. NIJENHUIS, *De Nederlandse tactiek*, S. 47–48.
16. Zitiert bei SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 737; siehe auch Luns: „Ik herinner mij. Vrijmoedige herinneringen van Mr. J.M.A.H. Luns zoals verteld aan Michel van der Plas“, Leiden 1982. In einem Hintergrundgespräch mit Journalisten sagte Adenauer im Juli 1962: „Herrn Luns’ Spezialität ist es – meine Herren, ich will mich sehr diplomatisch ausdrücken –, auf den tiefsten Grund einer Sache zu gehen, und wenn man auf den tiefsten Grund geht, z.B. bei einem stehenden Gewässer, dann kommt man gewöhnlich in Schlamm, und dann wird das Wasser getrübt. Also, das ist gar nicht immer so gut, wenn man auf den tiefsten Grund geht. Aber er liebt das zu tun ...“, in: *Adenauer. Teegespräche 1961–1963*, bearb. von H.P. MENSING, Berlin 1992, S. 252–253.
17. Vgl. J.G. KIKKERT, *De wereld volgens Luns*, Utrecht 1992, S. 146.
18. Luns: „ik herinner mij...“, S. 154.
19. KIKKERT, a.a.O., S. 56; vgl. Luns: „ik herinner mij...“, S. 12.
20. HELLEMA, *Buitenlandse politiek*, S. 215.
21. Vgl. SCHWARZ, *Ära Adenauer 1957–1963*, S. 259.
22. BuZa, GS, Blok 2, 912.2, *Dld.W. – Frankrijk, Verhouding en diplomatieke betrekkingen*, Inv.nr. 1761, Telegramm van Vredenburg an BuZa, 12.9.1962.
23. Ebd., van Vredenburg an BuZa, 13.9.1962.

24. BuZa, AAB GS, Blok 2, *Frans-Duitse document 1961-1964*, Doos 84, BuZa an Botschaft in Bonn, 3.12.1962.
25. Zitiert bei A.J. HARRYVAN/J. VAN DER HARST, *Den Haag, Bonn und die Diskussion über den britischen Beitritt zur EWG in den sechziger Jahren*, in: WIELENGA (Hrsg.), *Nachbarn*, S. 43.
26. BuZa, Blok 2, 912.2, *Dld.W. - Frankrijk, Verhouding en diplomatieke betrekkingen*, Inv.nr. 4263, Rundschreiben von Luns 204, 23.1.1963.
27. *Teegespräche 1961-1963*, S. 325.
28. PA, B 24, 499, p. 218, Löns an AA, 21.2.1963.
29. *Gevoel van onbehagen over ontwikkeling in Duitsland*, in: *Het Vrije Volk*, 19.2.1963.
30. *Handelingen Tweede Kamer 1962-1963*, S. 676, 19.2.1963.
31. *Adenauer-Erhard*, in: *Trouw*, 5.3.1963.
32. *Laatste gang*, in: *de Volkskrant*, 22.1.1963.
33. *Frans-Duits akkoord*, in: NRC, 22.1.1963.
34. Zitiert bei SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 822.
35. Vgl. ausführlich SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 826ff.; KÖHLER, a.a.O., S. 1206ff.; D. KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987.
36. BuZa, DAV-archief, Blok 2, 921.1, *Opbouw Duitse defensie*, Inv.nr. 217, van Vredenburg an BuZa, 1.3.1960.
37. BuZa, GS, Blok 2, 911.0, *Dld.W., Algemene rapporten*, Inv.nr. 1160, van Vredenburg an BuZa, 28.9.1962.
38. BuZa, Blok 2, 911.23, *BRD, Bondsregering*, Inv.nr. 522, Aufzeichnung DEU/ME, 17.12.1962.
39. BuZa, AAB GS, Blok 2, *Frans-Duits document 1962-1964*, Doos 84, van Ittersum an BuZa, 4.3.1963.
40. BuZa, Blok 2, 911.31, *BRD, Politieke verhoudingen en partijen*, Inv.nr. 550, Telegramm van Ittersum an BuZa, 24.4.1963.
41. BuZa, Blok 2, 911.23, *BRD, Bondsregering*, Inv.nr. 522, van Ittersum an BuZa, 7.10.1963.
42. *Afscheid*, in: *de Volkskrant*, 15.10.1963.
43. *Adenauer*, in: *Het Parool*, 14.10.1963.
44. *Een afscheid*, in: NRC, 15.10.1963.
45. Vgl. zu den niederländischen Pressestimmen PA, B 24, 499, S. 204ff., Obermayer an AA, 16.10.1963.
46. Vgl. ausführlich KOERFER, *Kampf ums Kanzleramt*; V. HENTSCHEL, *Ludwig Erhard*, München 1997.
47. Vgl. zur Vorbereitung der Besuche Erhards in den Niederlanden, Belgien und Luxemburgs von deutscher Seite: PA, NA B 24, 544.
48. *Bezoek van Erhard*, in: *de Volkskrant*, 22.2.1964; *Erhard en Europa*, in: *Het Parool*, 28.2.1964; *Nuttig bezoek*, in: ebd., 5.3.1964; *Oriëntering*, in: *Algemeen Dagblad*, 25.2.1964; vgl. *Den Haag, Bonn en Europa*, in: NRC, 4.3.1964.

49. ARA, Protokolle MR, 6.3.1964; vgl. auch: BuZa, Code 9, Blok 2, Inv.nr. 4253, Bericht Besprechung 2.3.1964; *Vermerk über die deutsch-niederländischen Regierungsbesprechungen am 2. und 3. März 1964 in Den Haag*, in: *Akten*, 1964, Bd. I, Nr. 59, S. 280–291.
50. BuZa, Blok 2, 912.2. *West-Duitsland – Buitenlandse politiek 1961–1964*, Inv.nr. 4250, Aufzeichnung DEU für Minister, 27.4.1964.
51. Vgl. die Berichte über den Besuch in: ARA, Protokolle MR, 2.10.1964; *Akten zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1964*, Bd. 2, S. 1090ff.
52. Vgl. BuZa, AAB GS, Blok 2, *Frans-Duits Document 1962–1964*, Doos 84, Telegramm van Ittersum, 24.11.1964.
53. BuZa, Blok 2, 911.23, *W.Dld Bondsregering*, Dl. III, Inv.nr. 522, Aufzeichnung DEU an DGPZ, 11.12.1964.
54. Diese Spannungen hingen u.a. mit den Bezahlungsmodalitäten der Stationierungskosten der amerikanischen Truppen in der Bundesrepublik und mit der Forderung Washingtons nach einem deutschen Beitritt zum Proliferationsvertrag zusammen. Vgl. dazu ausführlich K. HILDEBRAND, *Von Erhard zur Großen Koalition 1963–1969*, in: BRACHER u.a. (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik*, Bd. 4, Stuttgart 1984, S. 310ff.
55. Vgl. zu den Hintergründen G. SCHÖLLGEN, *Geschichte der Welt-politik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991*, München 1996, S. 211ff.
56. BuZa, AAB GS, Blok 3, 912.1, *BRD-Nederland 1967–1972*, Telegramm Luns an Botschaft Bonn, 14.10.1967; ebd. Telegramm van Ittersum an BuZa, 17.10.1967.
57. BuZa, Blok 3, 912.12, *Nederland Algemeen – Reizen Minister Luns*, Inv.nr. 1986, Telegramm de Beus (von Luns) an BuZa, 21.9.1968; vgl. auch ARA, Protokolle MR, 20.9.1968.
58. ARA, Protokolle MR, 20.9.1968.
59. So Landwirtschaftsminister Lardinois; vgl. ARA, Protokolle MR, 4.10.1968.
60. HILDEBRAND, a.a.O., S. 317.
61. ARA, Protokolle MR, 3.10.1969; vgl. AAB GS, Blok 3, 911.3, *Bonds-republiek 1967–1969*, Doos 310, Telegramm de Beus an BuZa, 7.10.1969.
62. Vgl. ARA, Protokolle MR, 12.9.1969.
63. Vgl. A.E. KERSTEN, *Das europäische Gipfeltreffen in Den Haag 1969*, in: WIELENGA (Hrsg.), *Nachbarn*, S. 45–49.
64. ARA, Protokolle MR, 5.12.1969.
65. Vgl. B. SCHULTE, *Hollands Ostpolitik. Entspannungspolitische Konzeption niederländischer Politiker zu Problembereichen des Ost-West-Verhältnisses*, Hamburg 1973, S. 195.
66. Vgl. HELM, a.a.O., S. 173.
67. Vgl. SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 329ff, S. 385ff; SCHÖLLGEN, a.a.O., S. 130ff.

68. Vgl. C.M. MEGENS, *Een gezamenlijke kernmacht voor de NAVO. De MLF-discussie in Nederland*, in: SCHOENMAKER/JANSSEN (Hrsg.), a.a.O., S. 116–133; G. WALRAVEN, *Arrangements for nuclear sharing in NATO: the Multi-lateral Force and the Nuclear Planning Group*, in: Ph. EVERTS/G. WALRAVEN (Hrsg.), *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Adldershot usw. 1989, S. 103–117; HELLEMA, *Buitenlandse Politiek*, S. 217ff.; A. VAN STADEN, *Een trouwe bondgenoot: Nederland en het Atlantisch Bondgenootschap (1960–1971)*, Baarn 1974, S. 97ff.; REEF, *Niederlande im internationalen System*, S. 124ff.
69. Vgl. BuZa, AAB GS, 999.4, *MLF 1963*, Doos 152, Boon an BuZa, 26.4.1963.
70. Ebd., Aufzeichnung für den Ministerrat, ‚Nederlandse deelneming aan besprekingen multilaterale nucleaire strijdmacht‘, 2.10.1963.
71. Ebd., Telegramme van Ittersum an BuZa, 22.8.1963 und 27.9.1963.
72. *Akten zur Auswärtigen Politik*, 1964, Bd. 2, S. 1098–1099.
73. ARA, Protokolle MR, 2.10.1964; zum Gespräch zwischen Erhard, Schröder, Marijnen und Luns vgl. *Akten zur Auswärtigen Politik*, 1964, Bd. 2, Dokument 266, S. 1090ff.
74. ARA, Protokolle MR, 19.11.1965; vgl. auch MEGENS, a.a.O.
75. Diese sechs anderen Teilnehmerstaaten waren: die Niederlande, Belgien, Kanada, Dänemark, Griechenland und die Türkei.
76. ARA, Protokolle MR, 15.10.1965.
77. Zitiert bei W.F. HANRIEDER, *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, Paderborn 1995, S. 73.
78. NIPO-Bericht Nr. 1082, 30.11.1965.
79. *Opinieonderzoek Tweede Wereldoorlog 1970*, in: F.M. ROSCHAR, *Buitenlandse politiek in de Nederlandse publieke opinie. Inventaris van in Nederland in de periode 1 januari 1960 tot 1 januari 1975 gehouden onderzoek naar meningen en attitudes t.a.v. de buitenlandse politiek*, Den Haag 1975, S. 320; 1970 gaben 28% der Befragten keine Meinung an.
80. NIPO-Bericht Nr. 1284, 28.4.1969 und NIPO-Bericht Nr. 1344, 7.4.1970; ‚keine Meinung‘: 27% (1969), 32% (1970).
81. Zitiert bei S. ROZEMOND: *Nederland en de Duitse factor*, in: M. van LEEUWEN u.a., *Het woord is aan Nederland. Thema's van buitenlands beleid 1966–1983*, Den Haag 1983, S. 106.
82. Ebd., S. 107.
83. SCHULTE, a.a.O., S. 60; VOORHOEVE, a.a.O., S. 131ff.
84. VAN STADEN, a.a.O., S. 157ff.
85. Vgl. ausführlich H.W. BOMERT, *Nederland en Oost-Europa: meer woorden dan daden; het Nederlands Oost-Europa beleid, geanalyseerd binnen het kader van het CVSE-proces 1971–1985*, Nimwegen 1990, S. 44ff.

86. Vgl. W. BRANDT, *Erinnerungen*, Berlin 1990, S. 9ff.; E. BAHR, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 125ff; A. VOGTMEIER, *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996, S. 51ff.
87. Vgl. P. BENDER, *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 1989; T. GARTON ASH, *Im Namen Europas. Deutschland und der Geteilte Kontinent*, München 1993.
88. BENDER, *Ostpolitik*, S. 113.
89. HACKE, a.a.O., S. 121.
90. ARA, Kabinettsvorlagen, Inv.nr. 786, MR 21.1.1966, BuZa an MP, 7.1.1966.
91. ARA, Protokolle MR, 21.1.1966.
92. BuZa, AAB, Blok 3, 911.31, *West-Duitsland*, Doos 316, Vixeboxse an BuZa, 18.5.1965.
93. Vgl. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld. W., Buitenlandse politiek*, Inv.nr. 3374, Telegramm van Ittersum an BuZa, 12.11.1965; ebd., Inv.nr. 3375, Telegramm van Ittersum an BuZa, 22.12.1966.
94. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld. W., Duitse Vredesnota*, Inv.nr. 3383, Aufzeichnung DNW/DIO an DGPZ, 1.4.1966; siehe auch: AAB, Blok 3, 913.510, *Vredesnota 1966*, Telegramm Luns an Botschaft in Bonn, 20.4.1966; ebd., 913.510, *Duitse vredesnota*, Aufzeichnung DGPZ an Minister, 15.4.1966.
95. BuZa, AAB, Blok 3, 913.510, *Vredesnota 1966*, Telegramm Luns an Botschaft Bonn, 20.4.1966.
96. *Archiefstuk*, in: *NRC*, 26.3.1966, zitiert bei HELM, a.a.O., S. 219.
97. *Erhard ontvouwt vredesplan*, in: *Algemeen Handelsblad*, 25.3.1966.
98. Vgl. HELM, a.a.O., S. 220.
99. Luns sagte dies am 1. Dezember 1965 im Parlament; vgl. BuZa, AAB, Blok 3, *Oder-Neisse grens 1965–1971*, Doos 306, Aufzeichnung Jalink, 29.12.1966.
100. BuZa, AAB, Blok 3, 912.231, *Duits Probleem 1965–1966*, Doos 342, van Ittersum an BuZa, 27.8.1965.
101. Ebd., van Ittersum an BuZa, 16.12.1965.
102. BuZa, AAB, Blok 3, 912.231, *Duits Probleem 1967*, Doos 342, Jorissen an BuZa, 23.3.1967.
103. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld. W., Toenadering tot Oostblok*, Inv.nr. 3381, Telegramm de Beus an BuZa, 21.3.1968.
104. BuZa, Blok 2, 912.12, *Reis minister Luns naar Polen*, Inv.nr. 2010, Telegramm Luns an BuZa, 23.8.1967
105. BuZa, AAB, Blok 3, 912.231, *Duits Probleem 1968*, Doos 342, „Aufzeichnung „Een tweede Rapallo?“, 21.8.1968.
106. PEKELDER, *Percepties*, S. 78; vgl. ausführlich DERS., *Nederland en de DDR*, S. 233ff.

107. Als erster westlicher Staat hatten die Niederlande bereits 1947 ein Handelsabkommen mit der sowjetischen Besatzungszone geschlossen, und nach der Gründung der DDR waren die Handelsbeziehungen fortgesetzt worden. Dabei hatten die Niederlande aber stets sorgfältig darauf geachtet, daß diese Handelskontakte nicht als eine Form der Anerkennung des ostdeutschen Staates interpretiert werden konnten. Vgl. F. WIELENGA, *Handel drijven met een staat die niet bestaat*, in: *NRC Handelsblad*, 30.5.1990.
108. Vgl. PEKELDER, *Percepties*, S. 74–75.
109. D. BOSSCHER, *De jaren 1946–1970*, in: M. BRINKMAN u.a. (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894–1994*, Amsterdam 1994, S. 231.
110. H. LAMMERS, *Geschrokken terug uit de DDR*, in: *de Groene Amsterdammer*, 24.6.1967, zitiert bei PEKELDER, *Nederland en de DDR*, S. 249.
111. LAMMERS, zitiert bei PEKELDER, *Percepties*, S. 77.
112. K. KOSTER (Hrsg.), *Het stiefkind van Europa. De niet-erkende staat*, Baarn 1970.
113. Vgl. zur Anerkennungsdebatte und dem chaotisch verlaufenen Parteitag der PvdA im März 1969 die ausführliche Wiedergabe in der Dissertation Pekelders. Vgl. auch W. GORTZAK, *Nieuw Links, de erkenning van de DDR en het SED-archief*, in: M. KROP u.a. (Hrsg.), *Het dertiende Jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1992, S. 69–87; BEUNDERS/SELIER, *Argwaan en profijt*, S. 79–81.
114. Vgl. BAHR, a.a.O., S. 247.
115. ARA, Protokolle MR, 3.10.1969.
116. Ebd., 31.10.1969.
117. BuZa, Blok 3, 911.31, *W.Dld. Politieke verhoudingen en partijen, algemeen 1967–1969*, Dl. VII, Inv.nr. 412, Telegramm de Beus an BuZa, 7.10.1969.
118. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld. W., Toenadering tot Oostblok*, Inv.nr. 3381, BuZa an Botschaften, 16.1.1970 („Aantekening inzake de Ostpolitiek“).
119. BuZa, AAB, Blok 3, 912.2., *BRD-Sovjet-Rusland 1965–1970*, Doos 333, Luns-Rundschreiben an Botschaften in Bonn, Washington etc., 28.11.1969.
120. Ebd., Telegramm Beelaerts an BuZa, 30.1.1970.
121. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld. W., Toenadering tot Oostblok*, Inv.nr. 3381, Aufzeichnung Chef DEU an DGPZ, 9.6.1970.
122. BuZa, Archief PV-NAVO, 912.20, *BRD Oostpolitiek 1970–1971*, Boon an BuZa, 15.5.1970.
123. BuZa, AAB, Blok 3, 912.2, *BRD – Sovjet-Rusland 1965–1970*, Doos 333, Bericht ‚Duitse Oostpolitiek en Westelijke Samenwerking‘, 29.5.1970.

124. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld.W., Toenadering tot Oostblok*, Inv.nr. 3381, de Beus an BuZa, 18.6.1970.
125. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld.W. – Sovjet-Unie*, Dl. VII 1970, Inv.nr. 3439, Telegramm de Beus an BuZa, 11.8.1970.
126. Vgl. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld.W. – Polen*, Dl. IV, Inv.nr. 3430, Telegramm de Beus an BuZa, 23.11.1970; 912.2, *Dld.W. – Sovjet-Unie*, Inv.nr. 3439, Telegramm de Beus an BuZa, 14.8.1970.
127. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld.W. – Polen*, Dl. III, Inv.nr. 3429, Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 23.11.1970.
128. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld.W. – Sovjet-Unie*, Inv.nr. 154, Beelaerts an BuZa, 22.6.1970.
129. Vgl. GARTON ASH, a.a.O.
130. ARA, Protokolle MR, 13.8.1970.
131. Ebd., 20.8.1970.
132. Ebd.; vgl. auch ebd., 28.8.1970.
133. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld.W. – Sovjet-Unie*, Dl. VII, Inv.nr. 3439, Aufzeichnung Luns an Staatssekretär, 1.9.1970.
134. BuZa, Blok 3, *Duitsland-West – Polen*, Dl. IV, Inv.nr. 3430, Telegramme de Beus an BuZa, 10.11.1970 und 23.11.1970; ebd., Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 23.11.1970.
135. Ebd., *Presseerklaring zum Warschauer Vertrag*, 15.12.1970.
136. Vgl. BENDER, *Neue Ostpolitik*, S. 197ff.
137. BuZa, AAB, Blok 3, 912.2., *BRD – DDR*, 1970–1972 Doos 326, Telegramm Schmelzer an Botschaft Bonn, 8.3.1972; vgl. dossier AAB, 912.1, *Nederland – BRD, Bezoek Birrenbach*, Doos 320.
138. *Overforderte Verbundete. Deutscher als die Deutschen?*, in: *Bayernkurier*, 18.3.1972.
139. BuZa, AAB, Blok 3, 912.1, *Nederland-BRD*, Bezoek Birrenbach, Doos 320, Aufzeichnung Chef DEU an M., 7.3.1972.
140. Vgl. BuZa, Blok 3, *Dld.W-Sovjet-Unie, Verhoudingen en betrekkingen*, Dl. VIII 1971–1974, Inv.nr. 3440, ANP-Bericht, 21.9.1971.
141. BuZa, Blok 3, 912.2, *Dld.W., Toenadering tot het Oosten*, Dl. II 1971–1972, Inv.nr. 3382, Telexberichte Botschaft Bonn an BuZa, 11.8 und 12.8.1971. Im *Telegraaf* und in *Elsevier* waren Auszuge aus dem Abschiedsbericht des niederlandischen Botschafters in Moskau von 1971 erschienen, in dem er seine erheblichen Bedenken gegenuber der Entspannung deutlich gemacht hatte.
142. BuZa, Blok 3, *Dld.W, Buitenland – Oostverdragen*, Inv.nr. 3384, Aufzeichnung an Minister und Staatssekretar, 17.5.1972.
143. *Historische stap*, in: *Algemeen Handelsblad*, 9.8.1970; vgl. ausfuhrlich J.C. HESS/F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969–1980*, Den Haag 1982, S. 64ff.
144. *West-Duitsland profiteert van zijn middenpositie*, in: *de Volkskrant*, 15.8.1970.

145. *De enige weg*, in: *NRC Handelsblad*, 29.1.1971.
146. *Verzoening*, in: *Trouw*, 10.12.1970.
147. *Duitsland moet nog altijd zichzelf bevrijden*, in: *de Volkskrant*, 4.5.1970.
148. *Zorgen over de 'Ostpolitiek' van Bonn*, in: *Telegraaf*, 11.8.1970.
149. *Polen-W.Duitsland*, in: *NRC Handelsblad*, 24.12.1975.
150. Vgl. die Stellungnahmen de Beus' zu den Treffen zwischen Brandt und Stoph in Erfurt und Kassel im April und Mai 1970: BuZa, Blok 3, 912.231, *Duits Probleem 1970*, Inv.nr. 3464, de Beus an BuZa, 6.4.1970 und Telegramm ebd. 22.5.1970.
151. ARA, Protokolle MR, 10.11.1972.
152. BuZa, AAB, Blok 3, 912.2, *BRD-DDR onderhandelingen*, Doos 327, Erklärung des Ministerpräsidenten, 11.11.1972.
153. BuZa, Blok 3, 912.2, *West-Dld., Oostverdragen*, Dl. II, Inv.nr. 3385, de Beus an BuZa, 20.11.1972.
154. *Nieuwe periode*, in: *de Volkskrant*, 22.12.1972.
155. *Laatste horde*, in: *NRC Handelsblad*, 19.6.1973; vgl. den ersten Kommentar zum Vertrag: *Basisverdrag*, 9.11.1972. *Trouw* und *Het Parool* widmeten dem deutsch-deutschen Abkommen keinen Leitartikel, aber angesichts ihrer früheren Haltung darf man für diese Zeitungen dieselbe Schlußfolgerung ziehen.
156. Vgl. HESS/WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers*, S. 71ff.
157. Mitglieder des Komitees waren u.a. H. van den Doel, Prof. Dr. G. Klein, Dr. H.J. Roethof (alle PvdA); E. Jurgens und Dr. C.V. Lafaber (PPR); Dr. J. van Putten (ARP); F. Faber und M. Meindertsma (NCSV); der Journalist Dr. A.L. Constandse, der Philosoph Prof. Dr. B. Delfgaauw, A.J. Koejemans, der Historiker Prof. Dr. A. F. Manning, der Kriminologe Prof. Dr. W.H. Nagel (J.B. Charles); im Vorstand saßen u.a. die PSP-Mitglieder A.G. van der Spek und R. Beukema. Vgl. zu den Aktivitäten des Komitees PEKELDER, *Nederland en de DDR*, S. 469.
158. BAHR, a.a.O., S. 424.
159. Vgl. S. WOLLE, *Die heile Welt der Diktatur und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Bonn 1998, S. 63ff.; vgl. zu den deutsch-deutschen Beziehungen in den siebziger Jahren H. POTTHOFF, *Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente*, Berlin 1997.
160. Vgl. zu den Niederlanden und der KSZE BOMERT, a.a.O.; vgl. auch REEF, *Niederlande im internationalen System*, S. 185ff.
161. J.G. SICCAMI, *De internationaal-politieke positie in Duitsland: enkele kanttekeningen*, in: NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland*, S. 44.
162. Im Rahmen dieser Reihe fanden Vorträge von H.W. van der Dunk, M.C. Brands, J.G. Siccama und L.A.V. Metzemaekers statt. Sie wurden im Februarheft des *Internationale Spectator 1978* veröffentlicht; vgl. zu den Ergebnissen der Folgekonferenzen die in der vor-

- hergehenden Anmerkung genannte Publikation *In de schaduw van Duitsland*.
163. Vgl. BuZa, Blok 4, 912.2, *BRD, Buitenlandse politiek*, Inv.nr. 1767, Telegramme van Lynden an BuZa, 25.8.1978 und 14.9.1978.
 164. BuZa, Blok 4, 911.31, *Dld.W. SPD*, Dl. VII, Inv.nr. 4642, Telegramm Reinink an BuZa, 21.11.1983; vgl. ebd., 912.2, *Dld.W. – Frankrijk*, Dl. VIII, afscheidsbeschouwingen ambassadeur Van Lynden, 14.5.1982.
 165. WRR, *Onder invloed van Duitsland*, S. 109.
 166. M.C. BRANDS/H.J.G. BEUNDERS/H.H. SELIER, *Denkend aan Duitsland. Een essay over moderne Duitse geschiedenis en enige hoofdstukken over de Nederlands-Duitse betrekkingen in de jaren zeventig*, Den Haag 1983, S. 7.
 167. WRR, *Onder invloed van Duitsland*, S. 120–122.
 168. Vgl. zur niederländischen Diskussion REEF, *Niederlande im internationalen System*, S. 157ff.; Ph.P. EVERTS (Hrsg.). *Controversies at home. Domestic factors in the foreign policy of the Netherlands*, Dordrecht 1985, S. 133ff.; vgl. zur PvdA H. SMITS, *De bom in de vuist. De Partij van de Arbeid tussen afschrikking en atoompacifisme*, Amsterdam 1984.
 169. Vgl. SCHMIDT, *Menschen und Mächte*, S. 230ff.; *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, S. 356–357; vgl. zur deutschen Diskussion W. LINK, *Außen- und Deutschlandpolitik in der Ära Schmidt 1974–1982*, in: W. JÄGER/ W. LINK, *Republik im Wandel 1974–1982. Die Ära Schmidt*, in: *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Bd.5/II, Stuttgart 1987, S. 317ff.
 170. SCHMIDT, *Die Deutschen und ihre Nachbarn*, S. 351–360.
 171. Brief J.M. den Uyls an den Verfasser, 12.5.1986.
 172. Brief E.H.T.M. Nijpels' an den Verfasser, 22.4.1986.
 173. Brief B. de Vries' an den Verfasser, 15.4.1986.
 174. Brief M.B. Engwirdas an den Verfasser, 12.5.1986. Nicht wesentlich davon abweichend waren die Positionen G.J. Schuttes (GPV) und M. Leerlings (RPF) im Briefwechsel mit dem Verfasser vom 21.3.1986 bzw. 13.5.1986. Positiver, wenn auch verklausuliert, äußerten sich Vertreter der PPR und EVP (28.5.1986 und 23.4.1986).
 175. BuZa, Blok 4, 912.2, *Dld.W. Buitenlandse politiek*, Dl. XVI, Inv.nr. 4691, BuZa an Botschaft Bonn, 9.7.1984.
 176. Vgl. SCHÖLLGEN, a.a.O., S. 390ff.
 177. Vgl. ebd., S. 407; vgl. für eine weitergehende Analyse des ‚Genescherismus‘ ausführlich GARTON ASH, a.a.O.
 178. Vgl. zum Besuch in den Niederlanden PEKELDER, *Nederland en de DDR*, S. 347ff.
 179. BuZa, Code 9, *BRD Buitenlandse politiek*, Dl. I 1985–1988, Inv.nr. 294, van Leeuwen an BuZa, 24.7.1987.
 180. *Stapsgewijs*, in: *NRC Handelsblad*, 10.9.1987.

181. BuZa, Code 9, *BRD Buitenlandse politiek*, Dl. I 1985–1988, Inv.nr. 294, Aufzeichnung Chef DEU an DGPZ, 9.9.1987.

Anmerkungen Kapitel 5

1. W. BLEEK/H. MAULL (Hrsg.), *Ein ganz normaler Staat? Perspektiven nach vierzig Jahren Bundesrepublik*, München 1989.
2. J.C. HESS, *Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Nation?*, in: *Neue politische Literatur* 26 (1981), S. 292–324; vgl. DERS.: *Westdeutsche Suche nach nationaler Identität*, in: *Neue politische Literatur*, Beihefte 3, S. 9–50.
3. Vgl. F. WIELENGA, ‚Stille revolutie‘ en schijnbare normaliteit. *De westerse zones en de Bondsrepubliek 1945–1990*, in: J.C. HESS/ F. WIELENGA (Hrsg.), *Duitsland en de democratie 1871–1990*, Amsterdam 1994, S. 177–218.
4. W. L. BRUGSMA, *Ten Geleide*, in: WIELENGA, *Partner*, S. xi.
5. BuZa, 9, 1985–1989, 911.31, *BRD Politieke verhoudingen en partijen*, Inv.nr. 4031, Telegramm van der Tas an BuZa, 24.5.1989.
6. Ebd., 912.1, *BRD Verhouding en diplomatieke betrekkingen met Nederland*, Inv.nr. 4040, Eröffnungsrede van den Broeks auf dem Symposium, organisiert durch die ‚Stichting ter bevordering van Duitsland-studiën‘, 18.5.1989.
7. Ebd., 911.31, *BRD Politieke verhoudingen en partijen*, Inv.nr. 4032, Telegramm van der Tas an BuZa, 6.7.1989; vgl. außerdem ebd., 912.2, *BRD-DDR, Verhouding, diplomatieke betrekkingen*, Inv.nr. 4054, van Lynden an van Walsum, 7.9.1989.
8. Ebd., Inv.nr. 4054, Aufzeichnung ‚De oostgrens van Duitsland‘, 21.9.1989.
9. ADVIESRAAD VREDE EN VEILIGHEID, *Verandering en verankering. Perestroika en Europese veiligheid*, Den Haag 1989, S. 120.
10. *Achter de feiten aanhollen*, in: *NRC Handelsblad*, 31.10.1989; vgl. auch ebd. seine Kolumne vom 24.10.1989 und die Reaktion des Amsterdamer Historikers M.C. Brands vom 27.10.1989. Vgl. die Analyse der Kolumnen Heldrings über die deutsche Einigung bei J. REEF, *Massenmedien und nationale Stereotype. Jérôme Louis Heldring und das wiedervereinigte Deutschland in politischen Kommentaren der niederländischen Presse*, in: W. MÜHLHAUSEN u.a. (Hrsg.), *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster 1998, S. 265–280.
11. Vgl. u.a. H. BAHRMANN/Chr. LINKS, *Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*, Berlin 1994; DIES., *Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR*, Berlin 1995; K.H. JARAUSCH, *Die unverhoffte Einheit 1989–1990*, Frankfurt a.M. 1995.

12. Vgl. zu dieser Pressekonferenz H.-H. HERTLE, *Der 9. November 1989 in Berlin*, in: *Materialien der Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘*, Band VII/1, Baden-Baden 1995, S. 787–872.
13. *Slaagt de tweede Duitse revolutie wel?*, in: *de Volkskrant*, 11.11.1989; vgl. *Hoopvol*, in: ebd., 14.11.1989; *‘s Morgens bidden ... ‘s avonds danken?*, in: *Trouw*, 11.11.1989; vgl. M. DEN HOET, *Die Wiedervereinigung Deutschlands im Spiegel der niederländischen Presse*, Magisterarbeit Kiel 1997.
14. Vgl. zu Entstehung und Inhalt dieser ersten konkreten Initiative zur Wiedervereinigung H. KOHL, *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996, S. 157ff.
15. *Handelingen Tweede Kamer*, Regierungserklärung, 27.11.1989, S. 14.303.
16. Ebd., 28.11.1989, S. 15.359.
17. *Duitse volk is al verenigd*, in: *NRC Handelsblad*, 14.11.1989.
18. *Handelingen Tweede Kamer*, Regierungserklärung, 28.11.1989, S. 15.343.
19. Ebd., 29.11.1989, S. 16.395.
20. Vgl. P.H. MERKL, *German Unification in the European Context*, Pennsylvania State University 1993, S. 5; vgl. zum internationalen Kontext der deutschen Einheit S.F. SZABO, *The Diplomacy of German Unification*, New York 1992.
21. Vgl. den Text der Abschlusserklärung: *Tweede Kamer, 1989–1990*, 21.416, Nr. 1.
22. KOHL, a.a.O., S. 195.
23. *Handelingen Tweede Kamer*, Bericht Europarat, 12.12.1989, S. 21.699.
24. Ebd., S. 21.689.
25. Ebd., S. 21.707.
26. BuZa, 1985–1989, 912.2, *Hereniging*, Inv.nr. 4055, Aufzeichnung PLAN (Krop) an Minister, 28.11.1989.
27. Ebd., Telegramm Van der Tas an BuZa, 30.11.1989.
28. Ebd., Inv.nr. 4056, Aufzeichnung DEU, ohne Datum (Anfang Dezember).
29. Vgl. zu dieser ‚Wende in der Wende‘ JARAUSCH, a.a.O., S. 137ff.
30. Im Nachhinein mußte Bahr, der sich so lange und intensiv wie wenige andere mit Ostpolitik und der deutschen Frage beschäftigt hatte, zugeben, daß er für die Möglichkeiten der Wiedervereinigung blind gewesen war, als sie Ende 1989 sichtbar wurden; vgl. E. BAHR, *Zu meiner Zeit*, München 1996, S. 570ff.
31. Vgl. D. GROH/P. BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990*, München 1992, S. 329–330; vgl. ausführlich die 2000 erscheinende Amsterdamer Dissertation (VU) von Irene van der Krol über die deutschen Parteien und die Wiedervereinigungsfrage 1987–1990.

32. H. TELTSCHIK, *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991, S. 38.
33. Vgl. ebd., S. 66.
34. M. THATCHER, *Downing Street No. 10. Die Erinnerungen*, Düsseldorf u.a. 1993, S. 1103; vgl. C. VAN LOTRINGEN, *De kwetsbare kolos. De gevaren van een zwak Duitsland*, Amsterdam/Antwerpen, S. 134.
35. KOHL, a.a.O., S. 196–197; vgl. H.J. KÜSTERS/D. HOFMANN (Hrsg.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes*, München 1998, S. 606; siehe auch ebd., S. 576, 730, 798, 852.
36. R.F.M. LUBBERS, *Welk Europa staat ons voor ogen?*, Katholieke Universiteit Brabant, Tilburg, 15. Januar 1990, S. 17.
37. *Laudatio des Ministerpräsidenten des Königreiches der Niederlande, Ruud F.M. Lubbers*, in: M. SICKING/O. MÜLLER (Hrsg.), *Aus dem Norden kommt das Licht. Norwegens Weg nach Europa. Gro Harlem Brundtland – Internationaler Karlspreis Aachen 1994*, Aachen 1994, S. 28.
38. *NRC Handelsblad*, 23.8.1997.
39. Vgl. M. DEN HOET, a.a.O.; I. VAN DER KROL, *Wie is er bang voor Duitsland?*, Magisterarbeit VU Amsterdam 1991; S. BLANCK, *Het vaderland en het Vierde Rijk*, Magisterarbeit Leiden 1995; K. BEUKERS, *Blickrichtung Deutschland*, Magisterarbeit Groningen 1996; vgl. die Auswahl niederländischer Zeitungsartikel in: *Meningen over ... Duitse eenheid. ‚Het derde Duitse wonder‘*, Amsterdam 1990.
40. *Van den Broek noemt reactie van jeugd erg positief*, in: *Algemeen Dagblad*, 1.12.1989.
41. *Europa op een kruispunt*, Vortrag vor den Handels- und Handwerkskammern Arnheim, 12.12.1989.
42. Vgl. Lubbers' Erläuterung seiner Tilburger Rede: *Handelingen Eerste Kamer*, 24.1.1990, S. 10.329–10.330; van den Broeks öffentliche Reaktion: *Handelingen Tweede Kamer*, Außenpolitik/NATO, 25.1.1990, S. 32.1584/85.
43. BuZa, DDI-DEU/ARA/00001, *BRD-DDR-Hereniging, Duitse kwestie en Europese vredesarchitectuur*, PLAN/GV, 9.1.1990.
44. Ebd.
45. Vgl. ausführlich den entsprechenden Abschnitt der Haushaltsberatungen des Außenministeriums: *Handelingen Tweede Kamer*, 25.1.1990, S. 32–1589ff.
46. BuZa, DDI-DEU/ARA/00001, *BRD-DDR Hereniging*, Aufzeichnung DGPZ für PLAN, 5.1.1990.
47. Ebd.
48. BuZa, DDI-DEU/ARA/00004, *BRD-DDR, Hereniging*, Telegramm van der Tas an BuZa, 6.3.1990.
49. BuZa, DDI-DIE/ARA/418, 912.220, *BRD-DDR, Hereniging*, Aufzeichnung ‚Enige staatsrechtelijke en politieke vragen met betrek-

- kingt tot de Duitse kwestie (vereniging van BRD en DDR)', 8.3.1990, S. 19, 21.
50. BuZa, DDI-DEU/ARA/00003, *BRD-DDR, Hereniging*, Telegramm Breman an BuZa, 19.2.1990; vgl. den Bericht über das Treffen, ebd., 00002, Breman an BuZa, 14.2.1990.
 51. H.-D. GENSCHER, *Erinnerungen*, Berlin 1995, S. 729. Aus dem niederländischen Bericht über diese Sitzung in Ottawa geht hervor, daß der Satz „You are not part of the game“ sich nur an die Adresse de Michelis' richtete, der, nachdem Baker, Genscher und van den Broek die Frage bereits besprochen hatten, erneut darauf zurückkam; vgl. BuZa, DDI/DEU/ARA, 00002, *BRD-DDR, Hereniging*, Telegramm Breman an BuZa, 14.2.1990.
 52. Vgl. zur Haltung des Parlaments auch die Ergebnisse einer Umfrage der Wochenzeitschrift *Elsevier* vom März 1990. Obwohl nur die Hälfte der Abgeordneten den Fragebogen ausgefüllt zurücksandte und das Ergebnis deshalb nicht als repräsentativ gelten kann, bietet die Umfrage doch eindeutige Indizien: 77% sprachen sich für die Wiedervereinigung aus, 8% waren dagegen, und 12% hatten keine Meinung. Gleichzeitig brachte die Umfrage auch die ambivalenten Gefühle gegenüber Deutschland ans Licht: 62% räumten ein, „manchmal antideutsche Gefühle“ zu haben, und 36% hielten einen militärischen Expansionismus des vereinigten Deutschlands nicht für völlig ausgeschlossen: *Anti-Duitse gevoelens in de Tweede Kamer*, in: *Elsevier*, 7.4.1990, S. 36ff.
 53. *Handelingen Tweede Kamer 1989–1990*, 22.2.1990, S. 44–2643. Vgl. den Bericht van den Broeks über die *Open skies*-Konferenz: Bijlagen TK 21460, Nr. 1, 19.2.1990; vgl. auch ebd., Nr. 2, 21.2.1990.
 54. Ebd., S. 44–2667.
 55. Ebd., S. 44–2673.
 56. Ebd., S. 44–2675.
 57. BuZa, DDI-DEU/ARA/03237, *Duitsland – Staten-Generaal*, Baker an van den Broek, 20.2.1990.
 58. GENSCHER, *Erinnerungen*, S. 737.
 59. BuZa, DDI/DEU/ARA/00003, *BRD-DDR, Hereniging van Duitsland*, Telegramm van den Broek an die Botschaft in Bonn, 28.2.1990.
 60. *Genschers Haagse, Operatie Glimlach*, in: *NRC Handelsblad*, 27.2.1990.
 61. BuZa, DDI-DEU/ARA/00007, *BRD-DDR, Hereniging*, Aufzeichnung Plv. DEU für Chef DEU, 1.5.1990; ebd., Telegramm Van den Broek an die Botschaft in Bonn, 3.5.1990.
 62. BuZa, DDI-DEU/ARA/0005, *BRD-DDR, Hereniging van Duitsland*, Aufzeichnung DAV/PW für M., 16.3.1990; vgl. auch ebd., Aufzeichnung Chef DEU für Chef DAV, 21.3.1990. Vgl. den sehr ausführlichen Bericht: DDI/DIE/ARA/418, 912.220, *BRD-DDR, Hereniging van Duitsland, Veiligheid in een Europa zonder IJzeren Gordijn*, (PLAN/GV), 1.3.1990.

63. BuZa, DDI/DIE/ARA/418, 912.220, *BRD-DDR, Hereniging van Duitsland, Veiligheid in een Europa zonder IJzeren Gordijn*, (PLAN/GV), 1.3.1990
64. *Nederland wijst Sovjet-aanbod voor eenwording Duitsland af*, in: *NRC Handelsblad*, 8.5.1990.
65. BuZa, DDR-DEU/ARA/00007, *BRD-DDR, Hereniging*, Aufzeichnung Minister an DGPZ via S., 8.5.1990; vgl. ebd., Aufzeichnung Minister an DGPZ, 21.5.1990.
66. *Reconstructing Europe. From the post-war order to the post-wall order*, Rede van den Broeks, Global Panel, Amsterdam, 3.4.1990.
67. BuZa, DDR/DEU/ARA/0008, *BRD-DDR, Hereniging*, Telegramm van den Broek an die Botschaft in London, 15.6.1990.
68. *Denkend aan dat ene verenigde Duitsland*, in: *NRC Handelsblad*, 17.7.1990.
69. Vgl. u.a. *Handelingen Tweede Kamer*, 1.5.1990, S. 61–3437ff.
70. BuZa, DDi/DEU/ARA/00009, *BRD-DDR, Hereniging*, Telegramm van den Broek an Brüssel PV NATO, 17.7.1990.
71. Vgl. SZABO, a.a.O., S. 95ff.; K. KAISER, *Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte*, Bergisch Gladbach 1991; vgl. auch KOHL, a.a.O., S. 421ff.
72. HELLEMA, a.a.O., S. 319.
73. Vgl. z.B. THATCHER, a.a.O., S. 1094ff.
74. Dieser Gedanke findet sich u.a. in dem Bericht G. VIGEVENOS von PLAN, 2.2.1990, *Regionale Ambassadeursconferentie Bonaire, januari 1990*, „Punten t.b.v. inleiding M. over Oost-Europa, NAVO en EG“.
75. BuZa, DDI/DEU/ARA, 00037, *Nederland-BRD*, Vortrag Chef DEU, 27.11.1990.
76. Zu erwähnen sind hier die westdeutschen Pläne für eine Währungsunion mit der DDR, die massive Anwesenheit westdeutscher Politiker im Volkskammerwahlkampf vom März 1990 und die Weigerung Helmut Kohls, positiv auf die Bitte des DDR-Ministerpräsidenten Hans Modrow um umfangreiche finanzielle Hilfe zu reagieren.
77. Vgl. Ph.P. EVERTS, *Meinungen über Deutschland in den Niederlanden. Eine Notiz für den Beirat für Frieden und Sicherheit*, in: BEIRAT FÜR FRIEDEN UND SICHERHEIT, *Deutschland als Partner*, Den Haag 1994, Anhang 3, S. 74 ff.
78. Siehe Anm. 39.
79. Vgl. REEF, *Massenmedien*, S. 271.
80. *Een verenigd Duitsland ... en Europa*, in: *NRC Handelsblad*, 2.10.1990.
81. *Gelukwens ... en ongerustheid*, in: *Algemeen Dagblad*, 3.10.1990.
82. *Duitsland*, in: *de Volkskrant*, 3.10.1990.
83. *Duitslands verantwoordelijkheid*, in: *Trouw*, 3.10.1990.
84. *Duitsland verenigd*, in: *NRC Handelsblad*, 17.7.1990.
85. *Duitse eenheid*, in: *NRC Handelsblad*, 2.7.1990.
86. *Een verenigd Duitsland en Europa*, in: *NRC Handelsblad*, 2.10.1990.

87. *Duitsland een*, in: HET PAROOL, 3.10.1990.
 88. *Holland fällt der Abschied schwer*, in: FAZ, 2./3.10.1990.

Anmerkungen Kapitel 6

1. Vgl. die Dokumente in BuZa, 912.2, *Commissie Herstel Rechtsverkeer. Oprichting, toezending stukken 1949–1952*.
2. BuZa, GS, Blok 1, 912.30, *Deelname Benelux aan de bespreking der Grote Drie*, Teil I 1950, Aufzeichnung Kohnstamm an S., 8.8.1950.
3. Siehe Anmerkung 1, *Bericht der Kommission*, 18.4.1950.
4. *Handelingen Tweede Kamer 1950–1951*, Bijlagen, 2108, Nr.4, S. 4.
5. Vgl. ausführlich WIELENGA, *Partner*, S. 54ff., S. 414ff.
6. Vgl. u.a. PA, NA Abt. III, 752-05/53, *Besuche, Aufenthalt, Durchreise ausländischer Staatsmänner ...*, *Niederlande*, Bd. 1, Gesprächsunterlagen für den Besuch des nld. Außenministers Beyen, S. 3, 12.11.1953.
7. PA, NA Abt. II, 213-02 D, *Holländische Grenzfrage. Verhandlungen über Rückgabe deutscher Gebiete*, Bd. 1., Bundesminister für Verkehr an AA, 29.3.1952.
8. Ebd., Bd. 2, Bundesminister für Verkehr an Bundeskanzleramt und andere Ministerien, 10.5.1952.
9. BuZa, Blok 1, 912.1, *Dld. W., Verhouding*, Dl. II, 1951–1954, Aufzeichnung Luns an Staatssekretär, 31.5.1954.
10. ARA, Protokolle MR, 29.8.1955.
11. PA, NA, Abt. IV, Ref. 410, 2. Abgabe, 94.17, *Niederlande*, Bd. 136, Aufzeichnung an Staatssekretär, 20.2.1954, Anlage Finanzfragen, S. 1.
12. Ebd., Bd. 129, Adenauer an Schäffer, 7.4.1955.
13. PA, NA, Abt. III, 213-02, *Territoriale Fragen, Holländische Grenzfragen*, Bd.1, Aufzeichnung von Nostitz, 9.11.1951.
14. Ebd., von Nostitz an Holleben, 13.11.1952.
15. Vgl. ausführlich WIELENGA, *Partner*, S. 429ff.
16. BuZa, AAB, 912.13 A, *Grensincidenten in de geannexeerde gebieden, Traktaatlanderijen 1952–1954*, Aide-Mémoire, 31.5.1954.
17. A.D. BELINFANTE, *In plaats van Bijltjesdag. De Geschiedenis van de Bijzondere Rechtspleging na de Tweede Wereldoorlog*, Assen 1978, S. 490–491. Diese 208 Urteile verteilten sich folgendermaßen:

1 Jahr	12
1–5 Jahre	61
5–10 Jahre	52
10–15 Jahre	34
15–20 Jahre	25
Lebenslänglich	6
Todesurteile	18 (davon 4 in Abwesenheit)

- Belinfante verweist auch auf Rüter, der 203 Urteile zählte; vgl. C.F. RÜTER, *Enkele aspecten van de strafrechtelijke reactie op oorlogsmisdrijven en misdrijven tegen de menselijkheid*, Amsterdam 1973, S. 115.
18. Vgl. U. BROCHHAGEN, *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994.
 19. BuZa, 322.191 L, *Willy Lages 1950–1953*, Note an die Niederländische Mission, 30.8.1950.
 20. Vgl. ausführlich WIELENGA, *Partner*, S. 450ff.
 21. Archief Kabinet Ministerpresident (KMP), 341.32, *Oorlogsmisdadigers, 1952, 1953, 1955*, Stikker an Mulderije, 31.3.1952.
 22. BuZa, GS, Blok 1, 322.191, *Dld., Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. I 1951–1954, BuZa an Drees, 28.5.1952.
 23. ARA, Protokolle MR, 9.6.1952.
 24. PA, NA, Abt. II, 515-06 b, *Kriegsverbrecherprozesse in den Niederlanden*, Bd.6, von Holleben an AA, 23.1.1953.
 25. Anfänglich zum Tode verurteilt worden waren W. van der Neut, W.A. Polak, K.C. Faber, H. Bikker, A. Touseul. Die übrigen beiden waren S. Borgers und J. De Jonge.
 26. ARA, Protokolle MR, 10.5.1954.
 27. Ebd., 6.6.1955.
 28. BuZa, Blok 2, 912.1, *Dld.W., Verhouding tot en diplomatieke betrekkingen met Nederland*, Inv.nr. 2651, Lamping an van Tuyll, 15.9.1955.
 29. Ebd., Aufzeichnung Chef DEU an Staatssekretär, 1.10.1955.
 30. Das Saarland war seit Kriegsende wirtschaftlich mit Frankreich verbunden und bildete eine eigene Verwaltungseinheit. In den Pariser Verträgen war festgelegt worden, daß über den politischen Status des Landes eine Volksabstimmung entscheiden sollte. Zwei Drittel der Bevölkerung stimmten 1956 für den Anschluß an die Bundesrepublik, der am 1. Januar 1957 vollzogen wurde.
 31. BuZa, GS, Blok 2, 912.13, *Bilaterale besprekingen*, Inv.nr. 1481, Lamping an Luns, 5.12.1956.

Anmerkungen Kapitel 7

1. Ebd., Aufzeichnung DEU/ME an Minister, 8.1.1957.
2. Ebd., Aufzeichnung für den Ministerrat, 2.2.1957. Diese Idee war keineswegs neu. Bereits Ende 1952 hatte sie mit Blick auf die Bundestagswahlen von 1953 eine Rolle gespielt; vgl. WIELENGA, *Partner*, S. 481. Übrigens sollten Adenauer und die CDU/CSU bei den Wahlen 1957 die absolute Mehrheit erringen.
3. BuZa, GS, Blok 2, 912.13, *Bilaterale besprekingen*, Inv.nr. 1481, Protokoll des Gesprächs zwischen Luns und von Brentano, 1./2.3.1957.
4. BuZa, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen algemeen*, Inv.nr. 2685, Kabinettsvorlage, 21.3.1957.

5. Vgl. P. HELMBERGER, *Der Versuch einer Generalbereinigung. Die Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik um den Ausgleichsvertrag vom 8. April 1960*, in: H. LADEMACHER/L. GEERAEDTS, *Zentrum für Niederlande-Studien. Jahrbuch 4* (1993), Münster 1994, S. 82ff; siehe ausführlich Helmbergers Magisterarbeit: *Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Königreich der Niederlande in den 1950er Jahren*, Philosophische Fakultät München 1991.
6. BuZa, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen algemeen*, Inv.nr. 2686, Kabinettsvorlage, 2.8.1957.
7. Ebd., 9, Inv.nr. 2687, Bericht Beyen, 19.9.1957.
8. Ebd., Bericht Beyen, 25.10.1957.
9. ARA, 2.21.183.08, Nachlaß Prof. Dr. E.H. van der Beugel, Inv.nr. 1, Dagboek, 9.10.1957.
10. BuZa, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen algemeen*, Inv.nr. 2687, Bericht Beyen, 30.8.1957.
11. Ebd., Inv.nr. 2688, Kabinettsvorlage, 2.12.1957; vgl. ebd., Kabinettsvorlage, 28.12.1957.
12. ARA, Protokolle MR, 3.1.1958.
13. Ebd., 17.1.1958.
14. Ebd.
15. Vgl. den Bericht Beyens über den Zeitraum zwischen März 1957 und Januar 1958 in: BuZa, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen algemeen*, Inv.nr. 2690, Beyen an Luns, 21.3.1958.
16. Ebd., Luns an von Brentano, 8.4.1958.
17. Auch Adenauer hatte übrigens wiederholt zu erkennen gegeben, eine kurzfristige Übereinkunft für wünschenswert zu halten; vgl. ebd., Inv.nr. 2689, Adenauer an Drees, 29.3.1958. In diesem Brief plädierte der Bundeskanzler für einen raschen Abschluß der Verhandlungen.
18. Ebd., Aufzeichnung Chef DEU an Minister, 4.2.1958.
19. BuZa, AAB GS, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen 1958*, Telegramm Luns aus Kopenhagen an BuZa, 6.5.1958.
20. Ebd.
21. BuZa, GS, Blok 2, 912.13, *Bilaterale besprekingen*, Inv.nr. 1481, Bericht über das Gespräch Luns' mit von Brentano, 23.6.1958.
22. BuZa, Blok 2, 912.13, *Stand onderhandelingen*, Inv.nr. 2678, Aufzeichnung Chef DEU an Staatssekretär, 1.7.1958.
23. Vgl. HELMBERGER, *Der Versuch einer Generalbereinigung*, S. 86.
24. Ebd., S. 85. Übrigens hatte sich Adenauer auch in den Wiedergutmachungsverhandlungen mit Israel 1952/53 auf diesen Standpunkt gestellt; vgl. M. WOLFFSOHN, *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München 1988, S. 21ff.
25. Vgl. u.a. ARA, Protokolle MR, 23.1.1959 und 6.2.1959.
26. Ebd., 16.1.1959.

27. Zitiert bei HELMBERGER, *Der Versuch einer Generalbereinigung*, S. 88.
28. BuZa, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen algemeen*, Inv.nr. 2693, Telegramm Luns an die Bonner Botschaft, 18.3.1959.
29. R. LAHR, *Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1975*, Hamburg 1981, S. 308ff.
30. Außer Elten und Tudderden waren noch sechs kleinere Gebiete betroffen, von denen Dinxperloo und Beek/Wyler die wichtigsten waren.
31. BuZa, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen algemeen*, Inv.nr. 2695, Kabinettsvorlage, 23.6.1959.
32. Ebd., Kabinettsvorlage, 22.7.1959. Vgl. für 1957 ebd., Inv.nr. 2686, Kabinettsvorlage, 2.8.1957.
33. R. STEENHORST/F. HUIS, *Joseph Luns. Een biografie*, Amsterdam 1985, S. 53.
34. Zitiert bei HELMBERGER, *Der Versuch einer Generalbereinigung*, S. 91.
35. BuZa, Blok 2, 313.23, *Dld., ZKH Prins Bernhard (recuperatie)*, Inv.nr. 203, Luns an Prinz Bernhard, 8.4.1960. Die folgende Darstellung beruht auf dieser Akte sowie HELMBERGER, *Normalisierung*, S. 149–151.
36. Zitiert bei HELMBERGER, *Normalisierung*, S. 150.
37. Vgl. BuZa, Blok 2, 313.23, *Dld., ZKH Prins Bernhard 1955–1964*, Inv.nr. 203, van Houten an van Vredenburg, 5.3.1959.
38. Vgl. u.a. ARA, Protokolle MR, 23.10.1959.
39. Vgl. B.S.H. BEISHUIZEN, *Handel ofereschuld. De Bereinigung tussen de Bondsrepubliek en Nederland*, Magisterarbeit Groningen 1995, S. 69.
40. BuZa, Blok 2, 912.13, *Nederlands-Duitse onderhandelingen algemeen*, Inv.nr. 2698, Aufzeichnung Luns an Staatssekretär, 18.3.1960.
41. Ebd., Inv.nr. 2696, Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 24.8.1959.
42. Mit den anderen Ländern, die Wiedergutmachungen gefordert hatten, schloß die Bundesrepublik um 1960 die folgenden Abkommen: Dänemark bekam 16 Mio. DM, Luxemburg 18 Mio. DM, Norwegen 60 Mio. DM, Belgien 80 Mio. DM, Griechenland 115 Mio. DM, Frankreich 400 Mio. DM; ebd., *Memorie van Antwoord*, Nr.9, 9.10.1962, S. 3. Damit betrug die Gesamtsumme rund 800 Mio. DM, bedeutend mehr als die 400-500 Mio. DM, die man im Oktober 1958 dafür angesetzt hatte.
43. Vgl. ausführlich *Handelingen Staten-Generaal 1960–1961*, 6250 (R 214), *Memorie van Toelichting*, 2.2.1961.
44. Vgl. L. VAUBEL, *Glanzstoff, Enka, Aku, Akzo. Unternehmensleitung im nationalen und internationalen Spannungsfeld 1929–1978*, Enka AG 1986.
45. Vgl. HELMBERGER, *Der Versuch einer Generalbereinigung*, S. 91.
46. *Handelingen Tweede Kamer 1962–1963*, S. 711.

47. Die wichtigsten Aufgaben des Staatsrates, dem ältesten Organ im niederländischen Staatsapparat, beziehen sich auf die Rechtsprechung und die Gesetzgebung. So muß die Regierung dem Staatsrat alle Gesetzentwürfe vorlegen. Formal ist das Staatsoberhaupt Vorsitzender des Staatsrates, in der Praxis wird der Vorsitz jedoch dem Vizevorsitzenden überlassen. Außer dem Staatsoberhaupt haben der Thronfolger, andere Mitglieder des Königshauses und maximal 42 weitere Mitglieder einen Sitz im Staatsrat. Sie werden durch die Krone (Regierung und Staatsoberhaupt) ernannt. In Zeiten von Kabinettsbildungen oder politischer Krisen ist der Vizevorsitzende der wichtigste Ratgeber des Staatsoberhauptes.
48. AAB GS, 912.13, *Algemeen Verdrag Nederland-W.Duitsland*, Dl. III, Advies Raad van State, 15.11.1960.
49. *Handelingen Tweede Kamer 1962–1963*, 19.2.1963, S. 678.
50. Vgl. zu Scheps ebd., S. 693–703.
51. Ebd., S. 703.
52. Ebd., S. 713.
53. Ebd., S. 717.
54. Ebd., S. 684.
55. *Handelingen Eerste Kamer 1962–1963*, 2.5.1963, S. 390.
56. Vgl. u.a. *Geen juichtoon*, in: *Algemeen Handelsblad*, 8.4.1960; *Delfzijl kan gerust zijn*, in: *De Telegraaf*, 9.4.1960.
57. ARA, Protokolle MR, 18.1.1963.
58. *Verloren zaak*, in: *Het Parool*, 21.2.1963.
59. *Dagdroom*, in: *Algemeen Handelsblad*, 22.2.1963.
60. Vgl. HELMBERGER, *Der Versuch einer Generalvereinigung*, S. 94.
61. Vgl. u.a. *Wieder gute Nachbarn sein*, in: *Bonner Rundschau*, 22.2.1963; *Weg des Ausgleichs*, in: *Rheinische Post*, 20.2.1963.
62. *Der deutsch-niederländische Vertrag*, in: *Rheinische Post*, 22.2.1963.
63. BuZa, GS, Blok 2, 912.1, *Verhouding Nederland met West-Duitsland*, Inv.nr. 1478, Telegramm van Ittersums an BuZa, 3.7.1963.
64. BuZa, AAB GS, Blok 2, 263, *Decoratiebeleid, Decoratieuitwisseling*, BuZa an die Bonner Botschaft, 30.11.1964. Die Minister und die Delegationsleiter waren übrigens bereits früher ausgezeichnet worden.
65. PA, Ref. 204/IA3, 543, S. 255–256, 31.1.1964.
66. BuZa, GS, Blok 2, 912.1, *Verhouding Nederland met West-Duitsland*, Inv.nr. 1478, van Vredenburg an van Tuyll, 17.9.1962; vgl. ebd., Aufzeichnung DEU an DGPZ, 21.6.1965.
67. BuZa, GS, Blok 2, 1478, Telegramm BuZa an die Bonner Botschaft, 27.2.1963.
68. Vgl. BuZa, AAB, Blok 3, 272, *Eventueel bezoek Bondsresident Lübke aan Nederland*, Doos 46, Schaepman an van Ittersum, 18.10.1966; und Doos 45, *Bondsresident West-Duitsland*, Telegramm van Ittersum an BuZa, 19.10.1967.

69. ARA, Protokolle MR, 8.12.1967.
70. *Die kühlen Nachbarn*, in: FAZ, 2.3.1964; vgl. *Bezoek van Erhard*, in: *de Volkskrant*, 22.2.1964; *Erhard en Europa*, in: *Het Parool*, 28.2.1964; *Den Haag, Bonn en Europa*, in: NRC, 4.3.1964.
71. AAB GS, Blok 3, 272, *Staatsbezoek Bondspresident*, Dl. I, Aufzeichnung Luns an S., 21.7.1969; vgl. auch A.E. KERSTEN, *In de ban van de bondgenoot*, in: D. BARNOUW u.a., *1940–1945: Onverwerkt verleden?*, Utrecht 1985, S. 120.
72. Ebd., Aufzeichnung Chef DKP an M., 29.9.1969.
73. Ebd., Telegramm de Beus an BuZa, 3.10.1969; Aufzeichnung Chef DKP an M., 7.10.1969.
74. Ebd., Aufzeichnung Daman Willems an Tijdelijk Zaakgelastigde, 26.8.1969.
75. *Nachbarn*, in: *General-Anzeiger*, 25.11.1969.
76. *Heinemann*, in: *Algemeen Handelsblad*, 24.11.1969.
77. *Welkom*, in: *De Telegraaf*, 24.11.1969.
78. *Heinemann*, in: *Trouw*, 28.11.1969.
79. *Nieuw hoofdstuk*, in: *de Volkskrant*, 27.11.1969.
80. *Heinemann*, in: *Het Vrije Volk*, 24.11.1969.
81. *Nach dem Staatsbesuch*, in: *Rheinische Post*, 27.11.1969.
82. *Der Staatsbesuch*, in: *Frankfurter Rundschau*, 28.11.1969.
83. Vgl. A.M.J. WEISSINK, *Een processie van Echternach. De Nederlands-Duitse staatsbezoeken van 1969 tot 1985*, Magisterarbeit Erasmus Universiteit Rotterdam 1996, S. 39ff.; vgl. die Dossiers BuZa, Blok 3, 272, *Dld. W. 1970–1971, Staatsbezoek aan W.Dld.*; 822.0, Inv.nr. 2385, *Dld. Koninklijk Bezoek*; AAB 272, *Staatsbezoek H.M. de Koningin*; AAB GS 272 *Staatsbezoek Hare Majesteit*, Dl. I-III.
84. *Buren*, in: *NRC Handelsblad*, 25.10.1971, zit. bei WEISSINK, *Een processie van Echternach*, S. 46–47.
85. Vgl. RÜTER, a.a.O., S. 129.
86. Es ging um A. Ahlbrecht, F. Bellmer, E. Brahm, B. Haase, J. Hoffmann, M. Kohlen, R. Nitsch und J. Stöver; vgl. BuZa, Blok 2, GS, 322.191, *Dld. W., Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. II, Inv.nr. 235, Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 29.6.1959.
87. Vgl. RÜTER, a.a.O., S. 131–132.
88. Vgl. *das Nederlands Juristenblad* 38 (1963) Nr. 1, S. 11–12.
89. Vgl. H. FÜHNER, *„Lebenslänglich!?“ Die niederländische Diskussion über die Freilassung der ‚Drei von Breda‘*, Magisterarbeit Göttingen 1997, S. 45ff.
90. ARA, Protokolle MR, 10.6.1966.
91. Vgl. FÜHNER, *„Lebenslänglich!?“*, S. 55ff.
92. Vgl. zu dem Protest I. DE HAAN, *Na de ondergang. De herinnering aan de Jodenvervolgung in Nederland 1945–1995*, Den Haag 1997, S. 120ff.

93. BuZa, GS, Blok 2, 322.191, *Dld. W., Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. II, Inv.nr. 235, Aufzeichnung van Houten an Minister, 4.8.1959; vgl. ebd., Aufzeichnung van Houten an Chef DEU, 25.6.1959.
94. Ebd., Aufzeichnung DEU/ME an Staatssekretär, 21.3.1960.
95. ARA, Protokolle MR, 6.6.1969.
96. Dagegen stimmten zwei Drittel der PvdA und der CHU, beinahe die gesamte VVD-Fraktion, circa die Hälfte der D66, einige Mitglieder der ARP und die Fraktionen von PSP, CPN und SGP.
97. ARA, Protokolle MR, 12. und 19.9.1969; vgl. auch ebd., 22.8.1969.
98. NIPO-Bericht Nr. 1312, 10.10.1969.
99. ARA, Protokolle MR, 12.9.1969.
100. BuZa, Blok 3, GS, 322.191, *Dld. W., Duitse oorlogsmisdadigers*, Inv.nr. 139, Telegramm BuZa an Botschaft Bonn, 30.9.1969. Als einziges anderes westliches Land hielt Italien noch zwei deutsche NS-Verbrecher gefangen (Kappler, Reder); in Polen saß noch Koch fest, und die Sowjetunion verweigerte die Freilassung Hess' aus der alliierten Gefangenschaft in Berlin-Spandau.
101. Vgl. DE HAAN, a.a.O., S. 131ff.
102. Vgl. die ausführliche Diskussion im Kabinett: ARA, Protokolle MR, 7.1.1972 und 14.1.1972.
103. Ebd., 11.2.1972; vgl. den Text des Briefes an die Zweite Kammer in BuZa, Blok 3, 322.191, *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. XI, Inv.nr. 10068, BuZa an Botschaft Bonn, 16.2.1972.
104. ARA, Protokolle MR, 18.2.1972.
105. Vgl. zu der Anhörung und der Parlamentsdebatte FÜHNER, *Lebenslänglich!?*, S. 72ff.
106. Vgl. die ausführliche Kabinettsdiskussion nach der Parlamentsdebatte: ARA, Protokolle MR, 3./4.3.1972.
107. Vgl. zur deutschen Perspektive BuZa, Blok 3, 322.191, *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. XI, Inv.nr. 10068, de Beus an BuZa, 2.3.1972, 6.3.1972, 7.3.1972, 9.3.1972.
108. BuZa, Blok 3, 822.0, *Dld., Koninklijk bezoek*, Inv.nr. 2385, Aufzeichnung Chef DPN an Minister, 10.9.1971; Blok 3, 322.191, *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. X, Inv.nr. 10067, Telegramm de Beus an BuZa, 24.9.1971.
109. BuZa, GS, Blok 3, 322.191., *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. III, Inv.nr. 139, Aufzeichnung DGPZ an Minister, 16.8.1973.
110. Ebd., Aufzeichnung DAZ an Minister, 26.3.1974.
111. Ebd., Telegramm de Beus an BuZa, 9.9.1974; Telegramm van Lynden an BuZa, 28.11.1974.
112. Ebd., Telegramm de Beus an BuZa, 17.10.1974.
113. BuZa, AAB, Blok 3, 322.191, *Petities inzake Drie van Breda*, Dl. III, Doos 77, de Beus an BuZa, 8.3.1974; vgl. ebd., Telegramm de Beus an BuZa, 5.9.1974.
114. Vgl. FÜHNER, *Lebenslänglich!?*, S. 88–89.

115. BuZa, GS, Blok 4, 322.191, *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. IV, Inv.nr. 1674, Telegramm van der Klaauw an Bonn, 9.10.1978; vgl. die ablehnende Antwort ebd., 10.5.1979.
116. Ebd., Genscher an van der Klaauw, 25.6.1979; dieser Brief erreichte das Außenministerium übrigens erst am 19.7.1979.
117. Vgl. FÜHNER, *„Lebenslänglich!?“*, S. 107.
118. BuZa, APA GS 1985–1989, Code 3, Inv.nr. 00131, u.a. Telegramme van der Tas' an BuZa, 26.2.1987 und 9.9.1987.
119. Vgl. FÜHNER, *„Lebenslänglich!?“*, S. 114.
120. Umfrage veröffentlicht in *Algemeen Dagblad*, 25.1.1989.
121. BuZa, Blok 3, 322.191, *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. XII, Inv.nr. 10069, handschriftliche Notiz auf dem Telex der Bonner Botschaft an das Außenministerium, 28.2.1972.
122. Vgl. dazu ausführlich N. FREI, *Vergangenheitspolitik: die Anfänge der Bundesrepublik und der NS-Vergangenheit*, München 1996.
123. Vgl. WOLFFSOHN, *Ewige Schuld*, S. 27.
124. Dies galt vor allem für die Pläne der frühen fünfziger Jahre; vgl. ausführlich WIELENGA, *Partner*, S. 397ff.

Anmerkungen Kapitel 8

1. Vgl. F. WIELENGA, *Die Niederlande und Deutschland: zwei unbekannte Nachbarn*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 5 (1983), Nr. 2, S. 145ff.
2. *Frau Antje in den Wechseljahren*, in: *Der Spiegel*, 28.2.1994, S. 181.
3. Vgl. ADVIESRAAD VREDE EN VEILIGHEID, *Duitsland als partner*, 1994, S. 30.
4. Vgl. zu den Deutschlandbildern in der Literatur: B. MÜLLER, *Sporen naar Duitsland. Het Duitslandbeeld in Nederlandse romans 1945–1990*, Aachen 1993; vgl. auch D.H. SCHRAM/C. GELION (Hrsg.), *Overal sporen. De verwerking van de Tweede Wereldoorlog in literatuur en kunst*, Amsterdam 1990; vgl. zu den Schulbüchern M. ERBE, *Die deutsche Geschichte in der Sicht neuerer niederländischer Schulbücher*, in: HESS/SCHISSLER (Hrsg.), *Nachbarn*, S. 125–130; INSTITUUT VOOR LEERPLANONTWIKKELING (Hrsg.), *Het Duitslandbeeld in Nederlandse leermiddelen*, drei Bände, Enschede 1997.
5. H.W. VON DER DUNK, *Randvermerke*, S. 131.
6. Vgl. KOCH-HILLEBRECHT, a.a.O., S. 154ff.
7. Vgl. A.K. FLOHR, *Nationenbilder: Nationale Vorurteile und Feindbilder*, in: MÜLLER/WIELENGA (Hrsg.), a.a.O., S. 31ff.
8. Vgl. H. LADEMACHER, *Vrijheidsstreven – democratie – emancipatie. Enkele opmerkingen over de grondslagen van de politieke cultuur in Nederland en Duitsland*, in: HESS/WIELENGA (Hrsg.), *Duitsland en de democratie*, S. 220.

9. Vgl. ausführlich WIELENGA, *Partner*, S. 287ff.
10. K. SONTHEIMER, *Rede über das eigene Land: Deutschland*, in: W. BLEEK/H. MAULL (Hrsg.), *Ein ganz normaler Staat? Perspektiven nach 40 Jahren Bundesrepublik*, München 1989, S. 304.
11. *De Duitse democratie maakt het uitstekend*, in: *NRC Handelsblad*, 3.3.1978.
12. *Duitsland zoals het thans is*, in: *Trouw*, 23.3.1950.
13. Vgl. *Havelozen*, in: *de Volkskrant*, 23.12.1950; *Duitse hardheid*, ebd., 13.9.1952.
14. BuZa, AAB GS, 912.231, *Duits probleem algemeen 1950–1953*, De Booy an BuZa, 15.11.1951.
15. Vgl. BuZa, 912.1, *Dld.-W. Verhouding*, Dl. II 1951–1954, Lamping an BuZa, 11.8.1954; BuZa, AAB, 313.23, *Auslandsbonds geheim*, Hardenberg an Rinnooy Kan, 6.12.1954.
16. BuZa, Code 9, W. Dld., *Buitenlandse politiek*, Dl. IV, Inv.nr. 4249, van Vredenburg an BuZa, 18.1.1960; vgl. auch seine *Memoiren, Nachbarn*, S. 515. Vgl. zur niederländischen Bildformung in diesen Jahren auch P. GROENEWOLD, *Land in Sicht. Landeskunde als Dialog der Identitäten, Teil 2: Gebrochene Spiegel – Gebroken Spiegel. Rekonstruktion des deutsch-niederländischen Begegnungsdiskurses*, Phil. Diss. Groningen, 1997, S. 183ff.
17. VON DER DUNK, *Randvermerke*, S. 144.
18. *Handelingen Tweede Kamer 1950–1951*, S. 1565, 8.5.1951.
19. Vgl. zu Belgien bzw. Dänemark G. VERBEECK, *Gelaten nabuurschap. België en Duitsland sinds 1945*, sowie S.B. FRANSEN, *Dilemma's in bet Noorden: Deense visies op de grote buur*, beide in: WIELENGA (Hrsg.), *De Duitse buur*, S. 100ff.
20. PA, NA Abt. III, 210-02/53, *Deutsche diplomatische und konsularische Vertretungen in den Niederlanden*, Bd.1, Instruktion, 12.3.1953.
21. PA, B 24, 420, S. 019, Instruktion, Juli 1958.
22. PA, B 24, 187, S. 071, Löns an AA, 27.10.1958.
23. Vgl. WIELENGA, *Partner*, S. 64ff., 348.
24. PA, NA Abt. II, 300-13/53, *Wirtschaftliche Hilfe bei Naturkatastrophen in den Niederlanden*, Bd. 2, von Holleben an AA, 9.2.1953.
25. PA, Ref. 204, B 24, 186, S. 051, Mühlenfeld an AA, 27.2.1956.
26. Vgl. WIELENGA, *Schatten*. Vgl. zu den frühen fünfziger Jahren vor allem: N. FREI, a.a.O. Der Begriff der Unfähigkeit zu trauern ist dem gleichnamigen Buch von A. und M. Mitscherlich entlehnt, das 1967 erstmals erschien.
27. PA, NA Abt. III, 210-01/53, *Politische Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden*, Bd. 1, Du Mont an Bundeskanzleramt, 31.10.1950.
28. Vgl. zur *Genootschap Nederland-Duitsland* Wielenga, *Partner*, S. 356–357, 363.
29. PA, Ref. 204, B 24, 186, p. 056, Mühlenfeld an AA, 27.2.1956.

30. NIPO-Bericht Nr. 350, 19.11.1949.
31. NIPO-Bericht Nr. 547 B, 9.11.1951.
32. Steinmetz-Archiv Amsterdam, UNESCO-Institute for Social Sciences, *Quantitative Data on Common Ideas about foreign Peoples*, Köln 1958, S. 83, 144.
33. Vgl. W.L. BRUGSMA, *Lotgenoten. Europese verhalen*, Amsterdam 1987, S. 12. Selbstverständlich reagierten manche auch anders; vgl. von J.B. CHARLES u.a., *Volg het spoor terug*, Amsterdam 1976 (1953).
34. Vgl. F. WIELENGA, *Buitenlandse politiek als splijtzwam. PvdA en SPD in de vroege jaren vijftig*, in: *Socialisme en democratie* 44 (1987) Nr. 6, S. 193ff.
35. Vgl. ARA, Archief Nederlands Hervormde Kerk, *Raad voor de Zaken van Overheid en Samenleving*, Nr. 122, Handelingen Synode, November 1947, S. 460ff.; vgl. außerdem F. WIELENGA, ‚Vorwärtsdrängender Verstand und zögerndes Gemüt‘. *Deutschland aus niederländischer Sicht*, in: H. LADEMACHER/J. BOSMANS (Hrsg.), *Tradition und Neugestaltung. Zu Fragen des Wiederaufbaus in Deutschland und den Niederlanden in der frühen Nachkriegszeit*, Münster 1991, S. 266–267.
36. Vgl. K.J. HAHN, *Standplaats Europa. Memoires van een christen-democraat*, Weesp 1984, S. 108ff. Unmittelbar aus der Nachkriegszeit stammt seine Schrift *Duitsland als geestelijk probleem*, Brüssel/Amsterdam o.J.
37. Vgl. F. WIELENGA, *Alfred Mozer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, in: W. MÜHLHAUSEN u.a. (Hrsg.), *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster 1998, S. 215–229; DERS., *Alfred Mozer: Europeaan en democraat*, in: M. KROP u.a. (Hrsg.), *Het twaalfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1991, S. 132–164.
38. *De relaties Nederland-Duitsland gezien tegen een geestelijke achtergrond*, in: *Industrie- en Handelskoerier. Nederlands-Duitse Handelsecourant*, 29.3.1951. Tatsächlich wich man von diesem Grundsatz nur selten ab.
39. Interview mit dem Verfasser, Den Haag, 11.7.1985.
40. PA, NA Abt. III, *Deutsche diplomatische und konsularische Vertretungen in den Niederlanden*, Bd. 2, Mühlenfeld an AA, 10.12.1953.
41. BuZa, AAB, 912.2, Dld. W., *Deelneming Duitsland aan internationale congressen 1949–1950*, BuZa an De Booy, 9.10.1950. In der niederländischen Bevölkerung insgesamt sprach sich inzwischen allerdings eine Mehrheit für die Zulassung Deutschlands zu internationalen Sportereignissen aus. Aus einer NIPO-Untersuchung vom Februar 1950 geht hervor, daß 53 % dafür waren, 17 % dagegen und 30 % keine Meinung hatten; NIPO, Bericht Nr. 376, 25.2.1950.

42. *Betreuenswaardig*, in: NRC, 2.8.1949. Vgl. Trouw, *Verkiezingen in West-Duitsland*, 13.8.1949; abgewogener *Het Vrije Volk*, *Verkiezingen in Duitsland*, 12.8.1949.
43. Vgl. ausführlich WIELENGA, *Partner*, S. 287ff.
44. *Tweede poging*, in: Trouw, 9.9.1949.
45. *De dag van Adenauer*, in: Trouw, 8.9.1953.
46. *Geen avontuur*, in: NRC, 7.9.1953; vgl. für *de Volkskrant*, *Zegepraal voor Europa*, 8.9.1953.
47. BuZa, 912.230, Dld.W., *Contractual Agreements. Parlementaire behandeling in W. Duitsland*, 1952–1953, Lamping an BuZa, 20.5.1953.
48. BuZa, Code 9, Blok 2, 911.32, *West-Duitsland, Verkiezingen*, Inv.nr. 552, Lamping an BuZa, 16.9.1957.
49. *Algemeen Handelsblad*, 16.9.1957, zitiert in: F. SMIT, *Algemeen Handelsblad, de Volkskrant en Het Vrije Volk over Duitsland 1957–1961*, Magisterarbeit Amsterdam (VU) 1987, S. 17, 31.
50. BuZa, 912.2, *Duitsland West – Buitenland, Buitenlandse politiek*, Dl. II, 1951–1953, Helb an BuZa, 11.4.1951.
51. F.R. ALLEMANN, *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956. Vgl. F. WIELENGA, ‚*Stille revolutie en schijnbare normaliteit. De westerse zones en de Bondsrepubliek 1945–1990*‘, in: J.C. HESS/F. WIELENGA (Hrsg.), *Duitsland en de democratie 1871–1990*, Amsterdam 1992, S. 178ff.
52. BuZa, AAB GS, 921.311, *Westerse defensie, Conferentie te Parijs*, 1954, Lamping an BuZa, 8.12.1954.
53. Vgl. F. van Vree, *In de schaduw van Auschwitz. Herinneringen, beelden, geschiedenis*, Groningen 1995, S. 55; J.C.H. BLOM, *Lijden als waarschuwing. Oorlogsverleden in Nederland* (Vortragsmanuskript Goethe-Institut Amsterdam), März 1995; J.C.H. BLOM/A.C. ‘T HART/I. SCHÖFFER, *De affaire-Menten 1945–1976*, Bd. 1, Den Haag o.J. [1979], S. 203ff.
54. Vgl. u.a. W. RÖHRICH, *Die Demokratie der Westdeutschen. Geschichte und politisches Klima einer Republik*, München 1988; M. und S. Greiffenhagen, *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, Frankfurt am Main 1993.
55. *Das Horst-Wessel-Lied wurde nicht gesungen*, in: *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, 25.6.1954.

Anmerkungen Kapitel 9

1. Vgl. SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 530.
2. Vgl. WIELENGA, *Schaduw*, S. 51ff.
3. Vgl. A. und M. MITSCHERLICH, *Die Unfähigkeit zu trauern. Grundlagen kollektiven Verhaltens*, München 1967.
4. J. BANK, *Oorlogsverleden in Nederland*, Baarn 1983; VAN VREE, *Schaduw*, S. 57ff.

5. VAN VREE, *Schaduw*, S. 64; vgl. die ausführliche Analyse der Serie in CHR. VOS, *Televisie en bezetting. Een onderzoek naar de documentaire verbeelding van de Tweede Wereldoorlog in Nederland*, Hilversum 1995, S. 76ff.
6. Vgl. BLOM, *Lijden als waarschuwing*.
7. VAN VREE, *Schaduw*, S. 82.
8. Vgl. C. KRISTEL, *Geschiedschrijving als opdracht. Abel Herzberg, Jacques Presser en Lou de Jong over de jodenvervolgung*, Amsterdam 1998, S. 264ff.
9. PA, B 24, Bd. 439, S. 254, 29.3.1960.
10. Vgl. M. LEMKE, *Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik 1960–1968*, in: J. DANYEL (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, S. 61ff.
11. Vgl. ausführlich BROCHHAGEN, a.a.O., S. 298ff.
12. PA, B 24, Bd. 439, Dvorak an AA, 3.2.1960.
13. *Het Vrije Volk*, 29.12.1959, zitiert bei SMIT, a.a.O., S. 44.
14. Vgl. zur Reaktion Adenauers SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 528–529.
15. Vgl. für 1955 WIELENGA, *Partner*, S. 352–353.
16. PA, B 24, Bd. 439, S. 245ff., Löns an AA, 17.2.1960; vgl. zu dem Informationstext für deutsche Touristen ebd., Bundesminister des Innern an AA, 30.4.1960.
17. PA, B 24, Bd. 419, S. 304, Löns an AA, 19.5.1960.
18. *Lovende kritiek voor boek van ex-NSB-er*, in: *Het Vrije Volk*, 15.8.1962; *Duitse lof voor oud-NSB-er*, in: *Algemeen Dagblad*, 15.8.1962; *Slechte bijdrage in goed Nederland-nummer*, in: *Algemeen Handelsblad*, 15.8.1962; *„Das Parlament“ over Nederland*, in: *NRC*, 15.8.1962; vgl. auch BuZa, AAB, Blok 2, 823.12, *Das Parlament*, Dl. IV.; PA, B 24, Bd. 440, S. 142ff.
19. *Nederlandse kritiek wekt teleurstelling bij „Das Parlament“*, in: *NRC*, 18.8.1964.
20. M. KOCH/C. LAKASCHUS, *Das Deutschenbild der Niederländer*, o.O. 1963.
21. Auffällig ist die große Sympathie für die Österreicher, deren Beitrag zur Besetzung der Niederlande in der Person von Reichskommissar Seyß-Inquart und seinem Stab offenbar keine Rolle spielte (vgl. auch die Antworten in Tabelle 11). Vgl. zum Österreich-Bild K. JUSEK, *Een broeierige idylle? Beelden van het moderne Oostenrijk*, Amsterdam 1997.
22. KOCH/LAKASCHUS, *Deutschenbild*, S. 3.
23. PA, B 24, Bd. 499, Vermerk AA, 19.4.1963.
24. PA, B 24, Bd. 499, S. 239ff., Löns an AA, 25.6.1963.
25. PA, B 24, Bd. 543, S. 127ff., Löns an AA, 19.2.1964.
26. Die Anzeigen erschienen am 12., 14., 16. und 19. September u.a. in *de Volkskrant*, *Trouw*, *NRC*, *Algemeen Handelsblad*, *Het Vrije Volk*,

- Algemeen Dagblad, De Telegraaf, Het Parool, De Tijd, Het Vaderland, Nieuwe Haagse Courant.* Die Kampagne kostete ca. 120.000 DM; vgl. weitere Einzelheiten in Bundesarchiv Koblenz, B145/9871.
27. Vgl. C. MASALA, *Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen 1963–1969*, Köln 1997.
 28. *Duitse week in Rotterdam officieel geopend*, in: NRC, 22.9.1964.
 29. *Duitse week in Rotterdam door Schröder geopend*, in: *de Volkskrant*, 22.9.1964.
 30. PA, B 24, Bd. 545, Berger an AA, 8.10.1964.
 31. L. ALETRINO/J.B. CHARLES/H. KEILSON/H. WIELEK, met een inleidend woord van dr. W. DREES, *Mogen wij nog anti-Duits zijn?*, Amsterdam 1965.
 32. Ebd., S. 44.
 33. Vgl. von J.B. CHARLES (Pseudonym des Leidener Professors für Kriminologie W.H. Nagel) weiterhin u.a. *Volg het spoor terug*, Amsterdam 1953 (seitdem viele Neuauflagen) und *Van het kleine koude front*, Amsterdam 1962.
 34. HELM, a.a.O., S. 244, 247–248.
 35. Katholiek Documentatie Centrum, Nimwegen, Archief Cals, 120, Kladblok A B-C I, zitiert bei W. BOSSMANN, *Cupido met Stahlhelm. Premier Cals en het huwelijk van Beatrix en Claus*, Magisterarbeit Universität Utrecht 1997, S. 5.
 36. Vgl. H. RIGHART, *De eindeloze jaren zestig. Geschiedenis van een generatieconflict*, Amsterdam 1995, S. 212. Vgl. die Dokumentation der Reaktionen auf die Verlobung bei G. VAN DEN BOOMEN/H. LAMMERS, *Beatrix Claus. Een journalistieke documentaire*, Den Haag 1965.
 37. *Het Vrije Volk*, 16.5.1965, abgedruckt in VAN DEN BOOMEN/LAMMERS, *Beatrix Claus*, S. 41.
 38. Ebd., S. 67, auch zitiert bei RIGHART, *De eindeloze jaren*, S. 213.
 39. BuZa, 271.2, Blok 3, Inv.nr. 61, *Nederland, Prinses Beatrix 1965–1972*, ‚Open Brief‘ aan o.m. de koningin en de leden van de Staten-Generaal, ohne Datum (Ende Juni/Anfang Juli 1965).
 40. VAN DEN BOOMEN/LAMMERS, *Beatrix Claus*, S. 87; nur bei *De Telegraaf* überwogen die positiven Reaktionen.
 41. ARA, Protokolle MR, 27.8.1965, 3.9.1965. Nach der Einbürgerung lautete sein niederländischer Name: Claus George Willem Otto Frederik Geert von Amsberg. Durch die Eheschließung veränderte sich ‚von‘ in ‚Jonkheer van Amsberg‘, und er wurde Prinz der Niederlande. Übrigens hatten auch die Ehemänner von Königin Wilhelmina und Prinzessin Juliana bei der Einbürgerung niederländische Namen erhalten. Der Tenor der Diskussion im Kabinett war 1965 aber ein anderer: Ein deutscher Rufname könne die Akzeptanz von Amsbergs in den Niederlanden erschweren.
 42. Vgl. M.G. SCHENK, *Prins Claus*, Baarn 1972, S. 21–22.

43. Vgl. die Wiedergabe dieser Interviews bei VAN DEN BOOMEN/LAMMERS, *Beatrix Claus*, S. 107ff.
44. Vgl. ebd., S. 140, 144; vgl. auch RIGHART, *De eindeloze jaren*, S. 214.
45. M. VAN AMERONGEN u.a., *De prinses die kiest een man*, Amsterdam 1965, S. 14.
46. Koninklijk Huisarchief, *Dossier Mozer*, 'Toelichting bij de gegevens inzake de heer von Amsberg', 8.11.1965. In dieser Akte befindet sich weiterer Briefwechsel über die Suche Mozers (u.a. ein positiver Bericht des israelischen Generalkonsuls in Santo Domingo, wo von Amsberg 1958–1962 als deutscher Diplomat tätig gewesen war).
47. Ebd., Cals an Mozer, 9.12.1965.
48. NIPO-Bericht Nr. 1060, 12.7.1965; vgl. auch NIPO-Bericht Nr. 1059, 5.7.1965.
49. In einem Brief vom Herbst 1965 an Parteimitglieder, die wegen der Heirat beunruhigt waren, schrieb Nederhorst, daß Beatrix als Königin wegen ihrer „Eigensinnigkeit energisch im Zaum gehalten werden muß“. Die PvdA, so Nederhorst, hätte von der Heirat sicher abgeraten, wenn die Regierung sich rechtzeitig und vertraulich mit dem Parlament beraten hätte. Da dies nun nicht geschehen sei, bleibe der PvdA wenig anderes übrig als mit großer Mehrheit für das Zustimmungsgesetz zu stimmen, da sonst die Monarchie in eine ernste Krise gerate. Als unheilvolle Alternative zur Monarchie skizzierte er das Bild einer Republik mit „einem de Quay“ oder „einem Luns“ als Präsident. Der Brief Nederhorsts wurde *Het Parool* zugespielt und am 25. Oktober 1965 veröffentlicht. Vgl. zu Nederhorsts Brief und den darauf folgenden Reaktionen: VAN AMERONGEN u.a., a.a.O.; D. BOSSCHER, *De jaren 1946–1970*, in: M. BRINKMAN u.a. (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894–1994*, Amsterdam 1994, S. 220–221.
50. Vgl. KENNEDY, a.a.O., S. 161.
51. NIPO-Bericht Nr. 1063, 22.7.1965.
52. Zitiert bei KENNEDY, a.a.O., S. 133.
53. Vgl. KENNEDY, a.a.O., S. 121; RIGHART, *De eindeloze jaren*, S. 217, 195. „Klaas kommt“ hatte der Aktionskünstler und Nikotingegner Robert Jasper Grootveld, der für seine Happenings auf dem Amsterdamer Spui bekannt war, bereits einige Jahre zuvor auf die für ihn typische Weise orakelt: „Klaas ist die Connection, der Mann, der Cowboy. Verstehst Du? Klaas kommt auf einem Pferd. Du kannst alles von ihm erwarten.“ Für Provo war Klaas nun gekommen, nicht als Cowboy und nicht auf einem Pferd, sondern als Deutscher in einer goldenen Kutsche.
54. Vgl. RIGHART, *De eindeloze jaren*, S. 218.
55. So wies Verteidigungsminister de Jong darauf hin, daß die Wiederbewaffnung Deutschlands in den fünfziger Jahren im Rahmen der NATO akzeptiert worden war und fügte hinzu: „Wenn nun die

- NATO angetastet würde, bliebe nur diese Wiederbewaffnung übrig“, in: ARA, Protokolle MR, 4.3.1966.
56. Ebd., 17.6.1966.
 57. *Von Kielmansegg*, in: *Vrij Nederland*, (Rubrik *In het vizier*), 9.7.1966.
 58. Harster war als Mitarbeiter des Reichskommissariats von Seyss-Inquart Kommandant der Sicherheitspolizei und damit der direkte Untergebene von Rauter gewesen, dem Generalkommissar für das Sicherheitswesen. In dieser Funktion hatte Harster in hohem Maße an der Judenverfolgung in den Niederlanden mitgewirkt. Vgl. A.D. BELINFANTE, *In plaats van bijtjesdag. De geschiedenis van de Bijzondere Rechtspleging na de Tweede Wereldoorlog*, Assen 1978, S. 494.
 59. *Via Kielmansegg tegen NATO*, in: *Het Parool*, 1.9.1966.
 60. *Generaal met verleden*, in: *de Volkskrant*, 23.7.1966; *von Kielmansegg*, in: *Het Vrije Volk*, 15.9.1966; *Niet reëel*, in: *De Tijd*, 31.8.1966; vgl. für den Artikel im *Algemeen Handelsblad: Akten zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, 1966, Bd. 2, München 1997, Dok. 263, S. 1091, Anm. 6.
 61. Gleichzeitig mit der Affäre von Kielmansegg hatte die Bundesrepublik mit einer Krise in der Verteidigungspolitik zu tun, nachdem eine Anzahl Starfighter abgestürzt war und die anschließende Debatte darüber eine ganze Reihe organisatorischer und technischer Probleme bei der Bundeswehr ans Licht brachte. Auch darüber wurde in der niederländischen Presse ausführlich und kritisch berichtet: vgl. HELM, a.a.O., S. 153ff.
 62. *Graaf Kielmansegg*, in: *Trouw*, 3.9.1966; vgl. auch J.L. HELDRING in seiner Rubrik *Dezer dagen*, in: *NRC*, 1.9.1966.
 63. Vgl. F. WIELENGA, *Tussen toenadering en afkeer. Nederland en de ‚Bundeswehr‘ in de jaren vijftig en zestig*, in: B. SCHOENMAKER/J.A.M.M. JANSSEN (Hrsg.), *In de schaduw van de Muur. Maatschappij en krijgsmacht rond 1960*, Den Haag 1997, S. 52.
 64. ARA, Protokolle MR, 26.–29.8.1966.
 65. Ebd., 9.9.1966.
 66. Ebd., 16.9.1966, 23.9.1966.
 67. Archiv der Sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn, PV-SPD, Referat Internationale Beziehungen, 0734 und 0928; Depositum Helmut Schmidt, 5508; diverse Stücke und Briefwechsel (mit Dank an Jos Noordegraaf).
 68. *Akten zur Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland* 1966, Bd. 2, München 1997, Knoke an Auswärtiges Amt, 18.8.1966, Dok. 263, S. 1091.
 69. BuZa, AAB GS, Blok 3, 999.241.3, *Generaal von Kielmansegg 1966–1967*, Interview Dick Verkijks mit Bruggeman (PSP), Anfang Oktober 1966. Vgl. auch PEKELDER, *Nederland en de DDR*, S. 271.
 70. BuZa, AAB GS, Blok 3, 999.241.3, *Generaal von Kielmansegg 1966–1967*, Typoskripte der Interviews der Fernsehsendung „De

- ware von Kielmansegg“, VPRO, 4.10.1966. Auch von Kielmansegg selbst kam zu Wort. Zur Wirkung dieses Gesprächs vgl. *Het verweer van de generaal*, in: *Het Parool*, 5.10.1966.
71. *Het Parool* blieb bei der Ansicht, „daß Kielmansegg ... nicht der richtige Mann am richtigen Ort“ sei; vgl. *Kielmansegg na Verkiijk*, 13.10.1966. Auch *Vrij Nederland* und *De Groene Amsterdammer* lehnten den General weiter ab; vgl. HELM, a.a.O., S. 162ff. Vgl. auch ausführlich D. VERKIJK, *Van pantservuist tot pantservest. Zestig jaar (on)journalistieke ervaring*, Nieuwegein 1997, S. 262.
 72. *Handelingen Tweede Kamer 1966-1967*, 11.10.1966, S. 140.
 73. Vgl. zum Sturz der Regierung Cals H. RIGHART, *Teckel of herdersbond. De mythe van de ‚nacht van Schmelzer‘*, in: *Jaarboek voor Media-geschiedenis* 3 (1991), S. 193-213.
 74. Vgl. die parlamentarischen Anfragen von Bruggeman (PSP) am 18.1.1967, in: *Aanhangsel Handelingen Tweede Kamer 1966-1967*, Nr. 264; PEKELDER, *Nederland en de DDR*, S. 271; VERKIJK, *Van pantser-vuist*, S. 264ff.
 75. ARA, Protokolle MR, 23.6.1967.
 76. Ebd., 30.6.1967, 7.7.1967; vgl. BEUNDERS/SELIER, a.a.O., S. 24.
 77. BuZa, AAB GS, Blok 3, 999.241.3, *Generaal Schmez 1967*, Aufzeichnung Jalink an den Botschafter, 18.8.1967.
 78. Ebd., Aufzeichnung Jalink an den Botschafter, 5.10.1967.
 79. ARA, Protokolle MR, 29.9.1967, 20.10.1967; vgl. BuZa, GS, Inv.nr. 1567.
 80. Vgl. H.W. VON DER DUNK, *Tussen welvaart en onrust. Nederland van 1955 tot 1973*, in: *Bijdragen en mededelingen tot de geschiedenis der Nederlanden* 101 (1986), S. 18.
 81. BuZa, GS, Blok 2, Inv.nr. 1160, 911.0, *Dld.W., Algemene rapporten*, Dl. II, van Vredenburg an BuZa, 28.9.1962.
 82. BuZa, Code 9, Blok 2, Inv.nr. 546, *W.Dld., Groot-Duitse aspiraties*, van Vredenburg an BuZa, 23.12.1960; AAB GS, Blok 2, 913.52, *Neonazisme*, Doos 50, van Ittersum an BuZa, 18.3.1964.
 83. BuZa, AAB GS, Blok 2, 911.23, *Strauß*, Doos 40, Telegramm van Ittersums an BuZa, 12.11.1962.
 84. Vgl. F. SMIT, a.a.O., S. 30ff.
 85. Vgl. KÖHLER, a.a.O., S. 1090-1091. Adenauer war selbst einer der Initiatoren der Kampagne; vgl. SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 596.
 86. Die Zitate entstammen folgenden Aktenstücken: BuZa, GS, Blok 2, Inv.nr. 1164, 911.31, *Dld.W., Politieke verhoudingen en partijen*, Dl. III, van Vredenburg an BuZa, 26.9.1960; ebd., Blok 2, Inv.nr. 549, 911.31, *W.Dld., Politieke verhoudingen en partijen 1960*, Aufzeichnung DEU/ME an Chef DEU, 20.3.1961.
 87. *Minderwaardig*, in: *NRC*, 10.3.1961.
 88. PA, B 24, Bd. 440, S. 014 ff., Löns an AA, 14.3.1961 und 15.3.1961.

89. Mit dieser Kampagne versuchte die CDU/CSU von der in der Tat geringen Popularität der Emigranten in den fünfziger Jahren zu profitieren; vgl. K. VOSSEN, *Alias Frahm. Het emigrantenvorleden van Willy Brandt als politiek thema in de Bondsrepubliek (1945-1974)*, in: *Utrechte Historische Cahiers* 17 (1996), Nr. 3.
90. Vgl. zum Verlauf der Spiegel-Affäre SCHWARZ, *Ära Adenauer*, S. 261ff.
91. Die hier wiedergegebenen Reaktionen aus der niederländischen Presse entstammen der Berichterstattung der deutschen Botschaft in Den Haag an das Auswärtige Amt: PA, B 24, Bd. 419, S. 156 ff., Löns an AA, 9.11.1962, 19.11.1962 und Obermayer an AA, 30.11.1962.
92. Vgl. zum Verhalten Adenauers in dieser Krise: KÖHLER, a.a.O., S. 1157ff., SCHWARZ, *Staatsmann*, S. 769ff.
93. BuZa, Blok 2, Inv.nr. 549, 911.31, *W.Dld., Politieke verhoudingen en partijen algemeen 1960*, Dl. IV, Telegramm van Ittersums an BuZa, 12.11.1962.
94. Ebd., vgl. die handschriftlichen Anmerkungen von M. und DGPZ auf dem Telegramm von Ittersums vom 12.11.1962.
95. BuZa, GS, Blok 2, Inv.nr. 1162, 911.23, *Dld.W, Kabinet*, Dl. II, Aufzeichnung DEU/ME an DGPZ, 13.11.1962.
96. BuZa, AAB 911.3, *Binnenlandse politiek W.Dld. 1955-1964*, Ittersum an BuZa, 27.12.1962.
97. BuZa, Blok 2, 911.31, *W.Dld., SPD*, Dl. III, diverse stukken. Vgl. R. GOUDRIAAN, *'The proof of the pie is in the eating'. De beeldvorming over de Duitse democratie in de jaren zestig op het Nederlandse ministerie van Buitenlandse Zaken en de Nederlandse ambassade in Bonn*, Magisterarbeit Groningen o.J.
98. Dieser Gedanke spielte bereits in dem Bericht von Botschafter van Vredenburg über ein Dinner in seiner Residenz mit führenden SPD-Politikern (u.a. Erich Ollenhauer, Herbert Wehner, Carlo Schmid, Fritz Erler) im November 1960 eine Rolle: „Es war eine Erleichterung, sich hierzulande einmal in der Gesellschaft von Deutschen zu befinden, die auf derselben Seite der Barrikaden gekämpft haben wie wir.“ Vgl. BuZa, AAB GS, Blok 2, 911.32, *W.Dld., Verkiezingen*, Doos 52, van Vredenburg an BuZa, 5.11.1962.
99. SMIT, a.a.O., S. 23-24.
100. BuZa, Blok 2, 911.32, *W.Dld., Verkiezingen*, Inv.nr. 553, van Vredenburg an BuZa, 18.9.1961.
101. *Sie kamen bei Nacht und Nebel*, in: *Die Zeit*, 22.10.1982.
102. Vgl. u.a. D. THRÄNHARDT, *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M. 1996, S. 151ff.; CHR. KLESSMANN, *Zwei Staaten, eine Nation*, Bonn 1988, S. 162ff.
103. Vgl. PA, B 24, Bd. 419, Löns an AA, 19.11.1962.

104. Vgl. NRC, 17.11.1962; BuZa, Blok 2, 911.31, *W.Dld., Politieke verhoudingen en partijen*, Dl. IV, Inv.nr. 549, van Ittersum an BuZa, 16.12.1962.
105. BuZa, Blok 2, 911.23, *W.Dld., Bondsregering*, Dl. III, Inv.nr. 522, *Aantekening betreffende één jaar kanselierschap van professor Erhard*, 11.12.1964.
106. *De Volkskrant*, 17.9.1966, zitiert bei HELM, a.a.O., S. 62.
107. Vgl. BuZa, Blok 2, *Politieke Verhoudingen en partijen*, Dl. V, Inv.nr. 550, Telegramme van Ittersums an BuZa, 27.9.1964 und 3.11.1964; ebd., Inv.nr. 411, Dl. VI, van Ittersum an BuZa, 26.9.1966; ebd., Inv.nr. 404, *Binnenlandse toestand algemeen*, Vixseboxse an BuZa, 6.8.1965; vgl. zur Presse HELM, a.a.O., S. 60ff.
108. *Trouw*, 5.2.1966, zitiert bei HELM, a.a.O., S. 255.
109. BuZa, Blok 3, *W.Dld., Politieke verhoudingen en partijen algemeen*, Dl. VI, Inv.nr. 411, Telegramm van Ittersums an BuZa, 1.12.1966.
110. *Trouw*, 26.11, 29.11, 3.12, 8.12 en 10.12.1966, zitiert bei HELM, a.a.O., S. 94.
111. Ebd., S. 95ff.
112. ARA, Kabinettsvorlage BuZa, 7.1.1966, MR 21.1.1966.
113. Vgl. BuZa, AAB, Blok 3, 911.31, *NPD 1967-1972*, Doos 317, Jorissen an BuZa, 17.11.1967, 23.4.1968; vgl. auch die zahlreichen Kommentare zu Landtagswahlen in BuZa, Blok 3, 911.32. *W.Dld., Verkiezingen 1965-1969*, Dl. VI, Inv.nr. 424, und die Stücke in ebd., Inv.nr. 421, *NPD*.
114. *Trouw*, 14.5.1966, zitiert bei HELM, a.a.O., S. 124.
115. Vgl. ebd., S. 110ff.
116. BuZa, Blok 2, *W.Dld., Politieke verhoudingen en partijen algemeen*, Dl. VII, Inv.nr. 412, Telegramm de Beus an BuZa, 17.4.1968.
117. *Jeugd en politiek*, in: *Algemeen Handelsblad*, 18.9.1969; vgl. HESS/WIELENGA, *Pers*, S. 25-26.
118. ARA, Protokolle MR, 3.10.1969.
119. BuZa, AAB, Blok 3, 911.32, *Verkiezingen BRD*, Doos 307, Telegramm de Beus an BuZa, 2.10.1969.
120. *Duidelijk*, in: *de Volkskrant*, 29.9.1969; vgl. außerdem HESS/WIELENGA, *Pers*, S. 27ff.

Anmerkungen Kapitel 10

1. L.B. JANSEN, *Bekend en onbemind. Het beeld van Duitsland en Duitsers onder jongeren van vijftien tot negentien jaar*, Den Haag (Clingendael) 1993. Die deutsche Übersetzung (*Bekannt und unbeliebt* usw.) veröffentlichte die Landeszentrale für politische Bildung Nordrhein-Westfalen. Eine deutschsprachige Fassung erschien auch in MÜLLER/WIELENGA, *Kannitverstan?*, S. 165 ff.; vgl. auch H. DEKKER/R.

- ASPESLAGH/M. DU BOIS-REYMOND, *Duitsland in beeld. Gemengde gevoelens blootgelegd*, Lisse 1997, S. 69ff.
2. Vgl. *Deutsche finden Tschechen sympathisch*, in: FAZ, 12.9.1995.
 3. Vgl. solche düsteren Betrachtungen bei DEKKER/ASPESLAGH/DU BOIS REYMOND, a.a.O.; K. RENCKSTORF/J. JANSSEN (Hrsg.), *Erger dan Duitsers ... Het beeld van Duitsland en Duitsers in de Nederlandse media*, Nimwegen 1989; K. RENCKSTORF/O. LANGE, *Niederländer über Deutsche. Eine empirische Studie zur Exploration des Bildes der Niederländer von Deutschen*, Nimwegen 1990; K. RENCKSTORF/N. BERGMANS (Hrsg.), *Nederlanders en Duitsers. Perspectieven, vraagstellingen en eerste empirische bevindingen van het sociaal-wetenschappelijk onderzoeksprogramma in het kader van 'Kultur- und Kulturraumforschung'*, Nimwegen 1996.
 4. Vgl. J. HOFRICHTER, *Mutual Trust between the Peoples of EC Member States and its Evolution 1970 to 1993*, Report European Commission – DG X.A.2, *Public Opinion Surveys and Research*, 1993, S. II.
 5. Vgl. zu den Ergebnissen dieser international vergleichenden Untersuchung des ‚Allensbacher Instituts für Demoskopie‘ auch E. PIEL, *Das Bild der Deutschen im Spiegel der Demoskopie: Selbstbild und Fremdbild bei den westeuropäischen Nachbarn*, in: H. SÜSSMUTH (Hrsg.), *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, Baden-Baden 1996, S. 91–123.
 6. Kritischere Betrachtungen finden sich bei DEKKER/ASPESLAGH/ DU BOIS REYMOND, *Burenverdriet*; K. RENCKSTORF, a.a.O.
 7. Vgl. *Fransen hebben het in Nederland verbruid*, in: *de Volkskrant*, 23.12.1995; vgl. auch den Kommentar in ebd., *Goed nabuurschap*.
 8. Vgl. DEKKER/ASPESLAGH/DU BOIS-REYMOND, a.a.O, S. 125; vgl. für 1997 H. DEKKER/R.ASPESLAGH/B. WINKEL, *Burenverdriet. Attituden ten aanzien van lidstaten van de Europese Unie*, Clingendael, Den Haag 1997.
 9. Vgl. auch RENCKSTORF, *Nederlanders over Duitsers*, S. 11ff.; P. DEKKER, *Duitsers en Nederlanders vergeleken: nationale identiteit en internationaal vertrouwen in breder verband*, Paper voor het Politicologenetmaal 1997, S. 19.
 10. Der Mittelwert betrug 4,91 auf einer Skala von 1 bis 8 (1 = am sympathischsten von acht Völkern; 8 = am unsympathischsten). Für Jugendliche zwischen 16 und 20 Jahren lag der Mittelwert mit 4,93 kaum höher; vgl. J.P. VAN OUDENHOVEN, *Nederlanders over Duitsers: Enkele empirische gegevens*, Rijksuniversiteit Groningen, Februar 1997, S. 26–27.
 11. Bureau Inter/View, Projekt Nr. 04234, Mai 1995.
 12. BuZa, Code 9, Blok IV, Inv.nr. 0197, 911.31, *Dld.W., Politieke verhoudingen en partijen*, Dl. X, van de Mortel an BuZa, 27.6.1975; vgl. auch den Kommentar zu den Wahlen von 1972 in ebd., 911.32,

- Dld. W., Verkiezingen 1970-1974*, Dl. VII, Inv.nr. 425, Telegramm de Beus an BuZa, 20.11.1972.
13. Die Verträge mit Moskau und Warschau von 1970 mußten noch ratifiziert werden, und die Verhandlungen mit Ost-Berlin über den Grundlagenvertrag befanden sich noch in der Anfangsphase siehe Kapitel 4.
 14. Vgl. BuZa, Blok 3, 911.32, *W.Dld, Politieke verhoudingen en partijen*, Dl. VIII, Inv.nr. 413, Telegramm de Beus an BuZa, 28.4.1972.
 15. BuZa, Blok 3, AAB, 911.21, *BRD Bondskanselier*, Telegramm de Beus an BuZa, 7.5.1974.
 16. BuZa, Blok 3, AAB, 911.30, *BRD 1973-1974*, Doos 314, Telegramm de Beus an BuZa, 5.7.1974.
 17. BuZa, Blok 3, AAB, 911.21, *BRD Bondskanselier 1965 -*, Telegramm de Beus an BuZa, 8.5.1974; ebd., 911.26, *Regering Helmut Schmidt*, Telegramme vom 22.5.1974 und 5.7.1974.
 18. Der (übrigens knappe) Sieg der Regierungskoalition über die CDU/CSU unter Führung von Helmut Kohl 1976 (50,5% gegenüber 48,6%) wurde in Den Haag denn auch positiv bewertet; vgl. BuZa, Blok 4, 911.31, *W.Dld, Politieke verhoudingen en partijen*, Dl. XI, Inv.nr. 198, Telegramm de Beus an BuZa, 12.10.1976. Dies galt auch für den Wahlausgang von 1980, als Franz Josef Strauß als CDU/CSU-Kandidat gegen Helmut Schmidt antrat und die Christdemokraten auf 44,5% zurückfielen, während die SPD/FDP-Regierung vor allem durch die Gewinne der Liberalen insgesamt 53,5% erzielte. So positiv die Verlängerung der Kanzlerschaft Schmidts auch gesehen wurde, so hatte es in diplomatischen Kreisen zuvor auch keine düsteren Prophezeiungen für den Fall gegeben, daß Strauß - entgegen den Erwartungen - die Wahlen gewinnen sollte. Sein „extrem rechter Ruf“ und seine „oft unbesonnenen öffentlichen Aussagen“ hatte man zwar mit gemischten Gefühlen registriert, aber dabei hatten sich keinerlei Zweifel über die weitere Zukunft der Demokratie in der Bundesrepublik gezeigt; vgl. BuZa, ebd., Inv.nr. 199, Telegramme van Lyndens an BuZa, 24.9.1979, 13.11.1979; Inv.nr. 200, Telegramme 18.9.1980 und 8.10.1980.
 19. Aufgrund der unterschiedlichen politischen Ausrichtung der drei genannten Zeitungen gab es selbstverständlich Unterschiede in der Einschätzung der westdeutschen politischen Landschaft, aber darauf kann jetzt nicht im einzelnen eingegangen werden. Vgl. ausführlich HESS/WIELENGA, *Pers*, S. 20ff.
 20. Vgl. zur Beurteilung dieser Entwicklung WIELENGA, *„Stille revolutie“*, S. 198ff.
 21. BuZa, Blok 4, 912.1. *BRD Verhouding en diplomatieke betrekkingen met Nederland*, Inv.nr. 1279, van Lynden an BuZa, 26.4.1976 und ebd., 911.31, *W.Dld. Politieke verhoudingen en partijen*, Dl. XI, Inv.nr. 198, van Lynden an BuZa, 20.10.1976 (darin auch eine Übersicht der

- bisherigen Berichterstattung); vgl. AAB, Blok 3, 911.30, *BRD 1973–1974*, Doos 314, Telegramme an BuZa, 15.11.1974 und 19.11.1974.
22. E. Nijpels und H. van den Broek im Briefwechsel mit J.C. Hess, zitiert bei J.C. HESS, *Het Nederlandse Duitslandbeeld. Enkele actuele overwegingen*, in: *Internationale Spectator* 33 (1979) Nr. 8, S. 466.
 23. Zitiert bei BEUNDERS/SELIER, a.a.O., S. 85; auch die anderen Beispiele sind dieser Studie von Beunders und Selier entnommen; vgl. ebd., S. 81ff.
 24. Vgl. HESS, *Duitslandbeeld*, S. 467.
 25. Zitiert bei BEUNDERS/SELIER, a.a.O., S. 84.
 26. Ebd., S. 94.
 27. AdsD, FES, H. Schmidt Depositum, SPD-PV Sitzungen, Aufzeichnung (Parteitag PvdA), 13.2.1978 (mit Dank an J. Noordegraaf).
 28. Vgl. ausführlich PEKELDER, *Nederland en de DDR*, S. 368ff.
 29. Vgl. den Vortrag des PvdA-Vorsitzenden van den Heuvel auf der Konferenz *Duitsland weer een probleem?*, organisiert von der ‚Wiardi Beckman Stichting‘ (WBS) der PvdA, 11. November 1978, Bericht S. 7–8. Mit dieser Konferenz versuchte die WBS, gegen die simplifizierte Meinungsbildung über die Bundesrepublik innerhalb der Partei anzugehen. In diesem Zusammenhang erschien auch M. KROP (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978.
 30. Vgl. N. HAASBROEK, *R.A.F. Brochure naar aanleiding van de radio-serie van Nico Haasbroek over de Rote Armee Fraktion door de VPRO-radio uitgezonden in zes afleveringen van 5 augustus tot en met 23 augustus 1977*.
 31. Vgl. HESS, *Duitslandbeeld*, S. 465.
 32. Vgl. *Duitsland – 35 jaar later: Berufsverbot*, Amsterdam 1977 (Zitat: S. 7).
 33. Vgl. M.C. BRANDS, *De internationale positie van de Bondsrepubliek*, Einleitung zu der WBS-Konferenz, 11.11.1978, Bericht, S. 9.
 34. Vgl. *Duitsland – 35 jaar later*, S. 8.
 35. VANEKER/EVERTS, a.a.O., S. 114.
 36. *Wantrouwen bepaalt relatie Nederland-West-Duitsland*, in: *de Volkskrant*, 14.3.1979.
 37. BuZa, Blok 4, Inv.nr. 1089, Telegramm van Lynden an BuZa, 2.3.1979.
 38. BuZa, Code 9, Blok 4, Inv.nr. 1089, Telegramm van der Klaauw an die Bonner Botschaft, 28.2.1979. Tatsächlich erhielt die CDU mehr Briefe als jemals zuvor nach einer Fernsehsendung. In diesen Briefen wurde Kohl für die Verteidigung der ‚deutschen Ehre‘ sehr gelobt; vgl. ebd., Telegramm van Lynden an BuZa, 2.3.1979.
 39. *Slapeloze nachten*, in: *NRC Handelsblad*, 2.6.1976; *Hellend vlak*, 3.10.1977; vgl. weiterhin HESS/WIELENGA, *Pers*, S. 38ff.
 40. *Duitse democratie*, in: *NRC Handelsblad*, 7.9.1977.

41. Vgl. HESS/WIELENGA, *Pers*, S. 38ff.
42. Vgl. H. KOSCHNICK (Hrsg.), *Der Abschied vom Extremistenbeschluss*, Bonn 1979.
43. Vgl. das Zitat von Brugsma in: *Een Herrenvolk in burger*, in: *Haagse Post*, 8.11.1975; vgl. HESS/WIELENGA, *Pers*, S. 80ff.; BEUNDERS/SELIER, a.a.O., S. 93.
44. *Het derde Duitse wonder*, in: *NRC Handelsblad*, 5.10.1989, auch abgedruckt in: *Meningen over ... Duitse eenheid*, S. 7ff.
45. BuZa, DDI DEU/ARA/738, Smit an BuZa, 25.8.1992; vgl. ebd., van der Kroon an BuZa, 4.9.1992.
46. Ebd., van der Tas an BuZa, 18.9.1992; ebd., 10.11.1992.
47. Ebd., van der Tas an BuZa, 18.9.1992; Smit an BuZa, 1.12.1992.
48. *Duitse demonen*, in: *de Volkskrant*, 12.9.1992; vgl. über die niederländische Presse und die rechtsradikale Gewalt außerdem F. WIELENGA, *Deutsche Jugend von außen gesehen – Betrachtungen aus den Niederlanden*, in: WALTER-RAYMOND-STIFTUNG (Hrsg.), *Jugend im vereinten Deutschland*, Köln 1994, S. 219–240.
49. *Duitsland-cliché*, in: *NRC Handelsblad*, 2.12.1992; *Duitsland*, in: *de Volkskrant*, 10.11.1992.
50. *Het Parool*, 23.11.1992; *Trouw*, 1.9.1992; *de Volkskrant*, 1.6.1993.
51. Vgl. *Een radicale ongeest*, in: *NRC Handelsblad*, 7.10.1992.
52. *In Bonn ontbreekt het historisch besef*, in: *de Volkskrant*, 17.4.1985; *Bitburg is niet Verdun*, in: *NRC Handelsblad*, 30.4.1985.
53. *Met Reagan op reis: immer geradeaus*, in: *de Volkskrant*, 7.5.1985.
54. Diese Rede wurde auf Initiative von Prinz Claus ins Niederländische übersetzt und mit einem Vorwort des Prinzen herausgegeben: *8 mei 1985. 40 jaar na de Tweede Wereldoorlog*, Den Haag 1985.
55. Vgl. A.M.J. WEISSINK, *Een processie van Echternach. De Nederlands-Duitse staatsbezoeken van 1969 tot 1985*, Magisterarbeit Rotterdam 1996, S. 72ff.
56. Vgl. *Een springvloed van vrolijkheid*, in: *NRC Handelsblad*, 28.6.1988.
57. Vgl. J.L. HELDRING, *De verheffing van het ik*, in: *NRC Handelsblad*, 28.6.1988.
58. Vgl. die Analyse und die Empfehlungen des WETENSCHAPPELIJKE RAAD VOOR HET REGERINGSBELEID: *Stabiliteit en veiligheid in Europa. Het veranderende krachtenveld voor het buitenlandse beleid*, Den Haag 1995; H.C. POSTHUMUS MEYJES u.a., *Een gedifferentieerd Europa*, WRR V 89, Den Haag 1995; vgl. auch HELLEMA, *Buitenlandse politiek*, S. 318ff.
59. ADVIESRAAD VREDE EN VEILIGHEID, *Duitsland als partner*, Den Haag 1994; auch auf deutsch erschienen (*Deutschland als Partner*); vgl. die Antwort der Minister: BuZa, DDI/DEU/ARA, 1360, Kooijmans und ter Beek an den Vorsitzenden des Rates, 27.6.1994; vgl. ebd., Aufzeichnung Chef DEU für Minister, 26.4.1994.

60. *Relatie met Bonn laat je niet tussen je vingers weglopen*, in: *de Volkskrant*, 28.6.1994.
61. Zur Diskussion über die deutsche Außenpolitik nach 1990 vgl. F. BOTERMAN/M. BRANDS u.a. (Hrsg.), *Van Bonn naar Berlijn, Deel 3, Internationale vraagstukken voor het herenigde Duitsland*, Amsterdam 1997; vgl. auch M.C. BRANDS/R. HAVENAAR, *De centrale plaats van Duitsland in de Europese politiek; Bindende kracht of bron van divergentie*, in: *WRR Voorstudies V90*, Den Haag 1995, S. 85–152.
62. SIGGI WEIDEMANN, (*Opiniepagina*), in: *NRC Handelsblad*, 2.11.1992.
63. *Frau Antje moet achter de computer*, in: *de Volkskrant*, 29.10.1994.
64. Vgl. *Relatie Den Haag met Bonn moet uit 'gevaarzone'*, in: *de Volkskrant*, 27.6.1994; und *Relatie met Bonn laat je niet tussen je vingers weglopen*, in: ebd., 29.6.1994.
65. Aufsehen erregte vor allem E. WIEDEMANN, *Frau Antje in den Wechseljahren*, in: *Der Spiegel*, Nr. 9, 1994, S. 172–184; vgl. zu den niederländischen Reaktionen darauf u.a. die Diskussion in *de Volkskrant*, 5.3.1994; 8.3.1994; 15.3.1994; 19.3.1994.
66. BuZa, DDI DEU, A map, *Informatieuitwisseling mbt de beeldvorming inzake de verhouding tussen Duitsers en Nederlanders*, Telegramm van Walsum an BuZa, 14.11.1994.
67. RIJKSVOORLICHTINGSDIENST, *Weihnachtsansprache von Königin Beatrix 1994*; vgl. auch die Rede der Königin in der Knesset bei ihrem Staatsbesuch in Israel vom 27. bis 29. März 1995.
68. RIJKSVOORLICHTINGSDIENST, *Ansprache von Königin Beatrix während der Gedenkversammlung im Ridderzaal*, 5. Mai 1995.
69. Vgl. die Ergebnisse dieses Symposiums: NATIONAAL COMITÉ 4 EN 5 MEI, INSTITUUT CLINGENDAEL (Hrsg.), *Ideaal en identiteit. Een nieuwe zoektocht na 50 jaar vrijheid*, Den Haag 1995.
70. *Kok maakt het weer goed met Duitsland*, in: *Trouw*, 27.10.1994; vgl. S. PAAPST, *Goede burens?! Perceptie in de Nederlandse dagbladen ten aanzien van de relatie Nederland-Duitsland in de periode 1993–1996*, Magisterarbeit Groningen 1997.
71. Vgl. *Kohl maakt gebaar bij bliksembezoek*, in: *Trouw*, 25.1.1995; *Normalisering*, in: ebd., 26.1.1995; *Nabuurschapsverwerking*, in: *de Volkskrant*, 11.2.1995; *Nederlands late bekering tot Kohl*, in: *NRC Handelsblad*, 30.1.1995.
72. Zum Vorgang der Veröffentlichung dieser Umfrageergebnisse vgl. DEKKER/ASPELAGH/DU BOIS-REYMOND, a.a.O., S. 128–129.
73. Sie finden seit 1996 statt. Vgl. die Konferenzberichte: R. ASPELAGH (Hrsg.), *De stand der betrekkingen. De Nederlands-Duitse relatie nader bekeken*, Den Haag 1996; R. ASPELAGH/S. RAVEN (Hrsg.), *De multiculturele samenleving - een wensdroom? De integratie van migranten in de samenlevingen van Nederland en Duitsland*, Den Haag 1997; *Eindverslag van de Derde Nederlands-Duitse Conferentie. De kloof tussen*

- burger en politiek: onvermijdelijk of onaanvaardbaar (Ministerie van Buitenlandse Zaken, 1998).
74. Hier müssen vor allem die Gründung des *Duitsland-Instituut* in Amsterdam und des *Expertisecentrum Duits* an der Universität Utrecht sowie die verstärkte Forschung am *Centrum voor Duitslandstudies* an der Katholischen Universität Nimwegen genannt werden. Die Mittel dazu wurden nach dem Matching-Prinzip vom Ministerium für Unterricht, Kultur und Wissenschaften für die Dauer von fünf Jahren zur Verfügung gestellt.
 75. Zitiert bei P. KOCH, *Willy Brandt. Eine politische Biographie*, Frankfurt a.M. 1988, S. 368.
 76. *Informationen der Sozialdemokratischen Fraktion im Deutschen Bundestag*, 20.1.1972.
 77. Vgl. u.a. F. DUVE/H. BÖLL/K. STAECK (Hrsg.), *Briefe zur Verteidigung der Republik*, Reinbek 1977; DIES. (Hrsg.), *Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit. Nachträge 1978*, Reinbek 1978; F. DUVE/W. KOPITZSCH (Hrsg.), *Weimar ist kein Argument oder brachten Radikale im öffentlichen Dienst Hitler an die Macht? Texte zu einer gefährlichen Geschichtsdeutung*, Reinbek 1976.
 78. *Wie sicher ist Deutschland?*, in: *Die Zeit*, 3.10.1980.
 79. Vgl. A. GROSSER, *Versuchte Beeinflussung. Zur Kritik und Ermunterung der Deutschen*, München 1981.
 80. Vgl. H. MÉNUDIER, *Die Deutschlandbilder der Franzosen 1974–1985*, in: SÜSSMUTH (Hrsg.), *Deutschlandbilder*, S. 303–336.
 81. Vgl. BuZa, Code 9, Blok 4, GS, Inv.nr. 2181, Telegramm van Lynden an BuZa, 9.9.1977.
 82. Vgl. für einen Überblick über die Diskussion der deutsch-niederländischen Beziehung in den frühen neunziger Jahren die informativen Dokumentationsmappen des INSTITUUT CLINGENDAEL: *Nederland en de Bondsrepubliek Duitsland*, Teil 1 (1994), Teil 2 (1996).

Anmerkungen Kapitel 11

1. PA, NA Abt. III, 210-01/53, *Politische Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden*, Bd. 2, Mühlenfeld an AA, 7.10.1954.
2. ARA, *Collectie Klompé*, Inv.nr. 23, Helb an Klompé, 2.3.1951; vgl. BuZa, Blok 2, 322.191, *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. IV 1955, Aufzeichnung DEU/ME an Staatssekretär, 5.4.1955.
3. PA, B 24, 187, p. 071, Löns an AA, 27.10.1958; vgl. ebd., NA Abt. III, 210-01/53, *Politische Beziehungen zwischen Deutschland und den Niederlanden*, Bd. 2, Mühlenfeld an AA, 12.1.1954.
4. *Holland vergift nicht*, in: *FAZ*, 12.5.1952.

5. BuZa, Blok 2, 322.191, *Dld.*, *Duitse oorlogsmisdadigers*, Dl. IV 1955, handschriftliche Notiz auf dem Brief des Außenministeriums an das Justizministerium, 5.4.1955.
6. Vgl. J. HOUWINK TEN CATE, *De mannen van de daad' en Duitsland, 1919-1939. Het Hollandse zakenleven en de vooroorlogse buitenlandse politiek*, Den Haag 1995.
7. Vgl. zu dieser Periode vor allem H.W. VON DER DUNK, *Die Niederlande im Kräftespiel zwischen Kaiserreich und Entente*, Wiesbaden 1980. Vgl. zur Wechselwirkung von Wirtschaft und Bildformung im deutsch-niederländischen Verhältnis während des 19. Jahrhunderts - J.F.E. BLÄSING, *Niederländer und Deutsche über sich und den Nachbarn. Spiegel der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert?*, in: *Nachbarn* Nr. 25, Bonn o.J.
8. Vgl. H.W. VON DER DUNK, *Politieke cultuur in Nederland en Duitsland*, in: A. LOHE/O. MÜLLER (Hrsg.), *Met het oog op Europa. Hare Majesteit Koningin Beatrix - Internationale Karlspriz Aken 1996*, Aachen 1996, S. 333-356; vgl. ausführlich E. ZAHN, *Das unbekannte Holland. Regenten, Rebellen und Reformatoren*, München 1993.
9. F. BOTERMAN, *Duitsland als Nederlands probleem. De Nederlands-Duitse betrekkingen tussen openheid en eigenheid*, Amsterdam (Duitsland-Instituut) 1999.

Tabellen

Tabelle 1	Anerkennung der DDR? (1969)	151
Tabelle 2	Anerkennung der DDR? (1970)	152
Tabelle 3	Reaktionen auf den „Zehn-Punkte-Plan“ (November 1989)	218
Tabelle 4	Die Niederländische Bevölkerung und die deutsche Einheit (März 1989 – Oktober 1990)	219
Tabelle 5	Europäische Völker und die deutsche Einheit (1989/90)	220
Tabelle 6	Westliche Länder: „freundlich“ oder „unfreundlich“ gegenüber dem deutschen Volk (1947)	309
Tabelle 7	Gefühle der Unfreundlichkeit gegenüber anderen Völkern (1948)	310
Tabelle 8	Niederländer: „freundlich“ oder „unfreundlich“ gegenüber dem deutschen Volk (1947–1953)	311
Tabelle 9	Im niederländischen Interesse: Deutschland stark oder schwach? (1949)	312
Tabelle 10	Das aus niederländischer Sicht sympathischste Volk (1962/63)	330
Tabelle 11	Das aus niederländischer Sicht unsympathischste Volk (1962/63)	331
Tabelle 12	Niederländer: „freundlich“ oder „unfreundlich“ gegenüber dem deutschen Volk (1965)	338
Tabelle 13	Verlobung von Beatrix und Claus/Einstellung zum deutschen Volk (1965)	346
Tabelle 14	Niederländische Einstellung zu Deutschen, Engländern, Amerikanern und Franzosen (1971, 1986, 1993)	374
Tabelle 15	Niederländische Einstellung zu Deutschen, Engländern, Amerikanern und Franzosen – nach Lebensalter (1971)	375
Tabelle 16	Vertrauen der Niederländer zu europäischen Völkern 1970–1993	377

Anhang

Tabelle 17	Vertrauen der Bevölkerung der EG/EU-Mitgliedsländer zu Deutschen 1970–1993	378
Tabelle 18	Ausmaß der Bewunderung bzw. Ablehnung eines Landes durch Niederländer (1983)	379
Tabelle 19	Positive Einstellung zu verschiedenen Ländern (1983)	379
Tabelle 20	Einstellung gegenüber anderen Völkern – pro und anti (1983)	380
Tabelle 21	Einschätzung der allgemeinen Stimmung im eigenen Land gegenüber den Deutschen (1989)	381
Tabelle 22	Persönliche Einstellung zu Deutschen (1989)	381
Tabelle 23	Nähe und Distanz zu Deutschland (1989)	382
Tabelle 24	Schatten der Vergangenheit im Deutschlandbild (1989)	383
Tabelle 25	Eigenschaften von Deutschen, Engländern, Amerikanern, Franzosen und Niederländern (1993)	384
Tabelle 26	Niederländer über benachbarte Völker (1995)	385

Literatuur

- ADVIESRAAD VREDE EN VEILIGHEID, *Verandering en verankering. Perestrojka en Europese veiligheid*, Den Haag 1989.
- ADVIESRAAD VREDE EN VEILIGHEID, *Duitsland als partner*, Den Haag 1994.
- ALETRINO, L./J.B. CHARLES/H. KEILSON/H. WIELEK, met een inleidend woord van dr. W. DREES, *Mogen wij nog anti-Duits zijn?*, Amsterdam 1965.
- ALLEMANN, F.R., *Bonn ist nicht Weimar*, Köln 1956.
- AMERONGEN, M. VAN, u.a., *De prinses die kiest een man*, Amsterdam 1965.
- ASH, T.G., *Im Namen Europas. Deutschland und der Geteilte Kontinent*, München 1993.
- ASPESLAGH, R. (Hrsg.), *De stand der betrekkingen. De Nederlands-Duitse relatie nader bekeken*, Den Haag 1996.
- ASPESLAGH, R./S. RAVEN (Hrsg.), *De multiculturele samenleving - een wensdroom? De integratie van migranten in de samenlevingen van Nederland en Duitsland*, Den Haag 1997.
- BAHR, E., *Zu meiner Zeit*, München 1996.
- BAHRMANN, H./CHR. LINKS, *Chronik der Wende. Die DDR zwischen 7. Oktober und 18. Dezember 1989*, Berlin 1994.
- BAHRMANN, H./CHR. LINKS, *Chronik der Wende 2. Stationen der Einheit. Die letzten Monate der DDR*, Berlin 1995.
- BANK, J., *Oorlogsverleden in Nederland*, Baarn 1983.
- BEISHUIZEN, B.S.H., *Handel of ereschuld. De Bereinigung tussen de Bondsrepubliek en Nederland*, Magisterarbeit Universität Groningen 1995.
- BELIËN, H. u.a. (Hrsg.), *Leven met Duitsland. Opstellen over geschiedenis en politiek*, Amsterdam 1998.
- BELINFANTE, A.D., *In plaats van Bijltjesdag. De geschiedenis van de Bijzondere Rechtspleging na de Tweede Wereldoorlog*, Assen 1978.
- BENDER, P., *Neue Ostpolitik. Vom Mauerbau bis zum Moskauer Vertrag*, München 1989.

- BEUKERS, K., *Blickrichtung Deutschland*, Magisterarbeit Universität Groningen 1996.
- BEUNDERS, H.J.G./H.H. SELIER, *Argwaan en profijt. Nederland en West-Duitsland 1945-1981*, Amsterdam 1983.
- BLANCK, S., *Het vaderland en het Vierde Rijk*, Magisterarbeit Universität Groningen 1996.
- BLÄSING, J.F.E., *Niederländer und Deutsche über sich und den Nachbarn. Spiegel der zwischenstaatlichen Wirtschaftsbeziehungen im 19. Jahrhundert?*, in: *Nachbarn* Nr. 25, Bonn o.J.
- BLÄSING, J.F.E., *Over het moderne beeld van Nederland en Nederlandse produkten in Duitsland, oftewel „Moffen“ over „Kaaskoppen“*, Tilburg/Den Haag 1994.
- BLEEK, W./H. MAULL (Hrsg.), *Ein ganz normaler Staat? Perspektiven nach vierzig Jahren Bundesrepublik*, München 1989.
- BLEICH, A./A. DEN BOER u.a. (Hrsg.), *Duitsland 35 jaar later. Feiten en achtergronden*, Amsterdam 1977.
- BLOM, J.C.H./A.C. 'T HART/I. SCHÖFFER, *De affaire-Menten 1945-1976*, Den Haag 1979.
- BOEF, A.H. DEN (Hrsg.), *In de broek van de vijand. Waarom wij niet woedend zijn*, Amsterdam 1994.
- BOGAARTS, M.D., *Parlementaire geschiedenis van Nederland na 1945*, Bd. II: *De periode van het kabinet-Beel, 3 juli 1946 - 7 augustus 1948*, Den Haag 1989.
- BOGAARTS, M.D., *Ressentimenten en realiteitszin in Nederland 1945-1950*, in: F. WIELENGA (Hrsg.), *De Duitse buur. Visies uit Nederland, België en Denemarken 1945-1995*, Den Haag 1996, S. 6-41.
- BOMERT, H.W., *Nederland en Oost-Europa: meer woorden dan daden; het Nederlandse Oost-Europa beleid, geanalyseerd binnen het kader van het CVSE-proces 1971-1985*, Nimwegen 1990.
- BOOMEN, G. VAN DEN/H. LAMMERS (Hrsg.), *Beatrix en Claus. Een journalistieke documentaire*, Den Haag 1965.
- BOSMANS, J. (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europa-politik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1996.
- BOSSCHER, D., *De jaren 1946-1970*, in: M. BRINKMAN u.a. (Hrsg.), *Honderd jaar sociaal-democratie in Nederland 1894-1994*, Amsterdam 1994, S. 154-237.
- BOSSMANN, W., *Cupido met Stahlhelm. Premier Cals en het huwelijk van Beatrix en Claus*, Magisterarbeit Universität Utrecht 1997.

- BOTERMAN, F., *Moderne geschiedenis van Duitsland 1800–1990*, Amsterdam 1996.
- BOTERMAN, F., *Duitsland als Nederlands probleem. De Nederlands-Duitse betrekkingen tussen openheid en eigenheid*, Duitsland-Instituut Amsterdam 1999.
- BOTERMAN, F./W. MELCHING, *De Duitse Phoenix. De geschiedenis van Duitsland in de twintigste eeuw*, Amsterdam 1996.
- BOTERMAN, F./M.C. BRANDS u.a. (Hrsg.), *Van Bonn naar Berlijn*, Band 1,2 en 3, Duitsland-Instituut Amsterdam 1997.
- BRACHER, K.D. u.a. (Hrsg.), *Geschichte der Bundesrepublik Deutschland in fünf Bänden*, Stuttgart 1981–1987.
- BRANDS, M.C./H.J.G. BEUNDERS/H.H. SELIER, *Denkend aan Duitsland. Een essay over moderne Duitse geschiedenis en enige hoofdstukken over de Nederlands-Duitse betrekkingen in de jaren zeventig*, Den Haag 1983.
- BRANDT, W., *Erinnerungen*, Berlin 1990.
- BROCHHAGEN, U., *Nach Nürnberg. Vergangenheitsbewältigung und Westintegration in der Ära Adenauer*, Hamburg 1994.
- BROUWER, J.W.L., *Divergences d'intérêts et mauvaises humeurs. La France et les pays du Benelux devant la construction européenne 1942–1950*, Diss. Universiteit Leiden 1997.
- BRUGSMA, W.L., *Lotgenoten. Europese verhalen*, Amsterdam 1987.
- BUURMAN, P., *Duitse literatuur in de Nederlandse dagbladpers 1930–1955. Een historisch-documentair receptieonderzoek*, Diss. Vrije Universiteit Amsterdam 1996.
- CAMPEN, S.I.P. VAN, *The Quest for Security. Some Aspects of Dutch Foreign Policy*, Den Haag 1957.
- CHARLES, J.B., *Volg het spoor terug*, Amsterdam 1953.
- CHARLES, J.B., *Van het kleine koude front*, Amsterdam 1962.
- CLERX, J.M.M.J., *Nederland en de liberalisatie van het handels- en betalingsverkeer (1945–1958)*, Groningen 1986.
- DAALDER, H./J.H. GAEMERS (Hrsg.), *W. Drees. Op de kentering. Toekomstbeschouwingen uit bezettingstijd*, Amsterdam 1996.
- DEKKER, H./R. ASPESLAGH/B. WINKEL, *Burenverdriet. Attituden ten aanzien van lidstaten van de Europese Unie*, Den Haag 1997.
- DEKKER, H./R. ASPESLAGH/M. DU BOIS-REYMOND, *Duitsland in beeld. Gemengde gevoelens blootgelegd*, Lisse 1997.
- DELSEN, L./E. DE JONG (Hrsg.), *The German and Dutch Economies. Who Follows Whom?*, Heidelberg 1998.
- DITTMANN, K., *Adenauer und die deutsche Wiedervereinigung. Die politische Diskussion des Jahres 1952*, Düsseldorf 1981.

- DOORN, J.A.A. VAN/A. BLEICH u.a., *Meningen over ... Duitse eenheid. 'Het derde Duitse wonder'*, Amsterdam 1990.
- DUNK, H.W. VON DER, *Die Niederlande im Kräftespiel zwischen Kaiserreich und Entente*, Wiesbaden 1980.
- DUNK, H.W. VON DER, *Die Niederlande und Deutschland. Randvermerke zu einer Nachbarschaft*, in: *Die Niederlande. Korrespondenten berichten*, Zürich 1980.
- DUNK, H.W. VON DER, *Tussen welvaart en onrust. Nederland van 1955 tot 1973*, in: *Bijdragen en Mededelingen betreffende de Geschiedenis der Nederlanden* 101 (1986), S. 2–20.
- DUNK, H.W. VON DER, *Twee burens, twee culturen. Opstellen over Nederland en Duitsland*, Amsterdam 1994.
- DUNK, H.W. VON DER, *Politische Kultur in den Niederlanden und Deutschland*, in: A. LOHE/O. MÜLLER (Hrsg.), *Gelebtes Europa. Nachbar Niederlande – Königin Beatrix der Niederlande – Internationaler Karlspreis Aachen 1996*, Aachen 1996, S. 333–356.
- DUVE, F./W. KOPITZSCH (Hrsg.), *Weimar ist kein Argument oder brachten Radikale im öffentlichen Dienst Hitler an die Macht? Texte zu einer gefährlichen Geschichtsdeutung*, Reinbek 1976.
- DUVE, F./H. BÖLL/H. UND K. STAECK (Hrsg.), *Briefe zur Verteidigung der Republik*, Reinbek 1977.
- DUVE, F./H. BÖLL/H. UND K. STAECK (Hrsg.), *Briefe zur Verteidigung der bürgerlichen Freiheit. Nachträge*, Reinbek 1978.
- EIJGENDAAL, J./P. KUIJT, *Nederland en de Westduitse 'Ostpolitik' 1963–1975*, Magisterarbeit Universität Leiden 1991.
- ENG, P. VAN DER, *De Marshall-hulp. Een perspectief voor Europa 1947–1953*, Houten 1987.
- ENSINK, T., *Jenninger: de ontvangst van een Duitse rede in Nederland*, Amsterdam 1992.
- EVERTS, PH.P. (Hrsg.), *Controversies at Home. Domestic Factors in the foreign policy of the Netherlands*, Dordrecht 1985.
- FLOHR, A.K., *Feindbilder in der internationalen Politik. Ihre Entstehung und ihre Funktion*, Münster/Hamburg 1991.
- FLOHR, A.K., *Nationenbilder: Nationale Vorurteile und Feindbilder. Wie entstehen sie, und warum gibt es sie?*, in: B. MÜLLER/F. WIELENGA (Hrsg.), *Kannitverstan? Deutschlandbilder aus den Niederlanden*, Münster 1995, S. 31–46.
- FLOHR, A.K., *Die Entstehung von Nationenbildern. Mit Beispielen aus dem niederländischen Deutschlandbild*, in: K. KAMPS/M. WATTS (Hrsg.), *Biopolitics – Politikwissenschaft jenseits des Kul-*

- turismus. Liber Amicorum Heiner Flohr*, Baden-Baden 1998, S. 89–96.
- FREI, N., *Vergangenheitspolitik. Die Anfänge der Bundesrepublik und die NS-Vergangenheit*, München 1996.
- FREMDLING, R./F. WIELENGA u.a. (Hrsg.), *Die überwundene Angst? Die neun Nachbarländer und die deutsche Einheit*, Groningen 1994.
- FÜHNER, H., *„Lebenslänglich!?“ Die niederländische Diskussion über die Freilassung der ‚Drei von Breda‘*, Staatsexamensarbeit Universität Göttingen 1997.
- GENSCHER, H.-D., *Erinnerungen*, Berlin 1995.
- GORTZAK, W., *Nieuw Links, de erkenning van de DDR en het SED-archief*, in: M. KROP u.a. (Hrsg.), *Het dertiende Jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1992.
- GOUDRIAAN, R., *„The proof of the pie is in the eating‘. De beeldvorming over de Duitse democratie in de jaren zestig op het Nederlandse ministerie van Buitenlandse zaken en de Nederlandse ambassade in Bonn*, Magisterarbeit Universität Groningen, o.J.
- GRAML, H., *Die Alliierten und die Teilung Deutschlands. Konflikte und Entscheidungen 1941–1948*, Frankfurt a.M. 1985.
- GREIFFENHAGEN, M. UND S., *Ein schwieriges Vaterland. Zur politischen Kultur im vereinigten Deutschland*, Frankfurt a.M. 1993.
- GRIFFITHS, R.T. u.a. (Hrsg.), *Van strohalm tot strategie. Het Marshall-plan in perspectief*, Assen 1997.
- GROENEWOLD, P., *„Land in Sicht‘. Landeskunde als Dialog der Identitäten am Beispiel des deutsch-niederländischen Begegnungsdiskurses*, Diss. Universität Groningen 1997.
- GROH, D./P. BRANDT, *Vaterlandslose Gesellen. Sozialdemokratie und Nation 1860–1990*, München 1992.
- GROSSER, A., *Versuchte Beeinflussung. Zur Kritik und Ermunterung der Deutschen*, München 1981.
- HAAN, I. DE, *Na de ondergang. De herinnering aan de Jodenvervolging in Nederland 1945–1995*, Den Haag 1997.
- HAAN, R. DEN, *Nachbar am Niederrhein. Beeldvorming over Nederland en de Nederlanders op het Duitse ministerie van Buitenlandse Zaken en de Duitse ambassade in Den Haag 1955–1964*, Magisterarbeit Universität Utrecht 1998.
- HAASBROEK, N., *R.A.F. Brochure naar aanleiding van VPRO-radioserie over de Rote Armee Fraktion*, Hilversum 1977.
- HACKE, CHR., *Weltmacht wider Willen. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M./Berlin 1993.

- HAHN, K.J., *Duitsland als geestelijk probleem*, Brüssel/Amsterdam o.J.
- HAHN, K.J., *Standplaats Europa. Memoires van een christen-democraat*, Weesp 1984.
- HANRIEDER, W.F., *Deutschland, Europa, Amerika. Die Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland 1949–1994*, Paderborn 1995.
- HARST, J. VAN DER, *European Union and Atlantic Partnership: Political, Military and Economic Aspects of Dutch Defence, 1948–1954, and the impact of the European Defence Community*, Diss. Europäisches Institut Florenz 1987.
- HELLEMA, D., *Buitenlandse politiek van Nederland*, Utrecht 1995.
- HELLEMA, D., *Factor Duitsland in de Nederlandse buitenlandse politiek*, in: F. WIELENGA, (Hrsg.), *De Duitse buur. Visies uit Nederland, België en Denemarken 1945–1995*, Den Haag 1996, S. 88–99.
- HELM, J.P., *Zum Deutschlandbild in der niederländischen Presse. Eine Inhaltsanalyse überregionaler Tages- und Wochenzeitungen des Jahres 1966*, Aachen 1969.
- HELMBERGER, P., *Normalisierung der Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zum Königreich der Niederlande in den 1950er Jahren*, Magisterarbeit Universität München 1991.
- HELMBERGER, P., *Der Versuch einer Generalvereinbarung. Die Verhandlungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik um den Ausgleichsvertrag vom 8. April 1960*, in: H. LADEMACHER/L. GEERAEDTS (Hrsg.), *Zentrum für Niederlande-Studien. Jahrbuch 4* (1993), Münster 1994, S. 71–98.
- HENTSCHEL, V., *Ludwig Erhard*, München 1997.
- HERTLE, H.-H., *9. November 1989 in Berlin*, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.), *Materialien der Enquete-Kommission ‚Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland‘*, Band VII/I, Baden-Baden 1995, S. 787–872.
- HESS, J.C., *Het Nederlandse Duitslandbeeld. Enkele actuele overwegingen*, in: *Internationale Spectator* 33 (1977) Nr. 8, S. 461–472.
- HESS, J.C., *Die Bundesrepublik auf dem Wege zur Nation?*, in: *Neue politische Literatur* 26 (1981), S. 292–324.
- HESS, J.C., *Westdeutsche Suche nach nationaler Identität*, in: *Neue politische Literatur-Beihefte* 3, Stuttgart 1986, S. 9–50.
- HESS, J.C./H. SCHISLER (Hrsg.), *Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande*, Frankfurt a.M. 1988.

- HESS, J.C./F. WIELENGA, *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969–1980*, Den Haag 1982.
- HESS, J.C./F. WIELENGA, *Veertig jaar na dato: voltooide Nederlands-Duitse normalisering?*, in: *Internationale Spectator* 39 (1985), S. 686–696.
- HESS, J.C./F. WIELENGA, *Die Niederlande und die Wiedervereinigung Deutschlands. Zur Debatte um die ‚verpassten Gelegenheiten‘ im Jahr 1952*, in: *Vierteljahrshefte für Zeitgeschichte* 35 (1987), S. 349–384.
- HESS, J.C./F. WIELENGA (Hrsg.), *Duitsland en de democratie 1871–1990*, Amsterdam 1994.
- HOEBINK, H., *Katalysatoren auf europäischem Feld. Zur Rolle der Benelux-Staaten auf der Londoner Sechs-Mächte-Konferenz 1948*, in: H. LADEMACHER/L. GEERAEDTS (Hrsg.), *Zentrum für Niederlande-Studien. Jahrbuch* 5/6, 1994/95, Münster 1995, S. 71–83.
- HOET, M. DEN, *Die Wiedervereinigung Deutschlands im Spiegel der niederländischen Presse*, Magisterarbeit Kiel 1997.
- HOFFRICHTER, J., *Mutual Trust between the Peoples of EC Member States and its Evolution 1970 to 1993*, Report European Commission, Brüssel 1993.
- HOUWINK TEN CATE, J., *„De mannen van de daad“ en Duitsland, 1919–1939. Het Hollandse zakenleven en de vooroorlogse buitenlandse politiek*, Den Haag 1995.
- INSTITUUT CLINGENDAEL (Hrsg.), *Ideaal en identiteit. Een nieuwe zoektocht na 50 jaar vrijheid*, Den Haag 1995.
- INSTITUUT CLINGENDAEL (Hrsg.), *Documentatiemap Nederland en de Bondsrepubliek*, Tl. 1, Den Haag 1994 und Tl. 2, Den Haag 1996.
- INSTITUUT VOOR LEERPLANONTWIKKELING (Hrsg.), *Het Duitslandbeeld in Nederlandse leermiddelen, in drie delen voor Duits, voor geschiedenis en voor aardrijkskunde, economie en maatschappijleer*, Enschede 1997.
- JANSEN, L.B., *Bekend en onbemind. Het beeld van Duitsland en Duitsers onder jongeren van vijftien tot negentien jaar*, Den Haag 1993.
- JARAUSCH, K.H., *Die unverhoffte Einheit 1989–1990*, Frankfurt a.M. 1995.
- JEHEE, M.C.J./J.A. DE KONING/J.W. SAP, *De Frans-Duitse as: tirannie of sympathiek?*, Groningen 1996.

- JESSE, E./A. MITTER (Hrsg.), *Die Gestaltung der deutschen Einheit. Geschichte – Politik – Gesellschaft*, Bonn 1992.
- JUSEK, K., *Een broeierige idylle? Beelden van het moderne Oostenrijk*, Amsterdam 1997.
- KAISER, K., *Deutschlands Vereinigung. Die internationalen Aspekte*, Bergisch Gladbach 1991.
- KEIM, W. (Hrsg.), *Hallo Nachbar! ... Dag Buurvrouw! Deutsch-niederländische Beziehungen in der Karikatur*, Osnabrück 1998.
- KENNEDY, J.C., *Nieuw Babylon in aanbouw. Nederland in de jaren zestig*, Amsterdam 1995.
- KERSTEN, A.E., *Maken drie kleinen een grote? De politieke invloed van de Benelux 1945–1955*, Bussum 1982.
- KERSTEN, A.E., *In de ban van de bondgenoot*, in: D. BARNOUW/M. DE KEIZER (Hrsg.), *1940–1945: Onverwerkt verleden?*, Utrecht 1985, S. 99–132.
- KERSTEN, A.E., *Niederländische Regierung, Bewaffnung Westdeutschlands und EVG*, in: H.-E. VOLKMANN/W. SCHWENGLER (Hrsg.), *Die Europäische Verteidigungsgemeinschaft. Stand und Probleme der Forschung*, Boppard am Rhein 1985, S. 191–219.
- KERSTEN, A.E., *Nederlandse opvattingen over Europese economische samenwerking na de Tweede Wereldoorlog 1940–1945*, in: *Jaarboek 1986–1987 Ministerie van Buitenlandse Zaken*, Den Haag 1987, S. 154–166.
- KIKKERT, J.G., *De wereld volgens Luns*, Utrecht 1992.
- KLESSMANN, CHR., *Zwei Staaten – eine Nation. Deutsche Geschichte 1955–1970*, Bonn 1988.
- KLESSMANN, CHR., *Die doppelte Staatsgründung. Deutsche Geschichte 1945–1955*, Bonn 1991.
- KLINKERT, W., *Het paradepaard van de vrije wereld. Nederland en de Berlijnse crisis 1958–1963*, in: B. SCHOENMAKER/J.A.M.M. JANSSEN (Hrsg.), *In de schaduw van de Muur. Maatschappij en krijgsmacht rond 1960*, Den Haag 1997, S. 9–33.
- KOCH, M./C. LAKASCHUS, *Das Deutschenbild der Niederländer*, o.O. 1963.
- KOCH, P., *Willy Brandt. Eine politische Biographie*, Frankfurt a.M. 1988.
- KOCH-HILLEBRECHT, M., *Das Deutschenbild. Gegenwart, Geschichte, Psychologie*, München 1977.
- KOERFER, D., *Kampf ums Kanzleramt. Erhard und Adenauer*, Stuttgart 1987.
- KOHL, H., *Ich wollte Deutschlands Einheit*, Berlin 1996.

- KÖHLER, H., *Adenauer. Eine politische Biographie*, Frankfurt a.M./Berlin 1994.
- KOLBOOM, I., *Vom geteilten zum vereinten Deutschland. Deutschlandbilder in Frankreich*, Bonn 1991.
- KOSCHNICK, H. (Hrsg.), *Der Abschied vom Extremistenbeschluss*, Bonn 1979.
- KOSTER, K. (Hrsg.), *Het stiefkind van Europa. De niet-erkende staat*, Baarn 1970.
- KRISTEL, C., *Geschiedschrijving als opdracht. Abel Herzberg, Jacques Presser en Lou de Jong over de jodenvervolgung*, Amsterdam 1998.
- KROL, I. VAN DER, *Wie is er bang voor Duitsland?*, Magisterarbeit Vrije Universiteit Amsterdam 1991.
- KROP, M. (Hrsg.), *Burengerucht. Opstellen over Duitsland*, Deventer 1978.
- LADEMACHER, H., *Die Niederlande und Deutschland 1945–1949. Wirtschaftsfragen und territoriale Korrekturen*, in: W. EHBRECHT/H. SCHILLING (Hrsg.), *Niederlande und Nordwestdeutschland. Franz Petri zum 80. Geburtstag*, Köln/Wien 1983, S. 456–511.
- LADEMACHER, H., *Die wirtschaftlichen Beziehungen in den dreißiger und vierziger Jahren des 20. Jahrhunderts*, in: J.C. HESS/H. SCHISSLER (Hrsg.), *Nachbarn zwischen Nähe und Distanz. Deutschland und die Niederlande*, Frankfurt a.M. 1988, S. 52–66.
- LADEMACHER, H., *Zwei ungleiche Nachbarn. Wege und Wandlungen der deutsch-niederländischen Beziehungen im 19. und 20. Jahrhundert*, Darmstadt 1990.
- LADEMACHER, H., *Nederland – Duitsland. Opmerkingen over een moeizame relatie*, Nimwegen 1995.
- LADEMACHER, H./J. BOSMANS (Hrsg.), *Tradition und Neugestaltung. Zur Fragen des Wiederaufbaus in Deutschland und den Niederlanden in der frühen Nachkriegszeit*, Münster 1991.
- LADEMACHER, H./W. MÜHLHAUSEN (Hrsg.), *Freiheitsstreben, Demokratie, Emanzipation. Aufsätze zur politischen Kultur in Deutschland und den Niederlanden*, Münster 1993.
- LAHR, R., *Der Ausgleich mit den Niederlanden*, in: *Außenpolitik. Zeitschrift für internationale Fragen* 11 (1960), S. 357–363.
- LAHR, R., *Zeuge von Fall und Aufstieg. Private Briefe 1934–1975*, Hamburg 1981.
- LANGGUTH, G. (Hrsg.), *Berlin: Vom Brennpunkt der Teilung zur Brücke der Einheit*, Bonn 1990.

- LEMKE, M., *Instrumentalisierter Antifaschismus und SED-Kampagnepolitik 1960–1968*, in: J. DANYEL (Hrsg.), *Die geteilte Vergangenheit. Zum Umgang mit Nationalsozialismus und Widerstand in beiden deutschen Staaten*, Berlin 1995, S. 61–86.
- LOTH, W., *Stalins ungeliebtes Kind. Warum Moskau die DDR nicht wollte*, München 1996.
- LOTRINGEN, C. VAN, *De kwetsbare kolos. De gevaren van een zwak Duitsland*, Amsterdam/Antwerpen 1995.
- LUBBERS, R.F.M., *Welk Europa staat ons voor ogen?*, Tilburg 1990.
- LUBBERS, R.F.M., *Laudatio des Ministerpräsidenten des Königreiches der Niederlande, Ruud F.M. Lubbers*, in: M. SICKING/O. MÜLLER (Hrsg.), *Aus dem Norden kommt das Licht. Norwegens Weg nach Europa. Gro Harlem Brundtland – Internationaler Karlspreis Aachen 1994*, Aachen 1994, S. 26–35.
- LUNS, J.M.A.H./M. VAN DER PLAS, *„Ik herinner mij...“ Vrijmoedige herinneringen van Mr. J.M.A.H. Luns zoals verteld aan Michel van der Plas*, Leiden 1971.
- MAHNCKE, D., *Das Berlin-Problem – Die Berlin-Krise 1958–1961/62*, in: DEUTSCHER BUNDESTAG (Hrsg.), *Materialien der Enquete-Kommission „Aufarbeitung von Geschichte und Folgen der SED-Diktatur in Deutschland“*, Band V/2, Baden-Baden 1995, S. 1766–1821.
- MASALA, C., *Italia und Germania. Die deutsch-italienischen Beziehungen 1963–1969*, Köln 1997.
- MEGENS, C.M., *Een gezamenlijke kernmacht voor de NAVO. De MLF-discussie in Nederland*, in: B. SCHOENMAKER/J.A.M.M. JANSSEN (Hrsg.), *In de schaduw van de Muur. Maatschappij en krijgsmacht rond 1960*, Den Haag 1997, S. 116–133.
- MERKL, P.H., *German Unification in the European Context*, Pennsylvania State University 1993.
- MILITÄRGESCHICHTLICHES FORSCHUNGSAMT (Hrsg.), *Anfänge westdeutscher Sicherheitspolitik. Die EVG-Phase*, München 1990.
- MOOR, W. DE (Hrsg.), *Duitsers!? Ervaringen en verwachtingen*, Den Haag 1990.
- MÜHLHAUSEN, W. u.a. (Hrsg.), *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster 1998.
- MÜLLER, B., *Sporen naar Duitsland. Het Duitslandbeeld in Nederlandse romans 1945–1990*, Aachen 1993.
- MÜLLER, B./F. WIELENGA (Hrsg.), *Kannitverstan? Deutschlandbilder aus den Niederlanden*, Münster 1995.

- NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland. Een discussie*, Baarn 1979.
- NEDERLANDS INSTITUUT VOOR DE PUBLIEKE OPINIE, *Zo zijn wij. De eerste vijftientig jaar NIPO-onderzoek*, Amsterdam/Brüssel 1970.
- NOACK, P., *Das Scheitern der Europäischen Verteidigungsgemeinschaft. Entscheidungsprozesse vor und nach dem 30. August 1954*, Düsseldorf 1977.
- NIJENHUIS, H., *De Nederlandse tactiek in de onderhandelingen over een Europese politieke unie (1960–1962): Nee tegen De Gaulle!*, in: *Internationale Spectator* 41 (1987), S. 41–49.
- OUDENHOVEN, P.J. VAN, *Nederlanders over Duitsers: Enkele empirische gegevens*, Universität Groningen 1997.
- PAAPST, S., *Goede burens?! Perceptie in de Nederlandse dagbladen ten aanzien van de relatie Nederland-Duitsland in de periode 1993–1996*, Magisterarbeit Universität Groningen 1997.
- PARIDON, C.W.A.M. VAN/E.K. GREUP/A. KETTING, *De handelsbetrekkingen tussen Nederland en de Bondsrepubliek Duitsland*, Den Haag 1982.
- PEKELDER, J., *Nederlandse percepties van ‚het andere Duitsland‘*, in: F. WIELENGA (Hrsg.), *De Duitse buur. Visies uit Nederland, België en Denemarken 1945–1995*, Den Haag 1996, S. 70–87.
- PEKELDER, J., *Nederland en de DDR. Beeldvorming en betrekkingen 1949–1989*, Amsterdam 1998.
- PIEL, E., *Das Bild der Deutschen im Spiegel der Demoskopie: Selbstbild und Fremdbild bei den westeuropäischen Nachbarn*, in: H. SÜSSMUTH (Hrsg.), *Deutschlandbilder in Dänemark und England, Frankreich und den Niederlanden*, Baden-Baden 1996, S. 91–123.
- POTTHOFF, H., *Bonn und Ost-Berlin 1969–1982. Dialog auf höchster Ebene und vertrauliche Kanäle. Darstellung und Dokumente*, Berlin 1997.
- PRANGEL, M./H. WESTHEIDE (Hrsg.), *Duitsland) in Nederland. Waar ligt de toekomst van de Nederlandse germanistiek?*, Groningen 1988.
- REEF, J., *Die Niederlande im internationalen System. Fallstudien zum Einfluß eines Kleinstaates*, Münster 1995.
- REEF, J., *Massenmedien und nationale Stereotype. Jérôme Louis Helderling und das wiedervereinigte Deutschland in politischen Kommentaren der niederländischen Presse*, in: W. MÜHLHAUSEN u.a. (Hrsg.), *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederl ndi-*

- schen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag, Münster 1998, S. 265–280.
- RENCKSTORF, K./J. JANSSEN (Hrsg.), *Erger dan Duitsers ... Het beeld van Duitsland en Duitsers in de Nederlandse media*, Nimwegen 1989.
- RENCKSTORF, K./O. LANGE, *Niederländer über Deutsche. Eine empirische Studie zur Exploration des Bildes der Niederländer von Deutschen*, Nimwegen 1990.
- RENCKSTORF, K./N. BERGMANS (Hrsg.), *Nederlanders en Duitsers. Perspectieven, vraagstellingen en eerste empirische bevindingen van het sociaal-wetenschappelijk onderzoeksprogramma in het kader van 'Kultur- und Kulturraumforschung'*, Nimwegen 1996.
- RENEMA, Y., *Duitslandbeeld in Trouw en Het Parool 1969–1974*, Magisterarbeit Vrije Universiteit Amsterdam 1994.
- RIGHART, H., *Teckel of herdershond. De mythe van de 'nacht van Schmelzer'*, in: *Jaarboek voor Mediageschiedenis* 3 (1991), S. 193–213.
- RIGHART, H., *De eindeloze jaren zestig. Geschiedenis van een generatieconflict*, Amsterdam 1995.
- RÖHRICH, W., *Die Demokratie der Westdeutschen. Geschichte und politisches Klima einer Republik*, München 1988.
- ROSHAR, F.M., *Buitenlandse politiek in de Nederlandse publieke opinie*, Den Haag 1975.
- ROZEMOND, S., *Nederland en de Duitse factor*, in: M. VAN LEEUWEN u.a., *Het woord is aan Nederland. Thema's van buitenlands beleid 1966–1983*, Den Haag 1983, S. 104–125.
- RÜTER, C.F., *Enkele aspecten van de strafrechtelijke reactie op oorlogsmisdrijven en misdrijven tegen de menselijkheid*, Amsterdam 1973.
- SCHAPER, H.A., *Het Nederlandse veiligheidsbeleid 1945–1950*, in: P.W. KLEIN/G. VAN DER PLAAT (Hrsg.), *Herrijzend Nederland. Opstellen over Nederland in de periode 1945–1950*, Den Haag 1981.
- SCHAPER, H.A., *'Wij willen zelfs niet Mönchen-Gladbach!' De annexatiekwestie 1945–1949*, in: *Internationale Spectator* 39 (1985), S. 261–272.
- SCHENK, M.G., *Prins Claus*, Baarn 1972.
- SCHMIDT, H., *Menschen und Mächte*, Berlin 1987.
- SCHMIDT, H., *Die Deutschen und ihre Nachbarn. Menschen und Mächte II*, Berlin 1990.

- SCHÖLLGEN, G., *Geschiede der Weltpolitik von Hitler bis Gorbatschow 1941–1991*, München 1996.
- SCHRAM, D.H./C. GELJON (Hrsg.), *Overal sporen. De verwerking van de Tweede Wereldoorlog in literatuur en kunst*, Amsterdam 1990.
- SCHULTE, B., *Hollands Ostpolitik. Entspannungspolitische Konzeption niederländischer Politiker zu Problembereichen des Ost-West-Verhältnisses*, Hamburg 1973.
- SCHWARZ, H.-P., *Adenauer. Der Aufstieg (1876–1952)*, Stuttgart 1986.
- SCHWARZ, H.-P., *Adenauer. Der Staatsmann 1952–1967*, Stuttgart 1991.
- SICCAMA, J.G., *De internationaal-politieke positie in Duitsland; enkele kanttekeningen*, in: NEDERLANDS GENOOTSCHAP VOOR INTERNATIONALE ZAKEN (Hrsg.), *In de schaduw van Duitsland. Een discussie*, Baarn 1979, S. 44–58.
- SLOTBOOM, R. (Hrsg.), *Nederland-Duitsland. Spiegel van twee culturen*, Utrecht/Antwerpen 1997.
- SMIT, F., *Algemeen Handelsblad, de Volkskrant en Het Vrije Volk over Duitsland 1957–1961*, Magisterarbeit Vrije Universiteit Amsterdam 1987.
- SMITS, H., *De bom in de vuist. De Partij van de Arbeid tussen afschrikking en atoompacifisme*, Amsterdam 1984.
- STADEN, A. VAN, *Een trouwe bondgenoot: Nederland en het Atlantisch Bondgenootschap (1960–1971)*, Baarn 1974.
- STEENHORST, R./F. HUIS, *Joseph Luns. Een biografie*, Amsterdam 1985.
- STIKKER, D.U., *Memoires. Herinneringen uit de lange jaren waarin ik betrokken was bij de voortdurende wereldcrisis*, Rotterdam/Den Haag 1966.
- SÜSSMUTH, H. (Hrsg.), *Deutschlandbilder in Polen und Russland, in der Tschechoslowakei und in Ungarn*, Baden-Baden 1993.
- SÜSSMUTH, H. (Hrsg.), *Deutschlandbilder in Dänemark und England, in Frankreich und den Niederlanden*, Baden-Baden 1996.
- SZABO, S.F., *The Diplomacy of German Unification*, New York 1992.
- TELTSCHIK, H., *329 Tage. Innenansichten der Einigung*, Berlin 1991.
- THATCHER, M., *Downing Street No. 10*, München 1993.
- THRÄNHARDT, D., *Geschiede der Bundesrepublik Deutschland*, Frankfurt a.M. 1996.

- TRAA, M. VAN, *Deutschland ja – aber nicht ohne uns*, in: U. WIKKERT (Hrsg.), *Angst vor Deutschland. Die neue Rolle der Bundesrepublik in Europa und der Welt*, München 1990, S. 170–184.
- VAUBEL, L., *Glanzstoff, Enka, Aku, Akzo. Unternehmensleitung im nationalen und internationalen Spannungsfeld 1929–1978*, Enka AG 1986.
- VERHEYEN, D./CHR. SOE (Hrsg.), *The Germans and Their Neighbors*, Boulder usw. 1993.
- VERKIJK, D., *Van pantservuist tot pantservest. Zestig jaar (on)journalistieke ervaring*, Nieuwegein 1997.
- VOGTMEIER, A., *Egon Bahr und die deutsche Frage. Zur Entwicklung der sozialdemokratischen Ost- und Deutschlandpolitik vom Kriegsende bis zur Vereinigung*, Bonn 1996.
- VOORHOEVE, J.J.C., *Peace, Profits and Principles. A Study of Dutch Foreign Policy*, Den Haag 1979.
- VOS, CHR., *Televisie en bezetting. Een onderzoek naar de documentaire verbeelding van de Tweede Wereldoorlog in Nederland*, Hilversum 1995.
- VOSSEN, K., *Alias Frahm. Het emigrantenverleden van Willy Brandt als politiek thema in de Bondsrepubliek (1945–1974)*, Utrecht 1996.
- VREDENBURCH, JHR. MR. H.F.L.K. VAN, *Den Haag antwoordt niet*, Leiden 1985.
- VREE, F. VAN, *In de schaduw van Auschwitz. Herinneringen, beelden, geschiedenis*, Groningen 1995.
- WALRAVEN, G., *Arrangements for Nuclear Sharing in NATO: the Multi-Lateral Force and the Nuclear Planning Group*, in: PH. EVERTS/G. WALRAVEN (Hrsg.), *The Politics of Persuasion. Implementation of Foreign Policy by the Netherlands*, Aldershot usw. 1989, S. 103–117.
- WEISSINK, A.M.J., *Een processie van Echternach. De Nederlands-Duitse staatsbezoeken van 1969 tot 1985*, Magisterarbeit Universität Rotterdam 1996.
- WEMELSFELDER, J., *Het herstel van de Duits-Nederlandse economische betrekkingen na de Tweede Wereldoorlog*, Leiden 1954.
- WETENSCHAPPELIJKE RAAD VOOR HET REGERINGSBELEID, *Faktor Deutschland. Zur Sensibilität der Beziehungen zwischen den Niederlanden und der Bundesrepublik*, Den Haag/Wiesbaden 1984.

- WETENSCHAPPELIJKE RAAD VOOR HET REGERINGSBELEID, *Stabiliteit en veiligheid in Europa. Het veranderende krachtenveld voor het buitenlands beleid*, Den Haag 1995.
- WETTIG, G., *Die Stalin-Note vom 10.März 1952 als geschichtswissenschaftliches Problem. Ein gewandeltes Politikverständnis*, in: *Deutschland Archiv* 25 (1992), S. 157–167.
- WIEBES, C./B. ZEEMAN, *Belgium, the Netherlands and Alliances, 1940–1949*, Diss. Universiteit Amsterdam 1993.
- WIELENGA, F., *Die Niederlande und Deutschland: zwei unbekannte Nachbarn*, in: *Internationale Schulbuchforschung* 5 (1983), S. 145–155.
- WIELENGA, F., *Buitenlandse politiek als splijtzwam. PvdA en SPD in de vroege jaren vijftig*, in: *Socialisme en Democratie* 44 (1987), S. 193–199.
- WIELENGA, F., *West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949–1955*, Utrecht 1989.
- WIELENGA, F., *Alfred Mozer: Europeaan en democraat*, in: M. KROP u.a. (Hrsg.), *Het twaalfde jaarboek voor het democratisch socialisme*, Amsterdam 1991, S. 132–164.
- WIELENGA, F., *„Vorwärtsdrängender Verstand und zögerndes Gemüt“. Deutschland aus niederländischer Sicht 1945–1955*, in: H. LADEMACHER/J. BOSMANS (Hrsg.), *Tradition und Neugestaltung. Zu Fragen des Wiederaufbaus in Deutschland und den Niederlanden in der frühen Nachkriegszeit*, Münster 1991, S. 251–276.
- WIELENGA, F., *Het Duitse vraagstuk 1945–1990*, in: A. BOSCH/L.H.M. WESSELS (Hrsg.), *Veranderende grenzen. Nationalisme in Europa 1919–1989*, Heerlen/Nimwegen 1992, S. 413–439.
- WIELENGA, F., *Der Weg zur neuen Nachbarschaft nach 1945*, in: D. STORCH (Hrsg.), *Die Niederlande und Deutschland. Nachbarn in Europa*, Hannover 1992, S. 124–143.
- WIELENGA, F., *Schatten deutscher Geschichte. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik Deutschland*, Vierow bei Greifswald 1995.
- WIELENGA, F./H. FÜHNER (Hrsg.), *Deutschland im Superwahljahr 1994. Beobachtungen aus deutscher, niederländischer und französischer Sicht*, Den Haag 1994.
- WIELENGA, F., *Sensibilität und Verwundbarkeit. Die Niederlande und die deutsche Frage*, in: R. FREMDLING/F. WIELENGA u.a. (Hrsg.), *Die überwundene Angst? Die neun Nachbarländer und die deutsche Einheit*, Groningen 1994, S. 9–30.

- WIELENGA, F., „Stille revolutie‘ en schijnbare normaliteit. *De westerse zones en de Bondsrepubliek 1945–1990*, in: J.C. HESS/F. WIELENGA (Hrsg.), *Duitsland en de democratie 1871–1990*, Amsterdam 1994, S. 177–218.
- WIELENGA, F., *Die europäische Verteidigungsgemeinschaft. Überlegungen und Ziele der niederländischen und deutschen Sicherheitspolitik 1950–1954*, in: J. BOSMANS (Hrsg.), *Europagedanke, Europabewegung und Europapolitik in den Niederlanden und Deutschland seit dem Ersten Weltkrieg*, Münster 1996, S. 213–233.
- WIELENGA, F. (Hrsg.), *De Duitse buur. Visies uit Nederland, België en Denemarken 1945–1995*, Den Haag 1996.
- WIELENGA, F., *Tussen toenadering en afkeer. Nederland en de Bundeswehr in de jaren vijftig en zestig*, in: B. SCHOENMAKER/J.A.M.M. JANSSEN (Hrsg.), *In de schaduw van de Muur. Maatschappij en krijgsmacht rond 1960*, Den Haag 1997, S. 34–56.
- WIELENGA, F. (Hrsg.), *Nachbarn. Niederländer und Deutsche und die europäische Einigung*, Bonn 1997.
- WIELENGA, F., *Gevoelig en kwetsbaar. De Nederlandse verhouding met Duitsland na 1871*, in: R.E. VAN DITZHUYZEN u.a. (Hrsg.), *Tweehonderd jaar Ministerie van Buitenlandse Zaken*, Den Haag 1998, S. 208–226.
- WIELENGA, F., *Alfred Mozer und die deutsch-niederländischen Beziehungen*, in: W. MÜHLHAUSEN u.a. (Hrsg.), *Grenzgänger. Persönlichkeiten des deutsch-niederländischen Verhältnisses. Horst Lademacher zum 65. Geburtstag*, Münster 1998, S. 215–229.
- WOLFFSOHN, M., *Ewige Schuld? 40 Jahre deutsch-jüdisch-israelische Beziehungen*, München 1988.
- WOLLE, S., *Die heile Welt der Diktatur und Herrschaft in der DDR 1971–1989*, Bonn 1998.
- ZAHN, E., *Das unbekannte Holland. Regenten, Rebellen und Reformatoren*, München 1993.
- ZANDEN, J.L. VAN, *Een klein land in de 20e eeuw. Economische geschiedenis van Nederland 1914–1995*, Utrecht 1997.

Archive, gedruckte Quellen, Korrespondenz/Gespräche

Niederlande

Außenministerium, Den Haag, („Ministerie van Buitenlandse Zaken“, niederländische Abkürzung in den Anmerkungen: BuZa); Aktenbestände aus den Jahren 1945–1995.

Archiv der niederländischen Botschaft Bonn („Archief Nederlandse Ambassade Bonn“: AAB) sowie Verschlusssachen („Geheime Stukken“, AAB GS).

Archiv des Außenministeriums, Code 2, 3, 6, 8, 9 sowie Verschlusssachen (GS).

Archiv der Abteilung Atlantische Sicherheit („Directie Atlantische Veiligheid“, DAV).

Archiv der ständigen niederländischen Vertretung bei der NATO („Permanente Vertegenwoordiging NAVO“, PV-NAVO).

Nachlaß Dr. H.R. van Houten.

Allgemeines Reichsarchiv, Den Haag („Algemeen Rijksarchief“, ARA).

Archiv „Nederlands Hervormde Kerk“.

Nachlaß Prof. Dr. E.H. van der Beugel.

Nachlaß Dr. M.A.M. Klompé.

Nachlaß D.U. Stikker.

Kabinettsprotokolle und -vorlagen der niederländischen Regierung 1945–1977, („Ministerraad“, MR).

Archiv des Königshauses, Den Haag („Koninklijk Huisarchief“).

Bestand Alfred Mozer.

Veröffentlichte Quellen

Verhandlungen des niederländischen Parlaments. Stenographische Berichte, Anlagen, Ausschußdrucksachen 1945–1995 (*Handelingen en Bijlagen der Staten-Generaal*).

Anhang

Zeitungen: Algemeen Dagblad, Algemeen Handelsblad, De Groene Amsterdammer, de Volkskrant, De Telegraaf, Elsevier, Haagse Post, Het Parool, Het Vrije Volk, Nieuwe Rotterdamse Courant, NRC Handelsblad, Trouw, Vrij Nederland.

Korrespondenz/Gespräche

J.M. Den Uyl (1986), M.B. Engwirda (1986), M. Krop (1998), J.M.A.H. Luns (1986), H.R. Marius (1985), E.H.T.M. Nijpels (1986), J. van Rijswijk (1998), J.G. van der Tas (1998), G. Vigeveno (1998), B. de Vries (1986), P. van Walsum (1998).

Bundesrepublik Deutschland

Archiv der sozialen Demokratie – Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn (AdsD, FES).

Archiv der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Bundesarchiv, Koblenz (BAK).

Archiv Presse- und Informationsamt der Bundesregierung.

Politisches Archiv des Auswärtigen Amtes, Bonn; Aktenbestände aus den Jahren 1949–1966.

Archiv Neues Amt (NA), Abteilung II, III, IV, V, VI.

Archiv Neues Amt, Bestand (B) 24.

Veröffentlichte Quellen

Akten zur Auswärtigen Politik der Bundesrepublik Deutschland, 1963 (Bd. I, II, III); 1964 (Bd. I, II), 1965 (Bd. 1, II, III), 1966 (Bd. I, II), München 1994–1997.

Küsters, H.J./D. Hofmann (Hrsg.), *Dokumente zur Deutschlandpolitik. Deutsche Einheit. Sonderedition aus den Akten des Bundeskanzleramtes 1989/90* (München 1998).

Mensing, H.P. (Hrsg.), *Adenauer. Teegespräche 1961–1963* (Berlin 1992).

Verhandlungen des Deutschen Bundestages. Stenographische Berichte, Anlagen, Ausschußdrucksachen, 1949–1963.

Archive, gedruckte Quellen, Korrespondenz/Gespräche

Zeitungen: Bayernkurier, Bonner Rundschau, Das Parlament, Der Spiegel, Die Zeit, Frankfurter Allgemeine Zeitung, Frankfurter Rundschau, General-Anzeiger, Rheinische Post.

Abkürzungen

AFCENT	Allied Forces Central Europe
AKU	Algemene Kunstzijde Unie
ANP	Algemeen Nederlands Persbureau
APO	Außerparlamentarische Opposition
ARP	Antirevolutionaire Partij
BPA	Bundespresseamt
CCCD	Coördinatie Commissie voor Culturele Betrekkingen met Duitsland
CDA	Christen Democratisch Appèl
CDU	Christlich Demokratische Union
CHU	Christelijk-Historische Unie
COVVS	Centraal Orgaan Voormalig Verzet en Slachtoffers
CPN	Communistische Partij Nederland
CSU	Christlich Soziale Union
D66	Democraten 66
EFTA	European Free Trade Association
EG	Europäische Gemeinschaft
EGKS	Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl
EPZ	Europäische Politische Zusammenarbeit
EU	Europäische Union
EURATOM	Europäische Atomgemeinschaft
EVG	Europäische Verteidigungsgemeinschaft
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
FAZ	Frankfurter Allgemeine Zeitung
FDP	Freie Demokratische Partei
INF	Intermediate-Range Nuclear Forces
JEIA	Joint Export-Import-Agency
KVP	Katholieke Volkspartij
KSZE	Konferenz über Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa
MLF	Multilateral Force
NATO	North Atlantic Treaty Organization

Anhang

NCSV	Nederlandse Christen-Studenten Vereniging
NDAC	Nuclear Defense Affairs Committee
NGIZ	Nederlands Genootschap voor Internationale Zaken
NIPO	Nederlands Instituut voor de Politieke Opinie en het Marktonderzoek
NPD	Nationaldemokratische Partei Deutschlands
NPG	Nuclear Planning Group
NRC	Nieuwe Rotterdamse Courant
NSB	Nationaal Socialistische Beweging
NV	Nichtverbreitungsvertrag
PSP	Pacifistisch Socialistische Partij
PPR	Politieke Partij Radikalen
PvdA	Partij van de Arbeid
OEEC	Organization for European Economic Cooperation
RAF	Rote Armee Fraktion
RIOD	Rijksinstituut voor Oorlogsdocumentatie
RUG	Rijksuniversiteit Groningen
RVD	Rijksvoorlichtingsdienst
SALT	Strategic Arms Limitation Talks
SBZ	Sowjetische Besatzungszone
SD	Sicherheitsdienst
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VVD	Volkspartij voor Vrijheid en Democratie
VPRO	Vrijzinnig Protestantse Radio Omroep
WEU	Westeuropäische Union
WRR	Wetenschappelijke Raad voor het Regeringsbeleid
ZDF	Zweites Deutsches Fernsehen

Personenregister

- Acheson, D. 52, 101
Adenauer, K. 49–51, 56, 60, 70,
73, 80, 81, 88–91, 96, 97,
101–117, 123–126, 138, 143,
183, 184, 235, 237, 244, 247,
255, 256, 258, 259, 273, 291,
317, 319, 321, 324, 327, 328,
358–363, 390, 410, 425, 428,
429
Agt, A.A.M. van 175, 176, 282,
285, 397
Ahlers, C. 360
Aletrino, L. 338–340
Algera, J. 251
Allemann, F. 319
Amsberg, C. von, Prinz der Nie-
derlande 271, 297, 340–350,
355, 369, 370
Arnold, H. 272, 281, 284
Arnold, K. 43
Aus der Fünten, F.H. 239, 277,
286–288
Bahr, E. 138, 139, 153, 157, 171,
198, 284
Baker, J. 207, 209
Bakker, M. 65, 125
Bakker Schut, P.H. 396
Balluseck, A.W.F. von 61
Barzel, R.C. 161, 389
Beatrix, Prinzessin, Königin der
Niederlande 271, 287, 297,
337, 340–342, 344, 346, 347,
349, 368, 411, 412
Beek, A.L. ter 260, 408
Beelaerts van Blokland, G. 73,
155, 159, 165
Bemmelen, J.M. van 277
Bender, P. 139, 369
Bennecke, J. 355
Benneter, K.-U. 393
Berger, H. 270, 288, 334, 337
Bernhard, Prinz der Niederlande
258–260, 342, 343
Beugel, E.H. van der 250
Beun, P.W. de 64, 67, 77, 78, 113
Beunders, H.J.G. 17
Beus, J.G. de 144, 154, 157, 158,
168, 169, 284, 285, 366, 390
Bevin, E. 30, 52
Beyen, J.W. 70, 71, 74, 94, 235,
236, 242, 245, 248–254, 256,
259
Biesheuvel, B.W. 163, 168, 282
Birrenbach, K. 162, 163
Bismarck, O. von 169, 190
Blank, Th. 58, 59
Blankenhorn, H. 111, 235, 244
Boetzelaer van Oosterhout,
C.W.G.H. van 51
Bogaarts, M.D. 17, 38
Bohl, F. 402
Bolkestein, F. 190
Bolkestein, G. 38
Böll, H. 392
Boon, H.N. 156–158
Booy, J.M. de 49, 50, 303
Bosscher, D.F.J. 147
Boterman, F. 438
Brands, M.C. 173, 174
Brandt, W. 119, 120, 122–124,
132, 138–140, 153–158, 161,
162, 164–167, 170, 184, 185,
198, 274, 284, 355, 359, 361,
362, 367, 372, 389–391, 394,
395, 414–416, 418, 430, 431

Vom Feind zum Partner

- Brentano, H. von 89, 244, 245,
247, 249, 253, 254, 256–258,
290, 291
Brill, P. 404
Broek, H. van den 189, 190, 196,
201, 202, 204, 205, 207–210,
212, 214, 215, 224, 225, 393,
409
Bruggeman, A.J. 354
Brugsma, W.L. 188, 325, 399
Bruins Slot, J.A.H.S. 266
Brundtland, G.H. 200, 201
Bush, G. 195, 199, 210
Byrnes, J.F. 27
Cals, J.L.M.Th. 131, 340–342,
345, 352, 354
Charles, J.B. 58, 338–340
Chirac, J. 386
Chruschtschow, N.S. 83, 85, 88
Churchill, W. 26
Dankert, P. 173, 394
De Michelis, G. 207, 208
Dehaene, J.-L. 386
Delors, J. 201
Donker, L.A. 427
Doorn, J.A.A. van 400
Drees, W. 23, 24, 30, 36, 51, 71,
232, 240, 251, 252, 338, 339
Du Mont, K. 306, 307
Dulles, J.F. 83, 103
Dunk, H.W. von der 25, 173, 300,
303
Duyff, J.W. 342
Dvorak, R. 79, 327
Eichmann, A. 323, 359
Eisma, D. 208
Engwirda, M.B. 177
Erhard, L. 81, 104, 111, 113,
115–119, 123, 128, 129, 139,
141, 146, 153, 184, 271, 337,
359, 363
Eschauzier, H.F. 73
Etzel, F. 81, 255, 258
Fanfani, A. 107
Felderhof, H. 343
Fischer, F. 239, 277, 286–288
François, J.P.A. 42, 70, 231
Gaast-Bakker Schut, S. van der
394
Gablentz, O. von der 180
Gaulle, Ch. de 92, 101–110, 114,
115, 117–124, 126, 137, 184,
429
Geer, D.J. de 304
Genscher, H.-D. 178, 179, 196,
206–210, 212–214, 224, 286,
391, 409
Gerstenmaier, E. 81
Goedewaagen, T. (Th. Meursen)
329, 330
Goedhart, E. 95
Gorbatschow, M.S. 178, 188, 195,
203, 204, 210, 214, 224
Grass, G. 392
Grosser, A. 417
Guillaume, G. 390
Haas-Berger, I. 288
Haasbroek, N. 396
Habermas, J. 392
Hacke, Chr. 139
Haffner, S. 86
Hahn, K.J. 314, 339
Hallstein, W. 107, 139, 146, 153,
250
Hardenberg, H.F.C. 303
Harster, W. 351
Heinemann, G. 271–276, 281,
284, 294, 372, 404, 413–415,
424, 430, 434
Helb, H.A. 318, 424
Heldring, J.L. 173, 191, 194, 404,
414
Hellema, D. 107, 215
Helm, J.P. 340
Henlein, K. 324
Herzog, R. 413
Hess, J.C. 187, 414
Hess, R. 286
Heuss, Th. 291
Heuvel, I. van den 393, 395

- Heye, H.G.A. 61
 Hildebrand, K. 121
 Hirschfeld, H.M. 42
 Hitler, A. 24, 104, 273, 339, 343,
 351-354, 361
 Holleben, W. von 306
 Honecker, E. 179, 180, 192
 Houten, H.R. van 75-77, 79, 80,
 90-94, 97, 98, 255, 263, 267,
 268, 279
 Huizinga, J. 301, 302, 416
 Irene, Prinzessin der Niederlande
 341, 342
 Ittersum, G.E. van 61, 113, 114,
 140, 143, 269, 361, 363
 Jalink, P.W. 145, 355
 Jong, J. de 37
 Jong, L. de 325, 343
 Jong, P.J.S. de 61, 120, 123, 159,
 160, 163, 272, 350, 355
 Jonge, J. de 241
 Jorissen, H.C. 144
 Juliana, Königin der Niederlande
 239, 265, 270, 275, 276, 284,
 294, 340, 342, 343, 347
 Kaufmann, E. 249, 250, 252, 253,
 259, 291
 Keilson, H. 338, 339, 340
 Kennedy, J.F. 85, 86, 126, 150
 Kersten, A.E. 29
 Kieft, J. van de 244
 Kielmansegg, J.A. Graf von 297,
 350-358, 365, 368-370, 430,
 431, 435
 Kiesinger, K.G. 118-120, 122,
 123, 132, 139, 153, 184, 365
 Kinkel, K. 412
 Klaauw, C.A. van der 286
 Kleffens, E.N. van 28, 39, 232
 Knapen, B. 414
 Knoke, K.H. 353
 Kogon, E. 354
 Kohl, H. 13, 174-176, 192-202,
 205, 206, 210, 213, 214,
 217-222, 286, 297, 386, 388,
 397-399, 404, 405, 409, 410,
 412-414
 Kohlbrugge, H.C. 313
 Kohnstamm, M. 69
 Kok, W. 410, 412
 Kolfschoten, H.A.M.T. van 36, 37
 Kooijmans, P.H. 284, 408, 410,
 412, 414
 Koster, H.J. de 123, 153, 159, 160,
 281, 366
 Kotälla, J. 277, 285, 286,
 Krenz, E. 192
 Lademacher, H. 17
 Lafontaine, O. 198
 Lages, W. 239, 277-279
 Lahr, R. 253, 256, 257, 270, 279
 Lammers, H. 148, 149, 325, 347
 Lamping, A.Th. 56, 59, 60, 77, 78,
 80-82, 104, 244, 245, 303, 317,
 319
 Lankhorst, H. 65
 Levelt, H.J. 255
 Lippmann, W. 345
 Löns, J. 97, 98, 109, 306, 326, 328,
 329, 334, 359, 424
 Lubbers, R.F.M. 13, 175, 176,
 193-196, 199-202, 206, 225,
 399, 409, 410, 412, 414, 419
 Lübke, H. 270, 271, 434
 Luns, J.M.A.H. 56, 60-62, 83, 84,
 86, 95, 101, 105-107, 109, 116,
 117, 119-123, 125, 129-131,
 134, 135, 137, 142-145, 153,
 160, 162, 235, 236, 244, 245,
 247, 251, 253, 254, 256-258,
 260, 266, 270, 272, 280, 281,
 290, 329, 337, 342, 353, 361,
 410, 434
 Lunshof, H.A. 169
 Luyten, J. 165, 397
 Lynden, D.W. van 284, 392, 397
 Maarseveen, H.J. van 37
 Macmillan, H. 84
 Maenen, J.H. 42, 267

- Major, J. 386
Mansholt, S. 345
Marcuse, H. 392
Marijnen, V.G.M. 117
Marius, H.R. 315
Mauriac, F. 70
Mertes, A. 286
Michels, M.J.H. 406
Mierlo, H.A.F.M.O. van 194, 195
Mitterrand, F. 199, 404, 409, 410
Modrow, H. 198
Mozer, A. 314, 339, 345
Mühlenfeld, H. 305, 306, 308,
315, 423
Mulderije, H. 239
Nagel, J. 395
Nauta, L. 393
Nederhorst, G.M. 347, 354
Nijpels, E.H.Th.M. 177, 393
Norstadt, L. 87
Oberländer, Th. 324, 327
Opitz, H. 321, 426
Patijn, C.F. 110, 266
Pauls, R. 345
Pekelder, J. 146, 147
Pleven, R. 53-55
Polak, C.M.F. 280, 281
Poll, K.L. 302
Pompe, W.P.J. 277
Pompidou, G. 122
Presser, J. 58, 325
Quay, J.E. de 102
Ranitz, J.A. 154
Rapacki, A. 144
Reagan, R. 178, 404
Reder, W. 286
Reinink, K.W. 87, 99, 155, 163
Riel, H. van 267
Roijen, J.H. van 91, 92, 105
Romein, A. 58
Romein, J. 58
Roosevelt, F.D. 26
Rooy, J. de 341
Rooy, M. 73
Ruiter, J. de 286
Rusk, D. 130
Ruygers, G. 42
Ruys, B. 147
Samkalden, I. 278, 352
Schabowski, G. 192
Schäffer, F. 237
Schaik, J.R.H. van 44
Schaper, H.A. 17, 28
Scheel, W. 123, 153, 161, 170, 284
Scheps, J.H. 266
Schewardnadse, E.A. 208
Schlabrendorff, F. von 354
Schleyer, H.-M. 398
Schmelzer, W.K.N. 162-164, 168
Schmidt, H. 174-177, 353, 390,
391, 394, 395, 399, 416, 418,
435
Schnez, A. 354, 355
Schróder, G. 115-118, 129, 131,
139, 329, 337, 353
Schulte, B. 137
Schumacher, K. 49
Schuman, R. 52, 53
Schwarz, H.-P. 104, 299
Seebohm, H. 234
Selier, H.H. 17
Siccama, J.G. 173
Slotemaker de Bruïne, G. 278
Soetendorp, J. 272
Sontheimer, K. 302
Spaak, P.H. 106
Stalin, J.W. 26, 69, 70
Stikker, D.U. 42-44, 48, 52-54,
91, 92, 239, 240, 279
Stoel, M. van der 65, 67, 150, 173,
284, 435
Stoph, W. 139, 192
Strabbing, H. 404
Strauß, F.J. 58, 60, 132, 360
Tas, J.G. van der 197, 210
Teengs Gerritsen, H. 287
Tendeloo, N.S.C. 304
Teppema, S.Th.J. 35
Thatcher, M. 199
Thedieck, F. 96

- Toom, W. den 354
Traa, M. van 195, 208
Tuyll van Serooskerken, S.J. van
82, 270
Umrath, H. 314
Uyl, J. den 176, 177, 284, 285,
394, 435
Verkijk, D. 353, 354
Vixseboxse, J. 141
Vondeling, A. 110, 352
Voogd, J. 283
Voorhoeve, J.J.C. 137
Vredenburg, H.F.K.L. van
60-63, 80, 82, 89, 90, 92, 96,
97, 104, 108, 113, 156-158,
165, 270, 303, 358, 362
Vree, F. van 324
Vries, B. de 177
Waigel, Th. 189
Walsum, G. van 337
Weerlee, D. van 327
Wehner, H. 143, 353, 361, 416
Weidemann, S. 409
Weisglas, F.W. 208
Weizsäcker, R. von 287, 404, 405,
413, 414
Wemelsfelder, J. 17
Wertheim, W.F. 58
Wiebes, C. 17
Wielek, H. (Willy Kweksilber)
338, 339
Wiersma, D. 344
Wilhelm II., Kaiser des Deutschen
Reiches 260
Wilhelmina, Königin der Nieder-
lande 348
Witte, H.B.J. 251
Wöltgens, Th. 193
Zandschulp, W. van de 394
Zeeman, B. 17
Zijlstra, J. 258

Über den Autor

Prof. Dr. Friso Wielenga (1956) studierte Geschichte an der *Vrije Universiteit* in Amsterdam und an der Rheinischen Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn. Er promovierte 1989 und lehrte anschließend Internationale Beziehungen an der *Rijksuniversiteit Groningen*. 1990 wurde er Hauptdozent Politische Geschichte an der Universität Utrecht. Von 1992 bis 1997 war er darüber hinaus außerordentlicher Professor für deutsche Zeitgeschichte und niederländisch-deutsche Beziehungen an der *Rijksuniversiteit Groningen*. 1997 bekam er eine außerordentliche Professur für deutsche Zeitgeschichte an der Universität Utrecht. Seit 1999 ist er Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster. Neben seinen wissenschaftlichen Tätigkeiten war er u.a. freier Mitarbeiter der niederländischen Tageszeitungen *de Volkskrant* und *NRC Handelsblad*. Er ist Vorstandsmitglied des *Genootschap Nederland-Duitsland*, Mitglied des Lenkungsausschusses niederländisch-deutsche Konferenz des niederländischen Außenministeriums und Mitglied des Beirates für internationale Fragen des gleichen Ministeriums (*Adviesraad Internationale Vraagstukken*). Wichtigste Veröffentlichungen: (Zusammen mit Jürgen C. Hess), *Duitsland in de Nederlandse pers – altijd een probleem? Drie dagbladen over de Bondsrepubliek 1969–1980*, Den Haag 1982; *West-Duitsland: partner uit noodzaak. Nederland en de Bondsrepubliek 1949–1955*, Utrecht 1989; (zusammen mit Jürgen C. Hess, Hrsg.), *Duitsland en de democratie 1871–1990*, Amsterdam 1992; *Schatten deutscher Geschichte. Der Umgang mit dem Nationalsozialismus und der DDR-Vergangenheit in der Bundesrepublik*, Vierow bei Greifswald 1995; (zusammen mit Bernd Müller, Hrsg.), *Kannitverstan? Deutschlandbilder aus den Niederlanden*, Münster 1995; *De Duitse buur. Visies uit Nederland, België en Dene-marken 1945–1995*, Den Haag 1996; (zusammen mit u.a. Patrick Dassen, Hrsg.), *Gedeeld verleden. Duitsland sinds 1945*, Amsterdam 1999.

**Weitere Bücher
zum Thema Niederlande ...
bitte blättern Sie um!**



Bernd Müller
Friso Wielenga (Hrsg.)

Kannitverstan?

Deutschlandbilder aus
den Niederlanden

208 Seiten, 20 Abb.
DM 19,80/öS 145,-/sFr 19,-
ISBN 3-929440-63-6

Die deutsch-niederländischen Beziehungen sind in politischer und wirtschaftlicher Hinsicht gut, auf der sozialpsychologischen Ebene kommt es jedoch oft zu Spannungen und Verstimmungen. Die Niederländer haben ein empfindliches Verhältnis zu den ehemaligen Besatzern, und das Bild vom großen Nachbarn ist nicht frei von Vorurteilen und Stereotypen. Das machte auch der niederländische „Clingendael-Report“ deutlich, der hier erstmals in deutscher Sprache veröffentlicht wird.

Dieses Buch benennt Hintergründe und Zusammenhänge. Die historische Entwicklung der schwierigen Beziehung zwischen Niederländern und Deutschen kommt dabei ebenso zur Sprache wie die verschiedenartigen (politischen) Kulturen in beiden Ländern. Faktenreich wird aufgezeigt, daß die Stimmung in den Niederlanden keineswegs nur „antideutsch“ ist, sondern differenzierte Wahrnehmungen existieren. Hier liegen die Ansatzpunkte für ein besseres gegenseitiges Verständnis und eine Überwindung des „Kannitverstan“.

agenda Verlag

Hammer Str. 223 • D-48153 Münster • Tel. +49-(0)251-799610

Fax -799519 • E-mail: info@agenda.de

Internet: www.agenda.de



a

Bernd Müller (Hrsg.)

Vorbild Niederlande?

Tips und Informationen
zu Alltagsleben, Politik
und Wirtschaft.

Mit Niederlande-Lexikon

256 Seiten
DM 28,-/öS 204,-/sFr 26,-
ISBN 3-89688-026-8

Die Niederlande – der unbekannte Nachbar? Unser Bild der Niederlande ist nur allzu oft geprägt von Klischees und Pauschalurteilen. Doch wer beruflich oder touristisch mit dem Nachbarland intensiver zu tun hat, sollte mehr kennen als nur die Sehenswürdigkeiten.

Dieses Buch bietet nützliche Handreichungen und Hintergründe über Politik, Wirtschaft und Gesellschaft der Niederlande. Die häufig gepriesene holländische Liberalität wird von den Autoren kontrovers diskutiert. Auch das niederländische Wirtschaftswunder – unter dem Stichwort »Poldermodell« bekannt – wird kritisch unter die Lupe genommen.

Eine Einführung in die »Benimm-Regeln« (Nicht mehr als einen Keks zum Kaffee nehmen!) liefert handfeste Tips für den Aufenthalt im Land. Ein ausführliches Niederlande-Lexikon sowie ein Adreßteil machen das Buch zu einem praktischen Leitfaden.

agenda Verlag

Hammer Str. 223 • D-48153 Münster • Tel. +49-(0)251-799610

Fax -799519 • E-mail: info@agenda.de

Internet: www.agenda.de

Prof. Dr. Friso Wielenga (1956) lehrte Zeitgeschichte an den Universitäten von Groningen und Utrecht. Seit 1999 ist er Direktor des Zentrums für Niederlande-Studien an der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster.



Der Zweite Weltkrieg hinterließ in den deutsch-niederländischen Beziehungen tiefe Spuren, und so galten die Niederlande lange Zeit als „anti-deutsch“. Wie wurden die Feinde von einst zu Partnern, und welchen Verlauf nahm in den Niederlanden seit 1945 die Bildformung über Deutschland? In dieser Untersuchung, die auf bis dahin nicht zugänglichem Quellenmaterial beruht, bietet Wielenga eine einzigartige Übersicht über mehr als ein halbes Jahrhundert bilateraler Beziehungen. Das Ergebnis ist eine abwechslungsreiche Studie über den Normalisierungsprozeß zwischen beiden Ländern in seinen vielen Schattierungen zwischen Annäherung und Distanz. Wielenga warnt vor einer Überbewertung der auch heute noch auftretenden Spannungen, zeigt sie in ihrem historischen Kontext und plädiert für mehr Gelassenheit im deutsch-niederländischen Umgang.

Pressestimmen zur niederländischen Originalausgabe

„Es zeugt von Courage ..., dieses komplizierte, aktuelle Thema bereits jetzt zum Gegenstand der Geschichtsschreibung zu machen. Eine klare, übersichtliche Darstellung.“

NRC Handelsblad

„Ein Beitrag zum gegenseitigen Verständnis.“

Twentsche Courant/ Tubantia

„Dieses Buch verdient es, ins Deutsche übersetzt zu werden.“

de Volkskrant

